

**GESELLSCHAFTLICHE KRISE
UND DIE PERSPEKTIVE DER
ARBEITERBEWEGUNG IN FRANKREICH**

Eine Untersuchung zur Herausbildung einer gemeinsamen
Strategie der französischen Arbeiterbewegung im
Verlauf einer Periode verschärfter Streikbewegungen
vom Mai 1968 bis zum März 1973

INAUGURAL-DISSERTATION
zur
Erlangung der Doktorwürde
des
Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften
der Philipps-Universität Marburg/Lahn

vorgelegt von
WERNER GOLDSCHMIDT
aus Saarbrücken

Marburg/Lahn 1973

1974

**GESELLSCHAFTLICHE KRISE
UND DIE PERSPEKTIVE DER
ARBEITERBEWEGUNG IN FRANKREICH**

Eine Untersuchung zur Herausbildung einer gemeinsamen
Strategie der französischen Arbeiterbewegung im
Verlauf einer Periode verschärfter Streikbewegungen
vom Mai 1968 bis zum März 1973

INAUGURAL-DISSERTATION
zur
Erlangung der Doktorwürde
des
Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften
der Philipps-Universität Marburg/Lahn

vorgelegt von
WERNER GOLDSCHMIDT
aus Saarbrücken

Marburg/Lahn 1973

Vom Fachbereich 03 (Gesellschaftswissenschaften) der
Philipps-Universität Marburg/Lahn als Dissertation
angenommen am 17. Februar 1974

Abschluß der mündlichen Prüfung: 12. Februar 1974

Hauptberichterstatter: Prof. Dr. Frank Deppe

1. Mitberichterstatter: Prof. Dr. Georg Fülberth

2. Mitberichterstatter: Doz. Dr. Jürgen Harrer



Inhaltsangabe zur Einleitung

Seite:

KRISE DER KAPITALISTISCHEN PRODUKTIONSVER-
HÄLTNISSE, VERSCHÄRFUNG DER KLASSENKÄMPFE
UND DIE PERSPEKTIVEN DES SOZIALISMUS IN
FRANKREICH

XI

Zur Methode

XII

Die Krise der kapitalistischen Produktions-
verhältnisse

XVIII

Hauptmerkmale und Ursachen der gegenwärtigen
strukturellen Überakkumulationskrise

XXIV

Zu einigen Erscheinungsformen der strukturel-
len Überakkumulationskrise

XXXI

Krise und Zusammenbruch

XXXVI

Strukturelle Überakkumulationskrise und die
Lage der Arbeiterklasse - Zur Krise des
Warencharakters der Arbeitskraft

XLI

Materielle Lage und Bewußtsein I - Zur
Entstehung des Klassenbewußtseins der
Arbeiterklasse

XLVIII

Materielle Lage und Bewußtsein II - Organi-
sation und wissenschaftlicher Sozialismus
(Zur Funktion der Partei)

LIV

Einige Schlußfolgerungen

LIX

Inhaltsangabe zu Kapitel

Seite:

1.	ÖKONOMISCHE UND POLITISCHE ASPEKTE DES KLASSENKAMPFES IN FRANKREICH VOM ENDE DES ZWEITEN WELTKRIEGES BIS ZUR MITTE DER SECHZIGER JAHRE (unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der Gewerkschaftsbe- wegung)	1
1.1	Grundzüge der Gewerkschaftsentwick- lung in Frankreich bis zum Zweiten Weltkrieg	2
1.2	Der Kampf der Gewerkschaften um die gesellschaftliche Neuordnung Frank- reichs nach der Befreiung (1944 - 1947)	11
1.2.1	Zur ökonomischen und politischen Lage nach der Befreiung	12
1.2.2	Die Hauptaufgaben der Arbeiterbe- wegung in der Nachkriegsetappe	14
1.2.2.1	Die "Produktionsschlacht"	14
1.2.2.2	Die gesellschaftlichen Strukturre- formen	16
1.2.3	Die Differenzen innerhalb der Arbei- terbewegung	19
1.2.3.1	Das Scheitern der Einheitsgewerkschaft	19
1.2.3.2	Das neue Kräfteverhältnis in der CGT	19
1.2.3.3	Kommunisten und Sozialisten nach der Befreiung	21
1.2.3.4	Der Ausschluß der Kommunisten aus der Regierung	23
1.2.3.5	Die Spaltung der CGT	
1.3	Die Gewerkschaften in der Phase der kapitalistischen Restauration (1948 - 1958)	29
1.3.1	Die Etablierung des Gewerkschafts- pluralismus	33
1.3.1.1	Die Gründung der Gewerkschaft Force-Ouvrière (FO)	33

	<u>Seite:</u>
1.3.1.2	Entkonfessionalisierungstendenzen in der CFTC 34
1.3.1.3	Die Position der CGT unmittelbar nach der Spaltung und die Streiks 1948 36
1.3.2	Der Kampf um die Tariffreiheit 37
1.3.3	Die politischen Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes im ersten Abschnitt der Restaurationsphase (1949 - 1953) 40
1.3.4	Zum Verhältnis von Ökonomie und Politik im zweiten Abschnitt der Restaurationsphase (1954 - 1958) 43
1.3.5	Zu einigen neuen Aspekten der Gewerkschaftsstrategie in der Mitte der 50er Jahre 48
1.4	Der Sieg des Gaullismus - Niederlage und allmähliches Wiedererstarken der Arbeiterbewegung (1958 - 1967) 52
1.4.1	Die Desorientierung der Arbeiterklasse und die Haltung der Gewerkschaften zur V. Republik und zur Algerienpolitik 55
1.4.2	Der "Dezember-Coup" und die Lage der Arbeiterklasse Anfang der 60er Jahre 58
1.4.3	Integrationsversuche des Staatsapparates und die Strategie der Gewerkschaften 62
1.4.3.1	De Gaulles Sozialkonzept: "Assoziation von Kapital und Arbeit" durch Beteiligung ("Participation") der Arbeiter am Unternehmensprofit 62
1.4.3.2	Die Politik der Betriebsvereinbarungen 63
1.4.4	Der Bergarbeiterstreik von 1963 69
1.4.5	Entkonfessionalisierung der CFTC - Gründung der CFDT 71
1.4.6	Das Verhältnis der Gewerkschaften zueinander um die Mitte der 60er Jahre und das Abkommen zwischen CGT und CFDT (1966) 73

<u>Inhaltsangabe zu Kapitel</u>	<u>Seite:</u>
2. ZUR SOZIAL-ÖKONOMISCHEN LAGE DER FRANZÖSISCHEN ARBEITERKLASSE IN DEN 60ER JAHREN	78
2.1 Unterindustrialisierung und Überakkumulation - Zur Entwicklung der strukturellen Krise des Kapitalismus in Frankreich	78
2.1.1 Einige politisch-ökonomische Gesichtspunkte in der Entstehungsgeschichte der relativen Unterindustrialisierung Frankreichs und der Versuche zu ihrer Überwindung (Klassenkampf und politische Machtverhältnisse als Determinanten der realen Kapitalentwicklung in Frankreich)	80
2.1.2 Zu einigen Aspekten der Überakkumulation des Kapitals in Frankreich in der zweiten Hälfte der 60er Jahre und ihrer Auswirkungen auf die Lage der Arbeiterklasse	97
2.1.3 Daten zur ökonomischen Entwicklung Frankreichs in den 60er Jahren	106
2.1.3.1 Produktionswachstum und Weltmarktposition	106
2.1.3.2 Ergebnisse der Industrialisierungspolitik	110
2.1.3.3 Monopolisierungsgrad der französischen Industrie	112
2.1.3.4 Ungleichmäßige Regionalentwicklung	120
2.2 Daten zur Entwicklung der Klassenstruktur Frankreichs nach dem zweiten Weltkrieg (insbesondere in den 60er Jahren)	123
2.2.1 Die Ausdehnung der Lohnarbeit und der Begriff der Arbeiterklasse	123
2.2.2 Die innere Differenzierung der Arbeiterklasse	125
2.2.3 Verteilung der Lohnarbeiter auf die Wirtschaftssektoren	128

	<u>Seite:</u>
2.2.4	Konzentration der Lohnarbeiter in der großen Industrie 130
2.2.5	Zur Entwicklung der Mittelschichten (Bauern, Handwerker, Einzelhändler, Freie Berufe usw.) 131
2.2.6	Zusammenfassung der Strukturdaten - Die Klassenstruktur Frankreichs in den 50er und 60er Jahren 132
2.3	Daten zur sozial-ökonomischen Lage der Arbeiterklasse 133
2.3.1	Der relative Lohn 133
2.3.2	Lohnhöhe und Lohndifferenzen 134
2.3.2.1	Zur Lohn"hierarchie" 134
2.3.2.2	Sektorale und regionale Lohndiffe- renzen 135
2.3.2.3	Frauen, Jugendliche und ältere Arbeiter 137
2.3.2.4	Ausländische Arbeiter 138
2.3.3	Reallöhne 139
2.3.4	Arbeitsdauer und Arbeitsintensität 140
2.3.4.1	Arbeitszeit (wöchentlich-jährlich) 140
2.3.4.2	Schichtarbeit 141
2.3.4.3	Arbeitsintensität und Arbeitsunfälle 142
2.3.5	Sonstige Arbeitsbedingungen 143
2.3.5.1	Exkurs: Arbeitsbedingungen angelernter Arbeiter in Frankreich 144
2.3.6	Arbeitslosigkeit 150
2.3.6.1	Zum Umfang der Arbeitslosigkeit 150
2.3.6.2	Zur Arbeitslosigkeit bei Jugend- lichen 152
2.3.7	Einige Aspekte der übrigen Lebensbe- dingungen 153
2.3.7.1	Zur Wohnungssituation 153
2.3.7.2	Zur Gesundheitsversorgung 155
2.3.8	Zur Steuerbelastung der arbeitenden Bevölkerung 157

Inhaltsangabe zu Kapitel	Seite:
3. DARSTELLUNG UND ANALYSE DER KLASSEN- KÄMPFE VON 1968 BIS 1971	159
3.1 Die Mai-Juni-Ereignisse 1968	159
3.1.1 Die Verschärfung der Klassenkämpfe seit Mitte der sechziger Jahre	159
3.1.2 Zur Rolle der Studentenbewegung	161
3.1.3 Der historische Ablauf der Mai-Juni- Ereignisse	165
3.1.3.1 Studentendemonstrationen und General- streik vom 13. Mai 1968	166
3.1.3.2 Fabrikbesetzungen - Anstieg der Streik- welle - Die politische Entwicklung	169
3.1.3.3 Die Verhandlungen von "Grenelle"	176
3.1.3.4 Differenzen innerhalb der linken Opposition	178
3.1.3.5 Rücklauf der Bewegung	180
3.1.3.6 Unmittelbare Ergebnisse	184
3.2. Die wichtigsten Momente der Mai-Juni- Ereignisse und ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung der Klassenkämpfe in Frankreich	186
3.2.1 Das Fehlen einer gemeinsamen politi- schen Alternative der Linken	186
3.2.2. Exkurs: Beobachtung der Mai-Juni- Ereignisse in 100 Unternehmen	187
3.2.2.1 Ausbruch und Prozeß der Ausweitung der Streikbewegung	187
3.2.2.2 Der Ablauf der Streiks	189
3.2.2.3 Verhandlungen und Wiederaufnahme der Arbeit	195
3.2.3 Rolle einzelner Schichten und Gruppen der Arbeiterklasse	197
3.2.4 Exkurs: Zum Verhältnis von Ökonomie und Politik in der Mai-Juni-Bewegung (Er- gebnisse einer empirischen Studie)	201

		<u>Seite:</u>
3.2.5	Die Anerkennung der betrieblichen Gewerkschaftssektionen	210
3.3	Entwicklung der Klassenkämpfe nach den Mai-Juni-Ereignissen (1968-1971)	213
3.3.1	Von "Grenelle" nach "Tilsitt"	213
3.3.2	Vom Referendum bis zur Präsidentschaftswahl	221
3.3.3	Die "Neue Gesellschaft" und der Widerstand der Arbeiterklasse	226
3.3.3.1	Exkurs: Streiks für Arbeiterkontrolle	229
3.3.3.2	Neue Formen staatlich-unternehmerischer Lohnpolitik und die Bedrohung des Streikrechts	237
3.3.4	Bilanz im Jahre 1970	242
3.3.4.1	Entwicklung der Reallöhne	243
3.3.4.2	Sonstige Arbeits- und Lebensbedingungen	245
3.3.4.3	Exkurs: "L'ouvrier français en 1970 - Ergebnisse einer Untersuchung des politischen Bewußtseins der französischen Arbeiter	246
3.3.5	Die jüngste Entwicklung der Klassenkämpfe (bis Mai 1971)	262
3.3.5.1	Das zweite gemeinsame Aktionsprogramm von CGT und CFDT	262
3.3.5.2	Die wichtigsten Kampfaktionen des Jahres 1971	263
3.3.5.3	Die Arbeitsbedingungen angelernter Arbeiter (O.S.) in der Großindustrie	266
3.3.5.4	Der Kampf um die Herabsetzung des Rentenalters	267

<u>Inhaltsangabe zu Kapitel</u>	<u>Seite:</u>
4. GESELLSCHAFTLICHE KRISE UND POLITISCHES BEWUSSTSEIN-ZUR ENTWICKLUNG VON THEORIE UND STRATEGIE DER FRANZÖSISCHEN ARBEITERBEWEGUNG SEIT 1968	272
4.1 Gesellschaftliche Krise und die Hauptaufgaben der Arbeiterbewegung	272
4.2 Zur Entwicklung der strategischen Konzeption der Gewerkschaften	278
4.2.1 Force Ouvrière: Reformismus ohne Perspektive	278
4.2.2 CFDT: Arbeiterselbstverwaltung	279
4.2.3 CGT: Klassengewerkschaft - Massengewerkschaft	281
4.2.3.1 Exkurs: Zur innergewerkschaftlichen Demokratisierung der CGT	283
4.2.4 Gewerkschaften und Sozialismus - Zur Diskussion zwischen CGT und CFDT	288
4.2.4.1 Überlegungen der CGT über "Die Perspektiven des Sozialismus für Frankreich und die Rolle der Gewerkschaften"	288
4.2.4.2 Beitrag der CFDT für einen demokratischen Sozialismus	294
4.3 Die Politisierung der Klassenauseinandersetzungen und die Rolle der Arbeiterparteien seit Mitte der 60er Jahre	301
4.3.1 Sozialistische Partei: Sozialdemokratie - Klassenkampf und Sozialismus	302
4.3.2 PSU: Zwischen Linkssozialismus und Linksradikalismus	307
4.3.3 Kommunistische Partei: Probleme von Theorie und Praxis der Bündnispolitik	310
4.4.1 Zur Entstehungsgeschichte des "Gemeinsamen Regierungsprogramms"	314

4.4.1.1	Das endgültige Scheitern der Strategie des "Dritten Weges" und die Annäherung von Sozialisten und Kommunisten (1969 - 1971)	314
4.4.1.2	Das Regierungsprogramm der Kommunisten (Programme pour un gouvernement démocratique d'union populaire)	319
4.4.1.3	Das sozialistische Regierungsprogramm (Programme de gouvernement du Parti socialiste)	322
4.4.1.4	Fompitous Spaltungsmanöver und die Verhandlungen um das "Gemeinsame Regierungsprogramm"	323
4.4.2	Bemerkungen zur politischen Bedeutung und zum Inhalt des "Gemeinsamen Programms"	331
4.4.3	Die Stellungnahme der übrigen Arbeiterorganisationen	338
4.4.3.1	Die CGT	338
4.4.3.2	Die CFDT	340
4.4.3.3	Die PSU	341
4.4.4	Die Parlamentswahlen im März 1973	345
4.4.4.1	Die Kampagne für das "Gemeinsame Programm"	345
4.4.4.2	Der XX. Parteikongreß der PCF	348
4.4.4.3	Der Wahlkampf der Rechten	350
4.4.4.4	Das Wahlergebnis	353
4.4.5	Einige Probleme der französischen Arbeiterbewegung heute	356

<u>Inhaltsangabe</u>	<u>Seite:</u>
Anmerkungen zur Einleitung	360
Anmerkungen zu Kapitel 1.	368
Anmerkungen zu Kapitel 2.	386
Anmerkungen zu Kapitel 3.	399
Anmerkungen zu Kapitel 4.	418

Tabellarischer Anhang

1. Teil: Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung	431
Bevölkerung	
Bruttosozialprodukt	
Struktur des Bruttosozialprodukts	
Industrieproduktion	
Produktion ausgewählter Erzeugnisse	
Beschäftigte nach Wirtschaftszeigen	
Arbeitskräfte, Arbeitslosigkeit, Arbeitszeit	
Einkommen, Preise, Streiks	
Daten zur Landwirtschaft	
Staatliche Ausgaben für: Rüstung, Bildung, Gesundheit, Forschungen und Entwicklung	
Regionale Wirtschaftsstruktur	
Zahlungsbilanz	
Außenhandel	
2. Teil: Daten zur sozialen Entwicklung	434
Einfluß der verschiedenen Gewerkschaftszentralen bei den Lohnabhängigen (Ergebnisse der Wahlen zu den Verwaltungsräten der Sozialversicherung im Zeitraum 1947 - 1965, Ergebnisse der Wahlen zu den Unternehmenskomitees (1966-1969)	
Streikstatistik 1946 - 1972	
Untersuchung der Streikursachen 1946-1962	
Streikbewegungen in der Metallindustrie 1969 - 1971	
3. Teil: Daten zur politischen Entwicklung	439
Entwicklung der Mitgliederzahlen der Arbeiterparteien nach dem Zweiten Weltkrieg	
Ergebnisse der Parlamentswahlen für die Arbeiterparteien nach dem Zweiten Weltkrieg	
Soziale Zusammensetzung der Wählerschaft der politischen Parteien nach verschiedenen Meinungsumfragen 1965 und 1973	

E i n l e i t u n g

KRISE DER KAPITALISTISCHEN PRODUKTIONSVERHÄLTNISSE, VERSCHÄRFUNG DER KLASSENKÄMPFE UND DIE PERSPEKTIVEN DES SOZIALISMUS IN FRANKREICH

In einer international viel diskutierten Analyse der französischen Maibewegung von 1968 schrieb Lucio Magri, damals noch Mitglied der italienischen kommunistischen Partei, im Jahre 1969: "Die Tragweite der Maiereignisse geht zweifellos weit über die politisch-soziale Krise hinaus, die sie ausgelöst hat und vor deren Hintergrund sie zu sehen sind. Wir können sie in der Tat als die bedeutendste revolutionäre Erfahrung betrachten, die bisher in einem spätkapitalistischen Land gemacht worden ist; und wir können daher die seit einiger Zeit entwickelten Hypothesen an ihnen überprüfen, Impulse aus ihnen ableiten und Lehren aus ihnen ziehen, die für eine Reihe von Ländern und für eine ganze historische Epoche Gültigkeit besitzen. Sie stellen das beste Versuchslabor dar, über das wir verfügen, um eine theoretische Analyse der Revolution im Westen durchzuführen."¹⁾

Schon nach wenigen Seiten der Analyse glaubt Magri nachgewiesen zu haben, was damals für die meisten "Interpreten des Mai" schon vor, spätestens aber unmittelbar nach den Ereignissen ohnehin feststand, daß nämlich die "Revolution im Westen ... mit den theoretischen und organisatorischen Instrumenten, die der Arbeiterbewegung heute zur Verfügung stehen, zweifellos nicht vollbracht werden kann."²⁾ Vor allem seien die aus dem Kampf gegen den Faschismus tradierten "Schemata der Volksfronttradition" zu überwinden, denn "die Erfahrung des französischen Mai liefert den spektakulären Beweis für die Vergeblichkeit dieser Bemühungen."³⁾

Magris strategische Schlußfolgerung lautet daher auch:
"Die Einheit der Linksparteien kann infolgedessen nur

ein vorwiegend taktisches Element eines sehr viel tieferen Prozesses werden, nämlich des Aufbaus eines neuen politischen Kräftesystems."⁴⁾ Die Herstellung dieses neuen Kräftesystems erfordere jedoch eine tiefgreifende Veränderung in der Strategie der "revolutionären Kräfte", die, nach Magri, vier wesentlich neue Elemente enthalten muß: Erstens, die Konzipierung eines neuen Modells des Sozialismus; zweitens, die Formulierung neuartiger Forderungen mit systemüberwindendem Charakter; drittens, einen neuen Begriff des gesellschaftlichen Bündnisses zwischen Arbeiterklasse, Intellektuellen und Studenten (ein neuer "historischer Block"), das von einem "gemeinsamen Interesse an der revolutionären Lösung getragen ist" und viertens, eine neue Konzeption der revolutionären Partei, in der die Prinzipien des demokratischen Zentralismus, wie sie für die traditionellen kommunistischen Parteien gelten, zugunsten von mehr Spontanität, Phantasie und vor allem mehr Mut überwunden werden.

Magris Analyse endet mit der rhetorischen Frage: "Haben sich die Revolutionen nicht eigentlich immer in dieser Weise vollzogen, im Laufe dramatischer Krisen, in denen jemand (!) den Mut hatte, eine latente Kraft zu interpretieren und das nie auszuschaltende Risiko einer Niederlage auf sich zu nehmen?"⁵⁾ Seine Antwort läßt keinen Zweifel aufkommen, das revolutionäre "jemand" sind nicht die traditionellen Arbeiterorganisationen: "Es ist kein Zufall, daß Revolutionen seit Menschengedenken das Werk junger Menschen und junger Parteien waren."⁶⁾

Zur Methode

Wir haben einige Linien der Argumentation Magris nachgezeichnet, nicht um uns mit ihnen nun in dieser Einleitung ausführlich zu beschäftigen, dazu hätten sie hier noch detaillierter ausgeführt werden müssen, sondern um an ihnen beispielhaft zu zeigen, welche gewaltige Schlußfolgerungen für die "Revolution im Westen" aus der etwa

vier- bis fünfwöchigen Massenstreikbewegung in Frankreich gezogen worden sind; wobei Magri eher noch einer der zurückhaltenderen Autoren ist.⁷⁾

In der folgenden Arbeit werden diese und ähnliche Anschauungen explizit, vorwiegend aber implizit erörtert und in wesentlichen Punkten an Hand des realen historischen Verlaufs der Klassenauseinandersetzungen in Frankreich von 1968 bis 1973 widerlegt oder wenigstens in ihrer Bedeutung stark relativiert. Worauf es uns in dieser Einleitung ankommt, ist der theoretisch-methodische Aspekt der Analyse von Klassenkämpfen in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Nicht daß Magri u.a. sich in wesentlichen Punkten geirrt oder aber auch gewisse richtige Einsichten vermittelt haben, ist hier entscheidend, die Kritik richtet sich vielmehr dagegen, daß sie ohne gründliche Untersuchung der materiellen Voraussetzungen der verschärften Klassenkämpfe seit Mitte der sechziger Jahre, strategische Schlußfolgerungen für die revolutionäre Bewegung gezogen haben, die ihrem eigenen Anspruch nach eine völlige Neuorientierung bedeuten und zwar sowohl hinsichtlich des "revolutionären Subjekts" als auch hinsichtlich der Instrumente, Formen und Ziele des Kampfes.

Obwohl sich diese Autoren nicht selten auf den Marxismus berufen, haben sie jedoch die grundlegende methodische Einsicht von Marx weitgehend vernachlässigt, wonach es nicht gilt, der Entwicklung der Welt mit einem neuen Prinzip doktrinär entgegenzutreten, sondern aus der Entwicklung der Welt das Prinzip ihrer Entwicklung selbst zu entwickeln. Dazu ist es jedoch erforderlich, von den oberflächlichen Erscheinungen zum Wesen der Prozesse vorzudringen und von dort aus, wie Marx sagt, "die Reise wieder rückwärts anzutreten" bis man endlich wieder bei den oberflächlichen Erscheinungen anlangt, "diesmal aber nicht als bei einer chaotischen Vorstellung eines Ganzen, sondern als einer reichen Totalität von vielen Bestimmungen und Beziehungen".⁸⁾

Der Vorwurf an Magri u.a. lautet daher, daß sie bestimmte

Erscheinungsformen der Maibewegung, wie z.B. die Beteiligung von Studenten und Intellektuellen, die Rolle neuer Schichten der Arbeiterklasse in den Streiks, die "Radikalität" bestimmter Reden im Odéon und anderswo, die Fabrikbesetzungen und Forderungskataloge, die Probleme der Einigung der Arbeiterbewegung, die vorübergehende Verblüffung des Bürgertums und des Staatsapparates, für das Wesen der Sache selbst gehalten und daraus auf das "absolut Neue" und "ganz Andere" der Situation geschlossen haben, in der die Macht angeblich auf der Straße lag, von den verknöcherten Apparaten der Arbeiterorganisationen jedoch aus schierer "Altersschwäche"⁹⁾ nicht ergriffen werden konnte usw. usw.. Die falsche Identifikation von Wesen und Erscheinung macht naturgemäß eine wirklich wissenschaftliche Untersuchung überflüssig, freilich um den Preis jeder realen Perspektive und der bloß abstrakten Negation. Dies war dann auch der Gang jener Gruppen, die sich auf solche u.ä. "Analysen" einließen.

Der wirkliche historische Gang der Klassenauseinandersetzungen in Frankreich beweist dagegen, daß in der Maibewegung wie in den darauffolgenden Streiks und Auseinandersetzungen sowohl neuartige als auch traditionelle Elemente und Erscheinungen enthalten waren, was im übrigen nicht überrascht, da jede wirkliche Entwicklung eine, wenn auch widersprüchliche, Einheit von Kontinuität und Diskontinuität darstellt. Die wissenschaftliche Untersuchung hat nun aufzuspüren, wie die verschiedenen Erscheinungen miteinander verknüpft sind, ob es sich bei den neuartigen Erscheinungen um bloße empirische Zufälligkeiten oder um notwendige Erscheinungsformen eines veränderten Wesens bzw. um Kombinationen aus beiden handelt.

Wenn wir nunmehr zunächst mit einer etwas genaueren Erörterung des marxistischen Krisenbegriffs beginnen, so mag dies so aussehen, als habe man es mit einer Konstruktion a priori zu tun, die der Darstellung des historischen Ganges oktroyiert sei. Tatsächlich sind diese Überlegungen aber Resultate, natürlich keineswegs nur der vorangegangenen

nen individuellen Forschungsarbeit des Autors, sondern im wesentlichen Resultate der marxistischen Wissenschaft, wie sie sich aber eben auch in der Untersuchung der Klassenauseinandersetzungen in Frankreich von 1968 bis 1973 bewähren und, wenn auch in geringem Maße, weiterentwickeln mußten, gerade im Hinblick auf die Frage nach dem Wesen neuerer Erscheinungsformen der jüngsten Klassenauseinandersetzungen.¹⁰⁾ Bevor wir aber auf das Wesen und die verschiedenen Formen der Krise eingehen, um damit einen wissenschaftlich exakten Begriff der "Krise kapitalistischer Produktionsverhältnisse" zu erarbeiten, soll hier vorweg kurz noch die methodische Bedeutung dieser Erörterung angedeutet werden.

Bei der Untersuchung der Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850 kommt Marx zu der Auffassung, daß "der Ausbruch des allgemeinen Mißbehagens" infolge der finanziellen und politischen Machenschaften der herrschenden Finanzaristokratie durch "zwei ökonomische Weltereignisse" beschleunigt und die Verstimmung dadurch zur Revolte gereift sei.

"Die Kartoffelkrankheit und Mißernten von 1845 und 1846 steigerten die allgemeine Gärung im Volke. Die Teuerung von 1847 rief in Frankreich wie auf dem übrigen Kontinent blutige Konflikte hervor...

Das zweite große ökonomische Ereignis, welches den Ausbruch der Revolution beschleunigte, war eine allgemeine Handels- und Industriekrise in England;" deren Nachwirkungen auf dem Kontinent noch nicht erschöpft waren als die Februarrevolution ausbrach.

"Die Verwüstungen des Handels und der Industrie durch die ökonomische Epidemie machte die Alleinherrschaft der Finanzaristokratie noch unerträglicher ... Zu Paris hatte die industrielle Krisis noch speziell die Folge, eine Masse Fabrikanten und Großhändler die auf dem auswärtigen Markte unter den gegenwärtigen Umständen keine Geschäfte machen konnten, auf den inneren Handel zu werfen. Sie errichteten große Etablissements, deren Konkurrenz Epiciers und Boutiquiers massenhaft ruinierte

daher eine Unzahl Falliten in diesen Teilen der Pariser Bourgeoisie, daher ihr revolutionäres Auftreten im Februar."¹¹⁾

In ähnlicher Weise gingen Marx und Engels vor, als sie den weiteren Verlauf der europäischen Revolution im Jahre 1850 "Revue" passieren ließen: "Betrachten wir zuerst die reale Grundlage, auf der diese oberflächlichen Wallungen (die politischen Ereignisse der Monate Mai bis Oktober 1850 - W.G.) spielen."¹²⁾ Und dann beschreiben sie die wichtigsten Phasen des industriellen Zyklus der Jahre 1843 bis 1847 und kommen zu der Auffassung: "Wenn der mit 1848 begonnene neue Zyklus der industriellen Entwicklung denselben Lauf verfolgt wie der von 1843 bis 1847, würde die Krise im Jahr 1852 ausbrechen."¹³⁾ Deshalb erwarteten sie auch für die unmittelbar folgenden Monate keinen neuen revolutionären Aufschwung. "Bei dieser allgemeinen Prosperität, worin die Produktivkräfte der bürgerlichen Gesellschaft sich so üppig entwickeln, wie dies innerhalb der bürgerlichen Verhältnisse überhaupt möglich ist, kann von einer wirklichen Revolution keine Rede sein. Eine solche Revolution ist nur in den Perioden möglich, wo diese beiden Faktoren, die modernen Produktivkräfte und die bürgerlichen Produktionsformen, miteinander in Widerspruch geraten Eine neue Revolution ist nur möglich im Gefolge einer neuen Krisis. Sie ist aber auch ebenso sicher wie diese ..."¹⁴⁾

Wir haben diese Stelle freilich nicht zitiert, um zu zeigen, wie sehr sich Marx und Engels damals mit ihrer Prognose geirrt hatten. Friedrich Engels hat dies in seiner Einleitung zu Marx "Klassenkämpfe in Frankreich" aus dem Jahre 1895 offen zugegeben: "Die Vulgärdemokratie erwartete den erneuten Losbruch von heute auf morgen; wir erklärten schon im Herbst 1850, daß wenigstens der erste Abschnitt der revolutionären Periode abgeschlossen und nichts zu erwarten sei bis zum Ausbruch einer neuen ökonomischen Weltkrise Die Geschichte hat aber auch uns unrecht gegeben, hat unsere damalige Ansicht als eine Illusion enthüllt. ... Sie hat klargemacht, daß der Stand

der ökonomischen Entwicklung auf dem Kontinent damals noch bei weitem nicht reif war für die Beseitigung der kapitalistischen Produktion."¹⁵⁾

Uns kam es hier nur darauf an, anzudeuten, mit welcher Methode Marx damals die revolutionären Ereignisse der Jahre 1848 bis 1850 zu erklären versuchte. Nach Engels handelte es sich darum, "im Verlauf einer mehrjährigen, für ganz Europa kritischen wie typischen Entwicklung den inneren Kausalzusammenhang nachzuweisen, also, im Sinne des Verfassers, die politischen Begebenheiten zurückzuführen auf Wirkungen von in letzter Instanz ökonomischen Ursachen."¹⁶⁾ Schon zuvor, im Jahre 1890, hatte Engels in einem Brief an den Redakteur der Zeitschriften "Sozialistische Akademiker" und "Sozialistische Monatshefte" Josef Bloch erläutert, wie er die Formulierung von "in letzter Instanz ökonomischen Ursachen" verstanden wissen wollte: "Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr hat weder Marx noch ich je behauptet. Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das einzig bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase. Die ökonomische Lage ist die Basis, aber die verschiedenen Momente des Überbaues - politische Formen des Klassenkampfes und seine Resultate - Verfassungen, nach gewonnener Schlacht durch die siegende Klasse festgestellt usw. - Rechtsformen, und nun gar die Reflexe aller dieser wirklichen Kämpfe im Gehirn der Beteiligten, politische, juristische, philosophische Theorien, religiöse Anschauungen und deren Weiterentwicklung zu Dogmensystemen, üben auch ihre Einwirkung auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren Form. Es ist eine Wechselwirkung all dieser Momente worin schließlich durch alle die unendliche Menge von Zufälligkeiten (d.h. von Dingen und Ereignissen, deren innerer Zusammenhang untereinander so entfernt oder so unnachweisbar ist, daß wir ihn als nicht vorhanden betrachten, vernachlässigen können) als Notwen-

diges die ökonomische Bewegung sich durchsetzt."¹⁷⁾

Die Krise der kapitalistischen Produktionsverhältnisse

In diesem Sinne haben Marx und Engels vielfach die revolutionierende Bedeutung der Krise hervorgehoben. Wir verweisen hier nur auf die klassische Formulierung der Hauptthesen des historischen Materialismus im Vorwort "Zur Kritik der Politischen Ökonomie", wo Marx die letzte Ursache jeder grundlegenden sozialen Revolution beschreibt:

"Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein."¹⁸⁾

Und er fügt hinzu, was für den konkreten historischen Gang in einer solchen Epoche sozialer Revolutionen entscheidend ist: "Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind."¹⁹⁾ Im "Kapital"

heißt es an einer in diesem Zusammenhang weniger auffallenden Stelle lapidar: "Die Entwicklung der Widersprüche einer geschichtlichen Produktionsform ist ... der einzig geschichtliche Weg ihrer **A u f l ö s u n g** und **N e u - g e s t a l t u n g**." (gesperrt vom Verf.)²⁰⁾

Schon aus diesen allgemeinen Formulierungen ergeben sich zwei Hauptmerkmale, die zum Wesen der Krise gehören und daher in jeder ihrer noch näher zu untersuchenden Formen auftreten müssen. Erstens: in der Krise treten die Widersprüche einer bestimmten Produktionsweise mehr oder weniger offen zu Tage, was dann stets spezifische, wenn auch keineswegs eindeutig determinierte Reaktionsformen im gesellschaftlichen Überbau auslöst. Zweitens: Die Krise stellt zugleich eine mehr oder weniger gewaltsame Lösungsform der Widersprüche dar, indem sie diese entweder "aufhebt" in dem dialektischen Sinne des Wortes, also sowohl "beseitigt" als auch "aufbewahrt" und schließlich "auf eine höhere Stufe hebt", oder aber indem sie sie tatsächlich auflöst, dadurch, daß sie deren Grundlage, in unserem Zusammenhang also das Kapitalverhältnis, endgültig beseitigt.

Aus diesen Hauptmerkmalen können durch Variation und nähere inhaltliche Bestimmung, zahlreiche konkrete Formen der Krise entstehen, von denen hier nur die drei Hauptformen im Kapitalismus erwähnt werden sollen: Die zyklische Krise, die strukturelle Überakkumulationskrise und die allgemeine Krise des Kapitalismus. Jede dieser Formen ist eine Erscheinung der Krise kapitalistischer Produktionsverhältnisse; sie unterscheiden sich jedoch wesentlich und damit begrifflich, selbst wenn sie realhistorisch zusammenfallen können und sich dadurch gegenseitig zuspitzen, hinsichtlich der Breite und Tiefe der von ihnen ausgelösten gesellschaftlichen Erschütterungen, vor allem aber hinsichtlich ihrer möglichen Lösungsformen, d.h. der Neugestaltung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse.

Die zyklische Krise, die gewissermaßen zum normalen Gang der kapitalistischen Entwicklung gehört, ist ein Prozeß, in dem zunächst die verschiedenen, durch die Waren- und Geldbeziehungen (Marktbeziehungen) relativ verselbständigten Momente des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses (vor allem Produktion und Konsumtion) auseinander-treten und eine Stockung des Gesamtprozesses einleiten, der schließlich nur durch mehr oder weniger gewaltsame

und massenhafte Vernichtung (Entwertung, Brachlegung) von Waren und Kapital (in Form von Preiserückgang, Konkursen usw., aber bisweilen auch von physischer Vernichtung, Verfall usw.) wieder in Gang gesetzt wird. Materielle Grundlage des Krisenzyklus bildet die periodische Erneuerung des fixen Kapitals, die in der Phase des Aufschwungs und der Hochkonjunktur nach und nach ein solches Ausmaß annimmt, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bildete und nicht bloß die durch antagonistische Distributionsverhältnisse stets beschränkte Konsumtionsfähigkeit (Kaufkraft) der Massen. Überproduktion von Waren und Kapital einerseits, Brachlegung und Entwertung von Kapital sowie Armut und Arbeitslosigkeit der wirklichen Produzenten andererseits sind die wichtigsten Erscheinungen der Krise kapitalistischer Produktionsverhältnisse im industriellen Zyklus. Zugleich enthalten diese widersprüchlichen Erscheinungen auch die Elemente für eine Wiederbelebung des Produktionsprozesses auf höherer gesellschaftlicher Stufenleiter. Preisverfall und Pleiten beseitigen die Überproduktion, Arbeitslosigkeit senkt die Löhne, die Krise fördert die Konzentration und Zentralisation des Kapitals, all diese Momente verbessern allmählich die Bedingungen der Profitproduktion und der gesamte Prozeß beginnt auf nunmehr quantitativ erweiterter und vielfach auch qualitativ (durch neue Produktionsverfahren usw.) höherer Stufe erneut.

Nach einer Reihe dieser Zyklen erreicht die Akkumulation des Kapitals auf gesellschaftlicher Stufenleiter schließlich eine Höhe, auf der die relativ geringfügig wirkenden Mechanismen der zyklischen Krise bei weitem nicht mehr ausreichen, um den weiteren raschen Aufschwung der Produktivkräfte und der Produktion zu bewerkstelligen. Es beginnt dann eine längere Periode mit vorwiegend stagnativen Tendenzen, in der die nach wie vor andauernden Zyklen nur kurze und schwache Aufschwungsphasen, dafür aber umso längere und stärkere Phasen des Abschwungs oder der allgemeinen Labilität aufweisen. Eine solche langfristige Periode nennen wir, nach Paul Boccare,²¹⁾ eine

"strukturelle Überakkumulationskrise", weil in ihr die überkommenen Strukturen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse unter dem Druck der Produktivkräfte selbst in eine Krise geraten und in einem langwierigen Prozeß der Umstrukturierung von einer höheren Stufe abgelöst werden. Solche Krisen sind in der Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus ebenfalls nichts Neues, sie haben aber viel weitreichendere Folgen als die Krisen des industriellen Zyklus. So ist in der "Großen Depression" 1873-1896 der Übergang vom Kapitalismus der "freien Konkurrenz" zum Monopolkapitalismus eingeleitet worden und so ist der permanente und systematische Eingriff des Staates in den monopolistisch strukturierten Reproduktionsprozeß des gesellschaftlichen Gesamtkapitals (staatsmonopolistischer Kapitalismus) aus der Krise der 30er Jahre hervorgegangen. Die in diesen langfristigen Krisenperioden sich allmählich durchsetzende höhere Vergesellschaftungsstufe der kapitalistischen Produktionsverhältnisse erwies sich dann jeweils als eine Form, in der sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte bis zu einem gewissen Grad weiter fortzuentwickeln vermochten. In den sich an die langen Krisenperioden anschließenden Perioden des Aufschwungs "Belle Epoque" (1896-1913), Periode nach dem Zweiten Weltkrieg (1947-1966) entwickelten sich die neuen Kapitalstrukturen zur vollen Reife um schließlich wiederum an eine Grenze zu gelangen usw..²²⁾

Die Frage, welches die materielle Basis dieser langfristigen Bewegung der Kapitalakkumulation ist, ist in der marxistischen Literatur ebenso umstritten, wie die Frage, ob sie zyklischen Charakter besitzen usw..²³⁾ Dies ist im übrigen keineswegs verwunderlich, da das konkrete Anschauungsmaterial gerade infolge der Langfristigkeit der Erscheinungen methodisch und begrifflich außerordentlich schwer zu fassen ist. Unumstritten ist lediglich die Existenz solcher Perioden und ihre allgemeinen Folgen für die Struktur der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Wir werden weiter unten noch näher auf das sozial-ökonomische Wesen und die Erscheinungsformen der etwa um die

Mitte der 60er Jahre beginnenden dritten strukturellen Überakkumulationskrise eingehen, um vor allem deren Bedeutung für die Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen in den meisten hochentwickelten kapitalistischen Ländern Westeuropas herauszuarbeiten und die Perspektiven einer sozialistischen Transformation in Frankreich zu umreißen.

Zuvor muß jedoch eine weitere Form der Krise kurz erörtert werden, die sich in wesentlicher Hinsicht von den beiden vorangegangenen unterscheidet. Der mit dem Begriff "allgemeine Krise des Kapitalismus" bezeichnete Prozeß ist weit- aus umfassender als der fast rein ökonomische Vorgang der zyklischen Krise und selbst als die sozial-ökonomisch tief wirkende Überakkumulationskrise. Er versucht den historisch vergänglichen Charakter der kapitalistischen Produktionsweise und den Prozeß des umfassenden, weltweiten Übergangs zu einer höheren Organisationsform des ökonomischen und gesellschaftlichen Lebens in der gegenwärtigen Epoche der Weltgeschichte, als einer Epoche der sozialen Revolution in dem von Marx allgemein formulierten Sinne, zu umreißen.

Tatsächlich ist es eine der großen weltgeschichtlichen Leistungen der kapitalistischen Produktionsweise gewesen, daß sie in der relativ kurzen Epoche des Werdens und Bestehens ihrer unangefochtenen Herrschaft massenhaftere und kolossalere Produktivkräfte geschaffen hat, als alle vorangegangenen Produktionsweisen zusammen, daß sie Wissenschaft und Technik entwickelt hat wie nie zuvor, daß sie durch die Schaffung des Weltmarktes und die Erschließung ganzer Weltteile die Aneignung der Natur durch den Menschen weltweit organisiert hat, die internationale Arbeitsteilung geschaffen und alle Völker und Nationen in den Prozeß der Zivilisation hineingerissen hat, kurz: daß sie in einem gewissen Sinne e i n e Welt geschaffen hat.

Sie hat dies aber nur vollbracht, indem sie zugleich alle vorhandenen Widersprüche verschärft und neue hinzugefügt hat, indem sie maßlosen Reichtum auf der einen Seite und

unsagbares, massenhaftes Elend auf der anderen Seite produziert hat, indem sie einerseits durch Technik und Wissenschaft die äußere Natur den gesellschaftlichen Zwecken dienstbar machte, andererseits aber die "Natur" dieser Gesellschaft selbst nicht zu beherrschen vermochte und damit zahllose Krisen hervorgebracht hat, die jeder anderen Gesellschaftsform als Widersinn erschienen wären - die Überproduktion bei gleichzeitigem Hunger und Arbeitslosigkeit; und ihre gewaltigsten Anstrengungen hat diese Produktionsweise noch stets hervorgebracht zur Vernichtung ihres eigenen Reichtums, ja des Lebens der Menschen selbst - in den Weltkriegen, deren Opfer in die Millionen gingen und die ganze Länder und Völker auslöschten.²⁴⁾

Die historisch progressive Epoche des Kapitalismus ist daher auch spätestens mit dem Ausbruch des ersten Weltkrieges zu Ende gegangen. Fast gleichzeitig kündigte die Entstehung einer ersten sozialistischen Gesellschaft, trotz vieler Schwierigkeiten und Widersprüche und selbst neuer Gewalt und neuen Unrechts, gewissermaßen als den Muttermalen der alten Gesellschaft, das Ende der absoluten Welt-herrschaft des Kapitalismus an. Ein historischer Ablösungsprozeß, der durch die Folgen des zweiten Weltkrieges, die Entstehung eines sozialistischen Weltsystems, und schließlich seit etwa Mitte der 50er Jahre durch die rasch anwachsende Befreiungsbewegung der bis dahin in kolonialer oder halbkolonialer Abhängigkeit gehaltenen Länder und Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas noch beschleunigt und vertieft wird.

Obwohl ihrem Wesen nach verschieden und von erheblich unterschiedlicher Bedeutung, und daher auch begrifflich eindeutig voneinander zu trennen, wirken die verschiedenen Formen der Krise innerhalb des realhistorischen Entwicklungsgangs einer bestimmten kapitalistischen Gesellschaft und des kapitalistischen Weltmarktes stets zusammen. Bei der Untersuchung konkreter einzelner Krisenerscheinungen oder besonderer Krisenzusammenhänge kommt es daher vor allem darauf an, zu bestimmen in welcher Weise und mit welchem Gewicht die genannten Hauptformen der Krise kapitalistischer

Produktionsverhältnisse ursächlich für die zu untersuchenden Prozesse sind.

Hauptmerkmale und Ursachen der gegenwärtigen strukturellen Überakkumulationskrise

Die sich seit etwa Mitte der 60er Jahre in den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern abzeichnenden ökonomischen und sozialen Krisenerscheinungen, ihr chronischer Charakter und die wachsende Labilität der gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen, die sie hervorgebracht haben, deuten darauf hin, daß die langanhaltende ökonomische Aufschwungsperiode der Nachkriegszeit (Rekonstruktionsperiode), mit ihrer nur äußerst schwachen Ausprägung des Krisenzyklus, seither von einer längeren Periode mit strukturellen Überakkumulationstendenzen abgelöst worden ist.²⁵⁾

Es ist die Hauptthese dieser Arbeit, daß Ausmaß und Inhalt sowie Formen und Ziele der Klassenauseinandersetzungen in Frankreich von 1968 bis 1973 "in letzter Instanz" von dieser strukturellen Überakkumulationskrise geprägt sind.

Dabei hat ihr Auftakt, die zyklische Krise von 1967/68 (gegenüber der Bundesrepublik um mehr als ein halbes Jahr verschoben) eine wichtige und in den oben genannten "Analysen" zumeist vernachlässigte Rolle bei der Entstehung der Mai-Juni-Streikbewegung von 1968 gespielt.

Weit schwieriger, weil weniger eindeutig nachweisbar, ist der Anteil des welthistorischen Vorgangs der "allgemeinen Krise des Kapitalismus". Dieser langfristige Prozeß wirkte sich im Innern der meisten kapitalistischen Länder während der Rekonstruktionsperiode, die zugleich auch die Phase des "Kalten Krieges" war, durch eine fortschreitende Militarisierung und Formierung der Gesellschaft, durch die permanente Propagierung des Antikommunismus usw., also auf einer zumeist mehrfach vermittelten Ebene des gesellschaftlichen Lebens aus.

In Frankreich hatte dieser Prozeß durch den schrittweisen

Zusammenbruch des alten Kolonialreiches (vor allem infolge der verlorenen Kriege in Indochina und Algerien) jedoch auch unmittelbare ökonomische und politische Folgen von erstrangiger Bedeutung, die freilich um die Mitte der 60er Jahre bis zu einem gewissen Grade abgeklungen waren. Dennoch ist der anti-imperialistische Kampf für die französische Arbeiterbewegung stets ein bedeutsames Feld geblieben und der imperialistische Krieg der USA in Vietnam löste gerade in der französischen Linken, sowie bei den Intellektuellen und Studenten eine besonders heftige Bewegung aus, die mit am Beginn der Mai-Bewegung stand.²⁶⁾

Aus diesen und noch weiter unten zu erörternden Gründen erschien es uns notwendig, diese Arbeit, trotz der von uns vertretenen Hauptthese, mit einem Kapitel über das Verhältnis von Ökonomie und Politik in Frankreich vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Mitte der 60er Jahre zu beginnen, bevor wir schließlich im zweiten Kapitel auf die konkreten Erscheinungen der Überakkumulationskrise in Frankreich und ihre Folgen für die sozial-ökonomische Lage der Arbeiterklasse eingehen.

Worin liegen nun die Hauptursachen und welches sind die Hauptmerkmale der gegenwärtigen strukturellen Überakkumulationskrise?

Ganz allgemein gesprochen handelt es sich dabei um eine konkrete historische Erscheinungsform des der kapitalistischen Produktionsweise immanenten Widerspruchs zwischen dem universellen, gesellschaftlichen Charakter der in ihr entwickelten Produktivkräfte und dem begrenzten, auf private Aneignung und Profitmaximierung gegründeten kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Ökonomisch nimmt dieser Widerspruch die Form einer langfristigen, in der Struktur der bestehenden Stufe kapitalistischer Produktionsverhältnisse begründeten und daher als "strukturell" zu bezeichnenden Überakkumulationskrise an.

"Überakkumulation" bedeutet nicht, daß ein Überschuß an

Produktionsmitteln im Verhältnis zu den gesellschaftlichen Bedürfnissen bestünde, wie sie etwa dem Stand der Produktivkräfte entsprechen würden; Überakkumulation bedeutet vielmehr einen Überschuß an Produktionsmittel in Form von Kapital d.h. im Verhältnis zu dem unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen und den ihnen entsprechenden antagonistischen Distributionsverhältnissen zu erzielenden Profit.

Die Überakkumulation erscheint also im Fall der Profitrate. Bei näherer Untersuchung lassen sich dabei zwei Grundformen unterscheiden: die absolute und die relative Überakkumulation.

Absolute Überakkumulation liegt vor, wenn die Akkumulation eines zusätzlichen Kapitals $+ \Delta K$ keinen oder sogar einen negativen zusätzlichen Profit ($\Delta P \leq 0$) erbringt. Relative Überakkumulation liegt vor, wenn ein zusätzliches Kapital ΔK zwar einen zusätzlichen Profit ($\Delta P > 0$) erbringt, dabei aber das Verhältnis $\frac{P}{K} > \frac{\Delta P}{\Delta K}$, also die Profitrate des zusätzlichen Kapitals geringer ist als die, des bereits zuvor fungierenden Kapitals. In beiden Fällen verringert sich die Profitrate des neuen Gesamtkapitals, denn aus diesen Annahmen folgt notwendig, daß $\frac{P}{K} > \frac{P + \Delta P}{K + \Delta K}$.

Diese Beziehung gilt sowohl für den Akkumulationsprozeß des individuellen wie des gesellschaftlichen Gesamtkapitals.²⁷⁾

Bei dieser bloß formellen Betrachtung ist es naturgemäß gleichgültig, welches die Ursachen für den Fall der Profitrate sind. Daher tritt Überakkumulation in sehr unterschiedlichen Prozessen auf, so z.B. in der zyklischen Krise, bei Disproportionalitätskrisen usw. In jedem Fall verlangsamt sich der Akkumulationsrhythmus oder es entstehen Überkapazitäten, was sich in einem entsprechend verringerten Produktionswachstum usw. niederschlägt und zu Entwertung, Brachlegung und schließlich Vernichtung von Kapital führt.

Der "strukturellen", langfristig wirkenden Überakkumulationskrise liegt das bereits von den Klassikern der bürgerlichen politischen Ökonomie geahnte und von Marx erstmals

wissenschaftlich formulierte Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate zugrunde, das Marx selbst als das "in jeder Beziehung wichtigste Gesetz der modernen politischen Ökonomie" bezeichnet hat. Es sei "das wesentlichste, um die schwierigsten Verhältnisse zu verstehen. Es ist vom historischen Standpunkt das wichtigste Gesetz"²⁸⁾ und zwar weil es in ökonomischen Kategorien den oben erwähnten allgemeinsten Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise - zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den Schranken (dem Profitkriterium) der kapitalistischen Produktionsverhältnisse - ausdrückt.

Nun wäre die kapitalistische Produktionsweise längst an ein Ende gelangt, würden dem Fall der Profitrate nicht verschiedene Ursachen entgegenwirken, die diesem Gesetz eine mehr oder weniger akute bzw. nur latente Tendenz verleihen.²⁹⁾ An dieser Stelle kann nur auf die beiden Grundformen dieser entgegenwirkenden Ursachen hingewiesen werden: die Erhöhung der Ausbeutungsrate und die Entwertung von Kapital. In der gesellschaftlichen Realität wirken in aller Regel beide Grundformen gleichzeitig.

Während aber die Erhöhung der Ausbeutungsrate ein der kapitalistischen Produktionsweise durchaus adäquates Mittel darstellt und daher in jeder ihrer Entwicklungsstufen anzutreffen ist, ist die Entwertung von Kapital zum Zwecke der Kapitalverwertung ein Zeichen der Krise.

Sofern die Entwertung nur eine periodische, in der Krisenphase der zyklischen Bewegung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses in Form von Preisverfall oder Pleiten auftretende, also vorübergehende Erscheinung ist, haftet ihr an sich noch keine besondere Sprengkraft an. Die periodisch wiederkehrende Entwertung von Kapital ist ein Phänomen, das schon in der klassischen Phase des Kapitalismus auftritt und hier die Widersprüche dieser Produktionsweise lediglich in einer vorübergehenden Form andeutet. Sofern die Kapitalentwertung jedoch ein strukturelles Merkmal der kapitalistischen Produktionsverhältnisse selbst wird, wie dies für die monopolistische und in weit höherem Maße für die staatsmonopolistische Entwicklungsstufe der Fall ist,

ist sie zugleich Indiz der Krise dieses Produktionssystems in einem historisch umfassenden Sinne. Deshalb spricht man zurecht von diesem Zeitpunkt an von der Ära des Spätkapitalismus.

In dieser Ära gilt, was Marx bereits vorweggenommen hatte: "Gewaltsame Vernichtung von Kapital, nicht durch ihm äußere Verhältnisse, sondern als Bedingung seiner Selbsterhaltung, ist die schlagendste Form, worin ihm advice gegeben wird, to be gone and to give room to a higher state of social production."³⁰⁾

Inwiefern kann man davon sprechen, daß auf der monopolistischen bzw. staatsmonopolistischen Stufe die Entwertung von Kapital zu einem strukturellen Merkmal der kapitalistischen Produktionsverhältnisse selbst wird? Dies kann hier nur in einer äußerst abstrakten, d.h. auf die wesentlichen Formen reduzierten Weise dargestellt werden. Das Monopol, in seiner entwickelten Form, in der es allein zu dem entscheidenden kapitalistischen Produktionsverhältnis werden kann, ist ein Kapital, das aufgrund der bei ihm durch Konzentration und/oder Zentralisation angehäuften Produktions- (bzw. Austausch)mittel über ökonomische bzw. außerökonomische Mechanismen verfügt, mit deren Hilfe es in der Lage ist, seine Profitrate langfristig über der gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate zu halten. Es läßt sich nun zeigen, daß diese überdurchschnittliche, d.h. monopolistische Profitrate in letzter Instanz stets eine Umverteilung der gesellschaftlichen Mehrwertmasse zu Gunsten des Monopols zur Voraussetzung hat. Damit entsteht notwendigerweise ein Bereich mit unterdurchschnittlicher Profitrate, der nicht-monopolistische Sektor. Die in diesem Sektor fungierenden Kapitale verwerten sich also auch langfristig zu einem niedrigeren Grad, sie stellen daher strukturell entwertetes Kapital dar. Damit gelingt es dem Monopolkapital, sich trotz tendenziell sinkender gesellschaftlicher Durchschnittsprofitrate dem Fall der individuellen Profitrate weitgehend zu entziehen.

Auf einer noch höheren Stufe der Vergesellschaftung stellt das System der staatsmonopolistischen Finanzierung der

Produktion (oder ihrer allgemeinen bzw. besonderen Voraussetzungen: Infrastrukturen, F&E, usw.) ein weitverzweigtes und umfassendes System struktureller Kapitalentwertung dar, dessen wesentlicher Zweck die Erhaltung der Monopolprofitrate ist.

Der permanente Eingriff des Staates in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß ist insofern Ausdruck einer Krise der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Dies tritt offen zutage in allen Bereichen, in denen die Entwicklung der Produktivkräfte und der Grad der Vergesellschaftung so weit fortgeschritten ist (und vor allem der materiell-technisch bedingte Umfang der Arbeitsmittel, aber auch die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen ein solches Ausmaß erreicht haben), daß ihre kapitalistische Anwendung (als fixes Kapital) infolge des damit drohenden Falls der gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate immer weniger möglich wird.

Dies ist insbesondere der Fall in den sich heute vielfach sprunghaft ausdehnenden Bereichen der sogenannten allgemeinen Produktionsbedingungen ("Infrastrukturen") wie Transport- und Verkehrswesen, Kommunikation, Energie- und Wasserversorgung usw. . In dem Maße aber wie solche Bereiche der Produktion nicht nur als allgemeine Produktionsbedingungen, sondern auch als besondere Produktionszweige selbst sich unmittelbar kapitalistischer Anwendung entziehen bzw. auf wachsende staatliche Finanzierung (ohne Profitforderung) angewiesen sind (z.B. Energieerzeugung vom Bergbau bis zur Atomwirtschaft, Luft- und Raumfahrt-industrie, Elektronik usw.), im Interesse der Kapitalverwertung in anderen Produktionszweigen aber notwendig vorhanden sein müssen (also gewissermaßen selbst zu allgemeinen Produktionsbedingungen des Kapitals werden) und daher als gesellschaftlich oder staatlich entwertetes Kapital eine wichtige materiell-technische und ökonomische Funktion im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß spielen, wird die gesellschaftliche Basis der kapitalistischen Produktionsweise (Privateigentum an den Produktionsmitteln) untergraben.³¹⁾

tionskrise den "normalen" Krisenzyklus nicht außer Kraft setzt, ihn im allgemeinen vielmehr eher noch akzentuiert, was sich in einem tieferen Fall oder einer Verlängerung der Krisen- bzw. Stagnationsphase des Zyklus ausdrückt. Damit sind aber auch gleichzeitig Phasen des Aufschwungs und der Hochkonjunktur, also vorübergehend sogar beschleunigtes Wachstum keineswegs ausgeschlossen. Methodisch folgt daraus, daß man die Bewegung der Wachstumsraten unter der Berücksichtigung der Krisenzyklen untersuchen muß. Unter diesen Bedingungen läßt sich seit Mitte der 60er Jahre in Frankreich wie in den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern ein deutlicher Rückgang der ökonomischen Wachstumsraten im Vergleich zur vorangegangenen Rekonstruktionsperiode der 50er und frühen 60er Jahre verzeichnen.³⁵⁾

Dieser Rückgang ist in den einzelnen Ländern, je nach dem erreichten Reifegrad der Entwicklung des Kapitalverhältnisses, von recht unterschiedlicher Intensität. Dies hat einerseits die ungleichmäßige Entwicklung und die damit zusammenhängenden Krisenerscheinungen (etwa des Weltwährungssystems) beschleunigt, andererseits aber auch dazu beigetragen, daß sich die nationalen Krisenzyklen bisher noch nicht wieder zu einem einheitlichen Weltmarktzyklus herausgebildet haben. Durch die Verschlingung mit den unterschiedlichen Konjunkturlagen auf Teilbereichen des kapitalistischen Weltmarktes konnte das Ausmaß der nationalen zyklischen Überproduktionskrisen dadurch bisher auch in der Periode der Überakkumulation nicht selten erheblich abgemildert werden. Dies war beispielsweise eine der Ursachen für den Erfolg sog. Exportoffensiven zur Wiederbelebung der Konjunktur wie sie u.a. auch Frankreich erlebt hat.³⁶⁾

Aus der Verlangsamung des Wachstums und der Verschärfung des Krisenzyklus allein läßt sich jedoch kaum eine hinreichende Vorstellung von Ausmaß und Bedeutung der strukturellen Überakkumulationskrise als Krise der kapitalistischen Produktionsverhältnisse gewinnen. Hinzu kommen muß eine Untersuchung der einer akuten Überakkumulationskrise

entgegenwirkenden Tendenzen, die als Reaktionsformen des Kapitals selbst Erscheinungen der Krise sind und gewissermaßen als indirekte Indizes gelten können.

hierbei handelt es sich um die bereits angedeuteten beiden Grundformen: Erhöhung der Ausbeutungsrate der Arbeitskraft und beschleunigte Kapitalentwertung.

Die Erhöhung der Ausbeutungsrate, deren Auswirkungen auf die Lage der Arbeiter wir weiter unten noch zu umreißen suchen, ist die unmittelbarste Reaktionsform des Kapitals auf die sich andeutende allgemeine Verschlechterung der Kapitalverwertungsbedingungen. In den meisten westeuropäischen Ländern zeichnete sich diese Situation mit der Erreichung einer relativen Vollbeschäftigung schon zu Beginn der 60er Jahre ab.

Die für den raschen Aufschwung der Rekonstruktionsperiode charakteristische Form der Akkumulation durch extensiv erweiterte Reproduktion des Kapitals (d.h. Erhöhung der Zahl der Arbeitskräfte bei prinzipiell gleicher Produktionstechnik) wird nunmehr als vorherrschende Form abgelöst durch die intensiv erweiterte Reproduktion (beschleunigte Umsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in den Produktionsprozeß).³⁷⁾

Dieser Umschlag in der Akkumulationsform und den entsprechenden Methoden der Mehrwertproduktion (von vorwiegend absoluter zu vorwiegend relativer Mehrwertproduktion) vermochte die Schwierigkeiten der Kapitalverwertung jedoch nur solange zu beheben, wie sie für einzelne Kapitalien oder Kapitalgruppen einen Produktivitätsvorsprung und damit einen Extraprofit einbrachten. In dem Maße aber wie sich die neue Form, vermittelt über die wachsende Konkurrenz auf den nationalen und internationalen Märkten verallgemeinerte, mußten sich die Verwertungsschwierigkeiten aufgrund der gestiegenen organischen Zusammensetzung des Kapitals auf höherer Stufenleiter erneut zuspitzen.

Diese Situation war in den meisten westeuropäischen Ländern etwa um die Mitte der 60er Jahre erreicht und hat den endgültigen Übergang in die langfristige Überakkumulationsperiode eingeleitet.

Von nun an gewinnen, bei Fortsetzung bzw. Kombinierung der bis dahin vorherrschenden Methoden der Mehrwertproduktion, die als "primäre" Ausbeutung zu bezeichnen sind, zunehmend "sekundäre" Formen an Bedeutung, zu denen vor allem das Herabsetzen des Reallohnes durch Inflation, die Umverteilung der Steuerlast zugunsten des Kapitals sowie die Umorientierung der Staatsausgaben durch Kürzung der Sozialleistungen einerseits und wachsende Finanzierung der kapitalistischen Produktion andererseits gehören.³⁸⁾

Während die Erhöhung der Ausbeutungsrate die gesellschaftliche Mehrwertmasse insgesamt vergrößert, ist das Phänomen der Kapitalentwertung ein Moment der Verteilung des Mehrwerts auf die Einzelkapitale. Kapitalentwertung vermag daher nicht dem Fall der gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate (allgemeine Profitrate) entgegenzuwirken, wohl aber dem Fall der individuellen Profitrate der monopolistischen Großkonzerne zu Lasten der nicht-monopolistischen Unternehmen. In Perioden, in denen die allgemeine Profitrate durch die steigende organische Zusammensetzung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals unter einen wachsenden Druck gerät, werden daher Ausmaß und Formen der Kapitalentwertung sprunghaft zunehmen. Die wichtigsten Methoden der Kapitalentwertung sind: Intensivierung der Monopolisierung durch Konzentration und Zentralisation des Kapitals, Kapitalexport und Internationalisierung der Produktion (Versuch der Überwindung nationaler Überakkumulationstendenzen), staatliche Finanzierung der Produktion (einschließlich ihrer Regulierung und Planung), Monopolpreisbildung und Inflation.

Tatsächlich haben diese Formen der Kapitalentwertung seit Mitte der 60er Jahre in Frankreich wie in fast allen westeuropäischen Industrieländern sowohl quantitativ wie qualitativ eine neue Stufe erreicht.

Die empirischen Daten hierzu werden in dieser Arbeit ausführlich dargelegt, so daß hier nur wenige Stichworte genügen.

Die Konzentration des Kapitals hat zunächst im nationalen Rahmen zur Herausbildung jeweils einiger Unternehmen mit

"internationaler Größenordnung" in den wichtigsten Industriezweigen geführt, denen eine Reihe mittlerer und eine Vielzahl kleinerer Unternehmen (entwertetes Kapital!) ökonomisch-technisch zugeordnet sind. Am deutlichsten ist diese Monopolisierungsstrategie in den beiden französischen Plänen für den Zeitraum 1965 - 1975 formuliert worden.³⁹⁾

Die zweite Stufe ist dann die Verstärkung der internationalen Basis der nationalen Konzerne durch Forcierung des Kapitalexports und die dritte Stufe, die in der EG vor allem durch die Überlegenheit der amerikanischen Konzerne auf der zweiten Stufe, manchmal gegen den Widerstand nationaler Kapitalgruppen erzwungen wird, ist die wirkliche Internationalisierung der Produktion (durch wissenschaftlich-technische und industrielle Kooperation nationaler Konzerne) und des Kapitals (durch internationale Kapitalfusionierung).

Gleichzeitig ist die Staatstätigkeit hinausgewachsen über die traditionellen Funktionen der Herstellung bzw. Sicherung allgemeiner juristischer, politischer und ökonomischer Produktionsvoraussetzungen zunächst zur Manipulation ökonomischer Globalgrößen über Haushalts-, Finanz- und Steuerpolitik bis hin zur indirekten (durch Auftragsvergabe mit Profitgarantie) oder direkten (Subventionen) Finanzierung der Produktion und des Vertriebs und selbst zur Übernahme einzelner Produktionsbereiche.

Der Zusammenhang von fortschreitender Konzentration des Kapitals, staatlicher Wirtschaftspolitik und Finanzierung der Produktion mit der Herausbildung monopolistischer Preisstrukturen und beschleunigter Inflation ist allgemein anerkannt (wenn auch längst nicht hinreichend begriffen). Die unmittelbaren Folgen der Inflation, Bedrohung des Reallohns und massive Entwertung des "Kapitals" der kleinen und mittleren Sparer, liegen auf der Hand.

Mit der beschleunigten Inflation zeigen sich freilich auch die Grenzen einer Strategie der Kapitalentwertung gegen die Überakkumulation. In dem Maße, wie die Inflationsrate sich einer gewissen Manipulation entzieht und sich gewissermaßen naturwüchsig beschleunigt, untergräbt sie auf der gegenwärtigen Vergesellschaftungsstufe der Produktion

auch innerhalb kapitalistischer Produktionsverhältnisse notwendige Planbarkeit wesentlicher ökonomischer Größen (und zwar sowohl der unternehmerischen wie der staatlichen Planung). Damit wächst die allgemeine Labilität des ökonomischen Gesamtprozesses und das Risiko akuter Produktionskrisen und es entsteht die Neigung zu spekulativen Transaktionen, zur Aufblähung des Kreditapparates, zu Scheingeschäften usw.⁴⁰⁾

Die Inflation und die unmittelbar mit ihr verknüpfte Krise des kapitalistischen Weltwährungssystems ist damit heute die wichtigste Erscheinungsform der in der Periode struktureller Überakkumulation hervortretenden Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise. In ihr zeichnet sich erstmals seit der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre die reale Möglichkeit eines Zusammenbruchs des kapitalistischen Weltmarkts ab, der unter den heutigen Bedingungen der internationalen Arbeitsteilung und des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses der Klassen eine akute Bedrohung des kapitalistischen Systems insgesamt bedeuten würde.

Krise und Zusammenbruch

Es scheint an dieser Stelle notwendig, einige Überlegungen zum Verhältnis von Krise und Zusammenbruch vorzutragen und dabei wenigstens in allgemeiner Form die Rolle des bewußten Handelns im historischen Prozeß zu klären. Zwar ist es durchaus richtig, daß der Marxismus "niemals von der falschen Annahme aus (ging), daß die Entwicklung aufhöre, daß der Kapitalismus automatisch von selbst zerfallen müsse"⁴¹⁾, aber die Vorstellung eines "ökonomischen Zusammenbruchs" hatte sich, wenigstens bei Teilen der Arbeiterbewegung und häufig gerade unter Berufung auf Marx, lange Zeit erhalten. Diese Tradition reicht von der halb überzeugten, halb selbstironisierenden Rede vom "großen Kladderadatsch" in der deutschen Sozialdemokratie der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts bis zur Diskussion um

die "Todeskrise des Kapitalismus" in den 30er Jahren dieses Jahrhunderts. Wir brauchen hier nicht mehr auf die zum Teil sehr heftigen Debatten jener Epoche zwischen "Zusammenbruchstheoretikern" und "Harmonielehrern" einzugehen, die reale Geschichte der Kapitalbewegung und des Klassenkampfes hat den Dogmatismus beider Positionen gründlich enthüllt.

Dennoch besteht im "allgemeinen Bewußtsein", selbst wenn es sich wissenschaftlich mit den Fragen der Arbeiterbewegung und der gesellschaftlichen Entwicklung befaßt, vielfach auch heute noch die Antinomie zwischen "objektiven" und "subjektiven Faktoren", zwischen "Zusammenbruch" und "revolutionärem Subjekt" fort.⁴²⁾

Ein wissenschaftstheoretischer Ansatz, der sich auf die marxistische Krisentheorie beruft, muß daher den Scheincharakter dieser Antinomie enthüllen, indem er den ihr vorgegebenen Gegensatz von historischem Subjekt und Objekt dialektisch auflöst und den wirklichen Zusammenhang von Naturgesetzlichkeit und bewußter Praxis, von gesellschaftlichem Sein und Bewußtsein aufdeckt. Diese sehr verwickelte philosophisch-methodologische Problematik kann hier nicht ausführlich entwickelt werden. Wir müssen uns auf die Andeutung einiger allgemeiner Grundlinien beschränken und verweisen auf deren weitere Konkretisierung in den folgenden Abschnitten dieser Einleitung.

In der Geschichte der menschlichen Gesellschaft geschieht nichts ohne das Handeln der Menschen; insofern machen die Menschen ihre Geschichte stets selbst. Und da alles Handeln in irgendeiner Weise über das Bewußtsein vermittelt ist - "durch den Kopf hindurch muß", wie Engels sagt - mag man zu der Überzeugung gelangen, das Bewußtsein der Individuen bestimme ihr gesellschaftliches Sein. Gegen diese Auffassung des subjektiven Idealismus läßt sich zunächst einmal die grundlegende Erfahrung der kapitalistischen Gesellschaft geltend machen, daß zwar jeder seine eigenen mehr oder weniger bewußten und gewollten Zwecke verfolge, aber "nur selten geschieht das Gewollte, in den

meisten Fällen durchkreuzen und widerstreiten sich die vielen gewollten Zwecke oder sind diese Zwecke selbst von vornherein undurchführbar oder die Mittel unzureichend. So führen die Zusammenstöße der zahllosen Einzelwillen und Einzelhandlungen auf geschichtlichem Gebiet einen Zustand herbei, der ganz dem in der bewußtlosen Natur herrschenden analog ist. Die Zwecke der Handlungen sind gewollt, aber die Resultate, die wirklich aus den Handlungen folgen, sind nicht gewollt, oder soweit sie dem gewollten Zwecke zunächst doch zu entsprechen scheinen, haben sie schließlich ganz andere als die gewollten Folgen. Die geschichtlichen Ereignisse erscheinen so im ganzen und großen ebenfalls als von der Zufälligkeit beherrscht. Wo aber auf der Oberfläche der Zufall sein Spiel treibt, da wird er stets durch innere verborgene Gesetze beherrscht, und es kommt nur darauf an, diese Gesetze zu entdecken."⁴³⁾

Es war dies der methodische Standpunkt der Objektivität des gesellschaftlichen Seins, von dem die klassische bürgerliche politische Ökonomie von Petty bis Ricardo ausging, um "den inneren Zusammenhang der bürgerlichen Produktionsverhältnisse" zu erforschen. Die wissenschaftliche Unzulänglichkeit der klassischen politischen Ökonomie bestand nun freilich darin, daß sie bei dem Versuch, das "Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen" oder die Gesetze der Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts unter die drei Klassen der Grundeigentümer, des Kapitals und der Arbeiter zu ergründen, die bürgerliche Produktionsweise selbst nicht als "geschichtlich vorübergehende Entwicklungsstufe sondern als absolute und letzte Gestalt der gesellschaftlichen Produktion auffaßt(e)."⁴⁴⁾ Sie mußte daher letzten Endes doch bei einer Hypostasierung der Erscheinungen der Konkurrenz und des bürgerlichen Bewußtseins stehen bleiben, was am deutlichsten in der Smith'schen Konzeption der "invisible hand", einem gewissermaßen "objektiven Geist" der bürgerlichen Gesellschaft, zum Ausdruck kommt.⁴⁵⁾ Immerhin gelangte Ricardo mit der für die Periode des noch unentwickelten Klassenkampfes charakteristischen Objektivität der bürgerlichen politischen

Ökonomie bis zur Erkenntnis des Gegensatzes der Klasseninteressen von Grundeigentümern, Kapitalbesitzern und Arbeitern, den er zum "Springpunkt" seiner Forschungen macht, gleichzeitig aber "naiv als gesellschaftliches Naturgesetz auffaßt".⁴⁶⁾ Die Frage nach den Ursachen dieser Interessen, die im Bewußtsein der Menschen als Empfindungen, Illusionen, Denkweisen und Lebensanschauungen der Klassen mehr oder weniger deutlich erscheinen, wird von der bürgerlichen politischen Ökonomie mit dem Hinweis auf die "Natur des Menschen" aus der Geschichte selbst hinauskomplimentiert, wofür das Beispiel des Jeremias Bentham beredtes Zeugnis ablegt, der für jedes Interesse einen besonderen Trieb "entdeckt", was auf bloße Tautologie hinausläuft.⁴⁷⁾

Es ist der entscheidende wissenschaftliche Fortschritt des historischen Materialismus von Marx und Engels, die Ursachen dieser Interessen in den jeweiligen geschichtlich entstandenen und sich wandelnden materiellen Lebensbedingungen der Menschen selbst gefunden zu haben. Das allgemeine Resultat, das sich Marx auf Grund seiner umfangreichen historischen Studien und seiner eigenen Erfahrungen mit den Klassenkampfkämpfen seiner Zeit ergab, hat er in dem bereits zitierten Vorwort "Zur Kritik der politischen Ökonomie" kurz so formuliert:

"In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt, ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt."⁴⁸⁾

Wenn es also richtig ist, daß die Menschen ihre eigene Geschichte machen, so "machen sie sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen".⁴⁹⁾ Und das jedesmalige Bewußtsein vom Sinn ihres Handelns ist nicht dessen Ursache, sondern dessen Vermittlung mit dem gesellschaftlichen Sein. Durch das wissenschaftliche Begreifen des Verhältnisses von Sein und Bewußtsein ist der unterstellte Gegensatz von historischem Subjekt und Objekt aufgehoben und die vermeintliche Antinomie von gesellschaftlichem Entwicklungsgesetz und bewußtem revolutionären Handeln aufgelöst.

Wenn sich also die Krise der kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch Entwicklung der dieser Produktionsweise immanenten Widersprüche unabhängig vom Willen der Individuen und Klassen, gewissermaßen "naturwüchsig" ergibt, so führt diese doch niemals "automatisch", also unabhängig vom Handeln der Individuen und Klassen zum "Zusammenbruch". Dieser "Zusammenbruch", der rationell gefaßt nichts anderes als der Übergang zum Sozialismus ist, kann vielmehr nur das Ergebnis des Handelns sein, was freilich ein bestimmtes, entwickeltes Bewußtsein der Krise zur Voraussetzung hat.⁵⁰⁾

In der Krise treten die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise in den materiellen Existenzbedingungen der gesellschaftlichen Klassen zutage. Damit entsteht innerhalb der Arbeiterklasse die Möglichkeit zur massenhaften Entwicklung eines adäquaten Bewußtseins von den Ursachen der Widersprüche und den notwendigen Bedingungen ihrer Überwindung. Freilich ist diese Möglichkeit alles andere als eine Notwendigkeit. Es ist ein spezifisches Merkmal der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, daß ihre konkreten Erscheinungsformen an der Oberfläche einer bestimmten Gesellschaft jeweils besondere Mystifikationen, Illusionen, kurz: Verkehrungen des Bewußtseins hervorbringen, die "wie ein Alp auf dem Gehirne" der geschichtlichen Akteure, den gesellschaftlichen Klassen, ihren Organisationen und führenden Persönlichkeiten lasten können.

Wenn daher in der Krise dem wissenschaftlichen Bewußtsein die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise offen zutage liegen, so besteht auch hier kein Automatismus, der dieses wissenschaftliche Bewußtsein massenhaft in den Köpfen der Arbeiter herstellt. Das Bewußtsein der Menschen, der Individuen und Klassen, ist durch das gesellschaftliche Sein bestimmt, aber es ist nicht dessen bloß passiver Reflex, sondern durch die Kontinuität des gesellschaftlichen Seins, durch Tradition und Erziehung, durch zahlreiche Erfahrungen notwendiger aber auch zufälliger Art vielfach vermittelt. Es besteht daher stets eine gewisse Ungleichzeitigkeit zwischen realer gesellschaftlicher und bewußtseinsmäßiger Entwicklung, zwischen dem Bewußtsein verschiedener Abteilungen der einzelnen Klassen usw., die schwierige Probleme für das Handeln der bewußteren Teile der geschichtlichen Agenten aufwirft. In unserem Zusammenhang ergibt sich daraus zunächst die Aufgabe, die allgemeinen Formen und Inhalte herauszuarbeiten, in denen die konstatierte strukturelle Überakkumulationskrise die materiellen Existenzbedingungen der Arbeiterklasse verändert, wie sich die veränderten Bedingungen über verschiedene Vermittlungsmechanismen (historische Erfahrungen, Organisationen usw.) im Bewußtsein der Arbeiterklasse niederschlagen, woraus sich dann schließlich die Perspektiven des Übergangs zum Sozialismus ergeben.

Strukturelle Überakkumulationskrise und die Lage der Arbeiterklasse - Zur Krise des Warencharakters der Arbeitskraft

Jede Untersuchung der Lage der Arbeiterklasse hat zwei allgemeine, voneinander nicht zu trennende Voraussetzungen: Erstens, die Bestimmung ihres Begriffs (einschl. der Feststellung ihres Umfangs und ihrer inneren Gliederung nach Qualifikation, Wirtschaftssektoren, Konzentration usw. sowie deren Entwicklungstendenzen) und zweitens, die Bestimmung ihres Verhältnisses zu den anderen Klassen, insbesondere

zur Klasse der Kapitaleigentümer. Erst daraus ergibt sich ihr Platz und ihre Rolle im System der gesellschaftlichen Reproduktion und damit ihre Lage in Produktion, Distribution, Zirkulation und Konsumtion.⁵¹⁾ Die Untersuchung der Arbeiterklasse eines bestimmten Landes hat darüber hinaus die Analyse zahlreicher besonderer empirischer Umstände, wie der konkrete historische Stand der Kapitalentfaltung in diesem Land, der Umfang der Produktion, die Position auf dem Weltmarkt usw., zur weiteren Voraussetzung. Darauf braucht hier nicht näher eingegangen zu werden, weil dies im zweiten Kapitel dieser Arbeit ausführlich geschieht. Worauf wir hier dagegen einzugehen haben, ist die Frage, wie sich die gegenwärtige, strukturelle Überakkumulationskrise in den sich wandelnden Existenz- (Arbeits- und Lebens-)bedingungen der Arbeiterklasse manifestieren.

Wir haben weiter oben bereits dargelegt, welches die beiden Grundformen sind, mit denen das Kapital der drohenden Überakkumulation zu entgehen sucht, wobei die erste Form (Erhöhung des Ausbeutungsgrades) die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse direkt, die zweite Form (Kapitalentwertung) eher indirekt, zugleich aber auch andere Klassen und Schichten der arbeitenden Bevölkerung (Bauern, Handwerker, Kleinhandel) und selbst einzelne Fraktionen des Kapitals betrifft. Dabei ist für diese einleitende theoretisch-methodische Erörterung die Frage, ob sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse in der Überakkumulationskrise absolut oder bloß relativ verschlechtert haben (die ausführlichen Daten in dieser Arbeit deuten darauf hin, daß sich dies für die einzelnen Schichten, Abteilungen und Gruppen⁵²⁾ der französischen Arbeiterklasse sehr differenziert darstellt) weniger wichtig, als die Feststellung, daß sie eine allgemeine Bedrohung und Verunsicherung der Existenzbedingungen, und zwar nicht nur der Arbeiterklasse, hervorgebracht hat. Diese Erscheinung ist zwar für jede Krise charakteristisch, sie ist aber für die gegenwärtige strukturelle Überakkumulationskrise, vor allem im Hinblick auf ihre Folgen für die Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiterklasse und eines großen Teils der Mittelschichten,

inhaltlich zu konkretisieren, weil sie u.E. im Zusammenhang mit der Tradition der französischen Arbeiterbewegung entscheidend ist für das Begreifen der Perspektive des Sozialismus in Frankreich heute.

Der erste Gesichtspunkt ist die Langfristigkeit der strukturellen Überakkumulationskrise. Die mit ihr verbundene Bedrohung und Verunsicherung der konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen ist kein kurzfristig, verschwindendes Moment der Lebenserfahrung der Arbeiterklasse, sondern ein tiefwirkendes, das Bewußtsein der Klasse und ihrer einzelnen Schichten, Abteilungen und Gruppen, vor allem der jugendlichen Arbeiter, deren Erfahrungen mit den Krisenerscheinungen weitgehend zusammenfallen, mehr oder weniger prägendes Moment. Dies gehört mit zu den Ursachen der unbezweifelbaren Tatsachen, daß die Perioden der langfristigen Überakkumulation zugleich die Perioden sind, in denen sich das revolutionäre Bewußtsein der Arbeiterklasse weit stärker, und zwar sowohl was die Verbreitung als auch was die erkenntnismäßige Tiefe betrifft, entwickelt hat, als in den langen Phasen des ökonomischen Aufschwungs, die in charakteristischer Weise mit einem Verfall des Klassenbewußtseins und einer Verflachung des theoretischen Niveaus verknüpft waren.⁵³⁾

Der zweite, noch wichtigere Gesichtspunkt wächst aus der materiellen Basis der gegenwärtigen strukturellen Überakkumulationskrise selbst heraus. Es ist die Krise des Warencharakters der Arbeitskraft, die sich aus der Entwicklung der Produktivkräfte unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution ergibt und die zusammen mit der weiter oben bereits angedeuteten Krise des Kapitalcharakters der materiellen Produktivkräfte die eigentliche objektive Grundlage für den umfassenden Charakter dieser immanenten Krise der kapitalistischen Produktionsweise darstellt.

Die Krise des Warencharakters der Arbeitskraft ist in ihrer allgemeinen Form das Produkt der jüngsten Etappe

der Produktivkraftentwicklung, der wissenschaftlich-technischen Revolution,⁵⁴⁾ sie steht wie diese selbst erst am Anfang ihrer Entwicklung. Dadurch, daß diese Krise bei weitem noch nicht zur Klassizität ausgereift ist,⁵⁵⁾ wird ihre Analyse nicht unerheblich erschwert. Freilich ist sie auch längst über die ersten Keimformen (einschl. ihrer "antediluvianischen Erscheinungen") hinausgewachsen, so daß heute schon ihre Hauptursachen und einige ihrer wesentlichen Merkmale erkannt werden können.

Wie jede Krise, ist auch diese eine bestimmte Phase in der Entfaltung der ihrem Gegenstand immanenten Widersprüche, hier also der in der Ware Arbeitskraft eingeschlossenen Widersprüche von Gebrauchswert und Wert; genauer gesagt zwischen ihrem tendenziell universellen Inhalt und ihrer bornierten gesellschaftlichen Form. Die dem Warencharakter adäquate Daseinsform war die nahezu jeder qualitativen Bestimmtheit beraubte Betätigung der Arbeitskraft, die Arbeit "sans phrase", im klassischen Fabriksystem. Deshalb erwächst aus dem Prozeß der Kapitalverwertung, der auf dem Warencharakter der Arbeitskraft beruht, die Tendenz, genau diese Form der Arbeit stets neu zu reproduzieren. Dies geschieht mittels der spezifisch kapitalistischen Formen der Arbeitsteilung und Kooperation, indem die mit der Entwicklung der Produktionsmittel notwendige Höherqualifizierung des Gesamtarbeiters von der konkreten produktiven Arbeit und ihrem lebendigen Träger, dem Arbeiter, weitgehend abgelöst und auf die Ebene der abstrakten Kooperation, d.h. auf die kapitalistische Arbeitsorganisation übertragen wird, so daß schließlich die Kommandogewalt des Kapitals als notwendige Form der Rationalität der Produktion erscheint. Die Methoden dieser Übertragung waren der verborgene Inhalt der kapitalistischen Arbeitswissenschaft und der von ihr entwickelten Rationalisierungsformen.

In den 20er Jahren dieses Jahrhunderts gerieten diese Methoden und damit zugleich die klassische Arbeitswissenschaft (Taylorismus) jedoch unter dem Druck der Produktivkraftentwicklung selbst in eine Krise (vergleiche den Übergang zur "human relations"-Konzeption). Von nun an beginnt ein

Prozeß, den man die "Reintroduktion" der geistigen Arbeit in dem Produktionsprozeß genannt hat. In dem Maße wie diese sich zu einem massenhaften Bedürfnis der weiteren Produktivkraftentwicklung herausgebildet hat, entstand innerhalb der Fesseln der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, das Phänomen der Polarisierung der Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft, wie es seit den 50er, insbesondere aber mit dem Übergang zu einer technologisch höheren Stufe der Produktion in den 60er Jahren für alle entwickelten kapitalistischen Länder charakteristisch ist.

Gerade bei dem Teil der qualifizierten und hochqualifizierten Arbeitskräfte, die nicht unmittelbar Kapitalfunktionen ausüben, begann sich die Krise des Warencharakters der Arbeitskraft zuerst zu manifestieren, von daher stammt im übrigen die Theorie der "neuen Arbeiterklasse" und deren partielle Berechtigung. Aber erst in dem Maße, wie sich diese Krise von einem Epiphänomen zu einem zentralen gesellschaftlichen Phänomen ausweitete, das den gesellschaftlichen Gesamtarbeiter mit seinem Kern, den Produktionsarbeiter der Großindustrie erfaßt, wird sie zur Krise des Warencharakters der Arbeitskraft schlechthin. Zwar ist diese klassische Phase noch nicht erreicht, aber viele Einzelercheinungen deuten darauf hin, daß sie rasch heranreift.

Es ist charakteristisch für die bürgerliche Wissenschaft, daß sie diesen sich entfaltenden Krisenzusammenhang nicht zu begreifen vermag und für jede Einzelercheinung eine besondere Krise konstatiert, so die "Krise der beruflichen Qualifikationssysteme", die "Krise des Leistungslohns", die "Bildungskrise" usw.. Der Zusammenhang dieser Einzelercheinungen erschließt sich erst, wenn man sie vom Standpunkt des Reproduktionsprozesses, hier der Reproduktion der Arbeitskraft, betrachtet. Dabei erweist es sich, daß diese längst das Stadium der einfachen (Waren) Reproduktion verlassen hat, die dem Warencharakter der Arbeitskraft wesentlich zugrunde liegt, und in das Stadium einer intensiv erweiterten Reproduktion übergegangen ist, die zahlreiche Momente gesellschaftlicher Dimension enthält und an sich

dem spezifischen Warencharakter der Arbeitskraft widerspricht.

Dies wird besonders deutlich, wenn man die Lohnform untersucht, die die der kapitalistischen Produktionsweise angemessene Voraussetzung für die Reproduktion der Arbeitskraft ist, weil sich in ihr der direkte Austausch zwischen Arbeit und Kapital vollzieht. Obwohl der Lohn weiterhin die Hauptvoraussetzung für die Reproduktion der Arbeitskraft darstellt, reicht er heute, weitgehend unabhängig von seiner Höhe, zur Reproduktion der Arbeitskraft nicht mehr aus. Hierzu sind weitere allgemeine und besondere Reproduktionsbedingungen auf gesellschaftlicher Stufenleiter erforderlich, die nicht mehr durch bloßen Austausch (also mittels Geld aus dem Lohn) angeeignet werden können, sondern durch gesellschaftlich geregelte Zuteilung.⁵⁶⁾

Hierzu gehören vor allem die Kollektiveinrichtungen des Erziehungs- und Bildungssystems, der Gesundheitsfürsorge, der sozialen Sicherung usw.. Damit wird gleichzeitig auch der Fetischcharakter der Lohnform untergraben, der ein wesentliches Moment der widersprüchlichen Bestimmtheit des Arbeiterbewußtseins ausmacht, ein Aspekt, auf den wir im nächsten Abschnitt noch zurückkommen werden.

Weniger ausgereift tritt die Krise des Warencharakters der Arbeitskraft bisher noch im Prozeß ihrer produktiven Konsumtionen, d.h. im kapitalistischen Produktionsprozeß zutage. Hier bildet sich deutlich die Polarisierung der Qualifikationsstruktur in den unterschiedlichen Arbeitsbedingungen der verschiedenen Schichten und Abteilungen der Arbeiterklasse ab.

Für die Schicht der qualifizierten und hochqualifizierten Arbeitskräfte (Facharbeiter, Techniker, Ingenieure) in Produktion, Überwachung und Instandhaltung ändert sich mit ihrer konkreten Arbeit allmählich auch ihre Einstellung zu den Produktionsmitteln, zur Organisation der Arbeit usw.. Die von ihnen zumeist geforderte Kombination von technisch-wissenschaftlichem Fachwissen mit persönlicher Verantwortung Motivation und Kreativität⁵⁷⁾ entspricht an sich der Qualifikation von Produktionsmittelbesitzern und steht im offenen

Widerspruch zu ihrem wirklichen Dasein als bloße Befehlsempfänger des Kapitals. In dieser Schicht entsteht daher häufig die Forderung nach besserer Information, nach mehr Mitbestimmung, nach Selbstverwaltung, die in Konfliktsfällen nicht selten mit spezifischen Kampfformen wie Betriebsbesetzungen, symbolischer Selbstorganisation der Produktion usw. verknüpft ist. Hier zeigen sich also neuartige, spontane Neigungen zur kollektiven Aneignung der Produktionsmittel, die freilich häufig noch von charakteristischen Partikularinteressen durchsetzt sind. Ein Tatbestand, an den bestimmte "fortgeschrittene" Integrationsstrategien des Kapitals anzuknüpfen versuchen.⁵⁸⁾ Für alle diese Erscheinungen bietet insbesondere die Mai-Juni-Streikbewegung von 1968 zahlreiche Beispiele.

Ganz anders stellt sich die Lage am Arbeitsplatz für die Masse der wenig oder gar nicht qualifizierten Produktionsarbeiter und für einen großen Teil der nur gering qualifizierten Angestellten in den verschiedenen Bereichen des Handels und der Dienstleistungen dar. Vor allem die seit den 60er Jahren rasch wachsende Schicht der angelernten Arbeiter in der großen und mittleren Industrie, die seit Beginn der strukturellen Überakkumulationskrise unter einem sprunghaft verstärkten Druck der nationalen und internationalen Konkurrenz steht, erfährt den Umschlag in den Methoden der Mehrwertproduktion vielfach in einer rapiden Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen. Dies zeigt sich insbesondere in der fortschreitenden Intensivierung der Arbeit, in der "Ökonomisierung" des fixen Kapitals, deren Folge die Zunahme gesundheitsbedrohender Arbeitsplätze mit einem entsprechenden Anwachsen von Berufskrankheiten, Unfällen usw. ist, und nicht zuletzt in der stets drohenden konjunkturellen, strukturellen und technologischen Arbeitslosigkeit, die bei der geringen schulischen und beruflichen Qualifikation dieser Schicht, vor allem in industriell zurückgebliebenen Regionen, in chronische Arbeitslosigkeit umzuschlagen droht.

Aus dieser Lage ergeben sich in der Schicht der angelernten Arbeiter ganz andere Bewußtseinsformen, Forderungen und

Aktions- bzw. Kampfformen, als bei der Schicht der qualifizierten Arbeiter, was manchmal zu Widersprüchen zwischen den verschiedenen Schichten der Arbeiterklasse führen kann und die Gewerkschaften vor schwierige Vermittlungsprobleme stellt. Die kapitalistische Arbeitsorganisation wie das gesamte technische System der Produktion tritt den angelernten Arbeitern der Großindustrie als geballte Macht des Kapitals gegenüber, zu der sie in einem unmittelbaren, zum Teil physisch empfundenen feindlichen Gegensatz stehen. Von daher erklären sich ihre Forderungen nach Kontrolle der Arbeitsgeschwindigkeit nach menschenwürdigeren Arbeitsplätzen usw. sowie ihre spezifischen Kampfformen, die von der Stilllegung einzelner Produktionsbereiche bis zu gewaltsamen Aktionen gegen Produktionsmittel und Produkte, vom Widerstand gegen die unmittelbar Vorgesetzten (Vorarbeiter, Meister) bis zur symbolischen Geiselnahme der Führungskader reichen können. Auch hierfür bieten die Streiks im Mai-Juni 1968 und in den darauffolgenden Jahren zahlreiche charakteristische Beispiele. Es kommt nun darauf an, wenigstens in den Grundzügen nachzuvollziehen, wie sich die veränderten Existenzbedingungen über verschiedene vermittelnde Stufen im Bewußtsein der Arbeiterklasse niederschlagen.

Materielle Lage und Bewußtsein I - Zur Entstehung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse

Das Bewußtsein der Menschen wird durch ihr gesellschaftliches Sein bestimmt. Diese bedeutende Einsicht des historischen Materialismus droht zur bloßen Phrase, zur Leerformel zu werden, wenn sie nicht näher konkretisiert wird, wenn nicht geklärt wird, was gesellschaftliches Sein, was Bewußtsein bedeutet,⁵⁹⁾ wie dieses durch jenes bestimmt wird, d.h. über welche Vermittlungsmechanismen diese Determination sich vollzieht und wie das Bewußtsein auf das gesellschaftliche Sein zurückzuwirken vermag. Diese wichtigen Fragen der marxistischen Erkenntnistheorie interessieren uns hier freilich nur unter dem Aspekt der Fragestellung,

wie die materiellen Existenzbedingungen (das gesellschaftliche Sein) der Arbeiterklasse sich in ihrem Bewußtsein niederschlagen, wie dieses Bewußtsein durch das Handeln der Arbeiterklasse im Klassenkampf auf das gesellschaftliche Sein zurückwirft, wie sich dadurch das Bewußtsein selbst wiederum verändert, wie daraus die Einsicht in die Notwendigkeit der Organisation erwächst usw..

Was ist das gesellschaftliche Sein der Arbeiterklasse?

In der kapitalistischen Gesellschaft ist die Arbeiterklasse zunächst einmal, ganz allgemein gesprochen, eine ausgebeutete und unterdrückte Klasse. Daraus folgt eine sehr wichtige, wenngleich vorerst bloß negative Bestimmung ihres Bewußtseins als eines unterdrückten, beherrschten Bewußtseins.

"Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht. Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion, so daß ihr damit zugleich im Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind. Die herrschenden Gedanken sind weiter nichts als der ideelle Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse, die als Gedanken gefaßten herrschenden materiellen Verhältnisse; also die Verhältnisse, die eben die eine Klasse zur herrschenden machen, also die Gedanken ihrer Herrschaft."⁶⁰⁾

Durch die nähere Betrachtung des gesellschaftlichen Seins der Arbeiterklasse, der Bedingungen und Formen ihrer Ausbeutung und Unterdrückung ergeben sich schließlich auch konkretisierungen für die Bestimmtheit ihres unterdrückten Bewußtseins. Innerhalb des Kapitalismus ist die Arbeiterklasse frei, in dem doppelten Sinne, daß sie einerseits frei ist von unmittelbarer, persönlicher Abhängigkeit, wie sie für die unterdrückten Klassen früherer Gesellschaftsformationen charakteristisch war, andererseits aber auch "frei" von Produktions- (und damit auch von Lebens-)

mitteln, d.h. "frei" von den Bedingungen zur Betätigung ihres einzigen Eigentums, der Arbeitskraft. Sie muß diese daher an die Eigentümer der Produktions- (und Lebens-)mittel verkaufen. Die Grunderfahrung des in der Sphäre der Zirkulation sich vollziehenden Austauschs zwischen Lohnarbeit und Kapital ist die erste nähere Bestimmung, in der sich das Arbeiterbewußtsein konstituiert. Im Akt des Austauschs, d.h. beim Kauf und Verkauf der Arbeitskraft stehen sich beide Partner als freie und gleiche Vertragskontrahenten gegenüber. Jeder erhält sein Recht und das zum beiderseitigen Nutzen. Durch die Form des Lohnes erscheint alle Arbeit als bezahlte Arbeit, jede Spur der Teilung des Arbeitstages in notwendige (bezahlte) Arbeit und (unbezahlte) Mehrarbeit ist ausgelöscht. Im Gegensatz zur Sklavenarbeit oder zur Fronarbeit verschleiert die Lohnarbeit die ihr zugrunde liegenden Ausbeutungsverhältnisse.

"Auf diese Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und gerade sein Gegenteil zeigt, beruhen alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Floskeln der Vulgärökonomie."⁶¹⁾

Die Illusion der Zirkulationssphäre, die eine objektive Gedankenform ist, weil sie einen objektiven, wenngleich oberflächlichen Vorgang abbildet, ist deshalb möglich, weil sich die Ausbeutung des Arbeiters in der Tat nicht im Akt des Austauschs zwischen Lohnarbeit und Kapital, sondern in der produktiven Konsumtion der ausgetauschten Ware durch den Kapitalisten, also im kapitalistischen Produktionsprozeß vollzieht. Hier erweist es sich nun aber wichtig, daß das, was der Kapitalist gekauft hat, die Arbeitskraft, nicht zu trennen ist von ihrem lebendigen Träger. Der Kapitalist will den Gebrauchswert der von ihm gekauften Arbeitskraft nutzen, die Arbeit, und es ist sein Recht, aus ihr soviel Arbeit wie irgend möglich herauszupressen. Genau entgegengesetzt stellt sich dieser Vorgang vom Standpunkt des Arbeiters dar. Für ihn ist die Arbeitskraft sein

einziges Vermögen, ihr Verkauf daher eine Notwendigkeit seiner Existenz. Er muß also dafür sorgen, daß er sie stets neu reproduzieren kann. Hierzu gehört, daß er sie mindestens zu ihrem Wert verkauft und im Prozeß ihrer produktiven Konsumtion nur soweit verausgabt, daß sie keinen dauerhaften Substanzverlust erleidet. Vom Standpunkt des Arbeiters liegt hierin die objektive Schranke des Konsums seiner Arbeitskraft durch den Kapitalisten und es ist sein Recht, diese Schranken dem Kapital gegenüber geltend zu machen.

"Es findet hier also eine Antinomie statt, Recht wider Recht, beide gleichmäßig durch das Gesetz des Warenaustausches besiegelt. Zwischen Gleichberechtigten entscheidet die Gewalt. Und so stellt sich in der Geschichte der kapitalistischen Produktion die Normierung des Arbeitstages als Kampf um die Schranken des Arbeitstages dar - ein Kampf zwischen dem Gesamtkapitalisten, d.h. der Klasse der Kapitalisten, und dem Gesamtarbeiter, oder der Arbeiterklasse."⁶²⁾

Die Grunderfahrung dieser Antinomie, des Gegensatzes und des Kampfes der Klassen, ist daher die zweite nähere Bestimmung in der sich das Arbeiterbewußtsein konstituiert und diesesmal als eines, das gegen die Ausbeutung und Unterdrückung rebelliert. Aus beidem ergibt sich, daß das Bewußtsein der Arbeiterklasse durch ihr gesellschaftliches Sein unmittelbar widersprüchlich bestimmt ist. Die Entwicklung dieses unmittelbar widersprüchlichen Arbeiterbewußtseins zum Klassenbewußtsein ist daher die Auflösung dieses Widerspruchs durch die Zerstörung des falschen Scheins der Zirkulation.

Auch dieser Auflösungsprozeß läßt sich im Prinzip bis zu einem bestimmten Punkt aus den objektiven Bewegungsgesetzen des Kapitals ableiten.⁶³⁾ Es ist vor allem die Bewegung der Kapitalakkumulation, durch die der Arbeiter die "Despotie des Kapitals" erfährt und zwar auf eine doppelte Weise. Erstens verändert sich im Prozeß der Akkumulation des

Kapitals auf gesellschaftlicher Stufenleiter die Verteilung des Kapitals auf die verschiedenen Zweige der Produktion bzw. Sphären des Reproduktionsprozesses, was eine beständige Umschichtung des Gesamtarbeiters nach sich zieht und eine allgemeine Unstetigkeit in dessen Lebensbedingungen zur Folge hat. Auf der Ebene des individuellen Kapitals verändert sich mit der Akkumulation gleichzeitig dessen technische Zusammensetzung.

Die Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit durch verstärkte Anwendung von Maschinerie bedeutet Ersetzung lebendiger Arbeit (des Arbeiters) durch tote Arbeit (Produktionsinstrumente), was sich für den Arbeiter als permanente Drohung der Arbeitslosigkeit erweist. Sofern er jedoch weiterhin Beschäftigung findet, gleichgültig ob beim selben Kapital, im selben Zweig oder in einem anderen Zweig, so geschieht dies in der Regel durch eine mehr oder weniger grundlegende Veränderung seiner konkreten Arbeit, was beweist, daß das Kapital an und für sich gleichgültig ist gegenüber der besonderen konkreten Arbeit wie gegenüber dem einzelnen konkreten Arbeiter.

Zweitens vollzieht sich der Akkumulationsprozeß stets in dem spezifisch kapitalistischen Krisenzusammenhang der rascheren oder langsameren Expansion bzw. Kontraktion der Produktion, so daß unterschiedliche Nachfrage nach Arbeitskraft stattfindet. Die Zeiten, in denen der Arbeiter seine Arbeitskraft verkaufen kann wechseln daher mit Zeiten, in denen er dieses sein einziges Vermögen nicht loszuschlagen vermag und dadurch auch nicht seine Existenzmittel findet. Darüber hinaus erfährt er mit der wechselnden Nachfrage nach Arbeitskraft zugleich, daß deren jeweiliger konkreter Preis und damit auch die Menge der ihm zur Verfügung stehenden Lebensmittel weitgehend unabhängig ist von der Menge und der Art der von ihm verausgabten Arbeitskraft, sondern vielmehr von den verschiedenen Wechsellagen des kapitalistischen Akkumulationszyklus abhängt.

"Die Bewegung des Gesetzes der Nachfrage und Zufuhr auf dieser Basis vollendet die Despotie des Kapitals. Sobald daher die Arbeiter hinter das Geheimnis kommen, wie es

angeht, daß im selben Maß, wie sie mehr arbeiten, mehr fremden Reichtum produzieren, und die Produktivkraft ihrer Arbeit wächst, sogar ihre Funktion als Verwertungsmittel des Kapitals immer prekärer für sie wird; sobald sie entdecken, daß der Intensitätsgrad der Konkurrenz unter ihnen selbst ganz und gar von dem Druck der relativen Überbevölkerung (Arbeitslosigkeit - W.G.) abhängt; sobald sie daher durch Trade's Unions usw. eine planmäßige Zusammenwirkung zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten zu organisieren suchen, um die ruinierenden Folgen jenes Naturgesetzes der kapitalistischen Produktion auf ihre Klasse zu brechen oder zu schwächen, zetet das Kapital und sein Sykophant, der politische Ökonom, über Verletzung des "ewigen" und sozusagen "heiligen" Gesetzes der Nachfrage und Zufuhr."⁶⁴)

Es ist aber die materielle Not, die sich den Arbeitern als Notwendigkeit zur Organisation aufzwingt. Aus dieser Organisation, die zunächst nur zur Eindämmung der Konkurrenz untereinander entstand, entwickelt sich in einem langwierigen Lernprozeß die politische Organisation.

"Die Großindustrie bringt eine Menge einander unbekannter Leute an einem Ort zusammen. Die Konkurrenz spaltet sie in ihren Interessen; aber die Aufrechterhaltung des Lohnes, dieses gemeinsame Interesse gegenüber ihrem Meister, vereinigt sie in einem gemeinsamen Gedanken des Widerstandes - Koalition. So hat die Koalition stets einen doppelten Zweck, den, die Konkurrenz der Arbeiter unter sich aufzuheben, um dem Kapitalisten eine allgemeine Konkurrenz machen zu können. Wenn der erste Zweck des Widerstandes nur die Aufrechterhaltung der Löhne war, so formieren sich die anfangs isolierten Koalitionen in dem Maß, wie die Kapitalisten ihrerseits sich behufs der Repression vereinigen zu Gruppen, und gegenüber dem stets vereinigten Kapital wird die Aufrechterhaltung der Assoziationen notwendiger für sie als die des Lohnes. Das ist so wahr, daß die englischen Ökonomen ganz erstaunt sind zu sehen, wie die Arbeiter einen großen Teil ihres Lohnes zugunsten von Assoziationen opfern, die in den Augen der Ökonomen nur zugunsten des Lohnes errichtet wurden.

In diesem Kampfe - ein veritabler Bürgerkrieg - vereinigen und entwickeln sich alle Elemente für eine kommende Schlacht. Einmal auf diesem Punkte angelangt, nimmt die Koalition einen politischen Charakter an.

Die ökonomischen Verhältnisse haben zuerst die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt. Die Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital, aber noch nicht für sich selbst. In dem Kampf, den wir nur in einigen Phasen gekennzeichnet haben, findet sich diese Masse zusammen, konstituiert sie sich als Klasse für sich selbst. Die Interessen, welche sie verteidigt, werden Klasseninteressen. Aber der Kampf von Klasse gegen Klasse ist ein politischer Kampf." ⁶⁵⁾

Materielle Lage und Bewußtsein II - Organisation und wissenschaftlicher Sozialismus (Zur Funktion der Partei)

Die Geschichte der Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts beweist die Richtigkeit dieser Sätze. Daher wäre es auch falsch zu sagen, die Arbeiterklasse entwickle "von sich aus" höchstens ein "ökonomisches" Bewußtsein und entsprechende Organisationen, das politische Bewußtsein und die politische Bewegung müsse "von Außen" an sie herangetragen werden. Tatsächlich hat die Arbeiterklasse sowohl ihre eigene Gewerkschaft, ihre eigene Ideologie, ihre eigene Partei und die Form ihrer eigenen politischen Herrschaft aus der Erfahrung ihres besonderen gesellschaftlichen Seins herausentwickelt. ⁶⁶⁾

Freilich bedürfen diese Bemerkungen weiterer Konkretisierungen und Ergänzungen will man nicht einer mechanistischen Interpretation der Konstituierung von Klassenbewußtsein und der gesellschaftlichen Praxis der Arbeiterklasse Vorschub leisten. Zunächst einmal zeigt schon die Untersuchung der Entstehungsbedingungen der Trade Unions, daß diese nicht "naturwüchsig" aus den Interessen der Arbeiter hervorwachsen, sondern eine spezifische Reflexion dieser Interessen

(individuelles versus allgemeines, Konkurrenz untereinander versus Konkurrenz gegenüber dem Kapital) zur Voraussetzung haben, also in dieser Hinsicht schon einen "Sprung" aus der bloßen "Objektivität" darstellen. Weiterhin zeigt sich aber, was für die einzelnen Formen konkret-historisch nachzuweisen wäre, daß diese frühen Bewußtseins- und Organisationsformen spezifische Grenzen aufweisen, die sich selbst wiederum aus den realen Existenzbedingungen der Arbeiterklasse als einer unterdrückten Klasse ergeben. Tatsächlich setzt die geistige Produktion spezifische Produktionsmittel voraus über die die Arbeiterklasse im Kapitalismus an sich ebenso wenig verfügt, wie über die Mittel zur materiellen Produktion. Ein Umstand, der der Entwicklung des Arbeiterbewußtseins, der Arbeiterideologie (Arbeiterkommunismus) deutliche Grenzen setzt,⁶⁷⁾ denn die volle Einsicht in den hinter der oberflächlichen Erscheinungswelt der kapitalistischen Produktionsweise verborgenen gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang setzt ein "enormes Bewußtsein"⁶⁸⁾ voraus, dessen Erlangung gerade das erfordert, worüber der einzelne Arbeiter nicht verfügt - Z e i t .⁶⁹⁾

Die einschränkende Formulierung "Arbeiterklasse an sich" und der "einzelne Arbeiter", sollen andeuten, daß diese Grenzen nicht absolut sind; es ist gerade die Organisation der Arbeiter und deren geschichtliche Entwicklung, die diese Grenze jeweils wieder aufzuheben vermag. An und für sich hat nämlich das Bewußtsein der Arbeiterklasse keine gesellschaftliche Schranke, ihr Klassenbewußtsein ist letzten Endes jenes "enorme Bewußtsein" von dem Marx spricht; aber damit sich das Bewußtsein der Arbeiterklasse zu seiner höchsten theoretischen Form, dem wissenschaftlichen Sozialismus, hinaufarbeiten kann, bedarf es weiterer Vermittlungen. Friedrich Engels hat auf einen wichtigen Umstand dieser Vermittlung hingewiesen, daß nämlich das theoretische Begreifen nicht nur an die konkreten gesellschaftlichen Tatsachen, sondern stets auch an das vorgefundene Gedankenmaterial zu deren Interpretation anknüpfen muß.

"Der moderne Sozialismus ist seinem Inhalt nach zunächst das Erzeugnis der Anschauung, einerseits der in der heutigen Gesellschaft herrschenden Klassegegensätze von Besitzenden und Besitzlosen, Kapitalisten und Lohnarbeitern, andererseits der in der Produktion herrschenden Anarchie. Aber seiner theoretischen Form nach erscheint er anfänglich als eine weitergetriebene, angeblich konsequentere Fortführung der von den großen französischen Aufklärern des 18. Jahrhunderts aufgestellten Grundsätze. Wie jede neue Theorie, mußte er zunächst anknüpfen an das vorgefundene Gedankenmaterial, so sehr auch seine Wurzel in den materiellen ökonomischen Tatsachen lag."⁷⁰⁾

In diesem Sinne waren die ersten Theoretiker des Sozialismus, die Utopisten Saint-Simon, Fourier und Owen auch keine Vertreter des Proletariats; als "Vollender" der Aufklärung wollten sie nicht zunächst eine bestimmte Klasse, sondern sogleich die ganze Menschheit befreien,⁷¹⁾ was durchaus dem unreifen Stand der kapitalistischen Produktion und damit des Klassenkampfes entsprach. Diese Illusion war daraus entstanden, daß das revolutionäre Bürgertum, um die Macht zu ergreifen, genötigt war, sein Interesse als das gemeinsame Interesse aller Mitglieder der Gesellschaft darzustellen, seinen Gedanken daher die Form der Allgemeinheit zu geben, sie als die einzig vernünftigen, allgemein gültigen darzustellen. "Sie (die Klasse des Bürgertums - W.G.) kann dies, weil im Anfange ihr Interesse wirklich noch mehr mit dem gemeinschaftlichen Interesse aller übrigen nichtherrschenden Klassen zusammenhängt ..."⁷²⁾

In dem Maße aber, wie sich die kapitalistische Produktionsweise ausbreitete und das Bürgertum die politische Macht eroberte, erwies sich immer deutlicher, daß das Elend des Proletariats nicht eine vorübergehende Erscheinung unentwickelter Verhältnisse, sondern vielmehr ein notwendiges und massenhaftes Resultat der vollen Entfaltung des Kapitalismus war.

"Von da an gewann der Klassenkampf, praktisch und theoretisch, mehr und mehr ausgesprochene und drohende Formen."⁷³⁾

Bei der überwiegenden Mehrheit der politischen Ökonomen trat "an die Stelle unbefangener wissenschaftlicher Untersuchung das böse Gewissen und die schlechte Absicht der Apologetik."⁷⁴⁾

Die Zuspitzung des Widerspruchs zwischen den Idealen des Bürgertums (Freiheit, Gleichheit usw.) und der gesellschaftlichen Wirklichkeit, sowie die Hilflosigkeit des philanthropisch-utopischen Sozialismus veranlaßte aber gleichzeitig einen kleinen Teil der bürgerlichen Intelligenz, sich von ihrer Klasse loszusagen und sich der revolutionären Klasse anzuschließen.

"Wie daher früher ein Teil des Adels zur Bourgeoisie überging, so geht jetzt ein Teil der Bourgeoisie zum Proletariat über, und namentlich ein Teil der Bourgeoisideologen, welche zum theoretischen Verständnis der ganzen geschichtlichen Bewegung sich hinaufgearbeitet haben."⁷⁵⁾ (gesperrt von W.G.). Dieser Teil der bürgerlichen Intelligenz, der sich zum theoretischen Verständnis der ganzen geschichtlichen Bewegung notwendig und tatsächlich auf den Standpunkt der Arbeiterklasse stellen mußte, wurde dadurch freilich selbst zu einem Bestandteil der Arbeiterbewegung, die damit ihrerseits zur eigentlichen und selbstbewußten Erbin der englischen politischen Ökonomie, des französischen Sozialismus und der klassischen deutschen Philosophie wurde.⁷⁶⁾

Entscheidend hierfür war freilich, daß die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus sich nicht lediglich äußerlich mit der Arbeiterbewegung verbunden fühlten, sondern sich innerhalb der Organisationen der Arbeiterklasse bewegten, sie zum Teil mitbegründeten, mitleiteten und an der Ausarbeitung ihrer Strategie und Taktik einen wesentlichen Anteil hatten. Marx, Engels und später Lenin waren Führer der internationalen Arbeiterbewegung nicht weil sie ihr "von Außen" doktrinäre Prinzipien entgegenhielten, sondern weil sie von Innen den eigentlichen Sinn ihres politischen

Handelns und ihrer historischen Funktion aufdeckten und mitbestimmten. Sie haben immer darauf hingewiesen, daß die Arbeiterklasse nicht lediglich als Anhängsel einer anscheinend noch so fortschrittlichen Fraktion des Bürgertums bleiben dürfe, sondern eine eigene Klassenpartei gründen müsse, um mit ihr die politische Macht zu ergreifen und damit den Sozialismus zu errichten.

Die objektiven Bedingungen für diesen Sieg der Arbeiterklasse und des Sozialismus gehen aus den Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst hervor; aber die Realisierung des Sieges kann nur das bewußte Werk der Arbeiterklasse selbst sein. "Die Arbeiterklasse ist revolutionär oder sie ist nichts",⁷⁷⁾ mit diesen Worten faßte Marx einen wichtigen Aspekt ihrer historischen Mission gegenüber allen reformistischen oder "staatssozialistischen" Verlockungen der Lassalleaner zusammen. Die notwendige Stärke hierzu gewinnt die Arbeiterklasse aus ihrer wachsenden Zahl, diese wird aber nur zur politischen Macht, wenn Organisation sie vereint und Kenntnis sie leitet. Hierzu ist die politische Partei notwendig, der es wiederum allein mit Hilfe des wissenschaftlichen Sozialismus gelingt, eine zusammenhängende und konsequente revolutionäre Strategie zu entwickeln.⁷⁸⁾ Daher ist es eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterpartei, die wissenschaftliche Theorie des Marxismus zu bewahren, in den Klassenauseinandersetzungen konkret anzuwenden und sie aus den Erfahrungen der gesellschaftlichen Entwicklung und des Klassenkampfes fortzuentwickeln, ihre Erkenntnisse und die sich daraus ergebenden Ziele in die Arbeitermassen hineinzutragen, sie unermüdlich gegen die tagtäglich wirkende Mystifikation und Propaganda der kapitalistischen Gesellschaft zu propagieren und zu erklären.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung hat bewiesen, daß dies eine äußerst schwierige und langwierige Aufgabe ist, die mit nicht wenigen Rückschlägen verbunden ist, sie hat aber auch bewiesen, daß in dergleichen großen Entwicklungen zwanzig Jahre nur scheinbar mehr sind als ein Tag, weil nachher wieder Tage kommen können, worin sich zwanzig Jahre zu-

sammenfassen.⁷⁹⁾ Diese eigentümliche Dialektik der Zeit im Klassenkampf hängt eng zusammen mit den großen Bewegungen und Widersprüchen der kapitalistischen Entwicklung selbst und hier erweist es sich dann, inwieweit die marxistischen Arbeiterparteien in der Lage sind, auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus die historische Initiative zu ergreifen und die Arbeiterklasse mehr oder weniger rasch zum Sieg zu führen, d.h. den Sozialismus aufzubauen.

Einige Schlußfolgerungen

Aus diesen einleitenden Überlegungen folgt für die Untersuchung des konkreten Verlaufs der Klassenkämpfe in Frankreich 1968 bis 1973 zunächst zweierlei: Erstens, die Hauptursache für die Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen seit Mitte der 60er Jahre liegt in dem Umschlag der Kapitalverwertungsbedingungen begründet, den wir als strukturelle Überakkumulationskrise charakterisiert haben. In dieser langfristig wirkenden Krise der kapitalistischen Produktionsverhältnisse machen sich die der kapitalistischen Produktionsweise immanenten Widersprüche allseitig, d.h. in allen gesellschaftlichen Bereichen, als Krise und Grenze des Kapitalismus bemerkbar und es treten zahlreiche Momente einer zukünftigen sozialistischen Organisation der Gesellschaft, wenngleich in spezifisch kapitalistisch verkehrten Formen, hervor. Zweitens, die Einsicht in diesen Zusammenhang und die Notwendigkeit der bewußten sozialistischen Transformation drängt sich dem alltäglichen Bewußtsein der Arbeiter und der übrigen arbeitenden Bevölkerung spontan nur in vielfach zersplitterten und zum Teil sehr widersprüchlichen Erfahrungen auf. Hier erweist es sich nun als wesentlich, daß die durch die Krise aktivierten halb-spontanen, halb-bewußten Neigungen der Arbeiterklasse zur kollektiven Aktion und zum Sozialismus durch die revolutionäre Tradition des französischen Volkes und vor allem der Arbeiterbewegung begünstigt und durch das Bestehen marxistischer Organisationen, insbesondere der kommu-

nistischen Partei, in eine sozialistische Perspektive eingebracht werden konnten, die sich auf den wissenschaftlichen Sozialismus beruft.

Es ist eine der Hauptaufgaben dieser Arbeit nachzuweisen, wie dieser schwierige, langwierige und von Rückschlägen begleitete Prozeß der Herausbildung einer sozialistischen Strategie für Frankreich im Verlauf mehrjähriger Klassenauseinandersetzungen von wechselnder Intensität und Extensität sich als gegenseitige Durchdringung der beiden Momente Spontaneität - Bewußtheit vollzogen hat, wobei die Spontaneität eher den Anstoß, die Bewußtheit aber den Ausschlag gegeben hat.

Freilich ist beim aktuellen Stand der Klassenauseinandersetzungen in Frankreich ein Sieg der Arbeiterklasse und der Übergang zum Sozialismus zwar schon möglich, aber immer noch nicht sehr wahrscheinlich. Dies liegt zum einen daran, daß die Überakkumulationskrise bisher noch keine solch akuten Formen angenommen hat, die das Funktionieren des kapitalistischen Systems unmittelbar bedroht hätten, vor allem aber daran, daß die Vereinheitlichung der Arbeiterklasse und ihr Bündnis mit den übrigen Schichten der arbeitenden Bevölkerung, trotz der erreichten gewaltigen Fortschritte, wie sie in dem gemeinsamen Regierungsprogramm von Kommunisten, Sozialisten und einem Teil der kleinbürgerlichen Radikalen zum Ausdruck kommen, noch immer nicht jenes Maß erreicht hat, das für eine entscheidende Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses und den Übergang zum Sozialismus unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen in Frankreich eine notwendige Voraussetzung ist.

Das kanppes Scheitern der Linken bei den Parlamentswahlen im März 1973 ist, mehr als es das zahlenmäßige Resultat vermuten läßt, in gewisser Hinsicht symptomatisch für die nach wie vor bestehenden Differenzen zwischen Teilen der französischen Arbeiterbewegung, die der Entfaltung eines konsequenten und erfolgreichen Kampfes gegen die organisierte Macht des Großkapitals und die von ihm weitgehend beherrschten politischen Kräfte und Institutionen immer noch Schwierigkeiten

rigkeiten bereiten.

Zum Verständnis dieses außerordentlich wichtigen Aspektes der gegenwärtigen Kämpfe haben wir deren Untersuchung nicht nur eine Darstellung der sozial-ökonomischen Lage der Arbeiterklasse in der strukturellen Überakkumulationskrise, sondern auch eine zusammenfassende Übersicht über den historischen Entwicklungsgang der Klassenauseinandersetzungen seit dem Zweiten Weltkrieg vorausgeschickt. Allein aus der sich darin zeigenden historischen Tradition und Ungleichzeitigkeit der gesellschaftlichen, politischen und bewußtseinsmäßigen Entwicklung großer Teile der französischen Arbeiterklasse lassen sich die Grundlagen der weiterhin fortbestehenden Differenzen erschließen.

Zweifellos ist die Voraussetzung für einen Sieg der französischen Arbeiterklasse nicht das Verschwinden jeglicher Differenzen zwischen ihren verschiedenen Fraktionen und Organisationen, was schließlich die Unnötigkeit eines politischen Bündnisses zwischen ihnen bedeuten würde, sondern die weitere Klärung einiger Grundprinzipien des Kampfes gegen das bestehende System und beim Übergang zum Sozialismus. Diese Klärung kann nur auf der Basis einer wissenschaftlichen Untersuchung der aktuellen Krise des französischen Kapitalismus geschehen, aus der allein eine begründete Strategie und eine dem erreichten Stand der Vergesellschaftung der Produktion angemessene Übergangsform zum Sozialismus abgeleitet werden kann. In Frankreich wie anderswo gilt mehr denn je der Satz:

Der Sozialismus ist wissenschaftlich, oder er ist nicht.

1. ÖKONOMISCHE UND POLITISCHE ASPEKTE DES KLASSEN-
KAMPFES IN FRANKREICH VOM ENDE DES ZWEITEN WELT-
KRIEGES BIS ZUR MITTE DER SECHZIGER JAHRE
(unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung
der Gewerkschaftsbewegung)

In diesem ersten Kapitel wird versucht, die verschiedenen Entwicklungsstadien des Klassenkampfes der ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte in Frankreich darzustellen. Dabei wurde bewußt auf eine Gesamtanalyse¹⁾ verzichtet zugunsten der Erörterung einiger zentraler Aspekte des gewerkschaftlichen Kampfes in diesem Zeitraum, insofern sie als Voraussetzungen zur Analyse der Klassenkonflikte seit 1968 anzusehen sind.

Angesichts der heftigen politischen Erschütterungen, die die französische Gesellschaft in diesem Zeitraum erlebt hat, steht die Untersuchung des Zusammenhangs von Ökonomie und Politik im Vordergrund, zumal dieses Problem sich auch als Zentralproblem der jüngsten Entwicklungs-
etappe der Auseinandersetzungen erweisen wird.²⁾

Schon 1877 hatte Friedrich Engels das hohe politische Niveau der französischen Arbeiterklasse hervorgehoben: "Die Arbeiter von Paris, unterstützt von denen der großen Provinzialstädte, sind immer seit der großen Revolution eine Macht im Staate gewesen. Sie haben seit beinahe neunzig Jahren das kämpfende Heer des Fortschritts gebildet; bei jeder großen Krisis der französischen Geschichte gingen sie auf die Straßen, bewaffneten sich so gut sie konnten, errichteten Barrikaden und forderten zum Kampf heraus, und ihr Sieg oder ihre Niederlage entschied über Frankreichs Zukunft auf Jahre hinaus. ...

Eine nationale Arbeiterklasse, die so seit fast einem Jahrhundert nicht nur bei jeder Krisis in der Geschichte des eigenen Landes eine entscheidende Rolle gespielt, sondern gleichzeitig immer die Vorhut der europäischen Revolution gebildet hat, solch eine Arbeiterklasse kann nicht das verhältnismäßig abgeschiedene Leben führen das noch das eigentliche Aktionsgebiet der übrigen Arbeiter

auf dem Kontinent ausmacht. Eine Arbeiterklasse wie die französische, ist an und durch ihre Geschichte gebunden. Ihre Geschichte, nicht weniger als ihre bewährte entscheidende Kampfkraft, hat sie in unlöslicher Weise mit der allgemeinen politischen Entwicklung des Landes verknüpft."³⁾

Diese Feststellung trifft mutatis mutandis auch auf die Entwicklung im 20. Jahrhundert zu und gilt, insbesondere seit dem Ersten Weltkrieg, sowohl für die politischen Arbeiterparteien als auch für die Gewerkschaften. Dies drückt sich nicht nur in der Spaltung der Gewerkschaftsbewegung nach politischen Richtungsgewerkschaften aus, sondern vor allem in der aktiven Rolle, die die Gewerkschaften in den zahlreichen politischen Krisen dieses Jahrhunderts gespielt haben. Diese Tatsache hat zwar einerseits die Bewahrung bzw. Wiederherstellung der organisatorischen Einheit der Gewerkschaftsbewegung verhindert bzw. erschwert, andererseits aber das allgemeine Niveau der Klassenauseinandersetzungen immer wieder auf die für die Emanzipation der Arbeiterklasse letztlich entscheidende politische Ebene gehoben.

Bevor wir mit der Darstellung des gewerkschaftlichen Kampfes in Frankreich seit dem Zweiten Weltkrieg beginnen, sollen wenigstens einige Grundzüge der Gewerkschaftsentwicklung bis zu diesem Zeitraum skizziert werden, soweit sie zum Verständnis der späteren Ereignisse notwendig erscheinen.

1.1 Grundzüge der Gewerkschaftsentwicklung in Frankreich bis zum Zweiten Weltkrieg

Die Ursprünge der französischen Gewerkschaftsbewegung sind unmittelbar verbunden mit der Entstehung der modernen Lohnarbeiterklasse selbst. Sie reichen daher zurück bis in die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts, vereinzelt sogar bis in die Zeit vor der Französischen Revo-

lution. Obwohl seit 1791 offiziell verboten (Loi le Chapelier), bestanden die Gesellenvereine (Compagnonnages) zu meist im Geheimen weiter fort und verwandelten sich mit der beginnenden Industrialisierung und der damit verbundenen Verschlechterung der gesamten Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen zunächst in "Gesellschaften zur gegenseitigen Hilfe" (Sociétés mutualistes), und seit den 40er und 50er Jahren immer häufiger in Widerstandsorganisationen (Sociétés de résistance) gegen die Willkür des Kapitals. Am Ende der Streikbewegungen in den frühen 60er Jahren stand die gesetzliche Anerkennung des Streikrechts (1864). Zur gleichen Zeit wurden an vielen Orten sogenannte "Gewerkschaftskammern" (Chambres syndicales) gegründet, deren Klassencharakter jedoch anfangs noch äußerst heterogen war und die von dem bonapartistischen Regime teils toleriert, teils sogar gefördert wurden.⁴⁾ Echte Gewerkschaften, in denen nur abhängig Beschäftigte organisiert waren, entstanden erst Ende der 60er Jahre vor allem in Paris, aber auch in einigen Großstädten der Provinz. Während der Pariser Commune waren viele dieser zu meist noch kleinen Gewerkschaften aktiv an der Organisation des Wirtschaftslebens beteiligt; führende Gewerkschafter waren z.B. in der Kommission für Arbeit, Industrie und Handel tätig.⁵⁾ Die blutige Niederschlagung der Commune traf die noch wenig entwickelte Gewerkschaftsbewegung besonders hart. Tausende von Arbeitern wurden ermordet, zehntausende verbannt oder ins Zuchthaus geworfen, ebensoviele waren auf der Flucht. Es dauerte Jahre, bis sich die Gewerkschaften von diesem Schlag wieder zu erholen vermochten.

Ähnlich wie zu Beginn der 60er Jahre das bonapartistische Regime das Streikrecht, so mußte die republikanische Regierung 1884 das Koalitionsrecht gewähren um die Ausdehnung weiterer Streiks einzudämmen. Nunmehr entstanden an vielen Orten auch überberufliche Zusammenschlüsse von einzelnen Berufsgewerkschaften zu sogenannten "Arbeitsbörsen" (Bourse du Travail), die neben den Berufsgewerkschaften bestanden.⁶⁾ Die Gesamtheit dieser gewerkschaft-

lichen bzw. gewerkschaftsähnlichen Organisationen konnte zu Beginn der 90er Jahre ihre Mitgliederzahl von annähernd 140.000 (1890) auf rund 400.000 (1893) erhöhen.⁷⁾ Nach zahlreichen Kongressen und heftigen Diskussionen zwischen den einzelnen regionalen bzw. nationalen Berufsgewerkschaften und den zumeist lokalen "Arbeitsbörsen" gelang es 1895 einen "Allgemeinen Bund der Arbeit" (Confédération Générale du Travail - CGT) zu gründen, dem sich zunächst nur ein Teil, bis 1906 aber dann nahezu alle gewerkschaftlichen Organisationen Frankreichs anschlossen.⁸⁾ Die organisatorische Struktur des neuen Gewerkschaftsbundes, die zahlreichen Gewerkschaftsbünden der ganzen Welt zum Vorbild diente, wurde nach anfänglichen Wirren 1902 einheitlich geregelt und ist im Prinzip heute noch gültig.⁹⁾ Die CGT ist eine Dachorganisation aus den verschiedenen nationalen Berufs- (heute Industrie-) gewerkschaften (Fédérations) und den überberuflichen "Arbeitsbörsen" (die heute ausschließlich regional organisiert sind und den Namen "Union" tragen). Beide Organisationseinheiten bilden innerhalb der CGT gleichberechtigte Sektionen; das "Bundeskomitee" als oberstes Organ zwischen den zweijährig (heute dreijährig) einzuberufenden Kongressen, besteht aus der gemeinsamen Versammlung der Föderations- und Unionsvorsitzenden. Der Sekretär der Föderationssektion ist zugleich Generalsekretär der CGT.

Ideologisch geriet die junge CGT zu Beginn des 20. Jahrhunderts immer stärker unter den Einfluß des in den "Arbeitsbörsen" weitgehend vorherrschenden Anarcho-Syndikalismus.¹⁰⁾ Eine Tendenz, die in Frankreich infolge der relativen industriellen Rückständigkeit und der wenig fortgeschrittenen Kapitalkonzentration, seit den Tagen Proudhons fortgelebt hatte. Nach der Zerschlagung der politischen Kader der Blanquisten und marxistischen Internationalisten durch den weißen Terror der Anti-Commune-Allianz, hatte der Anarcho-Syndikalismus, begünstigt durch die Zerstrittenheit und das Sektiererertum der verschiedenen sozialistischen und marxistischen Gruppierungen

gen,¹¹⁾ auch in den Gewerkschaften Fuß fassen können. Die Leitideen des Anarcho-Syndikalismus spiegelten sich daher bis zu einem gewissen Grade auch in der berühmten "Charta von Amiens" aus dem Jahre 1906, in der die CGT erstmals ihre allgemeinen Prinzipien und Ziele festlegte:¹²⁾

1. Anerkennung der Notwendigkeit des Klassenkampfes gegen die kapitalistische Ausbeutung;
2. Die Emanzipation der Arbeiterklasse hat die Entseignung der Kapitalisten zur Voraussetzung;
3. Die zukünftige sozialistische Produktion und Verteilung soll durch die Arbeitergewerkschaften organisiert werden;
4. Die Gewerkschaft ist unabhängig von allen politischen Parteien und weltanschaulichen Strömungen.

Trotz der stellenweise radikalen Sprache der "Charta" war sie ein Kompromiß zwischen Anarchisten und Reformisten gegen die aus der marxistischen Tradition herkommenden "Guesdisten",¹³⁾ die sich weder in der Gewerkschaftsbewegung noch in der 1905 gegründeten einheitlichen Sozialistischen Partei hatten durchsetzen können. Nachdem die z.T. utopischen Hoffnungen der "Anarchos" in die Wirkungen des Mythos vom Generalstreik in den Jahren 1906 - 1908 mehrmals gescheitert waren,¹⁴⁾ hatten sich noch vor dem ersten Weltkrieg die Mehrzahl der einst revolutionären "Anarchos" dem stärker werdenden reformistischen Flügel der CGT angeschlossen (so z.B. der seit 1909 amtierende CGT-Generalsekretär Léon Jouhaux). Diese Entwicklung führte in Frankreich, wie in den meisten großen Ländern Europas, zu Beginn des 1. Weltkrieges zunächst in die Burgfriedenspolitik (Union sacrée) und schließlich zum Eintritt führender Gewerkschaftsvertreter in das Kriegskabinett.¹⁵⁾

In der Opposition gegen den Krieg und die Burgfriedenspolitik der rechten Gewerkschaftsführung bildete sich, verstärkt durch den Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland, auch innerhalb der CGT wiederum ein revolutionärer Flügel aus.¹⁶⁾ Vor dem 1. Weltkrieg war

die Mitgliederzahl der CGT stets unter der Millionen-
grenze geblieben. Erst mit der revolutionären Welle der
Jahre 1917 - 1923 konnte sich die CGT zu einer wirkli-
chen Massengewerkschaft entwickeln. Schon 1920 zählte
sie rund 2,4 Millionen Mitglieder.¹⁷⁾ Mit dem Mitglie-
derzuwachs einher ging eine Radikalisierung der Basis,
während die Gewerkschaftsführung weitgehend reformi-
stisch blieb. Ein großer Teil der revolutionären Ge-
werkschafter, überwiegend Anhänger der 1920 gegründeten
Kommunistischen Partei, aber auch revolutionäre Anarcho-
Syndikalisten, schloß sich innerhalb der CGT Anfang
1921 zu "revolutionären Gewerkschaftskomitees" zusam-
men.¹⁸⁾ Diese Komitees erreichten bald großen Einfluß
in der CGT-Regional-Union von Paris, sowie in den
Föderationen der Metallarbeiter, der Eisenbahner und
der Bauarbeiter. Die reformistische Bundesmehrheit
schloß nach heftigen Auseinandersetzungen zahlreiche
Einzelmitglieder und selbst ganze regionale bzw. lokale
Organisationen aus dem Gesamtverband aus. Die Ausge-
schlossenen gründeten daraufhin im Juni 1922 einen eige-
nen Verband, die "Confédération Générale du Travail uni-
taire" (CGTU), dem sich rund 500.000 ehemalige "Cégéti-
stes" anschlossen.¹⁹⁾

Die Spaltung der CGT in reformistische, zumeist den So-
zialisten nahestehende "Confédérés" und revolutionäre,
später fast ausschließlich zu den Kommunisten tendieren-
de "Unitaires", verschärfte die Folgen der politischen
Spaltung der Arbeiterklasse. Sie war eine der Ursachen
für den Rückgang des Einflusses der Arbeiterbewegung
im Laufe der 20er Jahre.²⁰⁾ Der Rechtsopportunismus der
Alt-CGT wie die linkssektiererischen Tendenzen innerhalb
der CGTU bedingten sich gegenseitig und begünstigten in
der ökonomischen Krise zu Beginn der 30er Jahre den Auf-
stieg des Faschismus.²¹⁾ Erst unter dem unmittelbaren
Eindruck der faschistischen Bedrohung und der sich dar-
aus ergebenden Verschärfung der Klassenauseinandersetzun-
gen, konnte vor allem die CGTU wieder an Masseneinfluß
gewinnen. Obwohl der Mitgliederzahl nach immer noch

kleiner als die CGT, spielte sie in der Organisation des Abwehrkampfes gegen den faschistischen Putschversuch vom Februar 1934²²⁾ die entscheidende Rolle. Ausgehend von der in diesem Kampf faktisch realisierten Aktionseinheit der Arbeiterklasse an der Basis, forderte sie von nun an entschlossen die Wiedervereinigung der beiden Gewerkschaftsverbände.

Als sich im Laufe des Jahres 1935 die Politik der Einheitsfront von Sozialisten und Kommunisten bei den Gemeinderatswahlen und in vielen Einzelaktionen als notwendig und erfolgreich gegen die zunehmende Rechtsentwicklung erwiesen hatte und im Juli 1935 um die Radikale Partei zur "Volksfront" erweitert worden war,²³⁾ erklärten sich die "Confédérés" zur organisatorischen Vereinigung mit den "Unitaires" bereit. Der Vereinigungskongreß im März 1936 verabschiedete ein neues Statut, in dem die Parteiunabhängigkeit der vereinten CGT bekräftigt, zugleich aber ihre politische Verantwortung und die Möglichkeit zur Aktionsgemeinschaft mit anderen Organisationen ausdrücklich hervorgehoben wurde. Das sechsköpfige Präsidium setzte sich nunmehr aus vier Alt-Cégétistes und zwei ehemaligen "Unitaires" zusammen.²⁴⁾

Der erste Erfolg wurde wenige Monate später mit dem Wahlsieg der Volksfront und den erheblichen materiellen Verbesserungen für die Arbeiterklasse durch die Streiks und die Fabrikbesetzungen im Mai und Juni 1936 erzielt.²⁵⁾ Gleichzeitig stieg die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder sprunghaft an. Während die CGT 1932 rund 900.000 und die CGTU etwa 350.000 Mitglieder zählte, erreichte die Mitgliederzahl der vereinten CGT in den Jahren 1936/37 nahezu die 5 Millionen-Grenze.²⁶⁾

Allerdings zeichneten sich schon bald erneut die Differenzen von Sozialisten und Kommunisten in innen- wie in außenpolitischen Fragen ab.²⁷⁾ Nach der offiziellen Auflösung der Volksfront im Jahre 1938 traten sie dann auch in der CGT offen zu Tage. Die durch das Versagen der Volksfront verursachte Demoralisierung der Arbeiterklasse zeigte sich auch im rapiden Absinken der Zahl der

Gewerkschaftsmitglieder. Anfang 1939 waren nicht einmal mehr 3 Millionen Mitglieder organisiert.²⁸⁾

Als die Regierung des Ministerpräsidenten Daladier (Radikale Partei) nach dem deutsch-sowjetischen Nicht-Angriffspakt von 1939 die Kommunistische Partei und alle mit ihr sympathisierenden Gruppen als "unpatriotische Organisationen" verbot, wurden auch die kommunistischen "Ex-Unitaires", die sich geweigert hatten den Pakt öffentlich zu verurteilen, erneut und unter eindeutigen Bruch der Satzung von den Ex-Confédérés aus der CGT ausgeschlossen.²⁹⁾

Nach der militärischen Niederlage Frankreichs im Frühsommer 1940 und der Installierung des Kollaborationsregimes in Vichy unter Marschall Pétain, wurden auch die verbliebenen Gewerkschaften im November 1940 durch Regierungsdekret aufgelöst. An ihre Stelle traten 1941 faschistische Zwangsorganisationen mit korporativistischem Charakter.³⁰⁾

Ziel der von dem Vichy-Regime erlassenen "Charta der Arbeit" war angeblich die "endgültige Überwindung des Klassenkampfes" durch eine institutionalisierte Zusammenarbeit von Lohnarbeit und Kapital. Tatsächlich setzte diese "neue Ordnung" jedoch lediglich die wichtigsten sozialen Grundrechte der Arbeiterklasse, darunter das Streik- und Koalitionsrecht außer Kraft, um die leistungsfähige Arbeitskraft um so intensiver ausbeuten zu können. Gestützt auf den militärischen Machtapparat der deutschen Besatzung, nahm die herrschende Klasse nunmehr unter der demagogischen Parole einer "nationalen Revolution" unverhüllt "Revanche für die Volksfront".³¹⁾

In dieser historischen Situation wurde der Widerstand der Arbeiterklasse gegen materielle Verelendung und politische Rechtlosigkeit zum Ausgangspunkt der nationalen Befreiungsbewegung des französischen Volkes gegen Besatzung und Faschismus. Die Résistance³²⁾ war also zugleich eine patriotische und eine soziale Bewegung. Infolgedessen kam den verbotenen Gewerkschaften in der Organisation zahlreicher Widerstandsaktionen eine wichtige

Rolle zu.

Dies zeigte sich erstmals im Frühjahr 1941 bei dem von kommunistischen Gewerkschaften und den von ihnen beeinflussten "Volkskomitees" organisierten Streik von rund 120.000 Bergarbeitern der Nordregion, bei dem es gelang, eine geplante Verlängerung der Arbeitszeit zu verhindern, sowie höhere Löhne und eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln zu erreichen. Während des Streiks wehten erstmals die rote Fahne und die Tricolore gemeinsam auf den Fördertürmen und den Dächern der Bergarbeitersiedlungen; Symbol der Verschmelzung des sozialen Kampfes mit der nationalen Befreiungsbewegung.³³⁾ Der Erfolg dieser Aktion der Bergarbeiter beflügelte im ganzen Land die Aktivität der verschiedenen Widerstandsgruppen und führte zu ersten Kontaktgesprächen zwischen den sich bis dahin immer noch überwiegend feindlich gegenüberstehenden ehemaligen CGT-Fraktionen. Es bedurfte freilich noch zahlreicher weiterer Aktionen, bis die "Ex-Confédérés" sich zu einer Wiedervereinigung mit den "Ex-Unitaires" bereit erklärten. In dem "Abkommen von Perreux"³⁴⁾ vom April 1943 wurde die Wiederherstellung der organisatorischen Struktur der CGT von 1936 beschlossen.

Die nun zum zweitenmal vereinigte CGT spielte sofort in den etwa gleichzeitig gegründeten zentralen Organisationen der Résistance eine wesentliche Rolle. Im Mai 1943 entsandte sie 5 Delegierte in die "Konsultativversammlung von Algier" und einen Vertreter in den "Nationalrat der Widerstandsbewegung" (Conseil National de la Résistance - CNR), dem darüber hinaus ein weiterer Gewerkschaftsvertreter des christlichen Gewerkschaftsbundes "Confédération Française des Travailleurs Chrétiens" (CFTC) angehörte.³⁵⁾ Dieser 1919 gegründete Bund christlicher Gewerkschaften war bis in die 30er Jahre mit rund 150.000 Mitgliedern innerhalb der Industriearbeiterschaft weitgehend einflußlos geblieben. Einen gewissen Einfluß konnte die CFTC lediglich bei verschiedenen Angestelltenschichten und in Industriezweigen

mit relativ hohem Frauenanteil (z.B. Textil- und Bekleidungsindustrie) oder in Regionen mit ausgeprägter religiöser Tradition (Elsaß) bzw. mit partikularistischen Tendenzen (Bretagne) gewinnen. In ihrer Programmatik, die sich ausdrücklich auf die päpstliche Enzyklika "Rerum Novarum" berief, sprach sie sich gegen jede Form des Klassenkampfes und für die Erhaltung des "sozialen Friedens" aus, so daß Aktionsbündnisse mit der CGT oder gar der CGTU weitgehend ausgeschlossen waren. Auch während der Volksfront-Periode spielte sie nur eine untergeordnete Rolle. Erst als auch die CFTC von dem Vichy-Regime 1941 aufgelöst worden war, kam es zu ernsthaften Kontakten zwischen den christlichen und den "freien" Gewerkschaften. Ergebnis dieser geheimen Verhandlungen war das Ende 1941 illegal verbreitete "Manifest der Zwölf",³⁶⁾ in dem führende Gewerkschafter beider Richtungen sich für den Bestand autonomer und antikapitalistischer Gewerkschaften einsetzten. In der Folgezeit beteiligte sich die CFTC mehrfach an Streiks und anderen Widerstandshandlungen, wodurch sie zu einem anerkannten Bestandteil der Widerstandsbewegung geworden war. Mit der wachsenden Zahl der Streiks und industriellen Sabotageaktionen wurde der Einfluß der Gewerkschaften in der Résistance immer bedeutender, eine Tatsache, die sich dann auch im Programm des "Nationalrats der Widerstandsbewegung" für die Neuordnung Frankreichs nach der Befreiung deutlich widerspiegelt.³⁷⁾ Das Programm sah die "Errichtung einer echten wirtschaftlichen und sozialen Demokratie" vor, die auf einem breiten nationalisierten Wirtschaftssektor und einem demokratisch ausgearbeiteten Wirtschaftsplan beruhen sollte. Während die Gewerkschaften hierzu ihre "traditionellen Freiheiten" zurückerhalten und über "weitreichenden Einfluß in der Organisation des wirtschaftlichen und sozialen Lebens verfügen" sollten, betonte das Programm gleichzeitig die Notwendigkeit einer "Entfernung der großen Wirtschafts- und Finanzmagnaten von der Leitung der Wirtschaft". Damit hatte auch der überwiegend aus republikanischen oder

christlichen Traditionen hervorgehende bürgerliche Flügel der Résistance die Verantwortung der herrschenden Finanzoligarchie ("der 200 großen Familien")³⁸⁾ für das faschistische Herrschaftssystem und die nationale Unterdrückung ausdrücklich anerkannt.

Ende 1943 und Anfang 1944 erreichten die gewerkschaftlichen Widerstandaktionen einen ersten Höhepunkt. Die mit den militärischen Operationen der Partisanentruppen immer enger koordinierten Sabotagehandlungen trugen zur Desorganisation des deutschen Militärapparates bei und unterstützten damit wesentlich die Landung der Alliierten in der Normandie.³⁹⁾

Die folgende Streikwelle im Mai 1944 stellte die unmittelbare Vorbereitung für den von der CGT und der CFTC gemeinsam und gegen den Willen de Gaulles, der den Anteil der Arbeiterklasse an den unmittelbaren Befreiungsaktionen so gering wie möglich erscheinen lassen wollte, ausgerufenen "Generalstreik für die Befreiung" dar, der am 18. und 19. August das Signal für den allgemeinen Volksaufstand gab.⁴⁰⁾ Eine Woche später war Paris befreit. Kurz zuvor hatte die provisorische Widerstandsregierung unter dem Vorsitz de Gaulles von Algier aus die "Charta der Arbeit" annulliert und die Gewerkschaften wieder in ihre alten Rechte eingesetzt.

1.2 Der Kampf der Gewerkschaften um die gesellschaftliche Neuordnung Frankreichs nach der Befreiung (1944 - 1947)

In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg war die französische Gewerkschaftsbewegung zahlenmäßig stärker als je zuvor. Nimmt man alle damals bestehenden Organisationen zusammen, so waren in den Jahren 1945/46 zwischen 6 und 7 Millionen Lohnabhängige gewerkschaftlich organisiert,⁴¹⁾ davon etwa 5 - 6 Millionen in der CGT, etwa 6 - 7 Hunderttausend in der CFTC und rund Einhunderttausend in der Gewerkschaft der Leitenden Angestellten (Confédération Générale des Cadres - CGC) bzw. ähnlichen

Angestelltenorganisationen.⁴²⁾

Damit war nahezu jeder zweite Lohnabhängige Mitglied einer Gewerkschaft, ein Organisationsgrad, der selbst in den Jahren der Volksfront nicht erreicht worden war. Freilich läßt sich die Stärke einer Gewerkschaftsbewegung nicht allein aus ihren Mitgliederzahlen ablesen. Ihr realer gesellschaftlicher Einfluß ist vielmehr das Ergebnis eines relativ komplizierten Bedingungs-zusammenhangs von ökonomischen, politischen und ideologischen Faktoren in einer bestimmten historischen Situation.

1.2.1 Zur ökonomischen und politischen Lage nach der Befreiung

Bei Kriegsende war die ökonomische Situation des Landes katastrophal. Zahlreiche Fabriken waren zerstört, die Verkehrswege unterbrochen, der Handel und das Finanzwesen desorganisiert. Ein großer Teil der Arbeitskräfte und der Produktionsanlagen waren nach Deutschland deportiert worden und der verbliebene Rest in hohem Maße auf den Bedarf der faschistischen Kriegswirtschaft ausgerichtet. Die direkten materiellen Verluste (d.h. ohne Berücksichtigung des erzwungenen Produktionsausfalls) an Gebäuden, Anlagen und Transportwegen wurden 1945 auf rund 800 Milliarden Francs geschätzt.⁴³⁾

Als Folge der jahrzehntelangen Stagnation und der in Frankreich besonders lang anhaltenden Krise der 30er Jahre war die materielle Infrastruktur vernachlässigt und die verbliebenen Produktionsanlagen hoffnungslos veraltet.⁴⁴⁾

Ende 1944 erreichte die Industrieproduktion nur noch knapp 40% des Niveaus von 1938, das selbst wiederum um rund ein Viertel unter dem bisherigen Höchststand im Jahre 1929 gelegen hatte und war damit auf den tiefsten Stand in diesem Jahrhundert gesunken. Selbst die landwirtschaftliche Produktion war 1945 auf kaum 60% des Vorkriegsstandes gesunken.⁴⁵⁾

Die materiellen Voraussetzungen des ökonomischen Wiederaufbaus waren also denkbar schlecht, hinzu kam, daß die Bevölkerungszahl seit Beginn des Jahrhunderts stagnierte, nicht zuletzt durch die Verluste in den beiden Weltkriegen, und die Zahl der Erwerbsfähigen durch Überalterung und zahllose Kriegsversehrte noch zusätzlich dezimiert war.⁴⁶⁾

Unmittelbar nach der Befreiung war das traditionelle Großbürgertum und vor allem die dünne Schicht der Konzernherren und der Finanzoligarchie, die sich seit Jahrzehnten auf Spekulationen, Schutzzölle, Kriegsgewinne und zuletzt sogar vielfach auf offene Kollaboration mit dem Feind eingelassen hatte, weitgehend diskreditiert. Die Mehrheit der französischen Bevölkerung und ganz besonders der Arbeiterklasse war eindeutig antikapitalistisch eingestellt. Bei den ersten Parlamentswahlen nach der Befreiung im Dezember 1945 erreichten Kommunisten (26,1%) und Sozialisten (23,8%) zusammen fast die absolute Mehrheit der Stimmen und eine knappe Mehrheit der Parlamentssitze.⁴⁷⁾ Dennoch hatte auch der Widerstand spezifische Illusionen und Mythen erzeugt. Die aus dem christlich-bürgerlichen Flügel der Résistance hervorgehende "Bewegung der Volksrepublikaner" (Mouvement républicain populaire - MRP)⁴⁸⁾ hatte sich wenigstens verbal für das Programm der Widerstandsbewegung eingesetzt und damit große Teile des katholisch beeinflussten Kleinbürgertums und der Bauernschaft für sich gewonnen. Mit knapp 25% der Stimmen wurden die Volksrepublikaner hinter den Kommunisten die zweitstärkste Partei Frankreichs. Zu diesem Erfolg hatte nicht zuletzt auch die unbestreitbare Autorität des Generals de Gaulle⁴⁹⁾ beigetragen, der in weiten Kreisen des Bürgertums und Kleinbürgertums und zum Teil selbst in der Arbeiterklasse gewissermaßen als Personifikation der nationalen Ehre und der militärischen Befreiung angesehen wurde und als dessen Hausmacht sich die Volksrepublikaner darzustellen vermocht hatten. Angesichts dieser komplizierten politischen und ideologischen Situation war die Chance für eine unmittelbar

sozialistische Umwälzung der französischen Gesellschaft gering, zumal die Anwendung von Gewalt zum Sturz des kapitalistischen Systems, wie sie Minderheiten in und vor allem außerhalb der kommunistischen Partei diskutiert hatten, schon allein durch die Übermacht der alliierten Truppen auf französischem Gebiet ausgeschlossen war.⁵⁰⁾

1.2.2 Die Hauptaufgaben der Arbeiterbewegung in der Nachkriegsetappe

Für die Arbeiterbewegung galt es daher, sich unverzüglich für die Realisierung des Programms der Widerstandsbewegung einzusetzen und mit dem fortschrittlichen Flügel der Volksrepublikaner die Elemente einer neuen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Demokratie als Vorstufe zum Sozialismus, soweit wie möglich voranzutreiben. Aus dieser ökonomischen und politischen Gesamtsituation ergab sich für die Gewerkschaften wie für die beiden Arbeiterparteien zunächst die Aufgabe:

- den zerstörten Produktionsapparat so schnell wie möglich wieder in Gang zu setzen und die Produktion entsprechend den Notwendigkeiten des Wiederaufbaus und der Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung rasch zu steigern;
- die im Widerstandsprogramm vorgesehenen gesellschaftlichen Strukturreformen durchzusetzen.

1.2.2.1 Die "Produktionsschlacht"

Zu den Sofortmaßnahmen des Widerstandsprogrammes gehörte "Die Intensivierung der nationalen Produktion gemäß den Richtlinien eines Planes, der vom Staat nach Konsultation der Vertreter aller an der Produktion Beteiligten ausgearbeitet wird". Als 1945 das allgemeine Plankommissariat⁵¹⁾

gegründet wurde, arbeiteten daher die Gewerkschaften an der Ausarbeitung der allgemeinen Planziele und in den einzelnen Industriekommissionen entscheidend mit. Ziel der von den Arbeiterorganisationen, insbesondere von den Kommunisten und der CGT propagierten "Produktionsschlacht" (Bataille de la production) war es, in einem möglichst kurzen Zeitraum das Produktionsniveau des Jahres 1938 und anschließend mittelfristig bis etwa 1950 mindestens den Stand von 1929 zu erreichen und dabei vor allem die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung entscheidend zu verbessern. Die politische Bedeutung dieser Zielsetzung wurde 1945 von dem Ex-Unitaire Benoît Frachon für die CGT wie folgt charakterisiert: "Der ökonomische Wiederaufbau ist eng verbunden mit allen anderen Problemen, die wir zu lösen haben. Er ist die unumgängliche Bedingung für jeden Neubeginn Frankreichs. Die Produktionsschlacht zu gewinnen heißt, die Schlacht um die Demokratie zu gewinnen."⁵²⁾ Dahinter stand die Überzeugung, daß allein auf einer soliden ökonomischen Basis sich die politische Unabhängigkeit und eine autonome gesellschaftliche Entwicklung Frankreichs verwirklichen lasse. Tatsächlich erwies es sich in den folgenden Jahren als die Strategie des US-Imperialismus, eine solche Unabhängigkeit mit allen wirtschaftlichen und politischen Mitteln zu verhindern und damit jede sozialistische Perspektive in Westeuropa zu ersticken.⁵³⁾

In den Jahren 1945 und 1946 zeichnete sich daher immer deutlicher die Alternative ab, entweder die "Produktionsschlacht" zu gewinnen und die demokratischen und sozialen Zielsetzungen der Widerstandsbewegung konsequent weiterzuverfolgen um die Bedingungen für einen "friedlichen Übergang zum Sozialismus" zu schaffen, wie ihn beispielsweise der kommunistische Generalsekretär Maurice Thorez aufgrund der "glorreichen demokratischen Traditionen des französischen Volkes" für möglich hielt,⁵⁴⁾ oder aber die amerikanische "Hilfe" in Anspruch zu nehmen und damit die allmähliche Restauration der überkommenen kapitalistischen Produktions- und Herrschaftsverhältnisse

zuzulassen (vgl. weiter unten S. 23ff).

1.2.2.2 Die gesellschaftlichen Strukturreformen

Voraussetzung jeder wirklichen Demokratisierung der Gesellschaft war die Ausschaltung jener Kräfte, die die Basis für Kollaboration und Faschismus in Frankreich gewesen waren. Neben der Bestrafung der politischen Kollaborateure und der Enteignung der Kriegsgewinnler handelte es sich hierbei vor allem um die im Programm vorgesehene "Entfernung der großen Wirtschafts- und Finanzmagnaten von der Leitung der Wirtschaft", was nicht zuletzt durch die "Nationalisierung aller großen monopolisierten Produktionsmittel" erreicht werden sollte. Naturgemäß versuchten die Vertreter des bürgerlichen Flügels in den verschiedenen Nachkriegsregierungen das Ausmaß dieser Nationalisierungen so gering wie möglich zu halten. Dennoch war der Druck der Arbeiterklasse in diesem Punkt zunächst noch so groß, daß die im Programm ausdrücklich genannten Bereiche wie Energiequellen, Bodenschätze, Versicherungsgesellschaften und Großbanken wenigstens überwiegend nationalisiert werden konnten. Die Maßnahmen begannen schon im Dezember 1944, als Referenz an die Widerstandsaktionen der Bergarbeiter des Nordens, mit der vollständigen Nationalisierung aller Kohlenbergwerke der Region "Nord et Pas de Calais". Sie wurden in den folgenden Jahren fortgesetzt und erfaßten bis 1946 im Grundstoff- und Energiesektor den gesamten Kohlebergbau sowie die Gas- und Elektrizitätsversorgung, im Transportwesen (neben der in der Volksfront-Periode nationalisierten Eisenbahn) die Luftfahrtgesellschaft "Air France" und die Pariser Verkehrsbetriebe RATP; im Finanzwesen die "Banque de France" und die vier größten Depotbanken sowie 35 Versicherungsgesellschaften unterschiedlicher Größenordnung. In der weiterverarbeitenden Industrie wurden die Automobilfirma Renault, der Kraftfahrzeug- und Flugzeugmotorenhersteller Gnôme et Rhône (heute SNECMA) und einige

kleinere Unternehmen nationalisiert, weil ihre privaten Eigentümer allzu eng mit der faschistischen Besatzung kollaboriert hatten.⁵⁵⁾

Um zu vermeiden, daß die nationalisierten Unternehmen lediglich den Charakter von staatskapitalistischen Betrieben annehmen, erhielten sie ein besonderes Statut, das die Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an der Leitung dieser Unternehmen sowie gewisse soziale und rechtliche Verbesserungen für die Beschäftigten vorsah.⁵⁶⁾

Mit den Nationalisierungen sollte nach der Konzeption der Arbeiterorganisationen ein Instrument geschaffen werden, mit dem die wesentlichen Zielsetzungen des demokratisch ausgearbeiteten Wirtschaftsplanes zu verwirklichen seien. Hierzu hatten Kommunisten und Sozialisten 1946 in einem gemeinsamen Manifest gefordert, weitere Nationalisierungen wirtschaftsstrategisch wichtiger Schlüsselindustrien z.B. des Erzbergbaus, der Stahlindustrie, der Chemieindustrie, der Handelsmarine und der großen Geschäftsbanken vorzunehmen und deren effektive Kontrolle durch die Gewerkschaften und die demokratische Regierung zu sichern.⁵⁷⁾ Dieses Projekt scheiterte jedoch in den Jahren 1946/47 sowohl am erstarkenden Widerstand der bürgerlichen Mitte und Rechten als vor allem auch an den immer deutlicher hervortretenden Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung selbst.

In den Jahren nach 1947, mit dem endgültigen Bruch zwischen Kommunisten und Sozialisten, wurden dann auch die nationalisierten Unternehmen immer mehr den Interessen der monopolisierten Privatindustrie untergeordnet und ihr ursprünglich demokratisch konzipiertes Organisationsstatut durch das Herausdrängen der Arbeitervertreter aus den Leitungsorganen weitgehend ausgehöhlt.⁵⁸⁾

Ähnlich verhielt es sich mit den in der Nachkriegsperiode neu geschaffenen Organen der Betriebsverfassung in den Privatunternehmen.⁵⁹⁾ Nach dem Willen der Arbeiterorganisationen sollten die "Unternehmenskomitee" (Comités d'Entreprise) und "Belegschaftsdelegierten"

(Délégués du Personnel) Instrumente einer echten Interessenvertretung der Lohnabhängigen und der Kontrolle der Unternehmenstätigkeit werden. Schon der in den Jahren 1945 und 1946 als Kompromiß mit den Volksrepublikanern ausgehandelte Gesetzestext erschwerte die Realisierung dieser Zielsetzung durch die Verpflichtung der "Unternehmenskomitees" zur "Kooperation" mit der Unternehmensleitung und die weitgehende Begrenzung der Kontroll- und Mitbestimmungsmöglichkeiten auf bloße Beratungs- und Informationsrechte. Immerhin erhielten die Gewerkschaften wenigstens faktisch allein das Recht, Kandidaten für beide Organe aufzustellen,⁶⁰⁾ so daß sie bei entsprechender gewerkschaftlicher Stärke durchaus als Moment der betrieblichen Gewerkschaftsstrategie genutzt werden konnten. Ein Aspekt, der sich allerdings mit der erneuten Spaltung der CGT und der daraus hervorgehenden Konkurrenz der Gewerkschaften vor allem in den 50er Jahren sogar als besonders hinderlich für die Interessenvertretung der Lohnabhängigen erwies.⁶¹⁾

Mit Hilfe der nationalisierten Versicherungsunternehmen wurde 1946 das ebenfalls im Résistance-Programm vorgesehene System einer umfassenden Sozialversicherung⁶²⁾ aller Lohnabhängigen geschaffen, das wenigstens bis 1958 ausschließlich von deren gewählten Vertretern verwaltet wurde. Damit konnten die schlimmsten Folgen des Lohnarbeiterdaseins im Falle von Krankheit, bei Unfällen und im Alter gemildert werden. Im gleichen Sinne half ein System von Familienbeihilfen,⁶³⁾ die Not kinderreicher Arbeiterfamilien zu lindern.

So bedeutsam verschiedene dieser Errungenschaften im Vergleich zur vorangegangenen Zeit und selbst zur Volksfront-Periode zunächst erscheinen mochten, so blieben sie doch in der Realität weit hinter den keineswegs utopischen Erwartungen der Arbeiterklasse und selbst deutlich hinter den erklärten Zielen des Widerstandsprogramms zurück. Dies war vor allem ein Ergebnis der wachsenden Uneinigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung, die sich ab 1947 bis in die 60er Jahre häufig bis zu einem feindlichen Gegensatz entwickelte.

1.2.3 Die Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung

1.2.3.1 Das Scheitern der Einheitsgewerkschaft

Durch die aktive Beteiligung am Widerstand war es der christlichen Gewerkschaft CFTC gelungen, ihre jahrzehntelange Isolation zu überwinden und sich vom Odium einer "gelben" Gewerkschaft zu befreien.⁶⁴⁾ Im Frühjahr 1943 hatten die gerade vereinigte CGT und die CFTC ein gemeinsames "Gewerkschaftskartell" (Cartel interconfédéral) gegründet, das sich sowohl in der Zusammenarbeit der beiden Gewerkschaftsvertreter im Nationalrat der Widerstandsbewegung als auch in der Organisation des "Generalstreiks für die Befreiung" im August 1944 bewährt hatte. Wenige Wochen nach der Befreiung richtete die CGT einen "feierlichen" Appell an die CFTC, Verhandlungen mit dem Ziel der Vereinigung beider Organisationen aufzunehmen.⁶⁵⁾

Der Kongreß der CFTC lehnte im September 1945 die Fusion jedoch kategorisch ab. Er bezeichnete die Aufrechterhaltung des Gewerkschaftspluralismus als "höchsten Ausdruck der Freiheit und der Demokratie". Nachdrücklich sprach er sich gegen jede Form des Sozialismus aus und bekräftigte die traditionelle Linie des christlichen Gewerkschaftsbundes: "Die CFTC macht sich die Doktrin von der gesellschaftlichen Organisation zu eigen, die aus dem Geist des Evangeliums lebt und deren allgemeinen Grundsätze in den Enzykliken Rerum novarum und Quadragesimo Anno niedergelegt sind."⁶⁶⁾ Damit war der Versuch zur Gründung einer Einheitsgewerkschaft in dieser Phase gescheitert.

1.2.3.2 Das neue Kräfteverhältnis in der CGT

Wichtiger jedoch als das Scheitern der Einheitsgewerkschaft sollte sich in der Folgezeit das Wiederaufleben von Richtungskämpfen innerhalb der CGT selbst erweisen. Die CGT der unmittelbaren Nachkriegszeit unterschied sich in charakteristischer Weise von der Vorkriegs-CGT. War

bis dahin stets die reformistisch-sozialistische Fraktion in der Mehrheit und die revolutionär-kommunistische Fraktion in der Minderheit gewesen, so hatte sich dieses Verhältnis während der Résistance allmählich umgekehrt. Die Masse der neuen Mitglieder, die nach der Befreiung der CGT beitraten, unterstützte vorwiegend den aktiveren und radikaleren kommunistischen Flügel.

Das Kräfteverhältnis beider Fraktionen an der gewerkschaftlichen Basis zeigte sich erstmals deutlich auf dem 26. Kongreß der CGT im April 1946, als die Delegierten von etwa 5,6 Millionen Mitgliedern zu rund 80% für die von den Ex-Unitaires eingebrachte Modifikation der CGT-Statuten stimmten.⁶⁷⁾ Das bis dahin bestehende Verbot, gleichzeitig führende Positionen in der CGT und in einer politischen Partei einzunehmen, wurde aufgehoben; die Zahl der jeweiligen Kongreßdelegierten sollte sich künftig direkter aus der proportionellen Stärke der einzelnen Gewerkschaften ergeben. Die seit Anfang 1945 geltende paritätische Besetzung des Bundesbüros blieb jedoch erhalten. Durch diese Beschlüsse wurde der kommunistische Einfluß in der CGT im allgemeinen weiter verstärkt.

Der reformistische Confédérés-Flügel hatte sich nach der Befreiung um die ehemalige Widerstandszeitschrift "Résistance-Ouvrière" (Arbeiterwiderstand) organisiert und diese seit Ende 1945 unter Leitung des jahrzehntelangen CGT-Generalsekretärs Léon Jouhaux mit dem neuen Titel "Force Ouvrière" (Arbeitermacht) nach und nach in ein Organ gegen die "kommunistische Kolonialisierung der CGT"⁶⁸⁾ verwandelt. Jouhaux warf der CGT-Mehrheit vor, sie wolle die CGT zu einem "Transmissionsriemen der kommunistischen Partei" machen.

Die CGT hatte sich seit der Befreiung nicht lediglich auf die Vertretung der "beruflichen Interessen ihrer Mitglieder" beschränkt, wie es de Gaulle und die Volksrepublikaner von ihr verlangt hatten.⁶⁹⁾ Vielmehr hatte sie sich, unter Berufung auf das Programm der Widerstandsbewegung und mit Zustimmung beider Arbeiterparteien, als aktives Element im Kampf um die gesellschaftliche Neu-

ordnung Frankreichs begriffen und zu allen Grundproblemen der gesellschaftlichen Entwicklung Stellung genommen. Deshalb mußte sich die zwischen den politischen Organisationen der Arbeiterklasse auftauchenden strategischen Differenzen auch innerhalb der CGT widerspiegeln. Die innere Entwicklung der CGT war damit unmittelbar an das Verhältnis von Kommunisten und Sozialisten geknüpft.

1.2.3.3 Kommunisten und Sozialisten nach der Befreiung

Die Beziehungen zwischen den beiden Arbeiterparteien hatten sich nach den Auseinandersetzungen um die Volksfront und den sich daran anschließenden Ereignissen im Widerstand erheblich verbessert. Unmittelbar nach der Befreiung gab es von beiden Seiten aus sogar Versuche zu einer organisatorischen Vereinigung. Im Dezember 1944 war ein paritätisch besetztes "Comité permanent d'entente" geschaffen worden mit dem Auftrag, "die Wege einer Vereinigung beider Parteien zu erforschen". Die Gründung einer einheitlichen "französischen Arbeiterpartei" (Parti ouvrier français)⁷⁰⁾ scheiterte jedoch im Laufe des ersten Halbjahres 1945 an tiefgreifenden ideologischen und politischen Meinungsverschiedenheiten.⁷¹⁾ Vor allem Léon Blum, der seit der Parteispaltung 1920, spätestens aber seit dem Scheitern der Volksfront, "geradezu leidenschaftlicher Antikommunist"⁷²⁾ geworden war, setzte seinen ganzen Einfluß in der Sozialistischen Partei gegen die Vereinigung mit den Kommunisten ein. Nachdem der Blum-Flügel schon bei den Kommunalwahlen im April/Mai 1945 die Aufstellung einer einheitlichen "Arbeiterliste" verhindern konnte, mußte das Vereinigungsvorhaben auf dem Kongreß der Sozialisten im August 1945 endgültig aufgegeben werden.⁷³⁾

Grundlegende Meinungsverschiedenheiten zeigten sich immer deutlicher selbst in den elementaren Strategien für den materiellen Wiederaufbau, die freilich eng mit der weltpolitischen Situation und dem Beginn des "Kalten Krieges"

verknüpft waren. Während sich die Kommunisten, unterstützt von der CGT-Mehrheit, für einen möglichst selbständigen Wiederaufbau einsetzten und dazu die Kampagne für die "Produktionsschlacht" organisiert hatten, entschieden sich die Sozialisten, nach anfänglichem Zögern, für die Bemühung um verstärkte amerikanische Wirtschaftshilfe, wie sie schon die britische Labour-Regierung erhalten hatte.⁷⁴⁾

Im Mai 1946 reiste Léon Blum mit dem Vorsitzenden der Planungskommission Jean Monnet nach Washington um US-Außenminister Byrnes und Finanzminister Vinson die Ziele des Fünfjahresplans 1946 - 1950 zu erläutern. Voraussetzungen zum Erreichen dieser Ziele seien: "bedeutend mehr Kohle aus Deutschland oder anderswoher (Frankreich erhielt damals aus den USA monatlich 500.000 Tonnen und aus Deutschland 300.000 Tonnen - weniger als die Hälfte seines tatsächlichen Bedarfs), etwa 1,5 Millionen ausländische Arbeitskräfte und ausländische Kredite in der Höhe von mehreren Milliarden Dollar für den Zeitraum von 1946 - 1950."⁷⁵⁾ Die US-Politiker erklärten, daß sie die gewünschte Hilfe erst nach Entfernung der Kommunisten aus der Regierung, der endgültigen Abkehr Frankreichs von der "Autarkie" zugunsten des "Freihandels" und nach Wiedereinführung "marktwirtschaftlicher Prinzipien" gewähren würden, was im Klartext die vollständige Restauration kapitalistischer Produktionsverhältnisse und Öffnung des französischen Marktes für den Waren- und Kapitalexport des amerikanischen Monopolkapitals bedeutete. Obwohl Blum keine offiziellen Zusagen gab, sollte sein Besuch in Washington den endgültigen "Wendepunkt in Frankreichs Nachkriegspolitik einleiten."⁷⁶⁾

1.2.3.4 Der Ausschluß der Kommunisten aus der Regierung

Infolge der Auseinandersetzungen um die Verfassung der IV. Republik⁷⁷⁾ waren im Jahre 1946 zwei weitere Parlamentswahlen notwendig, bei denen es sich erwies, daß die Sozialisten aufgrund ihres Taktierens immer mehr an Vertrauen in der Arbeiterklasse verloren hatten, während die Kommunisten deutliche Gewinne verzeichneten. Ihr Stimmanteil stieg von 26,1% (Dezember 1945) auf 26,2% (Juni 1946) und erreichte schließlich 28,6% (November 1946) während die Sozialisten von 23,8% über 21,1% zuletzt sogar auf 17,9% zurückfielen.⁷⁸⁾

Diese Entwicklung alarmierte die außen- und militärpolitischen Strategen des US-Imperialismus, die nunmehr entschlossen waren, die sich überall abzeichnenden Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung zum Vehikel ihrer Weltmachtpläne zu machen.

Zur Verhinderung des Übergreifens der sozialistischen Umwälzung in Osteuropa auf die Länder Westeuropas bot die amerikanische Regierung nunmehr umfangreiche wirtschaftliche Unterstützung (Marshall-Plan) denjenigen "freien Völkern (an), die ihre Unabhängigkeit, ihre demokratischen Institutionen und die Menschenrechte gegen totalitäre Pressionen von innen und außen zu wahren suchen."⁷⁹⁾

Sozialisten und Republikaner waren entschlossen, die angebotene amerikanische Wirtschaftshilfe anzunehmen und die daran geknüpften außen- wie innenpolitischen Bedingungen zu akzeptieren. Wie in Belgien (10. März) und Italien (13. Mai) wurden in Frankreich (5. Mai) die kommunistischen Minister von ihren Koalitionspartnern aus der Regierung ausgeschlossen.⁸⁰⁾ Dabei war der unmittelbare Anlaß des Ausschlusses für die Sozialisten äußerst heikel. Am 25. April war in der nationalisierten Automobilfirma Renault ein spontaner Streik ausgebrochen.⁸¹⁾ Die CGT unterstützte die Forderung der Streikenden und kritisierte die Lohnpolitik der Regierung. Die kommunistischen Minister und Parlamentarier solidarisierten sich mit den Gewerkschaftsforderungen und sprachen sich für eine

grundlegende Umorientierung der gesamten Wirtschafts- und Sozialpolitik aus. Die Regierung hielt jedoch mit der Mehrheit der Volksrepublikaner und Sozialisten am bisherigen Kurs mit starren Löhnen und zwangsweisen Preisherabsetzungen fest, die schon Léon Blum wenige Monate zuvor vergeblich hatte durchsetzen wollen. Der inzwischen zum Ministerpräsidenten ernannte Sozialist Paul Ramadier schloß unmittelbar darauf die fünf kommunistischen Minister und zwei sozialistische Kabinettskollegen, die ebenfalls die Lohnpolitik der Regierungsmehrheit kritisiert hatten⁸²⁾ aus der Regierung aus.

1.2.3.5 Die Spaltung der CGT

Die CGT-Mehrheit war jetzt nicht länger bereit, die Arbeiter zu weiteren materiellen Anstrengungen aufzurufen, die nunmehr überwiegend dem Interesse der privaten Kapitalakkumulation und zur Schaffung allgemeiner Produktions-, Investitions- und Absatzbedingungen für den amerikanischen Kapital- und Warenexport dienen würden. Ohnehin hatte sie die "Produktionsschlacht" nur unterstützt, soweit sie zur Befriedigung der Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung notwendig war. Schon 1946 hatte Benoit Frachon auf dem 26. Kongreß der CGT erklärt: "Wenn wir für die Arbeiterklasse mehr Nahrungsmittel, mehr Kleidung, Schuhe, Haushaltsgegenstände und Wohnungen fordern, dann kann das Problem nicht allein durch die Erhöhung der Löhne gelöst werden. Es hängt in erster Linie von der Menge der Waren, die für den Konsum hergestellt werden und vom Tempo des Wiederaufbaus ab. Heißt das, daß wir glauben, es genüge die Produktion zu erhöhen, damit die Arbeiterklasse ihren Anteil erhält? Wir sind nicht so naiv, wir wissen sehr wohl, daß wir noch im Kapitalismus und nicht im Sozialismus sind. In dem Maße, wie die Produktion von Konsumgütern erhöht wird, müssen wir eingreifen, damit sich die Lage der Arbeiterklasse verbessert und das werden wir tun, wie

wir es immer getan haben. Die Gewerkschaften sind da, um diese Aufgabe zu erfüllen.⁸³⁾

Trotz des anhaltenden Energiemangels waren die Erfolge der "Produktionsschlacht" bemerkenswert. Schon 1947 wurde in den meisten Industriezweigen das Produktionsvolumen von 1938 erreicht. Allerdings war hierzu, infolge der Zerstörung der Produktionsanlagen, ein weitaus höherer Arbeitseinsatz erforderlich. Seit 1945 galt zwar offiziell die 40-Stundenwoche, eine der größten Errungenschaften der Volksfront, als "Normalarbeitszeit", tatsächlich wurde aber in der Industrie durchschnittlich über 48 Stunden gearbeitet. Ab 1946 wurde deshalb für die 41. - 48. Wochenstunde ein Zuschlag von 25%, darüberhinaus von 50% gewährt.⁸⁴⁾

Die Lohnhöhe wurde nach Verhandlungen zwischen Gewerkschaften, Unternehmerverbänden und Staat vom Arbeitsminister Ambroise Croizat (ehemals CGT) auf dem Verordnungswege festgesetzt, wobei das Streikrecht verfassungsmäßig garantiert, jede Form der Aussperrung jedoch verboten war.⁸⁵⁾ Durch dieses zentralisierte Verfahren, das sich aus der unmittelbaren Notsituation des Wiederaufbaus ergab, ist es immerhin gelungen, eine einheitliche Lohnskala für alle Berufe zu schaffen und damit zahlreiche willkürliche Lohndifferenzierungen zwischen den verschiedenen Gewerbebezügen, den einzelnen Regionen und den unterschiedlichen Qualifikationsstufen, vor allem aber in der Bezahlung von Männer- und Frauenarbeit abzubauen. Trotz der zum Teil drastischen Lohnerhöhungen, blieb die Entwicklung der Reallöhne jedoch infolge der schwer kontrollierbaren Einzelhandelspreise und des noch immer blühenden "schwarzen Marktes" hinter der allgemeinen Produktionsentwicklung zurück. Einschließlich der Familienzulagen erreichte die Kaufkraft eines durchschnittlichen Arbeitermonatslohnes in der Industrie Ende 1946 nur rund 80% des Niveaus von 1938,⁸⁶⁾ ein Wert, der dann aber in der Folgezeit bis mindestens 1949 noch gesenkt wurde.

Als im Herbst 1947 die Preise wiederum sprunghaft anstiegen und sogar die tägliche Brotration pro Kopf von

300 Gramm auf 200 Gramm herabgesetzt wurde,⁸⁷⁾ entlud sich die Enttäuschung der Arbeiterklasse über die gesamte ökonomische und politische Entwicklung der Nachkriegszeit in der ersten und zugleich größten Streikwelle der IV. Republik, die sich zu einer ernststen politischen Krise zuspitzen sollte. Nachdem die neue Regierungskoalition aus Sozialisten, Volksrepublikanern und Radikalen die Forderung der CGT nach einer allgemeinen Lohnerhöhung von 20% bis 25% und einer periodischen Anpassung der Löhne entsprechend dem Einzelhandelspreisindex (gleitende Lohnskala) abgelehnt hatte, kam es im November 1947 innerhalb des Bundeskomitees der CGT zu heftigen Auseinandersetzungen.⁸⁸⁾ Die kommunistischen "Unitaires" hatten, um dem Vorwurf der permanenten Majorisierung der "Confédérés" in den offiziellen Organen der CGT zu entgehen, vorgeschlagen, eine Befragung der Basis in den Betrieben der wichtigsten Wirtschaftszweige vorzunehmen und zwar nicht nur der Gewerkschaftsmitglieder sondern aller Arbeiter. Dabei sollte über die konkreten Forderungen der Arbeiter und die spezifischen Kampfmaßnahmen des jeweiligen Bereiches entschieden werden. Dahinter stand die Absicht, in den Betrieben eine umfassende Diskussion der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung, den Marshall-Plan und die gesamte politische Entwicklung des Landes einzuleiten.

Die seit Anfang 1947 als "Freunde von Force Ouvrière" zusammengeschlossene Fraktion der "Confédérés" widersetzte sich dem geplanten Vorhaben mit dem Argument, die Befragung von Nichtmitgliedern laufe allen gewerkschaftlichen Traditionen zuwider. Das Bundeskomitee entschied sich mit 857 gegen 101 Stimmen für den Vorschlag der "Unitaires".⁸⁹⁾ Ähnlich eindeutig endete die Abstimmung über den Marshall-Plan. Die F O -Fraktion war der Auffassung, daß die ausländische Wirtschaftshilfe nicht in jedem Fall die nationale Souveränität einschränke und "begrüßte in diesem Sinne als nützlich, insbesondere die amerikanische Hilfe an Frankreich."⁹⁰⁾ Die CGT-Mehrheit erklärte in ihrem Resolutionsentwurf dagegen:

"Der wichtigste Faktor unseres Wiederaufstiegs besteht in der Steigerung der Produktion unseres Landes, in der Nutzung unserer nationalen Ressourcen, in der Verwirklichung derjenigen ökonomischen und politischen Bedingungen, die geeignet sind, die Begeisterung der Volksmassen und insbesondere der Arbeiter für die Realisierung erstrebenswerter Ziele hervorzurufen. Das nationale Bundeskomitee beschließt daher, den Plan der wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft, den Marshall-Plan, zu bekämpfen ... und protestiert energisch gegen die Entscheidung der Regierung, die Verträge am 15. November zu unterzeichnen."⁹¹⁾ Dieser Entwurf wurde mit 857 gegen 127 Stimmen angenommen.

Trotz der eindeutigen Niederlage weigerten sich die FO-Anhänger, diese Beschlüsse zu akzeptieren und es gelang ihnen, die Befragungen in einigen kleineren Einzelgewerkschaften und Regional-Unionen zu verhindern.

In den wichtigsten Sektoren blieben sie jedoch deutlich in der Minderheit, so daß die Befragungen unverzüglich durchgeführt werden konnten. Zunächst legten die Bergarbeiter der Nordregion, die Metallarbeiter der Pariser Region, die Volksschullehrer, die Postbediensteten und die Eisenbahner die Arbeit nieder; binnen einer Woche schlossen sich ihnen zahlreiche weitere Einzelgewerkschaften an. Am 22. November zählte man etwa 700.000 Streikende, am 27. November rund 2 Millionen, nur in wenigen der befragten Großbetriebe, so z.B. bei Citroen wurde der Streik mit Mehrheit abgelehnt.⁹²⁾

Am 27. November konstituierte sich ein "nationales Streikkomitee", an dem sich 20 Einzelgewerkschaften beteiligten (darunter die Metallarbeiter, die Bergarbeiter, die Bauarbeiter, die Post, die Eisenbahner, die Chemiarbeiter, die Textilarbeiter, die Docker usw.). Das Streikkomitee stellte folgende Forderung:

- 25 Prozent Lohnerhöhung;
- Mindestlohn F 10.000.--;
- Gleitende Lohnskala.

Die schon während der ersten Streikwoche nach rechts erweiterte Regierungskoalition unter dem neuen volksrepublikanischen Ministerpräsidenten Robert Schumann lehnte in ihrer Mehrheit die Forderungen des Streikkomitees pauschal ab. Gleichzeitig versuchte jedoch der sozialistische Arbeitsminister Daniel Meyer, mit dem Force Ouvrière-Flügel der CGT einen Kompromiß auszuhandeln.⁹³⁾ Während die Regierung an zahlreichen Orten Polizei und Militär gegen Streikende einsetzte und verschiedene Verordnungen zur Einschränkung des Streikrechts erließ, Reservisten einberief und dabei der Gegensatz von Regierung und Streikkomitee seinen Höhepunkt erreichte, verhandelte Jouhaux mit dem Arbeitsminister und Vertretern des Unternehmensverbandes (CNPF). Gleichzeitig begann die Streikfront an verschiedenen Stellen zu brechen (zuerst bei der Pariser Métro, den Verwaltungsangestellten und den Volksschullehrern). Der Kern der Streikbewegung in den Großbetrieben in der Metallindustrie und im Bergbau hielt jedoch unverändert durch, obwohl sich bei den Arbeitern der Verdienstausfall und das Fehlen von Streikkassen besonders hart bemerkbar machte. Am 8. Dezember bot die Regierung eine lineare Inflationsausgleichszulage von monatlich 1.500 F und statt der gleitenden Lohnskala die Bildung einer Kommission zur Überwachung der weiteren Lohn- und Preisentwicklung an.⁹⁴⁾ Das Streikkomitee wies den Kompromißvorschlag zurück. Jouhaux rief dagegen im Namen der Anhänger von Force Ouvrière im Rundfunk zur Annahme des Vorschlags und zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. In den Betrieben wuchs die Unsicherheit über den weiteren Fortgang des Streiks sichtlich, zumal in der bürgerlichen Presse zahlreiche Gerüchte über einen bevorstehenden Umsturzversuch von links oder auch von rechts verbreitet wurden. Nach einem weitergehenden Angebot der Regierung fanden sich in den meisten Betrieben zwar immer noch Mehrheiten für die Fortführung des Streiks, die Zahl der Streikunwilligen stieg jedoch deutlich an. Nach heftigen Debatten sprach sich das nationale Streikkomitee am späten Abend des 9. Dezember für den Abbruch des Streiks

aus.⁹⁵⁾

Die erzielten Lohnerhöhungen von 22% - 24% reichten keineswegs aus, um den Kaufkraftverlust der Reallöhne, der schon im Herbst bei über 25% gelegen hatte, auch nur annähernd auszugleichen.

Die Bewegung endete damit in einer Niederlage, die umso schwerwiegender war, als sie die endgültige Spaltung der CGT mit sich brachte. Während die CGT-Mehrheit von "Verrätern" sprach, bezeichnete die F O -Fraktion die Führer des Streikkomitees als "Abenteurer" oder gar als "sowjetische Agenten".⁹⁶⁾ Die am 18. Dezember einberufene nationale Konferenz der "Freunde von Force-Ouvrière" vollzog nun auch formal die faktisch bestehende Spaltung der CGT. Am folgenden Tag schieden Jouhaux und seine Freunde im Bundesbüro offiziell aus der CGT aus. Sie beschlossen, einen selbständigen Gewerkschaftsbund zu gründen und riefen ihre Anhänger in den Einzelgewerkschaften und den Regional-Unionen ebenfalls zum Austritt aus der CGT auf.⁹⁷⁾

1.3 Die Gewerkschaften in der Phase der kapitalistischen Restauration (1948 - 1958)

Mit dem Ausschluß der Kommunisten aus der Nachkriegskoalition und der erneuten Spaltung der Gewerkschaftsbewegung endete im Jahre 1947 die Periode des labilen Klassengleichgewichts, die sich unmittelbar nach der Befreiung aus der führenden Rolle der Arbeiterklasse im Widerstand und beim gesellschaftlichen Neuaufbau ergeben hatte. Zwar stieß die mit US-amerikanischen Finanzmitteln vorangetriebene Restauration der kapitalistischen Produktions- und Herrschaftsverhältnisse auch im folgenden Jahrzehnt noch auf den manchmal heftigen Widerstand großer Teile der Arbeiterklasse, insgesamt befand sich diese jedoch eindeutig in der Defensive. Innerhalb des neuen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses waren die Gewerkschaften gezwungen, sich nunmehr weitgehend auf den Kampf gegen

die unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen spontan stets wirkende Tendenz zur Verschlechterung der materiellen und "moralischen" Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu konzentrieren, ohne daß sie auch in dieser Phase insgesamt auf ihr Emanzipationsziel, die Überwindung des Kapitalismus verzichtet hätten.

Die Phase der Restauration (im engeren Sinne) reicht in Frankreich von etwa 1948 bis 1958; sie war durch folgende Hauptmerkmale gekennzeichnet:

- rasches Wachstum der Produktion, bei weitgehender Restauration der aus der ersten Jahrhunderthälfte überkommenen Kapitalstrukturen mit ihrem relativ niedrigen Konzentrationsgrad auf der Basis einer überwiegend konventionellen Produktionstechnik;
- Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses der Klassen zugunsten des Kapitals, wobei aber die ökonomische und politische Macht der Arbeiterbewegung noch keineswegs gebrochen war;
- Beibehaltung der klassischen, liberal-demokratischen Herrschaftsform des Bürgertums, der parlamentarischen Demokratie;
- Zusammenbruch des überkommenen Kolonialreichs und weitere Unterordnung Frankreichs im System des amerikanisch dominierten Imperialismus.

Ähnlich wie in der BRD war auch in Frankreich das niedrige Realloohnniveau eine der entscheidenden Ursachen für die als "Wirtschaftswunder" bezeichnete Phase ungewöhnlich starken ökonomischen Wachstums in den 50er Jahren. Hierzu nur einige charakteristische globale Daten.⁹⁸⁾ Schon 1949 erreichte das reale gesellschaftliche Gesamtprodukt fast genau das Volumen des Jahres 1938, während die reale Kaufkraft des durchschnittlichen Arbeiterstundenlohnes in der Industrie das Niveau von 1938 erst in den Jahren 1956 - 1958 erlangen konnte, als das Gesamtprodukt schon um weit mehr als 50% gestiegen war.

Entsprechend war in den 50er Jahren der Akkumulationsfonds gegenüber den 30er Jahren sprunghaft angestiegen. Die "Bruttoinvestitionsrate", die 1938 mit etwa 12% kaum zur einfachen Reproduktion des Produktionsvolumens ausgereicht hatte, war in den 50er Jahren auf durchschnittlich 17% gesteigert worden. Allerdings belasteten die durch den Beitritt zur NATO und die Kolonialkriege in Indochina und Nordafrika gigantisch gestiegenen Militärausgaben, trotz erheblicher amerikanischer "Unterstützung", in wachsendem Maße die reale Kapitalakkumulation, so daß Frankreich schon ein Jahrzehnt nach dem 2. Weltkrieg erneut ökonomisch hinter den nunmehr auf die Bundesrepublik beschränkten deutschen Imperialismus zurückzufallen drohte. Die ökonomisch-finanzielle und militärische Krise des französischen Imperialismus in der zweiten Hälfte der 50er Jahre fiel zeitlich zusammen mit dem Beginn einer neuen Etappe der Kapitalentwicklung auf nationaler und vor allem auf internationaler Ebene. Der weltweite Gegensatz von Kapitalismus und Sozialismus, der im "Kalten Krieg" (und in verschiedenen, wenngleich regional begrenzten "Heißen Kriegen") einen Höhepunkt erreicht hatte, drängte die inner-imperialistischen Widersprüche vorübergehend in den Hintergrund. Gegen die Ausbreitung des Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegungen wurden überall in der Welt imperialistische Militärbündnisse geschlossen, die vor allem seit dem Koreakrieg Anfang der 50er Jahre, zu einem Katalysator der ökonomischen Integration und der wissenschaftlich-technischen Entwicklung wurden, insbesondere in den mit der Rüstungsproduktion eng verknüpften Sektoren der Industrie und der Energiewirtschaft. In Westeuropa drängten diese Tendenzen immer stärker zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes, in dessen Rahmen die westeuropäischen Großkonzerne hofften, die Vorherrschaft des US-Kapitals langfristig brechen zu können.⁹⁹⁾

Für die französische Monopole, die in diesem neuen größeren Markt offen die Hegemonie anstrebten, ergab sich daraus die Notwendigkeit einer raschen Umwälzung der

materiell-technischen Produktionsbasis und einer beschleunigten Konzentration und Zentralisation des Kapitals, was eine weitere Steigerung der Akkumulationsrate und eine verstärkte Zentralisation der politischen Macht zur Voraussetzung hatte.

So führte die durch den Algerien-Krieg verursachte tiefe Finanzkrise im Jahre 1958 sehr rasch zu einer Krise des gesamten politisch-ökonomischen Systems der IV. Republik, und endete in der Errichtung des autoritären "Regimes der persönlichen Macht" de Gaulles im allgemeinen Interesse des Monopolkapitals.¹⁰⁰⁾ Gegen diese, vom Standpunkt des Kapitals notwendige Entwicklung, vermochte die durch Spaltung und Antikommunismus geschwächte Arbeiterklasse letztlich keinen hinreichenden Widerstand zu leisten, so daß der Mai 1958 als folgerichtige Fortsetzung der Niederlage von 1947 erscheint.

In der gesamten Restaurationsphase lassen sich deutlich zwei Etappen des Klassenkampfes unterscheiden, die im großen und ganzen mit zwei Zyklen der Kapitalakkumulation (1949-53/1954-58) zusammenfallen. In der ersten Etappe, die noch völlig im Zeichen des ökonomischen Wiederaufbaus und des "Kalten Krieges" stand, spiegeln sich die internationalen Widersprüche in allen Formen und allen Ebenen der Klassenauseinandersetzungen. Auch für die Gewerkschaftsbewegung erwiesen sich ökonomische und soziale Probleme als unmittelbar verknüpft mit den Problemen der internationalen Politik. Erst in der zweiten Etappe begannen nationale Besonderheiten der ökonomischen und politischen Entwicklung Frankreichs stärker in den Vordergrund zu treten. Insofern kann die erste Etappe bis 1953 noch als unmittelbare Fortsetzung der sich seit 1946 abzeichnenden Tendenzen in der Ökonomie (materieller Wiederaufbau unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen) und Politik (Eingliederung in das von den USA dominierte westliche Bündnis) angesehen werden.

Daraus ergibt sich auch, daß die Probleme der Arbeiterbewegung in dieser Etappe im wesentlichen die gleichen sind

wie in der unmittelbaren Nachkriegszeit, wenn sich auch die Bedingungen zu ihrer Lösung seit der Spaltung 1947 erheblich verschlechtert hatten.

1.3.1 Die Etablierung des Gewerkschaftspluralismus

1.3.1.1 Die Gründung der Gewerkschaft Force-Ouvrière (FO)

Im April 1948 fand in Paris der Gründungskongreß des neuen Gewerkschaftsbundes CGT-Force-Ouvrière (FO) statt.¹⁰¹⁾ In den meisten Einzelgewerkschaften war es den FO-Anhängern nur gelungen, Minderheiten zu einem Austritt aus der CGT zu bewegen. Bemerkenswert war vor allem, daß die traditionell reformistisch orientierte Gewerkschaft der Buchdrucker (Livre) insgesamt und selbst die Beamtengewerkschaft in ihrer Mehrheit innerhalb der CGT verblieb. Die zahlenmäßig starke Lehrgewerkschaft entschloß sich dagegen, autonom zu werden; unter dem Namen Fédération d'Education Nationale (FEN) spielt sie seither eine eigenständige Rolle in der französischen Gewerkschaftsbewegung.¹⁰²⁾ Auch die Versuche der FO-Führung, alle auf irgendeine Art antikomunistischen gewerkschaftlichen Splittergruppen (Anarchosyndikalisten, Trotzlisten und selbst gaullistische Gruppen) zu sammeln, scheiterten weitgehend in den ersten Monaten des Jahres 1948 an der ideologischen und sozialen Heterogenität dieser Gruppen. So kam es, daß trotz außerordentlich starker Propaganda der sozialistischen und auch der bürgerlichen Presse, der neue Gewerkschaftsbund mit 800.000 bis 1 Million Mitgliedern nur etwa ein Drittel der Mitgliederstärke der CGT erreichen konnte.¹⁰³⁾ Dieser gemessen an den Erwartungen der FO-Führer relativ bescheidene Erfolg, veranlaßte die FO-Spitze, zunächst eine eher radikale Sprache zu gebrauchen. Um die strategische Parole von Jouhaux ("Wir setzen die CGT fort.") glaubwürdig zu machen, nahm die FO sogar gewisse Elemente der "Charta von Amiens" in ihre Satzung auf, so etwa die Betonung der "absoluten

Unabhängigkeit" von allen politischen Parteien und die Formel vom "Kampf für die Aufhebung von Lohnarbeit und Kapital". Ein Leitartikel der programmatischen Zeitschrift "Force Ouvrière" umriß kurz nach dem Gründungskongreß die strategischen Grundlinien des neuen Gewerkschaftsbundes. Danach setzt sich die FO für die Verbesserung des Lebensstandard der Arbeiter und eine Demokratisierung der Wirtschaft ein, was über ein neues Tarifrecht, die Unternehmenskomitees, die verwirklichten Nationalisierungen und den "nationalen Wirtschaftsrat" erreicht werden sollte.¹⁰⁴⁾ Damit akzeptierte die FO weitgehend die bestehenden sozialen und politischen Institutionen und versuchte innerhalb dieses Rahmens, parallel zur sozialistischen Partei, einen "dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Kommunismus zu definieren.¹⁰⁵⁾

Die Illusion eines solchen "dritten Weges" mußten FO und Sozialisten in der Folgezeit mit einem fortschreitenden Verfall ihres gewerkschaftlichen bzw. politischen Einflusses in der Arbeiterklasse bezahlen. Seit den 50er Jahren fiel der sozialdemokratische (FO-)Flügel der französischen Gewerkschaftsbewegung sowohl zahlenmäßig als auch praktisch-politisch und ideologisch nach und nach selbst hinter dem christlichen Gewerkschaftsbund CFTC zurück. Dies war freilich nicht zuletzt das Ergebnis eines zwar langsamen aber stetigen Wandels innerhalb der CFTC seit der Résistance.

1.3.1.2 Entkonfessionalisierungstendenzen in der CFTC

Während die Mehrheit der älteren CFTC-Funktionäre auch in der Nachkriegszeit an der 1945 noch einmal bestätigten Doktrin der päpstlichen Sozialenzykliken festhielt und auf der obersten Funktionärebene regelmäßige Kontakte zum hohen Klerus bestanden,¹⁰⁶⁾ entwickelte sich an der Basis eine Opposition junger Gewerkschafter aus der christlichen Arbeiterjugendbewegung, deren Kampferfahrung vor

allem vom Erlebnis der solidarischen Aktionen des Widerstandes geprägt war. Dieser Gruppe, die sich um die Zeitschrift "Reconstruction"¹⁰⁷⁾ organisiert hatte, gelang es schon 1946 die engen Verbindungen der CFTC zu den Volksrepublikanern (MRP) zu lockern und auf dem Kongreß 1947 eine Statutenänderung durchzusetzen, in der jeder direkte Bezug auf die päpstlichen Sozialenzykliken fehlt. 1948 konnte die "Reconstruction"-Gruppe drei Vertreter in das Bundesbüro (Vorstand) der CFTC entsenden, darunter den Vorsitzenden des christlichen Lehrerverbandes Paul Vignaux, der als Vorkämpfer der neuen Richtung innerhalb der CFTC anzusehen ist und der jüngere Gewerkschafter wie Descamp, Declercq, Bonéty, Maire, Detraz u.a., die Führer der späteren CFDT, entscheidend beeinflußt hat.¹⁰⁸⁾

Die Entkonfessionalisierungstendenz in der CFTC war begleitet von einer Hinwendung zur Vertretung der unmittelbaren und konkreten Interessen der Arbeiter und einer positiven Einstellung zum Streik, als dem entscheidenden Kampfinstrument der Gewerkschaftsbewegung. Damit hatten sich innerhalb der CFTC die Voraussetzungen für künftige Aktionseinheiten mit den anderen Gewerkschaften gegenüber der Vorkriegsphase deutlich verbessert. Hinzu kam, daß die CFTC aufgrund ihrer eigenständigen Entwicklung nicht im gleichen Maße von einem militanten Antikommunismus geprägt war wie zumindest die Führung der FO, so daß sie sich in der Folgezeit, wenn auch bei grundsätzlicher Bevorzugung der FO, durchaus zu gemeinsamen Aktionen mit der CGT bereitfand und verschiedentlich sogar als vermittelndes Element zwischen den beiden "freien" Gewerkschaften fungierte.

1.3.1.3 Die Position der CGT unmittelbar nach der Spaltung und die Streiks 1948

Nach dem Austritt der FO-Anhänger bemühte sich die CGT, ihre seit 1946 eingeschlagene Linie der unmittelbaren Einheit von ökonomischem und politischem Kampf fortzusetzen, die sich aus der direkten Verantwortung der Regierung für das gesamte Lohnniveau ergeben hatte. Der Ausschluß der Kommunisten aus der Regierung und die volle Unterstützung des Marshallplans durch die Sozialisten brachte die CGT in eine prinzipielle Opposition zur Regierung, eine Position, die auch von den verbliebenen nicht-kommunistischen Mitgliedern des Bundesbüros und ihren Anhängern in den Einzelgewerkschaften (Saillant, Ehni, Le Léap, Le Brun usw.) voll unterstützt wurde. Diese Gruppe hatte ebenso heftig wie ihre kommunistischen Kollegen gegen die Spaltung der CGT gekämpft¹⁰⁹⁾ und sie setzte sich nun auch besonders stark für die Aktionseinheit aller Arbeiter an der Basis ein.

Nach dem partiellen Scheitern der November-Streiks 1947 hatte sich die soziale Lage der Arbeiter infolge der unvermindert hohen Inflationsrate (1948 insgesamt 60%) weiter verschlechtert, so daß auch das Jahr 1948 durch umfangreiche Streikaktionen gekennzeichnet war. Schon im Februar 1948 forderte die CGT allgemeine Lohnerhöhungen von mindestens 20% und erneut die Einführung der "gleitenden Lohnskala" zur Sicherung des Reallohnlevels sowie eine Revision der Lohnzonen.¹¹⁰⁾ Die Regierung versuchte zunächst die Forderungen der CGT zu ignorieren und versprach eine Politik der Preissenkung. Dabei stützte sie sich auf die beiden Gewerkschaften FO und CFTC, die sich zu einem "Kartell für die Preissenkung" zusammengeslossen hatten und diese Politik durch den Verzicht auf Lohnforderungen zu verwirklichen hofften.¹¹¹⁾ Nach wenigen Monaten war das Scheitern dieser Strategie offenkundig geworden. Daraufhin entwickelten sich die Lohnkämpfe zunächst in fast allen Sektoren mit starkem CGT-Einfluß. Von April bis September riß die Kette von Streiks kaum

noch ab,¹¹²⁾ in zahlreichen Fällen schlossen sich CFTC-Basisorganisationen, trotz des heftigen Protestes der FO, die der CFTC "doppeltes Spiel" vorwarf, den von der CGT ausgerufenen Streikaktionen an. Ihren Höhepunkt erreichte die Streikwelle im Oktober und November 1948, als zu den Einzelaktionen in zahlreichen Betrieben nationale Streiks der Docker, der Postbediensteten, der Eisenbahner und der Bergarbeiter hinzukamen. Im allgemeinen führten diese Streiks infolge der Gewerkschaftsspaltung unmittelbar nur zu Teilerfolgen.

Die strategische Nebenabsicht der CGT war es jedoch gewesen, durch massive Aktionen in einzelnen Sektoren und Regionen die immer noch weit verbreitete Unzufriedenheit der Arbeitermassen mit ihrer sozialen Lage zu gemeinsamen Aktionen über die Gewerkschaftsgrenzen hinweg zu nutzen. In stärkerem Maße gelang dies zwar nur dort, wo die CFTC über einen gewissen Einfluß verfügte, weniger in den Zentren des FO-Einflusses, im öffentlichen Dienst und bei den Beamten. Der Erfolg dieser Strategie war aber immerhin so groß, daß auch die beiden Zentralen der FO und der CFTC im September 1948 ihre Preissenkungsstrategie aufgeben mußten und ebenfalls Lohnforderungen anmeldeten. Wenig später schieden sie auch aus dem nationalen Preiskomitee aus.¹¹³⁾

1.3.2 Der Kampf um die Tariffreiheit

Die Rückkehr zur kapitalistischen "Normalität", die im Rahmen des ersten Wirtschaftsplanes mit Hilfe der Marshall-Kredite in den Jahren 1948 - 1953 durch die schrittweise Wiedereinführung "marktwirtschaftlicher Prinzipien" erfolgte, mußte auch eine Veränderung in der Strategie der Gewerkschaften nach sich ziehen. Vor allem galt es nun, die sozialpolitischen Errungenschaften der unmittelbaren Nachkriegsperiode (Nationalisierungsstatut, Sozialversicherung, Familienbeihilfen usw.) gegen die "Liberalisierung" der Wirtschaft zu verteidigen und angesichts

des völlig unkontrollierten Preisanstiegs endlich wieder die volle Tariffreiheit durchzusetzen.¹¹⁴⁾ Die Streikbewegungen der Jahre 1947 und 1948 hatten bewiesen, daß die Regierung entschlossen war, die ökonomischen Forderungen der Arbeiter zugunsten des kapitalistischen Profits und der Akkumulation zurückzuweisen und daß die gespaltene Gewerkschaftsbewegung nicht in der Lage war, diesen Willen auf der globalen Ebene zu brechen. Seit 1948 forderten daher alle Gewerkschaftszentralen die Tariffreiheit für Lohnvereinbarungen mit den Unternehmerverbänden, in der strategischen Absicht, wenigstens in Sektoren mit relativ hohem gewerkschaftlichen Organisationsgrad materielle Verbesserungen für die Arbeiterklasse zu erreichen und diese dann schrittweise auf die übrigen Sektoren zu übertragen. Am 12. April 1949 wurde von den Gewerkschaften CGT, CFTC und CGC gemeinsam ein "Aktionstag für die Tariffreiheit" mit Arbeitsniederlegungen, Betriebsversammlungen und Protestdemonstrationen organisiert, an dem trotz der Weigerung der FO-Führung, sich an gemeinsamen Aktionen mit der CGT zu beteiligen, auch zahlreiche Basisorganisationen und Sympathisanten der FO teilnahmen.¹¹⁵⁾ Die Regierung war ihrerseits bestrebt, den Lohnauseinandersetzungen durch eine gewisse "Entglobalisierung" den unmittelbar politischen Charakter zu nehmen, den sie in der Vergangenheit notwendig annehmen mußte. In dieser Zielsetzung wurde sie auch von der CFTC und vor allem von der FO unterstützt, die darin eine wesentliche Voraussetzung sahen, für die Trennung von ökonomischem Kampf, den sie als Gewerkschaften akzeptierten und politischem Kampf, den sie ablehnten.

Im Februar 1950 wurde daher ein neues Tarifgesetz¹¹⁶⁾ verabschiedet, als dessen wichtigste Momente die Verhandlungsfreiheit für Lohnvereinbarungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften, die Freigabe der Verhandlungsebenen (lokal, regional, national und, obgleich nicht ausdrücklich erwähnt, auch der Unternehmensebene) sowie die Ausdehnung der Tariffreiheit auf alle Bereiche des Wirtschaftslebens einschließlich Landwirtschaft und öffentlichen Dienst

(für die nationalisierten Unternehmen gelten aufgrund ihrer jeweiligen Personalstatuten Sonderbedingungen¹¹⁷⁾) zu nennen sind. In Lohnfragen behielt die Regierung jedoch das Recht zur Festsetzung eines "garantierten überberuflichen Mindestlohnes" (Salaire minimum interprofessionnel garanti - SMIG). Trotz dieses Gesetzes konnte sich das Tarifvertragswesen in Frankreich nur sehr zögernd durchsetzen.¹¹⁸⁾ Unmittelbar nach seiner Verabschiedung begann in vielen Wirtschaftssektoren eine Welle von Verhandlungen und Streiks um den Abschluß neuer Lohntarife. Insbesondere im Metallbereich führten die Streiks nach wochenlangen Auseinandersetzungen in vielen Betrieben zu effektiven Lohnerhöhungen bis zu 20%, aber das von allen Gewerkschaften gemeinsam angestrebte Ziel eines nationalen oder auch nur regionalen Tarifvertrages für die Metallarbeiter scheiterte am Widerstand des Unternehmenverbandes der Metallindustrie.¹¹⁹⁾ Die erkämpften Lohnerhöhungen waren in der Regel einseitige Zugeständnisse der Unternehmer, die nicht den Kriterien des eben erst beschlossenen Tarifgesetzes entsprachen. Dieser Tatbestand blieb charakteristisch für die sozialökonomische Gesamtsituation der Arbeiterklasse in dieser Periode. Es gelang nur in wenigen Sektoren, wirklich verbindliche Tarifverträge auf nationaler oder auch nur regionaler Ebene durchzusetzen. In der Regel konnten die erkämpften materiellen Verbesserungen nicht tariflich fixiert werden, so daß der Effektivlohn der Arbeiter nur selten durch ein branchenspezifisches Minimum abgesichert war. Diese letzte Absicherungsfunktion gegen eine Lohnsenkung blieb damit dem Mindestlohn SMIG vorbehalten. Der Kampf um die Festsetzung des SMIG war daher von wesentlicher Bedeutung und zwar nicht nur allein für die immer noch zahlreichen Mindestlohnempfänger (Smigards)¹²⁰⁾, sondern auch für die übrigen angelernten (OS) und gelernten Arbeiter (OP), deren Entlohnung sich bei tariflosem Zustand zumeist nach der noch aus der Zeit vor 1950 stammenden einheitlichen Lohnskala richtete, die für die verschiedenen Qualifikationsstufen bestimmte Koeffizienten enthielt (z.B. ange-

lernte Arbeiter, zweite Stufe = 150) mit denen der Mindestlohn (SMIG = 100) multipliziert wurde. Der Kampf um den SMIG und seine reale Kaufkraft war also von Bedeutung für die gesamte Arbeiterklasse, obwohl sich viele Arbeiter aufgrund der manchmal komplizierten Vermittlung ihres effektiven Lohnniveaus mit dem gesetzlichen Mindestlohn, darüber nicht hinreichend im klaren waren. Deshalb konnte sich bei der Festsetzung des SMIG die Unternehmerkonzeption eines physischen Minimums gegen die gewerkschaftliche Konzeption eines sozialen Minimums weitgehend durchsetzen.¹²¹⁾ Andererseits gelang es den Gewerkschaften 1952, den SMIG mit dem offiziellen Lebenshaltungskostenindex zu verknüpfen, so daß wenigstens das Prinzip einer Sicherung des realen Mindestlohns durch die "gleitende Lohnskala" von der Regierung akzeptiert worden war.

1.3.3 Die politischen Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes im ersten Abschnitt der Restaurationsphase (1949 - 1953)

Die Herausbildung und Festigung der Gewerkschaftsspaltung seit 1947/48 erschwerte auf politischem mehr noch als auf ökonomischem Gebiet jede Form gewerkschaftlicher Aktionseinheit. FO und CFTC befürworteten im Prinzip die Politik der militärischen und ökonomischen Integration der kapitalistischen Länder (NATO, Montan-Union, später EWG) und sie akzeptierten, zumeist stillschweigend, den imperialistischen Krieg Frankreichs gegen die Völker Indochinas. Sie weigerten sich daher auch den unmittelbaren Zusammenhang von fortschreitender Militarisierung der Wirtschaft, wachsender Staatsschuld und Inflation mit der ständigen Gefährdung des Reallohnlevels der Arbeiterklasse und der Aushöhlung der demokratischen Rechte des Volkes anzuerkennen.¹²²⁾ Dies änderte sich, wenn auch nur in bescheidenem Maße, nach den Parlamentswahlen von 1951, die den bisherigen Regierungsparteien, vor allem Sozialisten und Volksrepublikanern, eine verheerende Niederlage gebracht

hatten.¹²³⁾ Auch die Regierungskoalitionen verschoben sich damit zunächst noch einmal weiter nach rechts; bis kurz vor Ende der Legislaturperiode 1956 blieben die Sozialisten von der Regierung ausgeschlossen, was es vor allem der FO erleichterte, wenigstens die offen reaktionäre Wirtschafts- und Sozialpolitik der konservativen Ministerpräsidenten A. Pinay und J. Laniel und des Radikalen R. Mayer, die von der gaullistischen Rechten unterstützt worden waren, zu kritisieren.

Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges und der antikommunistischen Hetze während der Amtszeit von A. Pinay 1952/1953 waren mehrere führende CGT-Vertreter, darunter die beiden Generalsekretäre B. Frachon und A. Le Léap, wegen verschiedener Artikel in CGT-Organen, die sich gegen Militarisierung und Kolonialismus gerichtet hatten, verhaftet worden, ohne daß die beiden anderen Zentralen nennenswerten Protest erhoben hätten.¹²⁵⁾ Erst das sogenannte Sparprogramm und die offene Rezessionspolitik stießen auf eindeutige Ablehnung aller Gewerkschaften. Die zaghafte Politisierung von CFTC und FO wurde fortgesetzt, als unter dem radikalsozialistischen Ministerpräsidenten R. Mayer eine Reihe von Dekreten erlassen worden waren, die darauf abzielten, das Statut der nationalisierten Unternehmen zu Ungunsten der Arbeitnehmer in den Leitungs- und Aufsichtsgremien zu verändern¹²⁶⁾ und sie erreichte einen gewissen Höhepunkt und zugleich Wendepunkt im August 1953, als der konservative Ministerpräsident J. Laniel nach einer längeren Regierungskrise vom Parlament Sondervollmachten zur Überwindung der von Pinay und Mayer geförderten "Rezession" erhielt, die er dazu nutzte, die Rentenansprüche der Beamten und der Beschäftigten des nationalisierten Sektors zu beschränken und "Personaleinsparungen" im öffentlichen Dienst vorzunehmen.¹²⁷⁾

Gegen diese "Logik" des Profitsystems, die in allen Phasen des industriellen Zyklus das Heil des Kapitals in der Kürzung von Sozialausgaben, Senkung der Reallöhne, Erhöhung der Massensteuern oder Steigerung der Arbeitslosigkeit

keit sieht, richtete sich der Anfang August 1953 von den drei Gewerkschaften gleichzeitig, wenn auch nicht gemeinsam, ausgerufene Streik im öffentlichen Dienst und im nationalisierten Wirtschaftssektor, der rasch auch auf andere Sektoren übergriff und immer mehr den Charakter eines ökonomisch-politischen Generalstreiks annahm. Mitte August waren rund 4 Millionen Lohnabhängige im Ausstand.¹²⁸⁾ Zu den wichtigsten Forderungen gehörten:

- Zurücknahme der unsozialen "Spar"maßnahmen;
- höhere Löhne;
- eine neue Sozial- und Wirtschaftspolitik;
- Beendigung des Indochina-Krieges;
- Ablehnung der Wiederaufrüstung Westdeutschlands durch die sogenannte Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG).

Rund 200 Abgeordnete verlangten die Einberufung einer Sondersitzung des Parlaments, Kommunisten und ein Teil der Sozialisten forderten den sofortigen Rücktritt der Regierung. Als die Zahl der Streikenden weiter anstieg, befürchtete die FO, die zu Beginn des Streiks, infolge ihrer relativ starken Position im öffentlichen Dienst, eine wichtige Rolle gespielt hatte, eine weitere Politisierung der Streikbewegung und die Entstehung eines "Volksfrontklimas". Sie bemühte sich nunmehr, gemeinsam mit Vertretern der Mehrheitsrichtung in der CFTC, in geheimen Verhandlungen mit der Regierung um einen Kompromiß zum Abbruch des Streiks.¹²⁹⁾ Am 21. August verkündete die Regierung weitgehende Zugeständnisse hinsichtlich der ursprünglich vorgesehenen Dekrete, lehnte aber die inzwischen überwiegend von der CGT getragenen weitergehenden Forderungen rundweg ab. Noch am gleichen Tage riefen FO- und CFTC-Führung zur Beendigung des Streiks auf. Lediglich die CGT führte den Streik in einzelnen Sektoren noch bis Anfang September fort und konnte nicht unerhebliche Lohn-erhöhungen erreichen.¹³⁰⁾ Wie in den Jahren 1947 und 1948 war jedoch auch diesmal der Elan einer Massenstreikbewegung durch geheime Verhandlungen zwischen Gewerkschafts-

vertretern und Regierung gebrochen worden. Anders als damals hatte diese Kollaborations-Taktik 1953 jedoch die Entstehung bzw. Stärkung einer Opposition gegen die Führungsspitzen in den beiden reformistischen Gewerkschaften zur Folge. Innerhalb der CFTC zeichnete sich von nun an immer deutlicher eine Tendenz zur Umkehrung der Mehrheitsverhältnisse zugunsten der "Reconstruction-Gruppe" ab und selbst in der FO regte sich Widerstand gegen den militanten Antikommunismus und die CGT-Feindlichkeit der Führungsgremien.¹³¹⁾

1.3.4 Zum Verhältnis der Ökonomie und Politik im zweiten Abschnitt der Restaurationsphase (1954 - 1958)

Der folgende Abschnitt des Klassenkampfes in der Restaurationsphase hat den Akkumulationszyklus von Mitte 1953 bis Mitte 1958 zur realen Grundlage. Im Gegensatz zur unmittelbaren Nachkriegsperiode und zum ersten Abschnitt der Restaurationsphase stehen nun nicht mehr die Probleme des materiellen Wiederaufbaus und der Kampf um seine sozial-ökonomischen und politischen Formen im Vordergrund der Auseinandersetzungen als vielmehr die spezifischen Schwierigkeiten und Widersprüche der erweiterten Reproduktion des Kapitals auf gesellschaftlicher Stufenleiter, wie sie aus den historisch-konkreten Bedingungen der französischen Gesellschaft hervorgegangen sind. Besondere politische Ereignisse, die nicht unmittelbar aus den ökonomischen Verhältnissen abzuleiten sind, wie die militärische Niederlage des französischen Imperialismus in Indochina und der daran anknüpfende Befreiungskampf des algerischen Volkes, haben den konkreten Verlauf der Auseinandersetzungen in diesem Abschnitt stark beeinflusst, die Bewegung des kapitalistischen Krisenzyklus modifiziert und im Zusammenwirken mit den bereits angedeuteten neuen Bedingungen der monopolkapitalistischen Konkurrenz auf internationaler Ebene in den Jahren 1956 bis 1958 die ökonomische-finanzielle Krise und schließlich den politi-

schen Zusammenbruch der IV. Republik hervorgebracht.

Während in den beiden Stagnationsjahren (1952/53) des ersten Zyklus die konservativen Republikaner mit Unterstützung der gesamten Rechten, zur unverhüllten ökonomischen und politischen Repression gegen die Arbeiterklasse übergegangen waren, vollzog sich im nun beginnenden Aufschwung des zweiten Akkumulationszyklus eine Wende zu liberaleren Herrschaftsformen der Bourgeoisie.¹³²⁾

Unter dem doppelten Druck der Massenstreikbewegung vom August 1953 und der militärischen Niederlage in Dien-Bien-Phu im Mai 1954 mußte der offen reaktionäre Flügel des Bürgertums die politische Macht an die liberale Mitte abgeben. Die Liquidierung des ohnehin verlorenen Indochinakrieges, der Rückzug aus Tunesien und die Ablehnung des EVG-Vertrages weckte in großen Teilen der arbeitenden Bevölkerung die Hoffnung, daß die Radikale Partei von Mendès-France im Bündnis mit den Sozialisten auch das Algerienproblem zu lösen vermöchte.¹³³⁾ Die aus Radikalen, Sozialisten und einigen verwandten kleineren Gruppen gebildete "republikanische Front" hatte den Wahlkampf Ende 1955 unter der Parole "Der Frieden in Nordafrika, eine Frage auf Leben und Tod für Tausende junger Franzosen" geführt und eine rasche Beendigung des Krieges versprochen.

In dieser Zielsetzung war sie von allen Gewerkschaften und der kommunistischen Partei unterstützt worden, die eine "Volksfront für den Frieden" proklamiert hatte. Die Wahlen Anfang 1956 brachten der Linken insgesamt einen deutlichen Sieg: Mit 5,5 Mio. Stimmen (25,9%/150 Sitze) waren die Kommunisten eindeutig die stärkste Partei Frankreichs geblieben, gefolgt von der Radikalen Partei mit 3,2 Mio. Stimmen (15,3%/94 Sitze) und der Sozialistischen Partei mit ebenfalls 3,2 Mio. Stimmen (15,2%/94 Sitze). Erst danach folgten die Rechtsparteien (Konservative, Volksrepublikaner, Poujadisten, Gaullisten usw.).¹³⁴⁾ Die klassische Linke verfügte damit sowohl im Volk als auch im Parlament über eine klare Mehrheit. Diese Mehrheit

war zustandegekommen aus einem gewiß nicht illusionslosen, aber unverkennbaren Bedürfnis nach gesellschaftlichem Fortschritt und Frieden, wie es sich schon im August 1953 angedeutet hatte.

Die CGT und die Minderheitsfraktion innerhalb der CFTC hatten durch Aktions- und Aufklärungstage sowie durch zahlreiche Demonstrationen für den Frieden zur Entwicklung des Bewußtseins von der Notwendigkeit des politischen Kampfes gegen die Vertreter der imperialistischen Politik und deren ökonomische Basis, das Finanzkapital, beigetragen. Vor allem die CGT unterstützte die Forderung der Kommunisten nach Bildung einer Volksfront, die aber nach der Wahl von Sozialisten und Radikalen entschieden abgelehnt worden war. Stattdessen stützten sich Sozialisten und Radikale erneut auf die bei der Wahl geschlagenen Volksrepublikaner (nur noch 11% der abgegebenen Stimmen) und waren dazu sogar zu erheblichen Konzessionen an die Rechte bereit. Die Regierung des sozialistischen Ministerpräsidenten Guy Mollet führte zwar einige soziale Reformen durch,¹³⁵⁾ unter dem Druck der algerischen Ultras verschärfte sie aber dann sogar noch, im offenen Gegensatz zu allen Wahlversprechen, die Unterdrückung des algerischen Volkes. Bei Mollets Amtsantritt 1956 befanden sich etwa 100.000 französische Soldaten in Algerien, bei seinem Rücktritt 18 Monate später waren es 500.000. Die Kriegskosten beliefen sich 1956 auf 485 Milliarden Francs, in den beiden folgenden Jahren auf jeweils 900 Milliarden Francs.¹³⁶⁾ In der Phase des stärksten ökonomischen Wachstums kündigte sich 1957 mit dem Zusammenbruch der Staatsfinanzen und der internationalen Zahlungsfähigkeit sowie einer massiven Abwertung des Franc um 20%, die notwendig folgende Krise an, die sich dann zur allgemein-politischen Krise und zum Zusammenbruch des liberal-demokratischen Regimes der IV. Republik ausweiten sollte.

Ökonomisch war dieser Abschnitt des Klassenkampfes insgesamt eine Periode raschen Wachstums.¹³⁷⁾ Die reale Gesamtproduktion nahm im Jahresdurchschnitt um mehr als 6% zu,

wobei sich die Industrieproduktion mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von etwa 10% besonders stürmisch entwickelte, während die landwirtschaftliche Produktion dem Volumen nach etwa stagnierte. Beide Phänomene waren eng miteinander verknüpft; das industrielle Wachstum setzte sich nur etwa zur Hälfte aus der Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Anwendung neuer Produktionsverfahren und einer verbesserten Arbeitsorganisation, die häufig mit einer Beschleunigung des Arbeitstempos verbunden war, zur anderen Hälfte aber aus der bloßen Ausweitung der vor allem in der Konsumgüterindustrie bis dahin zu engen industriellen Kapazitäten zusammen.¹³⁸⁾ Dies hatte insbesondere in der Aufschwungphase der Jahre 1954/55 eine rasch wachsende Nachfrage nach Arbeitskraft zur Folge, die überwiegend aus der Landwirtschaft gedeckt wurde, die ihrerseits infolge verstärkter Mechanisierung der mittleren und großen Produktionseinheiten eine überdurchschnittliche Steigerung der Arbeitsproduktivität aufzuweisen hatte, wodurch zahlreiche Landarbeiter "freigesetzt" und Kleinbauern ruiniert wurden und in die Industrie abwanderten. Auch innerhalb des industriellen Bereichs verlief die Entwicklung sehr ungleichmäßig. Nachdem sich im ersten Zyklus die Produktion des Grundlagensektors (Bodenschätze, Eisen und Stahl, Energie, Transport, Bauwirtschaft, landwirtschaftliche Maschinen) stark ausgedehnt hatte, zogen nun andere Sektoren der Produktionsmittelindustrie und Teile der Konsumtionsmittelindustrie nach. Das überproportionale Wachstum der elektrotechnischen, der chemischen, der metallverarbeitenden und der Automobil-Industrie war das Resultat der fortschreitenden Militarisierung der Wirtschaft und eines deutlichen Anstiegs der Massenkaufkraft. Traditionelle Industrien wie der Schiffsbau, gerieten in dieser Phase aber in eine ebenso anhaltende Strukturkrise wie zuvor schon die Textilindustrie.¹³⁹⁾

Vergleicht man allein die Zahl der offiziell registrierten Streiktage¹⁴⁰⁾ in den beiden Zyklen der Restaurations-
etappe, so scheint der zweite Zyklus (1954 - 1958) mit

einem Jahresdurchschnitt von 2 Millionen Streiktagen, gegenüber knapp 8 Millionen im vorangegangenen Zyklus (1948 - 1953) insgesamt eine Periode relativer Ruhe gewesen zu sein; vergleicht man dagegen die Zahl der registrierten Streiks, so ergibt sich eine Steigerung von durchschnittlich 1.800 im ersten Zyklus auf 2.050 im zweiten Zyklus (pro Jahr). Die Streiks des zweiten Zyklus waren im allgemeinen von kürzerer Dauer, weil die Unternehmer infolge des ökonomischen Wachstums und des veränderten politischen Klimas wenigstens bis 1957 eher bereit waren, den Lohnforderungen der Gewerkschaften nachzugeben. Unter Berücksichtigung des offiziellen Preisindex stieg die Kaufkraft des durchschnittlichen Arbeiterstundenlohns in der Industrie¹⁴¹⁾ von 1953 bis 1957 um fast 30%, fiel aber im darauffolgenden Jahr wieder um knapp 5%, so daß der Vergleich der beiden Rezessionsjahre 1953 und 1958 eine Steigerung von rund 25% ergibt. Damit erreichte der reale Stundenlohn 1958 dennoch nur knapp das Niveau des Jahres 1938. Wenn das effektive Einkommen der Arbeiter 1958 trotzdem höher lag als 1938, so war dies auf die 1946 eingeführten Familienzulagen und auf die erheblich verlängerte Arbeitszeit zurückzuführen, die 1958 45,6 Stunden betrug gegenüber 38,7 Stunden im Jahre 1938.¹⁴²⁾ Freilich ist die Aussagekraft dieser Durchschnittszahlen relativ begrenzt; im einzelnen haben sich die Reallöhne nach Arbeiterkategorien, Industriezweigen und geographischen Regionen sehr unterschiedlich entwickelt, so daß bei weitem nicht alle Arbeiter an der vergleichsweise deutlichen Verbesserung in dieser Periode teilhatten.¹⁴³⁾ Die ungleichmäßige Entwicklung der sozial-ökonomischen Lage der Arbeiterklasse war vor allem darauf zurückzuführen, daß die Gewerkschaften wegen des niedrigen Organisationsgrades der Arbeiter und vor allem wegen ihrer politischen Zersplitterung auch in dieser Teiletappe kaum in der Lage waren, die Unternehmer zu einer globalen Angleichung der allgemeinen Arbeits- und Lebensbedingungen zu zwingen. Trotz zahlreicher lokaler oder regionaler Tarifabschlüsse ist es nur in seltenen Fällen zu nationalen

Tarifabschlüssen gekommen. Darüber hinaus spielten die tariflich fixierten Mindestbedingungen im Aufschwung der Jahre 1954 bis 1957 eine immer geringere Rolle; die Effektivlöhne entwickelten sich gewissermaßen naturwüchsig aus dem jeweiligen Kräfteverhältnis in den Betrieben, häufig ohne förmliche Fixierung, auf der Basis einer Vielzahl von räumlich und zeitlich zumeist sehr begrenzten Aktionen.¹⁴⁴⁾

1.3.5 Zu einigen neuen Aspekten der Gewerkschaftsstrategie in der Mitte der 50er Jahre

Von besonderer Bedeutung für die Strategie und Taktik des Klassenkampfes erwies sich die Streikbewegung der Schiffbauer und Metallarbeiter von Saint-Nazaire und Nantes im Sommer 1955 und die sich daran anschließende soziale Gegenoffensive (le contre-feu) von Unternehmer und Staat, die mit einer Betriebsvereinbarung bei Renault begann und sich auf zahlreiche prosperierende Großbetriebe ausdehnte. Der Streik in der Metallindustrie der Region um Nantes (Loire-Atlantique) war in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert.¹⁴⁵⁾

1. Durch die Aktionseinheit der drei Gewerkschaften;
2. durch die spezifische Form der "direkten Aktion" mit Besetzung der Betriebe, der Verwaltungsbüros und selbst der Räume des lokalen Unternehmerverbandes, aber auch mit brutalem Polizeieinsatz, bei dem zahlreiche Arbeiter verletzt, einer sogar erschossen wurde;
3. durch die Höhe des unmittelbar erzielten ökonomischen Erfolges (22% Erhöhung des Effektivlohnes in Saint-Nazaire, 15% in Nantes und Umgebung);
4. durch den von den drei regionalen Gewerkschaftszentralen vorgelegten Plan zur Reorganisation der Industriestruktur in Loire-Atlantique.¹⁴⁶⁾

Dieser Plan, der die Ansiedlung neuer Industriezweige, vor allem der in Frankreich wenig entwickelten

Werkzeugmaschinenindustrie, in Form nationalisierter Unternehmen vorsah, um die Folgen der Strukturkrise des Schiffbaus für die Metallarbeiter der Region abzuwenden, wurde zum Ausgangspunkt der später vorwiegend in der CFTC, aber auch in der CGT diskutierten Forderung nach demokratischer Planung des gesamten Wirtschaftsprozesses. (Vgl. S. 65ff).

Der Erfolg der Metaller in Loire-Atlantique löste weitere Streiks in den übrigen Schiffbauzentren (Dünkirchen, Le Havre, Rouen, Bordeaux) aus und stärkte sichtlich die Position der Metallgewerkschaften in der Pariser Region, die seit 1950 den Abschluß eines regionalen Tarifvertrages gefordert hatten.

Um die Ausdehnung des Streiks auf Paris zu verhindern, eröffnete die Direktion des nationalisierten Automobil-Unternehmens Renault eine soziale Gegenoffensive, die sich als folgenreich erweisen sollte. Sie legte den Gewerkschaften den Entwurf einer Betriebsvereinbarung (Accord d'entreprise) vor, der eine ganze Anzahl materieller Verbesserungen für die Belegschaft enthielt (3. Urlaubswoche, Zusatzrente, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall),¹⁴⁷⁾ zugleich aber in einer umfangreichen Präambel die Ideologie der Betriebsgemeinschaft vertraglich von den Gewerkschaften besiegeln lassen wollte. Kernstück der vorgeschlagenen Vereinbarung war die Verknüpfung des Lohnniveaus mit der Produktivitätsentwicklung des Betriebes.¹⁴⁸⁾ Dafür sollten die Gewerkschaften ausdrücklich die Verantwortung für technische Veränderungen des Produktionsprozesses allein der Unternehmensleitung überlassen und auf die Ausübung des Streikrechts solange verzichten "bis alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind". Nach einer gewissen Modifikation der Präambel erklärten sich die Gewerkschaften FO, CGC, eine "unabhängige" Gewerkschaft und kurz darauf auch die CFTC bereit, den Vertrag zu unterschreiben, was ihnen das Recht gab, in gemeinsamen Kommissionen mit der Unternehmensleitung die Produktivitätsentwicklung zu überprüfen. Die CGT

weigerte sich zunächst aus prinzipiellen Gründen, an diesem "Versuch der Klassenkollaboration" teilzunehmen. Erst als sich über 70% der Belegschaft für die Annahme des Vertrages entschieden hatten, trat auch die CGT dem Vertrag bei, erklärte jedoch gleichzeitig, daß sie die Präambel für sich nicht als verbindlich betrachte, so daß der seit Jahren anhaltende "Guerilla-Kampf" zwischen der Unternehmensleitung und der CGT-Betriebssektion weiter anhielt.¹⁴⁹⁾ Dem Abschluß des Renault-Vertrages folgten, zumeist auf Initiative der Unternehmen, bis Mitte 1956 rund 50 weitere Betriebsvereinbarungen, vorwiegend in der Metallindustrie (Automobil, Luftfahrt, Elektro, Schiffbau) und der chemischen Industrie.¹⁵⁰⁾ Die Taktik der Unternehmer und des Staates war es, in dieser Phase durch relativ weitgehende materielle Zugeständnisse in einigen Großbetrieben mit hohem gewerkschaftlichem Organisationsgrad, die drohende Globalisierung des ökonomischen Kampfes abzuwenden und damit eine mögliche Verknüpfung mit der politischen Anti-Kriegsbewegung zu vermeiden, die zur Schaffung eines Volksfrontklimas beigetragen hätten. Neben diesem kurzfristigen taktisch-politischen Aspekt, der vor allem den konkreten Zeitpunkt dieser ersten Welle von Betriebsvereinbarungen betrifft, hatten diese aber auch einen langfristigen, strategischen Aspekt, der eng mit den neuen ökonomisch-technischen Bedingungen der industriellen Großkonzerne in der nun beginnenden Phase verschärfter ökonomischer Konkurrenz auf den nationalen und internationalen Märkten zusammenhängt. Der zweite Wirtschaftsplan, der im großen und ganzen mit dem hier untersuchten Zyklus zusammenfällt, hatte "einige grundlegende Operationen für die volkswirtschaftliche Gesamtstruktur zwecks Kostensenkung, Produktivitätssteigerung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie" vorgesehen. Hierzu waren umfangreiche staatliche Finanzhilfen, Subventionen, Steuererleichterungen usw. gewährt worden. Die Kampagne der Erhöhung der Arbeitsproduktivität hatte in den beiden Stagnationsjahren 1952/53 in großen Teilen der Industrie zunächst mit einer bloßen

Intensivierung der Arbeit begonnen ("Rationalisierung ohne Investitionen"), der sich die Arbeiter nur dort zu entziehen vermochten, wo sie gewerkschaftlich genügend organisiert waren und daher auch die Unternehmenskomitees und Belegschaftsdelegierten effektiv zur Verteidigung ihrer Arbeitsbedingungen einsetzen konnten. In den folgenden Jahren setzte sich dann aber vor allem in den mittleren und größeren Betrieben eine verstärkte Mechanisierungswelle durch, die jedoch überwiegend im Rahmen der Produktionstechnologie der 40er Jahre verblieb. Allein in einigen Großunternehmen der Chemie- und Metallindustrie, darunter auch bei Renault, wurde schon Mitte der 50er Jahre mit der Teilautomatisierung wesentlicher Produktionsbereiche begonnen, die sowohl die Kostenstruktur der Unternehmen als auch die konkreten Arbeitsbedingungen in der Produktion umzuwälzen begann.¹⁵²⁾ Das sich damit abzeichnende sprunghafte Anwachsen des fixen Kapitals in Verbindung mit der Notwendigkeit einer beständigen Verkürzung der Umschlagszeit infolge des "moralischen Verschleiß" durch beschleunigten wissenschaftlich-technischen Fortschritt, erfordert eine langfristige Planung aller Bestandteile des Kapitalvorschusses und damit auch des in Form von Löhnen ausgezahlten variablen Kapitalanteils. Darüber hinaus wächst mit fortschreitender Kapitalfixierung und höherer technischer Komplexität des Arbeitsprozesses die Notwendigkeit eines kontinuierlichen Produktionsablaufes und damit auch das ökonomische Risiko bei Arbeitsunfall, vor allem ungeplanten, in Form von Streiks. Von daher die Neigung der Unternehmer "freiwillig" auf Aussperrungen zu verzichten, wenn die Gewerkschaften ihrerseits spontane Streiks vermeiden.¹⁵³⁾

Diese hier nur kurz anzudeutenden Tendenzen spielten in dieser Etappe jedoch nur für eine relativ geringe Zahl von Großkonzernen eine größere Rolle. Als der erwähnte politische Aspekt der Betriebsvereinbarungen im Verlauf des Jahres 1957, angesichts des wegen des Suez-Überfalls und des Ungarn-Aufstandes anhaltenden Bruchs zwischen den Arbeiterorganisationen, weitgehend funktionslos ge-

worden war, setzte sich die Masse der mittleren und kleineren Unternehmer mit ihrer prinzipiellen Ablehnung von Betriebsvereinbarungen mit den Gewerkschaften in den verschiedenen Unternehmerverbänden durch und verhinderte weitere Abkommen dieser Art.¹⁵⁴⁾

Die Gewerkschaften ihrerseits standen den Betriebsvereinbarungen, wenn auch in unterschiedlichem Maße, eher kritisch gegenüber. Die CGT hatte, im Gegensatz zu FO und CFTC, schon in den Jahren 1952/53 und später wieder auf dem Kongreß 1955 jede Form produktivitätsorientierter Lohnpolitik prinzipiell abgelehnt, wobei es aber in dieser Frage wie zum Problem eines ökonomischen Gesamtprogramms wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen dem Mehrheitsflügel um Benoit Frachon und einer kleinen Minderheit um Pierre Lebrun kam.¹⁵⁵⁾ Angesichts des tarifvertragslosen Zustands in vielen Sektoren und Regionen war es zunächst das oberste Ziel der gewerkschaftlichen Tarifpolitik gewesen, nationale bzw. regionale Verträge auszuhandeln, die ein Minimum an Sicherheit für alle Arbeiter des Industriezweiges garantieren sollten, wobei betriebliche Sonderregelungen, die über die regional oder national garantierten Mindestbedingungen hinausgingen, nach dem seit 1950 geltenden Tarifrecht jederzeit zulässig waren.¹⁵⁶⁾

1.4. Der Sieg des Gaullismus - Niederlage und allmähliches Wiedererstarken der Arbeiterbewegung (1958 - 1967)

Die Machtübernahme de Gaulles in der Folge des Militärputsches in Algerien vom Mai 1958 und deren nachträgliche Legalisierung durch die schrittweise Institutionalisierung des autoritären politischen Systems der V. Republik in den folgenden Jahren bis 1962 leitete den Übergang zu einer neuen Stufe der Kapitalherrschaft in Frankreich ein. Vom Standpunkt des Großkapitals war die Etablierung der V. Republik die folgerichtige Fortsetzung des Ausschlusses der Kommunisten aus der Nachkriegskoalition, denn die

IV. Republik hatte trotz aller Rechtsentwicklung stets etwas von dem radikal-demokratischen Charakter ihrer Gründungsphase bewahrt und war daher immer wieder dem Druck einer zahlenmäßig relativ starken, wenn auch politisch gespaltenen Arbeiterbewegung ausgesetzt gewesen. Unter den konkreten historischen Bedingungen der Auflösung des alten Kolonialreiches erwies sich die IV. Republik als immer weniger geeignet, den sich seit Mitte der 50er Jahre abzeichnenden neuen Anforderungen an die staatliche Finanzierung der monopolistischen Kapitalakkumulation (Verschärfung der Weltmarktkonkurrenz, wissenschaftlich-technische Revolution) zu entsprechen. Während in der IV. Republik die Interessen des Großkapitals überwiegend indirekt über die Institutionen eines, wenigstens der Form nach, demokratischen Parlaments vermittelt werden mußten, was mit nicht geringen "Reibungsverlusten" und zahlreichen Kompromissen verbunden war, zeigt sich seit Beginn der V. Republik ein bis dahin ungekanntes Maß an institutioneller und personeller Verflechtung von ökonomischer und politischer Macht¹⁵⁷⁾ und entsprechend eine fortschreitende Selektierung aller politisch-ökonomischen Maßnahmen im Interesse der monopolistischen Fraktion des Kapitals.

Die Entwicklung der Klassenkämpfe in der V. Republik bis heute vollzog sich in zwei großen Etappen. In der ersten Etappe von 1958 bis 1967 schien die Hegemonie der Großbourgeoisie durch die Institutionen der V. Republik und die anhaltende Prosperität auf lange Zeit gesichert zu sein. "Akkumuliert, akkumuliert" war zur offenen Parole der 60er Jahre geworden, vergleichbar dem "Enrichissez - vous" aus der Zeit der Juli-Monarchie vor der 48er Revolution. Tatsächlich hatte sich die rasche Kapitalakkumulation auf der Basis einer sprunghaft gesteigerten Mehrwertrate infolge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bei gleichzeitig fortgesetzter Intensivierung der Arbeit, anhaltend langer Arbeitszeit und nur langsam steigenden Reallöhnen voll-

zogen. Dies war möglich gewesen, weil die Arbeiterklasse durch die Machtübernahme de Gaulles zunächst politisch und ideologisch noch tiefer gespalten und demoralisiert war als nach 1947 und damit ein effektiver Widerstand gegen die konzentrierte Macht des Großkapitals und die mit ihm weitgehend verschmolzene Macht des Staatsapparates erheblich erschwert, wenn nicht aussichtslos war.

Zwar hatte sich die Arbeiterklasse seit etwa 1963 schrittweise von den unmittelbaren Folgen der Niederlage von 1958 zu erholen vermocht und ihre politischen und gewerkschaftlichen Organisationen erreichten seit etwa Mitte der 60er Jahre allmählich wieder die zahlenmäßige Größe, wenn auch noch nicht die politische Kraft der 50er Jahre, aber sie schien insgesamt mehr denn je in das ökonomische, politische und teilweise auch in das ideologische System des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Frankreich integriert zu sein.

Dieser falsche Schein wurde schlagartig zerstört durch die Ereignisse des Mai-Juni 1968, die den Beginn der zweiten Etappe des Klassenkampfes in der V. Republik markieren, in der sich erstmals seit der unmittelbaren Nachkriegsperiode die konkrete Möglichkeit einer Überwindung des kapitalistischen Systems in Frankreich eröffnet.

In diesem Abschnitt kommt es daher darauf an, die anfängliche Desorientierung und das allmähliche Wiedererstarken der Arbeiterklasse in der Etappe von 1958 - 1967 nachzuzeichnen und dabei insbesondere die widersprüchlichen Tendenzen innerhalb der französischen Gewerkschaftsbewegung zu analysieren, die neben der sich seit etwa Mitte der 60er Jahre erneut abzeichnenden sozial-ökonomischen und ideologischen Krisenphänomenen die Voraussetzungen der jüngsten Entwicklung des Klassenkampfes in Frankreich darstellen.

1.4.1 Die Desorientierung der Arbeiterklasse und die Haltung der Gewerkschaften zur V. Republik und zur Algerienpolitik

Entscheidend für den Sieg des neuen Regimes war es, daß es dem Großkapital gelungen war, den seit Anfang der 50er Jahre in der Masse des französischen Volkes wachsenden Unmut über die politische, militärische und finanzielle Instabilität der IV. Republik und die Unfähigkeit der "Berufspolitiker" wie der "Systemparteien" (de Gaulle) mit der Person de Gaulles einen "Retter des Vaterlandes" anzudienen, der mit seiner Widerstandslegende und seiner beschwörenden Redeweise dem politisch und ideologisch schwankenden Kleinbürgertum in seinem Bedürfnis nach Sicherheit, Frieden und nationaler Unabhängigkeit entgegenzukommen schien. Ähnlich unsicher reagierten selbst Teile der organisierten Arbeiterklasse; so entschloß sich, nach anfänglichem Schwanken, die große Mehrheit der Sozialisten¹⁵⁸⁾ im Herbst 1958 zu einer Befürwortung des von de Gaulle konzipierten autoritären Verfassungsentwurfes für die V. Republik und die Gewerkschaften FO und CFTC betonten angesichts dieser für die demokratischen Rechte des Volkes so entscheidenden Frage ihre politische Neutralität, sofern nur die Rechte der Gewerkschaftsbewegung unangetastet blieben.¹⁵⁹⁾

Damit war die Kommunistische Partei und die CGT die einzigen politischen bzw. gesellschaftlichen Massenorganisationen, die sich entschlossen und von Anfang an gegen das autoritäre "Regime der persönlichen Macht" eingesetzt hatten.¹⁶⁰⁾ Obwohl sie in dieser prinzipiellen Ablehnung des neuen Regimes zunächst Rückschläge hinnehmen mußten - so verloren die Kommunisten bei den ersten Parlamentswahlen der V. Republik im November 1958 rund 1/5 ihres bisherigen Stimmenanteils - wurde diese Position in den folgenden Jahren, vor allem durch den Austritt des Sozialisten Guy Mollet aus dem Kabinett de Gaulles (1959) und die gemeinsame Opposition gegen

das Referendum über die Direktwahl des Präsidenten (1962) auch von den übrigen Organisationen der Arbeiterklasse nachträglich gerechtfertigt. Noch komplexer erscheint die Haltung der verschiedenen Arbeiterorganisationen gegenüber der Algerien-Politik de Gaulles.¹⁶¹⁾

Die Gaulle hatte zunächst allen alles versprochen; den algerischen Ultras, denen er seine Machtübernahme unmittelbar zu verdanken hatte, rief er im Juni 1958 auf ihren Ruf nach einem "französischen Algerien" (Algérie française) zu, "ich habe Euch verstanden", schon wenige Monate später, kurz vor den Parlamentswahlen, verkündete er "die Zeit der Kämpfe ist nun vorüber". Tatsächlich war es eine der wichtigsten Aufgaben de Gaulles, dem Krieg in Algerien, so oder so, ein Ende zu setzen, um die nunmehr selbst dem Großkapital unerträglich gewordenen ökonomischen Lasten abzuwerfen; von daher erklärt sich sein Schwanken zwischen der "Französisierung", der "Assozierung" und der "Selbstbestimmung" Algeriens, je nach der militärischen Lage. Aber erst Anfang 1962, als er die Aussichtslosigkeit eines militärischen Sieges einsehen mußte und die "Bewegung für den Frieden" im Mutterland immer stärker geworden war, stimmte er endgültig der Forderung der algerischen Befreiungsbewegung (FLN) nach Unabhängigkeit zu.

Die Gewerkschaften hatten auch in der Algerienfrage seit Jahren unterschiedliche Auffassungen vertreten. Die CGT unterstützte von Beginn an den Kampf der Befreiungsbewegung um die vollständige nationale Unabhängigkeit, während FO und CFTC noch 1958, wenn auch zurückhaltend, von einem "französischen Algerien" sprachen. In den folgenden Jahren näherten sich ihre Positionen jedoch immer mehr an. Als de Gaulle 1959 erstmals die Möglichkeit der "Selbstbestimmung" (Autodetermination) Algeriens angedeutet hatte, stimmten ihm CFTC und FO ausdrücklich zu. Angesichts der zunehmenden Gewalttaten der sogenannten "geheimen Armee-Organisation" (OAS) gegen die Anhänger des Friedens und der algerischen Unabhängigkeit, darunter zahlreiche Attentate auf Gewerkschaftsbüros, kommunistisch

geführte Rathäuser usw., kam es in über 40 Départements zu einer gemeinsamen "Gewerkschaftsfront" aus CGT, CFTC und FEN, der sich in einigen Fällen auch die FO anschloß, gegen die faschistischen Umtriebe der algerischen Ultras. Während aber die CGT nach dem Barrikadenaufstand der Ultras in Algier im Januar 1960 die Schaffung antifaschistischer Komitees, denen auch die politischen Parteien der Linken angehören sollten, und beim Putschversuch der Algerien-Generäle im April 1961 die Bewaffnung von Arbeitermilizen forderte, begnügten sich die beiden anderen Gewerkschaftszentralen zumeist mit demonstrativen Einzelaktionen.

Als der Kampf für den Frieden am Abend des 8. Februar 1962 mit einer gemeinsamen Demonstration nahezu aller linken Organisationen in Paris für den sofortigen Waffenstillstand einen ersten Höhepunkt erreicht hatte, und sich nunmehr auch die reformistischen Organisationen offen gegen die Hinhaltetaktik de Gaulles wandten, ging die Polizei mit unerhörter Härte gegen die Demonstranten vor. Die blutige Bilanz des Polizeieinsatzes lautete 250 Verletzte und 9 Tote, letztere alles Mitglieder der CGT. In den folgenden Tagen fanden überall im ganzen Land zumeist spontane Demonstrationen, Streiks und Sympathiekundgebungen für die Opfer des gaullistischen Polizeiterrors statt. Nach dem Aufruf aller Gewerkschaften und 36 weiterer demokratischer Organisationen, darunter PCF, SFIO, PSU, UNEF und selbst die Volksrepublikaner MRP, folgten am 13. Februar mehrere hunderttausend Menschen dem Trauerzug zum traditionsreichen Pariser Friedhof Père-Lachaise, auf dem die Opfer des "weißen Terrors" bei der Zerschlagung der Commune und die ermordeten Widerstandskämpfer gegen den Faschismus eine Gedenkstätte besitzen.

Unter dem Druck der allgemeinen Volksstimmung mußte de Gaulle nun die immer wieder von ihm verzögerten Verhandlungen mit den Vertretern der algerischen Befreiungsbewegung in Evian intensivieren, die dann im März 1962 mit der Anerkennung der algerischen Unabhängigkeit und dem

sofortigen Waffenstillstand endeten; ein Ergebnis, das schon einen Monat später durch ein Referendum von der französischen Bevölkerung mit über 90% der Stimmen bestätigt wurde.

1.4.2 Der "Dezember-Coup" und die Lage der Arbeiterklasse Anfang der 60er Jahre

Während in den allgemein-politischen Fragen über das Wesen der gaullistischen Herrschaft in der Masse des französischen Kleinbürgertums und in der reformistischen Fraktion der Arbeiterbewegung anfangs noch zahlreiche und zum Teil tief verwurzelte Illusionen, überwiegend aus der Mystifikation der Rolle de Gaulles im Widerstand, fortbestanden, lag der Klassencharakter des neuen Regimes in den wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen schon bald nach de Gaulle's Machtübernahme unübersehbar zu Tage.

Allein die Ernennung des seit seiner berüchtigten Rezessionspolitik von 1952/53 als arbeiterfeindlich bekannten Antoine Pinay zum Finanzminister und des im Sinne des Manchestertums liberalen Jacques Rueff zum wirtschaftspolitischen Berater de Gaulles bedeuteten ein Programm, das allerdings wohlweislich erst nach den Wahlen vom November 1958 vorgelegt wurde.

Dieser "Plan Pinay-Rueff", als "Dezember-Coup" in die französische Wirtschaftsgeschichte eingegangen,¹⁶²⁾ erwies sich als der massivste Angriff auf die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung seit dem Ende des Krieges. Unter dem Vorwand eines Kampfes gegen die Inflation wurden die staatlichen Sozialausgaben um insgesamt 20% gekürzt, wobei die demagogische Losung "Aktion für die Preiswahrheit" dazu herhalten mußte, um die Aufhebung der aus der unmittelbaren Nachkriegszeit stammenden Subventionierung von Massenkonsumtionsmitteln zu legitimieren. Als unmittelbares Ergebnis dieses "Anti-Inflationsprogrammes" ergab sich daher eine Verteuerung

von Brot und Wein um 3%, von Teigwaren, Schokolade und anderen Lebensmitteln um 10%. Die Eisenbahn SNCF und die übrigen öffentlichen Verkehrsmittel erhöhten die Personentarife um 20%, entsprechende Erhöhungen ergaben sich bei den Haushaltstarifen für Kohle, Gas und Elektrizität während gleichzeitig die Tarife für den Massengüterverkehr bzw. für industrielle Großabnehmer erhalten blieben. Jede Preisindexverknüpfung von Löhnen, mit Ausnahme des Mindestlohnes SMIG, und landwirtschaftlichen Erzeugnissen wurden verboten. Nach der 20%igen Franc-Abwertung von 1957 wurde die Währung nunmehr erneut um 17,55% abgewertet, was einerseits die Importe entsprechend verteuerte und die Wirkung der vom 1.1.1959 an geltenden 10%igen Zollsenkung für Waren aus den EWG-Ländern aufhob, andererseits aber die spekulative Kapitalflucht vom Frühjahr 1958 prämierte und die Position der Exportwirtschaft auf den Außenmärkten noch einmal erheblich verbesserte.

Das Ergebnis der ganzen Operation war ein sprunghaftes Absinken der Massenkaufkraft. Der Reallohn der Industriearbeiter sank bis Ende 1959 gegenüber Ende 1957 um mehr als 5% und zugleich stieg die Arbeitslosenziffer um rund 30% an.¹⁶³⁾ Das dadurch eröffnete Profitpotential wurde in der Folgezeit durch die Ausweitung der Exporte und des Militärhaushaltes, vor allem aber durch das Programm der atomaren Aufrüstung (Force de Frappe) und die damit verbundene Stimulierung der Elektronik und Elektrotechnik, der Flugzeugindustrie und der übrigen Rüstungsindustrie realisiert und gleichzeitig die Konzentration und Kooperation des Großkapitals vorangetrieben.

Vom Standpunkt des Kapitals erwies sich der "Dezember-Coup" als überaus erfolgreich. Nach den beiden Rezessionsjahren 1958/59, in denen das reale Bruttosozialprodukt insgesamt nur um knapp 5% angestiegen war, begann im Jahre 1960 ein neuer Boom, der zunächst bis 1963 anhielt und eine Steigerung des realen Bruttosozialproduktes von rund 26% brachte, so daß die Gesamtproduktion 1963 um fast 1/3 über dem Niveau von 1957 lag. Entscheidend war

hierbei, daß sich gleichzeitig die Bedingungen der Kapitalakkumulation gegenüber der Mitte der 50er Jahre erheblich verbessert hatten; als Indiz hierfür kann der Anstieg der Bruttoinvestitionsrate von 18% im Jahre 1957 auf 22,2% im Jahre 1963 gelten.¹⁶⁴⁾ Zwar waren in dieser Periode des raschen Wachstums auch die Löhne erstmals wieder stärker gestiegen als die Preise, so daß sich die Kaufkraft der Arbeiter allmählich wieder erhöhte, sie blieb aber dennoch deutlich hinter dem Wachstum der Produktion zurück. So erreichte der durchschnittliche Reallohn der Industriearbeiter erst gegen Ende des Jahres 1961 wieder das Niveau des Jahres 1957 und erst in den beiden folgenden Jahren ergab sich eine leichte Steigerung gegenüber der Zeit vor dem Gaullismus. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß inzwischen die staatlichen Sozialleistungen gekürzt und die Kaufkraft der Familienzulagen erheblich zurückgegangen war.

Während etwa zur gleichen Zeit die bürgerlichen Ideologen in der "wissenschaftlichen" Literatur und den Massenmedien eine umfangreiche Propaganda für die angebliche Überwindung der Klassengesellschaft durch die "Konsumgesellschaft" begannen, ergab eine offizielle Untersuchung des staatlichen statistischen Amtes INSEE über die langfristige Entwicklung der Kaufkraft der monatlichen Nettoeinnahmen männlicher Arbeiter für die Lohnzone O (Region Paris) folgendes Resultat:

	1938-1949	1949-1963	1938-1963
Ledige	- 36%	+ 83%	+ 16%
Väter mit 2 Kindern	- 14%	+ 55%	+ 33%
Väter mit 5 Kindern	+ 3%	+ 39%	+ 43%

Quelle: J. Boissonat, La politique des revenus, Paris 1966, S. 61

Dieses an sich schon bescheidene Ergebnis berücksichtigt dabei noch nicht einmal, daß die durchschnittliche monatliche Arbeitszeit 1963 rund 18% länger war als 1938, so

daß sich die Kaufkraft-Steigerung der ledigen Arbeiter allein aus der längeren Arbeitszeit erklärt, während die Familienväter immer noch von dem 1946 eingeführten System der Familienzulagen profitierten, deren Bedeutung aber, wie die Entwicklung 1949 - 1963 beweist, im Schwinden war.

Die mit der Errichtung des gaullistischen Regimes noch weiter vertiefte politische und ideologische Spaltung der Arbeiterklasse hatte in diesem Zeitraum fast jeden effektiven Widerstand gegen die zumeist staatlich organisierten "Gewalttaten des Kapitals" verhindert. Immerhin war es den Gewerkschaften wenigstens gelungen, die mit dem "Dezember-Coup" eingeführte Eigenbeteiligung der Sozialversicherten an den Krankheitskosten von 30 (neuen) Franc und die Streichung der Rente für die ehemaligen Kriegsteilnehmer wieder rückgängig zu machen. Das allgemeine Absinken der Kampfkraft der Arbeiterklassen läßt sich jedoch deutlich schon an der Zahl der offiziell registrierten Streiks in dieser Periode nachweisen. In den Jahren 1958 - 1960 erreichte die Streikaktivität mit jährlich durchschnittlich 1.300 Streiks, weniger als 1 Mio. Streikenden und etwa 1,3 Mio. Streiktagen den bisher niedrigsten Stand seit 1946. In den beiden folgenden Jahren stieg sie dann aber wieder auf durchschnittlich etwa 1.900 Streiks, 2 Mio. Streikenden und über 2 Mio. Streiktagen an, um dann im folgenden Jahr mit dem Bergarbeiterstreik (vgl. S.69ff) sogar einen Höhepunkt zu erreichen.¹⁶⁵⁾

Die Schwächung der Arbeiterklasse nach dem Sieg des Gaullismus zeigt sich auch am Rückgang der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder. Anfang der 60er Jahre meldeten die CGT nur noch 1,7 Millionen, die CFTC 750.000 und FO 500.000 Mitglieder. Allerdings erwies sich der Einfluß der einzelnen Zentralen innerhalb der Arbeiterklasse, wie er sich aus der Stimmabgabe für die Gewerkschaftslisten bei der Wahl zu den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherung abschätzen läßt, immer noch als relativ konstant. Die CGT, die zwischen 1950 und 1955 knapp

0,5% verloren hatte, gewann 1962 etwa 1,3% hinzu und erreichte damit 44,3% aller abgegebenen Stimmen; die CFTC hatte zunächst 0,4% verloren und blieb 1962 mit 20,9% konstant, während FO zwischen 1950 und 1955 rund 1% gewonnen hatte, dann aber 1962 um 1,5% auf 14,7% zurückfiel.¹⁶⁶⁾

1.4.3 Integrationsversuche des Staatsapparates und die Strategie der Gewerkschaften

1.4.3.1 De Gaulles Sozialkonzept:

"Assoziation von Kapital und Arbeit" durch Beteiligung ("Participation") der Arbeiter am Unternehmensprofit

Trotz der allgemeinen Schwächung der Gewerkschaftsbewegung und der weitgehenden politischen und ideologischen Desorientierung unmittelbar nach de Gaulles Machtübernahme, gelang es dem Großkapital aber selbst zu diesem Zeitpunkt nicht, auch nur die reformistischen Gewerkschaften CFTC und FO vollständig in das System der monopolistischen Kapitalakkumulation zu integrieren. Die von de Gaulle schon nach der Befreiung in den Jahren 1945 - 1946 erstmals propagierte "Assoziation von Kapital und Arbeit" wurde auch jetzt wieder von allen Arbeitergewerkschaften (d.h. mit Ausnahme der Kadergewerkschaft CGC und der offengauillistischen "Unabhängigen") eindeutig abgelehnt, so daß die am 7.1.1959 im unmittelbaren Zusammenhang mit dem "Dezember-Coup" erlassene Ordonnance zur Beteiligung ("Participation") der Arbeiter am Profit der Unternehmen ohne die erhoffte ideologische und vor allem "leistungsanreizende" Wirkung blieb.¹⁶⁷⁾

Dennoch wurden die Versuche zur Integration der Gewerkschaften in den folgenden Jahren auf den verschiedensten Ebenen fortgesetzt, wobei der Staat mit einer Vielzahl von Initiativen die allgemeine Strategie des Monopolkapitals gegenüber der Arbeiterklasse im Interesse einer langfri-

stigen Systemsicherung, bisweilen selbst gegen die kurzfristigen Interessen bestimmter Einzelkapitale oder ganzer Kapitalfraktionen, zu formulieren und durchzusetzen versuchte. Aus dieser Konstellation ergaben sich zeitweise Widersprüche zwischen dem Staat einerseits und den verschiedenen Unternehmerverbänden andererseits, deren traditioneller Paternalismus und unverhüllte Gewerkschaftsfeindlichkeit den ideologisch geschickteren Technokraten des Staatsapparates nicht selten im Wege stand.¹⁶⁸⁾

1.4.3.2 Die Politik der Betriebsvereinbarungen

So blieb beispielsweise die 1962 erneut mit einem Abkommen bei Renault (4. Urlaubswoche) staatlich propagierte Politik der Betriebsvereinbarungen ohne größere Resonanz.¹⁶⁹⁾ Obwohl die Betriebsvereinbarungen ursprünglich als Bestandteil einer spezifischen Management-Strategie (human relations) zur Integration der Arbeiter in den Betrieb konzipiert waren, scheute die Mehrzahl der französischen Unternehmer nach wie vor die mit dem Abschluß solcher Vereinbarungen notwendige Anerkennung der betrieblichen Gewerkschaftssektionen und der damit verbundenen innerbetrieblichen Gewerkschaftsrechte. Tatsächlich hatten sich in den Jahren 1959 - 1961 in mehreren Großunternehmen der technologisch fortgeschrittenen Sektoren Elektronik (Bull, Thomson-Houston), Erdölverarbeitung (SNPA, Caltex), Chemie (Péchiney, Rhône-Poulenc), Flugzeugindustrie (Sud - Aviation, Dassault) und in der Automobil-Industrie (Peugeot, Chausson), entgegen den in den meisten Abkommen enthaltenen Sozialpartnerschaftsklauseln, betriebliche Streiks entwickelt, bei denen die betrieblichen Gewerkschaftssektionen über sogenannte "intersyndikale Komitees" sowohl bei der technischen Organisation als auch vor allem bei der Formulierung der konkreten Streikziele aufgrund ihrer spezifischen Betriebskenntnisse eine hervorragende Rolle spielten.¹⁷⁰⁾

Damit zeichneten sich die Züge einer neuen Gewerkschaftsstrategie ab, die der ungleichmäßigen Entwicklung der Industrie in Frankreich eher zu entsprechen schien als die spezifischen Kampfformen, wie sie aus dem traditionellen Industriegewerkschafts-Prinzip mit seinen notwendig zentralistischen Tendenzen hervorgegangen sind.¹⁷¹⁾ Wenn diese Tendenzen von Serge Mallet und anderen sozialistischen Gewerkschaftstheoretikern auch eindeutig überschätzt worden sind, reichten die materiellen Erfolge einiger Streiks dazu aus, die Skepsis der Unternehmer gegen die Politik der Betriebsvereinbarungen wach zu halten.

Auf der anderen Seite bildeten die bereits erwähnte geringe Kampfkraft, die ideologische Unsicherheit und der niedrige Organisationsgrad der französischen Arbeiterklasse in dieser Periode ein Hindernis für die Formulierung einer offensiven Gewerkschaftsstrategie, so daß die Gewerkschaften zumeist an ihren, in langen Jahren des Kampfes bewährten, Strukturen und Kampfformen festhielten, wodurch sie tatsächlich nicht immer optimale Ergebnisse zu erzielen vermochten und in mancher Hinsicht hinter der objektiven Kapitalentwicklung zurückblieben.

1.4.3.3 Planification und Einkommenspolitik

Der wichtigste Versuch zur Integration der Gewerkschaften auf gesamtgesellschaftlicher Ebene erfolgte 1961 bei der Vorbereitung des IV. Planes. Gemäß dem Titel "Plan der ökonomischen und sozialen Entwicklung" sollten nicht nur, wie in den vorangegangenen "Modernisierungs- und Ausrüstungsplänen", globale Produktionsziele und Wachstumsraten definiert und entsprechende Finanzierungsprogramme entwickelt werden, die Planungsgremien sollten zugleich auch ein Modell der Verteilung des zukünftigen Sozialprodukts ausarbeiten. Die Einkommenspolitik wurde damit zum zentralen Instrument des IV. Planes. Deshalb wurde erstmals seit 1947 wieder eine größere Zahl von Gewerk-

schaftern in die verschiedenen Planungsgremien berufen.¹⁷²⁾ Freilich offenbarte sich schon auf der ersten Sitzung der sogenannten "Gleichgewichtskommission" das Wesen der staatlich anvisierten Einkommenspolitik. In einer inzwischen "klassisch" gewordenen Fehlleistung sprach Claude Gruson, ein hoher Beamter des Finanzministeriums, der die Projektionen der Planbürokratie erläuterte, statt von "Lohnpolitik" (*politique des salaires*) von einer geplanten "Lohnpolizei" (*police des salaires*).¹⁷³⁾ Tatsächlich sollte nach den Vorstellungen der staatlichen Planer das jährliche nominelle Wachstum der Löhne zwischen 1% und 2% hinter dem allgemeinen Produktionswachstum zurückbleiben, der "disponible Rest" sollte, wie der damalige Premierminister M. Debré in einem Brief an den Unternehmerverband schrieb, "teils zur Senkung der Preise, teils für Investitionen" genutzt werden.¹⁷⁴⁾ Eine Sicherung gegen eventuelle Preiserhöhungen sah der staatliche Planentwurf nicht vor.

Die Vertreter der drei Arbeitergewerkschaften wiesen diese Einzelprojektionen ebenso zurück wie die Gesamtorientierung des Planes, dessen Hauptziel es war, "die französische Wirtschaft in den europäischen Markt und in den Weltmarkt einzugliedern"¹⁷⁵⁾, d.h. die Wettbewerbsposition des französischen Monopolkapitals gegenüber der wachsenden internationalen Konkurrenz durch öffentliche Finanzierung und staatliche Lohnkontrolle zu stärken. Ihre Ablehnung begründeten die drei Gewerkschaften jedoch unterschiedlich: Die CGT sprach sich prinzipiell gegen eine Beteiligung der Gewerkschaften an der Planung des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses aus. Zwar hatte die CGT selbst erstmals 1948 ein "Programm des wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbaus" und dann in den Jahren 1950 und 1953 jeweils ein "Programm für eine Wirtschaft des Friedens, der nationalen Unabhängigkeit und des sozialen Fortschritts" ausgearbeitet, diese Pläne verstanden sich aber ausdrücklich als Gegenpläne gegen den durch die Marshall-"Hilfe" und NATO-Aufrüstung verfälschten

"Monnet-Plan"; ihre Realisierung hätte eine grundsätzliche Veränderung der politisch-ökonomischen Machtverhältnisse in Frankreich zur Voraussetzung gehabt.¹⁷⁶⁾ Unter den Bedingungen der gaullistischen Herrschaft erweise sich die "Planification" immer offenkundiger als Instrument zur Durchsetzung der Interessen des Monopolkapitals, jede Form der Einkommenspolitik laufe notwendigerweise auf eine Einschränkung der Löhne im Interesse der monopolkapitalistischen Akkumulation hinaus und sei daher vom Standpunkt der Arbeiterklasse zu bekämpfen. Dennoch sei die Anwesenheit von Gewerkschaftsvertretern in den Planungsgremien nützlich, denn sie diene dem doppelten Zweck, detaillierte Informationen zu sammeln über die ökonomische Entwicklung sowie über die Taktik von Unternehmertum und Staat und deren mögliche Widersprüche, aber auch um die konkreten Gegenvorstellungen der Gewerkschaften auf allen Ebenen vorzubringen und öffentlich zu propagieren.¹⁷⁷⁾

Weniger prinzipiell äußerte sich die CFTC. Sie lehnte zwar auch die von der Planbürokratie vorgelegten Lohnprojektionen ab, akzeptierte aber durchaus die Möglichkeit einer "demokratischen Planung" unter weitgehender Beibehaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und ohne die grundsätzliche Voraussetzung einer politischen Machtergreifung durch die Arbeiterklasse.

Auf dem 30. Kongreß der CFTC 1959 hatte Gilbert Declercq einen umfangreichen Bericht über die "demokratische Planung" vorgelegt,¹⁷⁸⁾ der von der großen Mehrheit der Delegierten verabschiedet worden war. In seiner Schlußresolution hatte der Kongreß die Notwendigkeit einer Orientierung der Wirtschaft auf die "Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Volksmassen" betont und die Absicht bestätigt, "eine echte Planung zu verwirklichen, die es ermöglicht, zugleich die Vollbeschäftigung der Arbeitskraft und die beschleunigte Erhöhung des Lebensstandards zu garantieren. Der Kongreß fordert, daß die Bestimmung der allgemeinen Zielsetzungen, die Wahl der Mittel, die Festsetzung der Einzelziele und die Durchführung des Plans unter Beteiligung und Kontrolle der Gewerk-

schaften im Rahmen der Gesamtpolitik durch die Vertretung der Nation ausgearbeitet wird.¹⁷⁹⁾ Hierzu befürwortete der Kongreß die Nationalisierung des Banken- und Kredit-systems und gegebenenfalls weiterer Schlüsselsektoren der Wirtschaft. Zugleich sprach er sich für eine "Teilung der ökonomischen Macht" auf allen Entscheidungsebenen aus. Auf Unternehmensebene sollten die Gewerkschaftssektionen anerkannt werden und die Möglichkeit haben, gemeinsam mit den Unternehmenskomitees "eine wirkliche Kontrolle auszuüben und an der Leitung teilzunehmen." Auf regionaler und industrieweiter Ebene sollten entsprechende Organe eingerichtet werden.¹⁸⁰⁾

Der 1961 einberufene 31. Kongreß befaßte sich dann ausführlich mit den Problemen der Lohn- und Einkommenspolitik.¹⁸¹⁾ Nach den Erfahrungen mit der Senkung des Reallohns und der Sozialausgaben in den Jahren 1958 - 1960 forderte der Berichterstatter René Bonéty eine "Politik der Reallöhne", in die nicht nur der individuelle Lohn, sondern auch der "Soziallohn" (Familienzulagen, Sozialversicherung, Renten usw.) miteingeschlossen werden müsse. Während aber die CGT zur Sicherung des in den Lohnkämpfen errungenen Reallohnlevels die Preisindexverknüpfung der Löhne gefordert hatte, sprach sich die CFTC für Verhandlungen über alle Formen des Einkommens aus. Damit hatte sich die CFTC mit dem Prinzip der Einkommenspolitik im Rahmen einer "demokratischen Planung" einverstanden erklärt. Sie verlangte für die Werktätigen einen "gerechten Anteil am Volkseinkommen",¹⁸²⁾ wobei sie dann aber in Ermangelung eines konkreten Gerechtigkeitskriteriums für die Verteilung des Gesamtprodukts die Forderung nach dem "gerechten Lohn" (*agir pour que le salaire soit un juste salaire*) unversehens mit der Forderung nach einer gerechten und d.h. gleicheren Verteilung des Lohnfonds (*masse salariale*) unter die Lohnabhängigen vermischte. So blieb die an sich gerechtfertigte Forderung nach Abbau der vielfach willkürlichen Lohnhierarchie, der Lohnzonen sowie nach Überwindung der Lohndrift (Kluft zwischen den Tarif- und Effektivlöhnen) ohne die klare Stoßrichtung einer

aktiven gewerkschaftlichen Lohnpolitik, wie sie die CGT mit ihrer Forderung nach Erhöhung der Lohnquote bei gleichzeitiger Nivellierung der Lohndifferenzen formuliert hatte. Das Schwanken zwischen einer klassenbewußten, antikapitalistischen und einer integrationistischen Gewerkschaftskonzeption blieb damit auch Anfang der 60er Jahre selbst noch für die Vertreter des linken CFTC-Flügels (Declercq und Bonéty) charakteristisch.

Noch offener trat der Widerspruch zwischen gewerkschaftlichem Anspruch und integrationistischer Praxis in der Lohnstrategie der FO zu Tage. Einerseits sprach sich die FO stets für die Aufrechterhaltung der vollen Tariffreiheit aus, "ein Aspekt, der in den totalitären Staaten, kommunistisch oder faschistisch, nicht existiert ...", sie wendet sich daher auch gegen jede Form der Einkommenspolitik, "die dem normalen Spiel des Gewerkschaftswesens keinen Raum läßt, die sozialen Beziehungen politisiert (!) und direkt zum Mißbrauch der Autorität führt. ... Die FO widersetzt sich jeder Konstruktion, die die Gewerkschaften auf die Rolle der Registratur oder der Exekution reduziert. Sie akzeptiert es nicht ... ein einfacher Transmissionsriemen zwischen Staat und Arbeiter zu werden."¹⁸³⁾ Freilich droht sie aber mit ihrer Konzeption der produktivitätsorientierten Lohnpolitik genau in die Gefahr zu geraten, die sie bei ihrer Ablehnung der Einkommenspolitik 1964 vermeiden wollte. Ihre Strategie, "die Lohnabhängigen am Fortschritt der Produktivität und des Wohlstandes zu beteiligen" indem sie die "doppelt-gleitende Lohnskala fordert, die die Löhne gleichzeitig mit den Preisen und der Produktivität verknüpft."¹⁸⁴⁾, führt geradewegs in die Position einer solchen, bestenfalls klassenneutralen Registraturstelle für Preisentwicklung und Produktivitätsmessung.

1.4.4 Der Bergarbeiterstreik von 1963

In dem bereits erwähnten Brief des Premierministers M. Debré an den Unternehmerverband hatte Debré eine jährliche Nominallohnsteigerung von 4% vorgeschlagen und sich dabei gegenüber dem Verbandspräsidenten Villiers verpflichtet, diese Rate im öffentlichen und nationalisierten Sektor einzuhalten. Dennoch sind die Nominallöhne, aufgrund der ansteigenden Streikaktivität und des hohen nominellen Wachstums zwischen 10% und 12% bei einer jährlichen Inflationsrate von etwa 6%, im privaten Sektor in den Jahren 1961 - 1963 jeweils um rund 8% gestiegen, wodurch sich in diesem Bereich eine leichte Reallohnsteigerung ergeben hatte.

Trotz der wieder ansteigenden Inflationsrate versuchte die Regierung jedoch ihre inzwischen in den Planungsgremien auf 6% korrigierten Lohnprojektionen im öffentlichen und nationalisierten Sektor durchzusetzen. Von dieser Politik wurden die Bergarbeiter besonders hart betroffen. Seit mehreren Jahren hatte ihnen der Staat als Unternehmer, unter Berufung auf die Strukturkrise des Bergbaus, Lohnerhöhungen verweigert, vorübergehend "Kurzarbeit" eingeführt und dabei die Bergarbeiter mit wachsender Arbeitslosigkeit durch langsame aber regelmäßige Schließung von Zechen bedroht.

Zu Beginn des Jahres 1963 errechneten die Gewerkschaften einen Lohnrückstand der Bergarbeiter von 11% gegenüber dem privaten Sektor, die Regierung wollte dagegen nur eine Erhöhung von 5,77% für den Zeitraum 1. Januar 1963 bis 31. März 1964 zugestehen. Daraufhin kam es vom 1. März bis Anfang April zu einem fünfwöchigen nationalen Bergarbeiterstreik. Trotz der auftretenden Versorgungsschwierigkeiten gelang es den Bergarbeitern eine breite Sympathie für ihre Forderungen in der arbeitenden Bevölkerung zu gewinnen. Die entscheidende Niederlage mußte die Regierung in Lothringen hinnehmen, als sie in den ersten Streiktagen versuchte, die in den vergangenen Jahren überwiegend für de Gaulle stimmenden Bergarbeiter der Region

zur Wiederaufnahme der Arbeit "im nationalen Interesse" zwangszuverpflichten.

Die wenigen Kumpels, die gekommen waren, um zu sehen, ob die Arbeit wieder aufgenommen wird, konnten ohne Zwischenfälle von den Streikposten überzeugt werden. Der Streik wurde nahezu 100%ig befolgt. Besonders spektakulär war das Verhalten der Ingenieure und der leitenden Angestellten, die zunächst einen Tag gestreikt hatten und anschließend die Hälfte ihres März-Gehalts an die Gewerkschaften überwiesen. Nach diesem Vorbild wurden im ganzen Land Unterstützungsfonds gebildet und selbst ein Teil der bürgerlichen Presse konnte nicht umhin, die Berechtigung der Forderung der Bergarbeiter anzuerkennen.

Daraufhin setzte die Regierung einen aus drei Mitgliedern bestehenden Sachverständigenrat ein, der die Lohnsituation prüfen sollte. Die "drei Weisen" sprachen sich für 8%ige Lohnerhöhungen aus. Weder Regierung noch Gewerkschaften waren hiermit einverstanden, der Streik dauerte noch mehr als 2 Wochen an. Erst Anfang April kam es zu einer Regelung wonach die Löhne vom 1. April an um zunächst 6,5% und anschließend stufenweise bis zum 1. Januar 1964 um 11% und ab 1. April 1964 um 12,5% erhöht wurden. Darüber hinaus wurde der Jahresurlaub um eine Woche auf 4 Wochen verlängert.¹⁸⁵⁾

Die Einkommenspolitik der Regierung war damit auch praktisch gescheitert. Die Bedeutung der Bergarbeiterstreiks reicht aber darüber noch hinaus. Erstmals war es bei einem nationalen Streik zu einer mehrwöchigen Aktionseinheit aller drei Gewerkschaften gekommen, die bis zu einem erfolgreichen Ende durchgehalten hatte und erstmals seit Errichtung des gaullistischen Regimes war es einem traditionsreichen Teil der Arbeiterklasse gelungen, durch seine Kampfentschlossenheit und die Solidarität der übrigen Arbeiter, einschließlich der früher zumeist auf Seiten der Unternehmer bzw. des Unternehmer-Staates stehenden Angestellten-Schichten, in direkter Konfrontation mit der im gaullistischen Staat konzentrierten Kapitalmacht einen ökonomisch wichtigen Erfolg zu erzielen,

dessen psychologische Wirkung unverkennbar war. In der Folge des Bergarbeiterstreiks stieg die Streikaktivität in fast allen Sektoren und zahlreichen Regionen sprunghaft an. Mit fast 2.400 Streiks, über 2,6 Millionen Streikenden und knapp 6 Millionen Streiktagen erreichte das Jahr 1963 einen Höhepunkt in der Geschichte der V. Republik vor der großen Massenstreikbewegung von 1968. In diesem Sinne stellte der Bergarbeiterstreik vom März 1963 einen Wendepunkt in der Entwicklung des Kräfteverhältnisses der Klassen in dieser Etappe dar und beschleunigte den Prozeß der Annäherung zwischen den Gewerkschaften und darüber hinaus auch zwischen den Parteien der Linken.¹⁸⁶⁾

1.4.5 Entkonfessionalisierung der CFTC - Gründung der CFTD

Die schon nach der Befreiung und Anfang der 50er Jahre einsetzenden Entkonfessionalisierungstendenzen innerhalb der CFTC (vgl. S. 34f) hatten sich in den folgenden Jahren weiter verstärkt. Das Verhalten der klerikalischen CFTC-Mehrheitsvertreter beim Abbruch der Streikbewegung im August 1953 (vgl. S. 41ff) löste in der Gewerkschaft heftige Richtungskämpfe aus. Die Minderheitsfraktion (Reconstruction) verweigerte auf dem nachfolgenden Kongreß 1955 ihre Zustimmung zum Vorstandsbericht über die Vorgänge des August 1953. Sie warf der Mehrheit vor, durch die geheimen Verhandlungen mit den MRP-Ministern die Streikbewegung auf rein ökonomische Forderungen reduziert und die politische Stoßkraft gegen die konservative Regierung Laniel bewußt gebrochen zu haben. Diese Kritik wurde von immerhin rund 40% der Delegierten unterstützt.

Die Stärkung der Opposition gegen den Klerikalismus der CFTC-Führung um Gaston Tessier war vor allem das Resultat eines Wandels in der sozialen Struktur an der Gewerkschaftsbasis. Das Wachstum der Mitgliederzahl nach dem Kriege hatte eine Stärkung der Industriearbeiterschaft

gegenüber den früher dominierenden Angestelltenschichten nach sich gezogen.¹⁸⁷⁾ Kennzeichnend hierfür war, daß die Metallgewerkschaft, deren Mitgliederzahl rasch gestiegen war, gemeinsam mit der Chemie- und der Bauergewerkschaft immer mehr zu einem Zentrum der Opposition wurde. Der Kongreß der CFTC-Metaller sprach sich 1957 erstmals für einen "demokratischen Sozialismus" aus. Die Opposition konnte sich dann schon 1959 mit der Konzeption einer "demokratischen Planung" weitgehend durchsetzen, ohne daß damit freilich die ideologischen und praktischen Widersprüche der christlichen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung schon überwunden worden wären.¹⁸⁸⁾

Auf dem Bundeskongreß 1961 wurde der Vorsitzende der Metallgewerkschaft E. Descamps zum Generalsekretär der CFTC gewählt und 1963 wurde mit einer Mehrheit von 56% ein Sonderkongreß für die Entkonfessionalisierung des Verbandes beschlossen.

Auf diesem Sonderkongreß, der im November 1964 stattfand, sprachen sich über 70% der Delegierten für die Annahme einer neuen Satzung aus, in der der Beitrag des "christlichen Humanismus" zur Gewerkschaftsidee gleichberechtigt neben "anderen Formen des Humanismus" steht. In Artikel 1 der neuen Satzung heißt es: "Der Verband vereinigt Gewerkschaften, die für alle Arbeiter offen sind, die entschlossen sind, in gegenseitiger Achtung ihrer persönlichen philosophischen, moralischen oder religiösen Überzeugungen, ihre gemeinsamen Interessen zu verteidigen und für die Errichtung einer demokratischen Gesellschaft freier und verantwortungsbewußter Menschen zu kämpfen."¹⁸⁹⁾

Dieser Text war insofern ein Kompromiß, als sich die Metaller mit ihrer Zielvorstellung eines "demokratischen Sozialismus" nicht hatten durchsetzen können. Darüber hinaus blieben vor allem in der Präambel noch verschiedene Elemente der katholischen Soziallehre und des philosophischen Personalismus erhalten, die allerdings weitgehend von der klerikalen Terminologie befreit waren. Der Name des Verbandes wurde in "Confédération Française

Democratique du Travail" (CFDT) geändert.

Die überwiegende Mehrheit der Delegierten, die nicht für die Satzungsänderung gestimmt hatten, blieben dennoch in der neuen CFDT. Nur eine Minderheit, die etwa 8% - 10% der ehemaligen CFEC-Mitglieder vertraten, entschlossen sich, einen eigenen Verband zu gründen, der den Namen "CFEC-Maintenance" trägt. In den folgenden Jahren blieb dieser Verband aber faktisch einflußlos.^{189a)}

1.4.6 Das Verhältnis der Gewerkschaften zueinander um die Mitte der 60er Jahre und das Abkommen zwischen CGT und CFDT (1966)

Obwohl der Gewerkschaftspluralismus, d.h. das Nebeneinanderbestehen mehrerer Gewerkschaftsverbände, in Frankreich seit den Jahren unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg eine historische Tatsache ist und seither sogar eine gewisse Tradition entwickelt hat, die nur in politisch außergewöhnlichen Situationen wie Volksfront und Résistance weitgehend überwunden werden konnte, ist das Bedürfnis nach Gewerkschaftseinheit, noch unmittelbarer als das nach politischer Einheit, innerhalb der Arbeiterklasse stets lebendig geblieben.

In einem strengen Sinne gehört das Moment der Einheit zum Wesen der Gewerkschaftsbewegung, eine Tatsache, die sich in jeder gewerkschaftlichen Kampffraktion als praktische Notwendigkeit erweist, von der Erfolg oder Mißerfolg in starkem Maße abhängig ist. In der gesellschaftlichen Realität kann das Prinzip der Gewerkschaftseinheit allerdings verschiedene Formen annehmen, die von punktuellen Aktionseinheiten über längerfristige Bündnisse auf der Grundlage gemeinsamer Plattformen bis zur organisatorischen Einheit reichen.¹⁹⁰⁾

Aufgrund der geschilderten historischen Bedingungen ist das Einheitsprinzip in Frankreich von 1947 bis zur Mitte der 60er Jahre kaum über die niedrigste Stufe punktueller Aktionseinheiten hinausgekommen und häufig wurde nicht

einmal diese erreicht. Immerhin hatten sich in einzelnen Phasen gewisse Annäherungen zwischen den verschiedenen Zentralen ergeben, in denen immer wieder die Hoffnung auf eine längerfristige, schrittweise Überwindung des Pluralismus aufkam.

Die CGT hat stets die Konzeption vertreten, daß sich die organisatorische Einheit (unité organique) nur als Resultat einer stetigen und systematisch betriebenen Politik der Aktionseinheit (unité d'action) ergeben könne, die sich im Verlauf längerer Kampfperioden, von punktuellen Aktionseinheiten an der Basis ausgehend, auf die verschiedenen Ebenen der Organisationsstrukturen ausdehnen würde um sich dann zunächst bis zu formellen Aktionsbündnissen zwischen den Zentralen zu entwickeln. Erst danach könne man adäquate organisatorische Übergangsformen finden, deren Ziel die Einheitsgewerkschaft sein solle ("Une seule classe ouvrière, une seule organisation syndicale"). Diese Konzeption hatte allerdings lange Zeit kaum eine Realisierungschance, zumal die CGT sich in den 50er Jahren, auch als die CFTC sich immer deutlicher zur zweitstärksten Gewerkschaft entwickelte, stets noch in erster Linie um die Wiedervereinigung mit der FO bemühte, deren Führungsspitze jedoch nach wie vor von einem militanten "Anti-Céguétismus" geprägt war.¹⁹¹⁾

Erst Anfang der 60er Jahre zeichnet sich im Kampf gegen die faschistischen Tendenzen der algerischen Ultras und für den Frieden in Nordafrika eine stärkere Hinwendung der CGT zur CFTC ab, die in vielen Fällen zu konkreten Aktionsbündnissen führte; aber auch in dieser Phase blieb das "Klima" zwischen den drei Gewerkschaftszentralen eher gespannt. Erst der Bergarbeiter-Streik von 1963 brachte hierin eine fühlbare Verbesserung, die sich in den zahlreichen Streiks des Jahres 1963 zugunsten der Arbeiterklasse bemerkbar machte.

Dennoch kam der Vorschlag des Sekretärs der FO-Chemie-Gewerkschaft Maurice Labi¹⁹²⁾ zur Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit in dieser Branche "als mächtiges Beispiel für die anderen Sektoren und darüber hinaus für die

Gewerkschaftsbünde" im September 1963 völlig überraschend. Die Chemie-Gewerkschaft der CGT erklärte sich sofort zu Verhandlungen bereit, während die CFTC-Chemie, bei gleichzeitiger Betonung ihrer Bereitschaft zur Aktionseinheit, die organisatorische Einheit "zum gegenwärtigen Zeitpunkt" ablehnte.¹⁹³⁾

Die FO-Führungsspitze reagierte dagegen besonders heftig auf die Aktion ihrer eigenen Chemie-Föderation. Der Generalsekretär Bothreau sprach auf dem kurz darauffolgenden FO-Bundeskongreß von "Einfaltspinseln der Gewerkschaftsbewegung" (gribouilles du syndicalisme), die sofort die Gewerkschaftseinheit herstellen wollten. Der "Immobilismus" der FO in dieser Beziehung sei "gewollt und freiwillig" und ein "Mittel zur Verteidigung der Freiheit"; der Kongreß sprach sich mit großer Mehrheit gegen den Vorschlag Labis aus.¹⁹⁴⁾ Wenn dieser Vorstoß, ähnlich wie ein Versuch bei den Beamten, auch scheiterte, hatte die Diskussion um die Gewerkschaftseinheit dennoch neue Impulse bekommen.

In dieser Situation richtete die CGT, anlässlich ihrer 70-Jahrfeier im Mai 1965 einen Appell an alle Gewerkschaften zur Intensivierung der Aktionseinheit und zur Aufnahme von Verhandlungen über die Bedingungen einer zukünftigen Gewerkschaftseinheit.¹⁹⁵⁾

Während die FO überhaupt nicht reagierte, erklärte sich die CFTC nach einigen vorbereitenden Gesprächen zu Verhandlungen über ein Aktionsbündnis bereit.

Am 10. Januar 1966 veröffentlichten die beiden Gewerkschaftszentralen erstmals in der französischen Gewerkschaftsgeschichte ein gemeinsames Aktionsprogramm, das als Grundlage für ein längerfristiges Bündnis beider Organisationen dienen sollte.

Die wichtigsten Ziele des Programms waren:¹⁹⁶⁾

1. Verbesserung der Kaufkraft sowie der Arbeits- und Lebensbedingungen durch:
 - Verhandlungen über die effektiven Reallöhne und über konkrete Arbeitsbedingungen, vor allem über die Verkürzung der Arbeitszeit;

- Abschaffung der Lohnzonen und Aktionen gegen die regionalen Lohnunterschiede;
 - Verbesserung der Kaufkraft besonders benachteiligter Gruppen (Mindestlohnempfänger, große Familien, Rentner usw.);
 - Ausgleichszahlungen für Kurzarbeit;
 - Verbesserung des Sozialversicherungswesens
2. Verteidigung und Ausdehnung der betrieblichen Gewerkschaftsrechte;
 3. Kürzung der unproduktiven Staatsausgaben zugunsten öffentlicher Investitionen im Wohnungsbau, im nationalen Bildungs- und Gesundheitswesen;
 4. Sicherung der Arbeitsplätze durch Schaffung neuer Industrien mit öffentlichen Finanzmitteln unter öffentlicher Kontrolle;
 5. Umverteilung der Steuerlast durch Steuerbefreiung der niedrigen Einkommen und Schaffung einer Progressivsteuer, die sowohl die Höhe als auch die Art des Einkommens berücksichtigt, Kampf gegen die Steuerhinterziehung;
 6. Kampf gegen die staatliche Einkommenspolitik im öffentlichen und nationalisierten Sektor.

Beide Organisationen vereinbarten, jede dieser Grundforderungen weiter zu diskutieren und im einzelnen durch präzise Programme zu konkretisieren und dabei die jeweils angemessenen Aktionsmethoden zu bestimmen. Die FO und die Lehrergewerkschaft FEN wurden aufgefordert, sich dem Abkommen anzuschließen; beide lehnten, allerdings aus sehr unterschiedlichen Gründen, ab. FO erklärte: "Solange die CGT sein wird was sie ist, d.h. ein Instrument der Kommunistischen Partei, wird die Gewerkschaftseinheit unmöglich sein."¹⁹⁷⁾ FEN warf dagegen der CFDT vor, selbst nach der offiziellen Entkonfessionalisierung noch von der klerikalischen Hierarchie abhängig zu sein und die volle Laizisierung der Schule abzulehnen.¹⁹⁸⁾

Trotz dieser Ablehnung entwickelte sich in der Folge des

Programms eine breite Streikwelle, weil weder Unternehmer noch Staat bereit waren, auf die Forderungen der beiden Gewerkschaften einzugehen. Die Zuspitzung der Klassenkämpfe in den Jahren 1966/67 und die Folgen der sich in diesem Zeitraum auch in Frankreich auswirkenden westdeutschen Rezession waren die unmittelbaren Voraussetzungen für die Entwicklung des Klimas, in dem der Polizeiterror gegen eine rasch anschwellende Studentenbewegung die bisher größte Streikbewegung in der französischen Geschichte auszulösen vermochte.

Bevor wir jedoch zur Darstellung und Analyse der Mai-Juni-Ereignisse von 1968 und der sich daran anschließenden Klassenauseinandersetzungen übergehen können (vgl. Kapitel 3. und 4.), müssen zunächst die sich seit etwa Mitte der sechziger Jahre abzeichnenden sozial-ökonomischen Krisenphänomene und ihre Auswirkungen auf die unmittelbaren Arbeits- und Lebensbedingungen der französischen Arbeiterklasse etwas eingehender untersucht werden.

Allein aus dem konkreten Zusammenwirken dieser objektiven sozialökonomischen Entwicklungstendenzen mit dem bereits angedeuteten allmählichen Wiedererstarken der Arbeiterbewegung seit etwa 1963 lassen sich Ausmaß, Formen und Zielsetzungen der verschärften Klassenkonflikte der letzten fünf Jahre hinreichend begreifen.

2. ZUR SOZIAL-ÖKONOMISCHEN LAGE DER FRANZÖSISCHEN ARBEITERKLASSE IN DEN 60ER JAHREN

2.1 Unterindustrialisierung und Überakkumulation - Zur Entwicklung der strukturellen Krise des Kapitalismus in Frankreich

Die offenkundige Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen in Frankreich seit Mitte der 60er Jahre und die daraus hervorgehende Politisierung des Bewußtseins der Arbeiterklasse, die in den beiden folgenden Kapiteln untersucht werden, haben ihre reale Grundlage "in letzter Instanz" in den wachsenden Schwierigkeiten der Kapitalverwertung auf gesellschaftlicher Stufenleiter und den damit verknüpften vielfältigen Krisenerscheinungen in nahezu allen Bereichen des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses. Der sich in Frankreich seit etwa 1963 abzeichnende, in den Jahren 1966 - 1968 manifest werdende Umschwung in den allgemeinen Bedingungen der Kapitalverwertung deutet, mit den vergleichbaren Tendenzen in den anderen hochentwickelten kapitalistischen Ländern, auf den Beginn einer längerfristigen Periode der Überakkumulation von Kapital auf der Ebene des Weltmarktes hin, die im Zusammenwirken mit den spezifischen Strukturschwächen der einzelnen kapitalistischen Länder eine wachsende Labilität des gesamten ökonomisch-politischen Systems des internationalen Kapitalismus hervorgerufen hat.

Bevor wir in einer kurzen Skizze zu den unmittelbaren Ursachen dieser jüngeren Krisenerscheinungen übergehen können, sollen wenigstens cursorisch einige der spezifischen Entwicklungsschwierigkeiten der Kapitalentfaltung in Frankreich, vor allem unter dem Aspekt der Klassenauseinandersetzungen, in einem historisch längeren Zeitraum behandelt werden, um aus deren Zusammentreffen mit den veränderten Akkumulationsbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene um die Mitte der 60er Jahre die

besonderen Krisenphänomene in Frankreich darstellen zu können. Allein aus den Versuchen zur Überwindung der Probleme einer längerfristigen, strukturellen Überakkumulation des Kapitals lassen sich die veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen der französischen Arbeiterklasse, die Bedrohung der individuellen und der gesellschaftlichen Konsumtion bei gleichzeitig objektiv wachsenden Bedürfnissen, die zunehmende Belastung und Existenzverunsicherung am Arbeitsplatz und der wachsende Widerstand der Arbeiterklasse hinreichend begreifen.

2.1.1 Einige politisch-ökonomische Gesichtspunkte in der Entstehungsgeschichte der relativen Unterindustrialisierung Frankreichs und der Versuche zu ihrer Überwindung (Klassenkampf und politische Machtverhältnisse als Determinanten der realen Kapitalentwicklung in Frankreich)

1. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Weltwirtschaftskrise

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war Frankreich nach England das industriell fortgeschrittenste Land der Welt und mit fast 30 Millionen Einwohnern hinter dem zaristischen Rußland das volkreichste Land Europas gewesen. Schon um die Jahrhundertmitte wurde jedoch die ökonomische Vormachtstellung Frankreichs auf dem Kontinent durch die bevölkerungsmäßige und industrielle Entwicklung Deutschlands gefährdet. Im allgemeinen wird angenommen, daß etwa seit den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts das industrielle Potential Deutschlands dasjenige Frankreichs zu überflügeln begann.¹⁾

Die unerwartet schnelle Niederlage der offiziellen französischen Armeen im deutsch-französischen Krieg von 1870/71 beleuchtete schlaglichtartig die Tatsache, daß sich beim erreichten Stand der Militärtechnik das industrielle Zurückbleiben Frankreichs unmittelbar auch in eine militärische Unterlegenheit umgesetzt hatte.

Der Verlust eines großen Teils des industrialisierten Lothringens an das Deutsche Reich beschleunigte die ungleiche ökonomische Entwicklung noch weiter.

Die traditionelle Neigung des französischen Großbürgertums zu finanziellen Spekulationen und Manipulationen, die schon die Saint-Simonisten zu Zeiten der Juli-Monarchie beklagt hatten, war durch die sozialistischen Tendenzen der 48er Revolution noch verstärkt worden und hatte selbst im zweiten Kaiserreich trotz einer insgesamt raschen Entwicklung die freie Entfaltung des industriellen Kapitalismus gehemmt.²⁾ Die Furcht der französischen

Bourgeoisie vor der revolutionären Dynamik des Industrie-proletariats erreichte nach den Erfahrungen der Pariser Commune von 1871 ihren Höhepunkt. Die für das in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts beginnende imperialistische Stadium des Kapitalismus ohnehin kennzeichnende Tendenz zu Kolonialismus, Kapitalexport und Bankkapitalismus³⁾ wurde mehr und mehr zu einem Wesensmerkmal des kapitalistischen Entwicklungstypus in Frankreich. Besonders kennzeichnend ist dabei, daß die französischen Kapitalexperte hauptsächlich als Leihkapital an die Länder der europäischen Peripherie (Rußland, Türkei, Nordafrika) und Lateinamerika vergeben wurden und erst in zweiter Linie produktive Investitionen in den Kolonien darstellten, so daß W.I. Lenin in seinem Buch "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" bemerken konnte: "Im Unterschied zum englischen Kolonialimperialismus könnte man den französischen einen Wucherimperialismus nennen."⁴⁾ Die Gesamtsumme der französischen Kapitalanlagen im Ausland erreichte noch vor dem 1. Weltkrieg die enorme Höhe von ca. 50 - 60 Milliarden Goldfrancs, etwa die Hälfte aller in Wertpapieren angelegten Kapitalien.⁵⁾ Demgegenüber blieb die industrielle Entwicklung Frankreichs im Vergleich zu den jungen aufstrebenden Industriestaaten USA und Deutschland immer weiter zurück. Während sich das Volumen der industriellen Produktion von 1860 bis 1913 in den USA verzehnfachte, in Deutschland versiebenfachte, hatte es sich in Frankreich nur vervierfacht, allerdings in Großbritannien gar nur verdreifacht.⁶⁾ Dennoch entwickelte sich aber auch in Frankreich die Industrieproduktion von den 1870er Jahren bis zum 1. Weltkrieg, insbesondere in der sogenannten "belle époque" von 1895 - 1912, noch deutlich rascher als in der darauffolgenden Periode bis zum 2. Weltkrieg.⁷⁾

In dieser Phase des Imperialismus entstanden auch in Frankreich die ersten modernen Industrie- und Finanzimperien, die aus der beschleunigten Konzentration und Zentralisation des industriellen Kapitals, des Bankkapitals und ihrer Verschmelzung zum Finanzkapital hervorgegangen sind.

So etwa die Gruppe Schneider-Creusot, die mit der Gruppe de Wendel die wichtigsten Teile der Schwerindustrie und des Maschinenbaus zu beherrschen begann und sich später mit der Banque de L'Union Parisienne, verschiedenen kleineren Banken und zahlreichen Versicherungsgesellschaften zu einem gewaltigen Finanzimperium zusammenschloß; oder die Gruppe der Banque de Paris et des Pays-Bas (Paribas), die zahlreiche Firmen in Nordafrika und mit der ihr verbundenen Banque de L'Indochine in Indochina beherrschte.⁸⁾ Wie in den meisten fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten intensivierte sich auch in Frankreich während des 1. Weltkrieges die Kooperation von Staatsapparat und Großindustrie. Die Kriegswirtschaft erforderte eine exaktere Koordinierung der wichtigsten ökonomischen Aktivitäten, die in zahlreichen gemischten Kommissionen zur Beschaffung von Rohstoffen, Kriegsgerät und Versorgungsgütern institutionalisiert wurde. Im Verlauf des Krieges sah sich der Staat sogar genötigt, selbst zahlreiche Waffenfabriken zu gründen, in denen vor allem Frauen, Einwanderer aus den Kolonien und deutsche Kriegsgefangene beschäftigt waren.⁹⁾

Gleichzeitig wurde der private Monopolisierungsprozeß durch staatliche Unterstützungsmaßnahmen besonders rasch vorangetrieben. So entstand z.B. 1917 mit staatlicher Finanzhilfe das erste große Chemieunternehmen, die "Compagnie nationale de matières colorantes et de produits chimiques", das später im Kuhlmann-Konzern aufging.¹⁰⁾

Als unmittelbare Kriegsfolge waren vor allem im Norden und Osten Frankreichs zahlreiche Industrieanlagen zerstört worden,¹¹⁾ so daß die Industrieproduktion im Jahre 1920 nur etwa 2/3 des Vorkriegsvolumens erreichte. Durch die Zurückgewinnung Elsaß-Lothringens, die wirtschaftliche Angliederung des Saargebietes und die erheblichen Reparationsleistungen des Deutschen Reiches beschleunigte sich aber etwa vom Jahre 1922 an der wirtschaftliche Aufstieg rapide. "Wahrscheinlich wuchs die französische Industrie in den 1920er Jahren schneller als irgendwo

sonst in Westeuropa." ¹²⁾ Von 1921 bis 1929 hatte sich die Industrieproduktion ungefähr verdoppelt. Dies spiegelte sich in einem deutlichen Anstieg des französischen Anteils an der Weltindustrieproduktion, der von 5% (1920) auf 7% (1930) stieg. ¹³⁾ Die Weltwirtschaftskrise traf Frankreich, infolge seiner immer noch weniger engen Verflechtung mit dem Weltmarkt ¹⁴⁾ zunächst viel langsamer als die meisten anderen kapitalistischen Industriestaaten, wirkte sich dann aber umso nachhaltiger aus. "Obwohl die französische Arbeitslosigkeit in den ersten Depressionsjahren bei weitem nicht das Ausmaß wie in den führenden Industrieländern des Westens erreichte, hat die französische Wirtschaft in der ganzen Periode der 30er Jahre wahrscheinlich einen schwereren und dauerhafteren Schaden davongetragen als jedes andere Land." ¹⁵⁾

Von 1930 bis 1937 sank der Anteil Frankreichs an der Weltindustrieproduktion von 7% auf 4%. Im Jahre 1938 lag die Industrieproduktion um ein Drittel unter dem bisherigen Höchststand der Jahre 1929/30 und war damit auf das Niveau des Jahres 1911 zurückgegangen. ¹⁶⁾

Die industrielle "Unterentwicklung" Frankreichs bis zum zweiten Weltkrieg zeigt sich besonders deutlich im relativ niedrigen Anteil des industriellen Sektors am Brutto-Sozialprodukt, der in den 30er Jahren sogar noch einmal deutlich zugunsten der Landwirtschaft und des Dienstleistungssektors zurückging. ¹⁷⁾

In der Periode zwischen den beiden Weltkriegen ¹⁸⁾ setzte sich die Tendenz zur Konzentration der Produktion und des Kapitals dennoch weiter fort. ¹⁹⁾ Freilich entwickelte sich die Konzentration, zumindest was die Zahl der Beschäftigten in den Betrieben betrifft, in den 30er Jahren vorübergehend sogar rückläufig. ²⁰⁾ Seit dem 1. Weltkrieg verschob sich zugleich auch das Schwergewicht des Kapital-exports zu den französischen Kolonien und dabei vor allem nach Indochina. In diesem Zeitraum entstanden zugleich die ersten Formen des direkten Staatseingriffes in den Produktionsprozeß, wenn man einmal von der Ausnahme der Kriegswirtschaft absieht. "Die Periode nach dem ersten

Weltkrieg war die Geburtsstunde der sogenannten 'gemischten Unternehmen', d.h. einer Partnerschaft von privatem und öffentlichen Kapital ... (sie wurden) ... in solchen Produktionszweigen angewandt, an die sich das private Kapital allein nicht heranwagte In die Ölindustrie und insbesondere die chemische Industrie drangen verschiedene gemischte Unternehmen dieser Art ein. In beiden Industrien war Frankreich rückständig. Ganz bewußt gründete der französische Staat mit der Compagnie Française des Pétroles eine Kampfgesellschaft, die bei dem Ringen mit den amerikanischen, britischen und holländischen Riesenfirmen um eine Position auf dem Ölmarkt das nationale Prestige in die Waagschale werfen sollte." 21)

In einer ersten Etappe, bis etwa 1933, blieb der Staat bei solchen Neugründungen oder Umwandlungen zumeist in der Minderheit. Nach 1933 entstanden vor allem im Transportsektor zahlreiche Neugründungen mit staatlicher Mehrheitsbeteiligung.²²⁾ Unter der Regierung der Volksfront wurde dann zunächst die staatliche Beteiligung und Kontrolle an der Banque de France erhöht und anschließend die Eisenbahnen sowie ein Teil der Rüstungsindustrie verstaatlicht. 1937 übernahm der Staat zwischen 66% und 90% der Anteile in der Luftfahrtindustrie. 1938 wurde ein Gesetz "zur allgemeinen Organisation für den Kriegsfall" verabschiedet, das der Regierung gegebenenfalls entscheidende Eingriffe in das gesamte ökonomische Geschehen erlauben sollte.²³⁾ Allerdings konnte dieses Gesetz infolge des deutschen "Blitzsieges" kaum mehr zur nationalen Verteidigung angewandt werden, sondern wurde während des zweiten Weltkrieges von der deutschen Besatzung und dem kollaborierenden Vichy-Regime zu einem Instrument der faschistischen Organisation der französischen Wirtschaft im Interesse der deutschen Kriegsführung umgewandelt.

2. Die Krise des französischen Kapitalismus in den 30er und 40er Jahren (Volksfront, Vichy-Regime, Résistance und Befreiung)

Die spezifischen institutionellen Formen des modernen kapitalistischen Systems in Frankreich sind aus der Grundlagenkrise des Kapitalismus in den 30er und 40er Jahren des 20. Jahrhunderts hervorgegangen und nur aus der inneren Widersprüchlichkeit ihrer relativen Lösung in der Nachkriegszeit heraus zu verstehen.

In den beiden Jahrzehnten zwischen den Kriegen hat sich das Kräfteverhältnis zwischen den Grundklassen des Systems, der Arbeiterklasse und dem kapitalbesitzenden Bürgertum, mehrfach gewandelt. Zu Beginn der Krise, in der ersten Hälfte der 30er Jahre, verschärfte sich in Frankreich, wie in den meisten anderen kapitalistischen Ländern der ökonomische und politische Druck auf die Arbeiterklasse und andere breite Volksschichten. Die Weltwirtschaftskrise wirkte sich nach der Pfund- (1931) und Dollarabwertung (1933) immer deutlicher auch in Frankreich aus. Der Zusammenbruch des Weltmarktes verschärfte die Überakkumulation des Kapitals, die sich in einem raschen Fall der durchschnittlichen Profitrate äußerte. Die in Kartellen und Trusts monopolistisch organisierte Großindustrie vermochte sich freilich diesem Fall durch relativ starre Preise, Drosselung der Produktion bei entsprechender Erhöhung der Arbeitslosigkeit und dadurch möglich gewordener systematischer Lohnsenkung, weitgehend zu entziehen. Der Rückgang der Massenkaufkraft, durch die Kürzung der Beamtengehälter im Rahmen der staatlichen Restriktionspolitik noch verstärkt, wirkte sich vor allem auf die Nachfrage nach agrarischen und industriellen Konsumgütern aus, deren Preise rascher als die der Produktionsmittel zurückgingen.²⁴⁾ Die Krise traf also neben den Arbeitern, Angestellten und Beamten vor allem die Bauern, den Einzelhandel, sowie das zumeist Konsumgüter produzierende kleine und mittlere Bürgertum, das vom wirtschaftlichen Ruin bedroht war.²⁵⁾

Im politischen Bereich führte die Krise zunächst zur Stärkung der extremen Rechten in der "nationalen Union", die das erneut in einen Finanzskandal verwickelte System der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie in ein autoritär-konservatives Regime umzustürzen drohte. Erst unter der unmittelbar faschistischen Bedrohung der Jahre 1934 - 1935 vermochte die Arbeiterklasse ihre innere politische Uneinigkeit vorübergehend zu überwinden und sich an die Spitze einer breiten antifaschistischen Bewegung zu setzen.

Mit dem Wahlsieg der Volksfront im Frühjahr 1936 gelang es, das gesellschaftliche und politische Kräfteverhältnis in den Jahren 1936 - 1938 vorübergehend zu ihren Gunsten zu wenden. Das Scheitern der Volksfrontkoalition angesichts einer sich kontinuierlich verschärfenden innen-, vor allem aber außenpolitischen Situation, führte in den darauffolgenden Jahren 1938 - 1940 jedoch wieder zu einer schrittweisen Stärkung des reaktionären Flügels der französischen Großbourgeoisie, der zuletzt nicht einmal mehr davor zurückschreckte, unter dem Deckmantel chauvinistischer Phrasen die Nation selber zugunsten seiner Profitinteressen zu verraten.²⁶⁾

Im Widerstand gegen die faschistische Besatzung und das Vichy-Regime trafen sich recht unterschiedliche politische und soziale Strömungen, die sich jedoch alle mehr oder weniger deutlich bewußt waren, daß die Niederlage Frankreichs kein zufälliges Ereignis, sondern das notwendige Resultat einer mehr als ein Jahrhundert andauernden ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung war, deren reale Ursachen in der nahezu ununterbrochenen "Herrschaft der 200 großen Familien" über Wirtschaft, Kultur und Politik zu suchen waren. Die III. Republik war darin, trotz zahlloser Regierungswechsel, sowohl mit der Juli-Monarchie wie mit der späteren Phase des II. Kaiserreiches aufs engste verwandt gewesen.²⁷⁾

Bis weit in die Kreise des mittleren Bürgertums war man sich darüber einig, daß der Wiederaufbau Frankreichs nach

der Befreiung nur auf der Basis einer umfassenden Demokratisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens möglich sein werde. Im "Conseil National de la Résistance" (CNR), der 1943 gegründeten Dachorganisation der verschiedenen aktiven Widerstandsgruppen innerhalb Frankreichs, fanden sich daher die Vertreter zahlreicher bürgerlich-demokratischer und christlicher Organisationen mit Gewerkschaftern, Sozialisten und Kommunisten zusammen im gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus.

Im März 1944 verkündete der CNR eine "Demokratische Charta der antifaschistischen Einheit", die ein "Programm für die Neuordnung Frankreichs nach der Befreiung" enthielt. Die wichtigsten Ziele des Programms waren: 28)

- Errichtung der weitestgehenden Demokratie durch die Wiedereinführung des allgemeinen Wahlrechts um dem französischen Volk die Entscheidung zu übertragen (en rendant la parole au peuple français);
- Einführung einer echten wirtschaftlichen und sozialen Demokratie, was die Entfernung der großen Wirtschafts- und Finanzmagnaten (l'éviction des grandes féodalités économiques et financières) von der Leitung der Wirtschaft voraussetzt;
- Rationale Organisation der Wirtschaft, die die Unterordnung der partikularen Interessen unter das Allgemeininteresse garantiert ...;
- Intensivierung der nationalen Produktion gemäß den Richtlinien eines Planes, der vom Staat nach Konsultation der Vertreter aller an der Produktion Beteiligten festgesetzt wird;
- Nationalisierung (le retour à la nation) der großen monopolisierten Produktionsmittel, die Frucht gemeinsamer Arbeit sind, der Energiequellen, der Bodenschätze, der Versicherungsgesellschaften und Großbanken;
- Wiederherstellung der traditionellen Freiheiten einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung, die über weitreichenden Einfluß in der Organisation des

wirtschaftlichen und sozialen Lebens verfügt;

- Ein vollständiges System der sozialen Sicherheit, das allen Bürgern die Existenzmittel sichert, in allen Fällen in denen sie nicht in der Lage sind, sich diese durch ihre Arbeit zu verschaffen, das von den Vertretern der Beteiligten und des Staates verwaltet wird;
- Sicherheit des Arbeitsplatzes, Regelung der Einstellungs- und Entlassungsbedingungen, Wiedereinrichtung der Betriebsdelegierten."

Die im Herbst 1944 in Algier gebildete "provisorische Regierung" unter General de Gaulle war gezwungen, dieses Programm weitgehend zu respektieren. In dem Maße aber, wie der Einfluß der organisierten Arbeiterbewegung im Laufe der folgenden beiden Jahren zurückging verblaßte freilich auch die politische Wirksamkeit des Widerstandsprogrammes. So begannen die ersten Nationalisierungsmaßnahmen zwar schon im Dezember 1944 mit Teilen des Kohlebergbaus, sie verliefen in den folgenden beiden Jahren immer schleppender, um dann 1947, nach dem Ausschluß der Kommunisten aus der Regierung, endgültig gestoppt zu werden (vgl. hierzu Kapitel 1. S.23ff).

Die tatsächlich vorgenommenen Nationalisierungen blieben daher deutlich hinter dem Programm der Widerstandsbewegung zurück, das für die Organisationen der Arbeiterklasse selbst nur ein Minimalprogramm gewesen war, und sie schöpften auch bei weitem nicht die Möglichkeiten der 1946 verabschiedeten Verfassung der IV. Republik aus, die vorsah, daß "jedes Gut, jedes Unternehmen, dessen Nutzung den Charakter eines nationalen öffentlichen Dienstes oder eines faktischen Monopols hat bzw. erlangt, in Gemeineigentum überführt werden muß". Dennoch spielte der nationalisierte Sektor in der ersten Wiederaufbauphase der französischen Wirtschaft eine entscheidende Rolle. Insbesondere deshalb, weil er zum wichtigsten Instrument des ersten "Modernisierungs- und Ausrüstungsplanes" für die französische Wirtschaft wurde.

Mit der seit 1947 forcierten Restauration der kapitalistischen Produktions- und Machtverhältnisse wurden die nationalisierten Unternehmen immer stärker den Interessen des privaten Kapitals untergeordnet, zu dessen staatlicher Finanzierung und damit beschleunigter Akkumulation sie durch Sondertarife, gezielte Auftragsvergabe usw. in erheblichem Maße beitrugen. 29)

Im gleichen Sinne nahm die im Widerstandsprogramm vorgesehene Planung des Wirtschaftsprozesses immer mehr den Charakter eines Instruments zur Steuerung der staatsmonopolistischen Investitionsfinanzierung des privaten Kapitals an.

3. Planification als Instrument zur Überwindung der relativen Schwäche des französischen Kapitalismus (1947 - 1963)

Obwohl die Idee der Planification wirtschaftsdemokratischen Ursprungs ist, zeigt ihre Praxis, daß die ökonomisch und politisch dominierende Klasse der Kapitalbesitzer von allem Anfang an den entscheidenden Einfluß in den verschiedenen Organen zur Vorbereitung des Wirtschaftsplanes gewonnen hatte.

Die beiden wichtigsten Organe sind das staatliche Planungskommissariat als oberstes Koordinierungsorgan der Regierung und die Modernisierungskommission, die für die einzelnen Branchen detaillierte Ziele ausarbeiten und in denen nach den ursprünglichen Vorstellungen die Vertreter "aller an der Produktion Beteiligten" (vgl. S.87) teilnehmen sollten.

Schon die folgende Übersicht über die soziale Zusammensetzung der Modernisierungskommission zeigt deutlich den Charakter den die Planification in der Praxis angenommen hat.

Soziale Zusammensetzung der Kommissionen (Modernisierungskommissionen)

	I. Plan		II. Plan		III. Plan		IV. Plan		V. Plan	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
Gewerkschafter	77	15,6	34	5,6	52	7,4	114	10,8	291	14,9
Bauern	19	3,8	21	3,5	22	3,1	26	2,5	67	3,4
Unternehmer	108	21,9	137	22,7	119	16,9	211	20,0	406	20,8
Beamte	118	23,9	184	30,5	201	28,6	202	19,1	457	23,4
Experten (Prof. usw.)	113	22,9	133	22,0	170	24,1	254	24,1	299	15,4
Vertreter der Unternehmer- verbände	59	11,9	95	15,7	140	19,9	248	23,5	450	23,1
	494	100	604	100	704	100	1055	100	1950	100

Quelle: Bauchet, Pierre, La planification française, vingt ans d'expérience, Paris 1966, S. 54

Der relativ hohe Anteil von Beamten und Experten wird im Ausland, eher als in Frankreich selbst, als Ausdruck des traditionellen französischen Dirigismus angesehen. Tatsächlich sind aber die sozialen Verflechtungen von höherer Beamtschaft, wissenschaftlichen Experten und Unternehmertum in kaum einem hochentwickelten kapitalistischen Land enger als in Frankreich, ³⁰⁾ so daß von einer echten Interessendivergenz dieser Gruppen nicht gesprochen werden kann. ³¹⁾

Frankreich gilt heute als das klassische Land des geplanten Kapitalismus und diente ähnlichen Versuchen in Großbritannien, Italien und selbst in den USA während der Kennedy-Periode als Vorbild. ³²⁾

Zunächst allerdings, mindestens bis zur gaullistischen Machtübernahme 1958, wurden die Planungsversuche in Frankreich von den herrschenden Wirtschaftskreisen in den kapitalistischen Nachbarländern äußerst mißtrauisch betrachtet. Die ursprüngliche Herkunft aus dem Programm der Widerstandsbewegung und "die Ähnlichkeit der Betrachtungsweise,

wenn natürlich auch nicht der Methode, mit der Anfangsphase der sowjetischen Planung",³³⁾ wie sie insbesondere im 1. Plan zum Ausdruck kam, erinnerte viele Unternehmer des Auslandes und zum Teil auch in Frankreich selbst an eine Spielart des "dritten Weges".³⁴⁾ Dieser falsche Schein entstand zunächst aus der verzweifelten wirtschaftlichen Situation des französischen Kapitalismus nach dem Krieg. "Infolge der Zerstörungen und Unterlassungen der Kriegszeit wies die französische Produktionsausrüstung mancherlei Lücken auf. Überdies hatte die Depression der 30er Jahre eine verhängnisvolle Wirkung auf die französische Industrie gehabt - von allen Industrien der fortgeschrittenen westlichen Länder war es allein der französischen Industrie nicht gelungen, das Niveau der Industrieproduktion von 1929, dem Höhepunkt der Prosperität der 20er Jahre, wieder zu erreichen. Der erste Modernisierungsplan, den Monnet 1946 aufstellte, ging bei seinen Produktionszielen von den Zahlen von 1929 aus. Das war der Gipfel der französischen Wirtschaftsleistung gewesen, der nun wieder erklommen werden sollte."³⁵⁾

Der I. Plan (1947 - 1952/53) konzentrierte sich daher auf den "Aufbau und die Modernisierung des Grundlagensektors" um die französische Wirtschaft "von ihren Trümmern zu befreien und die Stagnation der Vorkriegsjahre zu überwinden." Er sollte so schnell wie möglich folgende Aufgaben erfüllen:

- "- Das Energiepotential wiederherstellen (Kohle, Elektrizität, Treibstoff)
- Die Infrastruktur erneuern, die Industrie und Hinterland verbindet (Transport)
- Die Rohstoffe für den Industriebau herstellen (Stahl und Zement)
- Die Landwirtschaft mit einer modernisierten Ausrüstung ausstatten (landwirtschaftliche Maschinen)" ³⁶⁾

Unter diesen Bedingungen mußte der verstaatlichte Sektor einen gewissen Vorrang vor dem privaten Sektor genießen,

so daß die an kurzfristigen Profiterwartungen interessierten Unternehmer vorerst noch skeptisch blieben. So kam es, daß die globalen Produktionsziele des ersten Planes von der verstaatlichten Industrie, für die der Plan von Anfang an "imperativen Charakter" hatte, weit exakter eingehalten wurde als von der privaten, für die er nur "indikative" Geltung besitzt.³⁷⁾

Dennoch wurde die Planerfüllung als erfolgreich angesehen. Die Industrieproduktion hatte schon 1950 weitgehend das Niveau des Jahres 1929 erreicht, die Gesamtproduktion übertraf dieses Ziel 1952. Allerdings war dieser Erfolg im internationalen Vergleich äußerst bescheiden. Im Zeitraum 1929 - 1952 hatte sich z.B. die amerikanische Produktion mehr als verdoppelt.

Der II. Plan (1954 - 1957) sah deshalb neben besonderen Produktionszielen für einzelne Branchen eine globale Steigerung des Sozialproduktes um 25% vor, wobei die landwirtschaftliche Produktion um 20%, die industrielle Produktion um 25 - 30% und die Bauproduktion um 60% erhöht werden sollte.

Zur Erreichung dieses Zieles waren umfangreiche staatliche Finanzhilfen für "einige grundlegende Operationen" zwecks Steigerung der Produktivität durch Modernisierung des Maschinenpotentials³⁸⁾ und der Produktionsmethoden, durch Spezialisierung, Fusionierung und Absprachen auf produktions- und absatztechnischem Gebiet, durch verstärkte Förderung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und durch Qualifizierung bzw. Umschulung der Arbeitskräfte, vorgesehen

Am Ende der II. Planperiode wurden die globalen Ziele weit übertroffen. Das reale Sozialprodukt war um 30% gestiegen; in den einzelnen Branchen war aber die Realisierung der Planziele außerordentlich uneinheitlich. Wie schon in der I. Planperiode war die Steigerung der Produktion von einer starken Inflationstendenz begleitet,³⁹⁾ die nicht zuletzt durch die Milliardenausgaben für die Kolonialkriege in Indochina und Algerien verursacht war. Ab 1956 wuchs die Inlandsnachfrage erheblich

schneller als die nationale Produktion. Die Importe stiegen sprunghaft an, das Wachstum der Exporte ging zurück. Dies führte innerhalb von zwei Jahren (1956 und 1957) zu einem Devisenabfluß von fast zwei Milliarden \$, der die Devisenvorräte überstieg und das Land in eine schwere finanzwirtschaftliche Krise trieb.

Das "Suez-Abenteuer", wie der gemeinsam mit Großbritannien und Israel durchgeführte Überfall auf Ägypten anläßlich der Verstaatlichung des Kanals genannt wurde, und die mehr oder weniger unabhängig von den stets wechselnden Regierungen vorgenommene Forcierung des Algerienkrieges durch die militärische Führung weiteten die Finanzkrise zur allgemeinen politischen Krise aus, die im Mai 1958 mit dem Putsch der Algerien-Generale ihren Höhepunkt und in der Machtübernahme durch de Gaulle ihre Lösung im Interesse der herrschenden Klassen fand.

Mit der Gründung der V. Republik im Herbst 1958 wurde zugleich eine neue Etappe kapitalistischer Entwicklung in Frankreich eingeleitet. Während in der IV. Republik der Einfluß der Vertreter des Großkapitals eher indirekt und von Fall zu Fall über die "Berufspolitiker" vermittelt wurde, zeigt sich seit Beginn der V. Republik eine zunehmende institutionelle und personelle Verflechtung von ökonomischer und politischer Macht. An Stelle der nunmehr verachteten "Berufspolitiker" aus der Zeit der IV. Republik traten mit Pompidou, Debré, Couve de Murville, Giscard D'Estaing, W. Baumgartner u.a. direkte Vertreter der französischen Industrie- und Finanzoligarchie in die entscheidenden Regierungspositionen ein.⁴⁰⁾ Jetzt, da die politische Macht endlich fest in den Händen des Großbürgertums lag, verschwand nach und nach das Mißtrauen gegen die Planung. "Erst unter der V. Republik wurde im Jahre 1958 die Wirtschaftsplanung voll und ganz zur Doktrin des Establishments in Frankreich - und auch dann nicht sofort".⁴¹⁾ Das neue Regime de Gaulle mußte zuerst beweisen, daß es in der Lage war, die Interessen des Großkapitals wirksam zu vertreten, zumal ab 1959 die erste Etappe zur Errichtung des "Gemeinsamen Marktes" mit

einer 10%igen Zollsenkung eingeleitet wurde.⁴²⁾

Der III. Plan (1958 - 1961) definierte deshalb "dringende Aufgaben" zur Wiederherstellung des Zahlungsbilanzgleichgewichtes. Die mit viel nationalistischem Pathos verbrämte "Ermutung der Exportmentalität"⁴³⁾ der französischen Industrie wurde mittels zahlreicher finanzieller Exporthilfen und einer extremen Wirtschaftspolitik gegen die Arbeiterklasse und die Bauern durchgesetzt. Die Abwertung des Franc und die Senkung der Reallöhne verbesserten zwar bei steigenden Profiten die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie, gleichzeitig senkten sie aber die Inlandsnachfrage, so daß sich das Wachstum der Produktion erheblich verlangsamte. Schon 1960 mußte der III. Plan durch einen Übergangsplan (1960/61) ergänzt werden, der ein jährliches Wachstum von mindestens 5,5% (zusammen 11%) vorsah, was durch eine expansive Haushaltspolitik unterstützt wurde. Das globale Wachstumsziel für 1961 (27% über dem Niveau des Jahres 1956) wurde zwar knapp erreicht, aber wiederum zeigten sich in den einzelnen Branchen erhebliche Differenzen.⁴⁴⁾

Die im III. Plan erstmals vorgesehene Verbesserung der Regionalstruktur scheiterte fast völlig. Zwar konnten die Großunternehmen zahlreiche Industrieansiedlungsprämien, Steuererleichterungen usw. in Anspruch nehmen, aber die im Plan vermerkte "Anämie und Stagnation" des westlich der Linie C a e n - Grenoble liegenden Gebietes verstärkte sich eher noch. Die Maßnahmen zur Entballung der Pariser Region führten lediglich dazu, daß zahlreiche Neugründungen in den weiteren Umkreis von Paris verlegt wurden, so daß sich insgesamt die Zentralisationstendenz eher noch verstärkte.⁴⁵⁾

Während die Finanzhilfen des Staates zur Realisierung der Planziele während der IV. Republik noch relativ undifferenziert allen Kapitaleigentümern zugute kam, verstärkte sich in den Plänen der V. Republik der Trend zur Orientierung des gesamten Wirtschaftsprozesses an den Interessen der monopolistischen Großindustrie.

Als Hauptziel des IV. Planes wurde die Integration der

französischen Wirtschaft in den europäischen Markt und den Weltmarkt angesehen. Da die Konkurrenz auf diesen Märkten das Vorhandensein großer Produktionseinheiten voraussetzt, ergab sich daraus gleichsam naturnotwendig die besondere Förderung der Großindustrie.

François Perroux bemerkte hierzu: "Die Monopole in Frankreich und im restlichen Europa gewinnen an relativer Macht Der IV. Plan ist auf eine Wirtschaft ausgerichtet, die auf jeden Fall monopolistisch ist; es ist nicht ausgeschlossen, daß er die Monopole in gewissen Fällen dynamisiert." 46)

Noch deutlicher formuliert es Andrew Shonfield: "Sei dem wie ihm wolle, jedenfalls besteht kein Zweifel, daß die Planung, wie sie in Frankreich betrieben wird, den systematischen Einfluß verstärkt hat, den die Großindustrie auf die Wirtschaftspolitik ausübt." 47)

Diese Tendenz verbirgt sich freilich im IV. Plan noch hinter einen sozialen und technokratischen Fassade. Während die ersten drei Pläne als "Modernisierungs- und Ausrüstungspläne" bezeichnet wurden, erhielt der vierte den Titel "Plan der ökonomischen und sozialen Entwicklung". Er enthielt, im Gegensatz zu den vorangegangenen Plänen, nicht nur konkrete Produktionsziele und globale Wachstumsraten, sondern auch Vorstellungen über die Verteilung des Sozialprodukts.⁴⁸⁾ Damit wurde zum ersten Mal in Frankreich der Versuch einer staatlichen Einkommenspolitik unternommen; dem sich allerdings die Gewerkschaften, wenn auch mit unterschiedlichem Temperament, eindeutig widersetzen.⁴⁹⁾

Der Plan sah eine mittlere jährliche Wachstumsrate des realen Bruttosozialproduktes von 5,5%, eine Preissteigerungsrate von 1% - 2% und eine Zuwachsrate der Nominallöhne von ungefähr 6% vor, was je nach Preisentwicklung eine Steigerung des Brutto-Reallohnes von 4% - 5% bedeutete hätte. So daß F. Perroux, gewiß kein Vorkämpfer der Arbeiterklasse, bemerken mußte: "In den Angaben des Planes läßt sich nicht gerade eine kraftvolle Lohnpolitik erkennen." 50)

Die tatsächliche Entwicklung der Brutto-Reallöhne blieb dann aber noch deutlicher hinter den Projektionen des Planes zurück. Während das reale Wachstum des Sozialprodukts mit 6,8% bzw. 5,6% in den Jahren 1962/63 etwa im Rahmen des Planes verblieb, übertrafen die Preissteigerungen mit jeweils fast 6% weit die Projektionen der Planer. Die Nominal-Lohnsteigerungen von jeweils etwa 8% ergaben somit Steigerungen des Brutto-Reallohnlevels von 2%, was bei Berücksichtigung der Steuerprogression und der sinkenden Kaufkraft der nahezu stagnierenden Familienzulagen eine knappe Behauptung der Kaufkraft bedeutete. Wie von F. Perroux vorhergesehen, blieben "die Arbeiter den Risiken ausgesetzt, die ihnen in einem Monopolkapitalismus drohen. Ihre Reallöhne können durch Inflation gesenkt werden; die Macht der Monopole kann einen Teil ihrer Kaufkraft unterschlagen, die ihnen ohne Hebung des allgemeinen Preisniveaus zugute käme ..." 51)

Besonders benachteiligt waren die Beschäftigten im öffentlichen Sektor, denen die Regierung ihre nominellen Projektionen aufzwingen wollte. Daraufhin entwickelte sich der bereits geschilderte Streik der Bergarbeiter und die sich daran anschließende Streikwelle des Jahres 1963 (vgl. Kapitel 1 S.69ff). Allerdings lösten die damit erreichten Lohnerhöhungen entsprechende Reaktionen des Kapitals aus. Gegen Ende des Jahres 1963 erreichte die Inflationsrate die in der V. Republik bis dahin noch nicht gekannte Höhe von rund 7%, die Exporte gingen zurück, gleichzeitig stiegen die Importe an. Ende 1963 wies die Außenhandelsbilanz erstmals wieder ein Defizit auf, das sich auf 2,4 Milliarden Francs belief.

Nach dem Scheitern der Einkommenspolitik versuchte die Regierung nunmehr mit einem sogenannten Stabilisierungsplan eine Zweitaufgabe des "Dezember-Coup" von 1958, um damit die Akkumulationsbedingungen des Kapitals erneut schlagartig zu verbessern. Freilich vermochte die allmählich wieder erstarkende Arbeiterbewegung einen dem "Dezember-Coup" vergleichbaren Angriff auf ihr Lebensniveau zu verhindern, so daß nunmehr neben der Arbeiter-

klasse und den kleinen Bauern auch große Teile ländlichen und städtischen Mittelschichten Opfer des "Plan de Stabilisation" wurden.

Unter dem Druck des Großkapitals ging die gaullistische Regierung in der folgenden Etappe bis 1968 zu einer planmäßig fortschreitenden Selektierung ihrer Finanzierungsmaßnahmen im Interesse der monopolistischen Konzerne über, und gab damit gleichzeitig die Landwirtschaft, das Handwerk sowie vor allem die kleine, teilweise aber auch die strukturschwache mittlere Industrie (Textil, Bekleidung), der fortschreitenden Krise und dem allmählichen Verfall preis.

Diese Tendenz spiegelt sich wieder in den Zielsetzungen des fünften Plans (1966 - 1970), die den staatsmonopolistischen Charakter der Planification besonders deutlich machen. Der Plan sah eine langfristige Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit durch Förderung und Stärkung einer "kleinen Zahl von Unternehmen oder Unternehmensgruppen von internationaler Größenordnung" vor, die das "Gerüst der künftigen französischen Industrie" bilden sollen.⁵²⁾ Für die wichtigsten Sektoren wird festgestellt, daß "die Zahl dieser Gruppen häufig selbst auf ein oder zwei" beschränkt werden muß. Neben beträchtlichen finanziellen Hilfen für Unternehmenszusammenschlüsse übernahm der Staat auch erhebliche Teile der Kosten für industrielle Forschungen und Entwicklungen, deren Verwertung der Großindustrie vorbehalten bleibt.

2.1.2 Zu einigen Aspekten der Überakkumulation des Kapitals in Frankreich in der zweiten Hälfte der 60er Jahre und ihrer Auswirkungen auf die Lage der Arbeiterklasse

Die Zielsetzungen des "Stabilisierungsplans" von 1963 und vor allem des V. Planes (1966 - 1970) reflektieren, wenn auch ideologisch verzerrt, die seit dem Ende der langen ökonomischen Rekonstruktionsperiode zu Beginn der 60er

Jahre⁵³⁾ sich allmählich abzeichnende Verschlechterung der allgemeinen Kapitalverwertungsbedingungen. Zugleich deuten sie die ökonomisch-politischen Formen an, in denen sich die monopolistische Fraktion des Kapitals der im tendenziellen Fall der gesellschaftlichen Durchschnitts-profitrate erscheinenden langfristigen, strukturellen Überakkumulation des Kapitals zu entziehen sucht:

Diese Formen lassen sich letzten Endes stets auf zwei allgemeine Methoden der monopolistischen Profitmobilisierung zurückführen:

- Vergrößerung der gesellschaftlichen Mehrwertmasse mit allen Methoden der absoluten und relativen Mehrwertproduktion, d.h. Extensivierung und Intensivierung der Ausbeutung der Arbeitskraft
- Umverteilung des Mehrwerts mit allen ökonomischen und politischen Machtmitteln die dem Monopolkapital zur Verfügung stehen, d.h. zugleich aber beschleunigte Entwertung von nicht-monopolistischem Kapital zugunsten des Monopolkapitals.

Beide Methoden erweisen sich jedoch bei näherer Betrachtung, an sich selbst wie auch in ihrer Verknüpfung, als widersprüchlich; sie stellen bestenfalls relative, vorübergehende Lösungsformen der sich aus dem grundlegenden Widerspruch von fortschreitender Vergesellschaftung der Produktion und anhaltender privater Aneignung ergebenden Tendenz zur Überakkumulation dar, die das Problem der Kapitalverwertung auf höherer gesellschaftlicher Stufenleiter stets neu reproduzieren.

Wir können hier die marxistische Theorie der Überakkumulation und Entwertung des Kapitals, wie sie neuerdings von Paul Boccara u.a. im Hinblick auf spezifische Erscheinungen des gegenwärtigen Kapitalismus aktualisiert und in gewissem Sinne verallgemeinert worden ist,⁵⁴⁾ nicht weiter systematisch entwickeln. Wir beziehen uns daher auf die in der Einleitung angedeuteten Grundlinien dieser Theorie und beschränken uns hier auf die Skizzierung einiger wesentlicher Aspekte der Überakkumulation des Kapitals

in Frankreich seit etwa Mitte der 60er Jahre und ihrer Auswirkungen auf die Lage der Arbeiterklasse.

Die ersten Anzeichen einer dauerhaften Überakkumulation von Kapital zeigen sich in Frankreich erst nach 1963, deutlich später als in der BRD. Zwar gibt es gewisse Hinweise dafür, daß die ökonomische Rekonstruktionsperiode in Frankreich ähnlich wie in der BRD in den Jahren 1958 - 1961 zu Ende ging, die politische Machtübernahme de Gaulles und der "Dezember Coup" führten jedoch bei anhaltendem Wachstum der Zahl der Lohnabhängigen, anders als in der BRD, zumindest vorübergehend sogar zu einem Sinken der Lohnquote, die erst 1961 knapp wieder das Niveau des Jahres 1956 erreichen konnte. Durch dieses Herabdrücken des "relativen Lohnes" hatten sich die Verwertungsbedingungen des französischen Kapitals gegenüber den Jahren 1956 - 1958 erheblich verbessert, zumal die internationale Konkurrenzfähigkeit mittels der beiden Abwertungen von 1957/58 um insgesamt 44,1% massiv unterstützt worden war.

Ein gewisser Umschwung zeichnete sich erst im Jahre 1963 ab, als die Arbeiterklasse infolge ihrer langsam wiedererstarkenden Kampfkraft mit 1,4% (von 59,7% (1962) auf 61,1% (1963) den bisher höchsten Jahreszuwachs der Lohnquote seit 1951 erreichen konnte. Wenn sich auch der Anstieg der Lohnquote in den folgenden Jahren wieder erheblich verlangsamte, so war die steigende Tendenz jedoch in der Folgezeit nur in den beiden Jahren 1966/67 durch einen leichten Rückgang durchbrochen worden.⁵⁵⁾

Seit 1963 ergab sich daher durch den verstärkten "Lohn-
druck" auch für das französische Kapital die Notwendigkeit eines rascheren Übergangs zu den Methoden der relativen Mehrwertproduktion, d.h. zur beschleunigten und vor allem breiteren Anwendung neuer, technologisch höher stehender Produktionsverfahren. Diese Entwicklung wurde noch dadurch verstärkt, daß die Inflationsrate im Jahre 1963 mit 7% einen Höhepunkt erreicht hatte und damit die Konkurrenzfähigkeit französischer Waren innerhalb des entstehenden "Gemeinsamen Marktes" und auf dem Weltmarkt

rapide zurückgegangen war. 56)

Mit dem Übergang zu einer technologisch höheren Stufe der Produktion war eine Erhöhung der technischen, im allgemeinen auch der organischen Zusammensetzung des Kapitals verbunden. Sobald die neue Technik daher eine massenhafte Anwendung im gesellschaftlichen Maßstab findet, entsteht ein unmittelbarer Druck auf die Durchschnittsprofitrate des Produktionszweiges. Dieser Druck wurde noch dadurch verstärkt, daß die neue Technik in aller Regel von einem sprunghaften Anstieg des fixen Kapitals und einer entsprechenden Ausweitung der Kapazitäten begleitet war. Um die Mitte der 60er Jahre entstand eine Tendenz zum Sinken der Kapazitätsauslastung, die wiederum ein verstärktes Drängen auf die Außenmärkte einerseits und einen Kampf um die Neuverteilung der inneren Marktanteile andererseits auslöste.

Von daher erklärt sich die sprunghafte Verschärfung der internationalen Konkurrenz in diesem Zeitraum und die sich daran anschließende Welle von Zentralisationsvorgängen in den wichtigsten Industriezweigen, die den Monopolisierungsgrad soweit vorantrieb, daß die überwiegende Zahl der Klein- und Mittelbetriebe des Zweiges entweder ruiniert wurde oder durch ein spezifisches System von Zulieferer- und Kooperationsverträgen technisch und ökonomisch immer mehr von den wenigen Großkonzernen abhängig wurde. Wobei im Regelfall die Profitrate dieser Unternehmen unter den Durchschnitt des Zweiges, bisweilen bis auf den "Unternehmerlohn" herabgedrückt wurde.

In manchen Industriezweigen erwies sich das Wachstum des minimalen Kapitalumfangs durch den technisch bestimmten, also durch Beschleunigung der Umschlagsgeschwindigkeit nicht zu verringernden Anteil des fixen Kapitals als so beträchtlich, daß selbst die Großkonzerne in den westeuropäischen Ländern kaum in der Lage waren, den notwendigen Kapitalvorschuß durch Eigenfinanzierung und private Kreditaufnahme zu finanzieren, so daß der Staat bestimmte Zentralisations- und Investitionsvorgänge finanziell unterstützte bzw. überhaupt erst ermöglichte; so z.B. in Frankreich die Neugruppierung der Stahlindustrie (Plan

Sidérurgique), der Elektro- und Elektronikindustrie (Plan Calcul), der Luft- und Raumfahrtindustrie, des Schiffbaus usw. (vgl. S. 115 ff).

Gleichzeitig entwachsen die zur weiteren Entwicklung der Produktivkräfte notwendigen Forschungs- und Entwicklungsaufgaben immer deutlicher den Dimensionen des Einzelkapitals und erfordern einen stets wachsenden staatlichen Finanzierungsanteil, der in Frankreich schon 1965 rund 31% aller Forschungs- und Entwicklungsausgaben im Wirtschaftssektor ausmachte. 57)

Der gesellschaftliche Charakter der modernen Produktionstechnik erweist sich auch daran, daß ihre Nutzung häufig die Schaffung eines umfangreichen Infrastrukturnetzes voraussetzt und die fertiggestellten Anlagen nicht selten den Naturhaushalt einer ganzen Region direkt zu beeinflussen vermögen, so daß nicht nur die ökonomischen und sozialen, sondern in wachsendem Maße auch die natürlichen (Umwelt) Lebensbedingungen der Gesellschaft betroffen werden. 58)

All diese, vom gesellschaftlichen Standpunkt den Produktionskosten hinzuzurechnenden Aufwendungen, stellen vom Standpunkt des Einzelkapitals "externe Effekte" dar, die entweder vom Staat finanziert werden oder aber die Lebensbedingungen der Bevölkerung außerhalb der Produktionssphäre belasten. Es ist dies ein spezifischer Aspekt der kapitalistischen Produktionsweise, die wie Marx sagt, "sehr verschwenderisch mit den materiellen Mitteln umgeht und auf der einen Seite für die Gesellschaft verliert, was sie auf der anderen Seite für den einzelnen Kapitalisten gewinnt." 59)

Die Externalisierung der für die Verwertung des Monopolkapitals ungünstigen Folgen der ökonomisch-technischen Entwicklung in den nicht-monopolistischen Sektor oder auch in die den materiellen Produktionsprozeß nicht unmittelbar zugeordneten Bereichen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses kennzeichnet die Methode mit der sich das Großkapital der strukturellen Überakkumulation zu entziehen versuchte. Daraus entstanden die spezifischen Krisen-

phänomene im Bildungs-, Gesundheits-, im öffentlichen Verkehrswesen usw. und die vielfältigen Versuche, einen stets wachsenden Teil der Steuerlast auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen.

Die mit der fortschreitenden Vergesellschaftung der Produktion und der wachsenden organischen Zusammensetzung des Kapitals drohende Verschlechterung der Kapitalverwertungsbedingungen hat eine Reihe von Gegenmaßnahmen des Kapitals ausgelöst, die in vielen Fällen zumindest zeitweise zu einer Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse geführt hat. Wenn auch deren Widerstand eine allgemeine und dauerhafte Verschlechterung verhindern konnte, so hat doch die allgemeine Unsicherheit der Existenz des Arbeiters seit Mitte der 60er Jahre deutlich zugenommen.⁶⁰⁾ Kennzeichnend hierfür ist der sprunghafte Anstieg der Arbeitslosigkeit infolge "technologischer Freisetzung", vor allem der weniger qualifizierten Arbeitskräfte seit 1965. Zwar hat auch dieses Phänomen, überwiegend aus politischen Gründen, keinen dauerhaften und massenhaften Charakter annehmen können, die hohe Rate des Arbeitsplatzwechsels, die bei diesen Arbeiterkategorien und bei einem Teil der Techniker, Ingenieure und wissenschaftlichen Angestellten seither zu verzeichnen ist, hat aber für das Kapital in ökonomischer Hinsicht vielfach einen ähnlichen Effekt wie eine Massenarbeitslosigkeit, denn sie erhöht zu jedem beliebigen Zeitpunkt die Zahl der "disponiblen" Arbeitskräfte, was sich sowohl für die saisonal und konjunkturell schwankenden Bedürfnisse des Kapitals nach Arbeitskräften günstig auswirkt, als auch den von der "Vollbeschäftigung" ausgehenden "Lohndruck" vermindert. Dieser "Lohndruck" der für das Kapital selbst dann entsteht, wenn das Wachstum der individuellen Reallöhne hinter dem des Gesamtprodukts zurückbleibt,⁶¹⁾ erweist sich als Ausgangspunkt zahlreicher Maßnahmen sowohl auf der Ebene des Gesamtkapitals (mit den Versuchen zur staatlichen Einkommenspolitik) als auch auf der Ebene des Einzelkapitals (Betriebsvereinbarungen über die Lohnmasse usw.) und steht in engem Zusammenhang mit allen anderen Formen

der Kostenökonomie des Kapitals, die mit den technischen Veränderungen des Arbeitsprozesses eine qualitativ neue Stufe erreicht hat.

Die offenkundigste Erscheinung ist hierbei die mit dem Wandel des Arbeitsprozesses verbundene Vielfalt neuer Lohnformen, deren Wesen letzten Endes stets darin besteht, eine "Ökonomisierung" des variablen Kapitalteils zu erreichen. Sie sind daher in aller Regel entweder mit einer einfachen Intensivierung der Arbeit verbunden (so etwa die MTM-Verfahren) oder aber sie prämiieren darüber hinaus noch weitere "Leistungsmerkmale" wie Pünktlichkeit, Betriebs-treue, Verhalten gegenüber Vorgesetzten usw. (so etwa das MDW-System). Die Komplexität des modernen Produktionsprozesses läßt häufig die Zurechnung des Produktionsergebnisses zu einer einzelnen Arbeitsleistung, wie sie für den Stücklohn charakteristisch ist, nicht mehr zu, so daß an seine Stelle vielfach die scheinbar objektive Methode der "analytischen Arbeitsplatzbewertung" tritt, deren Vorzug für das Kapital neben der Ökonomisierung, vor allem in ihrer ideologischen Funktion ("gerechter Leistungslohn") liegt.

Allen diesen Verfahren ist jedoch gemeinsam, daß sie die mit dem technischen Wandel verknüpfte Entwertung traditioneller Berufsqualifikationen in eine entsprechende Neubewertung des Werts der individuellen Arbeitskraft umsetzen und aufgrund der zahlreichen individuellen Besonderheiten eine kollektive Verteidigung des effektiven Lohnniveaus erschweren, d.h. eine künstliche Lohndifferenzierung hervorbringen und die Solidarität zwischen den verschiedenen Arbeiterkategorien herabsetzen.

Mit dem überproportionalen Anstieg des konstanten, insbesondere des fixen Kapitals, wie er für die neue Technik charakteristisch ist,⁶²⁾ wächst auch die Bedeutung dessen, was Marx die "Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals" genannt hat. Der Umfang des fixen Kapitals ist unabhängig von der Länge der täglichen Arbeitszeit durch die jeweils erreichte technologische Stufe der Produktion gegeben. Die Verlängerung des Arbeitstages ver-

langt daher keine Neuausgabe für diesen kostspieligsten Teil des konstanten Kapitals, so daß dadurch eine Verkürzung seiner Umschlagsperiode erreicht und also die Zeit verkürzt werden kann, für die es vorgeschossen wird um einen bestimmten Profit zu machen. "Die Verlängerung des Arbeitstages steigert daher den Profit, selbst wenn die Überzeit bezahlt, und bis zu einer gewissen Grenze, selbst wenn sie höher bezahlt wird als die normalen Arbeitsstunden. Die stets wachsende Notwendigkeit der Vermehrung des fixen Kapitals im modernen Industriesystem war daher ein Hauptstachel zur Verlängerung des Arbeitstages für profitwütige Kapitalisten." 63)

Da die effektive Arbeitszeit in Frankreich ohnehin schon zu den längsten in den entwickelten kapitalistischen Ländern zählt und bestimmte Arbeitsprozesse überdies vom Standpunkt des Kapitals nur als kontinuierliche sinnvoll, d.h. profitabel, erscheinen, wächst gleichzeitig die Tendenz zur Einführung von Schichtarbeit; und dies weitgehend ohne Rücksicht auf die zum Teil verheerenden physischen, psychischen und sozialen Folgen für die Arbeiter. Auch hier gilt, wie bei allen weiteren Methoden der "Ökonomisierung" des konstanten Kapitals: "Die kapitalistische Produktion ist überhaupt, bei aller Knauserei, durchaus verschwenderisch mit dem Menschenmaterial". 64)

Dies zeigt sich ganz besonders deutlich an der rücksichtslosen Intensivierung der Arbeit, die seit Mitte der 60er Jahre ein in allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern zu verzeichnendes Phänomen ist und die als eine der wichtigsten Ursachen der immer weiter verbreiteten nervlichen Überbeanspruchung mit ihren vielfältigen psychischen und somatischen Erkrankungen anzusehen ist. Mit der steigenden Arbeitshetze einher geht die "Einsparung" von notwendigen Sicherheitsvorkehrungen, von Räumlichkeiten, Schmutz- und Lärmschutz. "Da der Arbeiter den größten Teil seines Lebens im Produktionsprozeß zubringt, so sind die Bedingungen des Produktionsprozesses zum großen Teil Bedingungen seines aktiven Lebensprozesses, seine Lebensbedingungen, und die Ökonomie in diesen

Lebensbedingungen ist eine Methode die Profitrate zu erhöhen." 65)

Es ist charakteristisch für die um die Mitte der 60er Jahre sich abzeichnende Überakkumulationstendenz, daß einerseits die gesellschaftliche Durchschnittsprofitrate zum Sinken tendiert, andererseits aber in einigen wenigen, freilich von ihrem Vergesellschaftungsgrad und ihrer gebrauchswertmäßigen Schlüsselstellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß entscheidenden Industriezweigen die Profitrate der monopolistischen Großkonzerne steigt und gleichzeitig die Bedürfnisse der Kapitalakkumulation sich noch rascher entwickeln. Damit gewinnt das Problem der Kapitalmobilisierung, d.h. die systematische Zentralisation überschüssigen Geldkapitals aus "allen Poren der Gesellschaft" bei den Großkonzernen wesentliche Bedeutung, und es übersteigt, wie bereits angedeutet, immer mehr die Grenzen des privaten Kreditsystems. Die von den Monopolen ausgehenden Ansprüche an die staatliche Finanzierung der privaten Kapitalakkumulation erzwingt daher auch eine wachsende Ökonomisierung der Ausgaben des bürgerlichen Staates im Interesse der Verwertung des Großkapitals. Damit gerät neben dem Kampf um die Festsetzung des direkten, zur individuellen Konsumtion bestimmten Lohnanteils mehr und mehr auch der indirekte, zumeist staatlich zentralisierte und gesellschaftlich zu konsumierende Lohnanteil (von den Gesundheitsausgaben, über die Wohn- und Verkehrsverhältnisse bis zum Bildungswesen und zur Altersversorgung) in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital. In dem Maße, wie die Anforderungen an die Arbeitskraft steigen und eine fortschreitende Vergesellschaftung ihrer Reproduktionsbedingungen erfordern, gerät die Entwicklung der Produktivkraft Arbeit in einen unmittelbar politischen Gegensatz zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Die Auseinandersetzungen um die gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft haben an sich schon einen politischen Charakter, sie sind gerade in Frankreich in den letzten Jahren zu einem bedeutenden Aktionsfeld des Klassenkampfes geworden und haben innerhalb der Arbeiterklasse das Bewußtsein von der Notwendigkeit des politischen Kampfes erheblich vorangetrieben (vgl. hierzu Kap. 3. und 4.).

2.1.3 Daten zur ökonomischen Entwicklung Frankreichs in den 60er Jahren

2.1.3.1 Produktionswachstum und Weltmarktposition

1. Wachstum und Wachstumsetappen

Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen in Milliarden Francs

	zu jeweil- lig.Prei- sen (nomi- nal)	nominale Steigerg. z.Vorjahr in %	zu Preis. von 1963 (real)	real.Stei- gerg. zum Vorjahr in %	Infla- tionsra- te zum Vorjahr in %
1959	272,62		323,13		
		10,6		7,1	3,5
1960	301,58		346,14		
		8,9		5,4	3,5
1961	328,33		364,74		
		11,8		6,8	5,0
1962	367,17		389,55		
		12,5		5,8	6,7
1963	411,99		411,99		
		10,8		6,6	4,2
1964	456,67		439,16		
		7,3		4,7	2,6
1965	489,83		459,77		
		8,6		5,5	3,1
1966	531,92		485,14		
		7,6		4,8	2,8
1967	572,36		508,26		
		9,2		4,2	5,0
1968	625,14		529,76		

Quelle: National Accounts of OECD countries 1950 - 1968, S. 138/9 und 382

Im Zeitraum 1959 - 1968 hatte sich also das Bruttosozialprodukt nominal um 129%, real immerhin noch um rund 63% erhöht. Selbst wenn man berücksichtigt, daß sich die Zahl der Beschäftigten in diesen zehn Jahren von 18,7 Millionen auf 19,7 Millionen (im jährlichen Durchschnitt 1959 bzw. 1968) und damit um etwa 5,3% erhöht hatte, belief sich die Zunahme des realen Bruttosozialproduktes pro Beschäftigten noch auf rund 56%. 66)

Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Brutto-sozialprodukts betrug in diesem Zeitraum real 5,7%; Frankreich lag damit hinter Japan an zweiter Stelle unter den großen kapitalistischen Industrieländern (Japan 11,3%, Italien 5,6%, BRD 4,8%, USA 4,5%, Großbritannien 3,2%).⁶⁷⁾

Wie die folgende Tabelle beweist, wurde dieses Wachstum nur durch eine weitere sprunghafte Steigerung der gesellschaftlichen Akkumulationsrate erreicht, was notwendigerweise eine entsprechende Senkung des Konsumanteils und damit eine zumindest relative Verschlechterung der unmittelbaren Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zur Voraussetzung hatte (vgl. 2.3.1).

Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen 1959 - 1968

	in Milliarden F zu Preisen von 1963	in % des jeweiligen Bruttosozialprodukts
1959	64,1	19,8
1960	69,0	19,8
1961	77,5	21,3
1962	84,7	21,7
1963	91,6	22,2
1964	104,3	23,7
1965	111,8	24,3
1966	121,7	25,1
1967	128,7	25,3
1968	135,3	25,6

Quelle: National Accounts, a.a.O., S. 350

Der Vergleich dieser beiden globalen Wachstumstabellen ergibt folgendes, im Hinblick auf die Tendenz zur anhaltenden Überakkumulation, besonders aufschlußreiches Resultat:

Obwohl die Akkumulationsrate von 1959 bis 1968 rasch angestiegen ist (um fast 6% von 19,8% (1959) auf 25,6% (1968)), verlangsamte sich das reale Wachstum merklich. Dabei lassen sich die beiden Wachstums- bzw. Akkumulations-

etappen⁶⁸⁾ in der Periode 1959 - 1968 unterscheiden. In der ersten Etappe (1959-1964) belief sich das durchschnittliche reale Produktionswachstum auf 6,3% bei einer durchschnittlichen Akkumulationsrate von 20,9%. In der zweiten Etappe (1965-1968) ging das Wachstum auf durchschnittlich 4,8% zurück, während die durchschnittliche Akkumulationsrate auf 24,8% gesteigert wurde; d.h. der Wachstumseffekt einer gesteigerten Akkumulationsrate geht zurück. (Tendenz zum abnehmenden Ertragszuwachs.) Daraus folgt, daß der Anteil des Neuwerts am Gesamtprodukt zurückgeht, was als Indiz für eine steigende organische Zusammensetzung des Kapitals gelten kann. Darauf deutet auch die folgende Tabelle hin; die den relativen Anstieg des fixen Kapitals pro Arbeitskraft und pro Produktionseinheit andeutet.⁶⁹⁾

Index Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen je Lohn- und Gehaltsempfänger und je Einheit Bruttoinlandsprodukt in Frankreich

Wirtschaftsbereiche	Index BAI je L.u.G.-Empfänger (1956 = 100)		Index BAI je Einheit BIP (1956 = 100)	
	1958	1965	1958	1965
Insgesamt	135	257	107	121
darunter:				
Land- u. Forstwirtschaft	135	281	92	103
Bergbau	126	153	96	69
Verarbeit. Gewerbe (einschl. Bau)	143	260	113	126
Energiewirtschaft	160	240	118	97
Verkehr u. Nachrichten- übermittlung	133	247	118	134
Sonstige Bereiche	126	258	104	123

Quelle: R. Katzenstein, Technischer Fortschritt, Kapitalbewegung - Kapitalfixierung, Berlin 1970, S. 161

Der mit der Erhöhung der organischen Zusammensetzung stets drohende Fall der Durchschnittsprofitrate, d.h. die Tendenz zur langfristigen Überakkumulation auf gesellschaft-

licher Stufenleiter wurde jedoch durch die in der gleichen Etappe einsetzende beschleunigte Differenzierung der Kapitalstrukturen in einen prosperierenden, von staatlicher Umverteilung profitierenden monopolistischen Sektor und einen stagnierenden bzw. schrumpfenden und von beschleunigter Entwertung bedrohten nichtmonopolistischen Sektor überlagert und dadurch partiell verdeckt.

2. Inflation und Weltmarktposition

Mit einer durchschnittlichen jährlichen Inflationsrate von 4,0% im Zeitraum 1959 - 1968 lag Frankreich weit vor den wichtigsten Weltexporteuren USA (2,4%) und BRD (2,6%). Der relativ niedrige Anteil am Welthandel und das vergleichsweise langsame Wachsen der Exporte ist zum großen Teil mit durch diese Inflationsrate bedingt. Von 1959 - 1968 stiegen die französischen Exporte jährlich im Durchschnitt nur um 8,3%, gegenüber 9,1% für die BRD und 13,3% für Italien.⁷⁰⁾ Die Gesamtausfuhr belief sich 1968 auf 12,7 Milliarden DM und erreichte damit nur etwa die Hälfte der westdeutschen Ausfuhr. Mit einem Anteil von 5,5% am Weltexportvolumen lag Frankreich 1969 hinter den USA (13,5%), der BRD (10,4%), Großbritannien (6,1%) und Japan (5,8%) nur auf dem fünften Rang.⁷¹⁾

Die Außenhandelsbilanz Frankreichs schloß seit 1962 regelmäßig mit einem Defizit ab, das sich 1968 auf 1,3 Milliarden DM , 1969 sogar auf 2,5 Milliarden DM belief. Diese, gemessen an der Gesamtproduktivität der französischen Wirtschaft ⁷²⁾ relativ schwache Weltmarktposition, ergab sich letzten Endes aus dem im Vergleich zu den Weltmarktkonkurrenten insgesamt immer noch niedrigeren Industrialisierungsniveau und dem geringeren Konzentrationsgrad des Kapitals in den wichtigsten Industriezweigen.

Beiden Aspekten wenden wir uns nun in den folgenden Abschnitten zu.

2.1.3.2 Ergebnisse der Industrialisierungspolitik

Als Ergebnis der Bemühungen um die Industrialisierung läßt sich ein kontinuierlicher Anstieg des industriellen Sektors im Vergleich zur Landwirtschaft und zum Dienstleistungssektor feststellen. Dennoch bleibt der Anteil der Industrie (einschl. Bauwirtschaft, Transport und Verkehr) noch weit hinter dem vergleichbaren Anteil in der BRD (schon seit 1960 mehr als 60%) zurück.

Anteil der Wirtschaftssektoren am Bruttoinlandsprodukt zu konstanten Preisen von 1963

	1959		1968		
	in Milli- arden F	Anteil in %	in Milli- arden F	Anteil in %	Wachstum d. Volumens in % 1959-1968
Land-Forst- Fischerei- wirtschaft (Pos. 1)	30,79	9,5	40,05	7,6	14,5
Industrie (einschl. Transport) (Pos.2-6)	164,67	50,9	288,24	54,5	75,0
Dienstleist. (Priv.u.öff.) (Pos. 7-12)	127,83	39,6	200,27	37,9	56,7
	323,29	100,0	528,56	100,0	63,5

Quelle: National Accounts, a.a.O., S. 141

Wie aus dieser Tabelle hervorgeht, hatte der industrielle Sektor im Zeitraum 1959 - 1968 ein überdurchschnittliches Wachstum zu verzeichnen. Innerhalb der Industrie erreichte der Energiesektor (Elektrizität, Gas und Wasser) mit 116,7% den höchsten Zuwachs, es folgten die Bauwirtschaft mit 93,1%, die verarbeitende Industrie mit 75,1%, und Transport und Verkehr mit 60%. Die Produktion im Bergbau ging im gleichen Zeitraum um 2,8% zurück. 73)

Trotz der absoluten und relativen Stärkung ist es der französischen Industrie aber nicht gelungen, ihren Anteil an der Industrieproduktion der kapitalistischen Länder fühlbar zu erhöhen.

Anteil an der Industrieproduktion der kapitalistischen Länder in %

	USA	Japan	BRD	Frankreich	Italien	Großbritannien
1960	45,8	4,4	9,6	4,7	3,4	9,3
1967	44,9	6,9	8,4	4,4	3,7	7,6
1968	44,2	7,6	8,8	4,4	3,7	7,6
1969	43,4	8,5	9,4	4,6	3,6	7,1
1970	41,4	9,8	9,8	4,8	3,6	7,0

Quelle: DWI - Berichte 1/71

Dies erklärt sich vor allem dadurch, daß bis zum Ende der 60er Jahre Frankreich von allen westeuropäischen Industrieländern immer noch den geringsten Anteil der Industriebeschäftigten (ohne Transport und Verkehr) an den Gesamtbeschäftigten aufwies:

Land	Beschäftigte in der Industrie in Millionen 1968/69	Anteil der Industriebeschäftigten an den Gesamtbeschäftigten 1968/69 in %
Frankreich	7,9	39
Bundesrepublik	12,4	47
Italien	7,8	40
Belgien	1,6	44
Niederlande	1,8	41
Großbritannien	11,7	46

Quelle: Economie et Statistique, Paris, No. 14, Juli/Aug. 1970, zit. nach DWI-Bericht 8/71

Aus diesem für die französische Großindustrie keineswegs befriedigenden Ergebnis erklärt sich die forcierte Beschleunigung des industriellen Wachstums als Hauptziel des VI. Planes (1971-75). Um die geplanten jährlichen realen Wachstumsraten von 6% für das Bruttosozialprodukt und zwischen 7,5 und 8% für die industrielle Produktion zu erreichen, soll der Anteil des privaten Verbrauchs und der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt, der schon im Zeitraum 1959-1968 um zusammen 3,2% zurückgegangen war,⁷⁴⁾ zugunsten der privaten Kapitalakkumulation (1959-1968: + 2,5%) weiter eingeschränkt werden.

Ein solch beschleunigtes Wachstum erfordert aber unter den Bedingungen der wissenschaftlich technischen Revolution zugleich eine Veränderung der Industriezweigstruktur. Die vorgesehene verstärkte staatliche Förderung der Wachstumsindustrien (Elektronik, Petrochemie, Automobil) geht zu Lasten der traditionellen Industriezweige (Textil, Bergbau) und läuft eindeutig auf einen Strukturwandel im Interesse des Monopolkapitals hinaus. Dem Primat der Wachstumspolitik bleiben die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung untergeordnet. So sieht z.B. der geplante Strukturwandel für das Jahr 1975 eine strukturelle Arbeitslosigkeit von bis zu 600.000 Personen vor, während gleichzeitig zur Erreichung der Wachstumsraten nur eine äußerst geringe Reduzierung der Arbeitszeit (um etwa 1 Std. im Zeitraum 1971-1975) angenommen wird.⁷⁵⁾

2.1.3.3 Monopolisierungsgrad der französischen Industrie

1. Konzentrations- und Zentralisationsprozesse in den 60er Jahren

Eng verbunden mit dem relativ niedrigen Industrialisierungsniveau in Frankreich war die bis zum 2. Weltkrieg reichende weite Verbreitung des mittleren Unternehmertums. Seither hat die Konzentration und Zentralisation des Kapitals⁷⁶⁾ in der Industrie bedeutende Fortschritte

gemacht; wobei zunächst insbesondere die verstaatlichten Unternehmen internationale Größenordnung erreichten. Im Jahre 1961 verfügten die 50 wichtigsten staatlichen oder halbstaatlichen Unternehmen in den verschiedensten Bereichen der Wirtschaft über ein Gesellschaftskapital von fast 28,5 Milliarden Francs. Die 20 größten unter ihnen beschäftigten 1966 allein rund 940.000 Personen.⁷⁷⁾

Dennoch blieb Frankreich bis zur Mitte der 60er Jahre eindeutig hinter seinen Konkurrenten zurück. Die Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission in Brüssel errechnete für 1966 den durchschnittlichen Konzentrationsgrad aller Wirtschaftsbereiche in den Mitgliedsländern der EWG:⁷⁸⁾

(Mittlerer Konzentrationsgrad der EWG = 100)

Italien: 55 Frankreich: 75 Benelux: 120 BRD: 150

Welche Rolle die Unternehmensgröße als Indiz für die ökonomische Potenz eines kapitalistischen Konzerns spielen kann, zeigt folgender Vergleich der zehn größten Unternehmen in Frankreich und den USA, ebenfalls aus dem Jahre 1966:⁷⁹⁾

	Beschäftigte	Umsatz	Profite (in Millionen \$)
Frankreich	600.000	8.600	200
USA	2.300.000	80.000	6.000

Die US-Gesellschaften erreichten mit der vierfachen Beschäftigtenzahl den zehnfachen Umsatz und einen dreißigfachen Profit.

Aus diesem Vergleich geht hervor, daß die französischen Konzerne sich nicht im gleichen Maße wie die US-Konzerne auf das Mittel der Selbstfinanzierung des Wachstums beschränken können, wenn sie internationale Größenordnungen erreichen wollen. Von Mitte der 50er bis Mitte der 60er Jahre erreichten die privaten Unternehmen in Frankreich (ohne Agrar- und Finanzunternehmen) eine Selbstfinanzierungsrate zwischen 60% und 70%; für den Zeitraum des

V. Planes wurde eine Rate von 80% angestrebt. Die 100 größten US-Konzerne erreichten dagegen schon während der Periode von 1950 - 1964 eine Selbstfinanzierungsrate zwischen 97% und 99%.⁸⁰⁾ Unter diesen Bedingungen würde sich die Kluft zwischen den amerikanischen und den europäischen Konzernen immer weiter verbreitern. Deshalb ist man in Frankreich in den letzten Jahren, insbesondere seit dem Beginn des V. Planes, dazu übergegangen, die Zentralisation des Großkapitals durch weitreichende Unterstützung von Unternehmensfusionen anzuregen.

Man kann die Fusionsbewegung in Frankreich seit etwa 1950 in drei Phasen einteilen.⁸¹⁾ In der ersten Phase von 1950 - 1958 haben sich vorwiegend kleinere und mittlere Unternehmen zusammengeschlossen. In der zweiten Phase von 1959 - 1965 verdreifachte sich die durchschnittliche Zahl der jährlichen Fusionen und die Zahl der Absorptionen kleinerer und mittlerer Unternehmen durch Großunternehmen stieg sprunghaft an. In der dritten Phase ab 1966 begann dann aufgrund der staatlichen Förderung im Rahmen des V. Planes ein wahres Fusionsfieber, das vor allem den Zusammenschluß von Großunternehmen betraf. Dies wird besonders deutlich an der folgenden Übersicht über die Zentralisationsvorgänge (Fusionen), an denen die 500 größten französischen Unternehmen beteiligt waren:

Periode	Anzahl d. beteiligt. Fusionen	Gesamt- kapital in Mio. F (zu lfd. Preisen)	mittlere Kapital- bewegung je Fu- sion in Mio F
1950-1960	426	715,54	1,68
1961-1965	503	1.173,57	2,33
1966-1968	192	2.290,69	11,93
1969	72	1.287,10	17,88

Quelle: Nach A.P. Weber, Concentration des Entreprises et Politique Economique, Revue d'Economie Politique, 5/70, zit. aus DWI-Berichte 8/71

Die Fusionswelle der Jahre 1966 - 1969, an deren Zustandekommen die staatlichen und privaten Großbanken wesentlich

beteiligt waren, hat das Profil des französischen Kapitalismus entscheidend verändert. Noch im Jahre 1969 wurde das Hauptziel des V. Planes, die Errichtung von ein oder zwei beherrschenden Unternehmensgruppen in den wichtigsten Sektoren (Stahl, Elektro, Automobil, Chemie und Flugzeugbau) erreicht. Die wichtigsten Operationen der letzten Jahre seien hier kurz skizziert: 82)

Stahlindustrie: Angesichts der verschärften internationalen Konkurrenz sah der V. Plan eine "intensive Bemühung um die Reorganisation und Rationalisierung" der Eisen- und Stahlindustrie vor, deren Kosten sich auf 4,5 Milliarden Francs beliefen, von denen der Staat allein 3 Milliarden übernahm. Am Ende der Operation standen zwei etwa gleich große Konzerne von "internationaler Größenordnung" (USINOR und DE WENDEL-SIDELOR), die zusammen mehr als 70% der französischen Eisen- und Stahlproduktion auf sich vereinen. (1954 gab es zehn, 1964 noch sechs große Stahlproduzenten).

Elektro- und Elektronikindustrie: Die Fusionsbewegung auf dem Elektro-Sektor begann mittels eines vom Staat und den Monopolen gemeinsam ausgearbeiteten "Plan Calcul", der den Aufbau einer nationalen Elektronik- und Computerindustrie vorsah. Die Kooperation auf dem Elektronik-Sektor brachte die beiden größten Elektrofirma Thomson-Brandt und Compagnie Générale d'Electricité (CGE) zu einer Produktionsabsprache, wobei Thomson-Brandt (selbst schon aus mehreren Fusionen hervorgegangen) den Bereich der Elektrokonsumgüter übernahm, während die CGE den Bereich der Elektro-Großgeräte und des Anlagebaus übernahm. Die beiden Großfirmen beschäftigten 1968 zusammen rund 170.000 Personen und realisierten einen Umsatz von mehr als 13 Milliarden Francs.

Automobilindustrie: Zwischen Renault und Peugeot wurde 1966 eine Assoziation in Fragen der wissenschaftlichen Forschung, des Baus von Prototypen, der Investitionspolitik und der Verkaufsstrategie beschlossen. Im Juni 1969 übernahmen sie gemeinsam 10% des Kapitals des Autobus-

Herstellers Chausson und beschlossen ein gemeinsames Werk in der Nord-Region (Lille-Roubaix) zu errichten. Ein weiteres gemeinsames Werk ist in Griechenland geplant. Citroen übernahm im Juli 1967 die Kontrolle des LKW-Produzenten Berliet. Im Oktober 1968 beteiligte sich Fiat mit 15% am Kapital von Citroen. Citroen übernahm zugleich die Mehrheit bei Maserati (März 1969) und Fiat bei Ferrari (Juni 1969). Im Sommer 1970 stockte Fiat seine Beteiligung bei Citroen auf 49% auf. Die Geschäftsleitung wird von Fiat und dem Reifenhersteller Michelin, dem bis dahin alleinigen Großaktionär bei Citroen, zu gleichen Teilen übernommen. Die Gruppe Fiat-Citroen-Berliet (einschl. Maserati und Ferrari) ist damit vor der VW-AG der größte Automobilhersteller Europas. Die Assoziation Renault-Peugeot folgt auf dem dritten Rang.

Chemieindustrie: Noch bemerkenswerter ist die Neugruppierung des Chemie-Sektors. Sie begann im Jahre 1967 mit der Fusionierung einiger Firmen mittlerer Größenordnung. Die Großen der Branche faßten zunächst nur Teilbereiche ihrer Produktion in gemeinsamen Neugründungen zusammen. Die Gruppe Rhône-Poulenc übernahm 1968 die Kontrolle aller wichtigen mittleren pharmazeutischen Unternehmen und einiger Kunstfaserhersteller. Im Februar 1969 gründeten die Großunternehmen Ugine-Kugelman und Péchiney-Saint-Gobain (selbst schon Teilungs-Fusionen aus dem Jahre 1967) die Kunstdünger-Gesellschaft Générale des Engrais, die hinter BASF in Europa den zweiten Rang einnimmt. Im Mai 1969 beginnt die erste Großfusion: Rhône-Poulenc absorbiert Progil (bis dahin 6. größter Chemieproduzent) und übernimmt im Juli Péchiney-Saint-Gobain (Nr. 2 der chemischen Industrie). Die neue Gruppe hatte 1969 einen Umsatz von rund 10 Milliarden Francs und beschäftigte 132.000 Personen. Im selben Monat Juli wird die Fusion zwischen Saint-Gobain (Glas) mit Pont-a-Mouson (Metallverarbeitung), beide aus Teilungsfusionen von Chemiekonzernen hervorgegangen, bekanntgegeben. Die neue Gruppe beschäftigt mehr als 100.000 Personen mit einem Umsatz von knapp 6 Milliarden Francs.

Luft- und Raumfahrtindustrie: Am 10. Oktober 1969 wurde die Fusion der drei verstaatlichten Flugzeugwerke Sud-Aviation, Nord-Aviation und SEREB verkündet. Die neue Gesellschaft "Société Nationale Aérospatiale" ist mit 43.000 Beschäftigten und einem Umsatz von 2,3 Milliarden Francs das größte europäische Flugzeugbauunternehmen. Daneben besteht noch die Firma Avions M. Dassault (als Mirage-Hersteller bekannt), die im Jahre 1971 mit Breguet-Aviation fusionierte (zusammen mindestens 1,7 Milliarden Umsatz).

Das Ergebnis dieser jüngsten Konzentrations- und Zentralisationsbewegungen ergibt für die verschiedenen Branchen ein zwar unterschiedliches, in der Tendenz aber einheitliches Bild:

Anteil der Unternehmen mit wenigstens 100 Mio. F Jahresumsatz am Gesamtumsatz der Branche in %

Branche	1965	1969
Primäre Metallbearbeitung	51	72
Gießerei	33	40
Maschinenbau	21	29
Elektr. Apparatebau	45	63
Baugewerbe	5	11
Bauarbeiten der öffentl. Hand	30	42
Chemie	42	55
Textilindustrie	20	28
Papierindustrie, Verlage	23	30

Quelle: Informationsblätter der französischen Botschaft in Bonn, 20. Jg., Nr. 108 vom 15.9.1972, S. 16

Mit dieser Fusionswelle erreichten die französischen Monopole gegen Ende der 60er Jahre den Anschluß an den Monopolisierungsgrad ihrer westeuropäischen Konkurrenz. Zwar verringerte sich durch diese Fusionen die Zahl der französischen Unternehmen unter den 200 größten außeramerikanischen Firmen zwischen 1963 und 1968 von 25 auf 21;

während aber im Jahre 1963 noch kein französisches Unternehmen zu den Dollar-Umsatz-Milliardären zählte (BRD: 5), waren es 1968 sechs (BRD: 11) und 1969 sogar schon 11 (BRD: 15).⁸³⁾

2. Auswirkungen der Konzentration und Zentralisation auf Kapitalrentabilität und internationale Konkurrenzfähigkeit

In welchem Maße die französischen Monopole in den letzten Jahren gegenüber ihren europäischen Konkurrenten aufgeholt haben, und diese zum Teil überholt haben, zeigt eine Untersuchung von 160 Industrie-, Handels- und Finanzunternehmen aus den Ländern der EWG, Großbritannien, der Schweiz und Schweden aus dem Jahre 1970:⁸⁴⁾

Im Jahre 1968 konnten von den untersuchten Firmen zehn ihren Umsatz um mindestens 20% erhöhen, darunter waren drei französische Unternehmen; 1969 waren es 42 Firmen, davon allein 25 französische. Während 1968 zwanzig Unternehmen, davon vier aus Frankreich, ihre Profite um mindestens 40% steigern konnten, waren es 1969 neunundzwanzig (ohne Eisen- und Stahlunternehmen, deren Boom als Sonderfall betrachtet wurde), darunter nicht weniger als achtundzwanzig französische Unternehmen. Auch in Bezug auf die Profitrate schnitten die französischen Firmen hervorragend ab: 1968 erreichten 13 Firmen, davon vier französische, eine Kapitalrentabilität von mindestens 20%, 1969 waren es 20 Firmen, davon waren aber nun schon allein acht aus Frankreich.

Einen groben Vergleich der Produktivität der jeweils fortgeschrittensten Konzerne in Frankreich und dem übrigen Westeuropa in den verschiedensten Industriezweigen erlaubt die folgende Tabelle: ⁸⁵⁾

Umsatz pro Beschäftigten in Francs,
1969

Branche	Frankreich	übriges Europa		
Automobil	Peugeot	85.000	Volkswagen	96.000
Reifen	Michelin	50.000	Dunlop	61.000
Erdöl	CFP	365.000	B.P.	280.000
Chemie	Rhône-Poulenc	85.000	BASF	141.000
Handel	Nouvelles Galeries	134.000	Karstadt	98.000
Maschinenbau	Schneider	57.000	Krupp	114.000
Stahl	USINOR	130.000	Thyssen	129.000
Elektro	C.G.E.	69.000	Siemens	53.000
NE-Metalle	Le Nickel	134.000	Rio Tinto	100.000

Aus diesen Vergleichszahlen geht eindeutig hervor, daß die französischen Monopole nicht mehr hinter der westeuropäischen Konkurrenz hinterherhinken, sondern in einigen Branchen sogar eine Führungsrolle in Europa einnehmen.

Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang die weitere Konzentrationspolitik im Rahmen des VI. Planes (1971-1975). Nachdem die französischen Monopole aufgrund der Fusionsförderung in den letzten Jahren das Ziel internationaler Größenordnung weitgehend erreicht haben, kommt es für sie nun darauf an, sich eine möglichst günstige Zuliefererstruktur zu verschaffen, um damit zugleich die Vorteile optimaler Betriebsgrößen in allen Bereichen nutzen zu können. Diese Zielsetzung kommt in den bisher vorliegenden Planentwürfen deutlich zum Ausdruck:

"Das Hauptziel der Industriepolitik des VI. Planes besteht in der Entwicklung der Industrieproduktion und ihrer Konkurrenzfähigkeit auf internationaler Ebene. Dies muß sich in einer Anstrengung zur Erhöhung der Produktivität der französischen Industrie ebenso ausdrücken wie in der Errichtung von Unternehmen unterschiedlicher Größenordnung, die von den Großunternehmen mit internationalem Ruf abhängen." 86)

2.1.3.4 Ungleichmäßige Regionalentwicklung

Seit Jahrhunderten leidet Frankreich an der zentralistischen Struktur der staatlichen Verwaltung, am ökonomischen, politischen und kulturellen Übergewicht der Hauptstadt Paris. Daraus ergab sich zwangsläufig eine Unterprivilegierung der Masse des französischen Volkes in der Provinz, insbesondere der Arbeiterklasse, deren materielles, politisches und kulturelles Niveau stets unter dem Niveau der Pariser Arbeiterklasse lag. Unmittelbar nach der Befreiung vom Faschismus hatte man mit der demokratischen Planung auch das Ziel verfolgen wollen, die Ungleichheit der Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung in Paris und der Provinz (der "Wüste", wie sie in einem aufsehenerregenden Buch 1947 genannt worden war) schrittweise abzubauen. Allerdings ist diese Zielsetzung, mit dem Charakter der "Planification" selbst, nahezu in sein Gegenteil verkehrt worden. Die Bedeutung der Region Paris hat eher zugenommen, einige neue regionale Zentren sind im Aufbau, gleichzeitig verfallen aber die traditionellen Industriezonen im Norden und Nordosten und die Entleerung des Südwestens schreitet voran.

Im Jahre 1968 zählte Frankreich 50 Millionen Einwohner, davon lebten allein 9 Millionen in der Pariser Region. Noch intensiver als die Ballung der Bevölkerung ist die ökonomische Konzentration in der Pariser Region. In der Region werden 37,1% der Löhne und Gehälter ausbezahlt und 26% der Bruttowertschöpfung von Industrie und Verkehr realisiert. Die ökonomische Bedeutung der Agglomeration Paris, mit 8,1 Millionen Einwohnern der Kern der Pariser Region, verdeutlicht die folgende Tabelle: 87)

Der Anteil des Pariser Agglomerationszentrums an der Wirtschaft Gesamtfrankreichs im Jahre 1966 (in %)

	Beschäftigte	Unternehmen	Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten
Wirtschaft ges. (ohne Landwirtschaft)	26	18,1	29,5
Industrie, davon:	23,3	17,5	25,0
Metallgewinnung u.-Verformung ¹	16	32,1	8,2
Maschinenbau ²	25,6	12,7	13,6
Automobilbau ³	43,4	12,8	52,8
Elektroindustrie, Elektronik	46,6	36,7	48,9
Bauwesen u. öffentl. Arbeiten	19,8	12,6	61,2
Chemie	38,2	42,1	31,0
Polygraphische Industrie, Druckereien	49,4	39,1	45,5
Textil- und Bekleidungsindustrie	12,3	38,7	--,-

1 Allgemeine Stahlmetallurgie, Produktion von Nicht-eisenmetallen, Metallverformung, Gießerei, Schmiede u.a.

2 einschl. Landmaschinenbau

3 einschl. Produktion von Motorrädern

Seit 1950 existiert ein System finanzieller Beihilfen zur Stimulierung des regionalen Ausgleichs. In den 50er Jahren ist es gelungen, einen Teil der industriellen Produktion aus der Pariser Region in die französische Provinz zu verlagern. Seit Gründung der V. Republik verstärken sich jedoch wieder die industriellen Investitionen im weiteren Raum um Paris (etwa im Umkreis von 250 km) während die traditionell unterentwickelten Regionen im Westen und Süden des Landes nur langsame Fortschritte

machen, wenn nicht gar weiter zurückfallen (wie die Bretagne und die Basse-Normandie).

Die Masse der staatlichen Investitionshilfen ist in solche Regionen geflossen, in denen für die als besonders förderungswürdig angesehenen Wachstumsindustrien günstige Voraussetzungen gegeben sind. So führte das Erdgasvorkommen von Lacq in Südfrankreich zu einem bedeutenden Chemiezentrum. Ähnlich schnell entwickelte sich infolge der günstigen Verkehrsverhältnisse, insbesondere für die Erdöleinfuhr aus den Sahara-Ländern, das Gebiet um Marseille. Im Raum Lyon-Grenoble entwickelten sich die wachstumsträchtigen Industriezweige Chemie und Elektronik, während die traditionellen Schwerindustriezentren im Norden und Nordosten (Nordregion, Lothringen) relativ an Bedeutung verloren.

Gerade am Beispiel der französischen Regionalpolitik erweist es sich ganz besonders deutlich, daß Planung im Interesse des Großkapitals den anarchischen Charakter der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufzuheben vermag sondern in gewisser Hinsicht die Naturwüchsigkeit und damit die Irrationalität der Produktion und Reproduktion in gesellschaftlichem Maßstab sogar noch akzentuieren kann. Wachsende Arbeitslosigkeit und fortschreitende Entleerung ganzer Landstriche, Verfall dörflicher und kleinstädtischer Siedlungen oder traditioneller Berg- und Schwerindustriearbeiterstädte auf der einen Seite sind verbunden mit einer anarchischen Industriekonzentration und entsprechender Bevölkerungsballung in den wenigen Zentren und deren Folgen - schlechte Wohnverhältnisse, Verunreinigung der Luft, Lärmbelästigung, Überlastung des Verkehrswesens usw. auf der anderen Seite.

Beide Aspekte enthalten ein wachsendes Konfliktpotential, das in den Klassenauseinandersetzungen der letzten Jahre eine wichtige Rolle gespielt hat (vgl. hierzu S.165f u.263) und in Zukunft gewiss noch an Bedeutung gewinnen wird. (Vor allem die Aktionen gegen die Arbeitslosigkeit in der Bretagne zu Beginn der Mai-Juni-Streiks 1968, der Kampf der lothringischen Bergarbeiter um ihre Arbeitsplätze im Jahre 1971 usw., vgl. Kapitel 3.)

2.2. Daten zur Entwicklung der Klassenstruktur Frankreichs nach dem zweiten Weltkrieg (insbesondere in den 60er Jahren)

2.2.1 Die Ausdehnung der Lohnarbeit und der Begriff der Arbeiterklasse

Das historisch unterschiedliche Entwicklungstempo der Kapitalakkumulation in Frankreich spiegelt sich in der seit Anfang dieses Jahrhunderts zunächst nur allmählich, seit dem Ende des 2. Weltkrieges aber sprunghaft sich verändernden Klassenstruktur. Das in dieser Hinsicht bei weitem auffälligste Phänomen ist die Entwicklung der Lohnarbeit. Während die Zahl der Erwerbstätigen in Frankreich von Anfang des Jahrhunderts bis in die 60er Jahre, trotz zumindest seit dem 2. Weltkrieg wachsender Bevölkerungszahl, bei rund 20 Millionen stagnierte, entwickelte sich der Anteil der Lohnabhängigen an der erwerbstätigen Bevölkerung wie folgt:

Jahr	1906	1931	1954	1962	1968	1975
Anteil in %	57	61	60	69	76	82 ⁺

+ geschätzt

Quelle: Les progrès récents de la salarisation,
Economie et politique No. 190, Juni 1970

Von 1954 bis 1968 erhöhte sich die Zahl der Erwerbspersonen in Frankreich lediglich von 18,9 Millionen auf 20,4 Millionen. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Lohnabhängigen um 4 Millionen von 11,5 über 13,2 (1962) auf 15,5 Millionen.⁸⁸⁾

Wir werden in dieser Arbeit davon ausgehen, daß unter den Bedingungen der gegenwärtigen Phase des Kapitalismus das Kriterium der Lohnabhängigkeit als entscheidend für die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse angesehen werden muß. Die konkreten Lebensbedingungen eines großen Teils der Angestellten und Beamten haben sich in vieler Hinsicht

denjenigen der Arbeiter soweit angenähert, daß ihre immer noch vorhandenen Privilegien gegenüber der wachsenden Interessenidentität mit den Arbeitern an Bedeutung verlieren. Demnach gehören alle diejenigen Personen und ihre Angehörigen zur Arbeiterklasse, die keine eigenen Produktionsmittel besitzen und gezwungen sind, ihre Arbeitskraft gegen Lohn oder Gehalt an kapitalistische Unternehmen oder den Staat zu verkaufen und deren Mehrarbeit direkt oder indirekt die Quelle des kapitalistischen Profits bildet.⁸⁹⁾

Dabei lassen sich zwei Schichten unterscheiden: Zu den "produktiven Arbeitern" zählen alle diejenigen Lohnabhängigen, die im Bereich der materiellen Produktion (einschließl. Transport und Verpackung) in Landwirtschaft, Handwerk und Industrie an der Herstellung von Waren beteiligt sind und damit die Basis für die Verwertung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals bilden. Dazu zählen sowohl die Industrie- und Landarbeiter, die den traditionellen Kern der Arbeiterklasse in Frankreich bilden, als auch der ständig wachsende Teil der Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler, die unmittelbar an der Durchführung des Produktionsprozesses beteiligt sind und die in jüngster Zeit in Frankreich als "neue Arbeiterklasse" bezeichnet werden. Zu den "sonstigen Lohnabhängigen" zählen alle diejenigen, die entweder als Angestellte in den produzierenden und nichtproduzierenden Sektoren an der Realisierung der von den produktiven Arbeitern geschaffenen Werte beteiligt sind oder die als Beamte die Bedingungen für die Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtprozesses garantieren.⁹⁰⁾

Nach diesen Kriterien ergibt sich, daß ein Teil der in der amtlichen Statistik als "Lohnabhängige" (Salariés) geführten Erwerbstätigen nicht zur Arbeiterklasse zu rechnen ist, dazu zählt die Mehrzahl der leitenden Angestellten und der höheren Beamten, die hier den städtischen Mittelschichten zugerechnet werden. Unter der Form des Gehalts der obersten Manager verbirgt sich die Aneignung von Mehrwert, diese Personengruppe wird daher

der Klasse der Kapitalbesitzer zugerechnet. 90a)

2.2.2 Die innere Differenzierung der Arbeiterklasse

Der relative Anteil der beiden Hauptschichten der Arbeiterklasse hat sich in den 60er Jahren deutlich verändert, ohne daß allerdings die Bedeutung der produktiven Arbeiter als Kern der Arbeiterklasse eingeschränkt werden müßte. Die Zahl der "produktiven Arbeiter" hat sich zwischen 1962 und 1968 von 8,27 Millionen auf 9,01 Millionen erhöht, ihr Anteil an der Gesamtheit der Lohnabhängigen ist dagegen von 62,7% auf 58,2% zurückgegangen. Die Zahl der "sonstigen Lohnabhängigen" hat sich im gleichen Zeitraum von 4,93 Millionen auf 6,47 Millionen erhöht, ihr Anteil stieg daher entsprechend von 37,3% auf 41,8% an.

Wenden wir uns nunmehr der inneren Gliederung der beiden Hauptschichten der Arbeiterklasse zu:

1. Die Schicht der "produktiven Arbeiter"

	Ges.Zahl in 1.000		Anteil in % der produktiv.Arbeiter	
	1962	1968	1962	1968
Angelernte Arbeiter	2.396	2.706	28,9	30,1
Facharbeiter	2.278	2.607	27,5	29,0
Hilfsarbeiter	1.577	1.575	19,0	17,5
Land- u.Fischerei-arbeiter	840	632	9,9	7,0
Techniker u. Ingenieure	405	724	4,9	7,9
Meister	306	360	3,6	4,0
Lehrlinge	283	262	3,5	2,9
Bergarbeiter	187	144	2,7	1,6
	8.272	9.010	100,0	100,0

Quelle: S. Laurent Données sur les classes sociales en France, Economie et Politique, No. 149/150 und Annuaire Statistique de la France 1969

Die Zahl der angelernten Arbeiter hat sich erhöht und erreicht einen Anteil von 30%; die Zahl der qualifizierten Facharbeiter ist auf etwa 29% angestiegen, während die ungelernten Arbeiter (Hilfsarbeiter, Land- und Bergarbeiter) langsam zurückgehen; ihr Anteil betrug aber 1968 immerhin noch ca. 26%. Während sich der Anteil der Meister und Lehrlinge zusammen nur geringfügig änderte, ist der Anteil der Techniker und Ingenieure rasch gewachsen (von 4,9% auf 7,9%, das entspricht einem Wachstum von 60%).

Obwohl sich ein allgemeiner Anstieg in der durchschnittlichen Qualifikation des "produktiven Gesamtarbeiters" feststellen läßt, ist dieser Prozeß keineswegs widerspruchsfrei. Prognosen für das Jahr 1975 ⁹¹⁾ erwarten zwar einen weiteren Rückgang der ungelernten Arbeiter, andererseits wird aber der Anteil der angelernten Arbeiter gegenüber den Facharbeitern wachsen, während die Bedeutung der Meister zurückgehen wird.

Insbesondere in einigen der führenden Industriezweige, vor allem in der elektro-technischen und in der Autoindustrie, nimmt der Anteil der angelernten Arbeiter (Ouvrier spécialisé - O.S.) rasch zu. Ein Vergleich der Qualifikationsstruktur der manuellen Arbeiter im Automobil-Unternehmen Renault aus dem Jahre 1968 ergab, daß in den neuen technisch fortgeschrittensten Betrieben (Flins und Cléon) erheblich mehr angelernte Arbeiter beschäftigt werden als im traditionellen Stammwerk (Billancourt):

<u>Manuelle Arbeiter:</u>	<u>Billancourt</u>	<u>Flins</u>	<u>Cléon</u>
Hilfsarbeiter	1%	2%	3%
Angelernte Arbeiter	44%	76%	69%
Facharbeiter	27%	9%	13%

Quelle: P. Durand, Ouvriers et techniciens en Mai 1968
Grèves revendicatives ou grèves politiques,
Paris 1971, S. 18

Eindeutig ist, daß im Zuge der weiteren Verwissenschaftlichung der Produktion und des gesamten Reproduktionsprozesses der Bedarf an wissenschaftlich qualifizierten Arbeitskräften in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ansteigen wird. In einigen Industriezweigen mit fortgeschrittener Produktionstechnik bildet die Gruppe der Techniker, Ingenieure und wissenschaftlichen Kader gegenwärtig schon einen beträchtlichen Teil der Beschäftigten, so in der Chemieindustrie 26%, in der Elektroindustrie 30%, in der Elektronik 50%, in der Mineralölwirtschaft 60% und in der Atomindustrie sogar schon 75%.⁹²⁾ Wenn auch dieser Teil der Arbeiterklasse noch weiter an Bedeutung gewinnen wird, darf jedoch keineswegs vergessen werden, daß die überwältigende Mehrheit der produktiven Arbeiter heute und in absehbarer Zukunft von den traditionellen Arbeitergruppen (Hilfsarbeiter, Facharbeiter und Lehrlinge) gebildet wird.

2. Die Schicht der "sonstigen Lohnabhängigen"

Mit der überproportionalen Ausdehnung der nicht-produktiven Sektoren des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, wie sie für die hochentwickelten kapitalistischen Länder in der Phase des staatsmonopolistischen Kapitalismus charakteristisch ist, wächst die Zahl der in Handel und Finanzwesen, im Dienstleistungsgewerbe und in den verschiedenen Funktionsbereichen des Staates beschäftigten "sonstigen Lohnabhängigen" (Angestellte und Beamte) sprunghaft an. Hier eine Übersicht über die Entwicklung der einzelnen Berufsgruppen:

	Absolute Zahl in 1.000			
	1962	1968	Anteil in %	
1) Büroangestellte	1.850	2.410	37,5	37,3
2) Handelsangestellte	501	620	10,2	9,6
3) Dienstpersonal	1.020	1.171	20,7	18,1
4) mittl. Verwaltungskader	623	739	12,6	11,4
5) Lehrer u. sonstige intellektuelle Berufe	408	562	8,3	8,7

	1962	1968	Anteil in %	
6) höhere Verwaltungskader	200	448	4,0	6,9
7) Professoren u.lohnabh- hängige künstler. u. literar. Berufe	120	206	2,5	3,2
8) soz. u. med. Berufe	95	157	1,9	2,4
9) sonstige	111	154	2,3	2,4
	4.928	6.467	100,0	100,0

Quelle: S. Laurent, a.a.O., und Annuaire 1969

Auch hier läßt sich eine überdurchschnittliche Entwicklung der höher qualifizierten Berufe (Pos. 6 + 7) feststellen. Dennoch bleibt das zahlenmäßige Übergewicht der einfachen Angestellten (1 - 3), deren Lebensniveau dem der angelernten Arbeiter bzw. Facharbeiter gleicht, deutlich erhalten (1962: 68,4% - 1968: 65%). Während die Berufe mit mittlerer Qualifikation (4 + 5) bei einem Anteil von ca. 20% stagnieren.

2.2.3 Verteilung der Lohnarbeiter auf die Wirtschaftssektoren

Gleichzeitig mit der Veränderung der vertikalen Differenzierung der Arbeiterklasse aufgrund der ökonomisch-technischen Veränderungen des materiellen Produktions- und Reproduktionsprozesses ergibt sich eine beständige Umverteilung der Lohnarbeiter auf die verschiedenen Sektoren der Wirtschaft.

Die folgende Tabelle zeigt zunächst die Umverteilung der Lohnabhängigen auf die Hauptsektoren, wobei es sich erweist, daß die Sektoren Handel, Banken, Versicherungen und private und öffentliche Dienstleistungen den größten Zuwachs, die Landwirtschaft und der Bergbau den größten Rückgang zu verzeichnen haben.

Verteilung der Lohnabhängigen Frankreichs auf verschiedene Sektoren (Zahl in 1.000):

	1958	1966	1969
Insgesamt	12.880	14.760	15.501
Landwirtschaft, Forsten, Fischerei	1.023	714	626
Bergbau	361	277	219
Verarbeitende Industrie	4.719	5.166	5.239
Baugewerbe	1.278	1.730	1.809
Elektriz., Gas, Wasser	167	182	182
Handel, Banken, Versich.	1.573	2.132	2.406
Verkehr	965	1.109	1.161
Dienstleistungen	2.803	3.450	3.859

Quelle: Jahrbuch der Sozialstatistik (EWG) 1970, S. 106

Das gleiche Phänomen zeigt sich auch innerhalb der einzelnen Sektoren, wobei die Entwicklung in der verarbeitenden Industrie für die Untersuchung von Streikbewegungen von besonderem Interesse ist, denn im allgemeinen entwickeln sich je nach den spezifischen Akkumulationsbedingungen in den einzelnen Branchen (Wachstum, Stagnation, Schrumpfung) spezifische Streikziele, Streikformen usw..

Hier eine zusammenfassende Übersicht über die Variation des Beschäftigungs-Index zwischen 1962 und 1968 in der verarbeitenden Industrie:

Wachstumsindustrien		Mäßiges Wachstum oder Stagnation	Krisenindustrien	
Polygraphische	+26,6	Papier	+8,2	Bekleidung - 5,5
Elektro	+22,2	Mechan.I.	+8,0	Metallerzeug. u.Primärver- arb. - 8,6
Erdöl, Gas	+21,5	Mechan.u. El.Repar.	+6,2	Leder - 8,7
Sonst.Ind.	+20,1	Lebensmitt.	+5,9	Textil -11,5
Chemische	+16,0	Holz,Möbel	+2,6	Tabak -13,4
Baumaterial	+13,7	Metallarti- kel	+1,5	Extraktive Industrie -18,8

Quelle: P. Castany, a.a.O., S. 132

Aufgrund des unterschiedlichen Mechanisierungs- bzw. Automatisierungsgrades der verschiedenen Industriezweige, der sich in einer unterschiedlichen technischen und wertmäßigen Zusammensetzung des Kapitals der jeweiligen Branche widerspiegelt, stimmen die Wachstumsraten der Beschäftigung jedoch keineswegs mit den Wachstumsraten der Produktion überein, so daß aus diesen Angaben nicht unmittelbar auch auf die ökonomische Dynamik des jeweiligen Industriezweiges geschlossen werden kann.

2.2.4 Konzentration der Lohnarbeiter in der großen Industrie

Unabhängig von der tendenziellen Annäherung in den allgemeinen Lebensbedingungen des größten Teils der Lohnabhängigen läßt sich die Vereinheitlichung der Arbeiterklasse schon aus einigen strukturellen Merkmalen verdeutlichen. Mit dem Wachstum der Industrie und der gleichzeitigen rapiden Konzentration und Zentralisierung des Kapitals verteilt sich die Masse der Lohnarbeiter auf immer weniger Unternehmen. Die letzte Industriezählung aus dem Jahre 1963, also vor der entscheidenden Fusionswelle, ergab folgendes Bild:

Betriebe und Beschäftigte des produzierenden Gewerbes nach Betriebsgröße

Größenklasse	Betriebe Anzahl	%	Beschäftigte in 1.000 einsch. Selbst.	Lohnabhängige in 1.000	%
0 - 99	562.750 ⁺	98,4	2.858	40,7	2.284
100 - 999	8.082	1,5	2.031	28,9	2.027
1000 und mehr	564	0,1	2.146	30,4	2.141
	571.396	100	7.036	100	6.452

+ Davon 259.420 Betriebe, die keine Lohnarbeiter beschäftigen.

Quelle: Allg. Statistik des Auslandes, Frankreich 1970, S. 20

D.h. in 0,1% aller Unternehmen des industriellen Sektors waren schon 1963 fast $\frac{1}{3}$ aller industriellen Lohnarbeiter beschäftigt. Im Jahre 1965 waren in den 60 größten privaten, staatlichen und halbstaatlichen Unternehmen Frankreichs mehr als 10% aller Lohnabhängigen beschäftigt.⁹³⁾ Noch deutlicher wird die zunehmende Konzentration der Arbeiterklasse in den Großkonzernen des Bergbaus und der weiterverarbeitenden Industrie. Nach Angaben der amerikanischen Zeitschrift "Fortune" waren 1963 in den zwanzig größten Unternehmen in diesen Sektoren 769.000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt; das waren 14,2% aller Lohnabhängigen dieses Bereiches. Bis zum Jahre 1968 stieg die Beschäftigungszahl in den zwanzig größten Unternehmen um 45,3% auf 1.117.000 und erreichte damit einen Anteil von 20,6% aller Lohnabhängigen in diesen beiden wichtigsten Industriesektoren.⁹⁴⁾

Infolge dieser Konzentration verstärkt sich die Interessenidentität aller Lohnabhängigen gegenüber einer verschwindend geringen Zahl kapitalistischer Großunternehmer, von deren Entscheidungen die unmittelbaren Arbeits- und Lebensbedingungen eines immer größer werdenden Teils der Arbeiterklasse bestimmt werden.

2.2.5 Zur Entwicklung der Mittelschichten (Bauern, Handwerker, Einzelhändler, Freie Berufe usw.)

Ebenso eindeutig wie das Ansteigen der Lohnarbeiter ist der Rückgang der selbständigen Mittelschichten (Bauern und städtische Mittelschichten): Während noch 1954 jede dritte Erwerbsperson diesen Schichten angehörte, war es 1968 nur noch jede fünfte.

Besonders bemerkenswert ist der Rückgang der Beschäftigten in der Landwirtschaft (einschließlich der Landarbeiter). Die landwirtschaftlich Erwerbstätigen bildeten zu Beginn des Jahrhunderts in Frankreich noch fast die Hälfte, 1946 immerhin noch ein Drittel der aktiven Bevölkerung; heute bilden sie noch knapp ein Sechstel

aller Beschäftigten. In den letzten zehn Jahren erfaßte die Landflucht jährlich durchschnittlich 150.000 Personen (einschließlich Landarbeiter), von denen die Hälfte Männer unter 40 Jahren waren.⁹⁵⁾

Ähnlich verhielt es sich mit der Entwicklung des Handwerks und des Kleinhandels. Während der Einzelhandel zwischen 1962 und 1968 insgesamt eine Zunahme von 234.000 Erwerbstätigen verzeichnete, ist die Zahl der selbständigen Einzelhändler um 32.000 zurückgegangen. Hier macht sich besonders die Konzentration des Einzelhandels in den großen Kaufhauskonzernen, Supermärkten usw. bemerkbar.

Auch im Bereich der "Freien Berufe" verstärkt sich der Trend zur Lohnarbeit. 1968 waren von 100 Medizinern 25 Vollzeit-Lohnabhängige und weitere 33 in einem Teilzeitlehnverhältnis, bei den Juristen im nicht-öffentlichen Sektor war jeder dritte lohnabhängig. Nur in einigen Bereichen des Dienstleistungssektors, die mit der allgemeinen Monopolisierungstendenz eng verbunden sind, wie z.B. Werbung, Marketing, Agenten, Makler, aber auch bei Tankstellen, Wäschereien usw., stieg neben der Zahl der Lohnabhängigen auch die Zahl der "selbständigen Existenzen".⁹⁶⁾

2.2.6 Zusammenfassung der Strukturdaten - Die Klassenstruktur Frankreichs in den 50er und 60er Jahren

Eine Zusammenfassung der vorangegangenen Daten zur Klassenstruktur ergibt folgendes Bild:

	1954	1962	1968
Arbeiterklasse:	60,7	68,6	75,0
darunter produktive Arbeiter	40,3	43,0	44,5
sonstig. Lohnabhängige	20,4	25,6	30,5
Mittelschichten	34,3	26,9	21,0
darunter Bauern	20,3	15,9	12,3
Kapitalisten (einschl. Management usw.)	5,0	4,5	4,0

Quelle: Autorenkollektiv; Der staatsmonopolistische Kapitalismus, Frankfurt/M. 1972, S. 198

2.3 Daten zur sozial-ökonomischen Lage der Arbeiter- klasse

Die beschriebenen ökonomischen und sozialen Veränderungen des französischen Kapitalismus haben die konkreten Lebens- und Arbeitsbedingungen der französischen Arbeiterklasse wesentlich beeinflußt. Wir werden uns hier auf einige wichtige Daten aus der Zeit vor den Mai-Juni-Ereignissen. 1968 beschränken, da die spätere Entwicklung im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen der letzten drei Jahre behandelt wird.

2.3.1 Der relative Lohn 97)

Betrachten wir zunächst den Anteil, den die Arbeiterklasse in Form von Löhnen und Gehältern am gesamten Volkseinkommen erhalten hat (Lohnquote in % des Volkseinkommens)

1954	1956	1958	1960	1962	1964	1966	1968
58,2	59,0	59,0	57,2	59,7	61,8	62,0	62,3

Quelle: National Accounts, a.a.O., S. 350

Berücksichtigt man den Anstieg des Anteils der Lohnarbeiter an der Gesamtheit der Erwerbspersonen, so erhält man eine sinkende Pro-Kopf-Quote (Basis 1954):⁹⁸⁾

1954:	58,2%
1962:	51,9%
1968:	49,2%

Obwohl der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen leicht angestiegen ist, ergibt sich aufgrund der wesentlich stärkeren Zunahme der Lohnarbeiter eine eindeutige Verschlechterung ihrer Position gegenüber den Kapitalbesitzern. Dabei ist zu berücksichtigen, daß einerseits in der Summe der Löhne und Gehälter die extrem hohen Einkommen der Manager enthalten sind, die unter der juristisch

"verkehrten" Form des Gehalts die Aneignung von Mehrwert verbergen während andererseits den Unternehmereinkommen die bisweilen selbst unter dem durchschnittlichen Arbeiterlohn liegenden Einkommen sogenannter Selbständiger wie Kleinbauern, Kleingewerbetreibender und Einzelhändler hinzugerechnet sind.

2.3.2 Lohnhöhe und Lohndifferenzen

2.3.2.1 Zur Lohn"hierarchie"

Die innere Differenzierung der Lohnabhängigen zeigt sich am deutlichsten in der Hierarchie der Löhne und Gehälter: Durchschnittliches Jahreseinkommen verschiedener Berufsgruppen (in Industrie, Handel und Dienstleistungen) im Jahre 1965

Höhere			
Verwaltungskader	40.547 F	Büroangestellte	9.910 F
Ingenieure	34.917	Facharbeiter	9.876
Mittlere		Angestellte	
Verwaltungskader	20.966	im Handel	9.148
Techniker	16.505	Angelernte Arb.	7.781
Werkmeister	15.801	Hilfsarbeiter	6.653
Durchschnitt aller		Dienstpersonal	6.621
Lohnabhängigen	10.670	Lehrlinge	3.164

Quelle: I.P. Courthéoux, La politique des revenus, Paris 1968, S. 74

Noch im Jahre 1967 ergab eine Untersuchung im privaten Sektor der Wirtschaft, daß 53,3% aller Lohnabhängigen ein Jahreseinkommen von weniger als 10.000 Francs hatten (bei den manuellen Arbeitern waren es sogar 61,0%). Während rund 75% aller höheren Kader mehr als 20.000 F verdienten, waren es bei den manuellen Arbeitern nur noch 2,8%; rund 27% aller höheren Kader (etwa 100.000 Personen und damit ca. 1% aller Lohnarbeiter des privaten Sektors)

verdienten sogar mehr als 50.000 F.⁹⁹⁾ Diese ausgeprägte Hierarchie der Löhne und Gehälter erklärt bis zu einem gewissen Grad des unterschiedliche Interesse, das die verschiedenen Schichten der Arbeiterklasse (und damit zum Teil verbunden der Fraktionen der Arbeiterbewegung) in den Klassenkämpfen der letzten Jahre den Fragen der Lohnhöhe und darüber hinaus den sogenannten quantitativen Forderungen entgegengebracht haben. Zwar ist die Differenzierung der Löhne Ausdruck des Warencharakters der Arbeitskraft und deshalb mit der kapitalistischen Produktionsweise untrennbar verbunden, dennoch entsprechen die tatsächlich gezahlten Löhne nicht einfach dem unterschiedlichen Wert der Arbeitskraft, sie sind vielmehr durch eine Reihe von besonderen Bedingungen mit bestimmt. Dazu zählen im wesentlichen die gewerkschaftliche Kampfkraft, die ökonomische Lage des jeweiligen Wirtschaftszweiges, regionale Unterschiede und das eindeutige Interesse der Unternehmer an besonderen Formen der Lohndifferenzierung.

2.3.2.2 Sektorale und regionale Lohndifferenzen

Die folgende Tabelle zeigt, daß auch bei vergleichbarer Qualifikation die Löhne bzw. Gehälter je nach Industriezweig und Geschlecht zum Teil erheblich voneinander abweichen:

Durchschnittliches jährliches Netto-Einkommen der Arbeiter und einfachen Angestellten nach Geschlecht und Industriezweig 1967 (Angaben in Francs)

	M ä n n e r		F r a u e n	
	Angest.	Arbeiter	Angest.	Arbeiter
Elektrizität, Gas, Wasser	12.434	13.339	11.281	12.175
Bergbau, Erze, Baustoffe	16.995 ⁺	11.312	10.513 ⁺	7.525 ⁺
Metallerzeugung	13.825	11.010	10.818	9.027
Maschinenbau, Auto- mobile, Schiffsbau, Luftfahrt	13.406	11.801	10.970	8.792

	M ä n n e r		F r a u e n	
	Angest.	Arbeiter	Angest.	Arbeiter
Elektroindustrie	13.441	11.687	10.751	7.943
Bau und öffentl. Arbeiten	13.021	9.275	9.780	8.066
Textilindustrie	12.255	9.267	9.064	6.205
Chemische Industrie	16.084	12.333	11.460	8.912
Holz und Möbel- industrie	12.920	8.546	9.438	6.091
Transport und Kommunikation	12.057	11.734	10.471	6.493
Durchschnitt der Industrie	13.582	10.592	10.250	6.921

+ Angaben wenig signifikant infolge zu geringer Auswahl

Quelle: Annuaire Statistique 1969, a.a.O., S. 557

Der jährliche Durchschnittslohn der männlichen Arbeiter war demnach in der Holz- und Möbelindustrie rund 36% niedriger als im Energiesektor (Elektrizität, Gas, Wasser). Wenn diese Differenz auch z.T. auf die unterschiedliche Qualifikationsstruktur der Arbeiter in den beiden Sektoren zurückzuführen ist, so beweist doch eine nähere Analyse der obigen Tabelle, daß die jeweilige ökonomische und politische Kampfkraft der Arbeiter für die konkrete Lohnhöhe in den einzelnen Sektoren entscheidend ist. Es erweist sich insbesondere, daß selbst unter kapitalistischen Bedingungen die Verstaatlichung einzelner Industriezweige, wenn sie wie in Frankreich nach dem 2. Weltkrieg unter dem Druck der Arbeiterklasse erfolgt, sich günstig auf die ökonomische Situation der dort Beschäftigten auswirkt. Die Sektoren mit dem höchsten Lohnniveau sind entweder ganz (Energiesektor, Bergbau) oder teilweise (Automobil- und Flugzeugindustrie sowie das Transportwesen) verstaatlicht; sie zeichnen sich zugleich durch einen relativ hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Arbeiter aus.

Die oben angeführten Löhne der Industriearbeiter sind Durchschnittslöhne verschiedener Qualifikationsstufen und

unterschiedlicher Lohnzonen. In den Tarifverträgen werden im allgemeinen drei Hauptgruppen der Qualifikation (Facharbeiter, Angelernte Arbeiter, Hilfsarbeiter) mit jeweils einer unterschiedlichen Anzahl von Untergruppierungen (z.B. hochqualifizierte Facharbeiter usw.) in vier großen regionalen Lohnzonen unterschieden. In der Metallindustrie betrugen 1967 die Stundenlohnsätze im regionalen Durchschnitt für Facharbeiter 5,38 F, für Angelernte 4,17 F und für Hilfsarbeiter 3,33 F.¹⁰⁰⁾ Die regionalen Unterschiede belaufen sich bis auf 30%. Die Abschaffung der Lohnzonen und die Beseitigung der vielfach willkürlichen Einstufungsverfahren der Unternehmen und ihre Ersetzung durch eine Kontrolle der Arbeiter gehörten zu den wichtigsten ökonomischen Forderungen in der Streikbewegung der letzten Jahre.

2.3.2.3 Frauen, Jugendliche und ältere Arbeiter

Aus dieser Tabelle geht auch hervor, daß die weiblichen Arbeitskräfte besonders schlecht bezahlt werden. Im Durchschnitt lagen die Gehälter der weiblichen Angestellten um etwa 25%, die Löhne der weiblichen Arbeiter um 30% unter denen der männlichen Arbeitskräfte. Der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte in der Industrie beträgt 30% (ohne Bauwirtschaft), gegenüber 34,6% an der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung. Allerdings ist der Anteil der Frauenarbeit in den stagnierenden oder gar schrumpfenden und daher besonders schlecht bezahlten Industriezweigen überproportional hoch (Bekleidungsindustrie 80%, Textilindustrie 53%, Lederindustrie 47%).¹⁰¹⁾

Besonders benachteiligte Gruppen sind außer den Frauen auch die Jugendlichen (zwischen 16 und 24 Jahren) und die älteren Arbeiter. Während die Jugendlichen bei niedriger Einstufung vor allem unter verschärftem Arbeitstempo leiden, werden die älteren Arbeiter infolge ihrer nachlassenden körperlichen Leistungsfähigkeit vielfach von den besser bezahlten Arbeitsplätzen zu schlechter bezahlten versetzt.

Beide Gruppen unterliegen einer besonders hohen Arbeitsplatzunsicherheit und erhöhtem Krankheits- und Unfallrisiko. Mit den Frauen tragen sie in vieler Hinsicht die Merkmale einer industriellen Reservearmee, die zugleich durch ihre Konkurrenz sowohl das allgemeine Lohnniveau als auch die Arbeitsbedingungen negativ beeinflusst.

2.3.2.4 Ausländische Arbeiter

Alle diese Merkmale treten jedoch am deutlichsten hervor bei der Gruppe der ausländischen Arbeiter. 1970 wurde die Zahl der Ausländer auf knapp 3,2 Millionen geschätzt.¹⁰²⁾ Die wichtigsten Herkunftsländer sind:

Spanien	617.000	Polen	113.000
Italien	612.000	Tunesien	89.000
Algerien	608.000	Jugoslawien	52.000
Portugal	480.000	Schwarzafrika	55.000
Marokko	143.000		

Sozial hinzu gehören auch die formal-juristisch als Inländer geführten Einwanderer aus den überseeischen besetzten Gebieten (Départements oder Territoires d'Outre Mer), deren Zahl auf 120.000 - 150.000 geschätzt wird. Fast jeder dritte (912.000) Ausländer wohnt in der Region Paris, ein großer Teil von ihnen in den berüchtigten "Bidonvilles" (Blehhüttenstädte), deren hygienischen und sozialen Verhältnisse manchmal durchaus den Elendsvierteln rund um die lateinamerikanischen Großstädte gleichen. Charakteristisch für die Funktion der ausländischen Arbeitskräfte als industrielle Reservearmee ist auch ihre Verteilung auf die verschiedenen Industriezweige; rund 40% der Ausländer sind in der von saisonalen und konjunkturellen Schwankungen besonders betroffenen Bauwirtschaft beschäftigt, der Rest verteilt sich wie folgt: 20% in der mechanischen und elektro-mechanischen Industrie, 14% in den übrigen Industriezweigen, 11% im Dienstleistungsgewerbe, 10% in Landwirtschaft und Forsten, 5% im Bergbau.

Die berufliche Qualifikation der ausländischen Arbeitskräfte ist im allgemeinen wesentlich niedriger als die der Inländer. Nach Angaben der Zeitschrift "Formation" sind 57% der Ausländer als Hilfsarbeiter, 31% als angelernte Arbeiter, 10% als Facharbeiter und nur 1,5% als Angestellte tätig. Nach einer anderen Untersuchung aus dem Jahre 1969¹⁰³⁾ waren 60% der Ausländer bei ihrer Ankunft in Frankreich zwischen 18 und 30 Jahren, ein großer Teil von ihnen gehört damit zugleich in die Gruppe der durch besondere Jugendabschläge noch zusätzlich benachteiligte Arbeitskräfte.

2.3.3 Reallöhne

Von besonderer Bedeutung für die Beurteilung der Lebenschancen der Arbeiterklasse innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist die Entwicklung der Reallöhne über mittlere oder längere Zeiträume. Wegen der politischen Bedeutung dieser Frage sind die Kriterien zur Berechnung des Reallohnindex heftig umstritten. Wir werden später auf diese Problematik zurückkommen. Hier nur eine Übersicht über die Kaufkraft der durchschnittlichen Arbeiter-Stundelöhne in Industrie und Handel seit 1952, berechnet nach verschiedenen Verbrauchsgüter-Preisindizes:

Verbrauchsgüterpreisindizes

	Nominal- lohn- index	Offizi- eller In- dex f.Par.	Indizes der Gewerkschaften			
			CGT	Force Ouvrière	CFTC CFDT	Durchschn. d.Gewerk- sch.Indizes
Kaufkraft-Indizes						
1952	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1954	110,4	111,9	108,2	104,2	107,6	106,7
1956	131,1	126,3	122,5	111,1	116,8	116,5
1958	159,2	129,3	122,0	104,9	113,8	113,1
1960	184,2	136,0	120,8	106,0	116,4	144,1
1962	214,1	145,9	123,2	107,5	122,0	117,1
1964	248,2	156,8	128,0	106,7	127,3	119,7
1966	279,3	165,6	133,4	113,2	134,0	126,1

Quelle: H. Nolleau, L'évolution du pouvoir d'achat, Economie et Politique, Paris 1967, No. 153-155, S. 115

Nach dem offiziellen Index, dem ein durchschnittlicher "Verbraucherhaushalt" in Paris zugrunde liegt, ist demnach der reale Stundenlohn in 14 Jahren um knapp $\frac{2}{3}$ angestiegen, berücksichtigt man den durchschnittlichen Index der drei großen Gewerkschaften, die sich auf die Bedürfnisse einer typischen Arbeiterfamilie beziehen, so ist er im gleichen Zeitraum nur um gut $\frac{1}{4}$ angestiegen!.

2.3.4 Arbeitsdauer und Arbeitsintensität

Neben der Lohnhöhe sind Arbeitsdauer und Arbeitsintensität entscheidende Kriterien zur Beurteilung der sozial-ökonomischen Lage der Arbeiterklasse.

2.3.4.1 Arbeitszeit (wöchentlich - jährlich)

Obwohl sich die französischen Arbeiter in den Mai-Streiks des Jahres 1936 und mittels der Volksfrontregierung als erste Arbeiterbewegung der Welt die gesetzliche 40-Stunden-Woche erkämpft hatten, betrug die durchschnittliche Arbeitszeit der Industriearbeiter im Jahre 1966 mehr als 46 Stunden, sie lag damit um fast 8 Stunden höher als im Jahre 1938.

Entwicklung der wöchentlichen Arbeitszeit der Arbeiter und Angestellten in der weiterverarbeitenden Industrie:
(in Stunden)

1931:	45,8	1943:	44,9	1953:	44,8	1963:	45,9 Std.
1937:	40,2	1945:	42,5	1955:	45,4	1966:	46,3 Std.
1938:	38,7	1947:	44,9	1957:	46,0	1967:	45,8 Std.

Quelle: Annuaire retrospective 1966, zit. nach: Economie et Politique, Paris 1969, No. 194.

Aus einer Erhebung des Sozialministeriums im Jahre 1966 geht hervor, daß über drei Viertel aller manuellen Arbeiter eine wöchentliche Arbeitszeit von mindestens 45 Stunden hatten, mehr als die Hälfte arbeiteten mindestens 48 Stunden und immerhin noch jeder zehnte arbeitete mindestens 53 Stunden.¹⁰⁴⁾

Die durchschnittliche wöchentliche Effektivarbeitszeit schwankt je nach Industriezweig zum Teil erheblich:

Durchschnittliche betriebliche Wochenarbeitsstunden der Arbeiter nach Wirtschaftszweigen

	1960	1965	1967	1968	1969
Bergbau	47,0	44,9	45,4	43,6	--,-
Textilindustrie	43,6	43,0	41,9	43,5	43,7
Bekleidungsind.	--,-	41,9	41,2	42,0	42,0
Chem. Industrie	45,9	45,6	45,2	45,0	44,4
Metallerz.	48,2	47,7	47,3	47,5	46,1
Maschinenbau	--,-	47,5	46,9	46,9	46,3
Elektro-Ind.	47,4	46,5	46,1	46,3	45,5
Baugewerbe	49,9	50,7	50,1	49,6	49,9
Holz- u. Möbel-industrie	47,1	48,4	48,0	47,3	47,3

Quelle: Allgemeine Statistik des Auslandes, Frankreich 1970, S. 29

Im Jahre 1966 belief sich die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit der Industriearbeiter in Frankreich auf 2.078 Stunden; sie lag damit um über 200 Stunden höher als in der Bundesrepublik (1.860) d.h. die französischen Industriearbeiter arbeiteten jährlich um weit mehr als einen Arbeitsmonat länger als ihre deutschen Kollegen.¹⁰⁵⁾

2.3.4.2 Schichtarbeit

Eng verbunden mit der langen Arbeitszeit ist die zunehmende Bedeutung der Schichtarbeit. Nach einer offiziellen Untersuchung aus dem Jahre 1963 hat sich die Zahl der Unter-

nehmen mit mehr als 10 Beschäftigten, die Schichtarbeit eingeführt haben, in sechs Jahren (1957 - 1963) von 6% auf 11% erhöht. Diese 11% der Unternehmen beschäftigten 40% aller manuellen Arbeiter. In der gleichen Untersuchung wird festgestellt, daß in drei Viertel aller Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten mindestens ein Teil der Arbeiter in Schicht arbeiten.¹⁰⁶⁾

Anteil der Schichtarbeiter (in % aller manuellen Arbeiter)
in der Industrie

	1959	1963
Industrie (Durchschnitt)	16,5	21,4
Metallerzeugung	54,6	64,0
Erdölindustrie	25,3	47,5
Textilindustrie	37,4	44,7

Mit dem wachsenden Anteil des fixen Kapitals und dem erhöhten Risiko des "moralischen Verschleißes" der Produktionsanlagen durch beschleunigten wissenschaftlich-technischen Fortschritt nimmt die Tendenz zur Extension und Intension des Arbeitsprozesses immer weiter zu. Eine jüngst veröffentlichte Untersuchung aus dem Jahre 1970 über die Schichtarbeit ergab für die Metallerzeugung einen Anteil von 66,6% Schichtarbeitern, in der Textilindustrie 47%, in der Papierindustrie 45,4%, in der Glas- und Keramik-Industrie 31,2%, in der chemischen Industrie 29,9%. In der verarbeitenden Industrie lag der Durchschnitt nunmehr bei 25,5%.¹⁰⁷⁾

2.3.4.3 Arbeitsintensität und Arbeitsunfälle

Von nicht geringerer Bedeutung ist die zunehmende Intensivierung der Arbeit. Unter dem Vorwand einer rationelleren Arbeitsorganisation werden Arbeitsrhythmen beschleunigt, Ruhepausen verkürzt usw. und damit die Arbeitsleistung pro Zeiteinheit erhöht. Das sich verschärfende Arbeitstempo, insbesondere die Erhöhung der Bandgeschwindigkeiten, war in den letzten Jahren Ursache von zahlreichen Streiks.

Die Forderung nach Kontrolle der Bandgeschwindigkeiten gehört zu den häufigsten Forderungen in den Streikkatalogen.

Wie hoch das Unfallrisiko, als ein Indiz für die Arbeitsintensität und die sonstigen Arbeitsbedingungen noch in den 60er Jahren war, zeigt folgender Vergleich der gemeldeten Arbeitsunfälle im Rahmen der gesetzlichen Sozialversicherung (ohne Verkehrsunfälle): 108)

	1949	1967	Differenz
Mitglieder	7.931.863	11.628.805	+ 3.696.942
Unfälle mit einer Arbeitsunfähigkeit v. mindest. 24 Stunden	1.156.283	1.102.541	- 53.742
Schwere (+) Unfälle	48.342	114.750	+ 66.408
Tödliche Unfälle	1.657	2.137	+ 480

(+) Als "schwer" gelten Unfälle (einschl. Berufskrankheiten), die eine dauerhafte Rente zur Folge haben.

In diesen Zahlen sind die besonders unfallbedrohten Beschäftigten des Bergbaus, der Eisenbahn, der Schifffahrt, der Pariser Verkehrsbetriebe, sowie die Angestellten des öffentlichen Dienstes und die Landarbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zu anderen Versicherungen nicht enthalten. Auch in dieser Hinsicht hat sich die Situation in den folgenden Jahren kaum geändert, nach einem Rückgang 1968, der auf die kürzere Arbeitszeit infolge der Mai-Juni-Streiks zurückzuführen ist, wurden 1969 1.085.483 Unfälle gemeldet, die Zahl der tödlichen Unfälle stieg sogar weiterhin um 90 auf 2.227. 109)

2.3.5 Sonstige Arbeitsbedingungen

Naturgemäß lassen sich die konkreten Arbeitsbedingungen in den Betrieben und an den einzelnen Arbeitsplätzen nicht in der gleichen Weise quantifizieren wie Löhne oder Arbeitszeiten. Die sich häufenden Streiks oder kurzfristigen

Arbeitsniederlegungen aus Protest gegen die schlechten Arbeitsbedingungen und die Aussagen der Arbeiter beweisen aber, daß die Situation in den Fabriken immer unerträglicher wird. Die formelle Freiheit in der Konsumsphäre findet an den Fabrikatoren ihr abruptes Ende. In der Einleitung zu einer Untersuchung über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Industriearbeiter in Frankreich schreibt Philippe Gavi: "Fast allen der befragten Arbeiter erschien die Fabrik immer noch als 'Zuchthaus', in dem sie unter Lärm, mangelhaften Lichtverhältnissen, unter Schmutz, Unfallrisiko und infernalischen Arbeitsrhythmen leiden. In vielen Berufen, so stellen die wenigen Ergonomisten dieses Landes fest, ist man mit dreißig Jahren alt geworden."¹¹⁰⁾

All denjenigen bürgerlichen Soziologen, Journalisten oder Politikern, die in den vergangenen Jahren behauptet hatten, daß es keine Arbeiterklasse mehr geben würde empfiehlt Jacques Frémontier, einen Besuch im Renault-Werk Billancourt; und all denen, die sich vorstellen, die Arbeiterklasse verbürgerliche immer mehr durch Teilzahlungskäufe und die neue Technik rät er, sich als OS (angelernter Arbeiter) zu verdingen: "In diesem Universum ohne Hoffnung, entdeckt man mit Verblüffung, daß unsere Gesellschaft, trotz des unglaublichen Optimismus so vieler Soziologen, so vieler Journalisten und so vieler Politiker, es nicht vermocht hat, den Fluch des Arbeiterdaseins zu überwinden." ¹¹¹⁾

Diese nur scheinbar pathetische Einschätzung wird voll und ganz bestätigt von einer Untersuchung über die Arbeitsbedingungen angelernter Arbeiter in Frankreich, die im Februar 1972 in "Le Monde" veröffentlicht wurde. Im folgenden werden einige längere Auszüge aus dieser bemerkenswerten Untersuchung dokumentiert: ¹¹²⁾

2.3.5.1 Exkurs: Arbeitsbedingungen angelernter Arbeiter in Frankreich

"Sie arbeiten in Hitze und Kälte, auf jeden Fall im Lärm. Sie sind an die Fließbänder gekettet, an Arbeitsabläufe,

deren Arbeitsinhalt immer spärlicher und dennoch zwingender wird. 'Hier auf der Insel Séguin', berichtet ein Angelernter von den Renault-Werken, 'das ist ein Karussell! Kaum hört die eine mit Luftkompressor getriebene Maschine auf, ihre gequälten Seufzer auszustoßen, da beginnt eine andere damit. Über unseren Köpfen kreisen unaufhörlich an Ketten transportierte Wagentüren und Seitenteile.' An anderen Stellen werden die Motoren der bereits vollständig montierten Autos ausprobiert und erfüllen die Halle mit ihrem Dröhnen und ihren Abgasen. 'Früher', fährt der Angelernte fort, 'konnte man miteinander reden. Jetzt muß man sich anbrüllen - wenn man überhaupt Zeit dazu hat.'

'Bei Berliet', sagt ein anderer Angelernter, 'geht einem im Kopf ein Mühlrad herum: Bei den Motorversuchen erreicht der Lärm manchmal bis zu 115 Dezibel, obwohl die Ärzte nur 75 für zulässig halten.' 'Und außerdem', fügt ein Kollege hinzu, 'gibt es ständig Luftzug. Die Transportwagen, die unaufhörlich unterwegs sind, heben die schweren Gummischlagtüren hoch - die gibt es statt richtiger Türen -, und dann kommt kalte Luft herein.'

In bestimmten Nahrungsmittelbetrieben sind die Arbeitsbedingungen noch schwieriger. Die Arbeiter müssen jeweils gut eine Viertelstunde in Fleisch-, Gefrier- und Lagerabteilungen Temperaturen bis zu minus 18 Grad, manchmal sogar minus 28 Grad aushalten. Andere wiederum aus Abteilungen, in denen das Fleisch verpackt wird, verbleiben ganze Stunden in Temperaturen von minus 2 bis plus 2 Grad. Noch andere arbeiten tagelang in Sälen, in denen 30 Kessel sieden und ihre Dünste ausstoßen, die sich im schlecht gelüfteten Raum ansammeln.

Die meisten dieser angelernten Arbeiter - mögen sie nun zur Automobilindustrie, zur Nahrungsmittel-, zur Bekleidungsindustrie oder zur Elektronik gehören - wiederholen Tag für Tag fünfhundertmal, ja tausendmal und mehr den gleichen Arbeitsgang. In den Konfektionsfabriken steppen Tausende von Frauen fünfhundert, sechshundertmal den gleichen Teil eines Anzuges, zwar in einem gutbeleuchteten Saal, der jedoch von den trockenen und nervösen Geräusch des Ratterns

der Nähmaschinen erfüllt ist. Schlimmer noch: In bestimmten Betrieben von 'Télémécanique', z.B. in der Nähe von Pacy-sur-Eure. führt eine angelernte Arbeiterin nur eine einzige Bewegung aus, die sie alle drei Sekunden wiederholt, das sind mehr als tausend Handgriffe in der Stunde.

Bei der Firma Géo in Bicêtre stechen Arbeiter im Durchschnitt 180 Schweine in der Stunde ab. Jeder muß dabei eine, zwei oder drei genaue, stets gleiche Handbewegungen alle zwei oder drei Minuten wiederholen. Wird die Produktion beschleunigt, um den Aufträgen nachzukommen, dann werden die Schweine nicht betäubt. Die Arbeiter müssen sich dann manchmal mit den zappelnden Beinen von Tieren herumbalgen, die sich gegen das Abschlachten sträuben. In einem anderen Betrieb stellen die 'Stoßer', die 'Abbinder' und die 'Aufleser' am Fließband zu dritt 800 Würste pro Stunde her. Anderswo wiederum muß ein Arbeiter bei der Einfassung von Konservendosen bis zu 1500mal pro Stunde auf ein Pedal treten. Und an bestimmten Fließbändern kennt man überhaupt keine Pausen. Sie funktionieren ununterbrochen von 6 bis 13 Uhr.

In der Automobilindustrie ist die Arbeit nicht so schmutzig und abstoßend wie in der Lebensmittelindustrie, wo es Angelernte gibt, die in Blut und Abfällen waten müssen. Aber die Zerstückelung der Arbeitsvorgänge wird immer stärker. 'Bei Stücken, die geformt werden müssen', erklärt ein Angelernter von Renault, 'kommt alle sieben Sekunden eine Form vorbei. Früher haben an einer Montagekette der R-4-Wagen zwei Arbeiter ein Seitenteil vollständig eingesetzt. Sie begleiteten das Band 10 bis 15 Meter weit, gingen dann wieder zurück, um eine andere Karosserie zu bearbeiten. Sie hatten Zeit, ihren Arbeitskollegen mal einen Scherz zuzurufen. Die Direktion bekam aber 'raus, daß 15 Meter Weg eine Minute 'Verlust' bedeutet - also hat man das in mehrere Arbeitsgänge aufgeteilt.'

Das Abschleifen von Motorgehäusen, das sie von Unreinheiten befreit, geschah früher an einem Tisch in einer offenen Werkstatt, 'wo man mit den Kollegen in Kontakt blieb'.

Heute ist der Arbeiter, der das Gehäuse formt und stempelt, ganz allein in einem kleinen Käfig eingesperrt. In den Montagehallen sind die Arbeitsgänge in einen Zyklus von drei Minuten elf Sekunden aufgeteilt. Während dieser Zeit vollzieht der Angelernte einen bis fünf kleine Arbeitsgänge.

Das Arbeitstempo beschleunigt sich, behaupten die Angelernten: 'In den Zyklus von drei Minuten elf Sekunden ist eine Ruhezeit eingebaut, d.h., je nach Arbeitsplatz machen die Arbeitsgänge 60 bis 75 Prozent des Zyklus aus. Aber seit September vorigen Jahres hat man die einzelnen Arbeitsgänge neu aufgeteilt. Jetzt sind die Angelernten während 80 bis 97 Prozent des Zyklus voll beschäftigt.'

Damit die Arbeiter eine Zigarette rauchen, was trinken, mal austreten können, wird manchmal das Fließband angehalten. Es gibt aber auch 'Springer', die in dieser kurzen Pause an die Stelle der Angelernten treten. Aber die Zahl der Springer ist von einer Abteilung zur anderen unterschiedlich: 'Einer auf 18 Beschäftigte in der Abteilung 74 von Renault. Zwei auf 96 anderswo Und es passiert oft, daß der Springer auf einen festen Arbeitsplatz eingeteilt wird, weil ein Angelernter krank ist.'

In den Abteilungen, in denen es keine Bänder gibt, sind die Angelernten nicht dem Bandtempo unterworfen. Natürlich muß man pro Stunde auch eine bestimmte Zahl von Stücken herstellen. Aber der Angelernte kann morgens 'vorarbeiten', indem er sein Tempo beschleunigt, und sich dann ausruhen. Noch vor einigen Monaten kam es bei Berliet manchmal vor, daß Arbeiter eine Stunde früher am Tag aufhören konnten: 'Die 'Zeiten' waren damals noch großzügig berechnet.' Aber dann kamen die Zeitnehmer - und alles ist anders geworden. 'Jetzt kann man äußerst selten eine Stunde früher aufhören.'

'Um ein Fahrerhaus auf einen Lastwagen zu montieren, hatte der Arbeiter früher 37 Zeiteinheiten zur Verfügung (im allgemeinen hat die Stunde 95 Zeiteinheiten). Heute sind es nicht mehr als 27!' Er hat für diesen Arbeitsvorgang jetzt also nur noch eine Viertelstunde statt eine Drittelstunde

zur Verfügung. In bestimmten Werkstätten vollführen die Angelernten Arbeitsgänge, die nur eine bis drei Einheiten, also 45 Sekunden bis zwei Minuten, ausmachen. 'Stellen Sie sich vor, wir haben nicht einmal Zeit, 'uff!' zu sagen. Das ist eine idiotische, eine tierische Arbeit!'

Die Angelernten geben zu, daß die Teilung der Arbeitsgänge und die Beschleunigung des Tempos, die teilweise mit der wachsenden Mechanisierung zusammenhängen, die Muskelermüdung vermindern. Sie betonen aber alle, daß die Geschwindigkeit und Monotonie der Maschinen die nervöse Ermüdung erhöht. Alle beschwerten sich auch über den Platzmangel an den Bändern. 'Bei der Montage von Autobussen in Vénissieux gab es früher an den Bändern 500 Arbeiter, heute sind es 950. Der eine tritt dem anderen auf die Füße.' Die Angelernten prangern schließlich auch die Methoden an, mit denen die Zeitnehmer die Zeiten ständig verändern.

So prangern die Angelernten die Zeitnehmermethoden an:

'Der Techniker, der einen Arbeitsplatz studiert, ist niemals selbst ein Angelernter, sondern jemand mit einer gewissen Ausbildung', sagen die Angelernten von Berliet.

'Wenn er nach seiner Ausbildung eine Zeitaufnahme macht, dann tut er das nur eine oder zwei Stunden lang. Er macht aber seine Beobachtungen niemals einen ganzen Tag oder eine ganze Woche lang. Er bezieht also nicht die unterschiedlichen Belastungen ein, denen ein Arbeiter unterworfen ist, der ja nicht acht Stunden hintereinander den gleichen Rhythmus beibehalten kann.'

'Natürlich', geben die Angelernten zu, 'wir versuchen der Klemme zu entgehen, indem wir alle möglichen Tricks anwenden, damit wir ein bißchen Luft schnappen können. Wir wollen aber nicht, daß die Zeitnehmer, die ständig hinter uns her sind, uns auch das noch stehlen, um das Tempo noch mehr zu beschleunigen. Die Zeit, die wir durch unseren Trick sparen können, ist unser Eigentum. Jeder versucht, seinen kleinen Trick zu tarnen, und das wird dann zum Dschungel. An dem einen Ort sind die Meister im Bilde, am anderen versucht man sie einzunebeln.' Tempo, Lärm, Monotonie, die kleinen Tricks verursachen Verschwendung und Kosten, die

den Unternehmer teuer zu stehen kommen. 'Da man sich ja am Band 'ranhalten muß, tut man es, so gut man's kann', behaupten die Angelernten, 'aber man muß mal gucken, was dabei 'rauskommt...'

Bei Renault wie bei Berliet ist die Zahl der fehlerhaften Autos, die man zum Ausbessern schicken muß, beträchtlich. 'Jeder von uns fragt sich, was das eigentlich alles kostet.'

Die französischen Arbeiter finden sich immer weniger damit ab, an das Fließband gekettet zu sein. In Boulogne-Billancourt stellen die Ausländer in der Automobilindustrie fast die Gesamtzahl aller Angelernten. 'Übrigens, wenn die Direktion das Tempo beschleunigen will, dann unterteilt sie die Arbeitsgänge, verringert die Punktzahl in der Arbeitsplatzbewertung. Ein Formmacher, der sich mit Verschlüssen beschäftigt, gilt nicht mehr als gelernter Arbeiter. Bestimmte Monteure, die als gelernte Arbeiter der ersten Kategorie galten und die am Renault R 4 arbeiteten, sind heute für den Renault R 6 nur noch angelernte Arbeiter der zweiten Kategorie. Um keinen Konflikt mit den Arbeitern zu haben, versetzt die Direktion sie von einer Arbeitsgruppe in eine andere. Sie läßt Ausländer kommen und versetzt die Franzosen in andere Werkstätten.'

In der Nahrungsmittelindustrie sind bei der Firma Géo von 750 in der Fabrikation Beschäftigten 400 Einwanderer, häufig Schwarze. Bei Olida bestehen die Angelernten zu einem Viertel aus Frauen und zu 30 Prozent aus Ausländern. Die übrigen sind immer mehr nur zeitweilig dort.

Es gibt übrigens selten Angelernte, die länger als drei bis vier Jahre am Fließband bleiben. 'Das kann man unmöglich lange durchhalten.' In der Automobilindustrie beträgt die Fluktuation der Belegschaft 7 bis 10 Prozent. 'Man versteht durchaus', sagt hierzu ein Angelernter, 'daß es viele Arbeitsangebote für ungelernte Arbeiter gibt.'

Eine andere Wunde, die durch das Band geschlagen wird, ist das Fernbleiben vom Arbeitsplatz. Bei Renault spricht die Direktion von 5 bis 10 Prozent Abwesenden je nach Werkstatt. Sie gibt zu, daß es in der Saison bis zu 15 Prozent gibt.

'Die Direktion', erklärt ein Angelernter, 'zieht bei der Berechnung des Tempos nur 8 Prozent für die Abwesenden ab, in Wirklichkeit aber fehlen mehr.' Die Fehlquote liegt zwischen 10 und 15 Prozent. Bei Fiat in Turin ist der Prozentsatz der Abwesenden in wenigen Jahren von 6 auf 11 Prozent gestiegen, um dann wieder auf 9,5 Prozent zurückzugehen. Aber in der Periode der Feiertage ist auch bereits ein Rekord von 25 Prozent erreicht worden.

'Wenn ein Angelernter nicht in den Betrieb kommt, dann ist es gewiß wahr, daß er nicht immer krank ist. Aber er hat einfach die Schnauze voll. Er kann es einfach nicht mehr aushalten, und dann hört er eben auf und läßt sich krankschreiben.' Denn: 'Die nervösen Krisen werden immer zahlreicher', gibt ein Angelernter von Renault an, 'die Spannung ist so groß', erzählt er, 'daß es manchmal genügt, wenn einer der Jungs anfängt zu hupen oder einen langgezogenen Schrei auszustoßen, damit plötzlich alle anderen in das Hupen und Brüllen mit einfallen.'

Die Gewerkschaften stellen fest, daß zu all diesen Mängeln der Bandarbeit die vorzeitige 'Abnutzung' von Angelernten dazukommt. Wenn sie mit 40 Jahren noch am Fließband stehen, sehen sie aus wie alte Männer von 55 Jahren."

2.3.6 Arbeitslosigkeit

2.3.6.1 Zum Umfang der Arbeitslosigkeit

Das Problem der Arbeitslosigkeit schien in den 60er Jahren in Frankreich gelöst zu sein. Betrachtet man die offiziellen Ziffern des Arbeitsministeriums seit 1960, so scheint die Bezeichnung "Vollbeschäftigung" nahezu gerechtfertigt:

Zahl der registrierten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt (in 1.000)

1960	1962	1964	1966	1967	1968
130	101	98	148	196	254

Quelle: OCDE, Etudes Economiques, France, März 1970, S. 82

Diese Zahlen sind allerdings nicht nur umstritten, sie sind anerkanntermaßen falsch. Die Volkszählung 1962 ergab 196.000 Arbeitslose, 1968 wurden sogar 437.000 Arbeitslose gezählt.¹¹³⁾ Das Nachrichtenmagazin "L'Express" kommentierte die Situation wie folgt: "Frankreich ist eines der seltenen Industrieländer, das die Zahl seiner Arbeitslosen nicht einmal annähernd kennt."¹¹⁴⁾ Le Monde veröffentlichte im Oktober 1970 einen Artikel unter der Überschrift: "Gibt es in Frankreich 200.000 oder 600.000 Arbeitslose?"¹¹⁵⁾ Darin wird festgestellt, daß die Planungs-bürokratie keine ökonomisch fundierte Definition des Begriffs der Arbeitslosigkeit besitzt, wozu der Arbeitsminister Fontanet wörtlich erklärte: "Ich werde mich hüten eine Definition zu geben."¹¹⁶⁾ Der Verfasser des Artikels schätzt die Zahl der Arbeitslosen im Jahre 1970, gestützt auf Angaben der Gewerkschaften auf 630.000, gegenüber einer offiziellen Angabe von 267.000. In einer neueren Untersuchung, die sich auf die Definition der Arbeitslosigkeit des ILO (International Labour Office) in Genf stützt, wird für Ende 1971 eine Arbeitslosenziffer von mindestens 850.000 angegeben.¹¹⁷⁾

Der Streit um die Arbeitslosenziffer ist mehr als das Problem der Feststellung eines sozial schwerwiegenden Tatbestandes, er hat darüber hinaus eine unmittelbar praktische Bedeutung für die Betroffenen. Seit 1946 ist der Staat verpflichtet, eine Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, die allerdings selbst 1970 nur bis zu einem Höchstsatz von 200 Francs monatlich reichte, dazu kommen aus der Arbeitslosenversicherung für etwa 80% der offiziell anerkannten Arbeitslosen ein Betrag von 40% des vorangegangenen Lohnes in den ersten drei Monaten, danach reduziert sich der Unterstützungssatz auf 35%.¹¹⁸⁾ Als Fazit ergibt sich, daß in Frankreich über die Hälfte der nach internationalen Standards als "arbeitslos" einzuschätzenden Personen überhaupt keine Arbeitslosenunterstützung erhält, weitere 10% nur eine äußerst geringe staatliche Unterstützung erhalten und der Rest eine sehr bescheidene Existenz führen muß, denn für die Masse der arbeitslosen Arbeiter liegt die

Arbeitslosenunterstützung in der Regel unter dem gesetzlichen Mindestlohn, der über längere Fristen ein physisches Minimum darstellt.

Dem Phänomen "Arbeitslosigkeit" hinzuzurechnen ist neben der "Vollarbeitslosigkeit" noch die "Teilarbeitslosigkeit" wie sie durch konjunkturelle, vor allem aber durch strukturelle Krisen in einzelnen Industriezweigen hervorgebracht wird. Als "teilarbeitslos" gelten alle Beschäftigten, die unfreiwillig unter der durchschnittlichen Arbeitszeit arbeiten und dabei Lohn- bzw. Gehaltseinbußen hinnehmen müssen. Nach einer Erhebung des nationalen statistischen Amtes (INSEE) belief sich die Zahl der "Teilarbeitslosen aus andauernden Ursachen" im Jahr 1966 auf 715.000, darunter waren 295.000, die weniger als 30 Stunden arbeiteten (vor allem in der Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie, aber auch in der Metallindustrie).¹¹⁹⁾

2.3.6.2 Zur Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen

Mit diesen globalen Zahlen ist aber das Problem der Arbeitslosigkeit in Frankreich noch keineswegs erfaßt. Die Arbeitslosigkeit ist sowohl regional als auch strukturell verschieden. Das bedeutsamste Phänomen ist zweifellos die Arbeitslosigkeit unter den jugendlichen Arbeitern (16 - unter 24 Jahre). Nach einer Schätzung von "L'Express" waren 1970 rund 200.000 Arbeitslose und damit jeder dritte unter 24 Jahren.¹²⁰⁾ Darüber hinaus gibt es rund 1,2 Millionen Jugendliche (darunter 220.000 junge Männer) unter 24 Jahren, die kein Arbeitsverhältnis haben und nicht zur Schule gehen. Bei einer Umfrage des halbamtlichen "Institut Français d'Opinion Publique" (IFOP) ergab sich, daß von den jugendlichen Arbeitslosen unter 24 Jahren 70% keine abgeschlossene Fachausbildung und 43% keine abgeschlossene Allgemeinbildung haben, so daß ihre Chancen, einen gesicherten Arbeitsplatz zu finden, auch in Zukunft äußerst gering sind. Entsprechend hoch erwies sich bei der gleichen Umfrage auch die Rate des jährlichen Arbeitsplatzwechsels: 82% bei

den 21- bis 25-jährigen und sogar 96% bei den 18- bis 20-jährigen; gegenüber 54% bei der Gesamtbevölkerung. Die hohe "Mobilität" der Jugendlichen war keineswegs mit einem beruflichen Aufstieg verbunden. Bei der Masse der Jugendlichen mit unvollständiger Ausbildung brachte der Arbeitsplatzwechsel nur in 2% der Fälle eine Höhereinstufung.¹²¹⁾ Bei der Gruppe der jugendlichen Arbeiter kumulieren sich somit schlechte Bezahlung, Rechtlosigkeit im Betrieb, harte Arbeitsbedingungen und erhöhte Arbeitslosigkeit; zugleich sind sie vielfach am unmittelbarsten der Propaganda der Konsumgesellschaft ausgesetzt. Das Erlebnis dieses Widerspruchs stand mit am Beginn der Solidarisierung der Arbeiterklasse mit der Studentenbewegung im Mai-Juni 1968.

2.3.7 Einige Aspekte der übrigen Lebensbedingungen

Im Rahmen dieser Arbeit ist es naturgemäß nicht möglich, einen auch nur einigermaßen umfassenden Überblick über alle Aspekte der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu geben. Wir werden uns daher auf einige wenige Angaben zur Wohnsituation und zum Gesundheitswesen beschränken; einige Hinweise zur sozialen Lage der Rentenempfänger finden sich am Ende des folgenden Kapitels im Zusammenhang mit der Darstellung des Kampfes um die Rentenreform.

2.3.7.1 Zur Wohnungssituation

In einer Untersuchung über die Armut in Frankreich aus dem Jahre 1970 schreibt Jean-Pierre Launay:¹²²⁾ "Fünfundzwanzig Jahre nach dem Krieg bleibt das Wohnungsproblem das wichtigste Problem der Franzosen. Es ist immer noch schwer eine Wohnung zu einem vernünftigen Preis zu bekommen. Eine große Zahl von Franzosen lebt in engen, überbelegten Wohnungen ohne jeden Komfort, so daß man tatsächlich an das vergangene Jahrhundert erinnert wird." Daß diese Formulierungen noch eher zurückhaltend sind beweisen die folgenden

Zahlen:

Im Jahre 1967 wurden 17,9 Mio. Wohnungen gezählt, davon waren 15,6 Mio. Erstwohnungen und 1,2 Mio. unbewohnt. Die hohe Zahl der unbelegten Wohnungen erklärt sich zweifellos aus den rapide ansteigenden Mietpreisen. Nimmt man das Jahr 1958 als Basis (= 100), so erreichte der Mietpreisindex in Frankreich 1965 den Wert 210 (BRD 145) und Ende 1970 sogar 330 (BRD 209).¹²³⁾

Besonders zugespitzt ist die Wohnungssituation in Paris. Für eine 60 qm große, freifinanzierte Neubauwohnung mit durchschnittlichem Komfort mußte man um die Mitte der 60er Jahre zwischen 1.000 und 1.500 DM, in manchen Vierteln sogar bis zu 2.000 DM monatliche Miete entrichten, d.h. in Paris kann nur eine ganz kleine Zahl von Spitzenverdienern überhaupt eine Neubau-Wohnung beziehen. 1967 blieben allein im Raum Paris 25.000 Appartements unverkauft und weitere 100.000 unvermietet und dies bei anhaltender Wohnungsnot. Während um die Mitte der 60er Jahre der jährliche Bedarf an mietgünstigen Sozialwohnungen (H.L.M.) auf 250.000 - 350.000 geschätzt wurde, ging die Zahl der fertiggestellten Sozialwohnungen seit der gaullistischen Machtübernahme rapide zurück: von rund 450.000 im Jahre 1958 auf etwa 130.000 im Jahre 1965. Aus dem geringen Bauvolumen ergibt sich eine katastrophale Überalterung des Wohnungsbestandes und eine entsprechend schlechte Ausstattung. 1962 waren allein 32,2 aller Wohnungen vor 1871 (!) gebaut worden, 29,3% zwischen 1871 und 1914, 21% zwischen 1915 und 1948 und nur 17,5% nach 1948. Zwischen 1962 und 1970 wurden zwar insgesamt 2,5 Mio. Wohnungen erbaut, damit waren aber auch 1968 immer noch lediglich 29% der Wohnungen nach dem Krieg erbaut worden. Die gleiche Untersuchung aus dem Jahre 1968 ergab, daß rund 17% aller Wohnungen kein fließendes Wasser hatten, 48% hatten keine Innentoilette und 59% kein Bad oder Dusche.¹²⁴⁾

Zur schlechten Wohnsituation hinzu gehört auch, daß der Bau von Sozialwohnungen wegen der immensen Bodenspekulation immer weiter von den städtischen und industriellen Zentren in das weitere Umland verlegt wird und daß die Versorgung

dieser HLM-Exklaven mit sozialen Einrichtungen (Schulen, Kindergärten, Verkehrsverbindungen, kulturellen Einrichtungen usw.) völlig vernachlässigt wird. So verbrachten aufgrund der Entfernung und der schlechten Verkehrsverhältnisse nach einer Untersuchung aus dem Jahre 1964 rund 60% der in Paris Beschäftigten täglich mehr als 1 1/2 Stunde zwischen Wohnung und Arbeitsplatz. 125)

2.3.7.2 Zur Gesundheitsversorgung

Im Jahre 1946 wurde in Frankreich eines der damals fortschrittlichsten Gesundheitssysteme eingerichtet. Eine umfassende Krankenversicherung für alle Lohnabhängigen sollte im Prinzip garantieren, daß alle Lohnabhängigen eine kostenlose Krankenversorgung mit vollem Zugang zu allen Mitteln der Diagnostik und Therapie erhalten. Der ursprünglich von Unternehmern (zu 3/4) und Versicherten (zu 1/4) gemeinsam aufzubringende Versicherungsfonds, der durch staatliche Zuschüsse ergänzt wird, wurde bis 1958 von den gewählten Vertretern der Lohnabhängigen und der Unternehmer verwaltet. Mit den wachsenden Staatszuschüssen nahm freilich schon in den 50er Jahren die staatliche Kontrolle über Einnahmen und Ausgaben immer mehr zu. Seit der Errichtung des gaullistischen Regimes hat der Staat faktisch die Verwaltung des gesamten Sozialversicherungssystems übernommen und entsprechend den Bedürfnissen der monopolistischen Kapitalakkumulation in den 60er Jahren die Umverteilung der Krankheitskosten vorangetrieben. Dieser Prozeß hatte mit dem "Dezember-Coup" eingesetzt, als erstmals eine Eigenbeteiligung von 30 Francs an den Krankheitskosten eingeführt wurde, die bis heute je nach Art der Leistung schrittweise auf 20% bis 25% der Gesamtkosten erhöht wurde. Damit ist das einst fortschrittliche System nahezu in sein Gegenteil verkehrt worden. Hinzu kommt, daß die Krankheitskosten insgesamt rapide angestiegen sind, so lagen Mitte der 60er Jahre die Tarife je Krankenhaustag dritter Klasse mit 110 DM an der Spitze in der EWG. Da angesichts des wachsenden

Widerstands der Arbeiterklasse an eine weitere Erhöhung der Eigenbeteiligung nicht zu denken ist, versuchen Unternehmer und Staat die mit dem medizinisch-technischen Fortschritt und dem ansteigenden Krankenstand insgesamt notwendig steigenden Ausgaben so weit wie möglich einzudämmen. Besonders deutlich wird dies an dem fortschreitenden Verfall des Systems der öffentlichen Krankenhäuser, die 1970 nur noch zwei Drittel der knapp 325.000 Krankenhausbetten aufwiesen. Aber nicht nur der Anteil der öffentlich mitfinanzierten Krankenhausbetten sinkt, sondern zugleich wächst der Gesamtfehlbestand. Nach den Kriterien der Weltgesundheitsorganisation fehlten 1965 in Frankreich rund 47.000 Krankbetten. Der V. Plan (1966-1970) sah eine Reduzierung dieser Lücke auf die Hälfte vor, tatsächlich belief sich der Fehlbestand im Jahre 1970 sogar schon auf 54.000 Betten.¹²⁶⁾

Ähnlich unterversorgt ist die Masse der Sozialversicherten mit Ärzten. Auf 100.000 Einwohner kamen 1970 nur 118 Ärzte gegenüber 145 in der Bundesrepublik (zum Vergleich Italien 150, USA 150, UdSSR 210). Allein um die keineswegs günstige Position der BRD zu erreichen, müßten 8.000 Ärzte mehr approbiert werden. Die Liste dieser Aspekte medizinischer Unterversorgung ließe sich beliebig vermehren. Wichtig erscheint hier nur festzuhalten, daß bei wachsenden Bedürfnissen die einst in vieler Hinsicht vorbildliche öffentliche Gesundheitsvorsorge mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse zugunsten einer verschwindenden Minderheit des Großbürgertums, wie es die Weltgesundheitsorganisation formulierte, "weniger Fortschritte gemacht hat als jedes andere Land in Europa."¹²⁷⁾

2.3.8 Zur Steuerbelastung der arbeitenden Bevölkerung

Während die Sozialausgaben als notwendige Bedingungen zur Reproduktion der Arbeitskraft, einem wachsenden staatlichen Druck unterliegen, erweist sich die Steuerpolitik immer deutlicher, neben der Inflation, als wichtigstes Instrument der Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der großen

kapitalgesellschaften. Diese in allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern zu verzeichnende Tatsache liegt in Frankreich freilich noch offener zu Tage als anderswo. Ohne hier auf die Bedeutung des Steuersystems für den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß näher eingehen zu können, sollen wenigstens einige globale Merkmale und Daten des französischen Steuersystems angedeutet werden, die den Charakter dieses Systems offenbaren.

Im Jahre 1969 lag die Steuerlastquote in Frankreich mit 22,9% des Brutto sozialprodukts etwa in der Größenordnung der meisten anderen hochentwickelten kapitalistischen Länder.⁽¹²⁸⁾ Freilich weist schon die Struktur der Steuereinnahmen einige spezifische Merkmale auf, die eine besonders grosse Benachteiligung der Empfänger niedriger Einkommen verdeutlicht:

- Rund 60% der Steuereinnahmen stammen aus Verbrauchssteuern; davon allein über 50% aus der Mehrwertsteuer,
- 19% der Einnahmen entstammten aus der Einkommenssteuer natürlicher Personen und nur
- 3,6% der Einnahmen stammten aus Kapitalertragssteuern.
- Vermögenssteuern kennt das französische Steuersystem nicht! (Eine Ausnahme bilden lediglich die Erbschaftsteuern und ähnliche Gebühren bei Vermögensübertragungen, die insgesamt 3,6% der Einnahmen ausmachten.)⁽¹²⁹⁾

Da die Empfänger niedriger Einkommen, insbesondere Arbeiter und Rentner den überwiegenden Teil ihres Einkommens für Konsumausgaben zur persönlichen bzw. familiären Reproduktion verwenden müssen, ist ihre relative Belastung durch die Konsumsteuern am höchsten. Darüber hinaus hat sich aber in den letzten Jahren auch die Einkommenssteuerbelastung der Lohnabhängigen sprunghaft erhöht. Auch dies ist eine Folge der Inflation. Während bei der Einführung der Einkommenssteuer in Frankreich im Jahre 1960 noch der überwiegende Teil der Lohnabhängigen von der direkten Besteuerung befreit war, ergab sich, bei nur sehr geringfügiger Erhöhung des Steuerfreibetrages, durch den Anstieg des Nominallohnes in 10 Jahren eine Verdoppelung der Einkommenssteuerpflichtigen von 5 Millionen auf 10 Millionen;⁽¹³⁰⁾ weit über 90% der neu

hinzugekommenen waren Lohnempfänger bzw. Rentner. Die Gewerkschaft CGT hat, auf der Basis der Reallohnentwicklung in den 60er Jahren, ein Rechenverfahren entwickelt, das es gestattet, die unterschiedliche Belastung der Lohnabhängigen zu verschiedenen Zeitpunkten real zu messen. Danach mußte z.B. ein lediger Lohnabhängiger, der im Jahre 1970 ein monatliches Einkommen von 750 F hatte, im Jahre 1954 jährlich durchschnittlich 4 Tage Arbeitszeit für direkte Steuern aufbringen, im Jahre 1971 dagegen schon 14 Tage, bei einem Monatseinkommen von 1.500 F waren es entsprechend 1954 25 Tage, 1971 jedoch 42 Tage. Der Tendenz nach vergleichbare Ergebnisse ergaben sich für Verheiratete ohne bzw. mit 2 Kindern.¹³¹⁾

Angesichts dieser wachsenden Steuerbelastung der arbeitenden Bevölkerung erfuhr die französische Öffentlichkeit Anfang 1972, daß ihr Premierminister Chaban-Delmas in den Jahren 1965 - 1969 nicht einen einzigen Franc Einkommensteuer gezahlt hatte, und das durchaus legal, eine Tatsache, die das Wesen des Steuersystems deutlich vor Augen führte. Dem interessierten deutschen Leser erklärte "Die Welt":

"Kernpunkt der Angelegenheit ist eine Steuerbestimmung, die unter dem Begriff 'Steuerkredit' einen Besitzer von Aktien oder Anleihen ermächtigt, die Hälfte seines Ertrages aus Zinsen oder Dividenden steuerlich abzusetzen. Im Falle von Premierminister Chaban-Delmas, von dem man bei dieser Gelegenheit erfuhr, daß er lukrativ an einer Rüstungsfirma beteiligt war, führte das durch Akkumulierung des Kredits zu dem ungeheuerlichen Phänomen, daß er vier Jahre lang überhaupt keine Steuern zu zahlen hatte."¹³²⁾ Um diesen Skandal in seiner politischen Tragweite anzuprangern entschlossen sich die Kommunisten zu einer spektakulären Aktion.

Dazu "Die Welt": "Am Mittwochabend veröffentlichten sie die Steuererklärungen ihrer 33 Parlamentsabgeordneten. Nicht eine war, natürlich, zu beanstanden. Sie fordern ihre gaullistischen Kollegen auf, desgleichen zu tun. Die Antwort ist Schweigen."¹³³⁾ Wenige Monate später, nach Verabschiedung des "Gemeinsamen Regierungsprogramms" von Sozialisten und Kommunisten, mußte Chaban-Delmas sein Amt verlassen. Der Kampf um die Steuerreform geht weiter.

3. DARSTELLUNG UND ANALYSE DER KLASSENKÄMPFE VON 1968 BIS 1971

3.1 Die Mai-Juni-Ereignisse 1968

3.1.1 Die Verschärfung der Klassenkämpfe seit Mitte der sechziger Jahre

Seit etwa Mitte der 60er Jahre begannen sich, wie in Kapitel 1. ausführlich dargestellt, die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der französischen Arbeiterklasse von der Niederlage zu erholen, die sie mit der Konstituierung der V. Republik hatten hinnehmen müssen. Die Präsidentschaftswahlen von 1965 und die Parlamentswahlen von 1967 bewiesen einen eindeutigen Anstieg der politischen Linken. Die objektive Verschärfung der Interessengegensätze äußert sich in einer zunehmenden Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse, deren verschiedene Fraktionen sich zu Aktionsbündnissen zusammenfanden. Auf das Wahlbündnis zwischen der kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) und der sozialistischen Linksföderation (FGDS) zur Präsidentschaftswahl 1965, bei der ihr gemeinsamer Kandidat Mitterand im zweiten Wahlgang fast 45% der Stimmen auf sich vereinigen konnte, folgte 1966 das gemeinsame Aktionsprogramm der beiden größten Gewerkschaften Confédération Générale du Travail (CGT) und Confédération française démocratique du Travail (CFDT) (vgl. S.73ff). Die harte Reaktion der Unternehmer und des Staates gegenüber den Forderungen von CGT und CFDT führte zu einem empfindlichen Anstieg der Streikbewegung, vor allem bei den öffentlichen Verkehrsbetrieben, der Post, den Elektrizitätsbetrieben und der Eisenbahn. Als sich im Jahre 1967 auch in Frankreich die Folgen der deutschen Rezession bemerkbar machten, Kurzarbeit eingeführt wurde, die Zahl der Entlassungen sich deutlich erhöhte und in den Betrieben mit dem Abbau übertariflicher Zulagen und einer weiteren Verschärfung des Arbeitstempes begonnen wurde, spitzten sich die sozialen Spannungen zu. In einer Reihe von Großbetrieben kam es zu

langandauernden und zum Teil sehr harten Streiks, so z.B. in den Rhodiaceta-Werken des Chemiekonzerns Rhône-Poulenc in Lyon und Besançon, sowie in den SAVIEM-Werken in Caen (LKW-Produzent im Rahmen des Renault-Konzerns).¹⁾

In der Mitte des Jahres 1967 verschärften sich die Klassenauseinandersetzungen auf nationaler Ebene. Die Regierung ließ sich vom Parlament mittels eines Sondergesetzes spezielle Vollmachten erteilen, die es ihr bis Oktober desselben Jahres erlaubten, im Bereich der Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung auf dem Verordnungswege gültiges Recht zu schaffen. Gegen dieses Sondergesetz gab es heftige parlamentarische und außerparlamentarische Aktionen. Am 17. Mai 1967 wurde zum ersten Mal seit vielen Jahren von den beiden großen Gewerkschaften gemeinsam ein befristeter Generalstreik ausgerufen. Die Aktionen scheiterten, nicht zuletzt deshalb, weil Gewerkschaften und Parteien den breiten Arbeitermassen die Bedeutung dieses Gesetzes nicht hinreichend konkretisieren konnten. Die Regierung verhielt sich taktisch geschickt und wendete das Gesetz erst im August, mitten in der allgemeinen Urlaubszeit an. Sie erließ gleichzeitig zwei Verordnungen, die als "Sanierung der Sozialversicherung" und als "Beteiligung der Arbeiter am Ertrag der Unternehmen" bezeichnet wurden. Die Verordnung über die Sozialversicherung brachte eine Erhöhung der Versicherungsbeiträge und eine weitere Steigerung der Selbstbeteiligung an den Krankheitskosten von 20% auf 30% mit sich. Charakteristisch für die soziale Demagogie des "Links"-Gaullismus ist die Tatsache, daß dieser direkte Angriff auf das unmittelbare Lebensniveau der Arbeiterklasse verbunden wurde mit einem, allerdings äußerst vagen Versprechen zum Ausbau der "Participation" (Beteiligung) der Arbeiter am Unternehmensgewinn.²⁾

Nach dem Arbeitsbeginn (Rentrée sociale) im September häuften sich die Streiks. Im Oktober kam es in Le Mans zu Straßendemonstrationen gegen die Verordnungen und gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit in dieser Region,

die zu harten Auseinandersetzungen mit der Polizei führten. Ähnliche Ereignisse wiederholten sich in Quimper, Mulhouse und Cholet. Mit dieser Streikwelle war das Jahr 1967 - abgesehen von 1963 - das Jahr mit der höchsten Anzahl von Streiktagen seit Gründung der V. Republik (vgl. Streiktablette im Anhang).

Im Januar 1968 besetzten vor allem jugendliche Arbeiter die Fabrikhallen von SAVIEM in Caen. Erst durch den Einsatz der Bereitschaftspolizei (CRS) konnte die Firmenleitung die Besetzung beenden. Die heftigen Zwischenfälle führten zu einer breiten Solidarisierung der Arbeiter in der gesamten Umgebung von Caen. Am 26. Januar demonstrierten 10.000 Arbeiter und Studenten gegen den Polizeieinsatz und die Verhaftung zahlreicher Streikteilnehmer. Es kam zu einer Straßenschlacht, die bis 4 Uhr morgens andauerte und zahlreiche Verletzte forderte.³⁾

In den ersten Monaten des Jahres 1968 stieg die Arbeitslosigkeit weiter rasch an. Es wird geschätzt, daß die Zahl der Arbeitslosen sich von ca. 400.000 zu Jahresbeginn auf etwa 500.000 am 1. Mai 1968 erhöhte.⁴⁾

Von besonderer Bedeutung war, daß zum ersten Mal seit Bestehen der V. Republik auch qualifizierte und hochqualifizierte Fachkräfte ihren Arbeitsplatz verloren. In der Gruppe der Techniker, Ingenieure und der wissenschaftlichen Kader kam eine gewisse Unsicherheit über ihre eigene Zukunft, über ihre Rolle in der Gesellschaft und ernste Zweifel an der Rationalität der bisherigen Organisation des gesellschaftlichen Gesamtsystems auf.⁵⁾

3.1.2 Zur Rolle der Studentenbewegung

Die Arbeitslosigkeit unter der schulentlassenen Jugend, selbst mit Fach- oder Hochschulbildung, nahm in den Jahren 1966 - 1968 überdurchschnittlich zu. Die offiziell registrierte Arbeitslosigkeit unter der Gruppe der 18 - 24 Jährigen erhöhte sich zwischen September 1966 und

September 1967 um 64% gegenüber einer durchschnittlichen Zunahme um 41%.⁶⁾ Die Masse der Studenten sah ihre Hoffnung auf eine gesicherte berufliche Karriere zusehends schwinden. Eine Untersuchung über das politische Bewußtsein der französischen Studenten aus dem Jahre 1969 ergab, daß 65% aller befragten Studenten die Befürchtung äußerten, am Ende ihres Studiums keine angemessene oder befriedigende Stellung zu finden und 83% gaben an, daß diese Befürchtungen die Mai-Juni-Ereignisse beeinflußt hätten.⁷⁾

Mit der allgemeinen Verschärfung der politischen und sozialen Gegensätze und der besonderen Zuspitzung der Situation der erwerbstätigen Jugendlichen erhöhten sich gleichzeitig die Schwierigkeiten im Ausbildungssektor. Eine genauere Analyse ergibt, daß zwei Faktoren diese komplexe Situation bestimmt haben:

- die äußerst aktive Bevölkerungsvermehrung in der Nachkriegszeit, als Ergebnis einer gezielten Bevölkerungspolitik im Interesse einer allgemeinen Stärkung der französischen Wirtschaftsmacht, führte im Laufe der 60er Jahre zu einem erheblichen absoluten und relativen Anstieg der Zahl der Jugendlichen im Alter von 15 - 24 Jahren:⁸⁾

	1962	1965	1968
Zahl der Jugendlichen in 1.000	5.898	6.906	8.016
Anteil an der Gesamtbevölkerung in %	12,6	14,5	16,1

- Früher als in der Bundesrepublik erkannte die planungsbewußte Großindustrie in Frankreich, daß im Interesse eines weiteren Wachstums der Produktion und der Profite der Bedarf an fachlich höher qualifizierten Arbeitskräften in allen Bereichen der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion schnell ansteigen würde. Im Rahmen des IV. und des V. Planes wurde daher dem Ausbau des Bildungs-

wesens gesellschafts- und sozialpolitische Priorität zuerkannt. Die Zahl der Schüler in den Mittel- und höheren Schulen erhöhte sich überproportional von knapp 1,8 Millionen im Jahre 1960 auf über 3 Millionen im Jahre 1968. Noch bemerkenswerter entwickelte sich die Zahl der Studenten an den Universitäten, Technischen Hochschulen und des Grandes-Écoles (Elite-Hochschulen) des Landes:⁹⁾

	1960	1965	1966	1967	1968
in 1.000	245,1	405,7	455,8	504,4	571,1

Die Ausgaben für das Bildungswesen gehören zu den "faux frais" der kapitalistischen Produktion; d.h. sie sind langfristig notwendige, aber im Sinne des kurzfristigen Verwertungsinteresses nicht unmittelbar produktive Ausgaben von gesellschaftlichem Gesamtkapital. Der vom Standpunkt des Kapitals widersprüchliche Charakter der Bildungsausgaben äußerte sich in Frankreich darin, daß die Unternehmerverbände dem in der ersten Hälfte der 60er Jahre ausgearbeiteten Plan zur Reform des gesamten Bildungswesens (einschließlich einer umfassenden Hochschulreform) zwar begeistert zustimmten; denn: "das Leitbild der Reform war die Hochschule als Fabrik zur Produktion der jeweils am Arbeitsmarkt nachgefragten Qualitäten der Ware Arbeitskraft".¹⁰⁾ Die von den Vertretern der Monopolindustrien beeinflusste Regierung war aber nicht bereit, die zur Verwirklichung des nach dem damaligen Erziehungsminister benannten Fouchet-Planes, benötigten finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, da diese die private Akkumulationsrate kurz- oder mittelfristig eingeschränkt und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der französischen Konzerne bedroht hätte.¹¹⁾ Ein der Reform Fouchets wohlgesonnener Professor beklagte: "Wenn die Regierung beschließt, ein neues Überschallflugzeug zu kaufen, stellt sie die notwendigen Kredite bereit. Der Plan Fouchet aber wurde angenommen,

ohne daß das Budget des Erziehungsministers entsprechend erhöht wurde."¹²⁾ Bei steigenden Schüler- und Studentenzahlen verschlechterten sich daher die Lern- und Arbeitsbedingungen im Ausbildungssektor zusehends, insbesondere an den Universitäten und Hochschulen. Solange aber die durch das gesamte französische Bildungssystem auf Aneignung von abstraktem Faktenwissen konzentrierten und unter ständigem Examensdruck stehenden Studenten noch hoffen konnten, nach wenigen Universitätsjahren einer gesicherten beruflichen Zukunft entgegenzugehen, stießen die Thesen der Studentengewerkschaft UNEF (Union Nationale des Etudiants Français) gegen den Fouchet-Plan¹³⁾ trotz theoretisch vielfach richtiger Einsichten nur auf geringe Resonanz. Anders als in der Bundesrepublik oder in Italien ist es den politisierenden Studenten in Frankreich lange nicht gelungen, den Zusammenhang des Kampfes gegen die an der Priorität der Kapitalverwertung ausgerichtete Hochschulreform und des Protestes gegen die amerikanische Aggression in Vietnam theoretisch einsichtig zu machen und in studentischen Massenaktionen zu vermitteln. Zwar gab es schon seit 1966 vor allem in Paris eine Vielzahl von Vietnam-Basisgruppen und eine Reihe linksextremer Studentengruppen trotzkistischer, maoistischer, guevaristischer oder anarchistischer Richtung, deren elitäre und sektiererische Theorie und Praxis war aber nicht geeignet, die Masse der Studenten in Bewegung zu bringen. Erst als sich im Laufe des Jahres 1967 die soziale Situation auch der Studenten in der oben beschriebenen Weise verschlechterte, erreichte die Agitation der linken Studentengruppen aus den philosophischen und sozialwissenschaftlichen Fakultäten auch die Studenten der Natur-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften, der Technischen Hochschulen und der Medizinischen Fakultäten. Die Massendemonstrationen und sonstigen Kampfformen der amerikanischen, westdeutschen und der italienischen Studentenbewegungen waren zu Beginn des Jahres 1968 zum Vorbild einer wachsenden Zahl von französischen Studenten geworden.¹⁴⁾

3.1.3 Der historische Ablauf der Mai-Juni-Ereignisse

Bis heute liegt eine umfassende historische Darstellung der Mai-Juni-Ereignisse des Jahres 1968 nicht vor.¹⁵⁾

Die Schwierigkeit jeder Darstellung dieser Ereignisse liegt in der Analyse der Beziehung zwischen Arbeiter- und Studentenbewegung in den verschiedenen Phasen des historischen Ablaufs.¹⁶⁾ Im allgemeinen wird die Studentenbewegung als Auslöser und Katalysator der Streikbewegung der Arbeiter angesehen. Dabei wird häufig vergessen, daß schon im Laufe des April und verstärkt in den ersten Tagen des Mai eine Reihe von Kampfaktionen der Arbeiterklasse stattfanden, die unabhängig von den Aktionen der Studenten durchgeführt wurden.¹⁷⁾ Am

1. Mai 1968 mußte das gaullistische Regime zum ersten Mal seit seinem Bestehen einen Demonstrationenzug der Gewerkschaften in Paris zulassen, an dem über 100.000 Arbeiter teilnahmen. Die Serie der kurzfristigen Streiks, die seit den ersten Monaten des Jahres anhielt, setzte sich beschleunigt fort, so in den verstaatlichten Flugzeugwerken Sud-Aviation bei Nantes, in einigen Bereichen der Textilindustrie und bei den Angestellten der Post. Im Renault-Werk Billancourt bei Paris hat es von Anfang März bis Anfang Mai nicht weniger als 80 kurzfristige Arbeitsniederlegungen gegeben. Am 6. Mai folgten 100.000 Bergarbeiter einem Streikaufruf der Gewerkschaften aus Protest gegen die unzureichenden Sicherheitsmaßnahmen, denen am 3. Mai sechs Bergarbeiter zum Opfer gefallen waren. Am 7. Mai streikten in Paris die Taxifahrer. Am 8. Mai gab es zahlreiche Massendemonstrationen in der Provinz (Brest, Quimper, Rennes und anderswo) bei denen vor allem gegen steigende Arbeitslosigkeit, sinkende Reallöhne und gegen die Verordnung zur Sozialversicherung protestiert wurde.¹⁸⁾ Auf dem Hintergrund dieser Ereignisse wird deutlich, warum die brutalen Aktionen der Polizei gegen die demonstrierenden Studenten in Paris auf einen so ungewöhnlich breiten Protest innerhalb der Arbeiterklasse und darüber hinaus auch bei den städtischen

Mittelschichten stoßen konnten.

3.1.3.1 Studentendemonstrationen und Generalstreik vom 13. Mai 1968¹⁹⁾

Die Ursprünge der Pariser Studentendemonstrationen in den ersten Mai-Tagen lassen sich bis auf die Ereignisse in Nanterre (Vorort von Paris) zurückführen, bei denen am 22. März eine Gruppe von Studenten das Verwaltungsgebäude der dortigen philosophischen Fakultät (eine der materiell unzureichend ausgestatteten Neugründungen aus der Mitte der 60er Jahre) aus Protest gegen die Verhaftung von Teilnehmern an einer Demonstration gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam besetzt hatten.

Die sogenannten Rädelsführer dieser Besetzung, unter ihnen Daniel Cohn-Bendit, sollten am 6. Mai vor einem Disziplinargericht zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Protestaktionen der Studenten von Nanterre gegen dieses Verfahren nahm der Dekan am 2. Mai zum Anlaß der Schließung der Fakultät. Am 3. Mai versammelten sich etwa 400 Studenten zum Teil aus Nanterre zu einem Teach-in im Innenhof der Pariser Sorbonne. Der Rektor löste die Versammlung mit Hilfe der Polizei gewaltsam auf. Im Quartier Latin (dem Pariser Universitätsviertel) kam es zu spontanen Protestdemonstrationen, die von der Polizei rücksichtslos niedergeschlagen wurden. Während der Rektor die Sorbonne schließen ließ, riefen die Studentengewerkschaft UNEF und die Hochschullehrergewerkschaft SNESUP gemeinsam zum Streik auf. Am 4. und 5. Mai wurden eine Reihe von Studenten, die bei den Demonstrationen vom Vortage verhaftet worden waren, in Schnellverfahren abgeurteilt. Dies führte zu einer weiteren Solidarisierung innerhalb der Studentenschaft. Am 6. Mai formierte sich ein Potestzug der Studenten, dem sich zahlreiche Professoren angeschlossen hatten, unter ihnen sogar prominente Nobelpreisträger, in den noch nicht abgesperrten Straßen des Quartiers. Die Polizei löste auch diese Demonstration

auf, wobei sie neben Tränengas zum erstenmal auch Kampfgase gegen die Demonstranten einsetzte. Bei diesen Vorgängen kam es zu ersten Solidaritätsbekundungen von Seiten der Bevölkerung, die zum Teil selbst die Brutalität der polizeilichen Aktionen miterleben mußten. Ein Teil der liberalen Öffentlichkeit wandte sich heftig gegen den brutalen Polizeieinsatz. Am 7. Mai kam es zu einem "langen Marsch" durch die Straßen von Paris, an dem sich Zehntausende von Studenten, Schülern und jungen Arbeitern beteiligten. Den ersten Höhepunkt erreichte die Studentenbewegung in der Nacht vom 10. zum 11. Mai, als mehr als 20.000 Studenten und junge Arbeiter in den Straßen des Quartier Latin gegen die anrückende Bereitschaftspolizei rund 60 Barrikaden errichteten und bis in die frühen Morgenstunden verteidigten. Von besonderer Bedeutung für den Verlauf der weiteren Auseinandersetzungen war dabei, daß die "Schlacht um die Barrikaden" von Rundfunk und Fernsehen zum Teil live übertragen worden war. Die unbeschreibliche Härte des Polizeieinsatzes wurde von Millionen Franzosen miterlebt. Besser konnten die studentischen Thesen vom Polizeistaat nicht belegt werden. Unter dem Eindruck der "Barrikadennacht" versammelten sich die Vertreter der großen Gewerkschaften CGT und CFDT, der Lehrgewerkschaft FEN und der Studentengewerkschaft UNEF in den Morgenstunden des 11. Mai. Auf Vorschlag der kommunistisch-sozialistischen CGT wurde für Montag den 13. Mai, dem 10. Jahrestag des gaullistischen Regimes, ein 24-stündiger Generalstreik ausgerufen, dem sich die anwesenden Gewerkschaften, später auch die sozialdemokratische Gewerkschaft FO (Force Ouvrière) anschlossen. Angesichts der Entschlossenheit der Gewerkschaften verkündete der von einem Staatsbesuch in Afghanistan zurückgeeilte Premierminister Pompidou noch in der Nacht vom 11. zum 12. Mai die Wiedereröffnung der Sorbonne und die Aufhebung der Haft für die Festgenommenen der vorangegangenen Nacht. Die Gewerkschaften stellten fest, daß Pompidou "weit davon entfernt war, alle Fragen zu beantworten, die der Kampf der Arbeiter, Studenten

und Lehrer gestellt hat". Sie hielten am Streikaufruf fest. Am Montag, den 13. Mai 1968, wurde überall im Lande gestreikt. In fast allen großen Städten fanden Demonstrationen statt, an denen Tausende von Menschen teilnahmen: so in Lyon (60.000), Toulouse (50.000), Marseille (50.000), Bordeaux (50.000), Mans (30.000), Nantes (25.000), Grenoble (25.000), Nancy (25.000). Vor dem Renault-Werk in Billancourt versammelten sich 20.000 Arbeiter und Angestellte des größten französischen Industriebetriebes.²⁰⁾

Unter der Parole "Solidarität zwischen Arbeitern, Lehrern und Studenten" versammelten sich in Paris nahezu eine Million Menschen zum größten Demonstrationszug, den die französische Nachkriegsgeschichte bis dahin gekannt hatte. Im Verlauf des kilometerlangen Marsches von den Arbeitervierteln (Place de la République) bis zum Studentenviertel (Place Denfert-Rocherau) verstärkten sich die politischen Losungen gegen das gaullistische Regime. Die wichtigste Losung lautete: "Zehn Jahre sind genug", vereinzelt wurde auch der Ruf nach einer Volksfront-Regierung laut. Die allgemeine Begeisterung der Massen konnte allerdings die schon zu diesem Zeitpunkt bestehenden Differenzen zwischen den führenden Vertretern von CGT und PCF einerseits und den Studentenführern andererseits über die Einschätzung der Situation und die weitere Taktik nur unzureichend verbergen.²¹⁾ Dies wurde noch am gleichen Abend offenkundig: Als die Gewerkschaft CGT die Demonstration für beendet erklärt hatte, rief ein Teil der Studenten zu einer weiteren Demonstration vor dem Gebäude des staatlichen Rundfunks ORTF auf. Das Problem der Einheit von Arbeiter- und Studentenbewegung konnte durch die Solidaritätskundgebung vom 13. Mai nicht gelöst werden.

Dennoch markiert der Generalstreik vom 13. Mai den Übergang zu einer höheren Stufe der Klassenauseinandersetzungen. Am Abend stellten die Gewerkschaften den ungeheuren Erfolg der Streikaktion fest. CGT und CFDT be-

tonten übereinstimmend, daß die Massenbewegung die Entschlossenheit der Arbeiter, Studenten und der sonstigen Werkstätigen ausgedrückt habe, den Kampf für den ökonomischen, sozialen und politischen Fortschritt verstärkt fortzusetzen. Beide Organisationen riefen zu einer Intensivierung aller laufenden Aktionen auf.²²⁾

3.1.3.2 Fabrikbesetzungen - Anstieg der Streikwelle - Die politische Entwicklung

Am folgenden Tage (14. Mai) legten die rund 2.000 Metallarbeiter der Flugzeugwerke Sud-Aviation in Bouguenais (bei Nantes) die Arbeit nieder und besetzten die Fabrik. Die Direktion des Werkes wurde von den aufgebrachtten Arbeitern in ihren Büros eingeschlossen, da sie im Laufe des Tages jede Verhandlung über die seit mehreren Wochen vorgebrachten Forderungen nach höheren Stundenlohnsätzen (zum Ausgleich der aus Arbeitsmangel eingeführten Kurzarbeit) und einer Garantie der bedrohten Arbeitsplätze zum wiederholten Male abgelehnt hatte.²³⁾ Einen Tag später (15. Mai) eine ähnliche Situation im Renault-Werk in Cléon: Am Vormittag wurde die Arbeit für eine Stunde niedergelegt; die Forderungen lauteten: Erhöhung der Löhne, Einstufung der Arbeiter gemäß ihrer Ausbildung, Zurücknahme der unsozialen Verordnungen zur Sozialversicherung. Die Direktion weigerte sich zu verhandeln und verwies auf die alleinige Entscheidungsbefugnis der Generaldirektion in Paris. Als am Nachmittag die Nachricht von der Besetzung bei Sud-Aviation bekannt wurde, stürmten rund 200, vor allem jüngere Arbeiter das Direktionsgebäude; die einzelnen Betriebsabteilungen legten nacheinander die Arbeit nieder, am Abend wurde die Besetzung der Fabrik beschlossen.²⁴⁾

Am gleichen Tage verbreitete die Gewerkschaft CGT (in einer Auflage von 4 Millionen Exemplaren) einen umfangreichen und eindringlichen "Appell an die Arbeiter und Arbeiterinnen Frankreichs".

Ausgehend von der Solidarität mit dem Kampf der Studenten formulierte die CGT darin ihre unmittelbaren Minimalforderungen: Mindestlohn von 600 F im Monat, Zurücknahme der Verordnung zur Sozialversicherung, Vollbeschäftigung für alle, Respektierung und Erweiterung der Gewerkschaftsrechte im Betrieb. Die Arbeiter wurden aufgefordert, die Aktion überall auf ein höheres Niveau zu heben. "Arbeiter und Arbeiterinnen, handelt ohne zu zögern, gemäß dem Appell Eurer Gewerkschaften, versammelt Euch an den Arbeitsplätzen, nehmt teil an der Bestimmung Eurer Forderungen und der Art der Aktionen in Euren Betrieben, Industriezweigen und Regionen."

Die CGT forderte die gemeinsame Aktion aller Gewerkschaften und fügte hinzu: "Die Ersetzung der gegenwärtigen Staatsmacht durch eine Volksregierung ... hängt ab von der Einheit und der gemeinsamen Aktion all derer, die Opfer der gegenwärtigen Politik sind."²⁵⁾

Am Vormittag des 16. Mai besetzten die Arbeiter von Renault in Flins und Le Mans ihre Fabriken. Auf den Appell der CGT versammelten sich am Nachmittag rund 25.000 Arbeiter des Hauptwerkes von Renault in Billancourt (bei Paris) und beschlossen einmütig die Besetzung der Fabrik. Ihre dringlichsten Forderungen lauteten: Erhöhung der Löhne und Gehälter für alle Beschäftigten auf der Basis eines betrieblichen Mindestlohnes von 1.000 F im Monat, Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, Herabsetzung des freiwilligen Pensionsalters auf 60 Jahre, Erweiterung der Gewerkschaftsrechte im Betrieb, Verbesserung des Lohnprämiensystems.²⁶⁾

Ohne Zweifel war der Streikbeschuß der größten Fabrik Frankreichs von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung der nationalen Streikbewegung.²⁷⁾ Noch am gleichen Tage stimmten die Arbeiter der übrigen Renaultwerke in Sandouville und Orléans für den Streik mit Fabrikbesetzung; ebenso die Arbeiter der Loockheed-Werke in Beauvais und von UNELAC in Orléans. Damit waren am Abend des 16. Mai rund 100.000 Arbeiter im unbefristeten Streik und in fast allen Fällen waren die Fabriken

besetzt worden. Am nächsten Tag vervielfachte sich die Zahl der Streikenden, ohne daß die Gewerkschaften einen allgemeinen Streikaufruf erlassen hätten; sie erreichte am Morgen des 18. Mai die Millionengrenze und verdoppelte sich im Laufe des Tages. Eine Reihe großer Unternehmen der Metall- und der Chemieindustrie wurden bestreikt und zum größten Teil besetzt, darunter die Firmen SNECMA, Sud-Aviation (alle übrigen Werke), Nord-Aviation, Hispano-Suiza, Schneider-Creusot, Berliet, Rhodiaceta, Rhône-Poulenc u.v.a.. Im Laufe des 18. und 19. Mai griff die Streikbewegung auf den öffentlichen Dienst über, die Arbeiter und Angestellten von Bahn und Post sowie der Pariser Verkehrsbetriebe RATP waren die ersten, die die Arbeit niederlegten. Während sich in der Industrie die Streikbewegung auf nahezu alle Industriezweige ausdehnte, erreichte die Welle am 20. Mai auch die Angestellten der Warenhäuser, der Banken und Versicherungen und am 21. Mai die Lehrer und Beamten. Der Streik hatte sich binnen weniger Tage zu einem Generalstreik ausgeweitet. Am 22. Mai meldete die Gewerkschaft CFDT zwischen 8 und 9 Millionen Streikende, in den nächsten Tagen erhöhte sich deren Zahl bis auf rund 10 Millionen.²⁸⁾

während sich die Streikbewegung mit Unterstützung der Gewerkschaften von der Basis in den einzelnen Betrieben aus über das ganze Land ausdehnte, ergaben sich in den verschiedenen Gewerkschaftszentralen unterschiedliche Auffassungen zum Charakter der Bewegung und zur weiteren Strategie. Die sozialdemokratisch orientierte Gewerkschaft FO warf der CGT vor, mit ihrem Aufruf zur Bildung einer "Volksregierung" die Bewegung politisieren zu wollen.²⁹⁾ Die linksradikalen Studenten und einige Führer der katholisch-sozialistischen Gewerkschaft CFDT behaupten dagegen, die CGT habe in dem Aufruf den besonderen Charakter der Mai-Bewegung nicht erkannt und versuche deren revolutionäres Potential in rein ökonomistischen ("quantitativen") Forderungen zu ersticken.³⁰⁾

Anders als die CGT, die von den unmittelbaren ökonomischen Bedürfnissen der Arbeiterklasse ausgehend, eine Verstär-

kung der Rechte der Arbeiter in den Betrieben forderte und für die Sicherung der Errungenschaften eine auf einem breiten Bündnis aller werktätigen Schichten beruhende "Volksregierung" anstrebte, stellte die CFDT die Demokratisierung der Betriebe und Universitäten mit dem Ziel der vollen Selbstverwaltung durch die Arbeiter und Studenten in den Vordergrund: "Der Kampf der Studenten für die Demokratisierung der Universitäten ist von der gleichen Art wie derjenige der Arbeiter für die Demokratie in den Unternehmen. ... Die industrielle und administrative Monarchie muß ersetzt werden durch demokratische Strukturen auf der Basis der Selbstverwaltung. Die Erweiterung der Gewerkschaftsrechte, die Anerkennung der betrieblichen Gewerkschaftsvertretung, die Garantie der Vollbeschäftigung, das Recht der Arbeiter auf die Leitung der Wirtschaft und ihrer Unternehmen müssen mehr denn je bekräftigt werden."³¹⁾ Während die Studentengewerkschaft UNEF die Position der CFDT unterstützte, bezeichnete die CGT die Losung der "Selbstverwaltung" als "kraus" und dem Bewußtsein der Arbeiter fremd.³²⁾

Trotz dieser zum Teil sehr heftigen Polemiken ist es den beiden Gewerkschaften am 22. Mai gelungen, eine gemeinsame Erklärung herauszugeben, in der sie sich auf das Aktionsprogramm aus dem Jahre 1966 bezogen.³³⁾ Die Forderungen lauteten: "Erhöhung der Löhne und ein Mindestlohn von 600 F im Monat, Garantie der Vollbeschäftigung, zunehmende Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, Ausweitung der Gewerkschaftsrechte im Betrieb, damit die Errungenschaften der Arbeiter garantiert werden können. Selbstverständlich müssen die globalen Verhandlungen für diese Ziele die Gesamtheit der Arbeiter der privaten, verstaatlichten und öffentlichen Sektoren umfassen."³⁴⁾

Die Gewerkschaften FO und CGC (Confédération Générale des Cadres-Gewerkschaft der leitenden Angestellten) erklärten sich zu Verhandlungen mit Unternehmern und Staat bereit, wobei FO sich auf die gemeinsamen Forderungen

von CGT und CFTD bezog. Noch am gleichen Abend antwortete der Unternehmerverband CNPF (Confédération National du Patronat Français) ausweichend: "Die Situation der französischen Wirtschaft verlangt 40 Tage vor der vollständigen Öffnung unserer Grenzen³⁵⁾ bedeutsame Anstrengungen. ... Es wäre unannehmbar, den Weg zu neuen Fortschritten durch das Anhalten der Produktion und des Exports oder durch Auferlegung untragbarer Lasten für die Unternehmen zu verbauen."³⁶⁾

Mit der sozialen Situation verschärften sich die politischen Auseinandersetzungen. Schon die Parolen des 13. Mai zeigten die tiefe Unzufriedenheit der Arbeitermassen mit dem gaullistischen Regime. Der damalige Premierminister Pompidou war gezwungen noch am gleichen Tage die Wiedereröffnung der Sorbonne zu verkünden, die unmittelbar daraufhin von den Studenten besetzt wurde. Während General de Gaulle mit betonter Gelassenheit einen seit langem geplanten Staatsbesuch in Rumänien antrat, kündigte Pompidou am 15. Mai ein Amnestiegesetz für "alle Vergehen im Zusammenhang mit den Ereignissen" an.³⁷⁾

Der Erziehungsminister Alain Peyrefitte war am 13. Mai zurückgetreten, ein "Reflexionscomité" sollte über eine Universitätsreform beraten, die den Einfluß der Studenten bei den Entscheidungsgremien der Universität verstärken sollte. Die Vagheit der Versprechungen Pompidous wurde selbst von der liberalen Presse heftig kritisiert. Noch am 15. Mai stellte die gesamte parlamentarische Opposition einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung über den am 22. Mai abgestimmt werden sollte. In der Zwischenzeit versuchten die Organisationen der Linken zu einer Übereinkunft für den Fall der Abwahl der Regierung Pompidou zu kommen.

Die CGT hatte am 15. Mai zuerst von einer "Volksregierung" gesprochen, am 16. Mai erklärte die kommunistische Partei Frankreichs: "Die Voraussetzungen für das Ende der gaullistischen Regierung und die Erneuerung einer echten, modernen und den Interessen des Volkes und Frankreichs entsprechenden Demokratie reifen schnell" ... Das Einverneh-

men zwischen den linken Parteien für ein fortschrittliches Sozialprogramm ... wird eilig. Das Politbüro erneuert zu diesem Zweck umgehend seine Bündnisvorschläge an die FGDS" (sozialistische Linkskonföderation aus Sozialdemokraten, linksliberalen und sozialistischen Clubs)".³⁸⁾ Einen Tag später begründete die PCF die Notwendigkeit eines gemeinsamen Programms: "Es ist nötig, den Millionen Franzosen, die nach einer Änderung trachten, aber wissen wollen, wohin sie gehen, eine brauchbare Lösung anzubieten". Sie schlug vor, ein Minimalprogramm der Linken solle darauf abzielen, den Einfluß des Monopolkapitals auf den Staat zu begrenzen, die Forderungen der Arbeiter zufriedenzustellen und die Bürger an den Entscheidungen zu beteiligen, die sie betreffen.³⁹⁾ Wie der Generalsekretär Waldeck-Rochet hervorhob, sollte auf der Basis dieses Programms eine "wahrhafte Demokratie" errichtet werden, die den Weg zum Sozialismus ebene.⁴⁰⁾

Am 20. Mai fanden die ersten Gespräche zwischen Parteien und Gewerkschaften statt. Die Linkskonföderation FGDS diskutierte nacheinander mit den Gewerkschaften CGT und CFDT um ein Regierungsprogramm vorzubereiten. Die CGT befürwortete eine gemeinsame Diskussion zwischen Gewerkschaften und Parteien, die CFDT sprach sich dagegen für bilaterale Gespräche und für getrennte Aufgaben von Parteien und Gewerkschaften aus:

"Die CFDT wird besonders aufmerksam beobachten wie die politischen Kräfte sich für das einsetzen, was wesentlich und grundsätzlich sowohl für die Kämpfe der Studenten als auch für die Kämpfe der Arbeiter ist. - die Macht der Studenten in der Universität - die Macht der Gewerkschaften in den Unternehmen sind die einzigen Mittel um die Zukunft der unmittelbaren Errungenschaften zu sichern und die Errichtung der Arbeitermacht mit dem Ziel der Selbstverwaltung vorzubereiten".⁴¹⁾

Auch die Gewerkschaft FO lehnte ein gemeinsames Gespräch zwischen Gewerkschaften und Parteien um die Frage eines Regierungsprogrammes ab. Damit war der Vorschlag der CGT, dem sowohl PCF als auch FGDS zugestimmt hatten, gescheitert.

Zugleich war der Verhandlungsposition der sozialistischen FGDS ein großer Teil ihrer gewerkschaftlichen Basis entzogen. Als am Abend des 22. Mai der Mißtrauensantrag gegen die Regierung, mit 233 gegenüber 244 notwendigen Stimmen scheiterte, konnte das auf Wunsch von F. Mitterand (FGDS) zustande gekommene Gespräch FGDS-PCF nur noch die gemeinsame Unterstützung der sozialen Forderungen der Gewerkschaften bekräftigen. Die Verhandlungen um ein Regierungsprogramm werden um eine Woche verschoben.⁴²⁾

Nachdem der Mißtrauensantrag der Opposition nur knapp gescheitert war, und sich innerhalb der Koalition von Gaullisten und rechten Republikanern erhebliche Meinungsverschiedenheiten im Bezug auf die weitere Taktik gezeigt hatten, versuchte der am 19. Mai vorzeitig zurückgekehrte General de Gaulle die weit verbreitete Angst vor der Anarchie zur Festigung seiner Macht und zur Reformierung des Gesellschaftssystems im "partnerschaftlichen Sinne" zu benutzen. In einer Fernsehrede kündigte er am 24. Mai eine Volksabstimmung über einen Gesetzentwurf an, in dem er die Bevölkerung auffordern werde "den Staat und in erster Linie seinem Oberhaupt einen Auftrag zur Erneuerung zu erteilen. Es gilt die Universität zu erneuern ... Es gilt, die Wirtschaft den nationalen und internationalen Erfordernissen der Gegenwart anzupassen". Das Schlüsselwort hieß "Participation" (Beteiligung) der Arbeiter und Studenten an dieser Erneuerung.⁴³⁾

Der autoritäre Charakter dieser Rede stieß bis in die bürgerliche Mitte auf Empörung. Am gleichen Abend noch kam es zu heftigen Demonstrationen der Studenten, die gegen die de Gaulle-Rede protestierten. Gegen den Polizeieinsatz wurden wiederum Barrikaden errichtet und es kam zu einer Straßenschlacht, die Hunderte von Verletzten forderte. Auch in fast allen anderen größeren Städten Frankreichs folgten auf diese Rede noch in derselben Nacht zum Teil sehr massive Demonstrationen.

Unter dem Eindruck der einmütigen Ablehnung des de Gaulle'schen Vorschlags beeilte sich Premierminister Pompidou den Gewerkschaften Verhandlungen über ihre Forderungen

vorzuschlagen. Er erklärte sich bereit mit den Gewerkschaften über alle sozialen Forderungen zu sprechen und forderte den Unternehmerverband auf, an den Verhandlungen teilzunehmen.⁴⁴⁾

3.1.3.3 Die Verhandlungen von "Grenelle"

Die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften, den Unternehmerverbänden und der Regierung begannen am Samstag, den 25. Mai um 15 Uhr in den Räumen des Sozialministeriums in der Rue de Grenelle.⁴⁵⁾ Sie dauerten mit kurzen Unterbrechungen bis in die frühen Morgenstunden des Montag, den 27. Mai. Um 8 Uhr verkündete Premierminister Pompidou ein, wie er es nannte, "Protokoll der Übereinkunft". Die Gewerkschaften wiesen diese Bezeichnung sofort zurück und bestanden darauf, daß es sich lediglich um ein Protokoll über den Stand der Verhandlungen handele. Über die Annahme oder Ablehnung des Protokolls sollten die Arbeiter an ihren Arbeitsplätzen selbst entscheiden.⁴⁶⁾ Der Text des Protokolls umfaßte 14 Punkte, von denen hier nur die wichtigsten genannt seien:⁴⁷⁾

1. Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes (SMIG) von 2,22 F je Stunde auf 3 F (35% für rund 1,4 Millionen Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft) bei gleichzeitiger Abschaffung der Lohnzonen des SMIG.
2. Erhöhung der Löhne im öffentlichen, verstaatlichten und
3. im privaten Sektor um zunächst 7% und ab 1. Oktober um weitere 3% für rund 15 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamten.
4. Eine noch im einzelnen auszuhandelnde Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Ziel der Erreichung der 40-Stunden Woche.
5. Revision der bestehenden Tarifverträge durch paritätische Kommissionen, von Unternehmen und Gewerkschaften,

die insbesondere die Qualifikationsstufen überprüfen, die Prämiensysteme neu festlegen und die Diskriminierung der Frauen, Jugendlichen und der älteren Lohnabhängigen beseitigen sollen.

6. Bildung paritätischer Kommissionen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation und der Berufsaus- und -weiterbildung.
7. Ausweitung der Gewerkschaftsrechte im Betrieb: Bildung von Gewerkschaftssektionen im Betrieb, Schutz der Gewerkschaftsdelegierten gemäß dem Status der Betriebsräte, das Recht der Sektionen mittels Betriebsvereinbarungen Löhne, Prämien, Gratifikationen usw. zu bestimmen, Recht der Meinungsäußerung durch Verteilung der Gewerkschaftspresse, Mitteilungen am Schwarzen Brett usw., Versammlungsrecht der Sektionsmitglieder einmal im Monat usw..

Nähere Regelungen durch ein späteres Gesetz (vgl.S.

Die Punkte 8 - 14 befaßten sich sehr allgemein mit den Problemen der Sozialversicherung, den Familienzulagen, Rentenerhöhung, Steuerreform, Überprüfung der Kaufkraftentwicklung und Bezahlung der Streiktage (50%).

Nach Ansicht der CGT^{47a)} enthielt das Protokoll sowohl gute Ergebnisse (in Bezug auf die Erhöhung des Mindestlohnes und der Ausdehnung der Gewerkschaftsrechte), mittelmäßige Ergebnisse (Versprechung über das Pensionsalter, Familienzulagen, Renten- und Steuerreform) sowie eindeutig negative Ergebnisse in Bezug auf die Verordnung über die Sozialversicherung und das Scheitern der Forderung nach einer gleitenden Lohnskala.

Der Gewerkschaftssekretär der CGT, Georges Ségué, begab sich sofort nach Verkündung des Protokolls zum Renault-Werk in Billancourt, wo ihn mehr als 20.000 Arbeiter erwarteten. Über den Rundfunk hatten sie den Text des Protokolls noch vor dem Eintreffen Ségués erfahren. Als erster Redner sprach Aimé Halbeher, Sekretär der CGT in Renault-Billancourt. Er erinnerte an die Forderungen der

Renault-Arbeiter: Mindestmonatslohn 1.000 F, Einführung der 40-Stunden Woche, Herabsetzung des Pensionsalters auf 60 Jahre, vollständige Bezahlung der Streiktage. Das Protokoll von Grenelle befriedigte keine dieser Forderungen. Halbeher rief zur Fortsetzung des Streiks auf; der Aufruf wurde einmütig durch Handzeichen unterstützt.⁴⁸⁾

Die Entscheidung der Renault-Arbeiter in Billancourt wurde noch am gleichen Morgen von den Arbeitern bei Renault-Cléon, Renault-Le Mans, Berliet, Sud-Aviation (Nantes), Rhodiaceta, SNECMA und Citroën-Paris bestätigt. Im Laufe des Nachmittags wurden noch Hunderte von Ablehnungen aus dem ganzen Land bekannt. Damit waren die Vorschläge des Protokolls von den Arbeitern der Basis eindeutig zurückgewiesen worden. Die Gewerkschaften riefen daraufhin die Arbeiter auf, ihre Forderungen gemeinsam mit den Gewerkschaften nun auf regionaler, branchenmäßiger bzw. betrieblicher Ebene durchzusetzen.⁴⁹⁾

3.1.3.4 Differenzen innerhalb der linken Opposition

In den folgenden Tagen erreichten die Klassenauseinandersetzungen des Mai-Juni ihren Höhepunkt. Sie offenbarten aber auch zugleich die innere Uneinigkeit der verschiedenen Fraktionen und Organisationen der französischen Arbeiterklasse. Im Augenblick, wo ihre potentielle Macht sich am höchsten hätte entfalten können, hat sie sich für alle, insbesondere aber ihren Klassengegner, deutlich erkennbar so weit gespalten, daß sie nicht einmal mehr gemeinsame Aktionen zu organisieren vermochte.

Schon in der Woche zuvor hatte die Studentengewerkschaft UNEF den 27. Mai zu einem erneuten "Aktionstag" ausgerufen. Als im Laufe des Tages die Ablehnung der Protokolle von Grenelle bekannt wurde, sahen linksradikale Gruppen darin einen Mißtrauensbeweis der Arbeiter gegenüber den Gewerkschaften. Bei der Demonstrationsveranstaltung der UNEF im Sportstadion Charléty, an der rund 50.000 Studenten

Arbeiter, Angestellte und Intellektuelle teilnahmen und der sich die CFDT angeschlossen hatte,⁵⁰⁾ wurde insbesondere die CGT scharf kritisiert weil sie nach Ansicht der Redner, darunter ein ehemaliger hoher Funktionär der CGT,⁵¹⁾ in einer "revolutionären Situation" lediglich "quantitative" oder "ökonomistische" Forderungen gestellt habe. Allein der Vertreter der CFDT warnte vor einer Geringschätzung der "quantitativen" Forderungen: "Ihr müßt wissen, daß z.B. in meiner Föderation 50% der Arbeiter weniger als 500 F im Monat verdienen."⁵²⁾

Von Seiten der CGT wurde die Veranstaltung als "Spalteraktion" entschieden verurteilt. Zur Unterstützung der Forderungen der streikenden Arbeiter und für eine politische Veränderung rief sie für den 29. Mai zu Massendemonstrationen in ganz Frankreich auf, an deren Organisation sich die Gewerkschaften CFDT, FO und FEN beteiligen sollten. In Paris machte die CFDT die Teilnahme der Studentengewerkschaft UNEF zur Bedingung ihrer eigenen Beteiligung. Als die Gespräche zwischen CGT und UNEF an scheinbaren Nebensächlichkeiten scheiterten⁵³⁾ lehnte die CFDT ihre Beteiligung ab.

Inzwischen verstärkte sich die Streikbewegung sogar noch in einzelnen Bereichen, so z.B. bei der Post und im Baugeerbe. Die Arbeiter des im Aufbau befindlichen Industriekomplexes um das Erdgasvorkommen in Lacq (Südfrankreich) schlossen sich den Streiks an. Nur im Nordosten (Elsaß und Lothringen) nahmen die Arbeiter einiger mittlerer Betriebe die Arbeit auf der Grundlage der Protokolle von Grenelle wieder auf.

Die Verhandlungen auf regionaler und betrieblicher Ebene waren fast überall in eine Sackgasse geraten. Die auf Wunsch der Gewerkschaften weiterarbeitenden Betriebe der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung unterbrachen ihre Produktion zeitweise um die Verhandlungsposition ihrer Gewerkschaften zu unterstützen.

Auf der politischen Ebene wurden die Gespräche zwischen PCF und FGDS wieder aufgenommen. François Mitterand (FGDS) erklärte seine Kandidatur für den Posten des

Staatspräsidenten und Pierre Mendès-France (PSU) erklärte sich bereit, die Funktion des Premierministers zu übernehmen, dabei wurde er vor allem auch von der CFDT unterstützt. Die Kommunisten betonten dagegen, daß es zunächst gelte, ein gemeinsames Regierungsprogramm auszuarbeiten und daß es nicht darauf ankommen könne, lediglich die Personen auszutauschen. Sie riefen zu einer Teilnahme an den von der CGT organisierten Massendemonstrationen auf.⁵⁴⁾

Am Morgen des 29. Mai meldete der Rundfunk, daß General de Gaulle seinen Amtssitz verlassen hatte. Allgemein wurde der Rücktritt de Gaulles und seiner Regierung erwartet. In dieser Situation folgten rund 800.000 Arbeiter und Angestellte sowie ein großer Teil der Studenten in Paris dem Aufruf der CGT zu einer Massendemonstration, deren wichtigste Losung die Forderung einer Volksfrontregierung war. In vielen Provinzstädten kam es, zum Teil gemeinsam mit anderen Gewerkschaften, zu mächtigen Demonstrationen mit der gleichen oder ähnlichen Losungen.⁵⁵⁾

Der von der nicht-kommunistischen Linken nicht erwartete Erfolg der Massendemonstrationen von CGT und PCF veranlaßte die Führer der FGDS stärkeren Kontakt zu suchen mit Mendès-France (PSU) und der CFDT, um ein Gegengewicht zur PCF zu schaffen, das Mitterand als Voraussetzung eines Bündnisses mit den Kommunisten ansah. Am 30. Mai verweigerte die CFDT jedoch erneut eine Teilnahme an einem, dieses Mal von Mitterand angeregten, Treffen aller linken Parteien und der Gewerkschaften, weil sich die Situation nicht wesentlich verändert habe.⁵⁶⁾

3.1.3.5 Rücklauf der Bewegung

Zu diesem Zeitpunkt der Uneinigkeit und Unsicherheit der Linken wurde bekannt, daß de Gaulle zurückgekehrt war. Eine Unzahl von Gerüchten verstärkte die allgemeine Unsicherheit. Truppenbewegungen wurden gemeldet, die Furcht vor einem Bürgerkrieg breitete sich aus. Um 16.30 h hielt

de Gaulle eine Rundfunkrede, in der er erklärte: "Ich habe mich entschlossen. Unter den gegebenen Umständen werde ich nicht zurücktreten. Ich habe ein Mandat des Volkes, ich werde es erfüllen. Ich werde den Premierminister nicht wechseln ... Ich löse heute die Nationalversammlung auf. Parlamentswahlen werden in der von der Verfassung vorgeschriebenen Frist stattfinden." Und er schloß:

"Frankreich ist in der Tat von der Diktatur bedroht.. . derjenigen des totalitären Kommunismus ... Nein. Die Republik wird aber nicht abdanken, das Volk wird sich wieder fassen. Der Fortschritt, die Unabhängigkeit und der Friede werden siegen mit der Freiheit."⁵⁷⁾ Kaum war die Rede beendet, so sammelten sich mehrere hunderttausend Menschen zu einer von gaullistischen "Bürgerkomitees" organisierten Sympathiekundgebung für de Gaulle.

Das öffentliche Auftreten der "Partei der Angst", wie die Anhänger des Regimes von der Linken genannt wurden, löste im größten Teil der bürgerlichen Presse einen unbeschreiblichen Jubel aus. Es stärkte unverkennbar den Widerstand der Unternehmer und der Regierung gegenüber den Forderungen der Gewerkschaften.

Die auf den verschiedenen Ebenen am Pfingstwochenende (1. - 3. Juni) aufgenommenen Verhandlungen scheiterten mit wenigen Ausnahmen. Die Unternehmer waren nur selten bereit, über die von ihnen als "äußerste Grenze" bezeichneten Zugeständnisse von Grenelle hinauszugehen. Diese harte Verhandlungsposition wurde in der ersten Pfingstwoche zu einer ungeheuren propagandistischen Gegenoffensive ausgeweitet.⁵⁸⁾ In den Zeitungen erschienen Anzeigen mit Aufrufen zur Wiederaufnahme der Arbeit, Namenslisten von Arbeitswilligen, Meldungen von der angeblichen Wiederaufnahme der Arbeit in einzelnen Betrieben, die erst später von den Gewerkschaften dementiert werden konnten. Unternehmer, leitende Angestellte und bisweilen auch Meister und Vorarbeiter organisierten Hausbesuche bei den Arbeitern, um deren Streikwillen zu brechen. Selbst vor gewaltsamen Aktionen wurde nicht zurückgeschreckt. In Besançon wurde ein Streikposten totgeschlagen, in Lyon ein

Gewerkschaftsdelegierter schwer verletzt, in St. Denis ein Streikposten der Eisenbahn aus einem fahrenden Wagen beschossen und schwer verletzt usw.. Mehrere Gewerkschaftsbüros von CGT und CFTD wurden angegriffen und zum Teil verwüstet.⁵⁹⁾ In diesem Klima des Terrors und der Verleumdung mußten die Gewerkschaften versuchen, dort wo die Streikbereitschaft zu sinken begann, schnell Ergebnisse zu erzielen, die über die Protokolle von Grenelle hinausgingen. Dies ist ihnen noch am Pfingstwochenende in der Bekleidungs- und Textilindustrie (wo sie eine Ausgleichszahlung für die seit mehreren Monaten eingeführte Kurzarbeit erreichten) sowie im Gesundheitssektor gelungen. Es folgten Abkommen in der Bauwirtschaft, im Bergbau, bei Bahn und Post sowie im öffentlichen Dienst, die in verschiedenen Punkten günstige Ergebnisse brachten. (Bauindustrie: Verbesserung des Unfallschutzes, Unfallrenten etc., bei Bahn usw.: Lohn- und Rentenerhöhung zwischen 13% und 15%, Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich 1 1/2 Stunden u.v.a.)⁶⁰⁾

In den meisten Großbetrieben der Industrie, insbesondere der Metallindustrie, setzten sich dagegen die Streik-kämpfe mit unverminderter Entschlossenheit fort. Sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene scheiterten alle Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden. In diesen Tagen erwies es sich, daß die traditionellen Kernschichten der Arbeiterklasse nach wie vor die Avantgarde in den Klassenauseinandersetzungen darstellen. Die gewerkschaftlich und zum Teil auch parteipolitisch hochorganisierten Industriearbeiter demonstrierten in ihren Betrieben den Willen, so lange weiterzukämpfen, bis die Unternehmer zu echten Zugeständnissen an die Arbeiter bereit waren. Auf der anderen Seite versuchten die Unternehmer alle ihre Machtmittel, einschließlich der staatlichen, für eine Niederschlagung der Streikbewegung einzusetzen. Sie verkündeten zunächst, daß sie die in den Verhandlungen von Grenelle zugestandene 50%ige Bezahlung der Streiktage nur bis zum 6. Juni vornehmen wollten und versprachen Anti-Streikprämien. Als daraufhin

die Gewerkschaften in den inzwischen wieder arbeitenden Betrieben Solidaritätsspenden sammelten und zu kurzfristigen Streiks aufriefen, mußten die Unternehmer einlenken. Statt dessen versuchten sie nun in einzelnen Betrieben die Streikfront mit Polizeigewalt zu brechen. Das Renault-Werk in Flins wurde in der Nacht vom 6. zum 7. Juni im Namen der "Freiheit der Arbeit"⁶¹⁾ von stark bewaffneten Truppen der Bereitschaftspolizei CRS besetzt. Daraufhin kam es zu einem wahrhaften Volksaufstand in Flins und Umgebung und im ganzen Land zu einer breiten Solidarisierungswelle mit den Streikenden, die den Abzug der Polizei und die erneute Besetzung des Werkes durch die Arbeiter erzwang. Am 10. und 11. Juni griffen CRS-Polizisten die Streikposten der Peugeot-Werke in Sochaux-Montbéliard an, ein Streikposten wurde niedergeschossen, ein zweiter von einer Offensiv -Granate so schwer verletzt, daß er am Tag darauf verstarb. Erst unter Androhung eines Generalstreiks zog die Regierung alle Polizeitruppen aus den Unternehmen zurück.⁶²⁾ Nachdem alle Versuche, die Streiks gewaltsam zu beenden, klar gescheitert waren, mußten sich die Unternehmensleitungen der Automobilfirmen zu betrieblichen Verhandlungen bereit erklären. In diesen Verhandlungen konnten die Gewerkschaften zum Teil erheblich günstigere Resultate erzielen als bei den nationalen Verhandlungen in Grenelle:⁶³⁾

1. Allgemeine Lohnerhöhungen zwischen 12% und 15%, so daß die grundlegende Forderung der Automobilarbeiter nach einem Mindestlohn von 1.000 F (für angelernte Arbeiter) erfüllt worden war.
2. 50%ige Bezahlung aller Streiktage und volle Bezahlung der Feiertage während der Streikperiode (Himmelfahrt, Pfingsten).
3. Sofortige Verkürzung der effektiven Arbeitszeit um eine Stunde bei vollem Lohnausgleich.
4. Sofortige Errichtung von Gewerkschaftssektionen im Betrieb noch vor der vorgesehenen gesetzlichen Regelung.

Darüber hinaus wurden in den einzelnen Betrieben eine Reihe von Sondervereinbarungen zu den Problemen der stufenweisen Verkürzung der Arbeitszeit, der Herabsetzung des Pensionsalters, der monatlichen Entlohnung, des Rechts auf Weiterbildung und vor allem der Einrichtung der betrieblichen Gewerkschaftssektionen und ihrer Funktionen getroffen.⁶⁴⁾ Die Arbeiter von Renault-Billancourt stimmten am 17. Juni, genau einen Monat nach Ausbruch des Streiks, für die Wiederaufnahme der Arbeit. Bei Peugeot erreicht man erst am 20. Juni ein Ergebnis und bei Citroen erst am 24. Juni;⁶⁵⁾ einen Tag nach dem ersten Wahlgang zum Parlament. In den Lastwagenfabriken Berliet und Saviem kam es noch in den letzten Tagen zu Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und Arbeitswilligen, die die Unternehmensleitungen zu einer besonders harten Haltung gegenüber den Gewerkschaften ermutigten. Die erzielten Ergebnisse blieben etwas hinter den Errungenschaften der übrigen Belegschaften zurück, so daß z.B. bei Saviem nur rund 53% der Arbeiter für die Beendigung des Streiks stimmten.⁶⁶⁾ Damit war die Streikbewegung in allen Bereichen der Wirtschaft beendet; allein die Angestellten und freien Mitarbeiter der staatlichen Rundfunk- und Fernsehgesellschaft ORTF befanden sich noch bis Anfang Juli im Streik.⁶⁷⁾

3.1.3.6 Unmittelbare Ergebnisse

Die Ergebnisse der Mai-Juni-Streiks brachten für die französische Arbeiterklasse eine bedeutende Verbesserung ihrer sozial-ökonomischen Lage. Nach einer Schätzung der Zeitschrift "Revue Pratique de Droit Social" belief sich der finanzielle Erfolg der Streikbewegung (nach Abzug aller Verluste und der vermutlich auch sonst erreichten Verbesserungen) auf rund 18,5 Milliarden Franc für die Gesamtheit aller Lohnabhängigen.⁶⁸⁾ Besonders erfolgreich war die Streikbewegung für die schlechtest bezahlten Schichten der Arbeiterklasse.

Die auf rund 1,5 Millionen geschätzten Land- und Industriearbeiter, die nach dem gesetzlichen Mindestlohn bezahlt wurden, erreichten eine mindestens 35%ige Erhöhung ihrer Einkünfte (für viele brachte die Abschaffung der Lohnzonen des Mindestlohnsystems noch eine zusätzliche Erhöhung ihrer Löhne). Darüber hinaus wurde eine Vielzahl weiterer materieller Verbesserungen (Verkürzung der Arbeitszeit, Verlängerung des Urlaubs, Bildungsurlaub, Pensionsalterherabsetzung, Ausdehnung der Gewerkschaftsrechte usw.) erreicht,⁶⁹⁾ deren quantitative Erfassung nicht so leicht möglich ist, deren Bedeutung aber nichtsdestoweniger erheblich ist. Nur bei einer völligen Abstraktion von den konkreten Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse wird man diese Erfolge gering-schätzig als lediglich "quantitativ" und daher angeblich prinzipiell "systemimmanent" abtun können, wie es in einer Vielzahl von ersten Analysen der Mai-Bewegung geschehen ist.⁷⁰⁾

Dennoch, vergleicht man die unmittelbaren Ergebnisse mit dem in der französischen Geschichte einmaligen Ausmaß der Streikbewegung,⁷¹⁾ so läßt sich unschwer erkennen, daß sie weit hinter den Möglichkeiten einer solchen Bewegung zurückgeblieben sind. Der Eindruck einer partiellen Niederlage verstärkt sich noch, wenn man die Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 23. und 30. Juni hinzunimmt.⁷²⁾ Beim ersten Wahlgang erhielt die gesamte Linke einen Stimmenanteil von 41,2% und damit fast 4% weniger als bei den Parlamentswahlen von 1967. Die Kommunisten erhielten 20% der Stimmen, die FGDS 16,5%, beide Organisationen verloren damit jeweils 2,5%. Allein die linkssozialistische PSU (Parti socialiste unifié), die sich im Laufe des Mai-Juni-Streiks an die Seite linksradikaler Gruppen gestellt hatte, erzielte einen Zuwachs von 1,7%. Sie erreichte aber damit immer noch lediglich 3,9% aller Stimmen.

Klarer Gewinner der Wahl war die gaullistische Partei UDR (Union des Démocrates pour la Ve République), die ihre wahniederlage von 1967 wettmachen konnte und ihren

Stimmenanteil von 37,7% auf 43,6% erhöhte, während die übrigen bürgerlichen Parteien Verluste hinnehmen mußten.⁷³⁾

3.2. Die wichtigsten Momente der Mai-Juni-Ereignisse und ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung der Klassenkämpfe in Frankreich

Der Verlauf der Mai-Juni Ereignisse von 1968 hat für die französische Arbeiterbewegung eine Reihe von wichtigen Fragen aufgeworfen, deren Bedeutung sich in den Auseinandersetzungen der folgenden drei Jahre vielfach bestätigt hat.

3.2.1 Das Fehlen einer gemeinsamen politischen Alternative der Linken

Die klare Wahlniederlage nach einer vorangegangenen wochenlangen Streikbewegung von, wenigstens vorübergehend, nahezu 10 Millionen Streikenden, die erhebliche ökonomische Vorteile für die Arbeiterklasse erbracht hatte, läßt sich nur auf das Mißlingen der Artikulierung einer gemeinsamen sozialistischen Alternative zum bestehenden ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen System des staatsmonopolistischen Kapitalismus zurückführen. Es soll hier nicht der Versuch gemacht werden, rückblickend die Fehler der verschiedenen Organisationen der Arbeiterklasse gegeneinander aufzurechnen. Entscheidend bleibt die Tatsache, daß im Laufe der Mai-Juni-Ereignisse die sich seit 1968 abzeichnende Tendenz zur Annäherung der Arbeiterorganisationen einen bedeutenden, wenn auch vorübergehenden, Rückschlag erlitten hat. Dies hat in erster Linie seine Ursache in dem bis zu diesem Zeitpunkt noch wenig entwickelten Stand der Annäherung.⁷⁴⁾ In der gegebenen Situation mußte der zum Teil explosionsartige Charakter der Streikbewegung und der damit für

die Organisationen verbundene Handlungszwang auf der Grundlage der jeweils erreichten ideologischen und strategischen Positionen die bestehenden Differenzen stärker akzentuieren. Zwar ist es zwischen den großen Organisationen der Arbeiterklasse nicht zu einem formellen Bruch gekommen, die verbliebenen Gemeinsamkeiten waren aber für eine erfolgreiche Weiterführung des Kampfes bei weitem nicht ausreichend. Daraus ergibt sich, daß das Problem der Einheit der Arbeiterbewegung und der Formen ihrer schrittweisen Verwirklichung als Voraussetzung der Emanzipation der Arbeiterklasse eine realistische, die Massen der Lohnabhängigen überzeugende Lösung erfordert. Wir werden bei der Darstellung des weiteren Verlaufs der Klassenkämpfe auf dieses Problem zurückkommen. Andererseits haben sich im Verlauf der Mai-Juni-Ereignisse auch eine Reihe von neuen, für die Zukunft der Arbeiterbewegung vielversprechende Tendenzen und Perspektiven gezeigt. Einige dieser positiven Aspekte lassen sich aus der folgenden Zusammenfassung der Ergebnisse einer empirischen Untersuchung der Mai-Juni-Streiks von 1968 ersehen.⁷⁵⁾

3.2.2 Exkurs: Beobachtung der Mai-Juni-Ereignisse in 100 Unternehmen

3.2.2.1 Ausbruch und Prozeß der Ausweitung der Streikbewegung

Die Untersuchung beschränkt sich auf die Darstellung der Streikbewegung, die nach dem Generalstreik vom 13. Mai begonnen hat. In den untersuchten Betrieben⁷⁶⁾ hat im allgemeinen die Diskussion um die Studentenbewegung und aller damit zusammenhängenden Fragen erst in den Tagen nach dem Generalstreik begonnen. Besonders die jungen Arbeiter haben sich in diesen Tagen weitgehend mit den Forderungen der Studenten solidarisiert, während die älteren Arbeiter eher skeptisch blieben. Die gewerk-

schaftliche Initiative setzte in den untersuchten Betrieben entschlossen und eindeutig erst zwischen dem 17. und 20. Mai ein; (eine Differenzierung der Gewerkschaften wird nicht vorgenommen) und zwar zunächst in den traditionell kampfstarken Bereichen der Metall- und Elektroindustrie, in denen die Gewerkschaften starke Positionen besitzen. Die gewerkschaftlichen Aufrufe wurden von den Arbeitern fast einmütig unterstützt. Auch dort, wo die Gewerkschaften eher auf geringe Kampfbereitschaft der Basis vorbereitet waren (in Betrieben mit relativ niedrigem Organisationsgrad der Arbeiter in den Gewerkschaften) sind die Vertreter der Gewerkschaften mit ihren Streikaufrufen häufig sogar begeistert empfangen worden. Manchmal hatten einzelne Betriebsabteilungen schon mit spontanen Arbeitsniederlegungen begonnen und die Gewerkschaftsvertreter begannen sich zugleich in der Organisation der Streiks zu betätigen.

In 70% der untersuchten Unternehmen wurden die Streiks durch formelle Abstimmungen beschlossen. Wobei im allgemeinen (in der Region Parisienne fast ausschließlich) durch Handzeichen abgestimmt wurde. Charakteristisch für die Stimmung in den Betrieben war, daß in rund 30 Unternehmen die Solidarität mit der allgemeinen politischen Bewegung als häufigster Streikgrund angegeben wurde. (Eine ausdrückliche Bezugnahme auf studentische Agitation fehlte völlig!) Einen großen Einfluß auf die Streikentscheidung in mittleren und kleineren Unternehmen übte das Vorbild von Großunternehmen der jeweiligen Region aus.

In einigen Unternehmen, in denen nicht abgestimmt worden war, ist der Streik von aktiven Minderheiten, die Streikposten an den Fabrikatoren organisiert hatten, mehr oder weniger erzwungen worden (wobei die Streikposten sogar manchmal von den aktiv bestreikten Großunternehmen der Umgebung gestellt wurden). Insgesamt gesehen konnten aber die Streiks gegen den Mehrheitswillen der Arbeiter nur wenige Tage durchgehalten werden. Einige kleinere Unter-

nehmen legten aus technischen Gründen, in Übereinkunft mit den Gewerkschaften, die Produktion still. In einem Fall, in dem die Unternehmensleitung den Betrieb geschlossen hatte, wurde auf Wunsch der Belegschaft und mit Zustimmung der Gewerkschaften die Arbeit wieder aufgenommen.

Nur in zehn der untersuchten Unternehmen wurde nicht gestreikt:

- Es handelte sich vorwiegend um kleinere Unternehmen (aber auch 3 mittleren Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten);
- die Gewerkschaften fehlten oder ihr Einfluß war äußerst schwach;
- es gingen keinerlei soziale Spannungen den Ereignissen voraus;
- sie lagen vielfach außerhalb der industriellen Zonen;
- regionale Besonderheiten spielten eine große Rolle (so im Elsaß, wo die Streikbewegung im allgemeinen nur schwach war).

3.2.2.2 Der Ablauf der Streiks

1. Infragestellung der sozialen Ordnung

In einigen Unternehmen bot die allgemeine Streikbewegung für verschiedene Gruppen von Jungarbeitern und Angestellten, von Ingenieuren und Technikern Anlaß, die soziale Ordnung in den Betrieben in Frage zu stellen und eine neue Organisation der industriellen Gesellschaft zu fordern.⁷⁷⁾ Für diese Gruppen waren die studentischen Vorbilder der Universitätsbesetzungen und Selbstorganisation des Studiums sowohl beim Ausbruch als auch im Ablauf der Streikbewegung deutlich erkennbar.

- Die in Frage kommenden Unternehmen

Die Reform- und Protestbewegung war in den einzelnen Unternehmen von stark unterschiedlicher Intensität. Sie

war dort am stärksten, wo während der vorangegangenen Wochen und Monate soziale Spannungen ohne nennenswerte Ergebnisse aufgetreten waren (wie bei Sud-Aviation und Renault Cléon und Flins). Ganz allgemein kann gesagt werden, daß je rigider die hierarchische Betriebsstruktur war, um so häufiger die Herrschaftsbeziehungen innerhalb des Unternehmens in Frage gestellt wurden.

- Die militantesten Gruppen

Die Avantgarde der Streikbewegung bestand aus jungen Arbeitern (Sud-Aviation, Renault Cléon und Flins, SAVIEM, CSF) oder jüngeren Angestellten (insbesondere bei der Post), die häufig über eine relativ anspruchsvolle Ausbildung technischer oder kaufmännischer Art verfügten, diese aber in ihrer beginnenden Berufspraxis nicht verwenden konnten, da keine qualifizierten Arbeitsplätze vorhanden waren. Sie weigerten sich, die vielfach sinnlosen Anweisungen einer verkrusteten Betriebshierarchie blind zu folgen, sie waren häufig enttäuscht vom geringen Erfolg der klassischen Gewerkschaftsaktionen und sie fühlten sich besonders bedroht von Arbeitslosigkeit, Lohnkürzungen usw.. Sehr schnell haben sich diesen Gruppen gewisse Randschichten der Techniker und Ingenieure, auch manchmal der leitenden Angestellten angeschlossen, insofern sie unter ähnlichen Bedingungen (Überqualifikation, irrationale Herrschaftsstrukturen, Arbeitsplatzunsicherheit) arbeiten mußten. Diese Gruppen standen auch in sozialer Beziehung den Studenten näher als die klassischen Kernschichten der Arbeiterklasse. Auf sie wirkten sowohl die Aktionen der Studenten als auch die "Ideen des Mai" viel stärker ein als auf die Masse der Arbeiterschaft.

- Formen und Ziele der Bewegung

Wo die genannten Gruppen effektiv als Avantgarde der Streikbewegung auftraten, war die sofortige Besetzung der Arbeitsplätze (Fabriken, Laboratorien, Büros) auffällig. Manchmal wurde die unmittelbare Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter angestrebt, so z.B. in einem Zweigwerk der CSF (Gesellschaft für drahtlose Tele-

grafie) in Brest oder in einer nicht näher gekennzeichneten Elektrogerätefabrik, wo unter Leitung des Streikkomitees die Produktion weiterlief. Besonders in den wissenschaftlichen und technischen Forschungszentren wurde das Recht auf "Participation", in den öffentlichen und staatlichen Unternehmen eine "Demokratisierung" der Leitung gefordert. Nahezu überall verlangte man die Organisation eines verbesserten innerbetrieblichen Informationssystems und eine kontinuierliche Weiterbildung.

2. Das Erscheinungsbild der Streikbewegung

- Der spontane Ausbruch

Die gesetzliche Vorankündigungsfrist von 5 Tagen ist in keinem der untersuchten Unternehmen eingehalten worden. Nur in drei Fällen hielt man eine Frist von 24 Stunden ein und nur in einem Fall wurde mit der Direktion über den Streik verhandelt.

- Die Formulierung der Forderungen

Deutlich lassen sich zwei Gruppen von bestreikten Unternehmen unterscheiden. In der ersten Gruppe (rund 2/3 der Fälle) wurden sehr bald komplette Forderungskataloge ausgearbeitet; es standen "quantitative" Forderungen im Vordergrund; der Einfluß der Gewerkschaften war normalerweise groß. In der zweiten Gruppe wurden die Forderungen sehr spät, manchmal erst nach dem 7. Juni konkretisiert (in einem Unternehmen war selbst nach einem Monat Streik kein Forderungskatalog aufgestellt worden).

In diesen Unternehmen war der Streik vielfach härter und länger; es handelte sich eher um eine Protestbewegung, die das ganze System in Frage stellte als um eine klassische ökonomische Bewegung.

Obwohl die Autoren der Studie gerade diesen "qualitativen" Aspekt der Forderungen besonders betonen und die Forderung nach "mehr Menschenwürde im Betrieb" als besonders typisch für die Mai-Bewegung ansehen, kommen sie nicht umhin, zuzugestehen, daß gerade in den Betrieben, die in den letzten Monaten vor dem Mai harte Auseinandersetzungen sowohl um die Lohnhöhe als auch um die Arbeitsbelastung

(Bandgeschwindigkeiten usw.), sowie um die sonstigen Arbeitsbedingungen erlebt hatten und wo insbesondere die Arbeitsplatzsicherheit gefährdet war, auch während der Mai-Juni-Ereignisse besonders harte Kämpfe stattfanden. In diesen Fällen brachten die Mai-Ereignisse die angestauten Aggressionen nur deutlicher zum Ausdruck. Die in den letzten Monaten mehr oder weniger erfolglos vorgebrachten Forderungen erschienen jetzt häufig mit einer Reihe zusätzlicher Forderungen in den neuen Katalogen.

3. Die besonderen Aspekte der Mai-Juni-Streiks

Die Autoren heben vor allem das "kulturelle Klima" der Mai-Ereignisse hervor. Sie sprechen von einer "Krise der Zivilisation", die bei den einen ein "tiefgründiges Gefühl der Befreiung", bei den anderen ein ebenso tiefes Gefühl der Unsicherheit ausgelöst habe. Dieses kulturelle Klima habe sich auch in den Betrieben deutlich bemerkbar gemacht. Auch wer nicht aktiv in den Streikkomitees, den Streikposten usw. an der Organisation der Streiks beteiligt war, nahm doch am "sozialen Leben" innerhalb und außerhalb der Betriebe in Form von Diskussions- bzw. Arbeitskreisen teil. Wenn auch die Parole einiger anarchistischer Gruppen: "Es gibt keine Chefs mehr" auf verbreitete Skepsis stieß, so gab es doch eine breite, weit über den üblichen, aktiven, politischen Kern der Arbeiterklasse hinausreichende Masse von Arbeitern und Angestellten, die an den Diskussionen über die Reorganisation der Betriebe teilnahm. Wobei besonders hervorgehoben wird, daß die Streikenden in keiner Weise die Effektivität der Produktion angreifen wollten, sich im Gegenteil besonders gegen die Irrationalität der Hierarchie wandten, die einer solchen Effektivität im Wege steht. In den sich spontan entwickelnden Diskussionsgruppen hat sich vielfach die Meinung durchgesetzt, daß die irrationalen Herrschaftsbeziehungen im Betrieb als Abbild der Irrationalität des gesamten politischen und gesellschaftlichen Herrschaftssystems angesehen werden müssen und daß

deshalb die Lösung der betriebsinternen Vorgänge nur im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Veränderung gefunden werden kann. Nur in etwa einem Drittel der untersuchten Unternehmen entsprach der Streikablauf dem gewohnten Streikbild, nach dem nur wenige als Streikposten oder als Mitglied einer Verhandlungskommission aktiv am Streik beteiligt sind, während die Mehrzahl der Streikenden zu Hause auf die Ergebnisse wartet. In zwei Dritteln der Fälle waren Betriebe und Büros besetzt.

Es kam den Arbeitern darauf an, zu beweisen, daß sie fähig sind, ihre Fabrik zu besetzen, ohne daß diese darunter leidet, ohne daß die Unternehmer alles überwachen müssen und daß "man es alleine machen kann". Ganz allgemein wird in der Studie hervorgehoben, daß selbst die Unternehmer anerkennen mußten, daß die Streikenden z.B. auf die Pflege der Maschinen usw. größte Sorgfalt gelegt hatten.

Die Fabrikbesetzungen wurden erst nach zwei bis drei Wochen etwas weniger intensiv betrieben als sich eine gewisse Ermüdung bemerkbar machte. Man hatte allgemein das Gefühl "noch nie soviel gearbeitet zu haben". Durchschnittlich waren die Fabriken von etwa einem Drittel, manchmal sogar von 60 - 80% der Beschäftigten permanent besetzt.

4. Streikverhalten einzelner Schichten der Arbeiterklasse

Die Arbeiter waren bei weitem die zahlreichste Gruppe, der aktiv am Streik Beteiligten. Sie waren an allen Problemen der Organisation der Fabrikbesetzungen beteiligt (Streikposten, Verpflegung, Instandhaltung, Säuberung der Räume usw.). In den meisten Unternehmen waren sie ebenso aktiv an der Ausarbeitung der Forderungen, der Diskussion der Kataloge usw. beteiligt. In einigen Fällen überließ man den gewählten Delegierten die wichtigsten Funktionen, nicht weil man "auf die Macht verzichten" wollte, sondern weil man Vertrauen zu den Vertretern hatte. Dieses Vertrauen bestand aber nicht überall, in einigen Fällen gab es latente Konflikte, besonders

zwischen den Gewerkschaften und linksradikalen Gruppen unter den Jungarbeitern. In diesen Fällen hat man sich eher "gegenseitig überwacht" als wirklich zusammenge-
arbeitet.

Die Teilnahme der Angestellten wird von den Autoren der Studie als die vielleicht frappierendste Tatsache der Mai-Juni-Streiks gewertet. Das Verwaltungspersonal hat sehr oft zur gleichen Zeit mit den Arbeitern den Streik begonnen. Die Teilnahme der zumeist streikunerfahrenen Angestellten hat zunächst einige Probleme aufgeworfen. Von besonderer Bedeutung war das anfängliche Mißtrauen der Arbeiter gegenüber den Angestellten, die die Arbeiter um Rat befragten. Nach und nach stellte sich aber eine Solidarität ein, die den Streik sogar vielfach überdauerte. "Der streikende Angestellte wird zum Kumpel (gars) auf den man setzen kann". In den großen Unternehmen haben die Angestellten vielfach dennoch eine eigene Gruppe mit eigenen Vertretern und eigenen Forderungen gebildet. In kleineren Unternehmen haben sie sich einfach den Arbeitern angeschlossen.

In einigen Unternehmen haben sich selbst die leitenden Angestellten an der Streikbewegung beteiligt. Dennoch hat der weitaus größte Teil des leitenden Personals (Cadres) sich vom Streik ferngehalten und höchstens an einigen Arbeits- und Diskussionsgruppen teilgenommen. Dort, wo die "Cadres" sich aktiv der Streikbewegung angeschlossen, sind sie in ihren Forderungen in Bezug auf die Demokratisierung der Unternehmen manchmal weitergegangen als die Arbeiter. "Selbstverwaltung" war eine Losung, die bei den streikenden "Cadres" stärkere Resonanz fand als bei den Arbeitern. Die streikenden "Cadres" haben an den Diskussionen um die Reorganisation des Betriebes aktiv teilgenommen und häufig wichtige Hilfe geleistet. Die "Cadres" haben sich auch außerhalb des Betriebes getroffen und dabei eine ambivalente Rolle gespielt, indem sie sich auf manchmal zweifelhafte Vermittlerrollen einließen und, um vor allem den "politischen Gehalt" der Streiks, dem sie in der Regel feind-

lich gegenüberstanden, einzudämmen.

Die Verfasser der Studie gehen davon aus, daß das häufige Vorkommen ziemlich vager und allgemeiner Formulierungen wie "mehr Information", "mehr Menschenwürde bei der Arbeit" oder "mehr Anerkennung" einen besonders wichtigen Aspekt der Mai-Juni-Streiks 1968 darstellen. Dennoch gab es eine Reihe besonders wichtiger "qualitativer" Forderungen, die durchaus konkret waren, z.B. die Forderung nach Verbesserung der rechtlichen Stellung der Gewerkschaften im Betrieb, nach verbesserter Berufsausbildung, nach Kontrolle bestimmter Arbeitsbedingungen durch die Arbeiter oder ihre Vertreter usw.

Die präzisesten Forderungen in Bezug auf die Reorganisation des Unternehmens wurden normalerweise von den Angestellten und leitenden Angestellten formuliert. In der Mehrzahl der Fälle handelte es sich dabei aber eher um eine "Modifikation des Kommandostils" als um grundlegenden Veränderungen.

Die Forderung nach "Selbstverwaltung" war selten, wenn auch dieser Gedanke in ziemlich vielen größeren Betrieben zeitweise eine Rolle gespielt hat.

3.2.2.3 Verhandlungen und Wiederaufnahme der Arbeit

Um den Prozeß der Verhandlungen zu beschreiben, unterscheiden die Autoren zwei Gruppen von Unternehmen, solche die im Verlauf der Streikbewegung eher passiv und solche die eher aktiv an der Bewegung teilgenommen hatten. In die erste Kategorie fallen die Unternehmen, in denen vorwiegend aus Solidarität mit anderen gestreikt wurde oder Unternehmen, die mehr oder weniger von außen zum Streik gezwungen wurden (fremde Streikposten, technische Schwierigkeiten usw.). In diesen Unternehmen wurde sehr bald verhandelt und die Arbeit vielfach unmittelbar nach den Verhandlungen von "Grenelle" wieder aufgenommen.

Zur zweiten Kategorie gehören die Unternehmen der

Metallindustrie (Automobil-, Hütten-, Flugzeugindustrie) und der Chemieindustrie, in denen harte, langandauernde Streiks stattfanden. Dort waren die Streiks ausdrücklich "unbegrenzt" gewesen und vor den nationalen Verhandlungen von "Grenelle" wurden keine betrieblichen Verhandlungen aufgenommen. Nach der Zurückweisung der "Protokolle von Grenelle" verschärfte sich in diesen Betrieben die Situation. In keinem Fall wurden die Verhandlungen vor dem 1. Juni aufgenommen.

Der Verhandlungsprozeß verlief im allgemeinen wie folgt: Die Verhandlungen beginnen auf der Basis der von den Streikenden ausgearbeiteten Forderungen. Die Unternehmer sind nicht bereit, über die in den Verhandlungen von "Grenelle" gemachten Zugeständnisse hinauszugehen; man kommt zu keinem Ergebnis. Die Unternehmer versuchen im Namen der "Freiheit der Arbeit" durch eine Art Gewaltakt (coup de force) den Streik zu brechen, indem sie Arbeitswillige in die Betriebe einzuschleusen versuchen, Heimbesuche machen, Petitionen in der Presse veröffentlichen usw.. Obwohl diese Versuche eine gewisse Unsicherheit unter den Streikenden auslösen, vermögen sie nicht die Streikfront zu brechen. Die Verhandlungen werden wieder aufgenommen und die Streikenden erreichen vielfach größere Zugeständnisse. Die Gewerkschaften fordern zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Nur in wenigen Unternehmen wird weiter gestreikt, manchmal bis zum 20. Juni. Die Streiks werden in der Regel durch Abstimmung beendet. Es bleiben dennoch gewisse Spannungen zurück, besonders zwischen Streikenden und Arbeitswilligen, vielfach auch zwischen den nicht streikenden Meistern und Arbeitern, aber auch zwischen den Gewerkschaften und einem Teil der aktiven Streikbasis.

3.2.3 Rolle einzelner Schichten und Gruppen der Arbeiterklasse

Zu den wichtigsten Erfahrungen der Mai-Juni-Ereignisse gehört die bisher nicht bekannte Streikbereitschaft der Masse der Angestellten und Techniker, sowie eines Teiles der Ingenieure und selbst der leitenden Angestellten ("Cadres"). Wenn man auch das Ausmaß und die Bedeutung der Teilnahme der "Cadres" nicht überschätzen darf⁷⁸⁾ (vgl. die Einschränkungen in dem vorangegangenen Bericht), so ergab sich vor allem aus der Beteiligung der einfachen und mittleren Angestellten eine wesentliche Stärkung der Streikfront. Gewiß wurden auch während dieser Streikbewegung die aus einer langen Tradition sozialer Differenzierung hervorgegangenen Vorbehalte zwischen Arbeitern und Angestellten nicht völlig überwunden, der gemeinsame Streik im Mai-Juni 1968 war aber der erste deutliche Ausdruck kollektiver Solidarisierung, die als Reaktion auf die sich objektiv vollziehende Annäherung in den materiellen Lebensbedingungen dieser beiden zahlenmäßig stärksten Schichten der Arbeiterklasse anzusehen ist.

Daneben zeigen die Erfahrungen der Mai-Juni-Streiks aber auch die Bedeutung weiterer soziologischer Merkmale der Streikenden in Bezug auf ihr Streikverhalten und ihre Streikziele. Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang das Verhalten so unterschiedlicher Gruppen wie das der Jungarbeiter einerseits, das der Techniker, Ingenieure und wissenschaftlichen Kader andererseits.⁷⁹⁾

Die im Bericht hervorgehobene Avantgarde-Funktion der Jungarbeiter beim Ausbruch der Streikbewegung war sicher nicht immer Ausdruck eines höheren revolutionären Bewußtseins, sondern hatte eher den Charakter einer Rebellion gegen manchmal extrem schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen. Der rebellische Charakter der Aktionen dieser Jungarbeiter erklärt bis zu einem gewissen Grade die Nähe zu den Aktionsformen linksradikaler

Studentengruppen. Dafür bieten zwei der spektakulärsten Fälle gemeinsamer Aktionen von Jungarbeitern und Studenten, die Demonstrationen in und um die Renault-Werke in Flins und Cléon, geradezu klassische Beispiele.⁸⁰⁾

Bei den dort beschäftigten Jungarbeitern handelt es sich zumeist um wenig qualifizierte Anlernkräfte (Ouvrier Spécialisé - OS), die aus den ländlich-unterentwickelten Gebieten der Bretagne und der südlichen Normandie rekrutiert worden waren. Sie wurden nach der niedrigsten Lohnstufe, vielfach noch mit einem Jugendabschlag entlohnt und unterlagen an den Montagebändern einem mörderischen Arbeitsrhythmus. Sie lebten in schlecht ausgestatteten, kasernenmäßig organisierten Jungarbeiterheimen, in denen sie häufig in Mehrbettzimmern bei relativ hohen Mieten und schlechten Mahlzeiten den größten Teil ihrer "Freizeit" verbringen mußten, weil es in der Nähe dieser "Arbeitersilos" keinerlei Erholungs- oder Vergnügungs- geschweige denn Bildungsmöglichkeiten gab. Darüber hinaus verfügten sie nicht einmal über feste Arbeitsverträge, sondern waren während einer Probezeit von normalerweise einem Jahr jederzeit kündbar. Diese Arbeitsverträge, die vor allem in der Automobilindustrie bis zum Mai 1968 für junge angelernte Arbeiter aufgrund der in vielen Regionen fast katastrophalen Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen, weit verbreitet waren, dienten den Unternehmen als wirksames Disziplinierungsmittel. Hinzu kam noch, daß diese Arbeitergruppen infolge ihrer ländlichen Herkunft kaum Beziehungen zu den traditionellen Arbeiterorganisationen aufnahmen, ihnen häufig fremd, bisweilen sogar feindlich gegenüberstanden. Auf sie wirkten die studentischen Aktionen wie ein Fanal und so kam es zu dem fast explosionsartigen Streikausbruch in Cléon und Flins und später zu den erbitterten Schlachten mit der paramilitärischen Bereitschaftspolizei CRS. Die Tatsache aber, daß diese Arbeiter nicht mit präzisen Forderungskatalogen hervorgetreten sind und stattdessen das gesamte System der industriellen Organisation radikal negiert haben, rechtfertigt es noch keineswegs, sie als

"revolutionäre Avantgarde" der Arbeiterklasse zu bezeichnen. Vielmehr bildeten diese ihre ersten Erfahrungen im Klassenkampf die Einleitung eines Prozesses der Entwicklung von Klassenbewußtsein, der in der Folgezeit zu einem allmählichen Wandel in der Einstellung zu den Arbeiterorganisationen und häufig auch zu einer Mitgliedschaft in diesen Organisationen führte.⁸¹⁾

Analog wird man andererseits auch die besonderen Streikziele und Aktionsformen der Techniker, Ingenieure und "Cadres" nicht einfach als "revolutionärer" einschätzen dürfen als die der traditionellen Kernschichten der Arbeiterklasse.

In diesem Zusammenhang soll kurz auf das Verhältnis von "qualitativen" und "quantitativen" Forderungen eingegangen werden, Kategorien, die in einer Vielzahl von Analysen der Mai-Juni-Ereignisse (auch in der oben angeführten Untersuchung) eine gewisse Schlüsselstellung erlangt haben.⁸²⁾

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß das allgemeine Bedürfnis nach Demokratisierung und die Vielfalt der Aktivitäten, sowie die erstaunliche Phantasie der Belegschaften, demokratische Organisationsformen für die Durchführung ihres eigenen Kampfes, des gesamten Betriebsgeschehens und manchmal sogar des gesellschaftlichen und politischen Lebens einer Stadt oder Region zu entwickeln, zu den bemerkenswertesten Tatsachen der Mai-Juni-Ereignisse zu zählen sind. Dafür legen sowohl die Ergebnisse der oben angeführten Untersuchung als auch die Beschreibung einer ganzen Anzahl hervorragender Beispiele demokratischer Aktionsformen in der vorliegenden Literatur zur Mai-Bewegung Zeugnis ab.⁸³⁾

Neben den auch im obigen Bericht erwähnten Versuchen des Übergangs zum "aktiven Streik", d.h. der Wiederaufnahme der Produktion in eigener Verantwortung, bei neuer Organisation und Zielsetzung durch die Streikenden (im erwähnten Beispiel der CSF in Brest wurden Demonstrationsmaterialien wie Sprechfunkgeräte usw. produziert und verteilt), ist es sogar zu regionalen Selbstverwaltungsver-

suchen mit organisiertem Warenaustausch zwischen Industriebetrieben und Landwirtschaftsorganisationen, Organisationen von Warenmärkten für landwirtschaftliche Produkte unter Ausschaltung parasitärer Zwischenhändler usw. gekommen (Nantes, Saint-Nazaire, Vitry, Paris).⁸⁴⁾

Diese Beispiele eines (von dem bekannten Industriesoziologen Alain Touraine so genannten) "utopischen Kommunismus"⁸⁵⁾ sind gewiß eher als Symptome für den Demokratisierungswillen und das Selbstbewußtsein der Streikenden, denn als Modell der zukünftigen Organisation gesellschaftlicher Produktion anzusehen, aber auch als solche besitzen sie eine erhebliche Bedeutung für die Charakterisierung des Niveaus der Mai-Juni-Streikbewegung.

Bei der Bewertung dieser Phänomene wird man sich jedoch davor hüten müssen, diesen Aspekt des Kampfes als "qualitativ" den "quantitativen" Forderungen nach höheren Löhnen, Verkürzung der Arbeitszeit, erhöhter Arbeitsplatzsicherheit usw. entgegenzustellen. Die Gegenüberstellung dieser Forderungen ist Ausdruck einer Abstraktion von den konkreten Inhalten der Demokratisierungs- bzw. Kontrollforderungen. In jedem Fall handelt es sich um Forderungen, die die materiellen Lebensbedingungen der Lohnabhängigen im Konsum- bzw. im Produktionsbereich betreffen. Vielfach hängen sie sogar direkt miteinander zusammen, so ergänzen sich z.B. die Forderungen nach Kontrolle der Bandgeschwindigkeiten mit der Forderung nach höheren Löhnen. Hier handelt es sich darum, daß die erkämpften Lohnerhöhungen nicht vom Unternehmer durch die Intensivierung der Arbeit kompensiert werden können.

Wenn es sich bei den Losungen "Arbeitermacht", "Arbeiterkontrolle", "Selbstverwaltung" usw. häufig auch um weniger defensive Konzepte handelte, wird man sie nicht ohne weiteres als "revolutionärer" bezeichnen können als die traditionellen Forderungen nach Lohnerhöhungen usw..

Der revolutionäre Charakter einer Losung hängt weniger ab von ihrer verbalen Radikalität als vom Ausmaß ihrer Übereinstimmung mit den Bedürfnissen, ihrer Anknüpfung an den Bewußtseinsstand der kämpfenden Arbeiterklasse

und von ihrer weiteren Entwicklungsfähigkeit im Verlauf der Kämpfe. Berücksichtigt man die konkrete sozial-ökonomische Lage der französischen Arbeiterklasse, so wird man das erhebliche Interesse eines großen Teils der Arbeiter an einer Verbesserung ihrer ökonomischen Situation verstehen. Freilich gingen die Lohnforderungen fast überall einher mit der Forderung nach Verbesserung der allgemeinen Arbeitsbedingungen, mit Demokratisierungsforderungen auf betrieblicher und gesellschaftlicher Ebene. Erst die Einsicht in die Verflechtung all dieser Forderungen ergibt eine Vorstellung vom politischen Niveau der Mai-Juni-Kämpfe.

3.2.4 Exkurs: Zum Verhältnis von Ökonomie und Politik in der Mai-Juni-Bewegung (Ergebnisse einer empirischen Studie)

Eine Gruppe von Sozialwissenschaftlern aus dem Mitarbeiterkreis der Zeitschrift "Sociologie du Travail" hat den Versuch gemacht, die Komplexität des Verhältnisses von Ökonomie und Politik in den Mai-Juni-Streiks durch eine Reihe von empirischen Untersuchungen über das Streikverhalten, die Streikziele und das politische Bewußtsein der verschiedenen sozialen Schichten in der Streikbewegung aufzuhellen.⁸⁶⁾

Wenn sich dabei auch erweist, daß die Autoren, die der Touraine-Schule zuzurechnen sind, selbst keinen theoretisch hinreichenden Begriff des "Politischen" zu entwickeln vermochten und daher letzten Endes ihre eigene Frage "ökonomische Streiks oder politische Streiks?" nicht beantworten können, so wird in ihren Untersuchungen dennoch deutlich, daß

- die Mai-Juni-Bewegung Ausdruck eines zwar von der Masse der an ihr aktiv Beteiligten unmittelbar empfundenen, aber keineswegs begriffenen, Krise des gesellschaftlichen Systems war;

- die verschiedenen sozialen Schichten in der Bewegung, je nach ihrer konkreten Arbeits- und Lebenssituation und vor allem nach ihren unterschiedlichen Kampferfahrungen, äußerst heterogene Auffassungen vom Sinn ihres jeweiligen Handelns entwickelt haben;
- die so entstandenen unterschiedlichen Interpretationen der Bewegung zu entsprechend uneinheitlichen Aktionsformen und Zielsetzungen geführt haben;
- die Bewegung damit letztlich am Fehlen einer gemeinsamen Strategie und das heißt an ihrer mangelnden politischen Reife gescheitert ist;
- das Scheitern aber keine endgültige Niederlage bedeutet, sondern in der Bewegung selbst schon die Grundlagen eines politischen Bewußtwerdungsprozesses angelegt waren, der als Voraussetzung für den Erfolg zukünftiger Aktionen der Arbeiterklasse gelten muß.

Im folgenden wird die Zusammenfassung einer Untersuchung von Claude Durand über "Arbeiter und Techniker im Mai 1968" dokumentiert,^{86a)} insoweit sie sich auf die unterschiedlichen Bedingungen des Politisierungsprozesses in der Mai-Bewegung bezieht:

Die Politisierung der Bewegung

Die Schwierigkeiten einer Diagnose des politischen Niveaus der Bewegung hängt mit der Bedeutungsvielfalt des Begriffs "Politisierung" selbst zusammen. Politik ist eine mehr oder weniger unmittelbare soziale Tatsache und zugleich eine soziologische Interpretation des Sinns sozialen Handelns. Daraus entsteht eine spezifische Zweideutigkeit. Der Soziologe kann eine Handlung politisch deuten, die der Handelnde selbst nur als ökonomisch versteht. So hatten z.B. die Lohnforderungen im Mai durch die geforderte Steigerungsrate wie durch die Tatsache, daß sie sich auf die Gesamtheit der Lohnabhängigen bezogen, an sich schon eine politische Bedeutung, weil sie die Wirtschaftspolitik der Regierung in Frage stellte. In diesem

Sinne hat auch keiner der befragten "Militanten"^{86a)} die politische Bedeutung der Bewegung bestritten.

Unterschiedliche Auffassungen wurden jedoch sofort deutlich, wenn man von dem Sinn des "Politischen" auf den revolutionären Sinn zu sprechen kam. Der unbegrenzte Generalstreik hatte, in dem Maße wie er das Funktionieren der Institutionen blockierte und den Regierungsapparat paralyisierte einen insurrektionellen Charakter. Unter dem Gesichtspunkt der Aktionsformen hatte die Art des Streiks, die Besetzung der Fabriken, Büros, Laboratorien, die rote Fahne, der Umfang der Straßendemonstrationen einen revolutionären Aspekt.

Wird diese mit der F o r m der Bewegung verbundene revolutionäre Bedeutung aber auch durch ihren I n h a l t bestätigt? Dies sollte herausgefunden werden durch die Analyse der erhobenen Forderungen und der Bedeutung, die die handelnden selbst der Bewegung beimaßen. Eine weitere Ebene der Untersuchung des Politisierungsgrades der Bewegung beruhte auf der Interpretation ihrer Struktur: Einheit und Unterschiedlichkeit der Bewegung, Grad der Koordination und des Zusammenhalts der verschiedenen Akteure gaben Hinweise auf den Realismus bzw. Utopismus der Bewegung ebenso wie auf ihre Bedeutung für die Zukunft.

1. Der Inhalt der Bewegung

Bleibt die revolutionäre Symbolik der Mai-Bewegung nur gefühlsbetont und auf die Vergangenheit gerichtet oder entspricht sie der Aktualität einer sozialen Bewegung neuen Typs, die die industrielle Gesellschaft in Frage stellt? Das bloße Ausmaß der Bewegung offenbarte schon, jenseits aller Inkohärenzen und Widersprüche, daß es sich nicht um eine oberflächliche Erscheinung handelte, sondern daß ihr tiefreichende Bedürfnisse und Ansprüche entsprechen.

Im traditionellen Sektor der Industrie^{86a)} waren ökonomische und soziale Forderungen vorherrschend; obwohl klassisch (Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen),

waren sie jedoch nicht bloß "quantitativ". Die Bemühungen um den Abbau der Hierarchisierung der Lohnerhöhungen, der an die Volksfront 1936 erinnernde Ton der Forderung nach der 40-Stunden-Woche, gaben diesen Forderungen eine besondere soziale "Resonanz", die es nicht erlaubt, sie auf das "Feilschen klassischen Stils" zu reduzieren. Allein schon durch die Tatsache ihrer Allgemeinheit hatten diese Forderungen eine politische Bedeutung.

Soziales und Politisches fanden damit im Mai die Einheit zurück, die sie durch die Entpolitisierung der gewerkschaftlichen Aktionen in der Vergangenheit verloren hatten.

In den neuen Forderungen im technologisch fortgeschrittenen Sektor^{86a)} wird die Politisierung der Bewegung unübersehbar. Der bornierte "Unternehmensgeist", der vor dem Mai die Mitbestimmungsansprüche der Techniker eingeschränkt hatte, brach nunmehr zusammen: die Forderungen nach Abbau der Autoritätsstrukturen stellten die Herrschaft der Unternehmer an sich in Frage, den "Militanten" wurde die revolutionäre Tragweite ihrer Mitbestimmungsansprüche bewußt. Zugleich wurde der Sprung von der Unternehmensebene auf die Gesamtheit der sozialen Strukturen gewagt: das Modell einer humaneren Gesellschaft wurde beschworen, selbst wenn man sich noch eher damit begnügte davon zu träumen, als sie ernsthaft aufzubauen.

2. Die Bedeutung der Bewegung für die Akteure selbst

Die politische Bedeutung ihrer Handlungen wird von den Akteuren zumeist nur grob umrissen, eher als Ideal beschworen, denn als präzises Ziel angestrebt.

In den Flugblättern der Gewerkschaften dominieren die ökonomischen Forderungen eindeutig über die politischen Zielsetzungen: ein Programm fehlt. Zu der "Abwesenheit" der Parteien kommt ihre Uneinigkeit hinzu; eine gemeinsame Strategie existiert nicht. Im technologisch fortgeschrittenen Sektor wird die Überwindung der beruflich-bornierten Forderungen beschworen, im konkreten ökonomi-

schen und sozialen Leben bleiben aber ihre Realisierungen isoliert und bescheiden, so z.B. in den wenigen Versuchen einer Organisation des unmittelbaren Warentauschs zwischen Produzenten und Konsumenten oder im kulturellen Bereich.

Auf nationaler Ebene haben die politischen Demonstrationen vom 13. Mai und 29. Mai durch ihr Ausmaß beeindruckt, doch ist ihre politische Übersetzung in die Betriebe nicht gelungen. Die Mehrheit der "Militanten" glaubte an den Sturz des Regimes. Aber angesichts der Verschwommenheit der politischen Lösungen sind sie vorsichtig geblieben und haben nicht versucht, die Basis politisch zu mobilisieren. Der Kampfeinsatz wurde von den Gewerkschaften in einem ökonomischen Rahmen gehalten, während ihre Flugblätter gleichzeitig die Politik der Regierung und des Kapitals und deren Herrschaftssystem attackierten. Der gewerkschaftliche Kampf war eine politische Auseinandersetzung um einen ökonomischen Einsatz.⁸⁷⁾

3. Die Struktur der Bewegung

Das Fehlen der Einheit in der Bewegung erklärt ihr Scheitern. Kulturrevolution für die Studenten, klassischer politischer Kampf für die traditionelle Arbeiterklasse, revolutionärer Kampf für die "Militanten" im technologisch fortgeschrittenen Sektor. Diese Bedeutungsvielfalt der Bewegung für die verschiedenen Akteure spiegelt sich in ihren unterschiedlichen Zielsetzungen. Die Studenten waren mehr damit beschäftigt, die Gesellschaft zu verändern, als die Regierung zu stürzen. Die CGT setzte sich für eine Umkehrung der politischen Mehrheiten ein, um eine "Volksregierung" zu installieren. Die linksradikalen Demonstranten im Sportstadion Charléty haben weder ein Programm noch eine politische Strategie zu entwerfen vermocht. Die einen wollten den Sturz der Regierung, die anderen eine "Modernisierung der Institutionen" und die Studenten träumten von einer "ganz anderen Gesellschaft". An dieser Vielfalt der Ziele und der Unterschiedlichkeit der Strategien mußte die Bewegung scheitern. Entweder

setzte man ihr keine klaren politischen Ziele oder sie entsprachen nicht dem Mobilisierungsgrad der Bewegung. Die unterschiedliche Einschätzung der Natur des Konflikts und der Zielsetzungen übersetzten sich in Uneinigkeit zwischen den Gewerkschaftsorganisationen und zwischen den politischen Parteien der Linken ebenso wie in das gegenseitige Mißtrauen von Studenten und traditionellen Arbeiterorganisationen.

Dennoch sind die "Militanten" einig in der Anerkennung des politischen Reifeprozesses der Basis. Die Erneuerung des politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse und die einmütige Überzeugung der "Militanten" eines Nachwirkens der Bewegung sprechen für die Interpretation, daß die Mai-Bewegung als Vorläufer zukünftiger Kämpfe in der Industriegesellschaft anzusehen ist.

4. Der "neue Klassenkampf"

Die Theoretiker der sozialen Bewegung, und nicht nur die funktionalistischen Soziologen, hatten lange Zeit an das Verschwinden oder zumindest an die Abschwächung des Klassenkampfes in den industrialisierten Gesellschaften geglaubt. In den Debatten um die "neue Arbeiterklasse" wurden zumeist seine revolutionären Intentionen in Zweifel gezogen. Die Forderung nach Mitbestimmung war lange Zeit dem Verdacht ausgesetzt, zur Integration in das Industriesystem beizutragen.

Die außerordentliche Rolle der Techniker und Intellektuellen in der Mai-Bewegung wird nunmehr in der Diskussion ihre Folgen haben. Der "neue Klassenkampf", der sich abzeichnet, ist nicht der Kampf von Randgruppen oder Außenseitern der industriellen Gesellschaft; er ist in ihrem Zentrum angelegt, bei denjenigen Berufsgruppen, die die Hauptstützen der modernen Gesellschaft sind und es ist klar, daß auf mehr oder weniger lange Frist der entscheidende Kampf um die Konzeption und die Kontrolle der neuen Gesellschaft geführt werden muß.

Neue Berufsgruppen, die bisher von den Annehmlichkeiten der Konsumgesellschaft eingeschläfert schienen, verlangten

plötzlich eine Demokratisierung des Systems der Produktion. Ingenieure und Forscher stützten sich auf die "Privilegien" ihrer beruflichen Positionen um die "Sach"-zwänge des Systems zu entlarven und zu sprengen. Dies erinnert an die Rolle, die die Facharbeiter in der Arbeiterbewegung zu Beginn der technischen Rationalisierung des Produktionssystems gespielt haben. Angesichts der neuen intellektuellen Anforderungen des Systems der Produktion kämpfen die zentralen Schichten des Produktionsprozesses um ihre berufliche Autonomie und ihr Recht auf Verantwortung und kollektive Kontrolle des Systems, um die Selbstverwaltung der Produzenten.

Der Gegner ist nicht mehr der Kapitalismus sondern die Technokratie, die den Schein technischer Rationalität benutzt, um die Privilegien ihrer Macht zu bewahren. Die Revolte gegen das autoritative Entscheidungssystem beruft sich auf Sachkompetenz, die schöpferische Rolle im Produktionsprozeß und das Recht auf Entscheidung bzw. das Recht der Imagination gegen die autoritäre Bürokratie.

Im technologisch fortgeschrittenen Sektor hat die Basis der Bewegung sehr wohl bemerkt, daß über das Entscheidende nicht verhandelt worden ist. Das lag zum Teil an der Neuartigkeit der aufgetretenen Probleme. Die Bewegung proklamierte eher Prinzipien wie "Arbeitermacht", "Mitbestimmung der Arbeiter", als daß sie Lösungen ausgearbeitet hätte. Aber war die Sache, um die es ging, nämlich die "In-Frage-Stellung" der sozialen Ordnung denn überhaupt verhandlungsfähig?

Die Kontrolle der Information durch die Journalisten und nicht durch die Regierung (im Fernsehen ORTF - d.Verf.), die Definition der Forschungsziele durch die Wissenschaftler und nicht durch den Staat, die Wahl der unmittelbaren Vorgesetzten durch die Belegschaft und nicht ihre Ernennung durch die Direktion, die Verbesserung der Arbeitsorganisation durch die Betroffenen und nicht durch die "Chefs", all diese in den Verhandlungen nicht zur Sprache gekommenen Ziele waren in Wirklichkeit auch nicht

verhandlungsfähig, wenn die soziale Ordnung nicht umgestülpt werden sollte. Diese Feststellung genügt, um die Diagnose zu rechtfertigen, daß es sich um einen neuartigen Klassenkampf handelt.

Die Binbeziehung neuer sozialer Schichten in die Bewegung ist geknüpft an die gesellschaftlichen Veränderungen, an die wachsende Intellektualisierung des Systems der Produktion. Die Krise ist entstanden an den Universitäten (!?): sie trat zu Tage, als sich das Institutionensystem als unfähig erwies, den neuartigen Anforderungen der Produktionsweise zu entsprechen. Die Bewegung ging ins Leere, weil die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Opposition, gefangen in ihren überkommenen Problemen, es nicht verstanden haben, der Bewegung angemessene Ziele zu setzen.

Wir haben diese Schlußfolgerungen Durands so ausführlich dokumentiert, nicht nur weil sie eine Reihe der eingangs genannten Einsichten in die Komplexität der Mai-Bewegung enthält aber auch nicht nur um die theoretischen Unzulänglichkeiten der Touraine-Schule anzudeuten, sondern vor allem, weil letztere trotz ihrer Mängel und zuweilen gerade wegen ihr, eine nicht zu unterschätzende politisch-ideologische Wirkung in Frankreich hat. Die ideologische Ambivalenz ihres formalen kategorialen Apparates wie ihrer Haupttheoreme schlägt sich nämlich nieder in einer spezifischen politischen Strategie, die dem Avantgarde-Anspruch bestimmter politischer und zum Teil auch gewerkschaftlicher Organisationen (PSU, Teilen der CFDT) und der durch sie repräsentierten Teile spezifischer sozialer Schichten, insbesondere der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, aus einer materialistischen Untersuchung der Tendenzen des modernen Produktionsprozesses abzuleiten vorgibt. Zwar haben inzwischen wissenschaftlich ernst zu nehmende Untersuchungen die Haltlosigkeit bzw. Maßlosigkeit der Hauptthesen dieser Schule und ihrer theoretischen und praktischen Implikationen nachgewiesen,⁸⁸⁾ dennoch bleibt ihre politische Wirkung nicht ohne Widerhall. Dies

liegt vor allem daran, daß die moderne französische Arbeitssoziologie selbst eine wesentliche Affinität zu den von ihren linken Vertretern Mallet, Naville, Gorz u.a. zwar lautstark, aber letztlich nur oberflächlich bekämpften Prämissen der Ideologie der "neuen Gesellschaft" (vgl. weiter unten S.226ff) aufweist und vor allem geeignet erscheint, die Strategie der großen Arbeiterorganisationen zu diskreditieren und damit das zur Überwindung der kapitalistischen Herrschaft in Frankreich notwendige Bündnis der Arbeiterklasse mit der Intelligenz zu untergraben. (Vgl. Durands Bemerkung "Der Gegner ist nicht mehr der Kapitalismus sondern die Technokratie", wobei mit Technokratie zweifellos der veraltete Beamtenapparat des französischen politischen Systems gemeint ist, der den Anforderungen des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution immer weniger gewachsen ist und zu einem ernsthaften Hindernis für die Akkumulation des Kapitals auf gesellschaftlicher Stufenleiter zu werden droht.⁸⁹⁾

In den Schlußfolgerungen Durands bleibt der Begriff des "Politischen" äußerst vieldeutig, so daß z.B. die von der CGT geforderte "Volksregierung" im Kontext der skizzierten Tendenzen eher als Anachronismus denn als politisch wirksames Ziel der Mai-Bewegung erscheint. An die Stelle der tatsächlich entscheidenden Frage nach der politischen Macht im Staate treten bei Durand zweifellos wichtige, in ihrer Disparatheit aber eher integrierbare als notwendig systemsprengende Mitbestimmungsforderungen, denen allein revolutionäre Qualität zugesprochen wird. Die teils zufällige, teils geplante ideologische Verwirrung, zu der die von den großen Finanzgruppen abhängigen Pariser Verlagshäuser mit ihrer Publikationsstrategie sozialwissenschaftlicher Literatur aktiv beitragen, erweist sich als nicht zu unterschätzendes Hindernis bei der Ausarbeitung einer gemeinsamen antikapitalistischen Strategie der politischen Linken in Frankreich (vgl. Kapitel 4.).

3.2.5 Die Anerkennung der betrieblichen Gewerkschafts-sektionen

Die Fabrikbesetzungen und die umfassende Beteiligung der Belegschaften an der Diskussion ihrer Forderungen offenbarten ein politisches Potential innerhalb der Arbeiterklasse, das von den manchmal in bürokratischer Routine erstarrten Gewerkschaftsapparaten nicht erwartet worden war. Insofern enthielt die Spontaneität verschiedener Arbeitergruppen und die gewiß beschränkte, aber unverkennbare Resonanz bestimmter linksradikaler Losungen eine bedeutsame Lehre für die großen Arbeiterorganisationen.

Andererseits wurde während der Streiks auch ein Teil der bisher den Gewerkschaften eher kritisch gegenüberstehenden Arbeiter, Angestellten usw. von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher, bisweilen auch politischer Organisationen überzeugt.

Unter diesem Aspekt enthält die in den Streiks erkämpfte Ausweitung der Gewerkschaftsrechte im Betrieb nicht nur die Chance einer besseren Mobilisierbarkeit der organisierten und unorganisierten Basis, sondern auch der Belebung innergewerkschaftlicher Demokratie.

Das Protokoll von Grenelle enthielt acht Grundsätze zur gesetzlichen Regelung der betrieblichen Gewerkschaftsrechte: 1. Bildung von Gewerkschaftssektionen in allen Betrieben mit über 50 Beschäftigten (Mitglieder der Sektion sind alle im Betrieb beschäftigten Mitglieder der jeweiligen Gewerkschaft); 2. Rechtsschutz der Sektionsdelegierten gemäß dem Betriebsrätegesetz; 3. Zeitweise Freistellung der Delegierten zur Ausübung ihrer Funktionen; 4. Einrichtung von Räumen für die Gewerkschaftssektionen; 5. Recht auf monatliche Versammlung aller Sektionsmitglieder innerhalb des Betriebes; 6. Freie Verteilung der Gewerkschaftspresse; 7. Recht auf Verbreitung von gewerkschaftlichen Informationen; 8. Beitragskassierung im Betrieb.

Diese Grundsätze wurden zunächst in einigen Betriebsvereinbarungen noch im Juni 1968 konkretisiert, das

Gesetz aber erst am 27. Dezember 1968 verabschiedet.⁹⁰⁾ Von besonderer Bedeutung ist, daß damit zum ersten Mal innerhalb des Betriebes eine Institution offiziell anerkannt ist, die weder auf das Betriebsziel noch auf den Betriebsfrieden verpflichtet ist, sondern deren Funktion es ist, die "beruflichen Interessen ihrer Mitglieder" zu vertreten. Die Gewerkschaften hatten während der Grenelle-Verhandlungen darauf bestanden, daß im Gesetz ausdrücklich die Tariffähigkeit der Gewerkschaftssektionen hervorgehoben werden sollte. Insofern ist der Gesetzestext ein klarer Rückfall hinter die Forderungen der Gewerkschaften. Für deren Strategie ist es daher von besonderer Bedeutung, daß sie in den folgenden ökonomischen und politischen Kämpfen die im Gesetz nur abstrakt anerkannte gewerkschaftliche Gegenmacht im Betrieb konkret zu realisieren suchten, indem sie die Tariffähigkeit der Sektionen praktisch durchsetzten.⁹¹⁾

Der Vorzug der Tariffähigkeit der Gewerkschaftssektionen besteht darin, daß sie es erlaubt, entsprechend den jeweiligen besonderen Bedingungen des Betriebes über alle Fragen der Lohnhöhe, des Lohnsystems, der Arbeitsbedingungen, der sozialen Einrichtungen, der Beschäftigungspolitik, des Ausbildungswesens usw. Verträge abzuschließen und zur Durchsetzung der Forderungen gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen einzuleiten. Vom Vorbild sogenannter "Pilot-Betriebe", in denen der gewerkschaftliche Organisationsgrad und die Kampfkraft der Arbeiter hoch und daher die aus Streiks oder ähnlichen Aktionen hervorgehenden Ergebnisse überdurchschnittlich sind, geht vielfach eine Bewegung aus, die sich über den ganzen Industriezweig ausdehnen und von dort aus sogar auf andere Branchen übergreifen kann. Die faktische Tariffähigkeit der Gewerkschaftssektionen in den sozialen "Pilot-Betrieben" (wie z.B. den Renault-Werken) ist daher für die gesamte Arbeiterklasse von Bedeutung. Freilich enthält die sogenannte betriebsnahe Tarifpolitik auch das Risiko der Spaltung der Arbeiterklasse. Wenn es den Gewerkschaften nicht gelingt, die jeweiligen Errungen-

schaften in den "Pilot-Betrieben" in kontinuierlichen Kämpfen auf andere Betriebe und Sektoren auszuweiten, droht die Gefahr des "Betriebsegoismus" und der "Arbeiteraristokratie". Deshalb wird die Strategie der betriebsnahen Tarifpolitik von den französischen Gewerkschaften nur als Teilstrategie im Rahmen einer umfassenden Konzeption der Massenmobilisierung für die Durchsetzung der Interessen der Arbeiterklasse in allen gesellschaftlichen Bereichen, von der betrieblichen Basis bis hin zu den gesamtgesellschaftlichen Problemen, angesehen.⁹²⁾

Ein weiterer Vorzug der Errichtung betrieblicher Gewerkschaftssektionen aller repräsentativen Gewerkschaften⁹³⁾ besteht darin, daß sie die Tendenz zur Gewerkschaftseinheit erheblich zu stärken vermag. Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Aktionseinheit wird bei der Diskussion praktischer Probleme an der betrieblichen Basis vielfach besser erkannt als in den manchmal durch theoretische Differenzen auch in der Praxis stärker getrennten regionalen oder nationalen Gewerkschaftszentralen. Wobei dann von der Basis her ein Druck auf die Zentralen ausgehen kann und theoretische Fragen stets im engen Zusammenhang mit der konkreten Praxis des Klassenkampfes verbleiben.

Nimmt man diese Aspekte zusammen, so wird deutlich, daß die erkämpfte Ausweitung der Gewerkschaftsrechte im Betrieb einen bedeutsamen strategischen Stellenwert für die Arbeiterklasse und ihre Organisationen besitzt und zu den wichtigsten Ergebnissen der Mai-Juni-Ereignisse zu rechnen ist.

3.3 Entwicklung der Klassenkämpfe nach den Mai-Juni-Ereignissen (1968 - 1971)

3.3.1 Von "Grenelle" nach "Tilsitt"

Nach dem klaren Wahlsieg der Gaullisten war vielfach eine Phase verschärfter Repression gegen die Streikenden in den Betrieben und vor den Gerichten erwartet worden. Die Unternehmerzeitschrift "Entreprise" warnte aber unmittelbar nach der Wahl vor "übertriebener Härte" und dämpfte den Optimismus der Anhänger des Regimes: "Das Wahlergebnis täuscht über die wahren Kräfteverhältnisse hinweg."⁹⁴⁾

Zwar kam es in einigen Unternehmen noch im Juli zu Entlassungen, aber bis auf wenige Ausnahmen versuchten die Unternehmer die Situation nicht wieder zu verschärfen, sondern erst einmal die Produktion wiederaufzunehmen.⁹⁵⁾ Die Streikenden erhielten zum ersten Mal seit längerer Zeit Löhne und Gehälter, so daß die zum Teil beträchtlichen Einschränkungen, die insbesondere von den Arbeiterfamilien infolge des Fehlens von Streikkassen hatten vorgenommen werden müssen, nun wieder aufgehoben werden konnten. Ein weitverbreitetes Bedürfnis nach Rückkehr zur "Normalität" war auch innerhalb der Arbeiterklasse unverkennbar. Der von einigen linksradikaler Gruppen angekündigte "heiße Sommer" fand nicht statt.⁹⁶⁾

Nach den Wahlen war die Regierung umgebildet worden. De Gaulle ernannte Couve de Murville zum Premierminister, während Ex-Premier Georges Pompidou aus der Regierung ausschied.⁹⁷⁾ Die Berufung des Konservativen Couve bewies, wie wenig de Gaulle die Bedeutung der Mai-Juni-Bewegung begriffen hatte. In der Regierungserklärung vom 17. Juli verkündete Couve erneut das alte de Gaulle'sche Konzept der "Participation", d.h. der Beteiligung der Lohnabhängigen am Profit des Unternehmens bei gleichzeitigem Lohnverzicht und Mitverantwortung der Arbeiter für die erweiterte Kapitalakkumulation. Obwohl dieses Konzept wiederholt und zuletzt im Mai von der überwältigenden Mehrheit der Arbeiterklasse zurückgewiesen worden war,

versuchte de Gaulle seine Vorstellungen von "Participation" auf die gesamte Gesellschaft auszudehnen. In seiner traditionell-ritualisierten Pressekonferenz verkündete er zum Auftakt der Rentrée sociale (allgemeiner Arbeitsbeginn nach dem Urlaubsmonat August) am 9. September: Die Mai-Juni-Ereignisse hätten bewiesen, daß es keine Alternative zum gegenwärtigen System gebe. "Das Unternehmen, das man seit 1945 Gaullismus nennt, ist nichts anderes als die zeitgemäße Form des Aufschwungs Frankreichs".⁹⁸⁾ Dieses Unternehmen müsse aber ständig weiter entwickelt werden. De Gaulle schlug ein Partizipationsmodell auf drei Ebenen vor: Auf nationaler Ebene sollte der bisher bestehende Senat, der die Gebietskörperschaften repräsentiert, zu einer erweiterten Versammlung aller interessierten Gruppen mit allerdings nur beratender Funktion in wirtschaftlichen und sozialen Fragen umgewandelt werden. Auf regionaler Ebene sollten analoge Versammlungen gebildet und auf Unternehmensebene das System des beteiligungslohnes und der Informationspflicht ausgeweitet werden. Die Reaktion auf die Pressekonferenz offenbarte aber, in geradem Gegensatz zu de Gaulles Meinung, die völlige Überlebtheit des gaullistischen Systems, selbst vom Standpunkt des monopolistischen Kapitals. Die Organisationen der Arbeiterklasse nahmen kaum noch Notiz von de Gaulles Visionen⁹⁹⁾ und die großbürgerliche Presse zeigte sich enttäuscht bis ablehnend.

Die wirklichen Probleme der französischen Gesellschaft lagen anderswo. Am 1. Juli war der "Gemeinsame Markt" in seine entscheidende Etappe eingetreten. Der Wegfall der Zollschränken verschärfte die Konkurrenz innerhalb des nun nahezu einheitlichen Marktes. Durch die Lohnerhöhungen hatte sich die Massenkaufkraft fühlbar erhöht. Obwohl die Produktion im Oktober und November um über 11% höher lag als im Vorjahr, und damit die höchste Wachstumsrate seit Bestehen des gaullistischen Systems zu verzeichnen war, übertraf die Nachfrage noch die Inlandsproduktion. Die Preise stiegen zwischen April und Oktober

mit 3% (nach CGT-Angaben 4%) zwar kräftig an, es ist aber den Unternehmern damit keineswegs gelungen, die Lohnerhöhungen aufzufangen.¹⁰⁰⁾

Die Importe erhöhten sich und die Währungsreserven, die schon im Mai durch eine Kapitalflucht von etwa 1,5 Mrd. F zurückgegangen waren, verringerten sich noch weiter. Nach dem gaullistischen Wahlsieg hatte sich zwar die Kapitalflucht verlangsamt, war aber im Oktober wieder stark angestiegen. Von April bis Oktober belief sie sich auf insgesamt 12,5 Mrd. F. Im November begann dann eine bisher einmalige Spekulationswelle gegen den Franc zugunsten der DM. Erst diese Spekulationswelle löste die Krise des Franc endgültig aus.¹⁰¹⁾ Einflußreiche Kreise der Großindustrie versuchten eine Abwertung des Franc zu erzwingen, um ihre Exportchancen zu verbessern und sich einen Spielraum für Preiserhöhungen auf dem inneren Markt zu verschaffen und damit die Errungenschaften der Arbeiterklasse rückgängig zu machen.

Die Regierung wagte jedoch nicht, den Franc abzuwerten, zumal bekannt wurde, daß die großzügige Kreditvergabe der Regierung von gewissen Unternehmern zu Spekulationszwecken mißbraucht worden war.¹⁰²⁾ Sie versuchte daher durch Druck auf die deutsche Bundesregierung eine Aufwertung der DM zu erreichen, um wenigstens gegenüber dem schärfsten Konkurrenten einen ähnlichen Effekt zu erzielen.

Nachdem sich die Bundesregierung geweigert hatte, die DM aufzuwerten, mußte Ministerpräsident Couve de Murville ein sogenanntes Sparprogramm (plan d'austerité)¹⁰³⁾ verkünden, das Ausgabenverminderungen für das kommende Haushaltsjahr 1969 von insgesamt 2,8 Mrd. F vorsah. Die Zuschüsse für die verstaatlichten Unternehmen wurden allein um 1,1 Mrd. F gekürzt, so daß unmittelbar danach eine Erhöhung der Tarife für Gas und Elektrizität, etwas später auch bei der Bahn, den Pariser Verkehrsbetrieben und der Post verkündet wurden. Von den Kürzungen ausgenommen waren lediglich die Ausgaben für öffentliche und private Investitionen. Schon im Oktober waren die Subventionen

bzw. Steuererleichterungen für private Kapitalinvestitionen schon um 4 Mrd. erhöht wurden, nun wurde für die Exportindustrie zusätzlich die von diesen Unternehmen zu zahlende Lohnsummensteuer in Höhe von 8,5 Mrd. F erlassen. Stattdessen wurde die allein den Verbraucher, und damit vor allem die Masse der Lohnabhängigen betreffende Mehrwertsteuer um insgesamt 11 Mrd. F erhöht.

Durch diese Umverteilung der Steuerlast auf die Arbeiterklasse ergab sich eine Erhöhung der Steuereinnahmen von insgesamt 2,5 Mrd. F .

Der Präsident des Unternehmerverbandes CNPF begrüßte prompt das "Sparprogramm" der Regierung. "Das ist der richtige Weg".¹⁰⁴⁾ Für die Arbeiterklasse und ihre Organisationen bedeutete es aber eine offene Kampfansage. Schon im September hatte die CGT Unternehmer und Regierung davor gewarnt, die im Mai-Juni erzielten Lohnerhöhungen durch Preis- und Tarifierhöhungen unwirksam machen zu wollen.

Sie wiederholte Ihre Forderung nach einer "gleitenden Lohnskala", die das einmal erreichte Reallohnniveau zu halten vermöchte. Im Oktober und November kam es in mehreren metallverarbeitenden Betrieben, bei der Eisenbahn, der Post sowie den Gas- und Elektrizitätswerken zu kurzen Warnstreiks gegen die Preisentwicklung und die Währungspolitik der Regierung. Als das "Sparprogramm" verkündet worden war, reagierten die Arbeiter in den Betrieben mit Versammlungen und Diskussionen. Die Gewerkschaften sahen die Zeit gekommen, das neu errungene Instrument der Gewerkschaftssektionen wirksam zu erproben. Auf den Appell der drei Gewerkschaften CGT, CFDT und FO legten die Arbeiter von Renault-Billancourt am 5. Dezember die Arbeit nieder, um über die Währungskrise und ihre Folgen für die Arbeiterklasse zu diskutieren.¹⁰⁵⁾

Angesichts des Protestes versuchte die Regierung die Situation durch ein scheinbares Zugeständnis an die Gewerkschaften zu entschärfen. Sie bemühte sich, trotz der

Hinhaltepolitik der Unternehmer, das in Grenelle vereinbarte Gesetz zur Ausweitung der Gewerkschaftsrechte im Betrieb parlamentarisch verabschieden zu lassen. Tatsächlich bestanden die Gewerkschaftssektionen schon seit Juni in zahlreichen Großbetrieben. Die Gewerkschaften waren daher nicht bereit, die endgültige gesetzliche Fixierung der Sektionen als erneutes Zugeständnis zu bewerten, sondern kritisierten, daß der Gesetzestext im allgemeinen hinter den Betriebsvereinbarungen zurückblieb.¹⁰⁶⁾

Bei den Verhandlungen in Grenelle war vereinbart worden, daß sich Regierung, Unternehmer und Gewerkschaften im März 1969 zur Überprüfung der Entwicklung von Löhnen und Preisen erneut treffen sollten. Anfang des Jahres zeichnete sich ab, daß die Preise infolge der ökonomischen und steuerlichen Maßnahmen von Unternehmer und Staat im März um mehr als 6% über dem Niveau vom Juni des vergangenen Jahres liegen würden. Die CGT kündigte an, daß sie das "Rendez-vous" im März zu Verhandlungen über alle interessierenden Fragen, insbesondere aber über die Lohn- und Preisentwicklung, die beschleunigte Verkürzung der Arbeitszeit und die Herabsetzung des Rentenalters benutzen wolle. Zur Unterstützung ihrer Verhandlungsposition rief sie zu einem "nationalen Aktionstag" am 12. Februar auf.¹⁰⁷⁾ Über die Formen und das Ausmaß der Aktionen sollten die Arbeiter in den Betrieben selbst entscheiden. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am 28. Januar 1969 erläuterten die Vertreter der Gewerkschaften CGT und CFDT ihre Forderungen. Sie waren sich einig, daß das "Sparprogramm" der Regierungen zu weiteren Preiserhöhungen und einem Wiederanstieg der Arbeitslosigkeit, die infolge des Aufschwungs im Herbst leicht zurückgegangen war, geführt habe. Die von der Regierung im Rahmen des Sparprogramms vorgesehene Lohnerhöhung von 4% für das Jahr 1969 wurde als völlig unzureichend zurückgewiesen. Allerdings zeigten sich auf dieser Konferenz wiederum gewisse Differenzen in der Taktik der beiden großen Gewerkschaften. Während die CGT zunächst auf

einem System der "gleitenden Lohnskala" zur Sicherung der Reallöhne bestand, betonte die CFDT stärker die Forderung nach einem Abbau der Lohnhierarchie. Einig war man sich hinsichtlich der Notwendigkeit einer weiteren beträchtlichen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes "SMIG".¹⁰⁸⁾

Angesichts der Entschlossenheit der Gewerkschaften und unter dem Druck der für Februar angekündigten Aktionen, erklärten sich die verstaatlichten Unternehmen zu einer von den Gewerkschaften geforderten Revision des Lohnsystems bereit und der Unternehmerverband gab seinen monatelangen Widerstand gegen eine nationale Vereinbarung über den Schutz bei Massenentlassungen auf. Eine entsprechende Vereinbarung war schon in Grenelle vorgesehen gewesen, die Unternehmer versuchten sie aber so lange wie möglich hinauszuschieben. Am 10. Februar, zwei Tage vor den angekündigten Aktionen, konnte das Abkommen unterzeichnet werden. Danach müssen Entlassungen aus konjunkturellen Gründen von 10 bis 49 Lohnabhängigen 1 Woche, von 50 bis 99 Lohnabhängigen 2 Wochen und von 100 und mehr Lohnabhängigen einen Monat vorher dem Unternehmenskomitee angekündigt werden. Im Falle von Entlassungen bei Fusionen beträgt die Frist bis zu 3 Monate. Die Entschädigungen betragen bis zu 90% des bisherigen Lohnes für 6 Monate.¹⁰⁹⁾

Das Abkommen, das rund 8 Millionen Lohnabhängige betrifft, war das erste nationale Abkommen seit knapp 11 Jahren auf dem Gebiet der Arbeitsplatzsicherheit. Es wurde von den Gewerkschaften allgemein als erheblicher Fortschritt begrüßt.

Trotz dieses Erfolges kam es am 12. Februar zu zahlreichen kurzfristigen Arbeitsniederlegungen, an denen über eine Million Arbeiter beteiligt waren.¹¹⁰⁾ Die Arbeiter sprachen sich dabei im allgemeinen für Lohnerhöhungen zwischen 10% und 12% für das Jahr 1969 aus. Auf der Basis dieser Forderungen einigten sich die Gewerkschaften CGT und CFDT am 17. Februar auf einen Katalog für das März-Treffen. An erster Stelle standen die Lohnforderungen: 6% für den

Kaufkraftverlust seit der letzten Lohnerhöhung und weitere 6% echte Lohnerhöhungen. Das neu auszuhandelnde Lohnsystem bei den verstaatlichten Unternehmen sollte darüber hinaus einen Abbau der Lohnhierarchie erbringen. Der Mindestlohn SMIG sollte um 20% erhöht werden. Diesem Katalog schloß sich wenige Tage später auch die Gewerkschaft FO an. Zur Unterstützung der Forderungen traten die Eisenbahner in einen mehrtägigen "rollenden" Streik; d.h. sie legten nach einem exakten Plan durch kurzfristige Streiks hintereinander verschiedene Teile des Streckennetzes lahm.

Diese Demonstration war umso notwendiger als Unternehmer und Staat die Bedeutung des März-Treffens herunterzuspielen versuchten und die verstaatlichten Unternehmen noch vor dem Treffen Lohnerhöhungen von 4% ankündigten (ab April 2% und im Herbst weitere 2%), um damit Lohnverhandlungen in ihrem Bereich zu verhindern. Bei den Gas- und Elektrizitätswerken bedeutete dies sogar den Bruch einer Betriebsvereinbarung, wonach die Unternehmensleitung bei Lohnerhöhungen stets zu Verhandlungen mit den Gewerkschaften verpflichtet war.¹¹¹⁾ Die Arbeiter der EGF (Electricité et Gaz de France) drohten mit einem unbefristeten Streik für den Fall, daß die März-Verhandlungen scheitern sollten. Die Eisenbahner und die Postbediensteten schlossen sich dieser Ankündigung an.

Am 4. März begannen die Verhandlungen im Gebäude des Staatssekretariats für soziale Fragen in der Pariser Rue de Tilsitt. Die Gewerkschaften hatten zuvor in den Betrieben, im allgemeinen während der Arbeitszeit, ihre Sektionsversammlungen zu einer umfassenden Diskussion mit den Belegschaften benutzt und sich damit der Kampfbereitschaft der Basis versichert. Andererseits entwickelten Regierung und Unternehmer eine lebhafte Propaganda gegen neue Lohnerhöhungen und appellierten an das "nationale Verantwortungsgefühl" der Gewerkschaften, die internationale Konkurrenzfähigkeit der französischen Unternehmen und die Währung nicht noch weiter zu schwächen. Die Gewerkschaften konnten aber nachweisen, daß die mangelhafte

Konkurrenzfähigkeit der französischen Industrie keineswegs auf das Lohnkostenniveau in Frankreich zurückzuführen war.¹¹²⁾ Dennoch zeigten sich Unternehmer und ganz besonders die Regierung nicht bereit, über 4%ige Lohnerhöhungen für 1969 hinauszugehen, was bei einer zu erwartenden jährlichen Inflationsrate von mindestens 8% einen erheblichen Rückgang der Reallöhne bedeutet hätte, zumal die Preise seit Juni schon um 6% angestiegen waren. Die Verhandlungen endeten nach dreitägigen harten Auseinandersetzungen ohne Ergebnis. Die Vertreter des Unternehmerverbandes sprachen sich für eine Fortsetzung der Verhandlungen auf der Ebene der verschiedenen Wirtschaftszweige aus. Während der Verhandlungen trafen sich die Vertreter der Gewerkschaftszentralen, um über gemeinsame Aktionen für den Fall des Scheiterns der Tilsitt-Verhandlungen zu beraten. Selbst die strikt antikommunistische FO erklärte sich unter dem Druck der Arbeiterbasis, die in zahlreichen Betrieben gegen das Verhalten von Unternehmer und Staat protestierten, zu gemeinsamen Aktionen mit der kommunistisch-sozialistischen CGT bereit. Die harte Haltung insbesondere der Regierung kehrte somit die seit den Mai-Juni-Ereignissen eher rückläufige Tendenz zur gewerkschaftlichen Aktionseinheit wieder um.¹¹³⁾

Noch am 7. März riefen CGT und CFDT zu einem "nationalen Streik" am 11. März auf,¹¹⁴⁾ dem Tag, an dem General de Gaulle eine Rundfunk- und Fernsehrede zur Begründung des für den 27. April vorgesehenen Referendums zur Regional- und Senatsreform angekündigt hatte. Sie schlossen spätere Verhandlungen auf Branchenebene aber keineswegs aus. Nach dem Scheitern der Verhandlungen von Tilsitt kam es erneut zu einer erheblichen Spekulation gegen den Franc. Regierung und bürgerliche Presse versuchten die Währungsschwierigkeiten wiederum den Gewerkschaften anzulasten.¹¹⁵⁾ Trotz der heftigen Polemik wurde aber der Streikaufruf im ganzen Land befolgt. In Paris formierte sich ein Demonstrationzug an dem nahezu 200.000 Arbeiter, Angestellte und Lehrer (die sich dem Streik angeschlossen

hatten) teilnahmen. Weitere Demonstrationen fanden in Marseille, Lyon, Caen, Angers und Nantes statt. Überall forderten die Demonstranten in Sprechchören höhere Löhne, die Rückkehr zur 40-Stundenwoche, höhere Renten und eine Herabsetzung des Rentenalters.¹¹⁶⁾

3.3.2 Vom Referendum bis zur Präsidentschaftswahl

Obwohl die Streiks und Demonstrationen überaus diszipliniert verlaufen waren, versuchte General de Gaulle, in seiner Rede die Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen in den vorangegangenen Wochen, nach dem im Juni 1968 bewährten Muster, zur Erzeugung von Angst vor Anarchie und totalitärem Kommunismus zu benutzen.

"Die gleichen schimärischen ambitiösen und rachsüchtigen Kräfte wie im letzten Mai, von den gleichen Komplizen unterstützt und unter Ausnutzung derselben Mittel, bedrohen Geld, Wirtschaft und Republik."¹¹⁷⁾ "Durch die Kraft der Dinge und die aktuellen Ereignisse wird das Referendum für die Nation die Wahl zwischen Fortschritt und Umsturz sein. Denn genau das ist die Alternative."¹¹⁸⁾

Die Gewerkschaften reagierten gelassen auf de Gaulles Angriffe.¹¹⁹⁾ Noch vor Beginn der Rede hatten sie ihre Bereitschaft zu weiteren Verhandlungen auf allen Ebenen (betrieblich, regional und national) bekanntgegeben und dabei offensichtlich Differenzen zwischen Regierung und Unternehmerverband ausgenutzt. Tatsächlich waren die privaten Unternehmen infolge der großzügigen Steuer- und Krediterleichterungen, die ihnen vom Staat gewährt worden waren, eher zu Lohnerhöhungen bereit als die staatlichen Unternehmen die von den Kürzungen des Staatshaushaltes zugunsten der Finanzhilfen für die Privatindustrie am stärksten betroffen waren.

Während sich im Laufe des März bei den staatlichen Unternehmen die vielfältigen Streikaktionen fortsetzten, ohne allerdings zu einem Ergebnis zu gelangen, fanden in der privaten Wirtschaft zahlreiche Verhandlungen statt, die

im allgemeinen zu sofortigen Lohnerhöhungen zwischen 4% und 5% führten und entsprechende Erhöhungen für den Herbst vorsahen. Nach einer offiziellen Untersuchung hatten sich damit die Löhne vom 1. April 1968 bis zum 1. April 1969 durchschnittlich um 16% erhöht.¹²⁰⁾

Anders als im Juni des vorangegangenen Jahres ist es dieses Mal de Gaulle nicht gelungen, die Masse der städtischen Mittelschichten gegen die Arbeiterklasse zu mobilisieren. Opfer des Sparprogrammes der Regierung waren nicht zuletzt auch die sogenannten "unabhängigen Arbeiter", (Travailleurs indépendants), also Bauern, Handwerker, Einzelhändler und sonstige Kleingewerbetreibende. Noch während der Verhandlungen von Tilsitt war es zu den ersten "Streik"aktionen der Einzelhändler gekommen. Am 5. März begann ihre Protestbewegung gegen die Steuerpolitik und die unzureichende soziale Sicherung mit einer halbtägigen Geschäftsschließung. Die Regierung hatte als einziges sichtbares Ergebnis der Tilsitt-Verhandlungen das einkommenssteuerfreie Minimaleinkommen für Lohnabhängige heraufgesetzt und damit rund eine halbe Million weiterer Lohnabhängiger von dieser Steuer befreit,¹²¹⁾ zugleich aber den höchsten Steuersatz für Jahreseinkommen von mehr als 150.000 F von 65% auf 60% herabgesetzt, um, wie es hieß, die "Ersparnisbildung" zu fördern. Den "unabhängigen Arbeitern" wurden lediglich für später eine Gleichstellung mit den Lohnabhängigen versprochen. Sie waren aber nicht bereit, sich mit einem vagen Versprechen abfinden zu lassen und forderten ein "Grenelle für den Mittelstand". Als die Regierung diese Forderung ohne weitere Begründung zurückwies, verschärften sich die Protestaktionen. Am 9. April stürmten empörte Handwerker und Einzelhändler in dem südfranzösischen Ort La Tour du Pin das Finanzamt und warfen die Steuerakten in die Isère. In den folgenden Tagen häuften sich in vielen Klein- und Mittelstädten des ganzen Landes die Solidaritätsaktionen mit den Demonstranten von La Tour du Pin.¹²²⁾ Der Protest des Verbandes der Klein- und Mittelunternehmen richtete sich jetzt auch gegen die Monopolisierungstendenz

im Groß- und Einzelhandel und die damit verbundene Existenzverunsicherung der mittleren und kleinen Kaufleute. Am 16. April schlossen mehrere hunderttausend Einzelhändler, Handwerker, Bistro-, Tankstellen- und Kioskbesitzer ihre Läden bzw. Betriebe aus Protest gegen die Steuerbelastung und die planmäßige Unterstützung der Monopolisierungstendenz durch die staatliche Wirtschaftspolitik.

Die Regierung war vom Ausmaß der Bewegung überrascht. Als sich die Parteien der Linken und die Gewerkschaften mit den Forderungen der Demonstranten solidarisierten, versuchte sie, 11 Tage vor dem Referendum, die von ihr bisher als sichere Ja-Wähler angesehenen "kleinen Unternehmer" (petits patrons) zu beruhigen. Am folgenden Tag verkündete sie für das kommende Jahr eine Anhebung des steuerfreien Jahreseinkommens für "unabhängige Arbeiter" von 4.000 F. auf 7.500 F., was nach ersten Schätzungen die Zahl der von der Einkommensteuer befreiten "Unabhängigen" von 200.000 auf 500.000 erhöhte.¹²³⁾ Verhandlungen nach dem Muster von Grenelle lehnte die Regierung aber kategorisch ab. Dieses Verhalten stand in direktem Gegensatz zur offiziellen Propaganda, wonach die freie Diskussion der Interessen zur Voraussetzung der "Participation" gehöre.¹²⁴⁾ Das Mißtrauen weiter Bevölkerungskreise gegenüber dem gaullistischen Participations-Modell, als dessen integrierender Bestandteil die Gebiets- und Senatsreform von de Gaulle bezeichnet worden war, wurde dadurch nur bestärkt.

Alle Parteien der Linken, von den Kommunisten bis zu der linksliberalen "Radikalen Partei" und alle großen Gewerkschaften verurteilten einmütig die Reform, weil sie die realen Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und der selbständigen Mittelschichten nicht im geringsten zu verbessern versprach. Der Sinn der Reform wurde mehr und mehr auch von Gruppen der bürgerlichen Mitte angezweifelt.¹²⁵⁾ Damit war die Niederlage de Gaulles besiegelt. Am Abend des 27. April verkündete Couve de Murville das Ergebnis des Referendums: Ja: 10,9 Millionen Stimmen =

47,6%; Nein: 12 Millionen Stimmen = 52,4%.

Kurz nach Mitternacht gab de Gaulle seinen Rücktritt bekannt.¹²⁶⁾

Das Ende des Gaullismus, das sich seit den Mai-Juni-Ereignissen trotz des Wahlsiegs im Juni 1968 immer deutlicher abgezeichnet hatte, bedeutete einen wichtigen Sieg für die französische Arbeiterklasse. Dennoch war es offenkundig, daß de Gaulle weniger durch die Überzeugungskraft der Parteien der Linken geschlagen wurde, als durch die unerträglich gewordene autoritäre Form seiner Politik, die selbst Teilen des Großbürgertums zunehmend als ineffektiv erschienen ist.

Die Niederlage de Gaulles fiel in eine Zeit, in der sich bis auf die Kommunisten alle Parteien der traditionellen Linken in einer Phase der Umgruppierung befanden.¹²⁷⁾

Das lockere Wahlbündnis zwischen Sozialisten, politischen Klubs und der liberalen Radikalen Partei in der "sozialistischen und demokratischen Linkskonföderation" (FGDS), fiel nach der Niederlage im Juni 1968 zusehends auseinander. Die Mehrheit der Sozialisten forderte nach den Mai-Juni-Ereignissen eine stärkere Akzentuierung des sozialistischen Charakters ihrer Partei, während sich die "Radikalen" für eine liberalere Politik und ein Bündnis mit Teilen des bürgerlichen Zentrums aussprachen. Im November 1968 wurde die FGDS aufgelöst.

Während die Linksentwicklung der Sozialisten die Voraussetzungen für ein Bündnis mit den Kommunisten objektiv verbesserte, führten die Ereignisse in der Tschechoslowakei vorübergehend sogar zu einem Abbruch der Kontakte zwischen diesen beiden Parteien. Obwohl die PCF den Einmarsch der fünf Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR verurteilte und auf dem Recht jeder kommunistischen Partei bestand, den Weg zum Sozialismus aufgrund der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze entsprechend den besonderen nationalen Bedingungen des jeweiligen Landes selbst zu bestimmen, setzte sich die antikommunistische Strömung bei den Sozialisten durch. Das Dilemma der Sozialisten wurde offenkundig, als sich

bei der Neukonstituierung der Partei am 4. Mai 1969 knapp zwei Drittel der Delegierten für eine Präsidentschaftskandidatur des zum rechten Parteiflügel gehörenden Gaston Defferre aussprachen, obgleich Defferre bei der Abstimmung über die programmatische Neuorientierung der Partei noch im November 1968 wegen seines prinzipiellen Reformismus von 70% der Delegierten abgelehnt worden war.

Der Vorschlag der Kommunisten, auf der Basis eines noch auszuhandelnden Programmes die Nominierung eines gemeinsamen Kandidaten anzustreben, wurde von den Sozialisten zurückgewiesen.¹²⁸⁾ Als am 4. Mai die linkssozialistische PSU die Kandidatur ihres Generalsekretärs Michel Rocard angemeldet hatte und die Sozialisten einen erneuten Vermittlungsversuch der Kommunisten ablehnten, gaben diese am 5. Mai die Kandidatur ihres Politbüro-Mitgliedes Jacques Duclos bekannt.¹²⁹⁾

Angesichts des erneuten Versagens der Linken, auf der Basis der vorangegangenen Klassenkämpfe dem bestehenden kapitalistischen System eine gemeinsame sozialistische Alternative entgegenzustellen, die die Mehrzahl der französischen Lohnabhängigen überzeugt hätte, schien für Teile der Arbeiterklasse die Kandidatur des zum bürgerlichen Zentrum gehörenden interimistischen Staatspräsidenten Alain Poher im Vergleich zum gaullistischen Kandidaten Pompidou das kleinere Übel zu sein. Poher wurde vom größten Teil der liberalen Presse als einzig echter Gegenkandidat Pompidous hochgespielt. Um so überraschender war das Ergebnis des 1. Wahlgangs am 1. Juni 1969. Pompidou erhielt die erwarteten 44,5% der Stimmen, Poher nur 23,3%. Knapp dahinter lag schon der kommunistische Kandidat Duclos mit 21,3%, während Defferre mit 5,0% klar abgeschlagen war.¹³⁰⁾

Damit standen sich im 2. Wahlgang, der notwendig wurde, weil keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht hatte, nur noch zwei bürgerliche Kandidaten gegenüber. Die Linke hatte sich durch die Taktik der Sozialisten, die von der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter-

klasse abgelehnt worden war, selbst ausmanövriert. Während sich nun die Sozialisten, unterstützt durch die Gewerkschaft CFDT, für Poher aussprachen, riefen die Kommunisten zur Stimmenthaltung auf. Das Ergebnis des 2. Wahlgangs am 15. Juni zeigte, daß der Aufruf der Kommunisten starke Beachtung gefunden hatte. Der Anteil der Stimmenthaltungen stieg von 22,4% auf 31,1%, der Anteil der ungültigen Stimmen von knapp 1% auf 4,4%. Von den abgegebenen gültigen Stimmen entschieden sich 58,2% für Pompidou, 41,8% für Poher. Damit war Pompidou neuer Staatspräsident, obwohl er nur von 37,5% aller stimmberechtigten Bürger gewählt worden war.¹³¹⁾

3.3.3 Die "Neue Gesellschaft" und der Widerstand der Arbeiterklasse

Mit dem Machtantritt Pompidous begann eine neue Entwicklungsetappe des kapitalistischen Systems in Frankreich. Der ehemalige Direktor der Rothschild-Bank hatte besser als de Gaulle begriffen, daß die Erhaltung des bestehenden Gesellschaftssystems nur möglich sein würde, wenn es gelinge, wenigstens Teilen der Arbeiterklasse, der wissenschaftlich-technischen Intelligenz und der Jugend das Gefühl einer Zukunftsspektive innerhalb dieses Systems zu vermitteln. Schon während des Wahlkampfes hatte Pompidou von einer neu zu schaffenden Gesellschaft gesprochen und dabei das "schwedische Modell, mit ein bißchen mehr Sonne" als Vorbild gepriesen.¹³²⁾

Nach seiner Wahl benannte er den als liberal bekannten bisherigen Präsidenten der Nationalversammlung Jacques Chaban-Delmas zum Premierminister und den ebenfalls als progressiv angesehenen unabhängigen Republikaner Valéry Giscard d'Estaing zum wirtschafts- und Finanzminister. Beide entwickelten in den folgenden Monaten eine aufwendige ideologische Kampagne für die angeblich "neue Gesellschaft".

An die Stelle des nationalistischen Pathos de Gaulles

traten nun die Banalitäten des politischen Marketings. Chaban-Delmas bezeichnete die neu zu schaffende Gesellschaft als "wohlhabend, jung, großzügig und befreit."¹³³⁾ Die Entwicklung der französischen Gesellschaft sei bisher durch überlebte Traditionen, durch vorindustrielle Mentalitäten usw. blockiert gewesen. Das einzige Heilmittel sei die Fortentwicklung der industriellen Basis. Diese werde aber gerade durch den Konservatismus der sozialen Strukturen behindert. "Wir sind noch immer ein Land der Kasten". Der gleiche Konservatismus sei aber auch die Ursache für das Überleben extremistischer Ideologien, Reformen seien daher bisher nur möglich gewesen, wenn sie sich den Anschein von Revolutionen gegeben hätten. Nur wenn es gelinge, diesen Konservatismus durch den Plan der Jugend, die Innovationsfreudigkeit der Intelligenz und durch die aktive Mitarbeit der Gewerkschaften zu überwinden, könne Frankreich international handlungsfähig sein und den Rang einer wahrhaft industriellen Macht einnehmen.¹³⁴⁾ Die Bemühung der ganzen Skala spätbürgerlicher Ideologie von Kahn über Galbraith bis zu Crozier¹³⁵⁾ war um so notwendiger, als der harte Kern der Politik der gleiche geblieben war. Genau drei Wochen nach Regierungsantritt gaben Pompidou, Chaban-Delmas und Valéry Giscard d'Estaing in einer gemeinsamen Rundfunk- und Fernsehrede die Abwertung des Francs um 12,5% bekannt.¹³⁶⁾ Die Abwertung sollte durch "ergänzende Maßnahmen" flankiert werden, da man nur von einer "harten Gesamtkaktion die Rückkehr des Gleichgewichts" erwartete.¹³⁷⁾ Der gleichzeitig verkündete Preisstopp wurde bis zum 15. September, also auf etwas mehr als einen Monat, befristet. Eine in der Realität völlig wirkungslose Preisüberwachung sollte anschließend den Preisstopp ersetzen. Die Parteien der Linken protestierten heftig gegen die getroffenen und die noch angekündigten Maßnahmen. Die CGT erklärte unmittelbar nach der Abwertung: "Die Regierung begeht einen schweren Fehler, wenn sie sich einbildet, ungestraft böse Schläge gegen die Arbeiterklasse während der Ferien führen zu können. Die Preiserhöhungen, welche die Regierung kürz-

lich beschlossen hat, die Abwertung und die neuen Opfer, die sie ankündigt, lassen einen stürmischen Herbst erwarten. Die CGT wird alle Aktionsmittel, die sie besitzt, nutzen, um diese neue antisoziale Offensive abzuschlagen und die Interessen der Arbeiter zu wahren.¹³⁸⁾

Am 3. September konkretisierte die Regierung die angekündigten Sanierungsmaßnahmen (Plan de Redressement)¹³⁹⁾: Drosselung der privaten Nachfrage nach Konsumgütern durch drastische Kreditbeschränkung, Blockierung von bereits geplanten Staatsausgaben in Höhe von 5,6 Mrd. F insbesondere für staatliche Investitionen im Bereich der öffentlichen Arbeiten, im Verkehrswesen und im Wohnungsbau. Durch diese rezessiven Maßnahmen drohte erneut ein Anstieg der Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig durch die Abwertung verstärkter Inflationstendenz (Stagflation). Wenige Tage darauf legte die Regierung einen "Plan zur Reorganisation der SNCF" (Eisenbahn) vor, demzufolge "unrentable" Strecken eingestellt und auf drastische Weise Arbeitsplätze eingespart werden sollten. Damit waren die Vermutungen der Gewerkschaften über das Wesen der Rationalität der "neuen Gesellschaft" schneller als erwartet bestätigt worden. Das fahrende Personal, dessen Arbeitsbedingungen durch den vorgelegten Plan erheblich verschlechtert werden sollten, legte in weiten Bereichen des Streckennetzes spontan die Arbeit nieder. Erst nach tagelangen Verhandlungen, an denen vorübergehend der gesamte Zugverkehr lahmgelegt war, kam es zu einem Kompromiß zwischen Regierung und Gewerkschaften, bei dem die Erhaltung der Arbeitsbedingungen im wesentlichen gesichert, ein Teil der Stilllegungen aber nicht verhindert werden konnte. Die Gewerkschaften legten die erreichten Verhandlungsergebnisse der Basis zur Abstimmung vor. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte aber nur zögernd. Ähnliche Vorgänge ereigneten sich noch im September bei den staatlichen Pariser Verkehrsbetrieben (Metro und Bus), sowie bei einer Reihe weiterer kommunaler Verkehrsbetriebe.¹⁴⁰⁾ Diese Streiks waren in gewisser Weise charakteristisch für die neu einsetzende Welle von meist kurzfri-

stigen, aber zum Teil sehr militanten Streiks in nahezu allen Bereichen der Wirtschaft.

Die Kampagne zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität, zur Rationalisierung und verstärkten Durchsetzung des Rentabilitätsprinzips, die im Mittelpunkt der Propaganda für die "neue Gesellschaft" stand, hatte in vielen Betrieben eine weitere Intensivierung der Arbeit zur Folge.¹⁴¹⁾

Daher bezogen sich die Streiks im allgemeinen weniger auf globale Lohnforderungen als vielmehr auf die Kontrolle der jeweiligen Arbeitsbedingungen eines Betriebes oder auch nur einer Abteilung.

Wenn es sich bei der vielfach zersplitterten Streikbewegung im Herbst 1969 auch im wesentlichen nur um Abwehraktionen der Arbeiterklasse gegen die unter dem Vorwand der Rationalisierung vorgenommenen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen handelte, so erreichte die Bewegung infolge der Qualität ihrer Aktionsformen und Forderungen, in denen sich die Erfahrungen der Mai-Juni-Bewegung des vorangegangenen Jahres vielfältig widerspiegeln, dennoch ein besonders politisches Niveau.

3.3.3.1 Exkurs: Streiks für Arbeiterkontrolle

Eine gute Übersicht über diese Streikbewegung findet man in einem Aufsatz von Serge Mallet,¹⁴²⁾ aus dem hier einige Auszüge dokumentiert werden:

1. Kontrolle der Entlassungen

Seit Mai 68 sind Einzel- und Massenentlassungen sehr zahlreich. Zum einen versucht der Unternehmer, eine bestimmte Anzahl von "Rädelsführern" loszuwerden, zum anderen läßt er die Arbeiterklasse seine Maßnahmen zur Rationalisierung der Produktion spüren (Stilllegung von Werken, Verminderung der Belegschaft, Konzentrationen und Fusionen, die zur Abschaffung "doppelter Arbeitsplätze" führen).

...

CODER - Metallverarbeitende Industrie - Marseille -
November 1969

Diese Firma praktizierte ein besonderes "selektives" Einstellungsverfahren: vor ihrer endgültigen Einstellung verfügten Arbeiter und Angestellte nur über einen provisorischen Arbeitsvertrag, der während sechs Monaten jeden Monat erneuert werden mußte. 1969 mußten auf diese Weise tausend Arbeiter und Angestellte von insgesamt zweitausend das Werk verlassen, bevor sie einen endgültigen Arbeitsvertrag hatten. Diese Art von Arbeitsverträgen ist beispielhaft für diejenigen Werke (Citroen gibt hierfür das Modell ab), in denen hauptsächlich angelernte Arbeiter beschäftigt sind, und die bewußt eine hohe turnover Rate einkalkulieren.

Mai-Juni 1968 wurde der Streik von einem Arbeitskomitee organisiert, das sich auf die Stadtteilbasisgruppen stützte - der Streik war erfolgreich.

Im November 1969 wurde zwei Arbeitern, die als Rädelsführer galten, ihr Arbeitsvertrag nicht erneuert: massive Arbeitsniederlegung sowohl in den Hallen als auch bei den Angestellten, die dieselben Arbeitsverträge hatten, die sich darüber hinaus aber auch mit den Arbeitern insgesamt solidarisierten; allgemeiner Streik. Erste Forderung: Wiedereinstellung der beiden entlassenen Arbeiter. Zweite Forderung: endgültige Einstellung nach einmonatiger Probezeit. Weitere Forderungen waren Lohnerhöhungen, eine Jahrsprämie u.a. ...

Der Streik dauerte 11 Tage. Er wurde demokratisch von der Basis beschlossen und durchgeführt. Beide Forderungen wurden siegreich durchgesetzt.

...

Die jüngste Epoche wird teilweise von neuen Zügen charakterisiert, die sich im allgemeinen in folgendem äußern: daß die Basis den Streik vor jeglicher Verhandlung beschließt, die Besetzung der Fabriken, die aktive Organisation der Solidarität der benachbarten Unternehmen und eine politische Begründung der Notwendigkeit der Kämpfe.

Manufrance - Waffen und Räder - Saint Etienne

Die spektakulärste Kampfbewegung gegen die Massenentlassung war die bei Manufrance, dem berühmten Waffen- und Räderwerk in Saint-Etienne. Im Anschluß an eine Auseinandersetzung über Löhne und Arbeitsbedingungen der weiblichen Belegschaft besetzten die Arbeiter am 17. November das Werk. Die Direktion antwortete mit der Entlassung von 1.180 Arbeitern und Angestellten von insgesamt 2.400, darunter alle gewerkschaftlichen Vertrauensleute. Nach einem Aufruf der CFDT, der CGT und der FEN wird in allen Werken von Saint-Etienne die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter besetzen die Straßen der Stadt während des ganzen Tages. Auf Druck der anderen Unternehmer von Saint-Etienne und der Stadtverwaltung (die Aktionär von Manufrance ist) sieht sich die Direktion von Manufrance am 4. Dezember gezwungen, nicht nur die Entlassungen rückgängig zu machen und einen Vertrag abzuschließen, der einen Teil der Forderungen der Streikenden erfüllt; die Unternehmensleitung wird auch zu einem wichtigen Schritt nach vorn im Hinblick auf die gewerkschaftlichen Rechte im Betrieb genötigt: Die Erhöhung der Stunden, in denen die Gewerkschaftsvertreter freigestellt sind, Informationsversammlungen der Gewerkschaften im Betrieb, Beitragskassierung und Verkauf der Gewerkschaftszeitungen während der Arbeitszeit und Verwaltung der sozialen Angelegenheiten durch den Betriebsrat.

...

Die Reaktionen der Arbeiter auf Einzel- oder Massenentlassung sind nicht neu und können eigentlich nicht als Aktionen von "Arbeiterkontrolle" angesehen werden. Neu indessen ist die Form, die sie seit Beginn des Jahres 69 angenommen haben: die Arbeiter erzwingen die Weiterbeschäftigung der Entlassenen, und diese betrachten die Entlassung als null und nichtig. Dann legen die Arbeiter die Arbeit nieder und besetzen das Werk, um die Annulierung der Entlassung zu erzwingen. Sie lassen sich nicht auf die Fristen der juristischen Prozedur ein, die zunächst das Ausscheiden des Arbeiters aus dem Betrieb

gerichtlich bestätigt, und durch die jeder Solidarisierungsaktion die Schärfe genommen wird.

Nichtsdestoweniger handelt es sich hier nur um die elementarste Form der im Jahre 69 verzeichneten Aktionen. Die anderen Bewegungen, über die wir berichten, können unter vier hauptkategorien gefaßt werden, die direkt aus dem Begriff der Arbeiterkontrolle hervorgehen, da sie dem Unternehmer das **R e c h t a u f L e i t u n g d e s U n t e r n e h m e n s** streitig machen.

Es handelt sich um die Kontrolle über

- a)lohneinstufung, Qualifikationsbemessung und Verdienstgarantie
- b)Festsetzung der Arbeitsleistung, Ausstoß und Produktivität
- c)die Arbeitsorganisation (Arbeitskarte, Arbeitsplatzbewertung)
- d)die Aufteilung der Arbeitszeit

2. Kontrolle der Lohneinstufung, Qualifikationsbemessung und Verdienstgarantie

Die Ofenmänner bei Peugeot-Sochaux

Sie sind vierzig angelernte Arbeiter. Ihre Arbeit erfordert eine sechsmonatige Anlernzeit im Werk mit theoretischem Unterricht. Sie arbeiten in drei Schichten zu je acht Stunden und müssen samstags, sonntags und an Feiertagen Bereitschaftsdienst leisten. Wie überall in Abteilungen mit Warmverarbeitung arbeiten sie in ungesunder Luft.

November 68: drei ihrer Kollegen, die die Arbeit nicht mehr verrichten können, werden in untere Lohnstufen zurückversetzt. Die Ofenmänner nennen daraufhin ihre Forderungen: Beibehaltung der Lohnstufe in Fällen körperlicher Untauglichkeit, Möglichkeit innerbetrieblichen Arbeitsplatzwechsels nach zehnjähriger Betriebszugehörigkeit ohne Lohneinbuße. Eine entsprechende Petition wird von allen unterzeichnet.

Angesichts der Weigerung der Unternehmensleitung treten

die Ofenmänner in den Streik, nachdem sie sich untereinander und mit den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten abgesprochen haben. Nichtsdestoweniger versehen sie den Wartungsdienst an den Öfen und leeren sie, um Zwischenfälle zu vermeiden.

Die Direktion, die den Zusammenhalt der Streikenden erkennt und fürchtet, daß dieser Streik die gesamte Produktion lahmlegt, willigt schließlich in Verhandlungen ein. Diese werden von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und Delegierten der Streikenden geführt. Die Streikenden selbst verfolgen übrigens von der Kantine aus die Verhandlungen. Die Forderungen werden im wesentlichen erfüllt, insbesondere die Aufhebung der Zurückstufungen.

...

3. Kontrolle der Festsetzung der Arbeitsleistung, des Ausstoßes und der Produktivität

Caterpillar - Produktion landwirtschaftlicher Maschinen - Grenoble

Ende Oktober 69 legen eine Anzahl von Arbeitern die Arbeit nieder, um ihre Arbeitsbedingungen zu verteidigen. Folgendes geschah: Drei Bandarbeiter, die an der "Zuschneidemaschine" arbeiten, an der insgesamt ungefähr zwanzig Arbeiter beschäftigt sind, werden einzeln zum Abteilungsleiter gerufen. Dieser gibt ihnen bekannt, daß sie nicht mehr nur drei, sondern vier Maschinen zu bedienen haben werden, was praktisch darauf hinausliefere, die Arbeitsleistung um ein Drittel zu erhöhen.

Zu ihren Kollegen vom Band zurückgekehrt, informieren sie diese, und nach einer gemeinsamen Besprechung beschließt das Band, eine halbe Stunde vor Feierabend die Arbeit niederzulegen, und ein Informationsblatt zu redigieren, das am nächsten Morgen am Eingang des Werks verteilt werden soll.

Am nächsten Tag ruft der Abteilungsleiter die Bandarbeiter zu sich, damit sie die Gründe ihrer Unzufriedenheit erklären. Eine Liste von Forderungen, an der alle mit-

arbeiten, gibt an, aus welchen Gründen ihre Arbeitsbedingungen schlecht sind. Sie schließt mit einem Gesuch um Anrechnung von verllorener Arbeitszeit, was allerdings im Grunde darauf hinausläuft, das "Bonussystem" in Frage zu stellen. Die Direktion weicht zurück und verspricht, die Probleme innerhalb eines Monats zu überprüfen.

Nach dem Erfolg kann die Arbeit ohne Schwierigkeiten wieder aufgenommen werden. Freilich nicht ganz. Am darauffolgenden Tag werden die Bandarbeiter der Zuschneidemaschine gewahr, daß die Direktion versucht, die Arbeiter der anderen Abteilungen gegen sie aufzubringen. Diese werfen ihnen vor, ihnen geschadet zu haben, weil sie die Gründe für verlorene Arbeitszeit angegeben hätten. Die Bandarbeiter beschließen, diese Manöver der Direktion mit einem Aushang zu beantworten, der von allen Bandarbeitern unterzeichnet ist und der erklärt, daß die anderen Abteilungen nicht für die Arbeitsbedingungen am Band verantwortlich sind. In dem Aushang stellen sie die Unternehmensleitung bloß und versichern die Arbeiter der anderen Abteilungen ihrer Solidarität.

...

Heben wir einige besondere Züge dieser Auseinandersetzung hervor:

- völlige Demokratie an der Basis
- die Weigerung, einen Kompromiß über die Arbeitsleistung auszuhandeln
- die Neutralisierung der Machenschaften der Unternehmensleitung

Es ist ziemlich schwierig, die Probleme der Arbeitsleistung, des Ausstoßes und der Produktivität von denen zu trennen, die mit der Arbeitsorganisation, der Arbeitskontrolle und der Bezahlung verbunden sind. Dennoch haben wir in den folgenden Abschnitten einige Aktionen zusammengestellt, die in der Perspektive einer Arbeiterkontrolle geführt wurden und bei denen uns Forderungen hinsichtlich der Entlohnung im Vordergrund zu stehen schienen.

4. Kontrolle über die Arbeitskarten, die Arbeitsplatzbewertung und die Löhne

SCAL - GP - Proses-Chemie - Isère

600 Stundenlöhner der Aluminiumverarbeitung. Die Kämpfe im Mai waren außerordentlich hart. Das Werk war eines der letzten, in denen die Arbeit wiederaufgenommen wurde.

Die Errungenschaften vom Mai werden durch eine neue Unternehmensleitung in Frage gestellt: Arbeitszeit und Urlaub, Arbeitsplatzwechsel ohne Lohnausgleich, Reorganisation der Arbeit an den einzelnen Arbeitsplätzen zur Erhöhung der Arbeitsleistung, Angleichung der Löhne an die anderen Unternehmen des Trusts. Am 10. Januar unbefristeter Streik. Am 23. Januar Besetzung des Werks durch die Arbeiter, die dadurch auf ein Manöver, eine Minderheit von Gehaltsempfängern gegen den Streik einzusetzen, beantworteten.

Bereits Anfang Januar hatten die Arbeiter der Instandhaltung und einiger anderer Abteilungen spontan beschlossen, die Arbeitskarten, anhand derer die Werkmeister die geleistete Arbeit kontrollieren können, nicht mehr abzugeben. Am 12. Januar begannen vereinzelte Arbeitsniederlegungen und am 16. Januar streikten die Instandhaltungsarbeiter.

Folgendes ist hervorzuheben:

- die Kontrolle über die Arbeitskarten
- die Demokratie an der Basis
- der Zusammenstoß mit der Unternehmensleitung, der zur Besetzung des Werks führt.

...

Renault - Le Mans

In der Abteilung GG werden die Hinter- und Vordergestelle der R4, R6 und R16 montiert. Im Februar bricht der Kampf gegen die Arbeitsplatzbewertung aus. Die außerordentliche Unterschiedlichkeit der Bewertungskriterien hatte zu einer Spaltung der Arbeiter geführt.

Dieser spontane Streik bedrohte die anderen Renault-Werke mit technisch bedingter Arbeitslosigkeit. Gegen diesen Streik hat die Direktion die leitenden Angestellten mobilisiert, das Gericht angerufen, die Streikenden zu Hause aufgesucht. Das Spiel geht unentschieden aus: die Verhandlungen beginnen ohne irgendwelche Sanktionen. Im Dezember aber wird der Kampf unter anderen Bedingungen wiederaufgenommen werden.

Renault - Cléon

September 69: die Arbeitsbedingungen und die Manipulationen mit dem Entlohnungssystem sind der Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen-

Drei Typen der Aktion:

- bei Erscheinen des Zeitnehmers wird die Arbeit eingestellt
- wenn die Abteilung nicht voll besetzt ist, wird der Ausstoß entsprechend reduziert
- bei Modernisierung der Ausstattung wird die Arbeitszeit durch Vorverlegung des Feierabends gekürzt.

Zu gleicher Zeit bilden sich Kommissionen zur Überprüfung des Entlohnungssystems, die Arbeiter beschließen gemeinsam, ihren Lohnstreifen öffentlich auszuhängen.

Im Verlauf der folgenden Verhandlungen verbinden sich die Vertreter der kämpfenden Arbeiter mit den Gewerkschaften.

...

5. Kontrolle der Arbeitszeit

EDF (Elektrizitätswerk) - Rennes

März 69: nach einer Betriebsversammlung entschließen sich die Arbeiter des Elektrizitätswerkes, eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen. Sie verlassen jeden Tag 12 Minuten eher die Arbeit.

Von Rennes aus breitet sich die Aktion nach Saint-Brieuc und andere Werke Westfrankreichs aus.

Bei diesen Aktionen ist festzuhalten:

- daß die Entscheidungen in den Betriebsversammlungen gefällt wurden
- der Bruch mit den klassischen Aktionsformen vor dem Mai 68
- die direkte Auseinandersetzung mit der Direktion, die sich anschickt, bei der nächsten Lohnauszahlung die Löhne zu kürzen.

...

Der Kampf um Arbeiterkontrolle offenbart in den traditionelleren Bereichen der Wirtschaft und des Dienstleistungssektors einen eher defensiven Charakter. Der Kampf gegen den höllischen Arbeitsrhythmus, für Sicherheit am Arbeitsplatz, um die Arbeitszeit und um die Berechnung der Lohnstufen mündet nicht direkt in eine Kontrolle der Unternehmensführung ein, aber er lehrt die Arbeiter, die Normen der Ausbeutung durch die Unternehmer, die in diesen Sektoren am drückendsten sind, nicht mehr als gegeben hinzunehmen.

Die Streikaktionen um die verschiedensten Teilaspekte der Arbeiterkontrolle erreichten im Herbst 1969 einen vorläufigen Höhepunkt, sie wurden aber auch in den beiden folgenden Jahren fortgesetzt.

Seit den Mai-Juni-Ereignissen von 1968 stellen diese Aktionen ein wesentliches Moment des Klassenkampfes auf betrieblicher Ebene dar.

3.3.3.2 Neue Formen staatlich-unternehmerischer Lohnpolitik und die Bedrohung des Streikrechts

Die mit dem "Sanierungsplan" von 1969 eingeleitete Mobilisierung aller materiellen und ideologischen Ressourcen zur Steigerung von Produktivität und Rentabilität der Unternehmer auf Kosten der Lohnabhängigen bildete auch die Leitlinie der staatlichen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Nur durch verstärkte Orientierung aller Ausgaben an den Kriterien der Rentabilität des monopolisierten Großkapitals hoffte man, der sich stets ver-

schärfenden internationalen Konkurrenz begegnen zu können und die im VI. Plan vorgesehenen industriellen Wachstumsraten von 7% auf 8% jährlich zu erreichen.¹⁴³⁾

1. Versuche zur Integration der Gewerkschaften

Dazu sah das Programm der "neuen Gesellschaft" die "aktive Mitarbeit der Gewerkschaften an der permanenten Konzentrierung der ökonomischen Interessen" vor. Bisher waren allerdings alle Versuche zur Integration der Gewerkschaften in das bestehende System der Kapitalverwertung an der klassenbewußten Haltung der großen Gewerkschaften gescheitert.¹⁴⁴⁾ Die Regierung versuchte nun verstärkt, diesen Widerstand durch eine pseudo-fortschrittliche, technokratische Ideologie und Politik zu brechen.¹⁴⁵⁾ Ihr wichtigstes Ziel bestand zunächst darin, die anhaltende Streikaktivität zu beenden. Die Angriffe von Unternehmern und Staat auf das Streikrecht standen daher im Winter 1969/70 im Mittelpunkt der Klassenauseinandersetzungen.

Seit Gründung der IV. Republik im Jahre 1946 ist das Streikrecht in Frankreich für Arbeiter, Angestellte und Beamte verfassungsmäßig garantiert.¹⁴⁶⁾ Zwar gab es wiederholt Versuche zur Einschränkung dieses fundamentalen Rechts der Arbeiterbewegung, insbesondere durch die Rechtsprechung und einzelnen Gesetze, so z.B. die seit 1963 geltende fünftägige Vorankündigungsfrist für Streiks im öffentlichen Dienst; die Realität der Klassenkämpfe hat aber die meisten dieser Einschränkungen beiseite gefegt. Seit 1968 wird auch die fünftägige Vorankündigungsfrist in der Regel nicht mehr eingehalten. Da das französische Arbeitsrecht keine "Friedenspflicht" kennt, sind die zwischen Gewerkschaften und Unternehmern bzw. Staat abgeschlossenen "kollektiven Vereinbarungen" jederzeit kündbar. Die traditionell geringe Verhandlungsbereitschaft der französischen Unternehmer hat dazu geführt, daß der Kündigung meist durch einen Streik erst der

entsprechende Nachdruck verliehen werden muß.¹⁴⁷⁾

Gegen diese Praxis wandte sich auf dem Höhepunkt der Streikwelle im Oktober 1969 der Vizepräsident des Unternehmerverbandes: "Die große Schwäche unseres französischen Systems der kollektiven Vereinbarungen besteht darin, daß es nicht auf Gegenleistung beruht. Meistens gibt es für die Gewerkschaften keine wirklichen Verpflichtungen."¹⁴⁸⁾ Mit diesen vorsichtigen Formulierungen war der erste Schritt zur Einschränkung des Streikrechts angedeutet.

Durch einen Mustervertrag im verstaatlichten Sektor sollten die Gewerkschaften der Einschränkung des Streikrechts zustimmen und das Prinzip einer Verknüpfung der Lohnentwicklung mit dem Produktivitätsfortschritt anerkennen.¹⁴⁹⁾

Bei den Lohnverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der verstaatlichten Elektrizitäts- und Gasgesellschaft EGF, verweigerte die Regierung im Oktober und November zunächst jedes Zugeständnis und zwang damit die Gewerkschaften zu harten Kampfmaßnahmen, bei denen vorübergehend bis auf einen Notdienst, die gesamte Strom- und Gasversorgung unterbrochen war. Als Ende November eine plötzliche Kältewelle einbrach, beendeten die Gewerkschaften den Streik, ohne auf ihre Forderungen zu verzichten. Die Regierung nutzte den partiellen Rückzug zu einer harten Attacke gegen die Gewerkschaften und insbesondere gegen die CGT, die auf ihrem gleichzeitig stattfindenden 37. Kongreß dem Programm der "neuen Gesellschaft" einen entschiedenen Kampf angesagt hatte.¹⁵⁰⁾

In einer Rundfunk- und Fernsehrede verurteilte Chabandemas den Streik als ungerechtfertigt und bezichtigte die CGT der "Subversion mit allen Mitteln", die Regierung lasse sich aber nicht einschüchtern, sondern erhalte ihre Gesprächsbereitschaft aufrecht. Alle beteiligten Gewerkschaften wiesen diese Angriffe zurück und verlangten von der Regierung die Aufgabe ihrer Verzögerungstaktik. Erst daraufhin unterbreitete die Regierung den längst vorbereiteten Text einer Vereinbarung, die sie als "Fortschrittsvertrag" (Contrat de Progrès) bezeichnete. In ihr

war die Entwicklung der Lohnsumme durch eine komplizierte Formel an das Wachstum des Bruttoinlandprodukts und des Unternehmensumsatzes geknüpft.¹⁵¹⁾ Der Vertrag sollte eine Laufzeit von zwei Jahren haben und während dieser Zeit nur mit einer Frist von drei Monaten kündbar sein. Innerhalb der Kündigungsfrist sollte auf jede Streikaktion verzichtet und stattdessen ein Schiedsgericht angehört werden.

Die Gewerkschaften CFDT und FO sowie zwei weitere kleinere Gewerkschaften unterschrieben am 10. Dezember 1969 den Vertrag, weil er bei günstiger Konjunktur nicht unerhebliche Lohnverbesserungen versprach. Die CGT verweigerte dagegen die Unterschrift und forderte eine Zurücknahme der Streiksperrklausel.

Trotz des Widerstandes der CGT verkündete Chaban-Delmas "Die Gewerkschaften haben sich verpflichtet, zwei Jahre lang jeden Konflikt über die im Vertrag behandelten Themen zu vermeiden. Es wird also zwei Jahre lang keinen Streik mehr geben bei der Electricité et Gaz de France. Das ist eine Revolution, ohne alles zu zerschlagen und ohne Blutvergießen".¹⁵²⁾

2. Das Scheitern der Integrationsstrategie

Daraufhin entschloß sich die CGT zu einer demonstrativen Befragung aller Belegschaftsmitglieder der EGF.¹⁵³⁾

Das Ziel der Aktion beschrieb sie wie folgt: "Die Befragung vom 14. Januar ist eine demokratische Gewerkschaftsaktion, um einen Versuch der Klassenkollaboration zum Scheitern zu bringen."¹⁵⁴⁾ Das Ergebnis war eindeutig: von den 75.545 abgegebenen Stimmen sprachen sich 68.762 für die Ablehnung des Vertrages aus.¹⁵⁵⁾ Zwar hatten sich nur rund 60% aller Beschäftigten an der Abstimmung beteiligt, dennoch waren es mehr als 55%, die den Vertrag ausdrücklich ablehnten. Die "unblutige Konterrevolution des Chaban-Delmas", wie der Angriff auf das Streikrecht von der CGT genannt wurde, war gescheitert.

Die Ablehnung des Vertrages durch die Basis war von erheblicher Bedeutung für die weitere Politik der kollektiven Vereinbarungen (*politique contractuelle*). Keine Gewerkschaft lehnte im Prinzip kollektive Vereinbarungen mit den Unternehmern oder dem Staat ab. Gerade die CGT hatte immer den "Pilot"-Charakter, d.h. das Vorbild, der sozialen Errungenschaften im verstaatlichten Sektor betont. Sie erklärte sich deshalb zu neuen Verhandlungen bereit. Nach der faktischen Suspendierung der Streiksperrklausel konzentrierten sich ihre Bemühungen auf die Durchsetzung der "gleitenden Lohnskala" zur Abwehr des Kaufkraftverlustes.

Allerdings war dazu die Aktionseinheit mindestens mit der CFDT erforderlich, die aber zunächst noch zögerte, den von ihr erst kurz zuvor unterzeichneten Vertrag in Frage zu stellen.

Das Verhältnis zwischen den beiden größten Gewerkschaften CGT und CFDT hatte sich seit den offenen Differenzen im Mai-Juni 1968 nur sehr langsam verbessert und war durch die Ereignisse bei der EDF eher wieder etwas abgekühlt. Erst als sich die CFDT auf ihrem 35. Kongreß im Mai 1970 eindeutig von jeder sozialpartnerschaftlichen Konzeption des Gewerkschaftskampfes distanzierte und sich für eine sozialistische Gesellschaftsordnung ausgesprochen hatte,¹⁵⁶⁾ näherten sich die beiden Gewerkschaftszentralen wieder an.

Im Herbst 1970 zog die CFDT eine erste Bilanz des Vertrages.¹⁵⁷⁾ Demnach würden die Lohnerhöhungen 1970, einem Jahr relativ günstiger Konjunktur, etwa 8% betragen. Bei einem Anstieg der Lebenshaltungskosten von rund 5% bis 6% (nach dem offiziellen Index) würde eine Brutto-Reallohnerhöhung von 2% bis 3% übrigbleiben. Die Schwäche des Vertrages war offenkundig, er enthielt keine Garantie gegen die Inflation. Die CFDT schloß sich daraufhin in modifizierter Form den Forderungen der CGT an: Dem Vertrag sollte eine Garantieklausel hinzugefügt werden, wonach die jährliche Reallohnsteigerung nicht unter 3% sinken dürfe; die dreimonatige Kündigungsfrist

sollte auch formell aufgehoben werden.

Die Integrationsstrategie der Regierung scheiterte endgültig zu Beginn des Jahres 1971, als sie gezwungen wurde, auf einen ähnlichen Vertrag für die Eisenbahner zu verzichten.¹⁵⁸⁾ Stattdessen wurde ein Vertrag ausgehandelt, der innerhalb eines Jahres Lohnerhöhungen von 6% bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde erbrachte. Der Vertragstext enthält weder eine Einschränkung des Streikrechts noch eine Bezugnahme auf den Produktivitätsfortschritt oder gar den Umsatz, so daß die Lohnabhängigen in einen Gegensatz zu den Verbrauchern geraten.

Als wichtigste Errungenschaft wurde von der CGT die Durchsetzung des Prinzips der "gleitenden Lohnskala" angesehen. Durch die Verknüpfung des Nominallohnes mit dem Lebenshaltungsindex garantiert der Vertrag eine Erhöhung des Reallohnes von mindestens 2%. Wenn die Lebenshaltungskosten um mehr als 4% ansteigen, erfolgt eine monatliche Anpassung der Löhne an die weitere Preisentwicklung.

Nach Abschluß des Vertrages mit der SNCF (Eisenbahn) forderten die Gewerkschaften eine sofortige Revision des EGF-Vertrages. Drei Wochen später wurde dessen Streiksperrklausel formell zurückgenommen und nach dem Vorbild des Vertrages mit der SNCF eine 2,5%ige Reallohnsteigerung garantiert.

3.3.4 Bilanz im Jahre 1970

Nach der offiziellen Streikstatistik war 1970 mit rund 1,7 Mill. Streiktagen¹⁵⁹⁾ ein Jahr des "sozialen Friedens". Die Statistik enthält allerdings nicht die Streiktage im öffentlichen Dienst. Es wird geschätzt, daß allein die Postbediensteten 1970 über 500.000 Tage gestreikt haben. Darüber hinaus ist offenkundig, daß spätestens seit 1968 die Zahl der offiziell registrierten Streiktage ein immer weniger brauchbarer Gradmesser für das

Niveau und die Heftigkeit der Klassenauseinandersetzungen darstellt.¹⁶⁰⁾ Tatsächlich sind zahlreiche neue Streikformen, wie sie weiter oben dokumentiert wurden, kaum noch statistisch erfaßbar. Die Tendenz zur "Optimierung" der Streikaktionen ist ein besonderes Kennzeichen der letzten Jahre. Die Taktik der "rollenden Streiks", d.h. der planmäßigen, sukzessiven Arbeitsniederlegung kleinerer Arbeitskollektive in produktionstechnischen Schlüsselstellungen, ermöglicht eine empfindliche Störung der Kapitalinteressen bei relativ geringen Lohneinbußen für die Arbeiter.¹⁶¹⁾ Trotz dieser Einschränkungen des Werts der Streikstatistik waren die Klassenkämpfe 1970 insgesamt dennoch weniger heftig als in den beiden vorangegangenen Jahren.

3.3.4.1 Entwicklung der Reallöhne

Hier eine Übersicht über die Entwicklung des durchschnittlichen Bruttostundenlohnes der Arbeiter von April 1968 bis Juli 1970

	Nominal- lohn Index	Lebenshaltungs- kostenindex		Lohnindex zu Konstant-Preisen v. April 1968	
		Amtl. Index	CGT- Index	Amtl. Index	CGT- Index
April 1968	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Juli 1968	110,3	101,0	102,0	109,2	107,9
April 1969	116,0	106,3	108,1	109,1	107,3
April 1970	127,7	112,3	116,3	113,7	109,8
Juli 1970	130,8	114,0	118,3	114,7	110,6

Quelle: Henri Nolleau, Données sur l'évolution du pouvoir d'achat des ouvriers, depuis 1968, Economie et Politique No. 196/7 Nov/Dec. 1970

Real hatte sich also der durchschnittliche Brutto-Stundenlohn des französischen Arbeiters unmittelbar nach den Mai-Juni-Streiks um 9,2% (7,9% nach dem CGT-Index) erhöht. In den beiden darauffolgenden Jahren betrug die Steigerung trotz zahlreicher Streikaktionen zusammen nur noch 5,5% (nach dem realistischen CGT-Index sogar nur 2,7%). Hinzu kommt, daß der Index der Bruttostundenlöhne, der vom Arbeitsministerium herausgegeben wird, die wirklichen Einkommensverhältnisse der Arbeiter verzerrt. Ein exakteres Maß für die Entwicklung des Lebensniveaus der Arbeiter ergibt die Veränderung des realen, d.h. des um die Steigerung des Lebenshaltungskosten bereinigten Netto-Monatslohnes. Dabei ergibt sich, daß zunächst die Verkürzung der Arbeitszeit um effektiv eine Stunde wöchentlich oder 4,3 Stunden im monatlichen Durchschnitt berücksichtigt werden muß. Vom Brutto-Monatslohn sind die Lohnsteuer und die Sozialversicherungsbeiträge abzuziehen und die Familienzulagen hinzuzuzählen. Infolge der Steuerprogression und des Sinkens der Kaufkraft der Familienzulagen (für Familien mit 2 Kindern nach dem amtlichen Index - 10,1%, nach dem CGT - Index - 13,4%) ergibt sich nach den Berechnungen von Henri Nolleau Juli 1970 eine knappe Behauptung des Niveaus vom Juli 1968:

Entwicklung des durchschnittlichen monatlichen Nettolohnes zu konstanten Preisen zwischen Juli 1968 und Juli 1970

Lebenshaltungs- Kostenindex	Lohnzone	Ledig	Fam.mit 2 Kindern	Fam. mit 5 Kindern
Amtlicher Index	Zone 4%	+ 3,4%	+ 2,6%	- 0,6%
	Zone 0%	+ 1,6%	+ 1,3%	- 1,2%
CGT - Index	Zone 4%	+ 0,8%	+ 0,1%	- 3,0%
	Zone 0%	- 0,9%	- 1,2%	- 3,6%

Zone 0% = Region Paris

Zone 4% entspricht etwa dem Durchschnitt Frankreichs

Quelle: ebenda

3.3.4.2 Sonstige Arbeits- und Lebensbedingungen

Freilich konnte die Masse der französischen Lohnabhängigen dennoch eine gewisse Verbesserung ihrer sozial-ökonomischen Lage erreichen. Neben der bereits erwähnten effektiven Arbeitszeitverkürzung um durchschnittlich eine Stunde wöchentlich waren Regierung und Unternehmer zu weiteren Zugeständnissen gezwungen worden. Die verschiedenen Reformen der Jahre 1969 und 1970 werden von den Arbeitsorganisationen aber sehr differenziert beurteilt.¹⁶²⁾

Zu den eindeutigen Verbesserungen werden im allgemeinen gerechnet:

1. Die Ausdehnung der Gewerkschaftsrechte im Betrieb (vgl. S. 210 ff).
2. Das Abkommen zur Erhöhung der Arbeitsplatzsicherung vom 10. Februar 1969 (vgl. S. 218), das 1970 durch zusätzliche Vereinbarungen für Landarbeiter, für Metall- und Chemiearbeiter fortentwickelt wurde;
3. die Umgestaltung des gesetzlichen Mindestlohnes zu einem Mindestwachstumslohn, entsprechend dem Zuwachs des Brutto-Inlandsprodukts mit einer Kaufkraftgarantieklausel. Mit der Einführung der "gleitenden Lohnskala" für den Mindestlohn ab 1.1.1970 ist die alte gewerkschaftliche Forderung nach einem Mindestreallohn wenigstens im Prinzip erfüllt;
4. der Abschluß von über 50 Betriebsvereinbarungen mit einer Kaufkraftgarantieklausel ähnlich dem SNCF-Vertrag für knapp 1,5 Millionen Lohnabhängige;
5. die schrittweise Einführung des Monatslohns für Arbeiter mit einer entsprechenden Annäherung an den Angestelltenstatus (sechswöchige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Verlängerung der Kündigungsfrist);
6. das Abkommen über einen zusätzlichen jährlichen Bildungsurlaub von 2 Wochen für alle Lohnabhängigen, dessen Einzelheiten aber noch weitgehend unbefriedigend sind.

Eindeutig abgelehnt werden dagegen von den großen Gewerkschaften CGT und CFDT, und mit gewissen Nuancierungen auch von der FO, diejenigen Reformen, die lediglich als ideologische Aushängeschilder der "neuen Gesellschaft" angesehen werden. Dazu zählen alle Formen der Gewinnbeteiligung nach dem Participations-Gesetz von 1967 (gegenwärtig erhalten rund 2,1 Millionen Lohnabhängige eine durchschnittliche Jahresprämie von 353 F)¹⁶³⁾ und das auf ähnlichen Klassenkollaborationsvorstellungen beruhende Gesetz zur Aktienverteilung an die Arbeiter (l'actionariat ouvrier), wie es z.B. bei Renault gegen den Widerstand der Arbeiter eingeführt wurde.

3.3.4.3 Exkurs: "L'ouvrier français en 1970 - Ergebnisse einer Untersuchung des politischen Bewußtseins der französischen Arbeiter

Vorbemerkung

Die politischen Ereignisse der Jahre 1968 und 1969 in Frankreich haben die in den vorangegangenen Jahren relativer Konfliktfreiheit gewachsene Überzeugung der maßgeblichen bürgerlichen Politiker, Publizisten und Sozialwissenschaftler, und selbst scharfer Kritiker des Systems,¹⁶⁴⁾ daß die ökonomische und gesellschaftliche Krisenanfälligkeit in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern kontinuierlich zurückgehen werde, die Arbeiterklasse integriert sei und damit der Klassenkampf in diesen Ländern endgültig der Vergangenheit angehöre, gründlich erschüttert.

Während die bürgerlichen Politiker öffentlich weiterhin ihr Vertrauen in die Zukunft des bestehenden Gesellschafts-systems bekundeten, das es nur zu reformieren bzw. anzupassen gelte, und dazu stets neue ideologische Leitbilder propagierten, schwankten nicht wenige Publizisten zwischen einer kritiklosen Apologie des Bestehenden und einer emphatischen Beschwörung des "Ganz anderen".¹⁶⁵⁾ Die in Wirklichkeit wachsende Unsicherheit der ökonomisch,

politisch und ideologisch herrschenden Klasse fand ihren unmittelbaren Niederschlag in einer sprunghaften Steigerung der finanziellen Förderung der empirischen Soziologie und Politikwissenschaft zur Erforschung des politischen Potentials der Arbeiterklasse.¹⁶⁶⁾ Die sozialwissenschaftliche Forschung wurde damit, zumeist unabhängig vom Willen und zum Teil auch vom Bewußtsein der Wissenschaftler selbst, in steigendem Maße zu einem Instrument der Manipulation und der Herrschaftssicherung. Freilich erweist sich dieses Instrument immer mehr als zweischneidig: Die Eignung zur Manipulation hängt wesentlich von der Qualität der Untersuchung ab; in dem Maße aber wie die offizielle empirische Sozialforschung die realen gesellschaftlichen Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse, wenngleich innerhalb der Schranken bürgerlicher "Objektivität", darstellt, ihr konkretes Verhalten analysiert und Prognosen für die Zukunft formuliert, vermag eine auch intellektuell offensive Arbeiterbewegung diese Ergebnisse aufzugreifen und mit den wissenschaftlichen Methoden und Erkenntnissen der materialistischen Gesellschaftstheorie zu interpretieren und damit möglicherweise wertvolle Erkenntnisse über sich selbst zu gewinnen.¹⁶⁷⁾

In diesem Sinne gewinnt gerade die in Frankreich relativ weit entwickelte Arbeitssoziologie einen spezifischen Doppelcharakter, zumal nicht wenige der französischen Sozialwissenschaftler sich den Positionen der Arbeiterklasse annähern oder sich sogar der Arbeiterbewegung anschließen.¹⁶⁸⁾

Die Untersuchung "L'ouvrier français en 1970" gehört zweifellos nicht zu den fortschrittlichsten Projekten dieser Art, sie entspricht, mehr als die weiter oben dokumentierten Arbeiten, der traditionellen Form empirischer Sozialforschung,¹⁶⁹⁾ sie ist wesentlich "objektivistischer", ihre Ergebnisse sind dadurch, wenn auch in einem reduzierten, abstrakt-statistischen Sinne, "allgemeingültiger", zugleich aber auch konkreter, auf bestimmte historische Ereignisse, gesellschaftliche Institutionen und bestimmte

Strategien bezogen und daher von unmittelbar politischem Interesse.

Wir können hier aus der ungewöhnlich materialreichen Studie¹⁷⁰⁾ nur wenige Ergebnisse dokumentieren, die vor allem hinsichtlich der Einstellung zu den Gewerkschaften und zum Teil auch zu den politischen Parteien von Bedeutung sind.

Freilich ist darauf hinzuweisen, daß wesentliche Fragen zur Strategie der Arbeiterbewegung, vor allem was ihre politische und ideologische Dimension betrifft (Fragen nach der politischen Macht, dem politischen Bündnis der Linken, der gemeinsamen Programmatik, zur Einschätzung des Kapitalismus bzw. Sozialismus usw.) entweder nicht gestellt oder bisher nicht veröffentlicht¹⁷¹⁾ worden sind, so daß der Wert der Untersuchung für die Arbeiterbewegung in dem oben angedeuteten Sinne notwendigerweise beschränkt bleibt.

Die Untersuchung wurde im Sommer 1969, unmittelbar nach der Präsidentschaftswahl, im Rahmen des "Centre d'Etude de la Vie Politique" von G. Adam, F. Bon, J. Capdevielle und R. Mouriaux ausgearbeitet und vom halbamtlichen "Institut français d'opinion publique" (IFOP) organisatorisch und rechnerisch durchgeführt.

1. Allgemeine Fragen zur gewerkschaftlichen und politischen Orientierung (Gesamtheit der Befragten)

- Sind Sie gegenwärtig gewerkschaftlich organisiert und wenn ja in welcher Organisation? - Im Falle betrieblicher Wahlen (Unternehmenskomitee usw. -WG) stimmen Sie eher für die Liste der

CGT	224	CGT	356
CFDT	57	CFDT	98
F O	26	F O	88
Nicht organisiert	758	Autonome	116
		Nicht-Gewerkschaften	119
		Enthaltung	176
		Ohne Antwort	137

- Welcher Partei fühlen Sie sich normalerweise am nächsten? - Für welchen Kandidaten haben Sie im ersten Wahlgang zur Präsidentschaftswahl gestimmt?

Ohne Antwort	343 (31%)	Ohne Antwort	389 (35%)
PCF	213 (19%)	Defferre (SFIO)	49 (4%)
Nicht-kommunistische Linke (SFIO, PSU)	183 (17%)	Ducatel (Extr. Rechte)	7 (1%)
Linke, Arbeiterpartei	50 (4%)	Duclos (PCF)	234 (21%)
Radikale, Zentrum, MRP	128 (11%)	Krivine (Trotzkist)	10 (1%)
Gaullisten, Konservative	148 (14%)	Poher (Zentrum)	151 (14%)
Rechte, Extreme Rechte	51 (4%)	Pompidou	245 (22%)
		Rocard (PSU)	31 (3%)

2. Profil der Gewerkschaftsmitglieder

a) Sozio-professionelle Merkmale (in % je Kolonne)

	CGT	CFDT	F O	Nicht or- ganisiert	gesamt
Geschlecht:					
- männlich	82	86	92	79	81
weiblich	18	14	8	21	19
Altersgruppe:					
15 - 19 Jahre	1	4	8	8	6
20 - 24	13	7	8	13	12
25 - 34	21	25	23	28	26
35 - 49	44	44	42	32	36
50 und mehr	21	21	19	19	20
Einkommen:					
Ohne Antwort	6	5	0	7	6
Unter 800 Francs	5	5	12	8	7
800 - 999	14	11	4	10	11
1000 - 1249	19	12	23	18	18
1250 - 1499	20	28	12	19	19
1500 - 1749	19	18	42	19	19
1750 - 2499	13	18	8	14	15
2500 und mehr	3	4	0	6	5
Qualifikationen:					
Hilfsarbeiter	13	12	15	17	16
Angelernt (O.S.)	31	40	54	32	32
Facharbeiter (O.P.)	47	42	23	38	40
Meister, Techniker	8	5	8	13	12
Betriebsgröße (nach Beschäftigten):					
Weniger als 10	3	4	15	17	13
10 - 49	12	7	19	25	21
50 - 99	13	7	0	12	11
100 - 199	13	12	19	12	12
200 - 499	26	21	12	15	18

	CGT	CFDT	F O	Nicht or- ganisiert	gesamt
500 - 999	11	16	8	7	9
1000 - 1999	13	17	12	6	8
2000 und mehr	9	16	15	6	8

Industriezweige:

Verschiedene	4	4	15	4	5
Bergbau	1	2	0	2	2
Bau, öffentl.Arbeiten	12	11	8	22	19
Chemie	13	12	8	8	9
Metall	35	35	19	27	29
Lebensmittel	5	5	8	7	7
Textil	14	16	12	16	15
Holz, Papier	3	2	8	6	5
Transport	8	5	19	6	7
Wasser, Gas, Elektr.	4	9	4	2	2

Gemeindegröße:

Ländlich	12	9	15	15	14
bis zu 20.000 Einw.	18	18	8	16	14
20.000 - 100.000	23	21	19	20	21
mehr als 100.000	29	46	35	29	31
Region Paris	26	7	23	21	21

Anmerkungen zur Interpretation:

Männliche Arbeiter sind eher gewerkschaftlich organisiert als weibliche, allerdings ist die männliche Überproportion in der CGT weit geringer als in den beiden anderen Gewerkschaften.

Jugendliche Arbeiter (15 - 19 Jahre) sind geringer organisiert als die übrigen, auffallend der geringe Anteil der Jugendlichen bei den CGT-Mitgliedern (nur 1% der Mitglieder!).

Die niedrigste und die höchste Einkommensgruppe sind seltener gewerkschaftlich organisiert als die übrigen.

Hilfsarbeiter sowie Meister und Techniker weisen einen niedrigen Organisationsgrad auf als Angelernte und Facharbeiter.

Auffallend der hohe Anteil der Facharbeiter in der CGT und der Angelernten in CFDT und vor allem FO.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad wächst mit der Betriebsgröße. Überraschend der hohe Anteil der CFDT- bzw. FO-Mitglieder aus Großbetrieben (über 2.000 Beschäftigte).

Mehr als ein Drittel aller Mitglieder der CGT bzw. CFDT (je 35%) sind in der Metallindustrie beschäftigt. Auch die Chemie-Industrie ist überdurchschnittlich organisiert. Auffallend der hohe Anteil des Transportgewerbes in der FO (vermutlich bei der Bahn, den öffentlichen Verkehrsmitteln). Insgesamt niedriger Organisationsgrad im Baugewerbe.

Auf dem Lande niedrigerer Organisationsgrad als in den Städten. Auffallend der hohe Anteil der CFDT- bzw. FO-Mitglieder aus Großstädten über 100.000 Einwohnern. Die Hochburg der CGT ist die Region Paris. Nicht weniger als 26% aller CGT-Mitglieder kommen aus der Region Paris.

b) Zugehörigkeitsgefühl und Aktivität der Gewerkschaftsmitglieder

	CGT	CFDT	FO	nicht organisiert	insges.
Wahlabsicht bei den betrieblichen Wahlen					
Ohne Antwort	4	2	4	15	12
CGT	83	5	8	20	32
CFDT	2	84	0	6	9
F O	1	2	77	8	8
CFTC	0	5	0	3	2
Autonome	4	0	8	11	10
Nicht-Gewerkschaften	3	0	4	14	11
Enthaltungen	3	2	0	22	16

Zahl der bezahlten Monatsbeiträge im Jahre 1968	CGT	CFDT	FO	nicht or- ganisiert	insges.
Ohne Antwort	14	9	15		
1 - 3	3	2	4		
4 - 6	9	18	15		
7 - 9	9	18	4		
10 - 12	66	54	62		

Bisherige Teilnahme an Gewerkschaftsaktivitäten

Flugblätter ver- teilen, Zettel kleben usw.	CGT	CFDT	FO	nicht or- ganisiert	insges.
Ohne Antwort	1	0	0	1	2
Ja	17	12	19	5	8
Nein	82	88	81	94	90
Streikposten					
Ohne Antwort	1	0	0	2	2
Ja	48	47	38	13	23
Nein	51	53	62	86	76
Delegation zum Unternehmer					
Ohne Antwort	0	0	0	1	1
Ja	37	32	31	13	20
Nein	63	68	69	86	78

Bisher ausgeübte Gewerkschaftsfunktionen

Belegschafts- delegierter					
Ohne Antwort	1	0	0	2	2
Ja	21	25	19	6	11
Nein	78	75	81	92	87

Gewerkschafts- delegierter (Vertrauensmann)	CGT	CFDT	FO	nicht or- ganisiert	insges.
Ohne Antwort	2	2	4	3	3
Ja	15	14	15	4	7
Nein	83	84	81	94	90

Diskussion von Flugblättern usw.

Nehmen Sie an solchen Diskussionen teil?

Ohne Antwort	6	2	4	18	14
Fast immer	52	49	42	19	28
Manchmal	22	28	12	20	21
Selten oder nie	20	21	42	43	37

Diskutieren Sie darüber zu Hause?

Ohne Antwort	7	2	4	18	14
Fast immer	29	26	42	16	20
Manchmal	20	28	12	19	20
Selten oder nie	46	44	42	47	47

Teilnahme an einer Gewerkschaftsversammlung

Ohne Antwort	1	0	0	3	2
In den letzten 14 Tg.	14	19	15	1	5
Im letzten Monat	15	16	15	1	5
In d. letzt. 3 Monat.	21	19	19	2	8
Im letzt. halb. Jahr	8	11	8	2	4
Im letzt. Jahr	8	11	4	3	5
länger	13	9	19	17	16
niemals teilgenommen	20	16	19	71	55

Anmerkungen zur Interpretation:

Die Gewerkschaftsmitglieder wählen mit großer Mehrheit auch ihre jeweilige Gewerkschaftsliste (geringerer Anteil bei der FO). Jeder fünfte Nicht-organisierte wählt CGT.

2/3 der CGT-Mitglieder zahlt 10 - 12 Monatsbeiträge im Jahr, etwas geringer ist die Beitragsmoral bei der FO und deutlich

geringer bei der CFDT.

Naturgemäß nehmen die Gewerkschaftsmitglieder häufiger an den Gewerkschaftsaktivitäten teil als Nichtorganisierte. Unterschiede zwischen den Gewerkschaften sind geringfügig. Immerhin haben schon jeweils 13% der Nichtorganisierten Streikposten gestanden und an einer Delegation zum Unternehmer teilgenommen.

Die Massengewerkschaft CGT hat relativ etwas weniger Gewerkschaftsfunktionen zu vergeben als CFDT oder FO, ihre Mitglieder diskutieren dafür aber etwas häufiger über Flugblätter usw. in den Betrieben.

Die CFDT scheint häufiger Gewerkschaftsversammlungen zu veranstalten als die beiden anderen Zentralen.

3. Spezielle Fragen zur Strategie der Gewerkschaften und zur Gesamtpolitik

a) Meinung über aktive Gewerkschafter (militants) und die Gewerkschaftsorganisationen

Hier sind verschiedene Aussagen über die Delegierten, die man manchmal hört. Können Sie mir zu jeder der folgenden Meinungen sagen, ob Sie eher damit übereinstimmen oder nicht?

	Gesamtheit der Befragten in %		
	Sehr oder eher einver- standen	nicht ein- verstanden	Ohne Antwort
Delegierte sind Leute, die sich einsetzen (dévoués)	80	13	8
Ein Delegierter ist ein Kollege (gars), der mehr weiß als seine Kameraden und besser in der Lage ist, sie zu verteidigen	77	16	7
Ein Delegierter ist ein Kollege, der sich wählen läßt um für sich daraus Vorteile zu ziehen	24	65	11

	Sehr oder eher einver- standen	nicht ein- verstanden	Ohne Antwort
Ein Delegierter ist ein Kollege, der sich für Leute einsetzt, die es nicht verdienen	36	53	12

Zur Wahrung Ihrer Interessen, haben Sie da sehr viel Ver-
trauen, eher Vertrauen, eher kein Vertrauen oder gar kein
Vertrauen zu den Gewerkschaften?

	Gesamtheit in %	Gewerkschaftsmitglieder			
		CGT	CFDT	FO	Nicht organ.
Sehr viel Vertrauen	21	52	33	38	10
Eher Vertrauen	36	40	49	42	33
Eher kein Vertrauen	14	4	7	8	18
Gar kein Vertrauen	18	3	9	12	23
Ohne Antwort	11	1	2	0	15

Manche sahen: "Die Arbeiter sollten nicht den Gewerkschaf-
ten folgen weil die sich zu sehr um die Politik kümmern
und nicht genügend um die beruflichen Interessen der
Arbeiter".

	Gesamtheit in %	Gewerkschaftsmitglieder			
		CGT	CFDT	FO	Nicht organ.
Eher einverstanden	54	34	47	58	60
Eher nicht einverstanden	36	61	47	38	28
Ohne Antwort	10	4	5	4	12

Hier sind verschiedene Aussagen, die man manchmal über die Gewerkschaften hört:

Die Gewerkschaften sollten sich mit den politischen Parteien über ein gemeinsames Aktionsprogramm einigen

	Gesamtheit in %	Gewerkschaftsmitglieder			
		CGT	CFDT	FO	Nicht organ.
Eher einverstanden	60	73	65	46	56
Eher nicht einverstanden	28	20	26	46	30
Ohne Antwort	12	7	9	8	14

Jede Gewerkschaft sollte unter den politischen Parteien eine haben, mit der sie sich besonders verbunden fühlt

	Gesamtheit in %	Gewerkschaftsmitglieder			
		CGT	CFDT	FO	Nicht organ.
Eher einverstanden	34	42	30	35	33
Eher nicht einverstanden	49	47	60	58	48
Ohne Antwort	17	11	11	8	19

Gewerkschaften müssen Politik betreiben

	Gesamtheit in %	Gewerkschaftsmitglieder			
		CGT	CFDT	FO	Nicht organ.
Eher einverstanden	32	43	33	23	30
Eher nicht einverstanden	58	49	56	65	59
Ohne Antwort	10	8	11	12	10

Hier ist eine Liste mit Eigenschaftswörtern. Wählen Sie daraus zwei, die Ihrer Ansicht nach am besten auf die CFDT, die CGT und die FO zutreffen (Dasselbe Eigenschaftswort kann mehrfach benutzt werden).

	Gesamtheit der Befragten in % über		
	CGT	CFDT	FO
Modern	13	23	12
Bürokratisch	7	15	17
Mächtig	35	14	14
Klerikal	0	10	4
Verkauft	3	4	8
Verantwortlich	11	12	10
Kommunistisch	34	2	6
Demokratisch	12	17	3
Politisiert	25	18	18
Unverantwortlich	2	6	7
Unabhängig	9	19	24
Revolutionär	10	4	5
Ohne Antwort	39	57	63

Waren Sie mit der Haltung der CGT im Mai 1968 völlig zufrieden, eher zufrieden, eher enttäuscht oder sehr enttäuscht? Und das der CFDT? Und das der FO?

	CGT	CFDT	FO
Völlig oder eher zufried.	38	26	22
Sehr oder eher enttäuscht	40	37	39
Ohne Antwort	22	37	39

b) Forderungen und Strategien

Glauben Sie, daß es für Sie persönlich besser wäre, wenn das Unternehmen, in dem Sie arbeiten geleitet würde

	Gesamtheit in %	Gewerkschaftsmitglieder			Nicht organis.
		CGT	CFDT	FO	
Vom Staat	16	20	21	23	15
Von den Gewerkschaften	11	22	16	12	8
Von der ganzen Be- legschaft	21	21	25	31	20
So wie es jetzt ist	46	31	28	35	52
Ohne Antwort	5	6	11	0	5

Unter der Annahme, daß es in den nächsten Jahren, in dieser oder jener Form zu einer Ausdehnung der Macht der Arbeiter in den Betrieben kommen würde, welches sind unter den folgenden Problemen die drei wichtigsten, die von den Arbeitern in Angriff genommen werden müßten?

	Gesamtheit der Befragten in %			
	Gesamt- nennung	1.Stelle	2.Stelle	3.Stelle
Einstellungen	31	19	5	7
Entlassungen	17	6	6	6
Organisation der Produktion	18	9	4	5
Beruflicher Aufstieg	15	3	5	7
Investitionen, Finan- zierung	10	3	4	3
Ernennung des unmittel- baren Vorgesetzten	7	2	2	3
Verteilung des Gewinns	38	11	14	13
Organisation der Ar- beitsplätze	23	6	8	9
Innere Disziplin	16	4	6	6
Löhne	67	27	22	18
Arbeitszeit	48	8	19	21

Hier ist eine Liste von Forderungen, können Sie mir von jeder einzelnen sagen, ob Sie sie für sehr wichtig, ziemlich wichtig oder gar nicht wichtig halten?

	Gesamtheit der Befragten in %			
	Sehr wichtig	Zieml. wichtig	wenig od. gar nicht wichtig	Ohne Antwort
40-Stundenwoche	66	20	12	2
Stärkere Erhöhung der niedrigen Löhne als der anderen	78	16	5	1
Gleitende Lohnskala	55	23	10	12
Nationalisierung der großen Produktions-sektoren	25	22	35	18
Selbstverwaltung	18	26	27	29
Mitbestimmung (participation) im Unternehmen	47	27	20	9
Herabsetzung des Rentenalters	89	8	2	1

c) Streikformen

Glauben Sie, daß es insgesamt besser wäre wenn:

	Gesamtheit in %	Nach Gewerkschaften			
		CGT	CFDT	FO	Nicht organ.
Man kurze und häufige Streiks führt bis man sich durchgesetzt hat	30	33	30	23	29
Man lange und harte Streiks, ohne Unterbrechung führt, bis man sich durchgesetzt hat	42	53	52	58	37
Ohne Antwort	28	14	18	19	33

Glauben Sie, daß die Streiks am erfolgreichsten sind, die

	Gesamtheit in %	Nach Gewerkschaften			
		CGT	CFDT	FO	Nicht organ.
auf Unternehmensebene beschlossen und geführt werden	31	33	25	54	29
auf regionaler oder na- tionaler Ebene organi- siert werden	51	59	67	42	49
Ohne Antwort	18	8	9	4	22

d) Verhältnis zu den Studenten

Im Mai 1968 konnten die Studenten nicht in die besetzten Fabriken hinein. Meinen Sie, daß sie dort auch nichts zu suchen haben oder hätte man sie hineinlassen sollen, wenn man auf die Maschinen acht gegeben hätte oder wäre es besser gewesen wenn sie gekommen wären, um mit den streikenden Arbeitern zu diskutieren?

	Gesamtheit in %	Nach Gewerkschaften			
		CGT	CFDT	FO	Nicht organ.
Nichts zu suchen	70	71	60	73	71
mit Vorsichtsmaßnahmen	6	8	12	4	6
Besser wenn sie gekommen wären	19	20	25	19	19
Ohne Antwort	4	1	4	4	5

3.3.5 Die weitere Entwicklung der Klassenkämpfe (bis Mai 1971)

Berücksichtigt man, daß die in 3.3.4. 1 und 2 skizzierten insgesamt bescheidenen Ergebnisse zweijähriger Kämpfe nach den Mai-Juni-Ereignissen begleitet waren von unzähligen Abwehraktionen gegen die Verschärfung des Arbeitstempos, gegen die Maßregelungen revolutionärer Arbeiter, gegen Einzel- und Massenentlassungen, gegen die spalterischen und zusätzlich ausbeutenden neuen Verfahren der Arbeitsplatzbewertung und entsprechender Lohnsysteme, so wird deutlich, daß zu einer fühlbaren Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse die Vereinigung der Kampfkraft ihrer Organisationen erforderlich ist.

3.3.5.1 Das zweite gemeinsame Aktionsprogramm von CGT und CFDT

Im Herbst 1970 verdichtete sich bei den Gewerkschaften CGT und CFDT die Einsicht in die Notwendigkeit eines gemeinsamen Aktionsprogrammes, das als Plattform für gemeinsame Kampfaktionen im Jahre 1971 dienen sollte.^{171a)} Am 1. Dezember einigten sich CGT und CFDT auf ein Fünf-Punkte-Programm:

1. Erhöhung der Reallöhne
2. Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre und allgemeine Rentenerhöhung
3. Bezahlung einer Informationsstunde der betrieblichen Gewerkschaftssektionen
4. Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden
5. Sicherung der Arbeitsplätze.

Auf der Basis dieses ersten gemeinsamen Aktionsprogrammes auf nationaler Ebene seit den Mai-Juni-Ereignissen 1968 spitzten sich die Klassenauseinandersetzungen im ersten Halbjahr erneut zu.

3.3.5.2 Die wichtigsten Kampffaktionen des Jahres 1971

1. Der Kampf der lothringischen Bergarbeiter, Techniker und Ingenieure gegen den von der Regierung vorgelegten "Kohlenplan" (Plan charbonnier), der zahlreiche Entlassungen durch weitere Mechanisierung des Abbaus und zusätzliche Zechenstillegungen vorsah, Ergebnis: Verschiebung und Stillegungstermine um 1 bis 2 Jahre, beschleunigte Ansiedlung neuer Industrie im Revier; Umschulungsmaßnahmen; 11% Lohnerhöhungen für 1971 und weitere 1%, falls der Lebenshaltungskostenindex um mehr als 5% ansteigt.¹⁷²⁾

2. Der 45-tägige Streik von 1.800 Metallarbeitern, der zu dem größten französischen Maschinenbau-Konzern Creusot-Loire gehörenden Fabrik "Batignolles" bei Nantes für die Angleichung ihrer Löhne an das Lohnniveau der übrigen Metaller der Region.¹⁷³⁾ Die Streikenden wurden durch die breite Solidarität der französischen Arbeiterklasse (Solidaritätsspenden über 1 Million F) in die Lage versetzt, dem Widerstand des vom Unternehmerverband, dem Präfekten der Region und der Regierung offen unterstützten Konzerns gegen jede Lohnerhöhungen zu brechen. Die Streikenden wurden von den übrigen Metallarbeitern, den Dockern, von Bauern und Einzelhändlern der Region Loire-Atlantique durch Solidaritätsstreiks, Demonstrationen und verbilligte Lebensmittellieferungen unterstützt. Ergebnis: 11,83% Lohnerhöhungen für 1971, Anerkennung des Prinzips der gleitenden Lohnskala, Verkürzung der Arbeitszeit für Schichtarbeiter um 1 Stunde, sonst 1/2 Stunde, Bezahlung von 3 Aussperrungstagen u.a..

3. Der mehrwöchige Renault-Streik,¹⁷⁴⁾ der im April im werk Le Mans begann und sich in der ersten Mai-Hälfte auf das gesamte Unternehmen ausbreitete. Der Streik wurde am 2. April durch 82 O.S. (ouvrier spécialisé - angelernter Arbeiter) einer Montage-Abteilung in Le Mans ausgelöst. Ihr Kampf richtete sich gegen das System der Arbeitsplatzbewertung, daß unabhängig von der Qualifikation der Arbeiter, die Grundlage für die Lohneinstufung darstellt.

Sie forderten: Reduzierung der acht O.S.-Lohnstufen (4-11) auf drei, durch Wegfall der unteren fünf Stufen, nach denen 80% der O.S. von Le Mans bezahlt wurden. "Kein O.S.-Lohn unter Stufe 9".

Im Laufe des April wurde diese Forderung von immer mehr O.S. in Le Mans aufgegriffen. Die Zahl der kurzfristigen Arbeitsniederlegungen stieg täglich an. Die Betriebsleitung verweigerte jede Verhandlung mit dem Hinweis auf die Betriebsvereinbarung vom 19. Februar, die eine lineare Steigerung der Löhne von insgesamt 12% erbracht hatte. Daraufhin beschloß am 30. April eine Versammlung von über fünftausend Arbeitern (vorwiegend O.S.) im Werk Le Mans den unbefristeten Streik und die Besetzung der Fabrik. In den folgenden Tagen solidarisierten sich die Arbeiter der übrigen Renault-Werke durch Versammlungen und kurzfristige Arbeitsniederlegungen. Am 6. Mai verkündete die Unternehmensleitung die Aussperrung von mehreren zehntausend Renault-Arbeitern aus "technischen Gründen". Die Gewerkschaften riefen daraufhin zu einer Versammlung aller Arbeiter des Hauptwerkes in Billancourt auf. Am 7. Mai beschlossen die versammelten 20.000 Arbeiter die Besetzung ihrer Fabrik. Sie verlangten die Aufhebung der Aussperrung, Bezahlung aller ausgesperrten Arbeitsstunden, Reform des Lohnsystems, Verminderung der Bandgeschwindigkeiten, Einführung der 40-Stundenwoche und die Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre. Der Kampf der Renault-Arbeiter verschmolz immer mehr mit den Aktionen der Metallarbeiter, die am 14. Mai einen nationalen Aktionstag für die 40-Stundenwoche und die Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre organisiert hatten. Die Metaller sammelten Solidaritätsspenden für die streikenden O.S. von Le Mans. Gleichzeitig begannen Streiks in den Stahlwerken von USINOR in Dünkirchen und von de Wendel-SIDELOR in Knutange, in verschiedenen Werken des Lastwagenherstellers BERLIET und des Chemie-Konzerns Ugine-Kuhlmann. Am 20. Mai streikten in Paris die Busfahrer, in der Provinz mehrere Postämter. In zahlreichen Städten fanden Demonstrationen gegen die geplanten

Fahrpreiserhöhungen bei den öffentlichen Nahverkehrsmitteln statt. Obwohl die Situation keineswegs mit dem Mai 1968 zu vergleichen war, versuchten einige bürgerliche Zeitungen und gaullistische Abgeordnete erneut die Angst vor "Anarchie und Chaos" gegen die Gewerkschaften zu mobilisieren.¹⁷⁵⁾ Gleichzeitig verhärtete die Regierung und die von ihr beauftragte Unternehmensdirektion ihre Verhandlungsposition gegenüber den Forderungen der O.S. von Le Mans mit der Absicht, die Solidarität der übrigen Renault-Arbeiter zu brechen. In dieser Situation war es die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften, die Aktionseinheit der Renault-Arbeiter zu erhalten. Dadurch gerieten sie in die Lage, einen Kompromiß anstreben zu müssen, der den militantesten Teil der jungen O.S. ("Nous allons jusqu'au bout" - Wir gehen bis ans' Ende) kaum befriedigen konnte. Nachdem ein erstes Verhandlungsergebnis am 17. Mai von der Basis in Le Mans mit 2.000 gegen 1.750 Stimmen abgelehnt worden war, legten die Gewerkschaften am 25. Mai ein verbessertes Ergebnis zur Abstimmung vor:

1. Höherbewertung aller O.S.-Lohnstufen bei der Berechnung der Produktionsprämie zwischen 5% der Grundprämie für die höchste Stufe 11 und 12% für die niedrigste Stufe 4.
- 2.) Nach dreijähriger Betriebszugehörigkeit steigen alle O.S. der Stufen 4 und 5 unabhängig von ihrem Arbeitsplatz zur Stufe 6 auf. (Von dieser Regelung waren sofort 1.200 O.S. von Le Mans betroffen, so daß in die beiden untersten Stufen anstelle von bisher 21% nur noch 5% der O.S. eingruppiert sind)
3. Nach achtjähriger Betriebszugehörigkeit wird bei einem Wechsel des Arbeitsplatzes mindestens die erreichte Lohnstufe garantiert.

Obwohl dieses Ergebnis weit hinter den ursprünglichen Forderungen zurückblieb, ist mit den Punkten 2 und 3 dennoch ein erster Eingriff in das starre Prinzip der Arbeitsplatzbewertung gelungen. Die Gewerkschaften empfahlen daher die Annahme des Kompromisses.

Von den 5.250 O.S. in Le Mans beteiligten sich 4.600 an der Abstimmung. 3.769 (79,5%) entschieden sich für die Annahme, 962 (20,5%) für die Ablehnung. Am 26. Mai wurde in allen Werken von Renault die Arbeit wieder voll aufgenommen. Rund 60.000 O.S. von Renault sind von dieser Regelung betroffen.¹⁷⁶⁾

3.3.5.3 Die Arbeitsbedingungen angelernter Arbeiter (O.S.) in der Großindustrie ^{176a)}

Der Streik der O.S. von Le Mans war deshalb von besonderer Bedeutung, weil er inmitten der von CGT und CFDT auf Grund des Aktionsprogrammes vom Dezember 1970 gemeinsam organisierten Kampagne für Arbeitszeitverkürzung und Herabsetzung des Rentenalters, die Arbeits- und Lebensbedingungen dieser immer zahlreicher werdenden Schicht und Arbeiterklasse zum Gegenstand hatte. Die "Parias der neuen Gesellschaft", wie die O.S. in einem Artikel von Le Monde genannt wurden, stellten 1971 in der Textil-, der Leder- und der Metallindustrie schon die Mehrheit der manuellen Arbeiter dar. In der Metallindustrie stieg ihr Anteil zwischen 1961 und 1971 von 49,5% auf 53,7%.¹⁷⁷⁾

Besonders hoch ist der Anteil der O.S. in der Automobilindustrie. Im Werk Billancourt von Renault waren im September 1969 18.397 O.S. beschäftigt, gegenüber nur 8.630 O.P. (ouvrier professionnel - Facharbeiter).¹⁷⁸⁾

"Der O.S. gehört zum Fließband: er ist nur ein Teil der Maschine, ein preiswerter Hebel, der dem Unternehmer die Anschaffung eines Automaten erspart. Er hat nichts zu verkaufen außer einer lächerlichen Handbewegung".¹⁷⁹⁾

Der O.S. ist der typische moderne Produktionsarbeiter in der Automobilindustrie.

Unter dem wachsenden Druck der internationalen Konkurrenz versuchen die Automobilkonzerne ihre Lohnkosten pro Produktionseinheit durch weitere Parzellierung der Arbeit und Beschleunigung der Arbeitsrhythmen zu senken. Die "wissenschaftliche Arbeitsorganisation", die darauf auf-

bauende "analytische Arbeitsplatzbewertung"¹⁸⁰⁾ und die entsprechenden Lohnsysteme sind in den letzten Jahren in Italien, Großbritannien und Frankreich immer wieder Anlaß von harter Abwehrreaktion der Arbeiter gegen die unerträglichen physischen und nervlichen Belastungen an den Fließbändern gewesen. Obwohl die technischen Veränderungen im Produktionsprozeß zu einer fortschreitenden Eliminierung von schwerer körperlicher Arbeit geführt haben, sind während der beiden letzten Jahrzehnte neue Belastungen entstanden, die von nicht minder verheerender Wirkung für den menschlichen Organismus sind. Arbeitsmedizinische Untersuchungen in Frankreich haben ergeben, daß die spezifischen Arbeitsbelastungen der O.S. in der Automobil- und der elektromechanischen Industrie nach wenigen Jahren zu einer schweren Schädigung der Nervenzellen führen.¹⁸¹⁾

3.3.5.4 Der Kampf um die Herabsetzung des Rentenalters

Welchen Belastungen der Organismus eines Arbeiters auch heute noch ausgesetzt ist, geht aus den Angaben hervor, die der damalige Generalsekretär der CFDT, Eugène Des-camps bei der Eröffnung der Kampagne für die Herabsetzung des Rentenalters aus den Unterlagen des staatlichen statistischen Amtes INSEE zitierte. In Frankreich liegt heute die durchschnittliche Lebenserwartung eines ungelernten oder angelernten Arbeiters zwischen 59 und 62 Jahren, die eines Facharbeiters zwischen 63 und 65 Jahren, die eines Kaufmanns zwischen 65 und 67 Jahren und die eines Angehörigen der "freien Berufe" zwischen 72 und 74 Jahren.¹⁸²⁾ Die durchschnittliche Lebenserwartung eines französischen Arbeiters liegt also deutlich unter dem seit 1945 gesetzlich festgelegten Rentenalter von 65 Jahren. Insofern entsprach die Forderung nach Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre nur den minimalsten Bedürfnissen der Arbeiterklasse und war keinesfalls "maßlos", wie es die Regierungspropaganda glauben machen wollte. Hinzu kommt, daß das 1945 als Übergangsregelung aufgebaute Rentensystem seither im Prinzip nicht geändert wurde, so daß die französi-

schen Renten die niedrigsten in der EWG sind. Nach vierzig-jähriger Beitragszahlung zur Rentenversicherung beträgt der Rentensatz 40% eines variablen Planfondslohnes. Der durchschnittliche monatliche Rentenbetrag eines versicherungspflichtigen Lohnabhängigen beläuft sich 1971 auf 400 F. Über 1,3 Millionen Rentner erhalten nicht mehr als 270 F im Monat. Gewerkschaften und Arbeiterparteien hatten in den vergangenen 12 Jahren vielfach den Versuch gemacht, in den Planungsgremien und im Parlament eine Reform des gesamten Rentensystems zu erreichen. Auf der Basis des gemeinsamen Aktionsprogramms vom Dezember 1970 entschlossen sich CGT und CFDT nach dem Vorbild der italienischen Gewerkschaften eine Massenbewegung für eine umfassende Rentenreform zu organisieren. Die Grundforderungen lauteten:¹⁸³⁾

1. Herabsetzung des gesetzlichen Rentenalters auf 60 Jahre;
2. Vorzeitige Pensionierung in besonders schweren und gefährdeten Berufen bei vollem Rentenanspruch;
3. Erhöhung des Rentensatzes auf mindestens 75% des höchsten Lohnes der letzten 10 Jahre und Dynamisierung der Renten;
4. Mindestrente von 800 F im Monat.

Die Kampagne war von den Gewerkschaften und den Arbeiterparteien sehr sorgfältig vorbereitet worden. Seit März fanden in den Betrieben, in den Wohnbezirken, in Städten und Gemeinden Informationsveranstaltungen und Demonstrationen statt. Resolutionen wurden verabschiedet und Petitionen eingereicht. Die Gewerkschaftspresse sowie kommunistische und sozialistische Zeitungen und sonstige Publikationen berichteten ausführlich über die Aktivitäten. Die Metallföderationen von CGT und CFDT eröffneten die Aktionen in den Betrieben mit zwei mehrstündigen Arbeitsniederlegungen am 6. und 21. April. Überall wurde der Zusammenhang von Arbeitsdauer, Arbeitsintensität, Berufskrankheiten, Unfallrisiko, Frühinvalidität und Rentenalter diskutiert. Der Erfolg der Kampagne war unverkennbar. Der Streik bei Renault erweiterte die Diskussionen um die Probleme von "wissenschaftlicher Arbeiterorganisation" und verschärfter

physischer Ausbeutung. Die Aktionen der Metaller erreichten am 14. Mai mit einem nationalen Streik ihren Höhepunkt. In nahezu allen mittleren und großen Metallbetrieben ruhte die Arbeit vollständig. C G T und C F D T riefen zu "interprofessionellen Aktionstagen" zwischen dem 24. und 27. Mai auf. Regierung und Unternehmer versuchten mit Hinweis auf die hohen Kosten der Gewerkschaftsforderungen die Bewegung abzubremesen. Obwohl die Kosten der vorgeschlagenen Reformen umstritten sind, ließen sich die Gewerkschaften auf diese Diskussion nicht ein, sondern lenkten die Aufmerksamkeit auf den Kern der Probleme. Die CFDT erklärte: "Es handelt sich vor allem um ein politisches Problem. Die Regierung muß sich dazu äußern, wie sie das Volkseinkommen umverteilen will und welchen Platz die Alten in der "neuen Gesellschaft" einnehmen sollen. Unsere Aktion hat die Änderung der politischen Prioritäten zum Ziel; wir sind bereit, darüber mit den Vertretern des Staates und der Unternehmer zu diskutieren."¹⁸⁴⁾ Unter dem Druck der angekündigten Streiks und Massendemonstrationen erklärte sich die Regierung bereit, den Höchstsatz der Renten von 40% auf 50% anzuheben, über das Rentenalter sollte später gesprochen werden.¹⁸⁵⁾ Dieses völlig unzureichende Zugeständnis verstärkte nur noch die Unzufriedenheit selbst sonst wenig politisierter Arbeiter- und Angestelltengruppen. Eine der bemerkenswertesten Tatsachen der zahlreichen Demonstrationen vom 24. bis 27. Mai, an denen sich in fast allen Großstädten, in mittleren und selbst kleineren Gemeinden weit über eine Million Lohnabhängige teilnahmen, war die Aktivität und Solidarität der Jugend. Niemals zuvor in den letzten Jahren hatte man in Frankreich so viele junge und alte Arbeiter und Angestellte gemeinsam demonstrieren sehen. Die Losung "Unité pour ^{la} retraite" (Einigkeit im Kampf um die Renten) war so überwältigend, daß sich an der Spitze des Demonstrationszuges in Paris die Gewerkschaftsführer Seguy (CGT) und Lucas (CFDT) einhakten und damit die bemerkenswerte Annäherung der beiden großen Gewerkschaftszentralen sinnfällig dokumentierten. Der Kampf um die Rentenreform, der im Mai 1971 einen ersten

Höhepunkt erreicht hatte und im Dezember 1971 sowie im März 1972 fortgesetzt und dabei um die Forderung nach einer Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes SMIG auf monatlich 1.000 F ergänzt worden war, kulminierte im Juni 1972. An den zunächst von der CGT allein ausgerufenen und später gemeinsam mit der CFDT organisierten "nationalen Aktionstagen für die Rentenreform und den Mindestlohn" am 7. und 23. Juni nahmen jeweils mehr als 4 Millionen Streikende und mehrere Hunderttausend Demonstranten in Paris und den meisten übrigen Großstädten teil. Diese bisher größten gewerkschaftlichen Massenaktionen seit dem Mai 1968 signalisieren den Übergang der Klassenauseinandersetzungen in Frankreich von der in den Jahren 1969 und 1970 weitgehend vorherrschenden betrieblichen Ebene auf die gesamtgesellschaftliche und damit politische Ebene. In den zahlreichen betrieblichen Kämpfen, die nach dem politischen Scheitern der Mai-Juni-Bewegung eingesetzt hatten, wurde, trotz manchmal nicht unerheblicher Erfolge für die Arbeiter, die beschränkte Wirkung politisch weitgehend isolierter Einzelaktionen immer offenkundiger. In diesem Sinne stellten die Betriebskämpfe der Jahre 1969 und 1970 einen notwendigen Zwischenschritt in der Entwicklung des politischen Bewußtseins der französischen Arbeiterklasse dar. Zwar wurden auch in den beiden folgenden Jahren die betrieblichen Einzelaktionen weiter fortgesetzt, charakteristisch für diese Phase ist jedoch die zunehmende Bedeutung der Auseinandersetzungen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, in der sich der fortschreitende Politisierungsprozeß des Bewußtseins der Arbeiterklasse als wachsende Einsicht in die Notwendigkeit einer konkreten politischen Alternative der Linken widerspiegelt.

In dem folgenden, abschließenden Kapitel dieser Arbeit, soll daher der Versuch gemacht werden, die wichtigsten Etappen dieses Politisierungsprozesses an Hand der Entwicklung der Strategien der Arbeiterorganisationen bis zur Veröffentlichung des "Gemeinsamen Regierungsprogramms" von Sozialisten und Kommunisten im Juni 1972 darzustellen, seine Schwierig-

keiten und Widersprüche zu analysieren und seine historische Perspektive unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Parlamentswahlen vom März 1973 kurz zu erörtern.

4. GESELLSCHAFTLICHE KRISE UND POLITISCHES BEWUSSTSEIN - ZUR ENTWICKLUNG VON THEORIE UND STRATEGIE DER FRAN- ZÖSISCHEN ARBEITERBEWEGUNG SEIT 1968

4.1 Gesellschaftliche Krise und die Hauptaufgaben der Arbeiterbewegung

Die jüngste Phase der Klassenauseinandersetzungen in Frankreich reicht von den Streiks und Massendemonstrationen um die Rentenreform im Mai 1971 bis zu den Parlamentswahlen im März 1973. In ihr wurde der Arbeiterbewegung endgültig klar, daß der Übergang zum Sozialismus, hundert Jahre nach der Pariser Commune, keine ferne Utopie mehr darstellt, sondern konkrete Realität der unmittelbaren Zukunft sein kann.¹⁾

Um dies zu begreifen, wollen wir zunächst noch einmal die wichtigsten Resultate der bisherigen Darstellung zusammenfassen um dann auf die einzelnen Entwicklungsstufen dieser jüngsten, überwiegend von den programmatischen und strategischen Diskussionen zwischen den Arbeiterorganisationen bestimmten Phase näher einzugehen.

Im ersten Kapitel dieser Arbeit haben wir zu zeigen versucht, daß das Klassenbewußtsein der französischen Arbeiter, ihre sozialistisch-kommunistische Tradition, auch in der für die Arbeiterbewegung in Westeuropa insgesamt schwierigen Periode vom Beginn des Kalten Krieges bis um die Mitte der sechziger Jahre, trotz zahlreicher Rückschläge und Erschütterungen nicht vollständig verschüttet werden konnte und daß die Geschichte der französischen Arbeiterbewegung nicht weniger als ihre bewährte Kampfkraft (...) sie in unlöslicher Weise mit der allgemeinen politischen Entwicklung des Landes verknüpft" (hat).²⁾

Naturgemäß hat die lange Rekonstruktionskonjunktur nach dem Zweiten Weltkrieg die Entwicklung des Klassenbewußtseins nicht begünstigt, sondern in vielfältiger Weise erschwert und nicht wenige Illusionen erzeugt. Dennoch hat die reale Lage der französischen Arbeiterklasse stets

verhindert, daß diese Illusionen an die Stelle des Klassenbewußtseins treten konnten. Das "empirische" Bewußtsein der französischen Arbeiter ist vielmehr im wesentlichen durch die Klassenlage bestimmt geblieben und von den Illusionen und Mythen der "Wohlstandsgesellschaft" nur mehr oder weniger stark durchsetzt worden.³⁾

Mit der beginnenden Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre und der damit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses wachsenden Bedrohung der gesamten Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung, wie sie im zweiten Kapitel dieser Arbeit darzustellen versucht worden ist, ergab sich von der "objektiven" Seite der gesellschaftlichen Entwicklung her wiederum verstärkt die Möglichkeit, die in der Periode des ökonomischen Aufschwungs innerhalb der Arbeiterklasse entstandenen Illusionen zu zerstören und die Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge und in die Notwendigkeit des Sozialismus voranzutreiben.

Diese Möglichkeit hängt unmittelbar mit dem Wesen der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus und ihren mannigfaltigen Erscheinungsformen an der Oberfläche der französischen Gesellschaft selbst zusammen. Die Krise hat, wenigstens bisher, zwar keine katastrophenartigen Formen angenommen, und es ist auch nicht zu erwarten, daß sie in absehbarer Zeit in ein solch akutes Stadium geraten wird, es handelt sich vielmehr um eine chronische Krise, die nichtsdestoweniger an die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise heranreicht. In der von Paul Boccara und anderen so genannten "strukturellen Überakkumulationskrise" machen sich die der kapitalistischen Produktionsweise immanenten Widersprüche nicht mehr lediglich in einer einseitigen, vorübergehenden Form geltend, wie dies beispielsweise für die Krisenphase des "industriellen Zyklus" charakteristisch ist, in der sich die Einheit der gegeneinander selbstständigten Momente des kapitalistischen Reproduktionsprozesses (Produktion, Konsumtion usw.) durch massenhafte

Vernichtung von Kapital (in Form von Pleiten und dadurch ausgelösten Kettenreaktionen mit massenhafter Arbeitslosigkeit usw.) gewaltsam wiederhergestellt, sondern sie treten nunmehr allseitig auf, als Krise und Schranke der kapitalistischen Produktionsweise selbst und zwingen das Kapital, zu Formen Zuflucht zu nehmen, die, indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, zugleich die Ankündigung seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweise sind.⁴⁾

Es tritt dies ganz offen zu Tage in allen Bereichen der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion, in denen schon heute die Entwicklung der Produktivkräfte und der Grad der Vergesellschaftung so weit fortgeschritten ist (und vor allem der materiell-technisch bedingte Umfang der Arbeitsmittel ein solches Ausmaß erreicht hat), daß ihre kapitalistische Anwendung (als fixes Kapital) infolge des damit drohenden Falls der gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate immer weniger möglich wird.

In dem Maße aber, wie solche Bereiche der Produktion, nicht nur als allgemeine Produktionsvoraussetzungen ("Infrastrukturen") sondern auch als besondere Produktionszweige (Schlüsselsektoren wie Energie, Elektronik usw.) selbst, sich unmittelbar kapitalistischer Anwendung entziehen, im Interesse der Kapitalverwertung in anderen Produktionszweigen aber notwendigerweise vorhanden sein müssen (also gewissermaßen selbst wiederum zu allgemeinen Produktionsbedingungen des Kapitals werden), und daher als gesellschaftlich bzw. staatlich entwertetes Kapital weiter fungieren, wird die Basis der gesamten kapitalistischen Produktionsweise immer weiter unterhöhlt. Entwertung des Kapitals zur Verwertung des Kapitals, darin liegt der Widerspruch wie er sich heute in der "strukturellen Überakkumulationskrise" äußert, oder, wie Marx es sagt: "Gewaltsame Vernichtung von Kapital, nicht durch ihm äußere Verhältnisse, sondern als Bedingung seiner Selbsterhaltung, ist die schlagendste Form, worin ihm advice gegeben wird to be gone and to give room to a higher state of social production."⁵⁾

In einer solchen Periode der kapitalistischen Entwicklung

vermögen sich die Klassenkämpfe von den nach wie vor noch vorhandenen Phasen des industriellen Zyklus weitgehend zu emanzipieren und sowohl in allen Phasen des Zyklus anzuhalten als auch nach und nach oder sprunghaft alle Sphären der gesellschaftlichen Reproduktion zu durchdringen; es entsteht die objektive Möglichkeit des Überganges zu einer höheren, der sozialistischen Produktionsweise. Allerdings ist diese "objektive Möglichkeit" alles andere als eine "Notwendigkeit" im Sinne eines naturwüchsigen Übergangs. Zwar sind die objektiven Voraussetzungen der sozialistischen Revolution "naturwüchsig", d.h. aus der Entfaltung der kapitalistischen Widersprüche, herangereift, aber weder bricht die alte Gesellschaft gewissermaßen von selbst zusammen und läßt die neue wie ein Phönix aus der Asche auferstehen noch wächst die "alte Sauerei", wie Friedrich Engels sich einmal ausdrückte, "frisch-fromm-fröhlich-frei" in die sozialistische Gesellschaft hinein.

Die Geschichte wird von Menschen gemacht, in den bisherigen Stadien der Entwicklung aber weitgehend unabhängig von deren Willen und Bewußtsein und manchmal sogar gegen diese. Die sozialistische Revolution stellt in dieser Hinsicht einen Knotenpunkt dar, denn sie ist beides zugleich, der erste bewußte und der letzte naturwüchsige Akt der gesellschaftlichen Entwicklung. In der Phase des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus kommt daher dem bewußten Handeln der gesellschaftlichen Klassen eine entscheidende Bedeutung zu. Nicht in dem Sinne, daß alle Akteure sich bis ins letzte Detail der gesellschaftlichen Konsequenzen ihres Handelns stets bewußt sein müßten, sondern in dem Sinne, daß die fortgeschrittenste, weil sowohl die materielle Basis als auch ihren lebendigen Widerspruch bildende Klasse der kapitalistischen Gesellschaft, die Arbeiterklasse, im Auf und Ab der Tageskämpfe stets die Richtung kennen muß, in der allein der gesellschaftliche Fortschritt möglich ist.

Immer notwendiger wird damit auch die Fähigkeit der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Entwicklung nicht mehr nur "im allgemeinen" zu begreifen, sondern auch die an der Oberfläche

der jeweiligen Gesellschaft real erscheinenden Verhältnisse, die "empirischen Umstände" zu analysieren, ihr inneres Band mit den allgemeinen Bewegungsgesetzen aufzuspüren und damit die Ausweglosigkeit des Kapitalismus als Produktionsweise nachzuweisen und daraus konkrete, die Masse der arbeitenden Bevölkerung überzeugende Alternativen zu entwickeln.

In dieser Phase genügt es dann auf einmal nicht mehr, wenn sich "die Wirklichkeit zum Gedanken drängt", der Gedanke muß sich auch wieder zur Wirklichkeit drängen und in dem Maße wie ihm das gelingt, vermag er auch die Massen zu ergreifen. Dies ist eine Notwendigkeit, die umso dringender wird, als auch in länger andauernden Krisenphasen der kapitalistischen Entwicklung die Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge sich dem normalen Bewußtsein nicht spontan aufzwingt, vielmehr auch in den Krisen spezifische Verkehrungen des Bewußtseins entstehen können, die in letzter Instanz mit der Ungleichzeitigkeit von realer gesellschaftlicher und bewußtseinsmäßiger Entwicklung zusammenhängt.⁶⁾ Die Blindheit gegenüber der Möglichkeit solcher Verkehrungen auch in Perioden, in denen dem wissenschaftlichen Bewußtsein die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise offen zu Tage liegen, hat der Arbeiterbewegung in der Vergangenheit großen Schaden zugefügt; aber auch weniger dramatische Mißverständnisse, wie sie in der jetzigen Krisenphase in Form der verschiedensten Utopien auftauchen, vermögen die reale gesellschaftliche Entwicklung zu hemmen und den Übergang zum Sozialismus zu erschweren. Insofern gewinnt auch die Kritik des falschen Bewußtseins unmittelbar praktische Bedeutung.

Aus alledem folgt für die Arbeiterbewegung in Frankreich dreierlei:

- Intensivierung des Widerstands der arbeitenden Bevölkerung gegen die "Gewalttaten" des Monopolkapitals in allen gesellschaftlichen Bereichen und Aufstellung spezieller Forderungskataloge von der betrieblichen Ebene bis hin zum Gesundheitswesen, Altersversorgung, gegen die Bildungsmisere usw..

- Ausarbeitung eines umfassenden Programms, das sowohl an den Bestandszustand und die aktuellen Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung anknüpft als auch die konkreten Maßnahmen angibt, durch die der Übergang zum Sozialismus unter den gegenwärtigen Bedingungen eingeleitet werden muß;
- verstärkte theoretische Auseinandersetzung mit den gerade in Krisenzeiten in immer neuen Variationen und Verhüllungen auftretenden bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologien.

Im Verlauf der Klassenauseinandersetzungen seit 1968, der in Kapitel 3 dargestellt wurde, haben sich diese drei Hauptaufgaben immer deutlicher abgezeichnet. Ihre Lösung ist jedoch nur zum Teil gelungen.

Eine genauere Analyse der Mai-Juni-Streikbewegung von 1968 ergab, daß die Bewegung letzten Endes an diesen drei Aufgaben gescheitert ist, die an sich schon während dieser weitgehend spontanen Bewegung entstanden sind, von wichtigen Teilen der Arbeiterbewegung aber noch nicht hinreichend betroffen worden waren. Hierzu bedurfte es weiterer historischer Erfahrungen, wie sie in den anschließenden Auseinandersetzungen bis etwa 1971 gemacht wurden. In diesen drei Jahren war immer deutlicher geworden, daß die bloße Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse keinesfalls ausreicht, das Kräfteverhältnis der gesellschaftlichen Klassen grundlegend zu verändern, daß es hierzu vielmehr einer klaren, zielbewußten und vor allem gemeinsamen Strategie der Arbeiterorganisationen bedarf.

Die Entwicklung von Theorie und Strategie der französischen Arbeiterbewegung von 1968 bis zur Verabschiedung des "gemeinsamen Reinerungsprogramms" von Sozialisten und Kommunisten ist daher Gegenstand des abschließenden Kapitels dieser Arbeit.

4.2 Zur Entwicklung der strategischen Konzeption der Gewerkschaften

In den Klassenauseinandersetzungen der letzten Jahre haben die verschiedenen Gewerkschaftszentralen eine recht unterschiedliche Rolle gespielt. Die Erfahrungen dieser Auseinandersetzungen haben auf die strategischen Konzeptionen der einzelnen Zentralen und auf ihr Verhältnis zueinander stark zurückgewirkt.⁷⁾

4.2.1 Force Ouvrière: Reformismus ohne Perspektive

Am wenigsten verändert hat sich die FO, die nach wie vor gemeinsame Aktionen mit der CGT verweigert und politische Aktivitäten, wie etwa die Streiks und Demonstrationen für die Rentenreform ablehnt. Auf Grund dieser Haltung ist ihr realer Einfluß innerhalb der Arbeiterklasse eher noch zurückgegangen. - Darin zeigt sich die wachsende Isolierung der FO von den Zentren der Klassenauseinandersetzungen. Trotz des Immobilismus der FO-Zentrale kam es an der betrieblichen Basis häufig zu punktuellen Aktionsgemeinschaften mit anderen Gewerkschaften, wobei aber in der Regel die Initiative nicht von der FO ausging. Die Perspektivlosigkeit der FO offenbart sich am deutlichsten im Fehlen eines längerfristigen Programms und konkreten gesellschaftlichen Zielvorstellungen. In ihren grundsätzlichen Äußerungen beschränkt sie sich weitgehend auf die Betonung der rein ökonomischen Funktion der Gewerkschaft und ihrer strikten Parteunabhängigkeit, die seit 1948 ihr wichtigster Existenzgrund sei.⁸⁾

Im Jahre 1969 versuchte die FO mehrfach engeren Kontakt zur CFDT aufzunehmen, mit der Absicht, durch eine spätere Vereinigung beider Zentralen das Übergewicht der CGT beseitigen zu können.⁹⁾ Dazu gab sie vorübergehend sogar ihre politische Neutralität auf, die sie selbst anlässlich der Machtergreifung de Gaulles 1958 und während der Mai-Juni-Ereignisse 1968 immer wieder betont hatte, und sprach sich ausdrücklich gegen die von de Gaulle vorgeschlagene Gebiets- und Senatsreform aus.

4.2.2 CFDT: Arbeiterselbstverwaltung

Die Kontaktversuche der FO fielen in eine Periode, in der sich innerhalb der CFDT eine starke Unsicherheit über die endgültige Orientierung der ehemals christlichen Gewerkschaft zeigte. Obgleich die offizielle Entkonfessionalisierung seit 1964 vollzogen ist, spielten gewisse Elemente der katholischen Soziallehre noch immer eine wichtige Rolle in der Konzeption der CFDT.¹⁰⁾ Vor allem aber verschärfte sich seit 1968 immer deutlicher die politische Heterogenität der Gewerkschaft, die einer ihrer Führer Anfang der 60er Jahre einmal scherzhaft wie folgt charakterisiert hat: Der typische Führer der CFDT gehört der linkssozialistischen PSU an, die mittleren Funktionäre gehören zu den katholischen Volksrepublikanern und die einfachen Mitglieder und Anhänger wählen gaullistisch.

Diese paradoxe Halbwahrheit erklärt bis zu einem gewissen Grad das bemerkenswerte Schwanken der CFDT zwischen gewissen linksradikalen Parolen und offen reformistischen Positionen in diesem Zeitraum.

Die Mai-Juni-Ereignisse von 1968 bildeten die Schlüsselerfahrung für die jüngste Entwicklung der CFDT. Erst von da an stammt die praktische Anerkennung der Notwendigkeit des Klassenkampfes innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft durch die CFDT. Diese Anerkennung schloß jedoch keineswegs alle reformistischen Vorstellungen aus, so daß sich im Jahre 1969 tatsächlich gewisse Annäherungen zwischen der CFDT und FO ergaben (Haltung zu den Präsidentschaftswahlen und zur "Neuen Gesellschaft", EGF-Vertrag u.a.).

Der reformistische Kurs der CFDT wurde jedoch von der Basis in den Betrieben immer deutlicher abgelehnt. Die CFDT verlor im Jahre 1969 und zu Anfang 1970 zusehends wieder die Stimmen, die sie 1968 bei den Betriebs- und Personalratswahlen von der CGT hatte gewinnen können. Dadurch erlangte der linke Flügel innerhalb der CFDT im Frühjahr 1970 erneut stärkeren Einfluß.

Während der Mai-Juni-Ereignisse 1968 hatte er erstmals eine wichtige Rolle gespielt, indem er den engen Zusammenhang

zwischen den Kämpfen der Arbeiterklasse und der Studenten hervorhob und den studentischen Aktionsformen viel aufgeschlossener gegenüberstand, als beispielsweise die CGT. Angesichts der zahlreichen Fabrikbesetzungen hatte er schon in der Woche zwischen dem 13. und 20. Mai 1968 die Losung der "Selbstverwaltung" als offizielle CFDT-Konzeption durchsetzen können. Obwohl diese Losung im Mai 1968, vor allem hinsichtlich ihrer Voraussetzungen, nämlich gesellschaftliches Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln und politische Macht der Arbeiterklasse, noch keineswegs durchdacht war, entsprach sie doch einem wesentlichen Grundzug der Mai-Juni-Ereignisse, dem weit verbreiteten Bedürfnis nach stärkerer Demokratisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Der Begriff der "Selbstverwaltung" (Autogestion) blieb zwar den traditionellen Kernschichten der französischen Arbeiterklasse im Grunde weiterhin fremd, bei Teilen der "Neuen Arbeiterklasse" stieß er aber im Mai 1968 auf unverkennbare Resonanz.

Die Mängel einer isolierten Selbstverwaltungslosung sind noch im Mai 1968 offenkundig geworden; sie fanden ihren Ausdruck in der Hilflosigkeit der CFDT gegenüber den Fragen der politischen Macht. In den folgenden beiden Jahren ist es dem linken Flügel in der CFDT aber gelungen, die Konzeption der "Selbstverwaltung" präziser zu formulieren und in eine Gesamtstrategie der CFDT einzubauen.

Auf dem 35. Kongreß der CFDT (seit Gründung der CFDT im Jahre 1919) im Mai 1970 sprach sich die große Mehrheit der Delegierten für eine sozialistische Gesellschaft auf der Basis der Selbstverwaltung aus:

"Für die CFDT hat dieser (gewerkschaftliche - der Verf.) Kampf die Ersetzung der kapitalistischen und technokratischen Gesellschaft durch eine sozialistische und demokratische Gesellschaft zum grundlegenden Ziel.

... Die drei Merkmale der zu errichtenden Gesellschaft: Selbstverwaltung, gesellschaftliches Eigentum an den Produktions- und Austauschmitteln, demokratische Planung.

... Die Strategie der CFDT ist eine offene Strategie, die darauf abzielt, durch den Klassenkampf die Errichtung dieser Gesellschaft zu beschleunigen.

... Der Übergang von den kapitalistischen Gesellschaft zu dieser Gesellschaft erfordert die Mobilisierung der Gesamtheit der Volkskräfte, denn er verlangt:

- Die Entwicklung der Macht der Arbeiter und ihrer Organisationen in den Unternehmen und der Wirtschaft. -
- Die Herrschaft der ganzen Gesellschaft, also einen qualitativen Sprung, der die Eroberung der politischen Macht auf der Ebene des Staates mit einschließt

Für die CFDT kann die erfolgreiche politische Aktion zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft nur das Werk aller sozialistischen Kräfte, einschließlich der PCF, sein. ... Eine solche Strategie könnte die notwendige Entwicklung der PC begünstigen und die erwünschten Veränderungen der sozialistischen Kräfte beschleunigen." 11)

Auch dieses Programm weist hinsichtlich der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und des Klassencharakters des Staates noch zahlreiche Unklarheiten auf; das eindeutige Votum für eine sozialistische Gesellschaftsordnung hatte aber den Vorzug, die bis dahin bestehenden Differenzen zwischen CFDT und CGT erheblich zu verringern. Das neue strategische Konzept der CFDT ermöglichte die Formulierung des gemeinsamen Aktionsprogramms von CGT und CFDT im Dezember 1970 und die darauf aufbauende Kampagne zur Rentenreform im Frühjahr 1971. Insofern stellte der 35. Kongreß der CFDT einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der französischen Gewerkschaftsbewegung dar.

4.2.3 CGT: Klassengewerkschaft - Massengewerkschaft

Im Gegensatz zur Taktik der beiden anderen Zentralen, ließ das Verhalten der CGT in den letzten Jahren kaum einen Zweifel am Klassencharakter ihrer Aktionen zu. Dennoch unterliefen auch ihr nicht unbedeutende Fehleinschätzungen der realen Bewegung des Klassenkampfes. So unterschätzte sie im Mai-Juni 1968 von allem Anfang an die Bedeutung der Studentenbewegung und das unbestreitbare Vorbild, das diese

in Zielsetzungen und Aktionsformen für gewisse Schichten der Arbeiterklasse (Jungarbeiter, "Neue Arbeiterklasse") bot. Andererseits stellte das feste Beharren der CGT auf der Befriedigung der unmittelbarsten ökonomischen Bedürfnisse der Arbeiterklasse ein entscheidendes Moment in der Ausdehnung der Mai-Juni Streiks zu einer bisher in Frankreich nicht gekannten Massenaktion dar. Die für eine erfolgreiche Weiterführung der Kämpfe notwendige Vermittlung von ökonomischen und politischen Forderungen ist aber auch der CGT nicht gelungen. In den Tagen unmittelbar vor den Verhandlungen von Grenelle hätten bestimmte Übergangsforderungen (Ausdehnung der Arbeiterkontrollrechte in Betrieben) diese Vermittlung leisten können. Die Forderung nach einer Volksregierung, unter Einschluß der Kommunisten, hätte damit in den besetzten Betrieben eine reale Basis gehabt und der Arbeiterklasse eine konkrete Perspektive geboten. Die vom Standpunkt der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft richtige Betonung der politischen Machtfrage mußte infolge der Unterschätzung des spontanen Selbstbetätigungs- und Demokratisierungsbedürfnisses wachsender Teile der Arbeiterklasse abstrakt bleiben und hatte dadurch nicht den notwendigen Mobilisierungseffekt. Die politisierende Wirkung der Fabrikbesetzungen und der zahllosen Diskussionen konnte daher auch von der CGT nicht im notwendigen Ausmaß genutzt werden und kam zum Teil bestimmten linksradikalen Gruppierungen zugute.

Diese Kritik ist innerhalb der CGT nach den Mai-Juni-Ereignissen zunächst vor allem an der Basis in den betrieblichen Gewerkschaftssektionen aufgekommen und hat sich noch im Herbst 1968 in einem Verlust von etwa 3% bis 4% Stimmen bei den Betriebs- und Personalratswahlen zu Gunsten der CFDT bemerkbar gemacht.

4.2.3.1 Exkurs: Zur innergewerkschaftlichen Demokratisierung der CGT

Die Anerkennung der betrieblichen Gewerkschaftssektionen erwies sich seit ihrer Realisierung 1968 als bedeutsamer Motor zur inneren Demokratisierung der CGT.

Im folgenden dokumentieren wir einen Bericht über "Die neuen gewerkschaftlichen Freiheiten, die gewerkschaftliche Demokratie und die gewerkschaftliche Aktivität in den Betrieben", der auf zwei Studientagen der CGT am 5. und 6. Dezember 1968 von zwei Vertretern der betrieblichen Gewerkschaftssektion von Berliet und des Bezirksverbandes Rhône gemeinsam vorgelegt wurde:

Anhand eines Beispiels im größten Betrieb des Departements - Berliet, 12.000 Arbeiter - konnte der Bezirksverband von Rhône aufzeigen, wie sich in diesem Betrieb reale Veränderungen vollzogen haben, seitdem man die neuen gewerkschaftlichen Rechte, die durch eine Sondervereinbarung nach den Kämpfen von Mai und Juni erzielt wurden, voll anwendet. Es ist interessant aufzuzeigen, wie in einem großen Betrieb - wo sich viele Schwierigkeiten häufen, wo sich ein starker ideologischer Kampf abspielt - die offene Aussprache von Gewerkschaftern und Arbeitern, erleichtert durch die Anwendung der neuen gewerkschaftlichen Rechte, es ermöglicht, die Schwierigkeiten zu überwinden.

Seit einigen Jahren verlor unsere Gewerkschaftsorganisation bei den Betriebswahlen im Betrieb Berliet in Vénissieux prozentual an Stimmen. Gleichzeitig stagnierte die Zahl unserer Mitglieder. Es gelang uns nicht, die Zahl von 2.000 Mitgliedern zu erreichen.

Nach einer Analyse dieser Lage kam unsere Gewerkschaft zu dem Schluß, daß, um aus einer Sackgasse herauszukommen, die 17 Gewerkschaftsgruppen in den Werksabteilungen nur durch ein echtes demokratisches Engagement ihre eigentlichen Aufgaben erfüllen können. Die Vereinbarungen vom Juli als Folge der Kämpfe von Mai und Juni sollten es ermöglichen, den entscheidenden Schritt zu tun, um die gewerk-

schaftliche- und Arbeiterdemokratie durchzusetzen.

Bei Berliet schließlich war es notwendig, aufgetretene Fehler in der Leitung der Gewerkschaft zu beseitigen.

Letztere ging in der Regel so vor, daß über die Köpfe der Gewerkschaftssektionen hinweg von den Delegierten verlangt wurde, diesen oder jenen Gewerkschaftsbeschluß in die Praxis umzusetzen.

Zunächst schien diese Art der Leitung den Vorteil zu haben, die Zeit zwischen Beschluß und Durchführung abzukürzen. Dieser illusionäre und vorübergehende Vorteil konnte früher oder später indes nicht verhindern, daß er sich gegen die Gewerkschaft selbst richtete.

- 1.) Die fortlaufende Unterdrückung des demokratischen Lebens in den Gewerkschaftssektionen, die den Arbeitern am nächsten stehen, führt unweigerlich zum Verlust des Kontaktes mit der Massenbasis: den Gewerkschaftern, den Arbeitern.
- 2.) Da es kein Leben in den Gewerkschaftssektionen gibt, können sich die Mitglieder nicht aktiv und selbständig entfalten, man beraubt sich auf diese Weise der Bildung von Gewerkschaftskadern; dies wiederum bewirkt ein Veraltern der Gewerkschaft.
- 3.) Die Führung an der Spitze verschleiert eine gewisse Zeit die Schwächen, die es in diesem oder jenem Sektor gibt. Es ist klar, daß wir unsere Schwächen nur überwinden können, wenn wir sie erkennen.

Die Gewerkschaft kann ihre Macht nur festigen, indem sie ihre Gewerkschaftsgruppen stärkt, die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten erhöht, die kollektive Arbeit, die demokratische Praxis verbessert, die Gewerkschaftsversammlungen in regelmäßigen Zeitabständen ansetzt, die Zeitungen periodisch publiziert.

Von diesem Prinzip ausgehend, organisierten wir 1968 entsprechend der Bedeutung der Gewerkschaftsgruppen, halbe oder ganze 'Studententage', an denen alle Funktionäre teilnahmen

- Delegierte, Kassierer, Materialverteiler - und die meistens während der Arbeitszeit im Rahmen des Bildungsetats stattfanden. Sie hatten zum Ziel, die tatsächliche Lage jeder einzelnen Gewerkschaftsgruppe festzustellen, ihre Rolle festzulegen, die Schaffung eines provisorischen Büros zu beschließen mit der Aufgabe, durch die Gewerkschaftsmitglieder eine Exekutivkommission wählen zu lassen, in der Angehörige aller Abteilungen vertreten sind. Die neu errungenen Rechte und das kürzlich erlassene Gesetz ermöglichten dies.

Diese Studientage wurden alle durchgeführt und wenn wir auch nicht alles regeln konnten, so können wir doch sagen, daß wir nunmehr ein klares Bild von uns haben. Gleichzeitig stellte, nach Aussprache mit den Gewerkschaftsgruppen, die gewerkschaftliche Exekutivkommission einen Arbeitsplan für die Werbung 1968 auf.

Dieser Plan berücksichtigte die Ergebnisse der Wahlen in den einzelnen Werksabteilungen, setzte sich als Ziel, 500 neue Mitglieder bis Juli 1968 zu werben, davon 250 bis zum April- Die erste Etappe wurde mit 100% erfüllt. Im Juli registrierten wir dann 557 neue Aufnahmen. Mit verstärkten Bemühungen und indem die Streiks von Mai und Juni ihre Früchte trugen, erreichten wir dann Ende Dezember 2.500 gewerkschaftlich Organisierte gegenüber 1.800 Ende 1967. Derzeit wird ein Arbeitsplan für 1969 entwickelt, der sich 3.000 gewerkschaftlich Organisierte zum Ziel setzt.

....

Schlußfolgerungen

Aus all dem geht hervor, daß die wichtigste Frage in den großen Betrieben wie Berliet in der strikten Anwendung der gewerkschaftlichen - und der Arbeiterdemokratie besteht. Dies muß sich immer mehr am Arbeitsplatz manifestieren. Das, was noch mangelhaft ist, was man ständig in der Praktizierung der Demokratie verbessern muß, ist unsere Verbindung zu den Massen. So handeln heißt den Forderungen Rechnung tragen, die die Arbeiter im Mai und Juni zum Ausdruck

brachten. Nichts hat sich geändert an der Grundkonzeption der CGT auf diesem Gebiet. Nur die Mittel haben sich geändert. Diese Mittel, die neuen gewerkschaftlichen Rechte, muß man in ihrem Inhalt erkennen, sich ihrer gründlich zur Stärkung und Verbesserung der Aktivität unserer Gewerkschaft bedienen. Sie zeigen die grundlegenden Veränderungen, die im Kräfteverhältnis eingetreten sind. Wie bei Berliet müssen sie es ermöglichen, die Schwierigkeiten in den großen Betrieben zu überwinden. Unsere Positionen bezüglich der wichtigsten anstehenden Fragen den Massen bekannt machen und durch sie billigen lassen, wie die Notwendigkeit der Einführung des gleitenden Lohns, die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Einheitsfront und die Einheit der linken Kräfte - dies ist das vordringlichste Problem."¹²⁾

Auf dem 37. Kongreß der CGT im November 1969 wurde auf Grund der Erfahrungen der Mai-Juni-Ereignisse und des weiteren Verlaufs der Klassenkämpfe die Strategie und Taktik der CGT erneut diskutiert und die Bedeutung demokratischer Masseninitiativen von der Betriebsebene über die lokale und regionale bis zur nationalen Ebene besonders hervorgehoben. Die Befragung der Beschäftigten der EGF, die zur Ablehnung des "Fortschrittsvertrages" und dessen Anti-Streik Klausel führte, war die erste praktische Anwendung dieses strategischen Konzepts, die Kampagne zur Rentenreform, der Versuch, die Masseninitiative auf nationaler Ebene zu wecken.

Aus dem umfangreichen Programm, das auf dem 37. Kongreß der CGT verabschiedet wurde, sollen hier nur einige Grundlinien skizziert werden:

"Der Streik vom Mai-Juni 1968 und die Ereignisse im Frühjahr 1969 verdeutlichen die Bedingungen des sozialen Kampfes in der gegenwärtigen Periode. ... Obwohl die Voraussetzungen für einen grundlegenden Wandel, ..., nicht realisiert werden konnten ... (haben) diese sozialen Kämpfe nicht nur die Durchsetzung wichtiger Tagesforderungen ermöglicht ... sondern auch die Arbeiterklasse ... gestärkt und günstigere

Bedingungen geschaffen, um ihre Interessen zu verteidigen und ihre Ziele zu verfolgen. ... Dennoch blieben die Errungenschaften begrenzt und werden durch die innere Natur des kapitalistischen Systems von den Monopolen stets wieder in Frage gestellt. ... Deshalb kämpft die CGT für die Aufhebung der kapitalistischen Ausbeutung und die Verwirklichung einer neuen Gesellschaftsordnung, die auf Vergesellschaftung der Produktionsmittel beruht. ...

Die CGT setzt sich für die demokratische Nationalisierung der wichtigsten Schlüsselsektoren der Wirtschaft ein (Kredit- und Finanzinstitutionen, Geschäfts- und Depotbanken, Versicherungsgesellschaften, Stahlindustrie, Petroleum- und Atomenergieindustrie, dominierende Gruppen der Elektronik und elektrotechnischen Industrie, die großen chemischen und pharmazeutischen Industrien, die wichtigsten Investitionsgüterindustrien, Luft- und Raumfahrtindustrie, Rüstungsindustrie, Automobilindustrie und Handelsmarine) ... Die Bedeutung der angestrebten Nationalisierung beruht auf der Rolle, die diese Sektoren in der Gesamtwirtschaft spielen und auf den Möglichkeiten, die sie den Werktätigen bieten, demokratisch in das ökonomische Leben einzugreifen. ...

(Im Anhang über die Nationalisierungen heißt es dazu:)

"Die Erfahrung hat bewiesen, daß es nicht genügt, ein Unternehmen zu verstaatlichen, damit es den ökonomischen und sozialen Zielen der Arbeiter entspricht. ... Entscheidend ist der Charakter des Staates. ... nur mit der Unterstützung durch die Politik einer Regierung, die im Dienste der Arbeiter und der gesamten arbeitenden Bevölkerung steht, kann das gesellschaftliche Eigentum an den großen Unternehmen ein wirksames Mittel in den Händen der Nation sein. ..."

Die CGT schlägt anschließend die Grundzüge eines Modells vor, das eine demokratische Wirtschaftsplanung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene unter wirksamer Beteiligung der Gewerkschaften und eine demokratische Leitung der nationalisierten Unternehmen durch einen drittelparitätisch aus Arbeitervertretern, Vertretern der öffentlichen Gewalten (Gemeinden, Regionen, Staat) und Vertretern von Lieferanten und Kunden zusammengesetzten Verwaltungsrat vorsieht. ...

Die CGT mißt dem legitimen Anspruch der Arbeiter entscheidenden Anteil an der Leitung der Unternehmen und der Gesamtwirtschaft zu nehmen, allergrößte Bedeutung bei. ... Die konkreten Formen der Realisierung dieses Anspruches werden Gegenstand der Diskussion all der demokratischen Kräfte sein müssen, die sich über ein entsprechendes Regierungsprogramm einigen."¹³⁾

4.2.4 Gewerkschaften und Sozialismus - Zur Diskussion zwischen CGT und CFDT

Nachdem sich die CFDT auf ihrem 35. Kongreß im Frühjahr 1970 erstmals für die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft ausgesprochen hatte und mit dem zweiten gemeinsamen Aktionsprogramm von CGT und CFDT am Ende des gleichen Jahres sich die Beziehungen zwischen den beiden Gewerkschaftszentralen nach den Auseinandersetzungen der Jahre 1968/69 wieder eindeutig verbessert hatten, waren nach Ansicht der CGT die politisch-ideologischen Voraussetzungen für eine Diskussion über den sozialistischen Aufbau und die Wege seiner Realisierung herangereift.

4.2.4.1 Überlegungen der CGT über "Die Perspektiven des Sozialismus für Frankreich und die Rolle der Gewerkschaften"

Im Mai 1971, gleichzeitig mit der Kampagne um die Rentenreform und dem Streik der O.S. bei Renault (vgl. S.263 ff), veröffentlichte die CGT ein Diskussionspapier (Thèmes de réflexion) über "Die Perspektiven des Sozialismus für Frankreich und die Rolle der Gewerkschaften".¹⁴⁾ In einer Resolution ihres nationalen Bundeskomitees sprach sie die Erwartung aus, daß diese "Überlegungen", parallel zu den gemeinsamen Aktionen, Diskussionen mit der CFDT und der Lehrergewerkschaft FEN auslösen werden, mit dem Ziel, "gemeinsame Grundanschauungen und Konzeptionen herauszufinden."¹⁵⁾

In dem Dokument, das hier nur in seinen wesentlichen Zügen dargestellt werden kann, heißt es zur Rolle der CGT im Kampf um den Sozialismus:

"Sie (die CGT - W.G.) setzt sich die Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung insbesondere durch die Vergesellschaftung der Produktions- und Austauschmittel zum Ziel. Sie bleibt damit ihrer Herkunft und dem Willen ihrer Gründer treu, die ihr diese emanzipatorische Aufgabe gestellt haben.

Den Inhalt des Sozialismus, sowie die Wege und Mittel seiner Verwirklichung in Frankreich zu definieren kann weder die Aufgabe einer einzigen Organisation noch die Aufgabe der Gewerkschaften allein sein. Dies muß vielmehr das gemeinsame Werk aller beteiligten politischen und gewerkschaftlichen Gruppen sein.

Die politischen Parteien, die sich den Sozialismus zum Ziel gesetzt haben, besitzen die Hauptverantwortung.

Als Massenorganisation, die Arbeiter mit unterschiedlichen Auffassungen vereint, will die CGT nicht diese Parteien ersetzen. Sie stellt sich daher nicht die Aufgabe, alle Fragen, die sich hinsichtlich des Sozialismus ergeben, zu beantworten.

Aber sie ist der Auffassung, daß sie, ausgehend von den Problemen, die für die Gewerkschaftsorganisationen von Bedeutung sind, ihren eigenen wichtigen Beitrag zur Klärung und Lösung der damit zusammenhängenden Fragen zu leisten hat."¹⁶⁾

Im zweiten Abschnitt legt die CGT ihre Auffassung zum Sozialismus und zur Rolle der Gewerkschaften bei dessen Aufbau dar. Zum Sozialismus heißt es zunächst:

"1. Der Sozialismus verwirklicht die uralte Bestrebung der Unterdrückten. Er ist ein ökonomisches und soziales System, in dem die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist, in dem sich niemand durch die Arbeit eines anderen bereichern kann. Sein Ziel ist infolgedessen die Befriedigung der wachsenden materiellen und intellektuellen Bedürfnisse der Arbeiter und des ganzen Volkes; die Schaffung geeigneter Voraussetzungen um den Menschen von aller

politischen, wirtschaftlichen und sozialen Unterdrückung zu befreien sowie die vollkommene Entfaltung seiner Fähigkeiten und seiner Persönlichkeit zu ermöglichen.

2. Die grundsätzlichen Voraussetzungen des Sozialismus sind:
- Die Ersetzung des kapitalistischen Eigentums an den großen Produktions- und Tauschmitteln durch gesellschaftliches oder kollektives Eigentum.
 - Die Errichtung einer politischen Macht, welche den Interessen der Arbeiterklasse und der werktätigen Schichten entspricht, die durch ihr Bündnis das Mittel finden, den Aufbau des Sozialismus zu erreichen. Eine Macht, die auf allen Gebieten des Lebens der Gesellschaft die **breiteste Demokratie durch das Volk und für das Volk gewährleistet.**"¹⁷⁾

In den folgenden Punkten 3 bis 6 werden die unterschiedlichen Formen des gesellschaftlichen bzw. kollektiven Eigentums, die Notwendigkeit einer demokratischen Planung des Wirtschaftsprozesses auf allen Ebenen und die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften behandelt. Dort heißt es u.a.:

"Die sozialistische Wirtschaft ist eine geplante Wirtschaft, die nach einer harmonischen Entwicklung der Produktivkräfte trachtet, um die Befriedigung der individuellen und kollektiven Bedürfnisse der Bevölkerung zu gewährleisten.

Die Planung ermöglicht die notwendige Leitung der gesamten modernen Wirtschaft unter Berücksichtigung der wissenschaftlichen Daten der Zusammenhänge der wirtschaftlichen und sozialen Erscheinungen und der Notwendigkeiten der internationalen Zusammenarbeit." ... "Ihr demokratisches Wesen ist gewährleistet durch die breiteste Beteiligung der Arbeiter und ihrer Organisationen auf allen Ebenen der Ausarbeitung, der Ausführung und der Kontrolle des Planes, der in letzter Instanz von der nationalen Vertretung bestimmt wird." ...

"Übertriebene Zentralisierung und bürokratische Fehler werden durch die Gewährleistung der vollen Verantwortung der Unternehmen und durch eine ständige Zusammenarbeit zwischen ihnen und den verantwortlichen Organen der Wirtschaft und

und der Planung verhütet werden.

Der demokratische Charakter der Leitung der Unternehmen wird gesichert durch eine Vielzahl von Mitteln und Methoden, die eine breite Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung der verschiedenen Stufen der Unternehmen ermöglichen, wie z.B. Beteiligung ihrer gewählten Vertreter an den Leitungsinstanzen, ausgedehnte Rechte der Arbeiter und der Gewerkschaften auf Information, Diskussion, Ausarbeitung der Orientierungen, Kontrolle der Verwaltung und der Durchführung der Entscheidungen, an denen sie beteiligt sind."¹⁸⁾

Am Ende des Abschnittes über den Sozialismus wird sein Verhältnis zur Demokratie näher bestimmt:

"7. Der Sozialismus stellt ein höheres Niveau der Demokratie dar. Die sozialistische Demokratie wird den Rechten und Freiheiten, die unter der bürgerlichen Demokratie nur einen begrenzten und vorübergehenden und sogar formal und verfälschten Charakter haben, einen realen Inhalt geben und wird sie wesentlich ausdehnen. Sie hat das Ziel, die aktivste Beteiligung der Bürger am Leben der Gesellschaft, an ihrer Organisation, der Ausarbeitung der Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen, an der Führung der öffentlichen Angelegenheiten und ihre Kontrolle zu gewährleisten. Sie trachtet danach, stufenweise aus jedem ein voll verantwortliches Mitglied der Gesellschaft zu machen und die Volksinitiative zu fördern.

Sie gewährleistet den Arbeitern und ihren Kindern einen breiten Zugang zur Bildung, zur Kultur und zur Verantwortung auf allen Gebieten.

Die sozialistische Demokratie garantiert vollkommen alle individuellen und kollektiven Freiheiten, die politischen und sozialen Rechte der Bürger im Rahmen der Anerkennung der sozialistischen Legalität."¹⁹⁾

Anschließend wird in dem Diskussionspapier eingegangen auf "die Rolle der Gewerkschaften in dem gemeinsamen Werk des Aufbaus des Sozialismus in Frankreich":

"Der Aufbau des Sozialismus in Frankreich wird das gemeinsame Werk all der demokratischen Organisationen sein, die sich daran beteiligen wollen, - also auch der Gewerkschaften. Sie werden dies notwendig im Rahmen eines Bündnisses tun, das auf einem gemeinsam ausgearbeiteten Programm beruht. Die CGT ist der Auffassung, daß die Gewerkschaften einen entscheidenden Anteil an diesem gemeinsamen Werk haben werden, unter den Bedingungen, die sich aus ihren Besonderheiten ergeben, vor allem aus der Geschichte und Tradition der Gewerkschaftsbewegung in unserem Land.

Als Massenorganisation werden sie ihre Unabhängigkeit dem Staat und den politischen Parteien gegenüber bewahren. In voller Souveränität, auf der Grundlage der breitesten gewerkschaftlichen Demokratie will die CGT ihre Rolle in einem sozialistischen Frankreich ausüben.

Als Gewerkschaftsorganisation darf ihre Aufgabe nicht verwechselt werden mit der von politischen Parteien, deren Aufgabe es ist zu regieren.

Ihre Hauptrolle bleibt die Verteidigung der Interessen der Arbeiter. Sie wird sich darum bemühen, daß die Entwicklung der Wirtschaft so gut wie möglich ausgenützt wird für die Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebens der Werktätigen. ...

Als Organisation der Klasse, die am meisten am Sozialismus interessiert ist und aller Lohnabhängigen, wird sie verantwortungsbewußt zum Aufbau und zum Erfolg der neuen Gesellschaft beitragen. ...²⁰⁾

Das Schlußkapitel des CGT-Dokuments behandelt als unmittelbar anzustrebendes Ziel "die wirtschaftliche und politische Demokratie" als eine den besonderen französischen Verhältnissen angemessene Form des Übergangs zum Sozialismus. Dabei bezieht sie sich auf das Programm, das bereits auf dem 37. Bundeskongreß im November 1969 verabschiedet worden war, in dem die Einzelheiten ihrer Vorstellungen über Struktur und Dynamik dieser gesellschaftlichen Übergangsform ausführlich behandelt wurden (vgl. S.286 f). Wir beschränken uns daher hier auf die auszugsweise Wiedergabe der Begründung für die Notwendigkeit einer solchen Übergangsform, nicht

zuletzt auch, weil gerade dieser Gesichtspunkt in der folgenden Diskussion mit der CFDT von nicht unerheblicher Bedeutung war.

"Der Sozialismus stellt eine revolutionäre Umwandlung dar, eine grundsätzliche Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Gesellschaft. Er ist nicht eine einfache Summe von demokratischen Errungenschaften.

Er kann nur das Ergebnis des Mehrheitswillens des Volkes sein, das heißt, der Arbeiterklasse und der sozialen Schichten, die ihre Verbündeten sein können und müssen.

Er erfordert einen intensiven Massenkampf, um den hartnäckigen Widerstand der Großbourgeoisie zu brechen.

Es müssen Voraussetzungen geschaffen werden, damit dieser Mehrheitswille und das soziale und politische Kräfteverhältnis den Übergang zum Sozialismus erlauben.

Diese Lage besteht heute noch nicht. Was es heute gibt, ist die Tatsache, daß die Mehrheit der Bevölkerung, die Gesamtheit der Arbeiter und der übrigen werktätigen Schichten der Bevölkerung, Opfer der Politik der kapitalistischen Monopole und ihrer Regierung sind und daß sie ein Interesse haben, gegen deren Vorherrschaft zu kämpfen.

Sie haben ein Interesse demokratische Veränderungen durchzusetzen, die es ermöglichen, dem Land einen anderen Weg zu eröffnen, die Interessen der Arbeiter und der Volksmassen zu verteidigen und die Beseitigung der Herrschaft der kapitalistischen Monopole über die Wirtschaft und das Leben des Landes zu erreichen. Die Zusammenführung dieser Kräfte, die Durchsetzung dieser Veränderungen, das sind die aktuellen Ziele, die es ermöglichen, die geeigneten Bedingungen herzustellen um den Weg zu einer sozialistischen Transformation der Gesellschaft zu eröffnen."²¹⁾

4.2.4.2 Beitrag der CFDT für einen demokratischen Sozialismus

Ende 1971 veröffentlichte die CFDT ihre Antwort auf das Diskussionspapier der CGT. Schon in dem Interview des neuen Generalsekretärs Edmond Maire, das der Buchveröffentlichung des CFDT-Beitrages²²⁾ vorangestellt ist, wird deutlich, daß sich die CFDT eher zu einer Konfrontation der Standpunkte als zu einer Suche nach "gemeinsamen Grundanschauungen und Konzeptionen" (CGT) entschlossen hatte.

Maire: "Es gibt keinen Zweifel, daß zwischen dem Sozialismus der CGT und dem demokratischen Sozialismus der CFDT ein grundlegender Unterschied besteht." ... "Es handelt sich nicht darum, zu einem gemeinsamen Text zu kommen. Wir wollen sehr ernsthaft und sehr aufrichtig sehen, welches die wirklichen Meinungsverschiedenheiten sind, um falsche Polemiken zu vermeiden und die Konzeptionen des einen und des anderen fortzuentwickeln. Man weiß, daß wir uns selbst entwickeln; wir haben uns schon entwickelt und sind bereit dies fortzusetzen. Aber in einer wahren sozialistischen und demokratischen Perspektive müssen sich auch die anderen fortentwickeln. Wir glauben nicht, daß die Widersprüche der Arbeiterbewegung durch den Sieg der einen und die Niederlage der anderen gelöst werden können. Die Divergenzen müssen durch den Fortschritt aller überwunden werden."²³⁾

Maire verschweigt auch nicht, wie er sich diesen Fortschritt im einzelnen vorstellt:

"Die Beziehungen zwischen den Organisationen, die sich für den demokratischen Sozialismus aussprechen, müssen zum Teil konfliktuell sein. Das Wort scheint vielleicht stark. Aber dies ist unerläßlich, wenn man möchte, daß die Sozialistische Partei wächst, daß die PSU wächst, daß die CFDT wächst, daß die Kommunistische Partei sich wandelt (bouge) und daß die CGT das gleiche tut."²⁴⁾

Der Text des CFDT-Beitrages umfaßt zwei Teile. Im ersten Teil wird die Position der CFDT dargestellt, der zweite Teil

enthält eine kritische Auseinandersetzung mit den "Überlegungen" der CGT.

Um den Gang der Diskussion möglichst sinnvoll zu rekonstruieren, beginnen wir zunächst mit diesem zweiten Teil.

Die relativ ausführliche Kritik, die ist länger als der kritisierte Text selbst, folgt im Aufbau im großen und ganzen den "Überlegungen" der CGT. Der Einzelkritik vorangestellt ist jedoch der Versuch der CFDT, die Grundkonzeption der CGT kurz zu charakterisieren. "Hauptziel des Textes (der CGT - W.G.) scheint die Suche nach einer Union der Linkskräfte zum Zwecke eines politischen Wahlsieges zu sein."²⁵⁾

Dies ist einer der zentralen Gesichtspunkte. Die CFDT wendet sich an zahlreichen Stellen ihrer Kritik und ihres eigenen Programms entschieden gegen jeden "Elektoralismus", d.h. gegen die Konzentration der gewerkschaftlichen und politischen Aktionen auf Wahlerfolge. Freilich hat sie durch die Formulierung "scheint ... zu sein" auf den Nachweis einer solchen Konzeption in dem CGT-Papier verzichtet. Tatsächlich enthalten die "Überlegungen" keine Stelle, die eine solche Wahlorientierung erkennen läßt. Allerdings schließen sie auch keinerlei ökonomische und politische Kampfformen aus, so daß Wahlen in der Gesamtstrategie der CGT durchaus eine politische Funktion haben, wenn sie auch keineswegs als erstrangig und vor allem nicht als spezifisches Kampfmittel der Gewerkschaftsbewegung gesehen werden. Erstrangig und auch der Gewerkschaftsbewegung adäquat ist nach Ansicht der CGT vielmehr die Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung zur Verteidigung ihrer "moralischen und materiellen Interessen" zunächst innerhalb des bestehenden Systems und schließlich darüber hinaus zur Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung überhaupt durch die Errichtung des Sozialismus. Voraussetzung dazu, daß der erste Aspekt in den zweiten übergehen kann, ist danach jedoch die Sammlung all derjenigen gesellschaftlichen Kräfte, die objektiv, über "primäre" oder "sekundäre" Mechanismen vermittelt,²⁶⁾ Opfer der Ausbeutung innerhalb der bestehenden Struktur der kapitalistischen Produktionsverhältnisse sind. Wahlen sind dabei lediglich ein Moment des Prozesses dieser

Massenmobilisierung, die einen numerischen, und daher nur begrenzten Ausdruck des jeweils erreichten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses darstellen. In der Ausarbeitung und Propagierung eines gemeinsamen Programms sieht die CGT dagegen ein entscheidendes Instrument zur Mobilisierung der Massen einerseits und zur Orientierung der Arbeiterorganisationen im Falle einer Übernahme der Regierungsmacht andererseits.

Eine gründliche Analyse des CFDT-Beitrages ergibt nun, daß ihre Konzeption, trotz aller Polemik, in Bezug auf die Funktion von Wahlen im Zusammenhang mit der sozialistischen Transformation der Gesellschaft nicht wesentlich verschieden ist von der skizzierten CGT-Position.

Zur Form und Methode des Übergangs heißt es in dem CFDT-Papier:

"Wenn für die CFDT die sozialen Kämpfe und die Aktionen der Volksmassen auch die wesentliche Achse ihrer Strategie darstellen, schließt sie die Möglichkeit einer Änderung der politischen Macht durch Wahlen nicht aus."²⁷⁾

Sie verweist anschließend darauf, daß eine sozialistische Mehrheit jedoch nur erhalten werden kann, wenn diese sich stützt auf die "permanente Mobilisierung der Werktätigen".²⁸⁾

Wesentliche Unterschiede zur CGT-Position bestehen dagegen in mindestens drei entscheidenden und eng miteinander zusammenhängenden Fragen, die sich aus dem bisher dargelegten ergeben: Erstens, wie kommt die in jedem Fall erforderliche Mehrheit für den Sozialismus zustande? Zweitens, sind Übergangsformen notwendig und wenn ja worin besteht ihr gesellschaftlicher Charakter und ihre spezifische politische Zielsetzung? Drittens, worin besteht das Wesen der angestrebten sozialistischen Gesellschaft?

Die unterschiedliche Beantwortung dieser drei Fragen durch die beiden Gewerkschaften hängt entscheidend von ihrer jeweiligen gesellschaftstheoretischen Grundposition, insbesondere von ihrer Analyse der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft ab.

Die CGT geht von der marxistischen Position aus, daß das grundlegende kapitalistische Produktionsverhältnis die Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital darstellt und daß alle übrigen ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse, einschließlich der politischen und ideologischen Herrschaftsverhältnisse, auf diesem Grundverhältnis beruhen. Entsprechend ist nach Ansicht der CGT die Abschaffung der Ausbeutung durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die damit mögliche Orientierung der Produktion an den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung, das wichtigste Merkmal der sozialistischen Gesellschaft, das freilich die politische Macht der Arbeiterklasse zur Voraussetzung hat und aus dem sich weitere wesentliche Merkmale, wie die demokratische Planung der gesellschaftlichen Entwicklung und die dazu erforderliche Demokratisierung aller gesellschaftlichen und politischen Institutionen und Entscheidungsprozesse ergeben.

Dieser relativ geschlossenen, wenn auch in den "Überlegungen" der CGT nicht in allen Einzelheiten explizierten, theoretischen Position, steht auf Seiten der CFDT eher eine Mischung aus theoretischen und pragmatischen Orientierungen gegenüber. Charakteristisch hierfür ist das in dem gleichen Buch veröffentlichte Interview mit dem verantwortlichen Sekretär der CFDT für Fragen der Forderungsaktionen, Fredo Krumnow, dem leitmotivisch der Satz Krumnows vorangestellt ist:

"Wenn die CFDT sozialistisch geworden ist, so nicht durch die Lektüre von Marx, Lenin, Mao oder Marcuse..."²⁹⁾, sondern durch die Reflexion ihrer eigenen Erfahrungen. Eine umfassende Untersuchung der ideologischen Grundlagen der CFDT, die hier nicht vorgenommen werden kann,³⁰⁾ würde jedoch ergeben, daß neben den bereits genannten Theoretikern sogar weitere Theoriestücke aus der Tradition des Anarchö-Syndikalismus, des Proudhonismus und selbst des christlichen Personalismus, des Existenzialismus usw. in diese Reflexion ihrer eigenen Erfahrungen eingegangen sind.³¹⁾

Die entscheidende theoretische Differenz zur CGT besteht darin, daß die CFDT nicht von der materialistischen These ausgeht, wonach die Produktionsverhältnisse die Grundlage aller übrigen gesellschaftlichen Verhältnisse darstellen, sondern die These vertritt, daß alle gesellschaftlichen Sphären in gleicher Weise bedeutsam und wechselseitig voneinander abhängig sind und daher auch gleichrangig und gleichzeitig verändert werden müssen.

"Für die CFDT ist der Kapitalismus also ein System, das (folgende Elemente) umfaßt:

- eine bestimmte ökonomische Organisation (Privateigentum und ökonomischer Liberalismus);
- einen bestimmten Typus sozialer Beziehungen (Hierarchie, Herrschaft einer Minderheit);
- eine Ideologie, die zum Ziel hat, durch Übertreibung des ökonomischen Liberalismus und des individuellen Erfolgstrebens zu Lasten der kollektiven Bereiche des Lebens, die Individuen so zu konditionieren, daß die Herrschaft einer gesellschaftlichen Minderheit gesichert wird.

Diese drei Elemente sind interdependent. Dies erklärt im übrigen die unleugbare Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus. Gegen den Kapitalismus kämpfen, bedeutet also gegen diese drei Aspekte: ökonomisch, sozial, ideologisch simultan zu kämpfen."³²⁾

Aus der Gleichrangigkeit aller drei Elemente folgt also die Notwendigkeit eines gleichrangigen und gleichzeitigen Kampfes gegen die Ausbeutung, gegen die Ungleichheit, gegen die Entfremdung.³³⁾ Indem so der dialektische Zusammenhang der verschiedenen Momente der gesellschaftlichen Verhältnisse (Produktions-, Herrschafts- und Bewußtseinsverhältnisse), in dem die Produktionsverhältnisse das übergreifende und daher "in letzter Instanz" bestimmende Moment sind, aufgelöst wird in ein bloß äußerliches Wechselverhältnis voneinander "an sich" unabhängiger Momente (Reflexionsverhältnis), wird im Prinzip der materielle Prozeßcharakter sowohl der Bewegung des Kapitalismus als

auch des Übergangs zum Sozialismus geleugnet. Wie wir noch sehen werden, wird der Prozeß damit reduziert auf den Aspekt der Bewußtseinsbildung, ohne daß dessen materiellen Konstitutionsbedingungen weiter geklärt werden.

Diese unterschiedlichen Ausgangspositionen von CGT und CFDT haben eindeutige Konsequenzen für die Beantwortung der drei oben genannten Fragen.

Durch die Hervorhebung der Produktionsverhältnisse und der sich darin realisierenden Ausbeutungsverhältnisse, ergibt sich für die CGT, aufgrund der entwickelten Ausbeutungsformen des Monopolkapitalismus, die Notwendigkeit und Möglichkeit eines breiten antimonopolistischen Bündnisses gegen die ökonomische und die sich daraus ableitende politische Vorherrschaft des Großkapitals. Das unmittelbare Ziel dieses Bündnisses ist die Errichtung einer "ökonomischen und politischen Demokratie", deren gesellschaftlicher Charakter auf der Einschränkung der Macht des Großkapitals durch die Nationalisierung der Schlüsselsektoren der Wirtschaft beruht. Das damit veränderte gesellschaftliche Kräfteverhältnis der Klassen soll dann über die aktive Einbeziehung der Werktätigen in den gesellschaftlichen Demokratisierungsprozeß die ökonomischen, politischen und vor allem auch die bewußtseinsmäßigen Voraussetzungen schaffen für den Übergang zum Sozialismus. Erst auf der Basis der vollen Vergesellschaftung der Produktionsmittel im Sozialismus kann die "Ausbeutung des Menschen durch den Menschen" endgültig beseitigt und ein qualitativ höheres Niveau der Demokratie erreicht werden, in der die Menschen "von allen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Unterdrückungen befreit sind und die vollkommene Entfaltung ihrer Fähigkeiten und ihrer Persönlichkeiten möglich wird."³⁴⁾

Für die CFDT ergibt sich aus ihrer Analyse die Notwendigkeit, die sozialen Kämpfe gegen den ausbeuterischen, autoritären und entfremdeten Charakter der gesellschaftlichen Beziehungen im Kapitalismus gleichzeitig zu richten und dabei vor allem den Bewußtwerdungsprozeß soweit voranzutreiben, bis die Mehrheit des Volkes bereit ist, "einen

sozialistischen Entwurf" (projet socialiste)³⁵⁾ aktiv zu unterstützen. Dadurch entfällt für sie auch die sozial-ökonomische und politische Problematik der Bündnisfrage weitgehend, die aufgelöst wird in die allgemeinere Problematik der Bewußtseinsbildung.

Da der Kampf gleichzeitig und auf allen Ebenen und Bereichen der Gesellschaft aufgenommen werden kann und muß, entfällt zugleich eine besondere gesellschaftliche und politische Übergangsform. Die von der CGT zunächst angestrebte "wirtschaftliche und politische Demokratie" erscheint der CFDT daher nicht als ein Weg zum, sondern als "Flucht vor der Frage des Sozialismus".³⁶⁾ Nach ihrer Ansicht steht der unmittelbare Übergang zum Sozialismus auf der Tagesordnung.³⁷⁾ Dieser kann nur von denjenigen verwirklicht werden, die sich eindeutig und ohne Sonderinteressen auf seine Seite stellen. Die CFDT bezweifelt, daß es tatsächlich ein gemeinsames Programm aller antimonopolistischen Kräfte geben kann, da deren Interessen oft widersprüchlich seien.³⁸⁾

"Wir bestreiten den Wert einer solchen anti-monopolistischen Sammlung, die uns kaum geeignet zu sein scheint, Perspektiven zu eröffnen, denn sie beruht weder auf einer gemeinsamen Zielsetzung (projet!) noch auf einer wirklich fundierten Solidarität."³⁹⁾

Auch diese Einschätzung beruht letztlich auf der undialektischen Annahme einer prinzipiellen Gleichrangigkeit und der entsprechend notwendigen Gleichzeitigkeit aller Aktionen gegen den Kapitalismus und beim Übergang zum Sozialismus. Diese Position spiegelt sich auch wieder in der Begründung der "drei wesentlichen Prinzipien" (Selbstverwaltung, demokratische Planung, gesellschaftliches Eigentum) und der "zwei komplementären Aspekten" (dezentralisierte politische Institutionen, neue soziale und internationale Beziehungen) des von der CFDT konzipierten demokratischen Sozialismus.⁴⁰⁾ Diese "Prinzipien" und "Aspekte" werden selbst nicht aus dem realen Prozeß der Vergesellschaftung der Arbeit und der Entwicklung der Produktivkräfte herausentwickelt, sondern sie werden als weitgehend abstrakte Postulate dem realen Prozeß gegenübergestellt, was letztlich auf eine

idealistische, weil auf einer spezifischen Idee vom demokratischen Sozialismus beruhenden Begründung hinausläuft.

Da wir auf diesen sehr wichtigen Punkt weiter unter in der Auseinandersetzung mit der Haltung der CFDT zum "Gemeinsamen Regierungsprogramm" noch einmal zurückkommen werden, braucht diese Problematik hier nicht weiter ausgeführt zu werden.

Festzuhalten bleibt jedoch zum Abschluß, daß diese Periode der Strategiediskussion zwischen den beiden Gewerkschaften vor allem durch den schroffen Konfrontationskurs der CFDT⁴¹⁾, in gewissem Maße aber auch durch die anschließende CGT-Polemik⁴²⁾, Ende 1971 und Anfang 1972 in eine Sackgasse geraten war. Neue und entscheidende Impulse erhielt die Diskussion jedoch durch die wesentlich langfristiger, wenn auch keineswegs müheloser, verlaufende Diskussion zwischen den politischen Arbeiterparteien, der wir uns nunmehr zuwenden.

4.3 Die Politisierung der Klassenauseinandersetzungen und die Rolle der Arbeiterparteien seit Mitte der 60er Jahre

In der bisherigen Darstellung der Klassenauseinandersetzungen seit 1968 sind die politischen Parteien der Linken weniger häufig hervorgetreten als die Gewerkschaften. Dies liegt zum einen daran, daß dem traditionellen Tätigkeitsbereich der Gewerkschaften, der Verteidigung der unmittelbaren ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse, unter den Bedingungen hochentwickelter kapitalistischer Gesellschaften selbst zunehmende politische Bedeutung zukommt und zum andern daran, daß zahlreiche wichtige Einzelaktionen bestimmter Arbeitergruppen notwendigerweise allein von den Gewerkschaften organisiert werden können. Dennoch zeigte sich, daß immer, wenn die Aktionen ein gesamtgesellschaftliches Niveau erreichten, wie im Mai-Juni 1968, im April-Mai 1969, im Mai 1971 und vor allem seit der zweiten

Hälfte des Jahres 1972 die politischen Parteien den weiteren Verlauf des Klassenkampfes entscheidend bestimmten. Zugleich wurde aber auch deutlich, daß auf dem allgemeinen politischen Niveau die Differenzen in den Konzeptionen der verschiedenen Arbeiterparteien eine gemeinsame politische Aktion lange Zeit verhindert hatten. Insofern war es für den weiteren Verlauf der Klassenkämpfe entscheidend, daß es den Parteien der Linken in einem langwierigen und mühevollen Annäherungsprozeß im Jahre 1972 endgültig gelungen ist, ein gemeinsames Regierungsprogramm (als Alternative zum bestehenden System) zu formulieren.

Bis zum Jahre 1968 hatte es zwischen den sozialistischen Parteien und der kommunistischen Partei lediglich gewisse Minimalübereinkünfte für den Abschluß begrenzter Wahlbündnisse gegeben. Der Diskussion eines umfassenden sozialistischen Alternativprogramms standen bis dahin zahlreiche historische und politische Hindernisse im Wege, die sich aus der rund fünfzigjährigen politischen Spaltung der Arbeiterklasse ergaben.

Wir können hier nur auf einige wesentliche Aspekte des schwierigen und oft widerspruchsvollen Prozesses der Annäherung von Sozialisten und Kommunisten in der gemeinsamen Opposition gegen das gaullistische Regime eingehen und kurz die Konzeptionen der einzelnen Parteien sowie den erreichten Stand ihrer Annäherung skizzieren.

4.3.1 Sozialistische Partei: Sozialdemokratie - Klassenkampf und Sozialismus

Die französische Sozialistische Partei, die seit der Vereinigung mehrerer sozialistischer Gruppierungen im Jahre 1905, bis 1968 den traditionellen Namen "Section Francaise de l'Internationale Ouvrière (SFIO)" beibehielt,⁴³⁾ war eine der politischen Säulen der IV. Republik. Mit der katholisch-bürgerlichen Republikanischen Volksbewegung MRP und der kleinbürgerlich-liberalen Radikalen Partei versuchte

sie lange Zeit in stets wechselnden Koalitionen eine "dritte Kraft" zwischen Kommunisten und Gaullisten zu schaffen. Während der 50er Jahre hatte sie wesentlichen Anteil an der imperialistischen Politik Frankreichs in Indochina und Algerien und wurde als linkes Bollwerk gegen den Kommunismus angesehen. Selbst angesichts des Zusammenbruchs der IV. Republik und der gaullistischen Machtübernahme verweigerte sie jedes Bündnis mit den Kommunisten und sprach sich für die Zustimmung zur autoritären Verfassung der V. Republik aus. Eine linke Minderheit, die sich schon gegen die Algerienpolitik gewandt hatte, trennte sich daraufhin 1958 endgültig von der SFIO und bildete eine "autonome sozialistische Partei" (PSA), die sich 1960 mit anderen linkssozialistischen trotzkistischen und ehemals kommunistischen Splittergruppen⁴⁴⁾ zur Vereinigten Sozialistischen Partei (Parti Socialiste Unifié - PSU) zusammenschloß, die zunächst aber keinen größeren Einfluß gewinnen konnte.

Die unentschlossene Opposition der SFIO gegenüber der antisozialen Politik der Gaullisten⁴⁵⁾ schwächte das Vertrauen, das immer noch große Teile der Lohnabhängigen der SFIO entgegengebracht hatten. Ihr Stimmenanteil, der bei den Parlamentswahlen 1958 noch 15,7% betragen hatte, verringerte sich 1962 auf 12,6%, die Zahl ihrer Wähler ging von 3,2 Mill. (1958) auf 2,3 Mill. (1962) zurück. Die PSU, die sich 1962 erstmals an den Wahlen beteiligte, erreichte mit 450.000 Stimmen rund 2,4%, konnte damit aber keineswegs die Verluste der SFIO ausgleichen.

Angesichts der fatalen Niederlage versuchte die SFIO sich enger an die Radikale Partei anzuschließen, deren Generalsekretär Maurice Faure ein "zentristisches" Bündnis aus den drei Koalitionspartnern der IV. Republik, der katholischen MRP, den Radikalen und den Sozialisten mit dem Ziel einer "Volkspartei" im Stile der amerikanischen Demokraten anstrebte. Guy Mollet, langjähriger Sekretär der SFIO, befürchtete jedoch, ein solches Bündnis mit der bürgerlichen Mitte würde die traditionellen sozialistischen Wählermassen noch mehr der Partei entfremden.

Obwohl es schon 1962 in einigen Wahlkreisen zu gewissen Wahlabständen zwischen Sozialisten und Kommunisten gekommen war,⁴⁶⁾ war es vor allem der Bergarbeiterstreik im März 1963, der die offizielle Kontaktaufnahme zwischen SFIO und PCF begünstigte. Seit mehreren Jahren war es zum ersten Mal zur Aktionseinheit aller drei Gewerkschaftszentralen gekommen und die Regierung, die die Streikenden mittels eines Erlasses vergeblich zur Wiederaufnahme der Arbeit zwangsverpflichten wollte, mußte nach einem Monat den Forderungen der Streikenden nachgeben (vgl. S. 69 ff). Die sozialen Auseinandersetzungen verschärfen sich 1963 soweit, daß dieses Jahr mit rund 6 Mill. Streiktagen die längsten Streikkämpfe seit 1953 brachte. Dadurch erlangten die wiederholten Vorschläge der PCF zu gemeinsamen Aktionen und zur Vorbereitung der Präsidentschaftswahl 1965 neues Gewicht. Zwar versuchte der rechte Flügel der SFIO mit der Präsidentschaftskandidatur des Marseiller Bürgermeisters Gaston Defferre das zentralistische Bündnis dennoch voranzutreiben.⁴⁷⁾ Als die PCF aber deutlich machte, daß sie Defferre unter keinen Umständen unterstützen würde, mußte dieser seine Kandidatur zurückziehen. An der Basis der Partei wurde die Forderung nach einem gemeinsamen Kandidaten der ganzen Linken immer häufiger geäußert. Gleichzeitig gewannen die zum Teil schon in den 50er Jahren entstandenen Clubs, die sich 1963 zur Convention des Institutions Républicaines (CIR) zusammengeschlossen hatten, wachsenden Einfluß auf den linken Flügel der Radikalen Partei und auf große Teile der SFIO.⁴⁸⁾ Einer ihrer Führer, François Mitterand, setzte sich für eine schrittweise Vereinigung der linken Radikalen, der Clubs und der SFIO ein, die von ihm als organisatorische Basis für ein Wahlbündnis mit den Kommunisten angesehen wurde. 1965 wurde die "Fédération der demokratischen und sozialistischen Linken" (FGDS) gegründet und François Mitterand nach Zustimmung der Kommunisten zum Einheitskandidaten der Linken gegen de Gaulle nominiert. Im Dezember 1965 erhielt Mitterand knapp 45% der im 2. Wahlgang abgegebenen Stimmen. Die neue Linksföderation war freilich weder organisatorisch noch programmatisch gefestigt.⁴⁹⁾ Die drei Formationen SFIO,

CIR und Radikale Partei blieben weitgehend selbständig. Der rechte Flügel der SFIO um Defferre suchte immer noch das Bündnis mit der inzwischen zum "Demokratischen Zentrum" umgewandelten MRP, ein Teil der Radikalen schloß sich sogar organisatorisch dem Zentrum an. Das Programm der FGDS beschränkte sich weitgehend auf die Revision der bestehenden Verfassung (insbesondere die Streichung des berüchtigten Artikels 16, der für den Fall "schwerwiegender und unmittelbarer Bedrohung" der Verfassungsinstitutionen und der Nation, dem Präsidenten nahezu unumschränkte Machtbefugnisse verleiht), auf die Einstellung der atomaren Bewaffnung und auf einige soziale Sofortmaßnahmen.⁵⁰⁾

Die Radikale Partei stimmte einem Wahlbündnis der Linkskonföderation mit den Kommunisten zwar zu, lehnte aber zugleich ein gemeinsames Programm mit der PCF ab. Damit war die Basis für ein gemeinsames Auftreten der Linken bei den Parlamentswahlen 1967 äußerst dürftig. Man vereinbarte, daß sich FGDS und PCF im 1. Wahlgang getrennt zur Wahl stellen und im 2. Wahlgang der jeweils bestplatzierte Kandidat unterstützt werden sollte. Trotzdem war der Erfolg der Linken im März 1967 unbestreitbar. Die Zahl der linken Mandate stieg infolge des Bündnisses im 2. Wahlgang von 145 auf 199; die FGDS erhielt 116 Mandate gegenüber 104 im Jahre 1962 (SFIO und Radikale zusammen), die PCF erlangte 73 anstatt 41 Mandate und die PSU erhielt 10 Mandate, während sie 1962 kein Mandat erringen konnte. Deutlicher Verlierer waren die Gaullisten, die statt 264 nur noch 244 Mandate erhielten.⁵¹⁾

Das Wahlergebnis beflügelte in allen gesellschaftlichen Bereichen den Widerstand gegen das gaullistische Regime. Die Gewerkschaften forcierten ihre Aktionen und bei den regionalen Teilwahlen im Oktober 1967 erzielte die PCF 26,4%, die Linkskonföderation 21,6% der abgegebenen Stimmen. Die PSU, die nur in wenigen Regionen kandidierte, erhielt rund 2%.

Infolge der sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen (Streiks, Regierungserlasse zur Sozialversicherung usw.

vgl.S.159) verstärkte sich die Position des linken Flügels innerhalb der FGDS. Bald nach den Parlamentswahlen erklärte sie sich zu Beratungen über ein zukünftiges Aktions- und Regierungsprogramm mit der PCF bereit. Nach achtmonatigen Verhandlungen wurde am 24. Februar 1968 ein Communiqué veröffentlicht, das zahlreiche Übereinstimmungen, aber auch wesentliche Differenzen enthielt.⁵²⁾ Von besonderer Bedeutung war, daß die beiden Organisationen es für notwendig erachteten, die "Konfrontation ihrer Standpunkte fortzusetzen ... um die Möglichkeiten einer neuen Annäherung zu erforschen." Grundsätzliche Übereinkunft wurde im Kampf gegen das gaullistische Regime erzielt: "Die FGDS und die PCF, die dem Regime der persönlichen Macht, welche Form sie auch immer annehme, unbeugsam feindlich gegenüberstehen und entschlossen sind, sie bis zur Liquidierung zu bekämpfen, werden gemeinsam handeln, um eine authentische und moderne Demokratie zu errichten...."⁵³⁾ Bedeutsame Differenzen blieben aber gerade in der Beurteilung der ökonomischen und sozialen Maßnahmen zur Errichtung dieser "authentischen Demokratie" und in wichtigen außenpolitischen Fragen bestehen.

In den Mai-Juni-Ereignissen wurde offenkundig, daß das Ausmaß der Übereinstimmung zwischen PCF und FGDS bei weitem nicht zur Formulierung oder gar Durchführung einer gemeinsamen demokratischen und sozialistischen Alternative ausreichte, zumal die Radikalen die Kontakte zur PCF immer deutlicher ablehnten.

Die Wahlniederlage der Linken im Juni 1968 löste innerhalb der FGDS heftige Diskussionen aus. Die überwiegende Mehrheit der SFIO sprach sich für eine Auflösung der FGDS aus und befürwortete die Umwandlung der Föderation in eine sozialistische Partei. Sie forderte die Radikalen und die Anhänger der Clubs auf, sich eindeutig für die grundlegenden Prinzipien des Sozialismus zu entscheiden.

François Mitterand unterstützte im Namen der Clubs den Vorschlag der SFIO-Mehrheit und trat am 7. November von seiner Funktion als Präsident der FGDS zurück.⁵⁴⁾ Die Radikale

Partei weigerte sich dagegen, einer Fusion auf der Basis sozialistischer Grundsätze zuzustimmen. Daraufhin beschloß die SFIO auf einem außerordentlichen Parteikongreß vom 20. bis 22. Dezember 1968 sich bis spätestens Sommer 1969 in eine neue Partei, die Sozialistische Partei (PS) umzubenennen.⁵⁵⁾ Die Mehrheit der Clubs blieben vor allem wegen organisatorischer Fragen noch außerhalb der neuen PS.⁵⁶⁾ Die endgültige Vereinigung zur Sozialistischen Partei erfolgte erst im Juni 1971. Francois Mitterand ist die neue Generalsekretär.

4.3.2 P S U: Zwischen Linkssozialismus und Linksradikalismus

Seit ihrer Gründung 1960 beanspruchte die PSU, eine "revolutionäre Partei zu sein, die für die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft" kämpft (Gründungsstatut). Schon auf ihrem 1. Kongreß 1961 sprach sie sich gegen Bündnisse mit "sogenannten demokratischen Organisationen" aus und befürwortete ausschließlich Kontakte zu "authentischen sozialistischen Kräften". Diese Position isolierte die PSU mehrere Jahre und führte sie trotz zahlreicher profilierter Mitglieder (Mendès-France, Savary, Martinet, Bridier, Foperon, Vincent, Mallet, Rocard) an den Rand des Sektiererertums. Mitte der 60er Jahre geriet die Partei in eine Existenzkrise; eine Fraktion sprach sich für die rückhaltlose Unterstützung Mitterands und den Anschluß an die FGDS aus, eine zweite Fraktion suchte die Annäherung an die Kommunisten und eine dritte war für die Beibehaltung der vollständigen Autonomie. Auf dem V. Kongreß 1967 konnten sich die Autonomisten durchsetzen und einer ihrer entschiedensten Vertreter, Michel Rocard, wurde zum Vorsitzenden gewählt. Der Kongreß bestätigte erneut die Linie der "sozialistischen Front" aus dem Jahre 1961⁵⁷⁾ und kritisierte scharf die Volksfronttaktik der Kommunisten und das magere Ergebnis der Verhandlungen zwischen PCF und FGDS.

Im Verlauf der Mai-Juni-Ereignisse erlebte die PSU ihren eigentlichen Aufschwung. Das Scheitern der Verhandlungen zwischen den traditionellen Arbeiterparteien schien ihre Kritik vollauf zu bestätigen. Die PSU unterstützte die linksradikalen Studentengruppen und gab angesichts der Fabrikbesetzungen die Übergangslosung der Arbeiterkontrolle aus, erwies sich aber in den Fragen der politischen Macht als äußerst heterogen. Der rechte Flügel um Mendès-France verhandelte mit den Führern der FGDS um eine Regierungsbeteiligung, während der linke Flügel diese Taktik alserrat an der sozialistischen Revolution brandmarkte.

Trotz dieser Ungereimtheiten konnte die PSU als einzige Partei der Linken bei den Parlamentswahlen im Juni 1968 einen erheblichen Stimmenzuwachs verzeichnen. Sie erhöhte ihren Anteil von 2,2% auf 3,9% (874.000 Stimmen), verlor aber, infolge der Verweigerung von Wahlabsprachen alle Parlamentsmandate. Obwohl sich ihre Mitgliederzahl 1968 um 33% erhöhte, ist ihr der Übergang zur sozialistischen Massenpartei nicht gelungen. Mit rund 15.500 Mitgliedern war sie 1968 nicht stärker als bei ihrer Gründung 1960.

Seit den Mai-Juni-Ereignissen versucht die PSU sich als Sammelbewegung aller revolutionären Sozialisten zu installieren, die von den traditionellen Arbeiterparteien und ihrer anscheinend rein parlamentarischen Taktik enttäuscht sind. Trotz des Übergewichts der Intellektuellen (allein 34% ihrer Mitglieder waren 1968 Lehrer oder Studenten) versucht die PSU ihre Basis in den Betrieben zu verstärken. Im April 1968 hatte sie 10 Betriebsgruppen, 1969 verfügte sie schon über 150 organisierte Zellen und zahlreiche weniger strukturierte Gruppen.

Auf ihrem VI. Kongreß im April 1969 verabschiedete die PSU 17 Thesen, die als Programm der Partei gelten können,⁵⁸⁾ obwohl sie von zahlreichen linksradikalen Fraktionen innerhalb der Partei keineswegs akzeptiert werden. Bisher ist es der mittleren Position des Vorsitzenden Rocard immer wieder gelungen, die divergierenden Flügel der Partei mit

der Strategie der "Arbeiterkontrolle" zusammenzuhalten. Diese Strategie wird von der PSU folgendermaßen definiert:

"Arbeiterkontrolle bedeutet die Herstellung eines Kräfteverhältnisses im Kampf, das es erlaubt, die Unternehmer vor vollendete Tatsachen zu stellen. Sie beruht auf folgenden Grundsätzen:

- Verweigerung jeglicher Participation oder Integration .
- Entschlossenheit zur Schaffung von vollendeten Tatsachen
- Bruch mit der bürgerlichen und unternehmerischen Legalität
- Priorität der Basisinitiative
- Proletarische Massendemokratie."⁵⁹⁾

Einem Teil der linksradikalen innerparteilichen Opposition erscheint diese Strategie aber immer noch zu kompromißr-
isch. Auf dem VII. Parteikongreß im Juni 1971 wurde ein Antrag der maoistischen Fraktion, der sich für die Bewaffnung der Arbeiterklasse aussprach, nur mit einer Mehrheit von 323 gegen 277 Stimmen abgelehnt.⁶⁰⁾ Dieses Beispiel zeigt, daß die PSU damit erneut in die Gefahr des Linkssektierertums geriet und die konkreten Bedingungen des Klassenkampfes in Frankreich außer acht zu lassen drohte.⁶¹⁾ Infolge der unbezweifelbaren Fortschritte im Prozeß der Annäherung von Kommunisten und Sozialisten im Laufe der Jahre 1971 und 1972 verschärften sich die inneren Spannungen in der PSU soweit, daß sie unmittelbar vor der Verabschiedung des "Gemeinsamen Regierungsprogramms" in ihre verschiedenen Fraktionen auseinanderzufallen drohte. Nach dem Übertritt von G. Martinet zum CERES (linker Flügel der PS) spalteten sich auch eine maoistische und eine trotzkistische Fraktion ab, so daß die PSU weitgehend auf ihr Zentrum um M. Rocard reduziert wurde.⁶²⁾

Programmatischer Ausdruck der neuen Situation ist das neue Manifest der PSU, das im Dezember 1972, also während des Wahlkampfes (s. weiter unten S. 345 ff) verabschiedet wurde und sich nunmehr unter der Losung "heute kontrollieren um morgen zu entscheiden" eindeutig für einen

"Selbstverwaltungssozialismus" (socialisme autogestionnaire) ausspricht.⁶³⁾

4.3.3 Kommunistische Partei: Probleme von Theorie und Praxis der Bündnispolitik

Die 1920 gegründete PCF⁶⁴⁾ ist seit 1945 die bei weitem stärkste Partei der französischen Arbeiterklasse. Mit dem entschiedenen Widerstand gegen die deutsche Besatzung hatte sie das Vertrauen der Arbeitermassen erwerben können (vgl. hierzu Kapitel 1). Ihr Wirken in den aus der Widerstandsbewegung hervorgegangenen Nachkriegskoalition ist untrennbar mit der Nationalisierung wichtiger Industriezweige, zahlreicher Verbesserungen der Stellung der Lohnabhängigen in den Betrieben und der Errichtung eines umfassenden Sozialversicherungswesens verbunden.⁶⁵⁾

Freilich wurde ihr schon damals von einigen ultra-linken Gruppen eine zu gemäßigte Haltung vorgeworfen. Dennoch konnte sie sich durch ihre Politik selbst in den Zeiten des "Kalten Krieges" das Vertrauen der Arbeiterklasse bewahren. Noch nach ihrer schwersten Niederlage durch die Machtübernahme de Gaulles im Jahre 1958 hatte sie mit 3,9 Millionen Stimmen rund 700.000 Anhänger mehr als die sozialistische SFIO. Schon 1962 überflügelte sie die Sozialisten um 1,7 Millionen Stimmen und 1967 ist es ihr mit 5 Millionen Stimmen gelungen, die zahlenmäßige Stärke der 50er Jahre wieder zu erreichen. Allerdings wog nun ihr politisches Gewicht ungleich schwerer als in der IV. Republik, in der sie von allen anderen Parteien, einschließlich der SFIO gemieden worden war.

Die "Partei", wie die PCF selbst von bürgerlichen Journalisten bisweilen genannt wird, hat ihren proletarischen Charakter bis in die Gegenwart bewahrt. Von den rund 460.000 Mitgliedern waren im Jahre 1970 über 60% Arbeiter.⁶⁶⁾ Sie verfügt über etwa 20.000 Zellen; davon rund 5.200 Betriebszellen, die allein über die Hälfte der

Parteitage delegierten entsenden.⁶⁷⁾ Sie ist mit 43% Mitgliedern unter 40 Jahren zugleich die "jüngste" Partei Frankreichs.

Dieser Charakter wird auch durch eine Untersuchung der Wählerstruktur der Parteien anlässlich der Parlamentswahlen im Juni 1968 bestätigt:

Anteile an den abgegebenen Stimmen	PCF (20%)	FGDS (16,5%)	PSU (3,9%)
Bauern	8	18	12
Selbständige, Freie Berufe u. höhere Cadres	7	12	13
mittlere u. einfache Angestellte u. Beamte	18	16	26
Arbeiter	49	34	39
Nicht-Erwerbstätige (Rentner)	18	20	10

Quelle: IFOP, Sondages, 1968, Nr. 2

Der ideologische Einfluß der PCF ist durch zahlreiche Publikationsmittel (Tageszeitungen, Betriebszeitungen, Zeitschriften, Bücher) und einige wissenschaftliche Institute größer als der irgendeiner anderen Arbeiterorganisation. Die Kommunisten spielen in zahlreichen Massenorganisationen, insbesondere in der größten Gewerkschaft CGT, eine bedeutende Rolle. Damit ist die kommunistische Partei nicht nur gemessen an der Zahl ihrer Mitglieder die größte und "jüngste" Partei Frankreichs, sie ist auch, nach Ansicht des Verfassers einer Untersuchung in "Le Monde", die "einzige wirkliche Partei" Frankreichs;⁶⁹⁾ und zwar weil sie "alleine eine Parteistruktur aufweist, die eine umfassende Realität darstellt, während die anderen Parteien des politischen Lebens in Frankreich lediglich schwache, zufällige Strukturen besitzen, und sich erst Apparate zu schaffen suchen.

In anderen Worten, so hoch auch die Zahl ihrer Mitglieder

sein mag, der rein quantitative Aspekt ist vielleicht weniger wichtig für die kommunistische Partei als der Begriff der "Qualität" der Mitgliedschaft: die Kapazität ihrer Militanten (aktive Mitglieder - W.G.) und ihre Fähigkeit überall wirksam zu werden."⁷⁰⁾

Wie im Abschnitt über die Sozialisten bereits beschrieben wurde, haben die Kommunisten in den 60er Jahren stets versucht, mit der SFIO und später mit der FGDS zu gemeinsamen Aktionsprogrammen zu gelangen. Obwohl die Kommunisten 1965 die Kandidatur Mitterands unterstützt hatten und 1967 das Wahlbündnis mit der FGDS eingingen, kritisierten sie die Vagheit des FGDS Programmes. Sie forderten eine stärkere Berücksichtigung der konkreten Interessen der Lohnabhängigen und eine klarere Analyse der Funktionsweise des staatsmonopolistischen System in Frankreich auf deren Basis allein eine gemeinsame demokratische und sozialistische Alternative durch die Parteien der Linken formuliert werden könnte. Die PCF sah zwar die SFIO stets als wichtigsten Bündnispartner an, das schloß jedoch keineswegs Bündnisse mit der PSU aus.⁷¹⁾ Allerdings ist ein solches Bündnis auf nationaler Ebene nur 1967 zustande gekommen. Regional gab es jedoch seither zahlreiche gemeinsame Aktionen und Wahlabsprachen mit der PSU.

Die Erfahrung der Mai-Juni-Ereignisse hat der PCF verdeutlicht, daß die bis dahin verfolgte Taktik der Wahl- und Programmabsprachen in einer Phase verschärfter Klassenkämpfe keineswegs ausreicht, das kapitalistische System zu überwinden. Im Dezember 1968 veröffentlichte die PCF ein "Manifest der kommunistischen Partei Frankreichs - für eine fortgeschrittene Demokratie, für ein sozialistisches Frankreich", in der sie die Lehren aus den Mai-Juni-Ereignissen zu ziehen versucht. In einem Vorwort des Generalsekretärs Waldeck-Rochet, das während des Präsidentschaftswahlkampfes im Mai 1969 veröffentlicht wurde, heißt es:

"In unserem Manifest wird die Gesamtheit der Bedingungen für die Möglichkeit eines friedlichen Übergangs zum Sozia-

lismus, d.h. ohne Bürgerkrieg, in Frankreich dargestellt. Das soll aber nicht bedeuten, daß ein solcher Übergang ohne verschärften Klassenkampf möglich sei. Im Gegenteil, nur durch eine Vielzahl von Massenaktionen der Arbeiterklasse und breiter anti-monopolistischer Schichten kann die Herrschaft der Monopole gebrochen und damit eine wesentliche Vorbedingung für den Übergang zum Sozialismus geschaffen werden. Daher wird die Arbeiterklasse, die notwendigerweise die führende Rolle in der sozialistischen Revolution und beim Aufbau des Sozialismus übernehmen muß, alle Kräfte um sich sammeln, um die Bourgeoisie so weit zu isolieren, daß diese nicht in der Lage sein wird, einen Bürgerkrieg zu entfachen.

Wenn aber die Bourgeoisie und die reaktionären Kräfte Gewalt gegen die Mehrheit des Volkes anwenden werden, so werden sie auf den entschlossenen Widerstand der Massen stoßen. Niemand weiß heute, auf welchem Wege der Sozialismus in Frankreich errichtet werden wird, die französischen Kommunisten werden ihre ganze Kraft für einen friedlichen Weg zum Sozialismus einsetzen und sich bemühen, die Mehrheit des Volkes für den Kampf in dieser Perspektive zu gewinnen. Aus diesem Grund legt die PCF besonderen Wert auf die Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Parteien, die die arbeitende Bevölkerung repräsentieren und sich für den Sozialismus aussprechen, insbesondere mit der Sozialistischen Partei. Diese Kooperation soll nicht nur für die gegenwärtige Etappe des demokratischen Kampfes gelten, sondern sie soll sich auch in Zukunft beim Aufbau des Sozialismus vertiefen.

Das Manifest soll dazu beitragen, die politische Basis für eine Allianz zum Aufbau des Sozialismus in Frankreich zu schaffen. Wir stellen für unsere möglichen Bündnispartner nur eine wesentliche Bedingung: Die Aufgabe der Klassenkollaboration mit der Bourgeoisie."⁷²⁾

4.4.1 Zur Entstehungsgeschichte des "Gemeinsamen Regierungsprogramms"

4.4.1.1 Das endgültige Scheitern der Strategie des "Dritten Weges" und die Annäherung von Sozialisten und Kommunisten (1969-1971)

Nach dem katastrophalen Abschneiden des rechtssozialistischen Präsidentschaftskandidaten Defferre im Mai 1969 und der nachfolgenden Niederlage des von den Sozialisten im 2. Wahlgang unterstützten Zentrums-Kandidaten Poher, war die nach dem Mai 1968 und den tschechoslowakischen Ereignissen noch einmal auflebende Strategie des "Dritten Weges zwischen Gaullismus und Kommunismus" endgültig gescheitert.⁷³⁾ Bei dem offiziellen Gründungskongreß der neuen "Sozialistischen Partei" (PS) im Juli 1969 setzte sich der linke Flügel mit dem neuen Generalsekretär Alain Savary durch.⁷⁴⁾

Der Kongreß von Issy-Les-Moulineaux nahm eine Resolution an, in der es u.a. hieß: "Die Partei kann ihre Strategie nicht ausschließlich auf die Entwicklung ihrer eigenen Kräfte gründen, in der Hoffnung, alleine eine Mehrheit der Wähler zu gewinnen. Sie muß ihre Bündnisse definieren, was es ihr ermöglicht, mit anderen politischen Formationen zusammenzuarbeiten, mit dem Ziel, eine Etappe im Aufbau des Sozialismus zurückzulegen ... die Beteiligung der Sozialistischen Partei an der Regierung ist daher nur in dem Maße gerechtfertigt, wie sie es erlaubt, das Land auf dem Weg zum Sozialismus voranzubringen. Dies schließt jede Allianz mit den politischen Kräften, die den Kapitalismus vertreten, einschließlich der Suche nach zentristischen Kombinationen aus. Die "Einheit der Linken" (Union de la Gauche) bildet daher die normale Leitlinie der Strategie der Sozialisten. ... Die "Einheit der Linken" kann nur durch die Prinzipien und durch ein Programm hergestellt werden, die von den Hauptideen des Sozialismus inspiziert sind und von allen Kräften, die sich ihnen anschließen,

diskutiert werden. Die Auswahl der Partner muß daher jede Exklusivität vermeiden, die aus vergangenen politischen Spaltungen oder aus der Vergangenheit überkommenen Etiketten resultieren. ... Die Partei muß ohne Vorbedingungen eine öffentliche Debatte mit der kommunistischen Partei über die Bedingungen des Kampfes gegen die kapitalistischen Kräfte, über die Wege des Übergangs zum Sozialismus und über die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft aufnehmen und fortsetzen. ... Die Partei muß gegenüber den Kreisen, die sensibel gegenüber "linksradikalen" Losungen sind, eine Haltung einnehmen, die weder negativ, noch paternalistisch, noch anbiedernd ist.

... Sie schlägt ab sofort alle übrigen Formationen der sozialistischen Linken, insbesondere der PSU und den Clubs vor, zu dieser umfangreichen Arbeit (der Ausarbeitung eines Modells einer sozialistischen Demokratie - W.G.) beizutragen."⁷⁵⁾

Die Kommunisten, die stets eine Fortsetzung der seit 1968 abgebrochenen Verhandlungen mit den Sozialisten gefordert hatten, erklärten sich sofort zur Wiederaufnahme der Diskussion bereit. Im Dezember 1969 verkündeten Kommunisten und Sozialisten in einem gemeinsamen Kommuniqué die Eröffnung von "Gespräche(n) über die grundsätzlichen Bedingungen eines politischen Einverständnisses, das darauf gerichtet ist, das gegenwärtige System durch ein neues Regime der wirtschaftlichen und politischen Demokratie zu ersetzen und die Wege für den Übergang zum Sozialismus zu öffnen."⁷⁶⁾

Nach einjährigen Verhandlungen wurde am 22. Dezember 1970 eine erste Bilanz veröffentlicht, die viel weitgehendere Übereinstimmungen feststellt als das Gesprächsergebnis der Verhandlungen zwischen PCF und FGDS im Februar 1968. Trotzdem bestanden immer noch bedeutsame Differenzen fort, die klar hervorgehoben werden. Im Abschnitt III, Wege des Übergangs zum Sozialismus heißt es:

"Welchen Wert auch immer die tiefgreifenden Reformen haben mögen, die verwirklicht werden müssen, die sozialistische

Umwandlung kann nicht das natürliche Ergebnis und die Summe der Reformen zur Korrektur der Auswirkungen des Kapitalismus sein. Das Ziel der beiden Parteien besteht nicht darin, dieses System erträglich einzurichten, sondern es durch ein anderes zu ersetzen. Diese Ersetzung stellt eine revolutionäre Veränderung dar ...

Die beiden Parteien sind der Ansicht, daß in jedem Fall die sozialistische Umwandlung einschließt: Die Errichtung gesellschaftlichen Eigentums an den Produktions- und Austauschmitteln und die Abschaffung des kapitalistischen Eigentums; eine geplante Wirtschaft, die sowohl auf die volle Ausnutzung aller nationalen Hilfsquellen wie auf die Befriedigung der individuellen und kollektiven Bedürfnisse, abhängig von der von jedem geleisteten Arbeit, gerichtet ist; ein politisches Regime derart, das die Werktätigen, d.h. die Mehrheit der Nation, die Gesellschaft selbst organisieren.

Die PCF definiert die sozialistische Staatsmacht als die Macht der Arbeiterklasse und der anderen Schichten der werktätigen Bevölkerung.

Die PS definiert sie als die Macht der Mehrheit, die sich durch das Mittel eines allgemeinen Wahl- und Stimmrechts ausdrückt, das von den Beschränkungen befreit ist, die ihm die Herrschaft der kapitalistischen Klasse aufdrückt."⁷⁷⁾

Die historische Bedeutung dieser "Bilanz" reicht jedoch weit über die erzielten Ergebnisse in Einzelfragen hinaus. Erstmals in der Geschichte der französischen Arbeiterbewegung haben die Sozialistische und Kommunistische Partei darin gemeinsam beschlossen, eine Allianz, nicht nur für kurzfristige Zielsetzungen sondern für einen historisch langen Zeitraum anzustreben, die nicht nur gegen das bestehende sozial-ökonomische und politische Regime des Gaullismus (bzw. Nachgaullismus) gerichtet ist, sondern durch den Übergang zum Sozialismus und dessen gemeinsamen Aufbau umfassen soll.⁷⁸⁾ Insbesondere die Kommunisten haben diesen historisch neuen Tatbestand deutlich

hervorgehoben. Das Zentralkomitee der Partei erklärte: "Es (das ZK-W.G.) bestätigt die Entschlossenheit der Partei, alles dafür zu tun um zu einer dauerhaften politischen Übereinkunft mit der sozialistischen Partei zu kommen ... auf der Basis eines gemeinsamen Programmes des Kampfes und des Regierens für eine fortgeschrittene Demokratie, für ein sozialistisches Frankreich." ⁷⁹⁾

Die Führungsgremien der sozialistischen Partei äußerten sich dagegen zurückhaltend:

"Das Direktionskomitee der Sozialistischen Partei nimmt die vorgelegte Bilanz über den Stand des Dialogs zwischen der Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Partei zur Kenntnis. Es erinnert daran, daß der Kongreß von Issy-Les-Moulineaux beschlossen hat, daß der Dialog 'nur zu einer politischen Übereinkunft gelangen kann, wenn in den fundamentalen Fragen befriedigende Antworten erzielt worden sind'. In diesem Sinne hat der Parteikongreß darüber zu befinden, wie er die globale Bilanz einschätzt und zu entscheiden, ob der Dialog fortgesetzt oder eingestellt bzw. ob er sich für die Möglichkeit einer Übereinkunft einsetzen soll." ⁸⁰⁾

Der eher pessimistische Ton dieser Erklärung war jedoch mehr durch die inneren Probleme der neuen PS hervorgebracht worden als durch die nach wie vor bestehenden Differenzen in den genannten Fragen. Dies zeigte sich deutlich in den folgenden Monaten, in denen der Kongreß von Epinay-sur-Seine (Juni 1971) vorbereitet wurde, der die endgültige Vereinigung der Sozialisten mit der von François Mitterrand geleiteten Convention des Institutions Républicaines (CIR) (der Mehrheit der politischen Clubs) bringen sollte. Tatsächlich war das politische Gewicht der CIR, mit ihren rund 10.000 Mitgliedern und vor allem durch den Einfluß François Mitterrands und einiger seiner Mitarbeiter, so groß, daß ihr Beitritt das Kräfteverhältnis in der PS nicht unberührt lassen konnte. Das sogenannte Parteizentrum ("vieille maison") um den ehemaligen SFIO-Vorsitzenden Mollet, das mit den beiden 1969 hinzu-

gekommenen linken Gruppierungen UCRG⁸¹⁾ (um A.Savary) und UGCS⁸²⁾ (um J. Poperen) aus der ehemaligen traditionalistischen Fraktion der PSU, seit Issy-Les-Moulineaux die Mehrheit gegenüber dem rechten Parteiflügel Defferre/Mauroy aus den mitgliederstarken Regionalverbänden Rhône-Mündung und Nordregion hielt, fürchtete eine Koalition Defferre/Mitterand gegen Mollet/Savary.⁸³⁾ Freilich waren diese Fraktionsstreitigkeiten vielfach weniger politisch-sachlich als persönlich begründet. Jedoch wurde deutlich, daß F. Mitterand in jedem Fall verhindern wollte, daß eine Übereinkunft mit den Kommunisten vor dem Beitritt der Clubs und damit ohne seine eigene unmittelbare Aktivität zustandekam. Das kurzfristig-taktische Interesse Mitterands an einer Verzögerung der Diskussion mit den Kommunisten traf vorübergehend zusammen mit der Strategie Defferres, die Gespräche überhaupt scheitern zu lassen. Auf dem Kongreß von Epinay-sur-Seine im Juni 1971 stießen daher zwei fast gleich starke Fraktionsbündnisse aufeinander.⁸⁴⁾ Die Entscheidung fiel für Mitterand durch eine kleine Fraktion von "Gauchisten", die Gruppe CERES,⁸⁵⁾ die man vor dem Kongreß eher für Anhänger der Mitte-Linken (Mollet/Savary/Popere) gehalten hatte, die jedoch in ihrer Abneigung gegen die alte, von ihr als "sozialdemokratisch" abgelehnte SFIO-Fraktion, soweit ging, sich vorübergehend selbst mit Defferre zu verbünden um Savary und mit ihm vor allem Mollet zu schlagen.⁸⁶⁾

Mitterands Taktik war äußerst riskant; er hatte die Parteirechte gegen den angeblich kommunistenfreundlichen Savary mobilisiert, dann das linksradikale CERES zunächst gegen das Parteizentrum um Mollet und dessen Favoriten Savary und dann gegen den Anti-Kommunismus Defferres gerichtet und endlich mit der Zustimmung der ganzen Linken eine Erklärung "gegen jede Strategie der Dritten Kraft" (Defferres Position) durchgebracht. Obwohl seine eigene Fraktion nur eine der kleineren Gruppierungen auf dem Kongreß war, und es offenkundig eine Reihe "falscher Allianzen" gab, erreichte Mitterand dennoch die Mehrheit von 43.926 Stimmen

gegen 41.757 Stimmen für Savary bei der Wahl zum Generalsekretär der Partei.⁸⁷⁾

Ein bemerkenswerter, wenn auch zunächst noch vorwiegend symbolischer Wandel, hatte sich am Rande des Kongresses vollzogen: Erstmals nach 25 Jahren waren Vertreter der Gewerkschaft CGT wieder zu einem Kongreß der Sozialisten eingeladen worden.⁸⁸⁾ Das wichtigste Ergebnis war jedoch, daß der Kongreß sich "ohne Vorbedingungen" für eine Fortsetzung der Verhandlung mit den Kommunisten aussprach. Freilich sollte die PS bis Anfang 1972 zunächst ein eigenes Regierungsprogramm erarbeiten, das dann als Orientierungsrahmen der Sozialisten für die weitere Diskussion dienen sollte.

4.4.1.2 Das Regierungsprogramm der Kommunisten (Programme pour un gouvernement démocratique d'union populaire)

Nach dem Kongreß der Sozialisten stellte sich die Situation für die Kommunisten in einem gewissen Sinne schwieriger und komplexer dar als zuvor.⁸⁹⁾ Niemand wußte genau welches Ziel Mitterand ansteuern würde. Die von ihm durchgesetzte Resolution zur Programmdiskussion mit den Kommunisten hatte mit keinem Wort die bisherigen Verhandlungen und die in der "Bilanz" vom Dezember 1970 niedergelegten Ergebnisse erwähnt und sie enthielt keinen Hinweis auf die Notwendigkeit einer Intensivierung bzw. Fortsetzung der politischen Aktionseinheit.⁹⁰⁾ Wenn damit auch nicht, wie von der Fraktion Defferres gefordert, die weiterhin bestehenden Differenzen in grundlegenden Fragen erneut hervorgehoben wurden, befürchteten die Kommunisten nunmehr jedoch, daß Mitterand nach der Ausarbeitung des sozialistischen Programms bis Anfang 1972, die nachfolgende Diskussion wiederum, wie schon in den Jahren 1965 - 1968, auf oberflächliche Wahlbündnisse bzw. Minimalprogramme reduzieren wolle.

Freilich waren die Voraussetzungen für einen solchen Rückfall, sofern ihn Mitterrand wirklich gewollt haben sollte, schwindend. Die Entwicklung der Klassenkämpfe seit 1968 und die in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen andauernde Krisenhaftigkeit einerseits sowie die bisher erreichte praktische und ideologische Annäherung zwischen den Arbeiterorganisationen andererseits, machten grundlegende sozial-ökonomische und politische Veränderungen des gesellschaftlichen Systems in Frankreich im Interesse der arbeitenden Bevölkerung nicht nur notwendig sondern auch möglich. Dies hatten kurz vor dem Kongreß der Sozialisten die Erfolge des Renault-Streiks und der gemeinsamen Aktionen von CGT und CFDT für die Rentenreform und die Erhöhung des Mindestlohnes bewiesen (vgl. S. 263 ff).

Die Kommunisten entschlossen sich daher, auf der Basis der fortgeschrittenen Aktionseinheit der Arbeiterklasse, ihr Ziel, ein umfassendes und dauerhaftes Bündnis mit den Sozialisten, und wenn möglich auch mit weiteren politischen Kräften, für den Übergang und den Aufbau des Sozialismus nunmehr sogar noch verstärkt zu propapieren. Sie erinnerte an die auf ihrem 19. Kongreß Anfang 1970 verabschiedeten Thesen, in denen wiederholt worden war, daß die PC eine politische Einigung mit allen Parteien, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen der arbeitenden Bevölkerung, insbesondere aber mit der PS, "auf einer klaren, soliden und dauerhaften Basis" (These 32) suche. "Die Einigung der demokratischen und sozialistischen Kräfte, die allein in der Lage ist, eine klare Perspektive zu eröffnen, wird (jedoch) vor allem geschmiedet in den Aktionen an der Basis, in den Betrieben und Wohnvierteln, in der Stadt und auf dem Lande. Die Entwicklung dieser vereinigten Kämpfe und die immer stärkere Unterstützung der Massen für die Politik der Kommunistischen Partei findet ihren Ausdruck in der Aktionseinheit der Parteien und demokratischen Organisationen. Diese gibt dann ihrerseits umgekehrt wieder der Volksbewegung für eine vollständige Veränderung der Politik ein Ausmaß ohnegleichen."⁹¹⁾

In diesem Sinne organisierten die Kommunisten ihre bereits im vorangegangenen April beschlossenen "sieben Kampagnen für sieben nationale Ziele" (Steuern, Wohnung, Gesundheit, Transport, Berufsausbildung, Demokratisierung des Wahlrechts und des Informationswesens, nukleare Abrüstung).⁹²⁾

Auf der Basis dieser Kampagnen, in deren Zentren die Propagierung von jeweils ein oder zwei dringlichen und präzisen Forderungen (z.B. Steuererleichterungen für Familien, Mieterherabsetzung und erweitertes Bauprogramm im sozialen Wohnungsbau usw.) stand, versuchten die Kommunisten zugleich die Einsicht in die Notwendigkeit grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen zu schärfen. In den Betrieben und auf den Massenmeetings, die nach der Rentrée im September überall im Lande organisiert wurden, war deutlich geworden, daß solche Veränderungen von immer weiteren Teilen der arbeitenden Bevölkerung gefordert und unterstützt werden würden. Deshalb veröffentlichten die Kommunisten schon im Oktober 1971 ihr seit dem 19. Kongreß Anfang 1970 angekündigtes "Programm für eine demokratische Regierung der Volkseinheit".⁹³⁾

Unter dem populären Slogan "Changer de Cap" (Kurswechsel) wurden in diesem Programm die Forderungen und Ziele der Kommunisten detailliert und systematisch entwickelt. Ausgehend von der Verbesserung der konkreten Lebensbedingungen in allen Bereichen (vivre mieux) wurden darin die grundlegenden Züge einer "fortgeschrittenen Demokratie" (democratie avancée) dargelegt: Erweiterung der ökonomischen und politischen Rechte des arbeitenden Volkes, Nationalisierung der monopolistischen Produktions- und Austauschmittel und demokratische Planung der Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung, sowie eine aktive Politik des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit nach außen und Demokratisierung der Armee und des gesamten Staatsapparates nach innen.⁹⁴⁾

Der Erfolg des umfangreichen Programms, das in der Form eines Taschenbuchs von rund 250 Seiten vertrieben wurde, war ungewöhnlich groß. Binnen weniger Monate waren über eine Million Exemplare verkauft worden. Die mit den "sieben

Kampagnen" eröffnete Strategie der "Diskussion mit den Massen"⁹⁵⁾ hatte sich als erfolgreich erwiesen und vor allem einen wachsenden Druck auf die sozialistische Partei ausgeübt, sowohl ihr eigenes Programm vorzulegen als auch die Diskussion mit den Kommunisten fortzusetzen.

4.4.1.3 Das sozialistische Regierungsprogramm (Programme de gouvernement du Parti socialiste)

Auf die im September 1971 immer dringender werdenden Fragen nach der Position Mitterands zur "Bilanz" vom Ende 1970 antwortete Claude Estier, Pressesprecher der PS, wenige Tage nach der Veröffentlichung des kommunistischen Programms: "Zur Bilanz der Gespräche PCF - PS vom Dezember 1970 hat François Mitterand wiederholt, daß die neue Führung der Partei, die aus dem Kongreß von Epinay hervorgegangen ist, sie als Fortschritt ansieht, zumindestens in dem was positiv an ihr ist, denn es ist offenkundig, daß man auf die Punkte der Nichtübereinstimmung zurückkommen muß um zu versuchen, sie zu überwinden. Wir hoffen, daß dieses Mal die Antwort verstanden wird, um so mehr als François Mitterand klar wiederholt hat, daß die Partei im März 1972 bereit ist, zum Treffen um die Diskussion des Regierungsprogramms."⁹⁶⁾

In den folgenden Monaten konzentrierten sich die Diskussionen in der PS auf die Ausarbeitung des Programms. Dabei wurde immer deutlicher, daß die Koalition von Epinay in den wichtigsten Sachfragen nicht einig werden konnte. Insbesondere im ersten Teil des Programms, der sich mit der "wirtschaftlichen Demokratie" befassen sollte, konnte sich das linke CERES mit dem rechten Flügel und der Gruppe Mitterands nicht einigen.⁹⁷⁾

Während das CERES für das "Ideal der Selbstverwaltung" eintrat und in einer sozialistischen Übergangsperiode die Arbeiterkontrolle in den Unternehmen forderte, fanden sich in dem Entwurf der Rechten und der Mitterand-Gruppe gewissermaßen alle Strukturvorstellungen zusammengestellt:

Arbeiterkontrolle, Verwaltungsautonomie (Autonomie de gestion), Selbstverwaltungsversuche (Un banc d'essai pour l'autogestion). Auch das Ausmaß der Nationalisierungen war umstritten.⁹⁸⁾

Von der Minderheit von Epinay hatte nur die Gruppe um Jean Poperen einen Gegenentwurf zum ersten Teil formuliert, der vor allem die Notwendigkeit einer Ausdehnung des kollektiven Eigentums an den Produktionsmitteln und der Demokratisierung der Wirtschaft durch demokratische Planung und eine Verstärkung der Arbeiterrechte in den Betrieben hervorhob.⁹⁹⁾ Umstritten waren weiterhin die Teile 2 und 4 die sich mit den politischen Institutionen und der außenpolitischen Orientierung befaßten.

Auf dem Nationalkonvent der PS, der vom 11. bis 13. März 1972 in Suresnes tagte, vermochte sich die Rechte-Mitte-Koalition in fast allen wichtigen Fragen durchzusetzen.¹⁰⁰⁾ Unter dem Titel "Changer la vie" (das Leben verändern) wurde das "Regierungsprogramm der sozialistischen Partei" einige Wochen später als Taschenbuch veröffentlicht.¹⁰¹⁾

Der Vergleich der beiden Programme, der hier nicht näher vorgenommen zu werden braucht, da sie durch das gemeinsame Regierungsprogramm faktisch aufgehoben worden sind, zeigt, daß vor allem in den Fragen der konkreten Lebensbedingungen weitgehende Übereinstimmungen erzielt worden waren,¹⁰²⁾ deutlichere Differenzen blieben jedoch weiterhin bestehen, sowohl was die ökonomischen, politischen und verfassungsrechtlichen Grundmaßnahmen einer neuen Regierung der Linken betrifft, sowie vor allem in der Außenpolitik.¹⁰³⁾

4.4.1.4 Pompidous Spaltungsmanöver und die Verhandlungen um das "Gemeinsame Regierungsprogramm"

Unmittelbar nach dem Konvent der Sozialisten wurde vereinbart, die Verhandlungen über das "gemeinsame Regierungsprogramm" schon wenige Tage später aufzunehmen. In der bürgerlichen Presse wurden die Chancen für einen Erfolg der Gespräche äußerst gering eingeschätzt; denn bei oberfläch-

licher Betrachtung schienen die Voraussetzungen für eine Übereinkunft zwischen den beiden Parteien eher schlecht:

- seit weit über einem Jahr waren die Diskussionen unterbrochen gewesen;
- schon damals hatten nicht unwesentliche politische und ideologische Differenzen bestanden;
- inzwischen hatte sich das Kräfteverhältnis innerhalb der PS anscheinend deutlich zuungunsten eines Bündnisses mit der PC verschoben;
- seit der Veröffentlichung des kommunistischen Regierungsprogramms klangen die gegenseitigen Erklärungen beider Parteien eher gereizt;
- und nach der Erschießung eines maoistischen Arbeiters im Februar durch die illegale Werkspolizei von Renault und den sich daran anschließenden Ereignissen¹⁰⁴⁾ hatten sich beide Parteien in harte Wortgefechte eingelassen.

Eine gründliche Analyse der Situation ergibt jedoch, daß die politischen Ereignisse der vorangegangenen Monate und das Bewußtsein der arbeitenden Bevölkerung sich soweit entwickelt hatten, daß die Differenzen und Streitigkeiten zwischen den beiden Parteien dagegen sekundär werden mußten.

Auf der bürgerlichen Seite befand sich die Regierungskoalition aus der gaullistischen UDR, den "Unabhängigen Republikanern" und dem rechten Zentrum seit Monaten in einem äußerst desolaten Zustand. Die verschiedenen Flügel der staatstragenden UDR und diese wieder insgesamt mit den "Unabhängigen Republikanern" lagen in heftiger Fehde miteinander, insbesondere seit im Laufe der Jahre 1971/72 eine ganze Serie von Skandalen öffentlich bekannt wurde, an denen jeweils führende UDR-Politiker der verschiedenen Flügel maßgeblich beteiligt waren. Erst wurden die betrügerischen Finanzmachenschaften und Bauspekulationen des konservativen Gaullisten Rives-Henry bekannt, dann kam der Steuerskandal des liberalen Premierministers Chaban-Delmas (vgl. S. 158), dann die Bestechungsaffäre im staatlich kontrollierten Rundfunk und Fernsehen ORTF und schließlich wurde bekannt, daß

Landwirtschaftsminister Chirac sich auf höchst fragwürdige Weise in den Besitz eines luxuriösen Landschlusses gebracht hatte usw. usw.. Nunmehr warfen selbst die "Unabhängigen Republikaner" den Gaullisten vor, die V. Republik in eine "Republik der Skandale" verwandelt zu haben.

Hinter den an der Oberfläche erscheinenden persönlichen Streitigkeiten innerhalb dieser "Union von Politik und Geld" verbargen sich tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten über die wirtschaftspolitischen, innen- wie außenpolitischen Strategien jeweils mächtiger französischer Wirtschafts- und Finanzgruppen. Hinter den "Modernisten" und "Atlantikern", die von Chaban-Delmas und Giscard d'Estaing repräsentiert werden und denen sowohl die gegenwärtige Führung im Unternehmerverband CNPF als auch der Staatspräsident Pompidou zuneigten, stehen diejenigen Großkonzerne, die von der Konzentrationswelle der letzten Jahre am meisten profitiert haben und die sich mit ihren neuen "internationalen Größenordnungen"(Hauptziel des 1970 ausgelaufenen V. Wirtschaftsplanes) auch einer sich verschärfenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt, zumindest seit den letzten Währungsmanipulationen, zunehmend gewachsen fühlten. Sie waren es auch, die in dem britischen EWG-Beitritt nicht in erster Linie eine zusätzliche Konkurrenz, sondern eher ein wirksames Gegengewicht gegen die industrielle Vormacht der Bundesrepublik innerhalb der EWG sahen. Auf der anderen Seite befand sich das eher traditionelle französische Großbürgertum mit seinem Hang zu finanziellen Spekulationen und seiner Skepsis gegenüber der eigenen industriellen Potenz. Es setzte mehr auf den ultra-konservativen Flügel der Gaullisten und sah in dem Kurs von Pompidou mit Chaban-Delmas eine "gefährliche Aufweichung" oder gar einen "Verrat am Erbe de Gaulles".

In der französischen Öffentlichkeit, von der Arbeiterklasse bis weit in die städtischen und ländlichen Mittelschichten, wuchs der Widerstand und der Protest gegen das zügellose Bereicherungsstreben der herrschenden Klasse und deren bedenkenlose Ausnutzung der staatlichen Macht. Schon im Jahre 1970 hatte eine Repräsentativumfrage des halbamtlichen

Meinungsforschungsinstituts IFOP ergeben, daß 69% der Befragten der Meinung waren, der Staat sei ein "Instrument im Dienst der meist begünstigten Klassen".¹⁰⁵⁾ Diese Einsicht hatte sich im Laufe der folgenden beiden Jahre so weit vertieft, daß sich die Erfolgsaussichten eines anti-monopolistischen Programms sprunghaft verbessert hatten.

Das Hauptziel der Strategie Pompidous bestand dann auch darin, das Zustandekommen eines solchen Programms zwischen Sozialisten und Kommunisten auf jeden Fall zu verhindern. Auf einer Pressekonferenz am 16. März 1972 erklärte der Staatspräsident den überraschten Journalisten, es sei notwendig, "daß die Erweiterung der Gemeinschaft (EWG - W.G.) von jeder Französin und jedem Franzosen ratifiziert wird. ... Es wird also ein Referendum über Europa geben - d.h. genauer über die Erweiterung des gemeinsamen Marktes um Großbritannien, Dänemark, Norwegen und Irland - am 23. April."¹⁰⁶⁾

"Gut gespielt" (Bien joué) lautete am folgenden Tag die Schlagzeile in Le Monde. Jeder wußte, daß Pompidous Manöver die außenpolitischen Differenzen zwischen PS und PC verschärfen mußte. Beide Partner waren sich bewußt, daß Pompidou ihnen eine Falle gestellt hatte und sie versuchten auch, in Eile zu einer gemeinsamen Position zu gelangen. In der Woche vom 16. bis 23. März fanden zahllose Gespräche statt, ohne daß jedoch eine Einigung erreicht wurde. Am Ende stand fest, die Kommunisten würden für ein "Nein" eintreten, die Sozialisten zur Wahlenthaltung aufrufen. Pompidou schien gesiegt zu haben. Jede der beiden Parteien veröffentlichte eine Darstellung, in der der jeweils anderen die Schuld am Mißerfolg nachgewiesen werden sollte.¹⁰⁷⁾ Damit geriet auch die Programmdiskussion in eine offenkundige Krise.

Die Wende kam am Tag nach dem Referendum. Das Ergebnis befriedigte beide Parteien: nur 60% der Wahlberechtigten hatten sich an der Abstimmung beteiligt, gegenüber 75-80% im Regelfall; weitere 7% hatten ungültig gestimmt. Von den verbliebenen 53% sprachen sich 68,3% für und 31,7% gegen den Beitritt aus. Damit hatten sich tatsächlich nur 36,4%

aller Wahlberechtigten hinter die Politik Pompidous gestellt, obwohl sich auch das "Zentrum" von Lecanuet bis Servan-Schreiber, das sich sonst zur Opposition rechnet, für den Beitritt ausgesprochen hatte. Pompidous Manöver war gescheitert.

Am Tag nach dem Referendum begannen die eigentlichen Verhandlungen. Beide Delegationen setzten sich aus je fünf Arbeitsgruppen zusammen: eine zentrale Gruppe, die die politischen Grundlinien festlegte und sich aus der Führungsspitze beider Parteien zusammensetzte und vier Expertengruppen, die die Bereiche "soziale Fragen", "ökonomische Probleme", "politische Institutionen", "internationale Politik" bearbeiteten.¹⁰⁸⁾ Das Verhandlungsklima verbesserte sich zusehends. Zwar bestand auf Seiten der Kommunisten zunächst eine gewisse Skepsis fort, denn die Sozialisten hatten gleichzeitig mit der Radikalen Partei Servan-Schreibers Verhandlungen aufgenommen, dessen Widerstand gegen jede weiteren Nationalisierungen jedoch noch im Mai eine Übereinkunft aussichtslos werden ließ.¹⁰⁹⁾ Kontakte bestanden jedoch weiterhin fort zum linken Flügel der Radikalen Partei, dessen Vertreter Maurice Faure und Robert Fabre, von beiden Parteien über den Gang der Verhandlungen unterrichtet wurden und die ihrerseits ihre Meinung zu den einzelnen Fragen darlegten.

Nach der Darstellung von Pierre Guidoni¹¹⁰⁾ konnte man sich sehr rasch über den Katalog der sozialen Maßnahmen einigen. Hier hatten sich schon die beiden Partei-Entwürfe fast nur in der Prioritätensetzung unterschieden. Die Kommunisten setzten sich besonders dafür ein, daß auch die Fragen der Reallöhne, der Arbeitsplatzsicherheit und der Arbeitsbedingungen, die im Programm der PS nur im allgemeinen Zusammenhang mit der Demokratisierung der Wirtschaft behandelt worden waren, nunmehr in den ersten Teil übernommen wurden. Dieser Teil trägt im "Gemeinsamen Regierungsprogramm" den charakteristischen Titel: "Besser leben, das Leben verändern", eine Kombination der Parole des kommunistischen Programms "Besser leben", mit der des sozialistischen

Programms "Das Leben verändern".

Ernstere Schwierigkeiten tauchten jedoch in der ökonomischen Kommission auf. Die Kommunisten hatten eine Liste von 25 Großunternehmen vorgelegt, die nach den von ihnen in ihrem Regierungsprogramm aufgestellten Kriterien nationalisiert werden sollten. Die Sozialisten wollten sich dagegen auf eine Definition der Kriterien für die Nationalisierungen beschränken. Dieser Punkt erwies sich in den Verhandlungen als der schwierigste. Einig war man sich anfangs lediglich, daß der gesamte Banken- und Finanzsektor nationalisiert und damit der Geldumlauf unter öffentliche Kontrolle genommen werden sollte. Die Sozialisten befürchteten, eine "schwarze Liste" von Nationalisierungen im industriellen Bereich würde die Randwähler an ihrer Rechten und insbesondere die Radikalen beunruhigen. Für die Kommunisten waren die Nationalisierungen jedoch das "entscheidende Instrument eines demokratischen Programms". Man einigte sich schließlich in letzter Stunde neben der Nationalisierung des Finanzsektors auf eine sogenannte Mindestschwelle (le "seuil minimum") von 13 Industriekonzernen, die unmittelbar nach Regierungsantritt nationalisiert werden sollten. Darüber hinaus sollten im Laufe der Legislaturperiode auf Antrag der Regierung oder der Beschäftigten oder sonstiger gesellschaftlicher Gruppen weitere Unternehmen nationalisiert oder in andere Formen von Gemeineigentum überführt, bzw. durch Beteiligung unter öffentliche Kontrolle gebracht werden können, insofern sie den Kriterien (Befriedigung grundlegender sozialer Bedürfnisse, Inanspruchnahme öffentlicher Mittel einschließlich öffentlicher Aufträge, Hauptzentren der Kapitalakkumulation in einzelnen Produktionszweigen, strategische Schlüsselstellung für Wachstum und Entfaltung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts usw.) entsprechen.

Weniger problematisch als befürchtet erwies sich die Frage nach der demokratischen Leitung der nationalisierten Unternehmen und der Kontrolle durch die Beschäftigten. Bei der Diskussion von Einzelheiten zeigte es sich, daß die von den Kommunisten vorgeschlagene Kombination aus "Verwaltungs-

autonomie" (autonomie de gestion) und "demokratischer Leitung" (gestion démocratique) durchaus nicht prinzipiell verschieden war von dem, was die Mehrheit der Sozialisten unter "Selbstverwaltung" verstand.¹¹¹⁾ Einig war man sich, daß die Entscheidungsfreiheit der Unternehmen in einen demokratisch ausgearbeiteten Wirtschaftsplan eingeordnet werden muß.

In der Kommission über die politischen Institutionen hatte man anfangs die größten Schwierigkeiten erwartet. In der "Bilanz" von 1970 waren hier die wichtigsten Meinungsverschiedenheiten aufgetreten. Zwei eng miteinander verknüpfte Probleme waren dabei aufgetaucht: Worin besteht die demokratische Legitimation der Regierung? Welches sind die Bedingungen für einen eventuellen Rücktritt? 1970 war sowohl das angestrebte Wahlrecht als auch die Form eines Rücktritts umstritten geblieben. Inzwischen hatte der Konvent der Sozialisten das Verhältniswahlrecht akzeptiert, woraufhin die Kommunisten sich bereit erklärten, die Institution des parlamentarischen Mißtrauensvotums anzuerkennen. Politisch entscheidend war dabei die Einigung über den sogenannten Legislaturvertrag (contrat de législature).¹¹²⁾ Der Sinn dieser Konstruktion besteht darin, im Falle eines Wahlsieges der Linken, Regierung und Parlamentsfraktion der siegreichen Parteien wechselseitig darauf zu verpflichten, das gemeinsam vorgelegte Programm durchzuführen bzw. zu unterstützen, und im Falle schwerwiegender politischer Meinungsverschiedenheiten keine andere Koalition (d.h. Mehrheitsbildung) einzugehen, als sie bei der Wahl versprochen worden war, sondern notfalls Neuwahlen auszuschreiben. Für die Kommunisten ging es um "die Garantie, daß die Arbeiter, nachdem sie eine Mehrheit der Linken gewählt haben, nicht am Ende eine Regierung der Rechten vorfinden".¹¹³⁾ Aufgrund ihrer historischen Erfahrungen¹¹⁴⁾ war dies für die Kommunisten ein Essential des Bündnisses. Die Sozialisten stimmten dieser Interpretation des Legislaturvertrages zu, verlangten dann aber von den Kommunisten die Akzeptierung ihres außenpolitischen Essentials, die Mitarbeit in den

Institutionen der EWG mit dem Ziel, sie "von der Herrschaft des Großkapitals zu befreien, ihre Institutionen zu demokratisieren, die Forderungen der Werktätigen zu unterstützen und die Vorhaben der Gemeinschaft an ihren Interessen auszurichten" und "darauf zu achten, daß innerhalb des Gemeinsamen Marktes ihre Handlungsfreiheit zur Verwirklichung ihres politischen, wirtschaftlichen und sozialen Programms gewahrt bleibt".¹¹⁵⁾

Nach dem erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen schrieb Claude Estier in der sozialistischen Wochenzeitschrift "Unité": "Bei der Vorstellung des 'Gemeinsamen Programms' für die Presse, zeigten sich mehrere Journalisten vor allem daran interessiert zu erfahren, wer die meisten Konzessionen gemacht hat. Wir werden in diese Debatte nicht eingreifen, weil wir davon ausgehen, daß es keine Übereinkunft, worüber auch immer, geben kann, wenn nicht jeder einen Schritt auf den anderen zukommt. Das war hier der Fall. Auf dieser Seite und auf der anderen wurden Konzessionen gemacht. Aber keiner mußte 'abschwören' oder 'kapitulieren' ".¹¹⁶⁾

Nach der Veröffentlichung des Programmtextes stimmte am 9. Juli 1972 die "Nationalkonferenz" der PCF, das höchste Organ der Partei zwischen den Parteikongressen, einmütig dem Verhandlungsergebnis zu.¹¹⁷⁾ Der "Nationalkonvent", das entsprechende Organ der Sozialisten, sprach sich am gleichen Tage, ebenfalls ohne Gegenstimme, bei zwei Enthaltungen, für die Annahme des Programms aus. Wenige Tage darauf, am 12. Juli, unterzeichnete Robert Fabre vom linken Flügel der Radikalen Partei gemeinsam mit Georges Marchais und François Mitterrand das Dokument, nachdem der Konvent der Sozialisten die Kandidatur von 49 "Radikalen" auf einer gemeinsamen Liste (Union de Gauche socialiste et démocrate - UGSD) für die Parlamentswahlen im Frühjahr 1973 gebilligt hatte.¹¹⁸⁾

4.4.2 Bemerkungen zur politischen Bedeutung und zum Inhalt des "Gemeinsamen Programms"

In der Präambel heißt es zu Bedeutung und Funktion des gemeinsamen Programmes: "Die Sozialistische Partei und die Französische Kommunistische Partei sind sich bewußt, daß sie mit der Vorlage eines gemeinsamen Regierungsprogrammes einen politischen Akt von großer Bedeutung vollzogen haben. Sie bekräftigen gemeinsam ihren Willen, den Ungerechtigkeiten und der Willkür des gegenwärtigen Regimes ein Ende zu setzen. Um dies zu erreichen und um den Weg zum Sozialismus zu ebnen, sind tiefgreifende Veränderungen im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben Frankreichs erforderlich."¹¹⁹⁾ Der stellvertretende Generalsekretär der PCF, Georges Marchais, hatte schon unmittelbar nach der Schlußsitzung der beiden Verhandlungsdelegationen erklärt: "Die Übereinkunft stellt ein politisches Ereignis ersten Ranges dar und ist ein Markstein in der Geschichte der demokratischen und Arbeiterbewegung".¹²⁰⁾ Die Regierungsparteien, allen voran die Gaullisten mit dem zu diesem Zeitpunkt noch als Premierminister amtierenden Chaban-Delmas, versuchten dagegen das Abkommen zunächst als "Spiegelfechterei" und als "reine Wahltaktik ohne jede reale Grundlage" darzustellen,¹²¹⁾ und die überwiegende Mehrheit der bürgerlichen Presseorgane, sowie die Kommentatoren der ORTF stimmten darin mit der Regierung weitgehend überein. Allein die wenigen Kenner der Arbeiterbewegung unter den prominenten Leitartiklern, wie etwa Raymond Aron im "Figaro" und Jacques Fauvet in "Le Monde" warnten schon wenige Tage nach dem Zustandekommen des Programms vor einer Unterschätzung der historischen Tragweite dieses Ereignisses. Fauvet, durch seine wissenschaftlichen und journalistischen Arbeiten zur Geschichte der PCF gewiß nicht als besonders kommunistenfreundlich ausgewiesen, beurteilte die Übereinkunft als "das wichtigste Ereignis der französischen Linken seit der Spaltung der beiden Parteien auf dem Kongreß in Tours im Jahre 1920".¹²²⁾

Später wurde in der Presse häufig von einem neuen Volksfrontbündnis gesprochen. Dieser Vergleich ist sowohl historisch wie politisch unzureichend. Die Volksfront der 30er Jahre war ein weitgehend defensives Bündnis zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten gegen den drohenden Faschismus. Wenn sie auch zahlreiche Verbesserungen für die konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse brachte, nicht zuletzt infolge der großen Mai-Juni-Streiks von 1936, so bleibt die Abwehr des Faschismus in Frankreich dennoch eines ihrer wichtigsten Verdienste.

Das jetzige Programm geht weit über das Volksfrontprogramm von 1935/1936 hinaus.¹²³⁾ Es reflektiert damit die historische Tatsache, daß die französische Arbeiterbewegung sich seit 1968, trotz der dargestellten Schwierigkeiten und Rückschläge, insgesamt in einer gesellschaftlichen und politischen Offensivphase befindet. Innerhalb dieser Entwicklungslinie stellt das "gemeinsame Programm" in einem gewissen Sinne einen Knotenpunkt dar, von dem an sich die Klassenauseinandersetzungen auf einer qualitativ höheren politischen Stufe vollziehen.

Wir haben an mehreren Stellen dieser Arbeit darauf hingewiesen, daß der Hauptmangel der bisherigen Entwicklung des Klassenkampfes in Frankreich vom Standpunkt der Arbeiterklasse im Fehlen einer gemeinsamen konkreten Alternative der Arbeiterbewegung zum bestehenden System bestand.¹²⁴⁾ In dem Maße, wie das "gemeinsame Programm" diesen Mangel aufzuheben vermochte, hat es dazu beigetragen, die Voraussetzungen für den Sieg der Arbeiterklasse und des gesamten arbeitenden Volkes in Frankreich zu verbessern (vgl. hierzu aber auch die weiteren Abschnitte 4.4.3 - 4.4.5).

Das Moment der Einheit der Arbeiterbewegung ist jedoch nur eine der Voraussetzungen für eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Richtung Sozialismus. Eine weitere und entscheidende Voraussetzung besteht in der inhaltlichen Bestimmung dieser Einheit: Inwieweit ist das gemeinsame Programm geeignet, eine gesellschaftliche Dynamik in Gang zu setzen (oder zu halten), die das Kräfteverhältnis der Klassen weiter zugunsten der arbeitenden Bevölkerung

verändert und inwieweit sind die vorgesehenen Maßnahmen ausreichend um die ökonomische und gesellschaftliche Machtbasis des herrschenden Großbürgertums so entscheidend zu treffen, daß damit dessen politische Vorherrschaft auch langfristig und d.h. endgültig gebrochen werden kann?

Eine umfassende Behandlung dieser Fragestellungen würde allerdings eine gesonderte Untersuchung erfordern, die hier nicht vorgenommen werden kann. Wir werden uns daher auf die Andeutung einiger zentraler Gesichtspunkte beschränken müssen.

Der für die Arbeiterbewegung wichtigste Gesichtspunkt ist die reale Bewegung des Klassenkampfes; also der historisch-konkrete Prozeß des Zusammenwirkens der drei genannten strategischen Momente: Einheit der Arbeiterbewegung (einschließlich Bündnisfrage), Entwicklung der gesellschaftlichen Dynamik und Veränderung der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnisse. Wie stellt sich dieser Prozeß im "gemeinsamen Programm" dar?

Das Programm ist selbst Ausdruck eines bis dahin unbekannten Ausmaßes der Einheit, so daß sich die Aufmerksamkeit zunächst auf die gesellschaftliche Dynamik richten muß, die es auszulösen vermag.

Unmittelbares Ziel des Programms ist die Verbesserung der Lebensbedingungen, die Befriedigung der Bedürfnisse und Hoffnungen der arbeitenden Bevölkerung. Das Programm wird daher auch ausdrücklich nicht als Programm für den Aufbau des Sozialismus in Frankreich bezeichnet; die vorgesehenen Maßnahmen sollen lediglich "den Weg zum Sozialismus ebnen". Demnach handelt es sich aber auch keineswegs etwa nur um eine Summe von Reformen zur Anpassung oder gar Stabilisierung des bestehenden Systems unter veränderten Bedingungen. Vielmehr sind beide Parteien durch ihre jeweilige Analyse der Gesellschaft übereinstimmend zu der Überzeugung gelangt, daß eine entscheidende Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Bevölkerung tiefgreifende sozial-ökonomische Veränderungen zur Voraussetzung hat. Diese Veränderungen werden im zweiten Teil des Programms unter der Überschrift "Demokratisierung der Wirtschaft, Ausbau des

öffentlichen Sektors, Planung des Fortschritts" ausführlich beschrieben. Die innere Konsistenz und Komplementarität der einzelnen dort vorgesehenen Maßnahmen, die sich gegenseitig durchdringen und vorantreiben, ist dabei von wesentlicher Bedeutung.

So wird beispielsweise die wachsende Befriedigung der individuellen und kollektiven Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung nicht lediglich als ein passives, in sich ruhendes Ziel der Bewegung begriffen, sondern zugleich als aktives Moment, das sowohl auf die Entwicklung der Produktivität und Rationalität der gesellschaftlichen Arbeit, als auch auf die Bedingungen der Möglichkeit und Wirklichkeit der gesellschaftlichen Demokratisierung zurückwirkt.¹²⁵⁾

Dreh- und Angelpunkt dieses Teiles, und damit letzten Endes des gesamten Programms, ist die Demokratisierung und Ausweitung des öffentlichen Sektors durch die "demokratische Nationalisierung der wirtschaftlichen Schlüsselsektoren". Dieser Punkt ist in mehrfacher Hinsicht entscheidend für die historische Perspektive des Programms: Erstens schwächen die Nationalisierungen objektiv das bestehende System, indem sie das kapitalistische Produktionsmonopol durchbrechen und einen wichtigen Teil der Produktions- und Zirkulationsmittel unter gesellschaftliche Leitung und demokratische Kontrolle bringen. Zweitens ermöglichen sie die Einleitung einer neuen globalen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Durchsetzung einer "neuen ökonomischen Logik" im Rahmen eines demokratisch ausgearbeiteten Planes, bei der nicht mehr ausschließlich die Rentabilität der Unternehmen sondern mehr und mehr die Befriedigung der Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung zum Kriterium der Rationalität des Wirtschaftens wird.¹²⁶⁾ Damit werden drittens für den verbleibenden kapitalistischen Sektor so entscheidende materielle Rahmenbedingungen gesetzt, daß auch seine Entwicklung nach und nach den spontanen Charakter verliert und sich an den Leitlinien des demokratischen Wirtschaftsplanes orientieren wird. Viertens verstärkt sich mit der direkten Förderung des Vergesellschaftungsprozesses der Produktivkräfte die objektive Notwendigkeit zur weiteren Vergesell-

schaftung, die sowohl durch die Ausdehnung des nationalisierten Sektors, durch spezifische Mischformen, durch Kooperationsverträge oder durch genossenschaftliche Eigentumsformen als auch durch eine umfassende und immer effektivere Planung entwickelt werden kann. Und fünftens wächst mit der Erfahrung einer echten Demokratisierung der Entscheidungsprozesse durch die Einbeziehung der arbeitenden Bevölkerung in Planung und Leitung auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens und der damit eng verknüpften höheren Effizienz der Produktion¹²⁷⁾ zugleich auch die subjektive Einsicht in die Notwendigkeit und Möglichkeit des Sozialismus.

Gegen die Nationalisierung großer Industriegruppen sowie des gesamten Banken- und Finanzsektors und die demokratische Planung richteten sich folgerichtig auch die meisten und heftigsten Angriffe in der bürgerlichen Presse. Die vom Standpunkt der Arbeiterklasse wichtigste Frage lautet dagegen: Werden die Nationalisierungsmaßnahmen ausreichen, um die angestrebte "neue ökonomische Logik" gegenüber dem kapitalistischen Sektor durchzusetzen? Eine Antwort darauf läßt sich a priori nicht geben, denn das Ausmaß der tatsächlich zu realisierenden Nationalisierungen ist nicht endgültig fixiert. Die im Programm genannten dreizehn Industriegruppen stellen lediglich eine sogenannte "Mindestschwelle" (le seuil minimum) dar, die unmittelbar nach dem Regierungsantritt von der Linksunion nationalisiert werden soll. Die Gesamtheit dieses Minimums im industriellen Bereich betrifft:

- weniger als 1% der französischen Unternehmen;
- etwa 800.000 Beschäftigte;
- 80 bis 90 Milliarden Francs Umsatz;
- 12 bis 14 Milliarden Francs Investitionen.

Einschließlich der vorhandenen nationalisierten Unternehmen würde der nationalisierte Sektor dann

- etwa 1% aller Unternehmen;
- 13% der Erwerbstätigen;
- 14% der Bruttoinlandproduktion;

- 25% der Industriebeschäftigten;
- 30% aller nicht-landwirtschaftlichen Exporte;
- mehr als 40% des im Ausland realisierten Umsatzes;
- 45% bis 50% der industriellen Investitionen;
- rund 75% der Forschungs- und Entwicklungsausgaben umfassen.¹²⁸⁾

Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Programm ausdrücklich die Möglichkeit weiterer Nationalisierungen vorsieht, wie sie vorwiegend von den Kommunisten gefordert werden.¹²⁹⁾ Im Programm heißt es dazu: "Die schrittweise Durchführung der Nationalisierungen wird mit der wirtschaftlichen Entwicklung und den Forderungen der Massen verbunden, für die es entscheidend ist, daß sie die umfassende Verantwortung übernehmen. Deshalb kann die Regierung, falls die Arbeiter den Wunsch äußern, ihr Unternehmen zu verstaatlichen oder zu nationalisieren, dies dem Parlament vortragen."¹³⁰⁾

Freilich hängt die Beantwortung der Frage nach der Wirksamkeit der Nationalisierungen im Hinblick auf die "Logik" der gesellschaftlichen Bedürfnisse, nicht allein von der Quantität des öffentlichen bzw. nationalisierten Sektors ab, sondern vor allem auch von dessen Qualität, seiner Struktur und Dynamik. Wobei es insbesondere auf die Stellung und Funktion der nationalisierten Unternehmen im System der gesellschaftlichen Reproduktion, auf ihren Vergesellschaftungsgrad und ihre Vergesellschaftungsqualität ankommt. Diese Überlegungen sind in die Auswahl der zu nationalisierenden Sektoren und Unternehmen eingegangen, wobei der Begriff der Schlüsselsektoren dahingehend präzisiert wurde, daß er alle Sektoren umfaßt, die aufgrund ihrer Eigenschaften (Art und Umfang der Investitionen, Bedeutung der Forschungen, Art und Umfang der Produktion, Rolle im Innen- und Außenhandel usw.) Entscheidungszentren im Wirtschaftsleben beherrschen, in denen die Richtung der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung bestimmt wird.¹³¹⁾

Damit die angestrebte Veränderung des gesellschaftlichen Lebens Wirklichkeit werden kann, wird es freilich nicht genügen, daß die gemeinsame Regierung die vorgesehenen Maß-

nahmen zur Verbesserung der ökonomischen Situation der Werktätigen, zur Demokratisierung der Wirtschaft von der betrieblichen bis zur nationalen Ebene, zur Erweiterung der demokratischen Grundrechte und zur Reform der politischen Institutionen durchführt. Das gesamte Programm zeugt von der Einsicht in die Notwendigkeit einer Intensivierung der demokratischen Masseninitiative in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Hierbei soll ganz besonders der Einfluß der demokratischen Verbände der arbeitenden Bevölkerung, vor allem der Gewerkschaften, aber auch der Mieter- und Verbraucherverbände, der Bauen- und Handwerkerorganisationen usw. erheblich ausgeweitet und vertieft werden.¹³²⁾

Von der Mobilisierung dieses subjektiven, bewußtseinsmäßigen Faktors, bei dem der Kooperation und der gegenseitigen konstruktiven Kritik der politischen Parteien und der übrigen demokratischen Organisationen eine entscheidende Bedeutung zukommt, wird letzten Endes der Erfolg des Programms und damit die Wirklichkeit des Übergangs zum Sozialismus in Frankreich abhängen.

In jedem Falle sind sich beide Parteien bewußt, daß selbst unter der Hypothese eines Wahlsieges der Linken aufgrund des vorgelegten Programms, die politische Auseinandersetzung zwischen den Klassen sich keineswegs abschwächen sondern notwendig verschärfen werden, so daß Rückschläge nicht auszuschließen sind und zahlreiche neuartige Widersprüche auftreten werden die es gemeinsam zu lösen gilt.

Diese Überlegungen waren zwar schon bei der Ausarbeitung des Programms notwendig und wir werden in den folgenden Abschnitten dieser Arbeit noch einmal darauf zurückkommen müssen. Zunächst jedoch gilt es, auf die Stellungnahme der übrigen Arbeiterorganisationen einzugehen und die politische und ideologische Auseinandersetzung um das gemeinsame Programm im Laufe des Wahlkampfes Ende 1972 Anfang 1973 darzustellen.

4.4.3 Die Stellungnahme der übrigen Arbeiterorganisationen

4.4.3.1 Die CGT

Wie bereits ausführlich dargestellt, hat sich die CGT seit Jahren um das Zustandekommen eines gemeinsamen Programms der Linken bemüht. Sie hat in zahlreichen Gesprächen mit den politischen Parteien der Linken und in der öffentlichen Diskussion mit der CFDT ihre Position erläutert und ihre Forderungen angemeldet. Am Tage nach der Veröffentlichung des Programmtextes gab der Exekutivausschuß des CGT-Bundesvorstands eine ausführliche Erklärung ab, in der es u.a. hieß: "Dieses als historisch zu bezeichnende Ereignis ruft unter allen Ausgebeuteten das Vertrauen in die Zukunft hervor. Gemeinsam mit den Arbeitern sieht die CGT im Abschluß dieses Programmseins außergewöhnliches Ereignis. Sie ist der Auffassung, daß sein Inhalt, seine wesentlichsten Ziele den Zielen des Programms der Gewerkschaft CGT entsprechen. Sämtliche sozialen Forderungen der Arbeiter, die den Gewerkschaftsbünden gemeinsam sind, werden darin berücksichtigt. Die wirtschaftlichen und politischen Mittel sind klar dargelegt. Entschlossen gegen die Herrschaft der kapitalistischen Monopole gerichtet, sieht das Programm ziemlich ausgedehnte Nationalisierungsmaßnahmen vor, um der Gesellschaft die Möglichkeit zu geben, über die am Anfang notwendigen Schalthebel zu verfügen. Es definiert demokratische Verwaltungsmethoden, um die reale Beteiligung der Arbeiter zu gewährleisten. Es beinhaltet den Beginn einer beachtlichen Entwicklung der kollektiven und individuellen Freiheiten, ein für die Arbeiter günstiges demokratisches System, eine aktive Politik des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit. Es gewährleistet und anerkennt die Rechte, Freiheiten, die Rolle und die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung. Die CGT sieht darin die Möglichkeit für die Arbeiter, die wirtschaftliche und politische Demokratie zu erringen, die fähig ist, den Weg zum Sozialismus zu öffnen."¹³³⁾

Die CGT erklärte sich dann auch unverzüglich bereit, die geplante Kampagne für die Propagierung des gemeinsamen Programms tatkräftig zu unterstützen. Auf der traditionellen Septemberveranstaltung in der Pariser Mutualité anlässlich der Rentrée (Arbeitsbeginn nach den Betriebsferien) stand dieses Thema im Zentrum der Reden und Diskussionen. Der CGT-Generalsekretär Georges Séguy erläuterte die Auffassung des größten Gewerkschaftsbundes: "Seit Jahren, und insbesondere im Mai 1968 haben wir das Fehlen eines solchen Programms bitter beklagen und die Begrenztheit unserer gewerkschaftlichen Aktionen feststellen müssen. ... Von diesem Standpunkt aus kann nun nichts mehr so bleiben wie zuvor, niemand kann so tun, als wenn das gemeinsame Programm nicht existieren würde, dies trifft vor allem für die Gesamtheit der Gewerkschaftsbewegung zu.

Wir wünschen, daß die Gewerkschaftsorganisationen sich darauf einigen, das Programm der Linken zu unterstützen. ... Dieser Wunsch richtet sich zuerst an die CFDT ... Zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus gibt es nun einen durch das Programm der Linken klar definierten Übergang. Dies ist eine Realität, zu der die Gewerkschaftsbewegung eindeutig Stellung nehmen muß.

Die CGT hat dies bereits getan. Die anderen Organisationen denken noch darüber nach. In der Absicht, die Arbeiter hieran zu beteiligen, haben wir der CFDT vorgeschlagen, das gemeinsame Programm den laufenden Diskussionsthemen zwischen unseren beiden Zentralen hinzuzufügen.

... Ohne unsere Forderungsaktionen auch nur im geringsten einzuschränken, werden unsere Militanten, unsere Organisationen alles tun, was sie können, um, auf der Basis des gemeinsamen Programms, die Sammlung aller gewerkschaftlichen Kräfte voranzutreiben.

Für uns Gewerkschafter zählen nicht die Parlamentswahlen am meisten - obwohl wir ihnen gegenüber nicht gleichgültig sind - was vor allem zählt, ist der Massenkampf (la grande bataille de masse), der notwendig ist, damit das gemeinsame Programm durchgesetzt werden kann; auch nach einem ange-

nommenen Wahlsieg der Linken. Es ist offensichtlich, daß im Bereich der Massenmobilisierung und Massenaktionen sich unsere gewerkschaftlichen Aufgaben und Fähigkeiten am besten entfalten können.

Unser entschlossenes Engagement ändert nichts an unserer gewerkschaftlichen Unabhängigkeit, an unserer Entscheidungsfreiheit für die Gegenwart und Zukunft. Auch in dieser Hinsicht stellt uns der Wortlaut des gemeinsamen Programms vollkommen zufrieden.

Die Linke hat einen großen Schritt nach vorne getan, indem sie sich geeinigt und mit einem gemeinsamen Programm bewaffnet hat. Es liegt nun an uns, Kollegen, mit allen demokratischen Kräften dafür zu sorgen, daß es in kürzester Frist angewendet werden kann."¹³⁴⁾

4.4.3.2 Die CFDT

Die CFDT hatte in der Programmdebatte mit der CGT im vorangegangenen Jahr deutlich zu erkennen gegeben, daß sie einer Strategie wie sie im gemeinsamen Programm ihren Ausdruck fand, skeptisch bis ablehnend gegenübersteht (vgl. weiter oben S.294ff). Freilich war diese Ablehnung politisch einfacher zu vertreten zu einem Zeitpunkt, als das gemeinsame Programm noch nicht realisiert war. Unmittelbar nach Verabschiedung des Programms erklärte sich die CFDT daher auch zu einer gründlichen Prüfung bereit, um im Herbst ihre Haltung zu erläutern.

Unter dem Druck der anlaufenden Massenkampagne Anfang September erwies sich dann eine konkrete Stellungnahme als nicht weiter aufschiebbar. Am 15. September 1972 erklärte das Bundesbüro: "Die CFDT wird sich nicht an den Komitees beteiligen und sich den Erklärungen zur Unterstützung des gemeinsamen Programms nicht anschließen. Sie wird weiterhin die Schaffung von Bedingungen für eine machtvolle und bewußte Bewegung der Arbeiter vorantreiben, um die Grenzen und Risiken des Programms zu überwinden, indem sie die Bewegung zur Einheit im Sinne des demokratischen Sozialismus

und der Selbstverwaltung orientiert."¹³⁵⁾

Die Ablehnung begründet sie damit, daß es vor allem das "Prinzip der gewerkschaftlichen Autonomie" zu wahren gelte: "Selbst in dieser Periode darf die CFDT nicht die Aufgaben vermischen und sich an ein gemeinsames Regierungsprogramm binden, das hieße Gefahr zu laufen, im Falle eines Wahlsiegs der Linken zu einer Agentur für die Durchführung einer möglichen Regierungspolitik zu werden."¹³⁶⁾ Zwar enthalte das Programm zahlreiche Maßnahmen, deren Erfüllung die CFDT seit Jahren fordere, aber es repräsentiere eine Marschrichtung, die verschieden ist von derjenigen der CFDT.

"Kurz resümiert, das gemeinsame Programm ist ein progressistisches Programm, das sich jedoch in einem kapitalistischen Rahmen verwirklichen läßt und nur eine äußerst begrenzte Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse vorsieht."¹³⁷⁾

Diese eindeutig ablehnende Haltung gegenüber dem gemeinsamen Programm mußte die CFDT jedoch unter den sich verschärfenden Druck ihrer betrieblichen Basisorganisationen nach und nach modifizieren, ohne daß sie jedoch ihre kritische Distanz zum gemeinsamen Programm insgesamt aufgeben hätte.

4.4.3.3 Die PSU

In den 17 Thesen aus dem Jahre 1969 ¹³⁸⁾ hatte sich die PSU ausdrücklich gegen eine antimonopolistische Übergangsphase zum Sozialismus ausgesprochen (These 5) und die unmittelbare Aktualität der sozialistischen Revolution betont (These 3). Weil die beiden traditionellen Parteien der Linken, jede auf ihre Weise entweder "reformistisch" oder "revisionistisch" geworden seien, gelte es, eine "sozialistische Bewegung" (le courant socialiste) zu schaffen, welche "die wirkliche Arbeitereinheit vorbereitet" (These 7). Die Erfahrungen des Mai 1968 hätten bewiesen, daß die "Debatten über die 'Einheit' oder die 'Erneuerung' der Linken überholt seien und es komme nun darauf an, die ver-

schiedenen Kräfte der Maibewegung in der politischen Praxis zu vereinen". Die gemeinsame Aktion an der Basis ist eines der Hauptmittel zur Überwindung der unterschiedlichen Auffassung dieser Kräfte (These 8).

Diese Politik schließe zwar Bündnisse mit PCF und Sozialdemokraten nicht völlig aus, aber sie widersetze sich "vieldeutigen Formeln wie Union der Republikaner oder Demokraten,¹³⁹⁾ die das Gegenteil einer notwendigen Klärung für die sozialistischen Bewegungen würden." (These 15)

Die somit fortgesetzte Strategie der "sozialistischen Front", die im Aktionsprogramm der PSU¹⁴⁰⁾ Anfang 1971 noch einmal ausdrücklich bestätigt worden war, führte in der Folgezeit wiederum in die Isolierung und an den Rand des politischen Sektierertums. Die Sammlung aller "Kräfte der Maibewegung" zur Schaffung einer "revolutionären Partei, die weder leninistisch noch spontaneistisch" sei, mißlang. Die Mitgliederzahl, die in den Jahren 1968/69 auf 15.000 angestiegen war, fiel bis 1972 wiederum auf rund 10.000 zurück. Schließlich spalteten sich im Frühjahr 1972 ein trotzkistischer Flügel ab, der zur Ligue communiste überging, eine maoistische Gruppe gründete die "revolutionäre Linke" und die Gruppe um Gilles Martinet ging zu den Sozialisten.¹⁴¹⁾

Während die PSU auf ihrem Kongreß Mitte Juni 1972 in Juvisy in ihre verschiedenen Flügel auseinanderzufallen drohte, erklärte ihr Generalsekretär Michel Rocard gleichzeitig: "Die PSU gehört zu den wichtigsten revolutionären Kräften in Westeuropa, ihre Aufgabe ist es, die Gesamtheit der theoretischen und praktischen Errungenschaften der Arbeiterbewegung maximal zu nutzen, um eine Strategie zu definieren, die eine sozialistische Transformation in den entwickelten kapitalistischen Ländern ermöglicht ." Deshalb könne es nicht darauf ankommen, mit der PC und der PS auf der Ebene der Apparate über ein Regierungsprogramm zu diskutieren, vielmehr sollte die PSU mit den Massen gemeinsam die Frage klären "Was ist die Revolution?" (La révolution, qu'est-ce que c'est?)¹⁴²⁾

Ähnlich wie die CFDT konnte sich aber selbst die PSU nach

der Verabschiedung des gemeinsamen Programms nicht mehr gleichmütig gegenüber dem Linksbündnis verhalten.

In dem neuesten Manifest "Heute kontrollieren um morgen zu entscheiden" (*contrôler aujourd'hui pour décider demain*),¹⁴³ das auf dem VIII. Kongreß der PSU im Dezember 1972 in Toulouse angenommen wurde, heißt es dazu: "Unsere Strategie ist nicht überzeitlich. Die Verhältnisse von 1968 sind nicht die von heute und es wäre vergeblich, sie künstlich reproduzieren zu wollen. Die Verhältnisse von 1973, gekennzeichnet durch die Parlamentswahlen und die Übereinkunft PC/PS und die Minderheitsfraktion der Radikalen, sind ihrerseits ebenfalls spezifisch. Und wenn die großen Linien einer Strategie auch während einer langen Periode konstant sein müssen, so ist es doch notwendig, beständig ihre taktischen Stützpunkte, je nach der besonderen Situation zu präzisieren. Wenn die revolutionäre Bewegung dies nicht begreift, wird sie immer um eine Schlacht im Rückstand sein. Die Regierungsübereinkunft zwischen sozialistischer Partei und kommunistischer Partei ist ein wichtiges Ereignis in der gegenwärtigen Periode. Ihre Bedeutung ist im übrigen mehr verknüpft mit der gesellschaftlichen und politischen Dynamik die sie voranbringen kann, als mit den politischen Kräften und Personen, die sie abgeschlossen haben. Die Wichtigkeit der Übereinkunft zu leugnen, würde ein Schließen der Augen bedeuten und würde die Revolutionäre zu einer Vogel-Strauß-Politik führen."¹⁴⁴)

Die Kritik der PSU an dem Programm richtet sich vor allem gegen die ihrer Auffassung nach zu geringe Rolle der Volksmassen: "Die Mobilisierung des Volkes ist nur vorgesehen zur Unterstützung einer Linksregierung im Falle einer Gegen-attacke der Bourgeoisie. Sie erscheint niemals als ein zentrales Element des Übergangs zum Sozialismus."¹⁴⁵)

Besonders scharf kritisiert wird der Begriff der "Demokratisierung": "Dieser Begriff steht im Zentrum der vorgesehenen Transformationen im Bereich des Wohnungswesens, der Gesundheit, der Erziehung, im Leben der Unternehmen. Diese Demokratisierung weist zwei Merkmale auf - sie stellt im

wesentlichen nicht die Strukturen der bestehenden Institutionen in Frage, sondern sie beabsichtigt lediglich, die soziale Basis derjenigen, die sich daran beteiligen und die sie leiten zu erweitern. Dies wird besonders deutlich in dem Kapitel über das öffentliche Erziehungswesen: in keiner Weise wird das Problem der Institution Schule selbst aufgeworfen. ... Diese Konzeption der Demokratisierung hat aber noch ein weiteres Merkmal: die Verweigerung neuer Formen der Machtausübung. Die Delegierung durch das Dazwischenschalten von gewerkschaftlichen, berufsständischen oder politischen Organisationen bleibt das ausschließliche Modell der Demokratie. Die Dezentralisierung der Entscheidungsbefugnisse, die Einrichtung von Formen direkter Demokratie an der Basis, Wohnvierteln, Produktionseinheiten usw. ist nicht einmal vorgesehen."¹⁴⁶⁾

Die PSU beklagt anschließend das Fehlen des Begriffs der Selbstverwaltung (L'autogestion: pourquoi son absence?)¹⁴⁷⁾ und spricht sich vor allem gegen die Bündiskonzeption der PCF aus (antimonopolistische Volkseinheit).¹⁴⁸⁾ Dennoch erklärt sie sich letzten Endes für eine Unterstützung der Linkunion: "In jedem Falle werden die Revolutionäre die Arbeiter nicht allein durch ihre Schriften und Reden vom illusorischen Charakter der reformistischen Vorschläge überzeugen. Nur durch die historische Erfahrung und aufgrund von Tatsachen läßt sich dieser Beweis führen. Niemand würde es verstehen, wenn die Revolutionäre faktisch den Sieg des Hauptfeindes, der Rechten und der neokapitalistischen Reformer begünstigen würden",¹⁴⁹⁾ sei es durch eine Taktik "Klasse gegen Klasse" (gerichtet gegen PCF-PS) oder durch den Aufruf zur Wahlenthaltung. Wenn der Kandidat der PSU im ersten Wahlgang von einem Kommunisten oder einem sozialistischen Kandidaten übertroffen wird, wird er sich im zweiten Wahlgang zugunsten des Kandidaten des Linksbündnisses zurückziehen.¹⁵⁰⁾

4.4.4 Die Parlamentswahlen im März 1973

4.4.4.1 Die Kampagne für das "Gemeinsame Programm"

Das lebhaftes Echo in der gesamten arbeitenden Bevölkerung, vor allem innerhalb der Arbeiterklasse, die breite und bisweilen begeisterte Zustimmung in den Betrieben und öffentlichen Versammlungen, die zahlreichen Resolutionen und Grußadressen an beide Parteien aus allen Teilen des Landes bewiesen sehr bald, wieweit das Bedürfnis nach einer gemeinsamen Aktion und Perspektive aller demokratischen und sozialistischen Kräfte zur Lösung der vielfältigen gesellschaftlichen Krisenerscheinungen in der arbeitenden Bevölkerung Frankreichs verbreitet war. Tatsächlich hatte die Übereinkunft allein durch ihr Zustandekommen "wie ein kleiner Erdbeben die politische Landschaft Frankreichs verändert".¹⁵¹⁾ Dies zeichnete sich schon wenige Tage später, am 2. Juli ab, als bei einer Nachwahl in Arles der von der PCF nominierte gemeinsame Kandidat der Linken einen überraschend deutlichen Sieg erringen konnte.¹⁵²⁾ "Von Arles weht der Wind der Volkseinheit" war dann auch eine der ersten populären Losungen der noch im Sommer anlaufenden Kampagne für das gemeinsame Regierungsprogramm.

"Pompidous buntgeschecktes Lager"¹⁵³⁾ hatte nunmehr binnen weniger Monate mehrere Niederlagen hinnehmen müssen. Nach dem allgemein als Mißerfolg für Pompidou angesehenen Europa-Referendum im April, waren es vor allem die erneuten großen Massenstreiks und Demonstrationen der Gewerkschaften im Mai und Juni für die Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre und die Erhöhung des Mindestlohns auf 1.000 Francs im Monat, die das Regierungslager erschüttert hatten. Dann kam das Regierungsprogramm der Linken und deren Wahlsieg in Arles.

Am 5. Juli erklärte Pompidou, daß er die Regierung umbilden werde. Der seit dem Steuerskandal auch in den eigenen Reihen umstrittene Premierminister Chaban-Delmas trat zurück. Neuer Premierminister wurde der bisherige Minister für die übersee-

ischen Gebiete und Departments, Pierre Messmer, dessen Ernennung allgemein als Zugeständnis Pompidous an den ultrakonservativen Flügel der Gaullisten um Michel Debré gewertet wurde. Gerade dies wurde aber von der Linken als offenes Eingeständnis des Scheiterns der im Sommer 1969 mit soviel Propagandaaufwand gestarteten Politik der "neuen Gesellschaft" angesehen, als deren wichtigster Promoter Chaban-Delmas aufgetreten war (vgl. S. 226 ff). ¹⁵⁴⁾

Die Frage, wie gerade der "Erzgaullist" Messmer die in den vorangegangenen Monaten erneut lawinenartig angewachsene Unzufriedenheit eines großen Teils der arbeitenden Bevölkerung mit ihren realen, und nicht von Schlagworten und Ideologien wie "neue Gesellschaft" oder "Partizipation" geprägten Arbeits- und Lebensbedingungen kanalisieren und die Regierungsparteien bei den im kommenden Frühjahr fälligen Parlamentswahlen zum Sieg führen sollte, erzeugte selbst in der regierungsfreundlichen Presse allgemeine Ratlosigkeit. ¹⁵⁵⁾

Pompidou berief daher den parteilosen Edgar Faure, dem als ehemaligen Erziehungsminister die von der bürgerlichen Presse als fortschrittlich gepriesene technokratische Hochschulreform nach dem Mai 1968 zugeschrieben wird, in das Amt des Arbeits- und Sozialministers. ¹⁵⁶⁾ Faure, "dem es mit einer an Taschenspiellerei grenzenden Intelligenz und Rhetorik gelingt, alle in der Luft liegenden Ideen zu verarbeiten und aufzubereiten", ¹⁵⁷⁾ versuchte dann auch gleich mit einer neuen Losung der vereinigten Linken den Wind aus den Segeln zu nehmen. Sein Konzept "für einen neuen Gesellschaftsvertrag" (Pour un nouveau contrat social), ¹⁵⁸⁾ das offenkundig gegen das "gemeinsame Regierungsprogramm" gerichtet ist ¹⁵⁹⁾ scheiterte jedoch praktisch schon im September 1972. Der groß angekündigte "Dialog mit den Gewerkschaften" scheiterte daran, daß Faure zwar die Erfüllung aller Gewerkschaftsforderungen versprach, aber nicht bereit war, konkrete Termine zu nennen.

Inzwischen hatte die Kampagne für das gemeinsame Programm voll eingesetzt. Nach dem Vorbild des kommunistischen Regierungsprogramms wurde nun auch das gemeinsame Programm in den Betrieben und Büros, auf Straßen und Plätzen, an den

Kiosken und in den Buchhandlungen, in Schulen und Universitäten vertrieben, Diskussionsveranstaltungen und Massenmeetings organisiert. Das jährliche Fest der l'Humanté und die vielen regionalen Feste der kommunistischen Partei, die insgesamt von mehreren Millionen Menschen besucht wurden, standen ganz im Zeichen des gemeinsamen Programms. Im Oktober wurde ein ständiges Verbindungskomitee (Comité permanent de liaison) der drei unterzeichnenden Parteien gegründet, dessen Aufgaben, unabhängig von dem jeweils selbständig zu organisierenden Wahlkampf im engeren Sinne, wie folgt definiert wurden:

- "- Entwicklung von Gesetzesvorlagen, in Verbindung mit den Parlamentsfraktionen der drei Formationen, die gemeinsam eingebracht werden und sich aus dem gemeinsamen Programm ergeben;
- Fortsetzung bzw. Initiierung von konkreten Aktionen über Fragen von nationaler und internationaler Bedeutung;
- Organisation einer nationalen Veranstaltung in Paris zur Eröffnung des Wahlkampfes mit dem Ziel, die Perspektiven des gemeinsamen Programms deutlich zu machen." 160)

In der gleichen Zeit hatten sich zahlreiche lokale, regionale und nationale Organisationen für die Unterstützung des Programms ausgesprochen und entsprechende Komitees gegründet, ein öffentlicher Dialog mit den Christen wurde begonnen. 161)

Im Laufe des Herbstes erwies sich die Attraktionskraft des Linksbündnisses vor allem in den Betrieben als so groß, daß die CFDT-Vertreter in den betrieblichen Sektionsversammlungen sich vielfach uneingeschränkt hinter das Bündnis stellen mußten. Schließlich rief auch die Zentrale der CFDT zur Wahl der Kandidaten der "Volksunion" auf. Ähnlich reagierte die PSU, die das Programm zunächst als "reformistisch" abgetan hatte, dann aber den Kontakt zur "Volksunion" suchte und ihre Anhänger aufforderte, im zweiten Wahlgang die Kandidaten der Linken zu unterstützen. Im Dezember

äußerte sich selbst die größte der ultra-linken Organisationen, die trotzkistische "ligue communiste", in gleichem Sinne, obwohl sie das Programm weiterhin "von A bis Z" ablehnte.

Einen ersten Höhepunkt erreichte die Kampagne der Linken am 1. Dezember mit der angekündigten gemeinsamen Großveranstaltung. In und außerhalb der riesigen Halle auf dem Messegelände an der Porte de Versailles hatten sich mehr als 100.000 Menschen versammelt, die den Rednern (Fabre, Marchais, Mitterand) enthusiastischen Beifall spendeten. Viele ältere Beobachter fühlten sich an die Stimmung während der ersten Wochen der Volksfront erinnert. Der Mythos der lange beschworenen und selten erreichten "Einheit der Linken" ließ das politische Meeting zum Volksfest werden. Unter dem Titel "Le courant passe" verkündigte das eher skeptisch-kritische Nachrichtenmagazin "Le Nouvel Observateur": "Der Sieg der Linken ist noch nicht wahrscheinlich, aber er ist schon möglich".¹⁶²⁾

4.4.4.2 Der XX. Parteikongreß der PCF

Ein weiterer Höhepunkt im Kampf für den Sieg des gemeinsamen Programms war der XX. Parteikongreß der PCF vom 13. bis 17. Dezember in Saint-Ouen, einem der "roten" Vororte von Paris. Der Kongreß war in mancher Hinsicht ohne historisches Vorbild. Georges Marchais, der für den seit langem schwer erkrankten Waldeck-Rochet zum neuen Generalsekretär der Partei gewählt worden war, konnte erstmals auf einem Parteikongreß erklären: "Bei den nächsten Wahlen kann die sich an der Macht befindliche reaktionäre Mehrheit geschlagen werden. Morgen kann sich das Leben für alle diejenigen ändern, die den tatsächlichen Reichtum der Nation schaffen".¹⁶³⁾

Der Schlußappell Marchais stand unter dem Motto: "Dem Französischen Volk die ausgestreckte Hand": "...Genossen, solide vereinigt auf der Basis einer richtigen Politik, und mit berechtigtem Stolz entscheidend zur Realisierung der Links-

einheiten beigetragen zu haben, hat unsere Partei nur eine Losung: Einigung, damit das gemeinsame Programm siegt! Einigung, damit Frankreich ein blühendes, freies und glückliches Land wird, in dem es sich gut leben läßt für seine Arbeiter und Bauern, seine Lehrer, Wissenschaftler und Ingenieure, seine Angestellten und Beamten, seine Gelehrten und Künstler, für alle, die die lebendige Substanz der Nation sind.

Als Partei der Arbeiterklasse - einer Klasse deren fundamentalen Interessen nicht im Widerspruch zu irgendeiner anderen werktätigen Klasse stehen - wird unsere Partei unermüdlich dafür arbeiten, alle Männer und Frauen zu sammeln, die unser Volk bilden.

... Es war diese leidenschaftliche Überzeugung, die Maurice Thorez dazu bewegte zu sagen: Wir sind nicht die Partei der erhobenen Faust, wir sind die Partei der ausgestreckten Hand für das französische Volk.

... Es lebe die französische kommunistische Partei! Es lebe das gemeinsame Regierungsprogramm der Linken! Es lebe die Volkseinheit für das gemeinsame Programm! Es lebe die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung, die Einheit aller Kräfte des Fortschritts, der Demokratie, der Unabhängigkeit und des Friedens in der Welt! Es lebe das Frankreich eines demokratischen Frühlings, das Frankreich, das kühn dem Sozialismus entgegengeht, den unser Volk aufbauen wird."¹⁶⁴⁾

Aber nicht nur der Optimismus der Partei, der einen sinnfälligen Ausdruck in dem ungewöhnlich niedrigen Durchschnittsalter der Delegierten von 33 Jahren fand, war bemerkenswert, sondern vor allem die Tatsache, daß erstmals seit der Spaltung der beiden Arbeiterparteien ein Mitglied der sozialistischen Partei am Präsidiumstisch der Kommunisten saß.¹⁶⁵⁾

Claude Estier erklärte in seiner Grußadresse an den Kongreß: "Liebe Genossen, ... es ist klar, daß die Anwesenheit eines nationalen Sekretärs der Sozialistischen Partei unter euch ein ungewöhnliches Ereignis ist. Dies entspricht jedoch der neuen Situation, die in Frankreich durch die

Unterzeichnung des gemeinsamen Regierungsprogramms von Kommunisten, linken Radikalen und Sozialisten geschaffen wurde. Eine neue Situation, in der die großartige Veranstaltung vom 1. Dezember an der Porte de Versailles die Kraft der Volksbewegung bewiesen hat. Was die sozialistische Partei betrifft, so hat sie sich bei aller Bestätigung ihres Willens zur Bewahrung und Entwicklung ihrer Persönlichkeit und ihrer Originalität - was ja auch ebenso euer Wunsch ist - grundsätzlich engagiert im Kampf um den Sieg des gemeinsamen Programms. Dieser Sieg erscheint von nun an möglich. Die Regierungskoalition hat Angst davor. Sie droht. Sie greift auf den größten Anti-Kommunismus zurück und sie ergeht sich in finsternen Prophetien über die Zukunft der sozialistischen Partei. Diese Attacken beeindrucken uns genausowenig wie die öffentliche Meinung, die sich mit jedem Tag mehr der Linken zuwendet, die alleine in der Lage ist, richtige Lösungen für die Probleme zu finden, die sich heute den Französinen und Franzosen stellen."¹⁶⁶⁾

4.4.4.3 Der Wahlkampf der Rechten

In der Zeit zwischen der gemeinsamen Veranstaltung der Linken an der Porte de Versailles und dem Kongreß der Kommunisten war erstmals ein Ergebnis der Meinungsumfragen veröffentlicht worden. Danach lag das Bündnis der Linken mit 46% weit vor der Regierungskoalition aus Gaullisten, Unabhängigen Republikanern und dem rechten Zentrum mit 38% und der Gruppe der "Reformer" (rechter Flügel der Radikalen um Servan-Schreiber und "linkes" Zentrum um Lecanuet) mit 14%.¹⁶⁷⁾

Erst jetzt brach der seit langem schwelende Streit innerhalb der Regierungskoalition offen aus. Die Unabhängigen Republikaner um Giscard d'Estaing strebten offenkundig die Führung in einer neuen bürgerlichen Koalition der "Mitte" unter Ausschluß der Rechtsgaullisten (Debré) und Einschluß der "Reformer" an. Eine solche Koalition der "Modernisten"

wird von der dynamischen Fraktion im Unternehmerverband tatkräftig unterstützt. Dahinter steht die Vision einer ökonomischen und politischen Führungsrolle Frankreichs innerhalb der erweiterten EWG, wie sie im Herbst 1972 von den Futurologen des Hudson-Instituts für Frankreich vorhergesagt wurde.¹⁶⁸⁾ Dazu erschien es jedoch unerlässlich, die Gewerkschaften durch einige soziale Zugeständnisse, die weitgehend dem ersten Teil des Regierungsprogramms der Linken entnommen sind, in das gesellschaftliche System der monopolistischen Kapitalakkumulation zu integrieren.

Sowohl im Programm der zentristischen "Reformer" ¹⁶⁹⁾, das im Januar 1973 als Taschenbuch erschienen ist und schon rein äußerlich das Programm der Linken imitiert, als auch im Programm der Unabhängigen Republikaner ¹⁷⁰⁾ rangieren die Themen "soziale Sicherheit" und "Verbesserung der Infrastruktur" an erster Stelle. Freilich versuchen beide die im Programm der Linken als entscheidend für die Realisierung dieser Ziele angesehene Nationalisierung als "veraltete Methoden für ein Frankreich von vor 25 Jahren" auszugeben. Stattdessen sieht das "Reformprogramm" die folgende Lösung vor: "Verstärkung des ökonomischen Wachstums, um es zu beherrschen, damit der Mensch von seinen Zwängen befreit werden kann."¹⁷¹⁾

Dieser etwas naiven Zukunftsvision Servan-Schreibers halten die klassischen Gaullisten entgegen, dies sei ihre Politik seit Beginn der V. Republik, dazu brauche man keine Reformer, nur könne man nicht alles gleichzeitig erreichen.

"Der Wandel - das sind wir selbst", war dann auch eine der Losungen anläßlich der Eröffnung des Wahlkampfes der Gaullisten im Januar, und dann wurde alles versprochen, was die Gaullisten in 15-jähriger Herrschaft versäumt hatten: Sozialwohnungen, Schwimmbäder, Schulen, Altersheime usw. usw..¹⁷²⁾

Charakteristisch für die beiden Strategien des Großkapitals - Repression und Reform - ist die Polemik gegen das Linksbündnis. Während die Konservativen nach altbewährten gaullistischem Vorbild von der Gefahr einer "kollektivistischen Diktatur und eines unverhüllt totalitären Regimes" (Messmer)

sprachen und selbst an die primitivsten anti-kommunistischen Instinkte appellierten ("Marchais ist ein Mann, den man nur zögernd beim Autostop mitnehmen würde", Peyrefitte, Generalsekretär der Gaullisten), geben sich die Modernisten sachlich: "Wir streiten uns nicht um Personen, sondern um Ideen". (Poniatowski, Unabhängige Republikaner) oder gar: "Ich glaube, daß die Kommunisten bereit sind, die institutionellen Spielregeln zu achten... Was wir dagegen wiederholen müssen, ist, daß alle kommunistischen Experimente ökonomische Mißerfolge sind und daß der Sieg der Linken die Kapitalflucht provozieren würde" (Granet, rechts Zentrum).¹⁷³⁾

Tatsächlich wurden während des Parteikongresses der Kommunisten die wildesten Gerüchte von einer bevorstehenden Kapitalflucht riesigen Ausmaßes, von massiven Streikbewegungen nach einem Wahlsieg der Linken, entsprechend dem historischen Vorbild der Volksfront 1936, in der bürgerlichen Presse ausführlich erörtert.¹⁷⁴⁾ Das Wirtschaftsmagazin L'Expansion erfand eigens ein "Polit-Grusical": "1973: Die Linke an der Macht", in dem anhand fiktiver Zahlen die Notwendigkeit des Scheiterns der Linken bewiesen werden sollte.¹⁷⁵⁾ Das Ergebnis all der Manöver: Nach einem vorübergehenden Rückgang der Linken Anfang Januar¹⁷⁶⁾ ergab die letzte Umfrage Ende Februar 47% für die Linksunion, 36% für die Regierungskoalition, 14% für die "Reformer" und 3% sonstige Rechte.¹⁷⁷⁾

Innerhalb des bürgerlichen Lagers wurde die Situation in der letzten Woche vor dem 1. Wahlgang zum Teil bewußt dramatisiert, um auch die letzten Wählerreservoirs der Rechten zu mobilisieren. Diese Stimmung läßt sich kaum besser darstellen als mit den Worten des Frankreich-Korrespondenten der Frankfurter-Allgemeinen Zeitung: "Die Krise ist da, wie noch nie seit dem letzten Weltkrieg. Frankreich steht vor der fürchterlichen Alternative, seine liberale Wirtschaftsordnung sozial auszubauen oder aber mit der marxistischen Linken die Verwandlung Frankreichs in ein sozialistisches Paradies zu versuchen. 45 Prozent der Wähler verspüren diese Verlockung zur demokratischen Volksrepublik.

Der linke Katalog demagogischer Wahlversprechungen (...) ist im Wettlauf um die Macht zu einer magischen Größe geworden. In einem Anfall von Angst und Torschlußpanik hat sich die Regierungsfraktion darauf eingelassen, einen Teil des Linksprogramms zu übernehmen. Sie hat dadurch nicht an Glaubwürdigkeit gewonnen, sondern die These der Klassenkämpfer bestätigt, wonach die Herrschaft der Reichen nur im Anblick offener Messer zu sozialen Zugeständnissen bereit ist."¹⁷⁸⁾

4.4.4.4 Das Wahlergebnis

Die Krisenstimmung im bürgerlichen Lager war allerdings eindeutig übertrieben. Die Einbeziehung der "Reformer" in die Regierungskoalition war für den Notfall längst beschlossen und vor allem von Lecanuet auch niemals geleugnet worden. Freilich sollte dies vor der Wahl nicht allzu deutlich werden, denn die objektive Funktion der "Reform"-Kandidaten bestand darin, unentschlossenen Wählern, insbesondere aus dem Kleinbürgertum und dem "neuen Mittelstand" (Cadres, höhere Beamte, Intelligenz usw.), erneut einen "dritten Weg" anzubieten, der sich nicht schon von vorneherein als weitgehend identisch mit dem "ersten" offenbaren durfte.

Darüber hinaus zeigten die Umfrageergebnisse zwar eine erhebliche globale Stärkung der Linken, aufgrund der spezifischen Bedingungen des französischen Mehrheitswahlrechts, war ein Sieg der Linken aber außerordentlich erschwert.¹⁷⁹⁾ Politikwissenschaftler und Spezialisten der Wahlgeographie (géographie électorale) waren fast übereinstimmend von einem Sieg der bürgerlichen Parteien überzeugt, zumal man im 2. Wahlgang, wie schon bei früheren Wahlen, ein "Abbröckeln" der Linkseinheit durch den Umschwung eines Teils der sozialistischen Wähler für den Fall erwartete, daß ein kommunistischer Kandidat einem "fortschrittlichen" Kandidaten der Regierungskoalition oder der "Reformer" gegenüberüberstehen würde.¹⁸⁰⁾

Der erste Wahlgang am 4. März 1973 erbrachte folgendes Resultat:

Wahlberechtigte:	30.672.952	
Enthaltungen:	5.861.638	(19,11%)
Abgegebene Stimmen:	24.811.314	(80,88%)
Ungültig:	552.264	(1,80%)
Gültige Stimmen:	24.259.050	(79,08%)

Parteien	Stimmen	in %
Kommunistische Partei	5.156.619	21,25%
PSU u. Extreme Linke	810.645	3,34%
Sozialisten u. linke Radikale +)	4.939.603	20,36%
Sonstige Linke	314.604	1,29% (46,24)
Reformer	3.015.472	12,43% (12,43)
Regierungskoalition++)	8.364.904	34,48
Sonst.Regierungskand.	972.623	4,00
Sonstige Rechte	684.580	2,82% (41,30)

+) Davon:

Sozialistische Partei	4.579.888	(18,87%)
Linke Radikale	359.715	(1,48%)

++) Davon:

UDR (Gaullisten)	5.788.796	(23,86%)
Unabhängige Republ.	1.674.972	(6,90%)
Recht. Zentrum	901.136	(3,71%)

Quelle: Dossiers et Documents du Monde, Mars 1973
Les forces politiques et les élections de Mars
1973, S. 37

Dabei hatten freilich nur in 60 der rund 490 Wahlkreise jeweils ein Kandidat die im ersten Wahlgang erforderliche absolute Mehrheit erreichen können, darunter 8 Kommunisten, 1 Sozialist, 26 Gaullisten, 13 Unabhängige Republikaner usw. und kein "Reformer".

Das Ergebnis bestätigte im großen und ganzen die Prognosen der Meinungsforschungsinstitute und bekräftigte im einzelnen durchaus die Hypothesen der Wahlsoziologen über die endgültige Sitzverteilung. Dennoch sank die Wahlbeteiligung auch im 2. Wahlgang nicht. Die vereinigte Linke erhielt am 11. März 46,92% der gültigen Stimmen und zeigte damit eine für viele bürgerliche Beobachter überraschende Geschlossenheit, die Regierungskoalition erhielt 46,23%, die "Reformer" 6,11% und die radikale Rechte 0,65%.¹⁸¹⁾

Trotz der bestätigten relativen Mehrheit der Linken ergab die Sitzverteilung im Parlament, bei einem Verlust von 104 Sitzen immer noch eine klare absolute Mehrheit für die Regierungskoalition, so daß nicht einmal die "Reformer" in die Koalition aufgenommen werden mußten.

Übersicht über die Sitzverteilung in der Nationalversammlung nach dem 2. Wahlgang am 11. März 1973:

Parteien bzw. Tendenzen	Gewählt im 1. Wahlg. 2.		Gesamt	+ gegenüber 1968
PCF	8	65	73	+ 39
PSU u. extreme Linke	-	3	3	+ 2
P S	1	88	89	+ 48
linke Radikale	-	12	<u>12 (177)</u>	<u>+ 4 (+93)</u>
Reformer	-	31	<u>31 (31)</u>	<u>+ 16 (+16)</u>
UDR (Gaullisten)	26	158	184	= 89
Unabhäng. Republikaner	13	41	54	- 7
Rechts Zentrum	6	17	23	- 3
Sonstige Rechte	6	13	19 (280)	- 5 (-104)
Insgesamt:	60	428	488	

Quelle: a.a.O., S. 48

Mit knapp 11 Millionen Stimmen erreichte die Linke 177 Parlamentssitze, während die Regierungsmehrheit mit weniger als 9,4 Millionen Stimmen genau 275 Sitze erhielt.¹⁸²⁾

Von den zwölf Wahlkreisen mit über 100.000 Wahlberechtigten fielen zehn an die Linke (fünf Kommunisten, fünf Sozialisten) und nur zwei an die Rechte (Gaullisten); andererseits erreichte die Rechte in den 26 Wahlkreisen mit weniger als 40.000 Wahlberechtigten eine deutliche Mehrheit.¹⁸³⁾ Das krasseste, aber in der Tendenz dennoch charakteristische Beispiel: Der kommunistische Abgeordnete Juquin wurde mit 60.850 Stimmen (auf 145.769 Wahlberechtigte) gewählt, während der "Unabhängige Republikaner" Couderc nur 9.520 Stimmen (auf 28.980 Wahlberechtigte) benötigte, um einen Parlamentsitz zu erhalten.¹⁸⁴⁾

Diese extreme Verzerrung des sonst auch von der bürgerlichen Presse in Frankreich häufig beschworenen Wählerwillens durch das Mehrheitswahlrecht und vor allem durch die absurde Wahlkreiseinteilung, die seit Beginn der V. Republik unverändert und selbst gegenüber der III. Republik, d.h. also der Zeit vor 1940 nur geringfügig geändert ist, offenbarte im März 1973 drastisch den Klassencharakter des französischen Wahlsystems.

Die Notwendigkeit des Kampfes um eines der elementarsten demokratischen Grundrechte, das gleiche Wahlrecht, ist damit für die Linke in Frankreich erneut bestätigt worden.

4.4.5 Einige Probleme der französischen Arbeiterbewegung heute

Die wichtigste politische Schlußfolgerung, die sich aus dem Ergebnis der Märzahlen 1973 und dem weiteren Verlauf der Klassenauseinandersetzungen in den darauffolgenden Monaten ziehen läßt, ist, daß die politische Situation und das Kräfteverhältnis der Klassen in Frankreich weiterhin labil bleiben. Von daher ergibt sich für die Arbeiterbewegung zunächst die Aufgabe, das Wahlergebnis sorgfältig und kritisch zu analysieren, den Ursachen für charakteristische Erfolge aber auch für bestimmte Stagnationserscheinungen, für soziale und regionale Besonderheiten detailliert nachzugehen.

Der "in letzter Instanz" entscheidende Grund für das knappe Scheitern der Linken im Kampf um die Mehrheit liegt aber vermutlich in der Tatsache begründet, daß sich die ökonomische Konjunktur, trotz anhaltender Inflation, seit etwa 1971 wieder in einer deutlicheren Aufwärtsentwicklung befindet, wie sie auch in Perioden der längerfristigen, strukturellen Überakkumulation nicht ausgeschlossen ist. In dieser These eingeschlossen ist demnach aber auch die Chance eines Wahlsiegs der Linken unter anderen ökonomischen Bedingungen.

Die Schwäche auch der gründlichsten der bisher vorliegenden Wahlanalysen von Seiten der akademischen Politikwissenschaft¹⁸⁵⁾ liegt darin, daß sie beim Vergleich der Ergebnisse von 1967 und 1973 die neue politische Qualität des Bündnisses der Linken nicht hinreichend berücksichtigt und bei der rein zahlenmäßigen Betrachtung, die einen nur geringfügigen Anstieg der Linken ergibt, die Tatsache aus den Augen verliert, daß die Wahlen 1967 in einer Phase der ökonomischen Stagnation und Krisenhaftigkeit, die des Jahres 1973 aber in einer Aufschwungphase stattfanden.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich aber auch zugleich, daß die Frage nach der Mehrheit zwar die erste, aber letztlich nicht die entscheidende Frage der französischen Arbeiterbewegung heute darstellt. Die Tatsache, daß nach wie vor aus dem ökonomischen Zyklus bedingte Wählerfluktuationen über die Mehrheiten zu entscheiden vermögen verweist darauf, daß die politische Entwicklung immer noch stark von spontanen Momenten abhängig ist, die für den Übergang zum Sozialismus erforderliche Bewußtheit der Arbeiterklasse und der übrigen Schichten der arbeitenden Bevölkerung also noch nicht hinreichend entwickelt ist.

Naturgemäß würden sich die Bedingungen für die Entwicklung des Arbeiterbewußtseins zum sozialistischen Klassenbewußtsein nach einem Sieg der Linken erheblich verbessern. Aber das Ausmaß, in dem dies gelingen würde, in dem vor allem auch Rückschläge ökonomischer und politischer Art überwunden werden könnten, hängt nicht zuletzt von der

prinzipiellen Übereinstimmung in den wesentlichen Fragen des Übergangs zum Sozialismus ab, die innerhalb der arbeitenden Bevölkerung und vor allem zwischen ihren Organisationen erreicht worden ist. In dieser Hinsicht erscheint das Wahlergebnis vom März 1973 symptomatisch für die immer noch bestehenden Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung; insbesondere zwischen PCF und CGT einerseits und Teilen der PS, der CFDT und PSU andererseits, die in diesem Schlußkapitel ausführlich dargelegt worden sind und die sich bis zu einem gewissen Grad auch nach der Wahl, in den Aktionen bei Pétichney, Lip usw. gezeigt haben.

Die Erfahrungen von Chile beweisen, daß es für den Aufbau des Sozialismus nicht so entscheidend ist, daß die Organisationen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten an die Regierung gelangen, sondern vielmehr, daß sie damit die ökonomischen, politischen, ideologischen und nicht zuletzt auch die militärischen Machtmittel erringen können, um sich gegen alle denkbaren Versuche der bis dahin herrschenden Klasse zur Sabotage und zum Sturz der demokratisch gewählten Regierung erfolgreich zu verteidigen und das vorgesehene demokratisch legitimierte Programm durchzuführen. Kurz gesagt: Die Mehrheit ist zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für den Sieg der Linken und den Übergang zum Sozialismus. Diese Mehrheit muß in dem Sinne qualifiziert sein, daß sie sich im klaren darüber ist, welchen Weg sie einschlagen muß, daß sie tatsächlich eine Mehrheit für das Programm, eine Mehrheit für den Übergang zum Sozialismus und nicht bloß ein mit der zyklischen Bewegung der Kapitalakkumulation schwankender und daher vorübergehend auch schwindender Protest gegen die Vorherrschaft des Großkapitals ist.¹⁸⁶⁾

Die Diskussionen um die Strategie der Arbeiterbewegung, um die dem gegenwärtigen Vergesellschaftungsgrad angemessene Form der sozialistischen Demokratie auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses müssen daher, trotz der grundsätzlichen Richtigkeit der mit dem Gemein-

samen Programm eingeschlagenen Richtung, fortgesetzt, intensiviert und auf der Basis des wissenschaftlichen Sozialismus entschieden werden. Dies erweist sich nach den Wahlen vom März 1973 immer deutlicher als wichtigste Aufgabe der französischen Arbeiterbewegung heute.

Anmerkungen zur Einleitung

- 1) L. Magri, Der französische Mai und die Revolution im Westen, in: Gegen den Dogmatismus in der Arbeiterbewegung, Hrg. von W. Dreßen, Berlin (West) 1970, S. 42
- 2) a.a.O., S. 56
- 3) a.a.O., S. 44
- 4) a.a.O., S. 66
- 5) a.a.O., S. 71
- 6) ebenda
- 7) Vgl. dagegen etwa Glucksmann, Gorz, Mandel, Vincent, Revolution - Frankreich 1968, Frankfurt/M. 1969
- 7) K. Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin (DDR) 1953, S. 21
- 9) Vgl. D. u. G. Cohn-Bendit, Linksradikalismus - Gewaltkur gegen die Alterskrankheit des Kommunismus, Hamburg 1968
- 10) Die hier vorzutragenden methodisch-theoretischen Überlegungen sind auch insofern Resultate, als sie sich mit Notwendigkeit aus den Mängeln einer ersten Untersuchung über den Verlauf der Klassenauseinandersetzung in Frankreich von 1968 bis 1971 ergeben haben, (vgl. W. Goldschmidt, Klassenkämpfe in Frankreich, in: D. Albers, W. Goldschmidt, P. Oehlke, Klassenkämpfe in Westeuropa, England, Frankreich, Italien), in der weder der historische Kontext noch die Krise der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die Perspektiven beider Momente hinreichend berücksichtigt werden konnten. In dieser Hinsicht entspricht die Entstehungsgeschichte dieser Arbeit wenigstens im Prinzip dem wissenschaftlich richtigen Verfahren der Analyse-Synthese; das u.E. nicht nur für die logisch-systematische Darstellung einer Wissenschaft, sondern auch für die historische Darstellung eines einzelnen konkreten gesellschaftlichen Prozesses gilt.
- 11) K. Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: MEW 7, Berlin (DDR) 1964, S. 16
- 12) a.a.O., S. 421
- 13) a.a.O., S. 98
- 14) a.a.O., S. 440

- 15) a.a.O., S. 514, 516
- 16) a.a.O., S. 511
- 17) F. Engels, Brief an J. Bloch, in: MEW 37, S. 463
- 18) K. Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Vorwort in: MEW 13, S. 9
- 19) ebenda
- 20) K. Marx, Das Kapital, Erster Band, in: MEW 23, Berlin (DDR) 1966, S. 512
- 21) Vgl. P. Boccara, Qu'est-ce que la crise du capitalisme monopoliste d'État?, in: Economie et Politique, No 221, Dezember 1972 und die im Literaturverzeichnis genannten Aufsätze desselben Autors.
- 22) Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die einzelnen Entwicklungsstufen jeweils eine mehr oder weniger große Elastizität aufweisen, so daß die Krisenerscheinungen durchaus von unterschiedlicher Intensität und Extensität sein können.
- 23) Vgl. hierzu die Diskussion bei E. Mandel, Der Spätkapitalismus, 4. Kapitel: Die "langen Wellen" in der Geschichte des Kapitalismus, Frankfurt/M. 1972, S. 101ff und den Nachdruck "Die langen Wellen der Konjunktur", Beiträge zur Marxistischen Konjunktur- und Krisentheorie von Parvus, Karl Kautsky, Leo Trotzki, N.D. Kondratieff und Ernest Mandel, Berlin 1972
- 24) Diese Passage ist eine Variation einer Stelle aus dem Kommunistischen Manifest, in: MEW 4, S. 465ff
- 25) Der lückenlose Nachweis, daß es sich bei den zahlreichen Krisenphänomenen der letzten Jahre jeweils um spezifische Erscheinungsformen einer strukturellen Überakkumulationskrise handelt, setzt eine systematische Untersuchung aller relevanten ökonomischen Vermittlungsmechanismen voraus. Diese Untersuchung wäre allerdings die Darstellung der Funktionsweise des ökonomischen Gesamtsystems des Spätkapitalismus selbst. Ein weniger anspruchsvolles, damit freilich auch weniger gesichertes Verfahren, ist der Versuch, bestimmte Indizes herauszufinden, die auf das eigentliche Wesen der Krisenphänomene hindeuten. Hier bietet sich zunächst die empirische Untersuchung der organischen Zusammensetzung des Kapitals und daran anknüpfend der Bewegung der gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate an. Die bisher vorliegenden Versuche in dieser Richtung scheiterten jedoch weitgehend an der Tatsache, daß die erforderlichen Daten aus der amtlichen Statistik entweder gar nicht oder nur in einem sehr groben Annäherungsverfahren entnommen werden können. (Auch die Untersuchungen von Ersatzgrößen wie Kapitalintensität usw. oder von Teilbe-

reichen wie speziellen Industriesektoren bleiben letzten Endes wenig aufschlußreich.)

Daher sind wir bei dem direkten Nachweis zunächst auf die äußerlichste und unspezifischste Erscheinungsform der strukturellen Überakkumulation verwiesen, wie sie sich in der langfristigen Veränderung der ökonomischen Wachstumsraten (und in der Tendenz zum Sinken der Kapazitätsauslastung) zeigt.

Bei dieser Untersuchung ist zu berücksichtigen, daß die strukturelle Überakkumulationskrise den "normalen" Krisenzyklus nicht außer Kraft setzt, ihn im allgemeinen vielmehr eher noch akzentuiert, was sich in einem tieferen Fall oder einer Verlängerung der Krisen- bzw. Staginationsphase des Zyklus ausdrückt. Damit sind aber auch gleichzeitig Phasen des Aufschwungs und der Hochkonjunktur, also vorübergehend sogar beschleunigtes Wachstum keineswegs ausgeschlossen. Methodisch folgt daraus, daß man die Bewegung der Wachstumsraten unter der Berücksichtigung der Krisenzyklen untersuchen muß.

- 26) Dies lag vor allem daran, daß sich die vietnamesische Befreiungsbewegung unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst gegen den französischen Imperialismus gerichtet hatte. Die enge Beziehung der vietnamesischen Befreiungsbewegung zur französischen Arbeiterbewegung kommt u.a. darin zum Ausdruck, daß Ho-Chi-Minh einer der Mitbegründer der französischen kommunistischen Partei war. Vgl. J. Duclos, Memoiren I, Berlin (DDR) 1972, S. 168
- 27) Wobei im letzteren Fall freilich vorausgesetzt ist, daß sich die individuellen Profitraten zur gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate ausgleichen.
- 28) K. Marx, Grundrisse ..., a.a.O., S. 634
- 29) Vgl. hierzu K. Marx, Das Kapital, Dritter Band, Kapitel 14 und 15, in: MEW 25, S. 242-277 und J.M. Gillman, Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, Frankfurt/M. 1969 sowie die Diskussion um dieses Buch in C. Rolshausen, Kapitalismus und Krise. Eine Kontroverse um das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, Frankfurt/M. 1970, wobei insbesondere der Aufsatz von A. Pesenti hervorzuheben ist, der u.E. in vieler Hinsicht schon Ende der 50er Jahre wesentliche Gedankengänge von P. Boccara vorweggenommen hat.
- 30) K. Marx, Grundrisse ..., a.a.O., S. 635f
- 31) Während in der aufsteigenden Phase des Kapitalismus eine ständige und allseitige Ausweitung des Kapitalverhältnisses auf immer weitere Bereiche des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses zu verzeichnen war, beginnt sich dieser Entwicklungstrend im Spätkapitalismus, insbesondere in seiner staatsmonopolistischen Phase umzukehren. Durch die Ausdehnung des staatlichen Sektors verengt sich einerseits die Sphäre der unmittelbaren

Profitproduktion, andererseits weitet sie sich aber mittelbar auf alle gesellschaftlichen Bereiche aus. Diese mittelbare oder sekundäre Ausbeutung hat streng genommen parasitären Charakter, weil sie nicht mehr auf der eigentlichen Basis der kapitalistischen Produktionsverhältnisse (durch "freien" Austausch zwischen Lohnarbeit und Kapital) stattfindet, sondern durch den Staat als eines mehr oder minder offenen Herrschaftsverhältnisses vermittelt ist. Diese Bemerkungen bedürfen allerdings einer wesentlichen Einschränkung: Erstens findet auch heute noch Ausdehnung des Kapitalverhältnisses in die verbliebenen Sphären einfacher Warenproduktion statt (Landwirtschaft, Handwerk) und zweitens, was noch wichtiger ist, weitet sich die kapitalistische Produktionsweise in bislang unbekanntem Ausmaß und Geschwindigkeit in Länder mit vorkapitalistischen Produktionsweisen aus. Freilich ist auch dieser Prozeß nicht widerspruchsfrei und trifft auf den wachsenden Widerstand der Masse der Bevölkerung in der "Dritten Welt". Eine noch schärfere Grenze bietet dem Kapital die Existenz des sozialistischen Weltsystems.

- 32) Marx hat diese Entwicklung schon in einem sehr frühen Stadium aus dem Entstehen der Aktiengesellschaften und der Trennung von Kapitaleigentum und Kapitalfunktion abgeleitet: "Es ist dies Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst, und daher ein sich selbst aufhebender Widerspruch, der prima facie als bloßer Übergangspunkt zu einer neuen Produktionsform sich darstellt. Als solcher Widerspruch stellt er sich dann auch in der Erscheinung dar. Er stellt in gewissen Sphären das Monopol her und fordert daher die Staatseinmischung heraus. Er reproduziert eine neue Finanzaristokratie, eine neue Sorte Parasiten in Gestalt von Projektmachern, Gründern und bloß nominellen Direktoren; ein ganzes System des Schwindels und Betrugs mit Bezug auf Gründungen, Aktienausgabe und Aktienhandel. Es ist Privatproduktion ohne die Kontrolle des Privateigentums." K. Marx, Das Kapital, Dritter Band, in: MEW 25, S. 454
- 33) F. Engels in einer Anmerkung zu dem von ihm herausgegebenen Dritten Band des Kapitals, a.a.O., S. 454
- 34) Vgl. hierzu Anmerkung 25
- 35) Vgl. S. 107f dieser Arbeit
- 36) Die chronische Inflation und die damit zusammenhängende relative Exportschwäche hat diesen Ausweg für Frankreich, im Unterschied zu Italien, der Bundesrepublik und Japan jedoch erheblich erschwert. Vgl. S. 109 dieser Arbeit.
- 37) Vom Standpunkt des gesellschaftlichen Produktionsprozesses stellt die Veränderung der Industriezweigstruktur dem Wesen nach den gleichen Prozeß dar, wie die Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in einzelnen Produktionsbereichen. Entsprechend sind auch die Folgen für die Mehrwertproduktion, die Entwicklung

der organischen Zusammensetzung des Kapitals und die soziale Lage der Arbeiter auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene zu werten.

- 38) Vgl. hierzu "Der staatsmonopolistische Kapitalismus" (Autorenkollektiv), Frankfurt/M. 1972, vor allem Kapitel I und IV
- 39) Vgl. diese Arbeit S. 112 ff
- 40) Der Zusammenhang von Monopolprofit, Überakkumulation, Euro-Dollar-Markt, Inflation und Spekulation liegt auf der Hand.
- 41) S.L. Wygodski, Der gegenwärtige Kapitalismus, Köln 1972, S. 397
- 42) Vgl. Korsch, Mattick, Pannekoek, Zusammenbruchstheorie des Kapitalismus oder revolutionäres Subjekt, West-Berlin 1973
- 43) F. Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in: MEW 21, S. 297
- 44) K. Marx, Das Kapital, Erster Band, Nachwort zur zweiten Auflage, in: MEW 23, S. 19f
- 45) Die z.T. aufgrund der entwickelteren gesellschaftlichen Verhältnisse radikaleren Denker Ricardo und Hegel haben diesen Gedanken soweit fortgeführt, wie dies innerhalb des rein bürgerlichen Gesichtskreises möglich war. So machte z.B. Ricardo den Gegensatz der Klasseninteressen bewußt zum Springpunkt seiner Forschungen. Hegel, der gerade am Beispiel Englands studiert hat, wie "bei dem Übermaße des Reichthums die bürgerliche Gesellschaft nicht reich genug ist, d.h. an dem ihr eigentümlichen Vermögen nicht genug besitzt, dem Übermaße der Armuth und der Erzeugung des Pöbels zu steuern" erkennt, daß "die wichtige Frage, wie der Armuth abzuhelpen sey,... eine vorzüglich die modernen Gesellschaften bewegende und quälende" ist. G.W.F. Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts §§ 245, 244. Darum ist für ihn letzten Endes auch nicht mehr die bürgerliche Gesellschaft selbst, sondern deren abstrakte Verhimmelung, der Staat, "die Wirklichkeit der sittlichen Idee". (§ 257)
- 46) K. Marx, Das Kapital, Erster Band, a.a.O., S. 20
- 47) a.a.O., S. 636f
- 48) K. Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, a.a.O., S. 8f
- 49) K. Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW 8, S. 115
- 50) Dieses entwickelte Bewußtsein entsteht innerhalb der Arbeiterklasse freilich nicht spontan, sondern es muß über die Organisationen vermittelt werden. Vgl. weiter unten S. XLVIII ff.

- 51) Vgl. hierzu H. Jung, Zu den klassentheoretischen Grundlagen einer sozialistischen Analyse der Klassen- und Sozialstruktur der BRD, in: Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950-1970, Teil I, Klassenstruktur und Klassentheorie, Theoretische Grundlagen und Diskussion, Frankfurt/M. 1972, S. 20ff insbesondere 25ff
- 52) Unter Schichtstruktur der Arbeiterklasse verstehen wir ihre innere Differenzierung nach Qualifikation, Arbeits- und Lebensbedingungen, Abteilungen der Arbeiterklasse unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Beschäftigung in den verschiedenen Sphären des Reproduktionsprozesses, so z.B. "produktive Arbeiter", "kommerzielle Arbeiter" (Zirkulationsagenten) usw., unter Gruppen innerhalb der Arbeiterklasse verstehen wir eine Differenzierung hinsichtlich spezifischer weiterer Merkmale wie Alter, Geschlecht, regionale oder nationale Herkunft usw..
- 53) Inwieweit dies geschieht hängt naturgemäß auch davon ab, ob insbesondere die Parteien der Arbeiterklasse in der Lage sind, dieses Klassenbewußtsein auch in Phasen der relativen gesellschaftlichen Ruhe zu tradieren und das theoretische Niveau gegen die dabei notwendig auftretenden revisionistischen Auffassungen zu bewahren. Immerhin ist es eine Tatsache, daß der Aufstieg des Revisionismus in der deutschen und internationalen Sozialdemokratie mit der Phase der "Belle Epoque" zusammenfällt und daß sich analoge Erscheinungen des theoretischen Verfalls in der Rekonstruktionskonjunktur nach dem Zweiten Weltkrieg zeigten.
- 54) Vgl. hierzu: Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution (Autorenkollektiv), Berlin (DDR) 1972
- 55) Zur methodologischen Bedeutung des Begriffs "Klassizität" vgl. G. Lukacs, Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins, Die ontologischen Grundprinzipien von Marx, Darmstadt und Neuwied 1972, S. 128ff
- 56) Zur Bedeutung der gesellschaftlichen Konsumtion für die Reproduktion der Arbeitskraft vgl. u.a. H. Bonk, Arbeiterklasse, Konsumtion, Klassenkampf, Veränderungen auf dem Gebiet der Reproduktion der Arbeitskraft und der Konsumtion der Arbeiterklasse und neue Triebkräfte des Klassenkampfes in der BRD, Berlin (DDR) 1972 (IPW-Forschungshefte 1/1972)
- 57) Wenn es sich dabei nicht selten auch bloß um die Erzeugung eines "Gefühls" von Verantwortung usw. handelt, so zeigt aber auch dies, daß in bestimmten Bereichen des modernen Produktionsprozesses die psychische Einstellung des Arbeiters von wachsender Bedeutung ist. Auf den Widerspruch zwischen der Situation des Arbeiters als Ausbeutungsobjekt und der im Arbeitsprozeß von ihm verlangten Qualifikationen und Einstellungen, die denen von Produktionsmittelbesitzern entsprechen,

hat insbesondere hingewiesen J. Groß, Lohnsysteme im Dienst der Ausbeutung, Berlin (DDR) 1973 (IPW-Forschungshefte 3/1973), S. 30ff

- 58) Von daher z.B. die Konzeptionen der Mitbestimmung am Arbeitsplatz unter Ausschaltung der betrieblichen und überbetrieblichen Gewerkschaftsorganisationen, die nicht selten vermittelt sind über die Propagierung eines "emanzipierten Arbeiters", dessen Haltung etwa von F. Fürstenberg als weniger klassenbewußt denn selbstbewußt bezeichnet wurde. Vgl. F. Fürstenberg, Die Soziallage des Chemiearbeiters. Industriesoziologische Untersuchungen in rationalisierten und automatisierten Chemiebetrieben, Neuwied und Berlin 1969, S. 212.
- 59) Die theoretischen Mängel der meisten Untersuchungen zum Arbeiterbewußtsein liegen vor allem darin, daß sie von einer völlig unzureichenden Bestimmung dessen, was als das gesellschaftliche Sein des Arbeiters anzusehen ist, ausgehen. Zumeist wird dies entweder auf die Konsumsphäre oder auf die lediglich als Arbeitsprozeß begriffene Produktionssphäre reduziert. Vgl. zur Kritik dieser Konzeptionen F. Deppe, Das Bewußtsein der Arbeiter - Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins, Köln 1971, F. Deppe, H. Lange, Zur Soziologie des Arbeiter- und Klassenbewußtseins. Ein kritischer Literaturbericht, in: Das Argument Nr. 61 und Nr. 62, Dezember 1970. S. Herkommer, Vom Elend der Industriesoziologie, Sozialistische Politik, Nr. 16, Februar 1972
- 60) K. Marx, Fr. Engels, Die deutsche Ideologie, in: MEW 3, S. 46
- 61) K. Marx, Das Kapital, Erster Band, a.a.O., S. 562
- 62) a.a.O., S. 249
- 63) Die Entstehung des wissenschaftlichen Sozialismus läßt sich also nicht in dem gleichen Sinne aus den materiellen Existenzbedingungen der Arbeiterklasse "ableiten", wie die widersprüchliche Bestimmtheit des Alltagsbewußtseins der Arbeiter und deren partielle Auflösung. Hierzu bedarf es der Einsicht in die relative Selbständigkeit der Sphäre des Bewußtseins und des gesamten geistigen Überbaus, der Anerkennung der Diskontinuität der Vermittlungsstufen, kurz der dialektischen Fassung des Verhältnisses von gesellschaftlichem Sein und Bewußtsein. Dies stellt nun aber keineswegs den notwendigen Charakter der Entstehung des wissenschaftlichen Sozialismus in Frage, sondern lediglich dessen mechanistische Interpretation. Hierin liegt die prinzipielle Differenz zum Ansatz des Projekts Klassenanalyse, das bei seinem Versuch, das Klassenbewußtsein aus den materiellen Existenzbedingungen abzuleiten, die relative Selbständigkeit der Bewußtseinssphäre leugnet und damit letzten Endes in eine mechanistische Deutung verfällt.

Vgl. hierzu insbesondere Projekt Klassenanalyse, Klassenbewußtsein und Partei, Westberlin 1972 und unsere Darstellung weiter unten S. LIV ff.

- 64) K. Marx, Das Kapital, Erster Band, a.a.O., S. 669 f
- 65) K. Marx, Das Elend der Philosophie, in: MEW 4, S.180f
- 66) Vgl. hierzu F. Engels, Lage der arbeitenden Klasse in England, insbesondere im Abschnitt "Arbeiterbewegungen", in: MEW 2, S. 430 ff und M. Vester, Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß. Zur Soziologie der Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1970
- 67) Es sind daher nicht die typischen Proletarier, die die ersten Ideologen der Arbeiterbewegung sind, sondern zumeist Vertreter spezifischer Übergangsschichten wie Handwerksgesellen usw., deren Organisationen im übrigen auch die Keimzellen der Gewerkschaften waren.
- 68) Vgl. K. Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, a.a.O., S. 366
- 69) Man versteht von daher die große Bedeutung die Marx der Verkürzung der Arbeitszeit beimaß, als eine der Bedingungen der Möglichkeit zur Entwicklung des Klassenbewußtseins. (Dies ist natürlich nur ein Aspekt der Verkürzung der Arbeitszeit).
- 70) F. Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: MEW 19, S. 189
- 71) a.a.O., S. 191
- 72) K. Marx, F. Engels, Die deutsche Ideologie, a.a.O., S. 47f
- 73) K. Marx, Das Kapital, Erster Band, a.a.O., S. 21
- 74) ebenda
- 75) K. Marx, F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, a.a.O., S. 471f
- 76) Vgl. W.I. Lenin, Karl Marx, in: Lenin-Werke, Bd.21, S. 38 und F. Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in: MEW 21, S.307
- 77) K. Marx, Brief an J.B. von Schweitzer, in: MEW 31, S.446
- 78) Vgl. F. Engels, Brief an V.I. Sassulitsch, in: MEW 36, S. 304
- 79) Vgl. K. Marx, Brief an F. Engels, in: MEW 30, S. 342

A N M E R K U N G E N

Zu Kapitel 1.

- 1) "Nur die objektive Berücksichtigung der Gesamtheit der Wechselbeziehungen ausnahmslos aller Klassen einer gegebenen Gesellschaft, und folglich die Berücksichtigung der objektiven Entwicklungsstufe dieser Gesellschaft, wie auch der Wechselbeziehungen zwischen ihr und anderen Gesellschaften, kann als Grundlage für eine richtige Taktik der fortgeschrittenen Klassen dienen. Dabei werden alle Klassen und alle Länder nicht in ihrer Statik, sondern in ihrer Dynamik betrachtet, d.h. nicht in starrem Zustand, sondern in der Bewegung (deren Gesetze den ökonomischen Existenzbedingungen jeder Klasse entspringen). Die Bewegung wiederum nicht nur vom Standpunkt der Vergangenheit betrachtet, sondern auch vom Standpunkt der Zukunft, und zwar nicht nach der platten Auffassung der "Evolutionisten", die nur die langsamen Veränderungen sehen, sondern dialektisch". W.I. Lenin, Karl Marx, in: Lenin-Werke, Bd. 21, Berlin (DDR) 1970, S. 64.

Diese eindrucksvolle Skizze der Methode dialektischer Totalitätsanalyse ist in ihrem Anspruch berechtigt, realisiert worden ist sie nur selten und wenn, dann wohl nur im **G e s a m t w e r k** der marxistischen Klassiker. Bei den Problemen, die heute von besonderer Dringlichkeit wären, handelt es sich ganz allgemein gesprochen um den Zusammenhang von nationalem und internationalem Klassenkampf, eine Frage die nicht nur das Problem des Imperialismus und des Weltmarkts im engeren ökonomischen Sinne umfaßt, sondern auch den welthistorischen und weltpolitischen Gegensatz von Imperialismus und Sozialismus und zwar im Innern der beiden Systeme wie zwischen ihnen und in ihrem Kampf um die "Dritte Welt".

- 2) Vgl. hierzu Kapitel 3 und 4 dieser Arbeit.
- 3) F. Engels, Die europäischen Arbeiter im Jahre 1877, in: Marx-Engels-Werke, Berlin (DDR) 1956-1971, Bd. 19, S. 129 (im folgenden zitiert MEW 19).
- 4) G. Lefranc, Le Mouvement syndical sous la Troisième République, Paris 1967 (im folgenden zitiert: G. Lefranc, (1), S. 14
- 5) A.a.O., S. 15 und J. Bruhat, M. Piolot, Esquisse d'une histoire de la CGT (1895-1965), Préface du R. Duhamel, Paris 1966, S. 28ff
Zur Kommission "Arbeit und Handel" vgl. P. Lissagaray, Geschichte der Kommune von 1871, Berlin (DDR) 1956, S. 197ff

- 6) Das Hauptwerk zur Geschichte der "Arbeitsbörsen" stammt nach wie vor von deren Gründer und wichtigsten Theoretiker Fernand Pelloutier. *Histoire des Bourses du Travail*, Préface par G. Sorel (1), Paris 1921, vgl. hierzu auch: E. Naef, *Zur Geschichte des französischen Syndikalismus - Geistige Kräfte der freien französischen Gewerkschaftsbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, Zürich 1953, S. 37 und 51ff, vgl. auch: G. Lefranc, (1), a.a.O., S. 53ff und J. Bruhat, M. Piolot, a.a.O., S. 40f
- 7) G. Lefranc, (1), a.a.O., S. 63
- 8) Bemerkenswert ist, daß auf dem Gründungskongreß in Limoges (1895) die mächtige und traditionsreiche Gewerkschaft der Bergarbeiter fehlte. Vgl. hierzu: G. Lefranc, (1), a.a.O., S. 74ff
- 9) Die Organisationsstruktur der CGT wurde auf dem Kongreß von Montpellier 1902 reformiert. Vgl. G. Lefranc, (1), a.a.O., S. 71ff.
Zur weiteren Entwicklung vgl. J. Capdevielle, R. Mourriaux, *Les Syndicats ouvriers en France*, Paris 1970, Kapitel II, *Les structures syndicales*, S. 31ff
- 10) Zur Rolle des Anarcho-Syndikalismus in der französischen Gewerkschaftsbewegung vgl. neben dem bereits erwähnten Buch von F. Pelloutier vor allem J. Maitron, *Histoire du mouvement anarchiste en France (1890-1914)*, Paris 1951.
Für sein Weiterleben im 20. Jahrhundert: P. Monatte, *Trois scissions syndical*, Paris 1958
- 11) Über die Auseinandersetzungen dieser rivalisierenden Gruppierungen (Guesdisten, Blanquisten, Broussisten, Allemanisten, Jaurèssisten) vgl. C. Willard, *Socialisme et Communisme français*, Paris 1967, S. 47ff
- 12) Der vollständige Text der "Charta von Amiens" ist abgedruckt in G. Lefranc, (1), a.a.O., S. 406 (Annexes)
- 13) Zur Geschichte des Guesdismus und der gemeinsam von J. Guesde und P. Lafarque gegründeten "Parti ouvrier français", vgl. das Standardwerk zur Entstehung der französischen sozialistischen Partei von C. Willard, *Les Guesdistes, Le mouvement socialiste en France (1893-1905)*, Paris 1965
- 14) Hierbei spielte das Scheitern des Generalstreiks für den 8-Stunden-Tag am 1. Mai 1906 und der an ihn geknüpften Revolutionserwartungen eine wesentliche Rolle. Vgl. "Mil-neuf-cent-six ou la révolution manquée", in: G. Lefranc, (1), a.a.O., S. 123ff, insbesondere S. 136f

- 15) Zur Rolle der französischen Arbeiterbewegung im 1. Weltkrieg A. Kriegel, J.J. Becker, 1914. La guerre et le mouvement ouvrier français, Paris 1964. Vom Standpunkt des "revolutionären" Flügels (syndikalistisch!): Rosmer, Le mouvement ouvrier pendant la guerre, 2 Bde. Paris 1936 und 1959. Neuerdings wieder zugänglich G. Bourgin, Die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich während des Krieges, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. Hg.v. C. Grünberg (Nachdruck), 15. Jg. 1930 (Leipzig), S. 57ff
- 16) Die Ursprünge dieses Flügels lassen sich bis in die Vorkriegszeit zurückverfolgen. Sie sind vor allem mit der Gründung der Zeitschrift "La Vie Ouvrière" (1910) verknüpft, deren erster Chefredakteur Pierre Monatte war und zu dessen Hauptmitarbeitern die späteren "Zimmerwalder" Merrheim und Bourderon sowie der Historiker Griot, genannt Rosmer (vgl. Anm. 15), gehörten. Zur Entstehungsgeschichte der Zeitschrift "La Vie Ouvrière", die heute das wichtigste Organ der CGT ist, vgl. G. Lefranc, (1), a.a.O., S. 170ff
- 17) Nach Angaben der CGT selbst (s.Anm. 41 weiter unten). Vgl. G. Lefranc, Le syndicalisme en France, 6^e Ed., Paris 1968 (im folgenden zitiert: G. Lefranc (3)), S. 45. Dort finden sich auch andere Zahlen, wonach 1919 nur etwa 1,6 Mio. Mitglieder offiziell registriert gewesen seien. Noch geringere Zahlen gibt A. Kriegel, La croissance de la CGT (1918-1921), Paris - La Haye 1966
- 18) Zur Geschichte der ersten Spaltung der CGT, vgl. J. Bruhat, M. Piolot, a.a.O., S. 96ff. Vom Standpunkt der FO: M. Labi, La grande division des travailleurs, Paris 1964. Vom Standpunkt des "revolutionären Syndikalismus" Pierre Monatte, op. cit.
- 19) Zahlenangaben bei G. Lefranc, (3), a.a.O., S. 61, J. Bruhat, M. Piolot geben die Zahl von 360.000 Ausgeschlossenen an, a.a.O., S. 100
- 20) Vgl. hierzu "Les années difficiles: la classe ouvrier divisée face à l'offensive bourgeoise (1921-1934) in: J. Bruhat, M. Piolot, a.a.O., S. 103ff und "Voies sans issue: Révolutionnaires sans Révolution - Réformistes sans Réformes (1922-1935) in: G. Lefranc, (1), a.a.O., S. 266ff
- 21) Über die Rechte in Frankreich insgesamt informiert R. Rémond, La Droite en France, De la première Restauration à la Cinquième République, Paris 1963. Über die Vielzahl faschistischer bzw. faschistoider Gruppen (Action Française, Les camelots du Roi, Jeunes patriotes, Solidarité française, Le Faisceau, Croix de Feu, Parti social français, Parti populaire français usw.) vgl. J. Plumièvre, R. Lasierra, Les fascismes français, 1923-1963, Paris 1963

- 22) Über die verschiedenen Demonstrationen im Zusammenhang mit dem Stavisky-Skandal im Februar 1934, vgl. L. Bonnevey, Les journées sanglantes de Février 1934, Paris 1935
- 23) G. Lefranc, Histoire du Front Populaire (1934-1938), Paris 1965, S. 66ff und C. Willard u.a., Le Front Populaire, La France de 1934 à 1939, Paris 1972
- 24) Zum Vereinigungskongreß im März 1936 in Toulouse, vgl. J. Bruhat, M. Piolot, a.a.O., S. 127. Zur Rolle der CGT in der Volksfront-Periode: A. Prost, La CGT à l'époque du Front populaire, Paris 1964
- 25) Das Programm der Volksfront ist abgedruckt in G. Lefranc, Histoire du Front Populaire, a.a.O., S. 441, (Annexe No 10), die Ergebnisse der Mai-Juni-Streiks, a.a.O., S. 454 (Annexe No 15: L'accord Matignon). Zu den Streiks und Fabrikbesetzungen: ders.: Juin 1936, "l'explosion sociale" du Front populaire, Paris 1966, S. 107ff
- 26) G. Lefranc, (1), a.a.O., S. 410f und 415
- 27) Vgl. hierzu C. Gindin, Le Front populaire, la guerre d'Espagne, la sécurité collective, in: C. Willard u.a., a.a.O., S. 140f
- 28) G. Lefranc, (1), a.a.O., S. 415
- 29) J. Bruhat, M. Piolot, a.a.O., S. 161ff (La scission de 1939)
- 30) La Charte du Travail, in: M. Branciard, Société française et luttes de classe, Tome II (1914-1967), S. 123f
- 31) V. Joannès, La collaboration et les origines de la résistance, in G. Willard u.a., De la Guerre à la Libération, La France de 1939 à 1945, Paris 1972, S. 33ff. Zum Vichy-Régime insgesamt: R. Aron, Histoire de Vichy, 2 Bde., Paris 1966
- 32) Zur Geschichte der einzelnen Widerstandsfractionen, vgl. H. Michel, Les Courants de Pensée de la Résistance, Paris 1962. Über die Rolle der Kommunisten im Widerstand, vgl. die Publikation des Institut Maurice Thorez: Parti communiste français dans la Résistance, Paris 1967
- 33) V. Joannès, a.a.O., S. 60ff. Eine umfassende Darstellung des Bergarbeiterstreiks von einer Augenzeugin: A. Copin, L'Aurore se lève au pays noir, Paris 1966
- 34) J. Bruhat, M. Piolot, a.a.O., S. 177, G. Lefranc, (3), a.a.O., S. 90f

- 35) Zur Geschichte der CFTC (resp. CFDT) insgesamt vgl. R. Bonéty u.a., La CFDT, Les documents fondamentaux pour comprendre l'évolution de la CFDT, Paris 1971. Zur Ideologie der CFTC vom kommunistischen Standpunkt P. Delon, Le syndicalisme chrétien en France, Paris 1965
- 36) G. Lefranc, (3), a.a.O., S. 88ff
- 37) Le Programme du CNR au Pouvoir, Exposé présenté par Louis Saillant, Président du CNR à la "Conférence Nationale des Comités Départementaux de la Libération" le 26 octobre 1945 à Paris (schwer zugängliches Dokument, Fotokopie in L. Hajen, Die Entwicklung der ordnungspolitischen Vorstellungen der "Confédération Française Démocratique du Travail", Volkswirtschaftliche Diplomarbeit in Hamburg 1972)
- 38) Ursprünglich ein Ausspruch E. Herriots, der von M. Thorez übernommen wurde. Vgl. M. Thorez, Ausgewählte Reden und Schriften (1933-1960), Berlin (DDR) 1960, S. 43ff
- 39) Die militärische Bedeutung des inneren Widerstandes, und vor allem der Aktionen von Mai bis August 1944 mußte auch von den französischen und alliierten Militärs zugegeben werden. Vgl. hierzu die Zeugnisse in: Institut Maurice Thorez, Le parti ... dans la Résistance, a.a.O., S. 328ff
- 40) A.a.O., S. 305ff
- 41) Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder ist in Frankreich seit jeher umstritten. Je nach der Definition des Begriffs "Mitglied" (ausgegebene Mitgliedskarten, gezahlte Beiträge usw.) ergeben sich erheblich unterschiedliche Angaben in der Literatur. Die von uns verwendeten Zahlen sind stets, wenn nicht anders vermerkt, die offiziellen Angaben der Gewerkschaften.
- 42) Zur Entstehungsgeschichte, Ideologie und Praxis der CGC vgl. insbesondere H. Lange, Wissenschaftlich-technische Intelligenz - Neue Bourgeoisie oder neue Arbeiterklasse?, Köln 1972, S. 113. Zum gegenwärtigen Selbstverständnis der CGC vgl. A. Malterre, CGC - La révolte des mal aimés, Paris 1972
- 43) Dies entspricht etwa einem Wert von 125 Mrd. Francs des Jahres 1965. J. Guyard, Le miracle français, De la Libération à l'horizon 1970, Paris 1965, S. 8
- 44) "Das Durchschnittsalter des nicht zerstörten Produktionsapparates in Frankreich wurde 1946 auf weit über 20 (!) Jahre geschätzt. Vgl. Commissariat général au plan: Rapport général sur le premier plan de modernisation et d'équipement, Paris 1946, S. 148f, zit. nach G. Freitag, Konzentrationspolitik in Frankreich, Tübingen 1972, S. 6 (Fußn. 1)

- 45) Vgl. J. Guyard, a.a.O., S. 10
- 46) Zur Bedeutung und den Ursachen der langfristigen Bevölkerungstagnation in Frankreich von der Mitte des 19. Jhdt. bis zum 2. Weltkrieg, vgl. J. Derogy, P. Lescaut, *Population sur mesure*, Paris 1963
- 47) Von den 586 Sitzen der 1. Nationalversammlung der IV. Republik hatten Kommunisten (161) und Sozialisten (150) zusammen 311 Sitze. Vgl. W. Wagner, *Europa zwischen Aufbruch und Restauration*, München 1968, Wahlergebnisse in Frankreich, S. 146
- 48) Zur Volksrepublikanischen Bewegung (MRP) vgl. M. Vausard, *Histoire de la Démocratie Chrétienne*, Paris 1956 und V. Lemieux, *Le MRP dans le système politique français*, Paris 1962
- 49) Zur Rolle de Gaulle's in der unmittelbaren Nachkriegsperiode vgl. J. Fauvet, *Von de Gaulle bis de Gaulle, Frankreichs vierte Republik*, Tübingen 1960, S. 17ff
- 50) Vgl. hierzu G. Willard u.a., a.a.O., S. 99ff
- 51) Vgl. hierzu C. Gruson, *Origine et Espoirs de la Planification Française*, Paris 1968, S. 38ff. Vom marxistischen Standpunkt: Ph. Herzog, *Politique économique et planification en régime capitaliste*, Paris 1971, S. 89ff und Autorenkollektiv, *Der staatsmonopolistische Kapitalismus*, Frankfurt/M. 1972, S. 527ff
- 52) Rede vor der nationalen Bundeskonferenz der CGT am 4. September 1945, B. Frachon, *Au rythme des jours*, Paris 1965, S. 104
- 53) Zur Strategie des US-Imperialismus in der unmittelbaren Nachkriegszeit vgl. H.-P. Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik*, Neuwied und Berlin 1966, insbesondere den Abschnitt "Antikommunistische Realpolitik" S. 63ff. Vom kommunistischen Standpunkt: Mendelsohn, Claude, Ulbricht, *Die Weltherrschaftspläne des US-Imperialismus. Analysen zur internationalen Lage in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg*, Münster 1972
- 54) In einem Interview mit der Londoner "Times" am 17. November 1946 zit. nach G. Cogniot, V. Joannès, Maurice Thorez, *l'homme le militant*, préface de G. Marchais, Paris 1970, S. 114
- 55) Zur Kollaboration der Großindustriellen vgl. V. Joannès, *La collaboration ...*, in: G. Willard u.a., a.a.O., S. 42ff
- 56) Zum Statut der nationalisierten Unternehmen vgl. *Le fonctionnement des entreprises nationalisées en France*, Paris 1956, mit zahlreichen Einzelbeiträgen. Zur rechtlichen Stellung der Lohnabhängigen in den

nationalisierten Unternehmen: G. Leminsky, Der Arbeitnehmereinfluß in englischen und französischen Unternehmen, Ein Vergleich mit der deutschen Mitbestimmung, Köln 1965, S. 77ff

- 57) B. Chenot, Les entreprises nationalisées, Paris 1967, S. 22
- 58) Vgl. G. Leminsky, a.a.O., S. 105
- 59) A.a.O. und Paul Durand, Die Vertretung der Arbeitnehmer auf Betriebsebene nach französischem Recht, in: G. Boldt u.a., Die Vertretung der Arbeitnehmer auf Betriebsebene nach dem Recht der EGKS, Luxemburg 1959, S. 187ff
Vom Gewerkschaftsstandpunkt: Le Comité d'entreprise, Guide pratique des membres des comités d'entreprise, Ed. CGT, Paris 1963, Les délégués du personnel, Ed. CFDT, Paris 1970
- 60) H. Lesire Ogrel, Le syndicat dans l'entreprise, Paris 1967, Im ersten Wahlgang dürfen allein die "repräsentativen" Gewerkschaften Kandidaten für die beiden Institutionen aufstellen. Zum Begriff der "Repräsentativität" vgl. J. Neuville, La "représentativité" des syndicats, Paris 1960
- 61) Während seit Anfang der 50er Jahre die CGT-Vertreter in zahlreichen Betrieben aus den gewerkschaftlichen Vertretungsorganen hinausgedrängt wurden (vgl. G. Leminsky, a.a.O., S. 105ff), versuchte vor allem die Gewerkschaft FO sich durch die Politik der Betriebsvereinbarungen als einzig legitimer Interessenvertreter der Arbeiter zu präsentieren.
- 62) Zur Konzeption der Sozialversicherung unmittelbar nach der Befreiung, vgl. F. Billoux, Quand nous étions ministres, Paris 1972, Abschnitt "La Sécurité sociale", S. 127ff
- 63) Ebenda
- 64) Eine eingehende Untersuchung der klerikalen Ideologie der CFTC vor dem 2. Weltkrieg und ihrer Nachwirkungen bis zur Mitte der 60er Jahre findet sich in P. Delon, Le syndicalisme chrétien en France, Paris 1965
- 65) G. Lefranc, Le Mouvement syndical de la Libération aux Evénements de Mai-Juin 1968, Paris 1969, im folgenden zit. G. Lefranc, (2), S. 16ff
- 66) A.a.O., S. 18
- 67) Eine detaillierte Untersuchung des Kräfteverhältnisses der verschiedenen CGT-Flügel auf diesem Kongreß gibt J. Domenichino, La CGT en 1946 et la scission syndicale, in: La Nouvelle Critique No. 56, September 1972, S. 16ff

- 68) M. Branciard, Société française ..., a.a.O., S. 141f
G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 23f und S. 42f
- 69) G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 22
- 70) Parti ouvrier français (POF) war der Name der ersten marxistischen Arbeiterpartei Frankreichs gewesen (Guesdisten). Zum Scheitern des Versuchs vgl. Histoire du Parti Communiste Français, Manuel, Ed. Commission d'Histoire auprès du Comité Central du PCF, Paris 1964, S. 460ff und J. Fauvet, Histoire du Parti Communiste Français, Tome II, Paris 1965, S. 148ff
- 71) Zu den ideologischen Auseinandersetzungen J. Fauvet, a.a.O., S. 160ff (Streipunkte waren der Begriff des "demokratischen Zentralismus", die Frage des historischen und dialektischen Materialismus, die Einschätzung der Sowjet-Union und der Position Stalins usw.).
- 72) A. Werth, Der zögernde Nachbar - Frankreich ...
- 73) J. Fauvet, Histoire du PCF, a.a.O., S. 163,
G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 43
- 74) L.A. Mendelsohn, Widersprüche in der kapitalistischen Weltwirtschaft nach dem Kriege, in: Mendelsohn, Claude, Ulbricht, a.a.O., insbesondere die Abschnitte "Wirtschaftliche Außenpolitik der USA", S. 63ff, "Das Problem der englischen Zahlungsbilanz", S. 69ff und "Das Problem der Rekonstruktion der britischen Industrie", S. 74ff
- 75) A. Werth, a.a.O., zum französischen Energieproblem, vgl. auch H.P. Schwarz, a.a.O., S. 188ff
- 76) A. Werth, ebenda und H. Claude, Der Marshall-Plan, S.50
- 77) J. Fauvet, Von de Gaulle bis de Gaulle, a.a.O., S.71ff, F. Goguel, G. Zieburg, Das französische Regierungssystem, Köln 1956, S. 25ff
- 78) Wahlergebnisse nach Wagner, a.a.O., S. 146
- 79) Unterstaatssekretär im State Departement Dean Acheson vor dem amerikanischen Kongreß am 8. Mai 1947, zit. nach D. Tartakowsky, Guerre froide et Troisième Force, in: H. Claude u.a., La IV République, La France de 1945 à 1958, Paris 1972, S. 53
- 80) Vgl. hierzu J. Fauvet, Histoire du Parti ... a.a.O. im Abschnitt "L'opposition 1. La rupture", S. 191ff. Zum internationalen Zusammenhang vgl. auch H. Claude, Der Marshall-Plan, in: Mendelsohn, Claude, Ulbricht, a.a.O., S. 31ff
- 81) Vgl. hierzu M. Branciard, La société ..., a.a.O., S. 148 und G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 47ff

- 82) A. Philip, Les Socialistes, Paris 1967, S. 133
- 83) B. Frachon, Bericht auf dem 26. Bundeskongreß der CGT 1946, zit. nach J. Bruhat, M. Piolot, a.a.O., S. 188
- 84) Vgl. hierzu J. Rivero, J. Savatier, Droit du Travail, 5^e Ed., Paris 1970, Troisième Partie, Chapitre V, La durée du Travail, § 3 Le principe de la semaine de quarante heures, § 4 Les heures supplémentaire, S. 386ff
- 85) A.a.O., Deuxième Partie, Chapitre II, La grève, S. 203ff. Zur Aussperrung im gleichen Kapitel, Section V - Le lock out, S. 234ff
- 86) M. Branciard, La Société ..., a.a.O., S. 159
- 87) G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 52, Fußnote (1)
- 88) Vgl. hierzu M. Branciard, Société ... a.a.O., S. 163ff, J. Bruhat, M. Piolot, a.a.O., S. 197ff, G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 52ff
- 89) G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 53f
- 90) A.a.O., S. 55
- 91) Ebenda
- 92) M. Branciard, a.a.O., S. 163
- 93) Ebenda und G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 57f
- 94) A.a.O., S. 58
- 95) A.a.O., S. 62ff
- 96) A.a.O., S. 65ff
- 97) Ebenda
- 98) Vgl. hierzu J. Guyard, Le miracle français, a.a.O.
- 99) A.W. Kirsanow, Die USA und Westeuropa, Ihre ökonomischen Beziehungen nach dem zweiten Weltkrieg, Berlin (DDR) 1968, vor allem Kapitel V, Die USA und der "gemeinsame Markt", S. 117ff
- 100) Vgl. hierzu im einzelnen H. Claude, Gaullisme et grand capital, Paris 1960 und ders. La concentration capitaliste pouvoir économique et pouvoir gaulliste, Paris 1965
- 101) G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 67ff, M. Branciard, a.a.O., S. 164ff. Über FO insgesamt: G. Adam, Force ouvrière, Paris 1965, A. Bergeron, Confédération Force Ouvrière, Paris 1971

- 102) Einen kurzen Überblick über Entstehungsgeschichte und vor allem über die aktuellen Tendenzen in der Lehrer-gewerkschaft FEN gibt J.C. Guérin, Critique du syndi-calisme enseignant, in: Les Temps Modernes, No. 301-302 v. August/September 1971, deutsch: Die französi-sche Lehrergewerkschaft (FEN), Analyse und Kritik, Berlin 1972
- 103) M. Branciard, a.a.O., S. 168, G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 79ff
- 104) G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 70
- 105) Der wichtigste Vertreter der Konzeption des "dritten Weges" (troisième force) in Frankreich war Léon Blum. Vgl. A. Philip, a.a.O., S. 135f. Zur Position der FO vgl. G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 78ff
- 106) Zur Geschichte der CFTC in dieser Phase vgl. G. Adam, La CFTC (1940-1958), Paris 1964. Vgl. auch R. Bonéty u.a., La CFDT, a.a.O., S. 37ff und G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 90ff
- 107) Zur Gruppe "Reconstruction": R. Bonéty u.a., ebenda und G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 91f
- 108) Ebenda
- 109) Zur Position der CGT nach der Spaltung vgl. J. Bruhat, M. Piolot, a.a.O., S. 211ff. Zur Position Ehni, Le Léap, Saillant, a.a.O., S. 207f. Zur Position Le Brun vgl. A. Barjonet, La CGT, a.a.O., S. 112f und P. Lebrun, Questions actuelles du syndicalisme, Paris 1965
- 110) J. Bruhat, M. Piolot, a.a.O., S. 215, G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 73
- 111) Ebenda und G. Lefranc, (2), S. 78
- 112) Im April streikten die Bauarbeiter und die Metallar-beiter von Paris, es folgten die Bergarbeiter der Nord-region; im Juni Generalstreik in Clermont-Ferrand; im Juli Streik der Seeleute von Marseille, die Beamten des Zoll- und Finanzwesens, der Luftsicherheit, die Präfekturangestellten; im August erneuter Streik in den Gruben des Nordens, in der metallverarbeitenden Indu-strie (Schneider-Creusot), bei Renault, in der Nord-region und an der Loire, im September Streik der Bäcker-gesellen von Paris, der Gas- und Elektrizitätsarbeiter, im öffentlichen Dienst (Luftfahrt, Pariser Verkehrs-mittel) usw., J. Bruhat, M. Piolot, a.a.O., S. 215f
- 113) M. Branciard, a.a.O., S. 167 (Tactiques syndicales)
- 114) Ebenda
- 115) A.a.O., S. 168

- 116) J. Rivero, J. Savatier, a.a.O., Deuxième Partie, Chapitre IV. La convention collective de travail, S.259ff, insbesondere, Section II "Evolution", § 4 Crise et restauration 1939-1950, S. 273ff
- 117) B. Chenot, Les entreprises nationalisées, a.a.O., S. 96f, G. Leminsky, a.a.O., S. 117
- 118) Vgl. hierzu J.D. Reynaud, Les Syndicats en France, 2^e Ed. Paris 1967. Zur jüngeren Entwicklung: Yves Delamotte, Les tendances récentes de la négociation collective en France, Revue internationale du Travail, 1971, vol. 103, No. 4, S. 392ff und G. Adam, J.-D. Reynaud, J.M. Verdier, La négociation collective en France, Paris 1972
- 119) J.D. Reynaud, Les Syndicats en France, a.a.O.. Zur Strategie des Unternehmertums bis zur Mitte der 50er Jahre, vgl. H.W. Ehrmann, La politique du patronat français (1936-1955), Paris 1960. Zur Gewerkschaftsstrategie in dieser Hinsicht: F. Sellier, Stratégie de la lutte sociale, Paris 1961
- 120) In diese Gruppe fielen vor allem die zahlreichen Landarbeiter, deren Zahl jedoch im Laufe der 50er Jahre rasch sank, aber auch die Arbeiter in der Kleinindustrie der Provinz.
- 121) Vgl. hierzu H. Nolleau, Réflexions sur la notion de Besoins, in: Economie et Politique No. 153-155, April-Juni 1967, S. 119ff
- 122) Zur Position von FO und CFTC in den allgemein-politischen Fragen in diesem Zeitraum vgl. G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 107ff
- 123) Die Sozialisten fielen weiter zurück auf 14,7% (gegenüber 17,9% - 1946), die Volksrepublikaner sogar auf 12,9% (26,0%) und die Radikalsozialisten erhielten 10,4% (11,1%). Eindeutige Sieger der Wahlen waren die Gaullisten, die auf Anhieb 22,5% erhielten. Die Kommunisten blieben, trotz Verlusten, mit 26,0% (28,3%) die stärkste Partei. Vgl. W. Wagner, a.a.O., S. 146
- 124) Vgl. hierzu die Position der FO im August 1953, weiter unten.
- 125) Zur wachsenden antikommunistischen Hetze und ihren praktischen Folgen für die Gewerkschaftsbewegung vgl. J. Bruhat, M. Piolot, a.a.O., S. 235ff, insbesondere S. 239ff. Zur genannten Haltung von FO und CFTC vgl. G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 116f
- 126) G. Leminsky, a.a.O., S. 105, J. Bruhat, M. Piolot, a.a.O., S. 236f
- 127) G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 118, M. Branciard, a.a.O., S. 184

- 128) J. Bruhat, M. Piolot, a.a.O., S. 246
- 129) G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 119
- 130) Ebenda und J. Bruhat, M. Piolot, a.a.O., S. 247
- 131) Zur Position des "Reconstruction"-Flügels in der CFTC vgl. R. Bonéty u.a., a.a.O., S. 45f und des Minderheits-Flügels in der FO vgl. M. Branciard, a.a.O., S. 182 und 208. Aus der Sicht der CGT: J. Bruhat, M. Piolot, a.a.O., S. 247ff
- 132) Zu den zwei Hauptmethoden der Machtausübung der Bourgeoisie (Repression und Reform) vgl. W.I. Lenin, Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, in: Lenin-Werke Bd. 24, S. 48. "Die erste Methode ist die Methode der Gewalt, die Methode der Verweigerung jeglicher Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung, die Methode der ... unnachgiebigen Ablehnung von Reformen. Darin besteht das Wesen der konservativen Politik, die in Westeuropa immer mehr aufhört, die Politik der Grundbesitzerklassen zu sein, die immer mehr zu einer der Spielarten der allgemeinen bürgerlichen Politik wird. Die zweite Methode ist die Methode des "Liberalismus", der Schritte in der Richtung auf die Entfaltung politischer Rechte, in der Richtung auf Reformen, Zugeständnisse usw.", ders. Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung, in: Werke, Bd. 16, S. 356
- 133) Zumal Guy Mollet über gute Kontakte zum gemäßigten Flügel der algerischen Befreiungsbewegung um Ferhat Abbas verfügte. M. Branciard, a.a.O., S. 193
- 134) W. Wagner, a.a.O., S. 164
- 135) Verringerung der Lohnzonendifferenzen um 1/3, 3. Urlaubswoche, Verbesserung der Kranken- und Altersversicherung, vgl. G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 134
- 136) J. Bruhat, M. Piolot, a.a.O., S. 277
- 137) Alle Daten aus J. Guyard, Le miracle français, a.a.O., S. 38ff
- 138) Tatsächlich mußten bis in die Mitte der 50er Jahre ein erheblicher Teil selbst der alltäglichen Konsumgüter importiert werden.
- 139) Die Krise in der Textilindustrie hatte übrigens zum ersten und bis dahin einzigen nationalen Tarifvertrag geführt, dessen sozialpartnerschaftlichen Regelungen aber den weiteren Verfall dieses Industriezweiges nicht hat verhindern können. Vgl. J.D. Reynaud, Les syndicats en France, a.a.O., S. 176ff, G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 102ff. Zur Ablehnung des Textil-Vertrages durch die CGT vgl. G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 117
- 140) Vgl. Streiktablette im Anhang

- 141) M. Branciard, a.a.O., S. 199 (Amélioration de la Condition des salairiés)
- 142) H. Nolleau, L'evolution du pouvoir d'achat des ouvriers depuis 1938, in: Economie et Politique, No. 153-155, April-Juni 1967, S. 79ff
- 143) M. Branciard, ebenda (Disparités)
- 144) Von daher die hohe Zahl der Streiks bei der relativ niedrigen Zahl der Streiktage. J.D. Reynaud, a.a.O., S. 160ff
- 145) M. Branciard, a.a.O., S. 209f. G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 122, G. Lefranc, Grèves d'hier et d'aujourd'hui, Paris 1970, S. 129ff (bringt eine Gesamtdarstellung).
- 146) Vgl. S. Mallet, Die neue Arbeiterklasse, Neuwied und Berlin 1972, S. 104ff und weiter unten über die Konzeption der "demokratischen Planung" der CFTC (S. 66ff).
- 147) Einzelheiten M. Branciard, a.a.O., S. 202, G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 123ff. Kritik: P. Naville, L'accord Renault est-il un nouveau "Contrat social"? in: Esprit, Juni 1956. Zur Auseinandersetzung bei Renault Anfang der 50er Jahre vgl. A. Tiano, L'action des Syndicats de la Régie Nationale des Usines Renault, in: A. Tiano, M. Rocard, H. Lesire-Ogrel, Expériences française d'action syndicale, Paris 1956, S. 21ff. Zur Strategie des Unternehmer-Staates: J. Myon, La politique des relations sociales à la Régie Renault, in: Le fonctionnement des entreprises nationalisées en France, Paris 1956, S. 381ff
- 148) Die Löhne sollten entsprechend der Produktivität unter Berücksichtigung des Preisanstiegs, jährlich jedoch mindestens um 4% erhöht werden.
- 149) Vgl. hierzu und zur Konkurrenz der Gewerkschaften G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 100ff. Zur Tradition der Betriebskämpfe bei Renault: R. Durand, La lutte des travailleurs de chez Renault, Paris 1971 und D. Mothé, Militant chez Renault, Paris 1965
- 150) J.D. Reynaud, a.a.O., S. 183ff (La diffusion des accords)
- 151) Zur Produktivitäts-Kampagne in den Jahren 1952/53 und zu den Abwehraktionen der Arbeiter vgl. J. Bruhat, M. Piolot, a.a.O., S. 231ff
- 152) Vgl. hierzu A. Touraine, L'évolution du travail ouvrier aux usines Renault. CNRS, Paris 1955

- 153) Der Versuch zur Einschränkung des in der Verfassung von 1946 garantierten Streikrechts durch Gesetze ist stets gescheitert bzw. nicht gewagt worden; umso mehr versprach man sich zunächst von den Betriebsvereinbarungen eine gewissermaßen freiwillige "Friedensverpflichtung" seitens der Gewerkschaften. Vgl. weiter unten "Die Politik der Betriebsvereinbarungen" S.63f
- 154) J.D. Reynaud, a.a.O.
- 155) M. Branciard, a.a.O., S. 203f
- 156) Obwohl im Text des Tarifvertragsgesetzes von 1950 nicht ausdrücklich erwähnt, war die Unternehmensebene dennoch implizit zugelassen. Vgl. J. Rivero, J. Savatier, a.a.O., S. 286f
- 157) H. Claude, *La concentration capitaliste ... a.a.O.*, S. 241ff (*L'oligarchie financière et le controle de l'Etat*)
- 158) Der Sozialisten-Kongreß im September 1958 sprach sich mit 2.687 Mandaten gegen 1.176 Mandaten bei 22 Enthaltungen für die autoritäre Verfassung der V. Republik aus. A. Philipp, a.a.O., S. 167. Eine kleine Minderheit, die sich seit Anfang 1958 um die Zeitschrift "Tribune Socialiste" gesammelt hatte, darunter E. Depreux, R. Verdier und A. Savary, verließ die Partei und gründete eine "autonome sozialistische Partei" (PSA), der sich später auch der "Radikale" Mendès-France anschloß, die zu den Vorläufern der späteren "Parti socialiste unifié" (PSU) wurde. Vgl. M. Rocard, *Le PSU et l'avenir socialiste de la France*, Paris 1969, S. 15f
- 159) Tatsächlich bestätigte die Verfassung der V. Republik ausdrücklich die Gültigkeit der in der Präambel der Verfassung der IV. Republik formulierten Grundwerte und -rechte, darunter das Streikrecht. Vgl. G. Ziebur, *Die V. Republik, Frankreichs neues Regierungssystem*, Köln 1960, S. 115f
- 161) Der Begriff "Regime der persönlichen Macht" (*Pouvoir personnel*) wurde auf dem Parteitag der Kommunistischen Partei im Juni 1959 geprägt. Vgl. M. Thorez, a.a.O., S. 683ff. Vgl. hierzu auch H. Claude, *Gaullisme et grand capital*, op. cit., er ist später aber in den allgemeinen Sprachgebrauch der Linken eingegangen.
- 161) Die damalige Haltung der Parteien zur Algerien-Politik de Gaulles ist kurz dokumentiert in G. Ziebur, *Die V. Republik*, a.a.O., S. 284, 291, 293, 295. Kritisch zur Algerienpolitik der kommunistischen Partei: J. Moneta, *Die Kolonialpolitik der französischen KP*, Hannover 1968, S. 185. Allerdings stellt der militante Anti-Kommunismus des Verfassers ihm den Blick für die Realität; dennoch sind vor allem die zahlreichen Dokumente äußerst lesenswert.

- 162) Vgl. hierzu J. Guyard, *Le miracle français*, a.a.O., S. 62ff, insbesondere den Abschnitt "Le coup de décembre", S. 64ff
- 163) M. Branciard, a.a.O., S. 219
- 164) *Comptes Nationaux des pays de l'OCDE (1950-1968)*, Paris o.J., S. 350
- 165) Vgl. Streiktable im Anhang
- 166) Die restlichen Stimmen verteilen sich auf nicht-gewerkschaftliche Listen. Nähere Angaben nach Industriezweigen, Betriebsgrößen und Regionen, vgl. M. Branciard, a.a.O., S. 227
- 167) Die Konzeption einer "Assoziation Kapital-Arbeit" gehörte seit 1951 zu den ideologischen Kernpunkten des Gaullismus. Damit sollte eine Sozialordnung "zwischen Kapitalismus und Kommunismus" geschaffen werden, ohne daß "die Autorität des Unternehmers zur Leitung und Verwaltung" eingeschränkt werden müßte. Die Konzeption war in ihren Grundlagen anti-gewerkschaftlich und selbst gegen die bestehenden Institutionen wie Unternehmenskomitees und Belegschaftsdelegierten gerichtet. Vgl. M. Branciard, a.a.O., S. 226. Zur Konzeption "Assoziation Kapital-Arbeit" von 1951 vgl. P. Durand, *Sur l'association capital-travail*, *Revue du Droit Social*, 1951, S. 604ff.
- Über die Ordonnance von 1959: ders. in *Revue du Droit Social*, 1959, S. 78ff. Zur Kritik der Konzeption und ihrer Verwandtschaft zum faschistischen Korporativismus. Vgl. J. Kahn, *La participation, ce que de Gaulle cache*, Paris 1969. Zum ökonomischen Effekt der Gewinnbeteiligung, insbesondere der späteren Ergänzung durch die Ordonnance vom 17.8.1967, vgl. C. Föhl, *Obligatorische Gewinnbeteiligung in Frankreich ein nachahmenswertes Vorbild?* Gutachten erstellt im Auftrage des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Berlin 1969. Föhls Schlußfolgerungen: "Das bedeutet, daß Unternehmen, die mindestens in Höhe des Gewinnanteils ihrer Belegschaft investieren, diesen Gewinnanteil bei der Berechnung des steuerpflichtigen Gewinnes zweimal vom Bruttogewinn absetzen können, und dies wiederum bedeutet, da die Körperschaftsteuer in Frankreich 50% beträgt, daß der Staat die gesamte Höhe des den Arbeitnehmern zufallenden Gewinnanteils zu Lasten der Staatskasse beziehungsweise des Steuerzahlers übernimmt. Den Unternehmer kostet die Gewinnbeteiligung seiner Belegschaft keinen Pfennig (gesperrt von W.G.)", S. 37, vgl. auch S. 59f.

- 168) Vgl. hierzu die heftigen Diskussionen, die beispielsweise das Buch von Fr. Bloch-Lainé, *Pour une réforme de l'entreprise*, Paris 1963 auslöste, das eine neue Form "industrieller Demokratie" vorschlug, die letzten Endes auf eine ökonomische Integration der Arbeiter in das Reproduktionssystem des Unternehmenskapitals hinauslief, vgl. hierzu auch: "Réforme de l'entreprise ou contrôle ouvrier", *Débat public sous la présidence de J.M. Vincent entre F. Bloch-Lainé, E. Mandel, et G. Mathieu*, Les cahiers du Centre d'Etudes Socialistes, No. 70-71, Mai-Juni 1967.
- Zum Verhältnis von Unternehmerverbänden, Monopolgruppen und Staat bei der Definition der wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele vgl. P. Herzog, *Politique économique ...*, a.a.O., S. 123ff. Über das neue Verhältnis von Unternehmerverband und Staat nach den Mai-Juni-Ereignissen vgl. Kapitel 3. dieser Arbeit im Abschnitt über die "Neue Gesellschaft".
- 169) J.D. Reynaud, a.a.O.. Erst nach den Mai-Juni-Streiks 1968 gewinnen die Betriebsvereinbarungen wiederum an Gewicht, nun allerdings auf der Grundlage erheblich veränderter Machtverhältnisse in den Betrieben. Vgl. Kapitel 3. dieser Arbeit unter dem Abschnitt Die betrieblichen Gewerkschaftssektionen. Zu den neuen Entwicklungstendenzen im System der kollektiven Verhandlungen vgl. G. Adam, J.D. Reynaud, J.M. Verdier, *La négociation collective en France*, op. cit., und Y. Delamotte, *Les tendances récentes ...*, op. cit..
- 170) S. Mallet, *Les luttes ouvrières dans les secteurs industriels avancés*, in: *Les Cahiers du Centre d'Etudes Socialistes*, No. 7-8, September 1961, S. 3ff und ders., *Die neue Arbeiterklasse*, op. cit..
- 171) Ebenda
- 172) Während an der Ausarbeitung des 1. Planes noch alle Gewerkschaften beteiligt waren (vor der Spaltung der CGT!) wurde die CGT bei der Ausarbeitung des 2. und 3. Planes nicht mehr in die Planungskommission berufen. Der Anteil der Gewerkschafter in den Kommissionen sank von 15,6% (1. Plan) auf 5,6% (2. Plan) und 7,4% (3. Plan), bei der Ausarbeitung des IV. Plans erreichte er nunmehr 10,8%, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Vertreter der Verbände persönlich von der Regierung berufen werden und keine proportionelle Verteilung nach der Stärke der Organisationen erfolgt, so daß die Zahl der Repräsentation von FO, CGC und CFTC (CFDT) in der Regel erheblich überproportioniert ist gegenüber der CGT. (Zahlenangaben aus: I. Bauchet, *La planification française, vingt ans d'expérience*, Paris 1966, S. 54). Zur Gewerkschaftsbeteiligung an der Planung vgl. "La participation des syndicats aux organismes officiels menace -t- elle leur indépendance?", *Les Cahiers du Centre d'Etudes Socialistes* No. 54-55, März 1965

- 173) J. Boissanat, La politique des revenus, Paris 1966, S. 82 und M. Branciard, a.a.O., S. 263. Claude Gruson ist der Verfasser des Buches "Origine et Espoirs de la Planification Française", op. cit.
- 174) J. Boissanat, a.a.O., S. 84
- 175) F. Perroux, Frankreichs Wirtschaftsprojektion, Der vierte französische Plan, Berlin 1964, S. 73
- 176) A. Barjonet, La CGT, a.a.O., S. 81ff
- 177) A. Barjonet in einem Brief an die Veranstalter der Debatte "La participation des syndicats aux organismes officiels...", a.a.O., S. 11
- 178) Abgedruckt in: R. Bonéty u.a., a.a.O., S. 64ff
- 179) A.a.O., S. 93
- 180) A.a.O., S. 94f
- 181) Bericht von R. Bonéty teilweise abgedruckt a.a.O., S. 97ff
- 182) A.a.O., S. 119
- 183) A. Bergeron, FO, a.a.O., S. 66 und 71
- 184) A.a.O., S. 75
- 185) Ergebnisse in: G. Lefrance, (2), a.a.O., S. 176
- 186) Zwar hatten erste Kontaktgespräche zwischen Sozialisten und Kommunisten schon anlässlich der Parlamentswahlen 1962 stattgefunden, der Bergarbeiterstreik hatte aber offenkundig das "Klima" solcher Gespräche verbessert. Vgl. J.A. Faucher, La gauche française sous de Gaulle, Paris 1969, S. 111ff
- 187) Vgl. G. Lefrance, (3), a.a.O., S. 109
- 188) Zur ideologischen Entwicklung der CFDT unmittelbar nach der offiziellen Entkonfessionalisierung vgl. J.C. Boulain, La transformation de la CFTC en CFDT, in: Economie et Politique, No 128, Sonderdruck, Paris 1969
- 189) R. Bonéty, a.a.O., S. 60
- 189a) M. Branciard, a.a.O., S. 260
- 190) P. Lebrun, Questions actuelles du syndicalisme, Paris 1965, A. Barjonet, La CGT, a.a.O., S. 105ff
- 191) A. Barjonet, a.a.O., S. 108ff

- 192) Labi gehörte seit 1953 zur Opposition innerhalb der FO, die eine realistischere Haltung gegenüber der CGT gefordert hatte. Seit Sommer 1972 ist die Chemie-Gewerkschaft FO mit der Chemie CFTC vereinigt.
- 193) M. Branciard, a.a.O., S. 261
- 194) Ebenda
- 195) J. Bruhat, M. Piolot, a.a.O., S. 367ff
- 196) G. Lefrance, (2), a.a.O., S. 193
- 197) A.a.O., S. 194
- 198) Ebenda.

Zu Kapitel 2.

- 1) Als Indiz hierfür mögen zwei Daten genügen, die für den Grad der Mechanisierung und das Volumen der industriellen Produktion in diesem Zeitraum charakteristisch sind:

	Dampfmaschinen / PS		Roheisen in Mio. t	
	Deutschland	Frankreich	Deutschland	Frankreich
1850	260.000	370.000	0,21	0,40
1860	850.000	1.120.000	-	-
1870	2.480.000	1.850.000	1,39	1,18

Quelle: J. Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter in Frankreich seit 1848, Berlin (DDR) 1967, S.25

- 2) Vgl. hierzu die Rolle des von den beiden Brüdern Péreire gegründeten "Crédit mobilier", der angeblich die rasche Industrialisierung Frankreichs zum Zwecke hatte, tatsächlich aber die Finanzspekulation erst zum allgemeinen Prinzip erhob. K. Marx, Der französische "Crédit mobilier", in MEW 12, S. 20ff. Vgl. hierzu auch J. Kuczynski, Aufstieg und Niedergang des vormonopolistischen Kapitalismus in Frankreich und das Problem des gesellschaftlichen Gewichts der Zirkulation in diesem Lande, in: ders., Studien zur Geschichte des Kapitalismus, Berlin (DDR) 1957, S. 78ff.
- 3) Die Tendenz zum Kapitalexport läßt sich in Frankreich schon seit der 48er Revolution nachweisen; sie beschleunigte sich ganz besonders in der Phase von 1871-1890. Ebenso wie in Deutschland entwickelte sich auch in Frankreich seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts ein System von Emmissionsbanken, das für die Entwicklung des Finanzkapitals entscheidend war. Fünf Pariser Großbanken (Crédit Lyonnais, Société Générale, Comptoir National d'Escompte, Crédit industriel et commercial, Banque de Paris et des Pays Bas) bildeten ein Konsortium, daß ein faktisches Monopol für die Ausgabe von Aktien und sonstigen Wertpapieren ausübte. Vgl. Les origines et les traits particuliers de l'impérialisme français au début du 20^e siècle. Journée d'étude sur l'impérialisme du Centre d'études et de recherches marxistes, Paris 1969
- 4) W.I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in Lenin-Werke, Bd. 22, S. 247
- 5) H. Sée, Französische Wirtschaftsgeschichte, Jena 1936, Bd. II, S. 565
- 6) Charles Bettelheim, L'économie allemande sous le nazisme, 2^{ed.}, Bd. I, Paris 1971, S. 13
- 7) Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Industrieproduktion belief sich im Zeitraum 1870-1913 auf 2,8% und im Zeitraum 1913-1938 auf lediglich 0,4%.

Vgl. J. Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter ..., a.a.O., S. 173

- 8) Les origines et les traits particulier de l'impérialisme français, a.a.O., S. 1ff. Zur Geschichte der Banque de Paris et des Pays Bas (Paribas) vgl. H. Claude, La Banque de Paris et des Pays Bas et son groupe (1872-1968), Paris 1969
- 9) G. Lefranc, (3), a.a.O., S. 42
- 10) J. Kuczynski, Darstellung der Lage ..., a.a.O., S. 141 und 182f.
- 11) "Allerdings hatten sich die Kohle- und Stahlbarone vom Schlage de Wendels zum großen Teil vor den unmittelbaren Kriegseinwirkungen zu schützen gewußt. Als wahre "Internationalisten" vollbrachten sie das Wunder, daß ein Mitglied der Familie in der französischen Kammer und ein anderes im deutschen Reichstag saß und der de Wendelsche Besitz in Briey vom deutschen wie vom französischen Sperrfeuer weitgehend verschont worden war." Vgl. J. Kuczynski, Darstellung ..., a.a.O., S. 181f.
- 12) A. Shonfield, Geplanter Kapitalismus. Wirtschaftspolitik in Westeuropa und USA, Köln 1968, S. 93
- 13) Vgl. hierzu die Tabelle im Anhang
- 14) Von 1900 bis 1930 hatte sich der französische Anteil am Welthandel von 9% auf 7% verringert, er fiel bis 1937 noch weiter auf 5%.
- 15) A. Shonfield, a.a.O., S. 98. Dort heißt es weiter: "Der Druck der Arbeitslosigkeit wurde niemals unerträglich, denn es gab einen Ausweg für die von der Industrie entlassenen Arbeitskräfte: die ausländischen Arbeiter, deren es in Frankreich viele gab, hauptsächlich Polen, wurden in die Heimat zurückgeschickt, während die Franzosen, die ihre Arbeitsplätze verloren, auf die väterlichen Bauernhöfe zurückkehrten und die Zahl der Landbevölkerung erhöhten, die nicht genug zu tun hatte."
- 16) Index der industriellen Produktion Frankreichs (1938=100)

1911 = 100	1928 = 121	1935 = 96
1913 = 109	1930 = 133	1936 = 103
1920 = 67	1932 = 98	1937 = 109
1926 = 127	1934 = 100	1938 = 100

Quelle: J. Marczewski, Y-a-t-il en un "take off" en France?, Cahiers de l'ISEA, supplément, No. 111, März 1961
- 17) Der Anteil der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft am Bruttosozialprodukt erhöhte sich im Durchschnitt der Periode 1934-1938 auf 22% gegenüber 20% in den beiden vorangegangenen Zyklen 1924-1928 und 1929-1933. J. Kuczynski, Darstellung ..., a.a.O., S. 185

- 18) Eine detaillierte Analyse der ökonomischen Entwicklung in dieser Periode findet sich bei C. Bettelheim, *Bilan de l'Economie française (1918-1946)*, Paris 1947 und in dem voluminösen Werk von A. Sauvy, *Histoire économique de la France entre les deux guerres*, 3 Bd., Paris 1965 ff.
- 19) Vgl. a.a.O.
- 20) Zwischen 1931 und 1936 ging die Zahl der Betriebe mit 500-1.000 Beschäftigten von 713 auf 615 zurück, die der Betriebe mit mehr als 1.000 Beschäftigten fiel sogar von 421 auf 296. M. Branciard, a.a.O., S. 102
- 21) A. Shonfield, a.a.O., S. 94
- 22) P. Marchat, *L'économie mixte*, Paris 1971, S. 10ff
- 23) A.a.O., S. 15
- 24) M. Dobb, *Entwicklung des Kapitalismus vom Spätfeudalismus bis zur Gegenwart*, Köln, S. 325ff
- 25) G. Lefranc, *Le Front populaire*, a.a.O., S. 29ff
- 26) So wurden z.B. noch nach der offiziellen Kriegserklärung Frankreichs an Deutschland die kriegswichtigen lothringischen Eisenerzlieferungen an das Reich fortgesetzt. Vgl. hierzu G. Millard, *De Munich à Vichy: La drôle de guerre*, Paris 1969
- 27) Die klassenmäßige Basis der verschiedenen Regierungs- und Staatsformen Frankreichs seit 1830 war stets, mit Ausnahme der revolutionären Perioden von 1848 und 1871, die Herrschaft der Finanzaristokratie, die je nach den konkreten Machtverhältnissen zu vorübergehenden Koalitionen mit der übrigen Bourgeoisie, dem Kleinbürgertum oder den Parzellenbauern gezwungen war. Vgl. hierzu, Projekt Klassenanalyse, *Zur Taktik der proletarischen Partei, Marxsche Klassenanalyse Frankreichs von 1848-1871*, West-Berlin 1972, S. 134ff. Sinnfällig wird die Kontinuität dieser Klassenherrschaft in der Zusammensetzung des Aufsichtsrats der Banque de France, dem neben drei Regierungsbeamten stets die Vertreter der Finanzaristokratie und der "haute Banque" wie die Rothschilds, Hottingers, Mallets, Mirabeaus und de Neuflices angehörten. Die Vertreter der Familien Mallet und Hottinger gehören dem Aufsichtsrat seit der Gründung der Banque de France durch Napoléon I im Jahre 1801 an. Vgl. hierzu J. Lysis, *Contre l'oligarchie financière en France*, Paris 1908, A. Hamon, *Les maitres de la France*, Paris 1936, J. L'homme, *La grande bourgeoisie au pouvoir*, Paris 1960, H. Claude, *Gaullisme et grand capital*, Paris 1961.
- 28) *Le Programme du CNR au Pouvoir*, op. cit.

- 29) Zu Ausmaß und Funktion des nationalisierten Sektors in Frankreich vgl. B. Chenot, Les entreprises nationalisées, Paris 1967, Le fonctionnement des entreprises nationalisées en France, "Travaux du 3^e Colloque des Facultés de Droit, Paris 1956, P. Marchat, L'économie mixte, Paris 1971. Vom marxistischen Standpunkt: Autorenkollektiv, Der staatsmonopolistische Kapitalismus, Frankfurt/M. 1972, S. 586ff.
- 30) "Die Verflechtung zwischen staatlicher und privater Wirtschaft besitzt auch einen persönlichen Charakter. Zahlreiche maßgebende Persönlichkeiten der Privatwirtschaft, sei es in den Gesellschaften, sei es in den Industrieverbänden, stammen aus der Beamtenelite oder wechselten vom staatlichen in den privaten Wirtschaftssektor über. Die Spitzenkräfte der französischen Verwaltung befinden sich im Alter von 35 bis 40 Jahren in sehr hohen Positionen, besonders wenn sie aus den Sonderschulen hervorgingen. Da ihrer weiteren Laufbahn anschließend verhältnismäßig enge Grenzen gesetzt sind und nicht zuletzt aus finanziellen Gründen ein Eintritt in die Privatwirtschaft verlockend ist, wird hierin seit einiger Zeit ein völlig normaler Prozeß gesehen... Die Industrie zieht ihrerseits natürlich aus diesen Erwerbungen einen nicht geringen Nutzen, denn diese ehemaligen Beamten bleiben in ständigem Kontakt mit ihren früheren Kollegen." A. Frisch, Frankreich: Zahlreiche und vielfältige Einflußmöglichkeiten der Interessengruppen auf die Wirtschaftspolitik, in: Wirtschaftsdienst, Jg. 45, 1965, S. 412
- 31) Vgl. hierzu auch A. Shonfield, S. 149 und 160-163
- 32) A.a.O., S. 85
- 33) A.a.O., S. 146
- 34) "Planung" war eines der Schlagworte mit denen die französischen Sozialisten glaubten, eine Wirtschaft "jenseits von Kapitalismus und Kommunismus" organisieren zu können. Zum Ursprung des "Planisme" in den 20er und 30er Jahren in der damals rein sozialistisch orientierten CGT vgl. G. Lefranc, (1), a.a.O., S. 305ff (Face à la crise économique le Plan). Zur Verwandtschaft mit der Konzeption H. de Man's vgl. a.a.O., S. 310f.
- 35) A. Shonfield, a.a.O., S. 145f
- 36) F. Perroux, Frankreichs Wirtschaftsprojektion, a.a.O., S. 54
- 37) Zum Begriff des "indikativen" Planung vgl. J.P. Delilez, La planification dans les pays d'économie capitaliste, Paris 1968, S. 23ff
- 38) Auch zu Beginn der zweiten Planperiode war über die Hälfte des gesamten Ausrüstungspotentials in Frankreich älter als 20 Jahre.

- 39) Während die Preise in den Jahren 1953-1955 relativ stabil geblieben waren (Inflationsrate von 1% jährlich), stiegen sie in den Jahren 1956 - 1958 wiederum jährlich um 5% - 6%.
- 40) Georges Pompidou gehörte in den 50er Jahren zu den engsten Mitarbeitern des Bankiers Guy de Rothschild. Michel Debré war Aufsichtsratsvorsitzender der Compagnie industrielle pour l'Afrique centrale und Les immeubles de la pépinière. Er ist durch seine Stiefmutter eng mit der "Stahlfamilie" de Wendel verwandt. Sein Onkel war Präsident der Comindustrielle des Téléphones; sein Schwager ist Präsident des Elektrokonzerns Compagnie française Thomson-Houston. Valéry Giscard-D'Estaing entstammt dem gleichen Milieu; sein Großvater leitete zahlreiche Bergbaugesellschaften in Nordafrika und im fernen Osten, die mit der Banque de l'Indochine verbunden waren. Sein Vater war im Vorstand und in verschiedenen Aufsichtsräten in Gesellschaften der gleichen Bankengruppe. Sein Bruder ist seit 1965 Aufsichtsratsvorsitzender von IBM-France und Generaldirektor bei Gibbs et Hill France. Seine Frau ist Enkelin von Eugène Schneider (der anderen großen "Stahlfamilie" Frankreichs).
- Der ehemalige Industrie- und Finanzminister Wilfried Baumgartner war bis 1958 Präsident der Banque de France. Er ist der Schwiegersohn des Elektro- und Ölmagnaten Ernest Mercier. Einer seiner Brüder ist Präsident von France-Atome, Mitglied des Aufsichtsrates der größten Ölgesellschaften Compagnie française de Pétrole. Ein weiterer Bruder ist durch Heirat mit der elsässischen Textilfamilie Dollfus verbunden. Nachdem Baumgartner das Finanzministerium verlassen hatte, übernahm er wichtige Posten in der Chemie-, Stahl- und Automobilindustrie, sowie in der Seeschifffahrt und im Versicherungswesen. Er ist heute u.a. Generaldirektor des größten französischen Privatunternehmens, des Chemiekonzerns Rhône-Poulenc, Mitglied des Aufsichtsrates des größten europäischen Aluminiumherstellers Pechiney-Saint Gobain und des Automobilherstellers Peugeot.
- Weitere Beispiele in: Henri Claude, La concentration capitaliste, Paris 1965, S. 260ff.
- 41) A. Shonfield, a.a.O., S. 152
- 42) Dazu bedurfte es erst des Pinay-Rueff-Planes (Dezember-Coup) von Ende 1958. Vgl. hierzu Kapitel 1., S. 58ff.
- 43) Troisième Plan de Modernisation et d'Equipeement 1958-1961, Journal Officiel Nr. 1129, S. 157
- 44) Zum Problem der Planerfüllung vgl. D. Klein, Staatsmonopolistische Programmierung in der EWG, Berlin (DDR) 1965, S. 24ff, A. Shonfield, a.a.O., S. 157, P.W.L. Edelmann, Möglichkeiten und Grenzen der französischen Planification, Ein Beispiel staatlicher Rahmenplanung in der Marktwirtschaft, Bern und Frankfurt/M. 1971, S. 150ff

- 45) "Prüft man die durchgeführten Verlagerungen von Betrieben aus Stadt und Umgebung von Paris, so zeigt sich, daß sich die betreffenden Betriebe vor allem im Nordosten Frankreichs niederließen. Die meisten Neuansiedlungen geschahen in einem Umkreis von 200 km um Paris, so daß die Frage nicht unberechtigt ist, ob nicht das Hauptergebnis der Dezentralisierungsmaßnahmen nur darin bestand, die Ausweitung des Großraumes von Paris zu beschleunigen, die ohnehin früher oder später eintreten mußte." J. Madinier, Die Politik regionaler Erschließung, in: Frankreichs Wirtschaft, Köln 1961, S. 68. Vgl. auch weiter unten S. 120ff.
- 46) F. Perroux, a.a.O., S. 67
- 47) A. Shonfield, a.a.O., S. 162
- 48) Während von den meisten bürgerlichen Autoren dieser Wandel lediglich als Fortschritt in der Planungstechnik behandelt wird, erweist sich bei näherer Betrachtung die vom Standpunkt der formalen Ökonomie interessante Verflechtung globaler Keynesianischer Gleichgewichtsmodelle mit sektoriellen Leontiewschen Input-Output-Tabellen als methodisches Instrument zur Selektierung der wachstums- und profitoptimalen staatlichen Investitionsfinanzierung. François Perroux hat in einem richtungsweisenden Aufsatz zu Zusammenhang von Industriezweigstruktur und wirtschaftlichem Wachstum theoretisch analysiert und dabei auf die praktische Bedeutung sogenannter "Leitsektoren" innerhalb einer gegebenen bzw. einer sich wandelnden Industriestruktur hingewiesen. Vgl. F. Perroux, Les industries motrices et la planification de la croissance d'une économie nationale, in: On Political Economy and Econometrics, Essays in honour of Oskar Lange, London, New-York, Paris, Frankfurt, Warschau 1965.
- 49) J.P. Courthéoux, La Politique des Revenues, Paris 1966. Zur Position der Gewerkschaften vgl. Kapitel 1, S. 64ff.
- 50) F. Perroux, Frankreichs Wirtschaftsprojektion, a.a.O., S. 94
- 51) A.a.O., S. 185
- 52) Vgl. P. Bauchet, Une nouvelle planification, in: Revue économique, März 1966
- 53) Der ungarische Ökonom F. Janossy vertritt u.E. mit Recht die Ansicht, "daß die wirtschaftliche Rekonstruktionsperiode im Zeitpunkt, in dem die Produktion ihr Vorkriegsniveau erreichte, noch nicht beendet war, sondern bedeutend länger dauerte. Die Rekonstruktionsperiode findet nämlich ... ihr Ende erst in dem Zeitpunkt, in dem das tatsächliche Produktionsniveau gleich jenem ist, das in diesem Zeitpunkt erreicht worden wäre, wenn der Krieg gar nicht stattgefunden hätte." F. Janossy, Das Ende der Wirtschaftswunder, Frankfurt/M. o.J., S. 16. Dies bedeutet freilich nicht, daß wir uns einverstanden er-

klären mit der von Janossy konstruierten Trendkurve, die von den spezifischen historisch-gesellschaftlichen Formbestimmungen und damit der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsformation abstrahiert.

- 54) Vgl. hierzu: P. Boccara, Définition de la Question du Capitalisme monopoliste d'Etat und Capitalisme monopoliste d'Etat, Accumulation du Capital et Financement public de la Production, in: Conférence internationale sur le Capitalisme monopoliste d'Etat, Choisy-Le-Roy vom 26 bis 29 Mai 1966, Economie et Politique No. 143-144, Juni-Juli 1966, S. 5ff, ders. Le "Capital" de Marx, No. spécial "Marx 1968", von Economie et Politique, März-April 1968, S. 19ff, ders., A propos du "Capital financier" et de quelques autres publications récentes, in: Economie et Politique No. 180, Juli 1969, S. 81ff, ders., La crise du Capitalisme monopoliste d'Etat et les luttes des travailleurs, I-III, in: Economie et Politique No. 185, 186/7, 188, ders., Aperçus sur la théorie de la suraccumulation-dévalorisation du capital et les perspectives de la démocratie avancée, I-III, in: Economie et Politique No. 202, 204/5, 206, und insbesondere: Autorenkollektiv, Traité marxiste d'Economie politique, Le capitalisme monopoliste d'Etat, 2 Bde, Paris 1971. Mehrere Arbeiten Boccasars sind inzwischen in deutsch erschienen, vgl. Sozialistische Politik, Nr. 11, 16, 18, 19, Marxismus-Digest 3/1971. Der "Traité" ist erschienen unter dem Titel "Der staatsmonopolistische Kapitalismus, Frankfurt/M. 1972. Vgl. dazu auch W. Goldschmidt, Der Beitrag der Gruppe "Economie et Politique" zur Ausarbeitung einer Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Ökonomische Theorie, politische Strategie und Gewerkschaften, Frankfurt/M. 1971, S. 96ff und ders., Der staatsmonopolistische Kapitalismus, Inhaltsübersicht, in: Der staatsmonopolistische Kapitalismus, Einführungen in marxistische Analysen aus der DDR, Frankreich und der Sowjetunion, Frankfurt/M., S. 53ff.
- 55) 1965 hatte die Lohnquote 62,2% erreicht, 1966 fiel sie auf 62,0% und 1967 auf 61,9%, um 1968 wieder auf 62,3% anzusteigen. OECD, National Accounts of OECD Countries (1950-1968), Paris o.J., S. 350
- 56) Darüber hinaus waren mit den neuen Verfahren (Prozeßinnovation) nicht selten neue Produkte (Produktinnovation) verbunden, die ihren Anwendern daher nicht nur den üblichen Extraprofit, sondern auch ein, zumeist vorübergehendes, Produktionsmonopol erbrachten, ein Effekt, der ebenfalls einen starken Anreiz zur Einführung neuer Verfahren darstellt.
- 57) J. Hirsch, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System, Frankfurt/M. 1970, S. 165. Für den Planungszeitraum 1966-1970 sollte dieser Anteil auf rund 2/3 erhöht werden. Vgl. H. Claude, Charakteristische Aspekte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Frankreich, in: "Das Kapital" von Karl Marx und seine inter-

nationale Wirkung, Berlin (DDR) 1968, S. 109f. U. Rödel hat für die Vereinigten Staaten nachgewiesen, daß rund 90 Prozent der staatlichen Mittel an Großunternehmen mit mehr als 5.000 Beschäftigten gegangen ist. U. Rödel, Forschungsprioritäten und technologische Entwicklung, Frankfurt/M. 1972, S. 202

- 58) Diesen Aspekt hebt R. Katzenstein in seiner sehr interessanten Arbeit "Technischer Fortschritt, Kapitalbewegung-Kapitalfixierung, Einige Probleme der Ökonomie des fixen Kapital unter den gegenwärtigen Bedingungen der Vergesellschaftung der Produktion im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin (DDR) 1971, besonders hervor, S. 110f.
- 59) K. Marx, Das Kapital, Dritter Band, in: MEW 25, S. 97
- 60) F. Engels bemerkte schon 1891 in seiner Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs (Erfurter Programm): "Immer größer wird die Zahl und das Elend der Proletarier". Dies ist nicht richtig, so absolut gesagt. Die Organisation der Arbeiter, ihr stets wachsender Widerstand wird dem Wachstum des Elends möglicherweise einen gewissen Damm entgegensetzen. Was aber sicher wächst, ist die Unsicherheit der Existenz. Das würde ich hineinsetzen." In: MEW 22, S. 231
- 61) Entscheidend für die Tendenz der Durchschnittsprofitrate ist die Entwicklung der im gesellschaftlichen Maßstab aggregierten Größen. Dabei ist es vom Standpunkt des Kapitals gleichgültig, wieviele Lohnarbeiter ihm subsumiert sind, denn der Lohnanteil definiert die Grenze des Mehrwerts im gesellschaftlichen Maßstab. Vgl. Anm. 97.
- 62) Zwar gibt es auch sog. "kapitalsparende" (d.i. zumeist konstantes Kapital) Verfahren, deren Bedeutung sich aber bisher überwiegend auf die Einsparung von zirkulierendem konstanten Kapital (Rohstoffe usw.) erstreckt. Vgl. hierzu die Diskussion über die konkrete Entwicklung der organischen Zusammensetzung des Kapitals zwischen S.L. Wygodski, Der gegenwärtige Kapitalismus, Versuch einer theoretischen Analyse, Köln 1972 und dem Autorenkollektiv des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, Berlin (DDR) 1972.
- 63) K. Marx, Das Kapital, Dritter Band, a.a.O., S. 87
- 64) A.a.O., S. 97
- 65) A.a.O., S. 96
- 66) Berechnet nach den obigen Angaben aus "Etudes Economiques", OCDE, France, 1970, S. 82
- 67) National Accounts, a.a.O., S. 382 (für Frankreich, die übrigen Angaben a.a.O.)

- 68) Seit dem 2. Weltkrieg hat sich die Verlaufsform des industriellen Zyklus insoweit modifiziert, nicht zuletzt infolge der Wirkungen des permanenten Staatseingriffs in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß, daß die Krisenphase bisher in Frankreich nicht zu einem absoluten Produktionsrückgang, sondern nur zu einem deutlichen Rückgang des Wachstums geführt hat.
- 69) Natürlich gibt die Höhe der jährlichen Brutto-Anlageinvestitionen nur ein annäherndes Bild des tatsächlichen Bestandes an fixem Kapital.
- 70) National Accounts, a.a.O.
- 71) Statistisches Jahrbuch der BRD 1970, S. 75
- 72) Im Jahre 1968 lag Frankreich mit einem Bruttosozialprodukt von 2.580 § pro Kopf der Bevölkerung deutlich an der Spitze aller großen westeuropäischen Länder, vor der Bundesrepublik mit 2.200 §, Großbritannien mit 1.850 § und Italien mit 1.390 §. National Accounts, a.a.O., S. 10
- 73) National Accounts, a.a.O., S. 141. Die Prozentsätze wurden aus den dortigen absoluten Zahlen errechnet.
- 74) Errechnet aus den Angaben in National Accounts, a.a.O., S. 350
- 75) J.C. Dufour, Le VI^e Plan, in: Economie et Politique, No. 190, Mai 1970, S. 3ff
- 76) Unter Konzentration des Kapitals versteht man das Anwachsen des Kapitals durch Rückverwandlung mindestens eines Teiles des Profits in Kapital (Akkumulation/Selbstfinanzierung). Mit Zentralisation bezeichnet man dagegen das Wachstum des Kapitalumfangs durch Zusammenfassung entweder bereits bisher unabhängig voneinander fungierender Kapitale oder bisher brachliegender Kapitalien (durch Kredite, Aktienemmission, Unternehmensfusionen u.ä.).
- 77) J. Magniadas, La concentration salariale et la grande entreprise d'aujourd'hui, in: Economie et Politique No. 149/150, S. 89 und D. Klein, Staatsmonopolistische Programmierung ..., a.a.O., S. 208
- 78) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. März 1969
- 79) H. Jourdain, Sur quelques développements actuels de l'imperialisme, in: Economie et Politique No. 162, Januar 1968
- 80) H. Claude, La concentration capitaliste, a.a.O., S.58ff
- 81) A.P. Weber, L'économie industrielle de 1950 à 1970, in: Revue d'Economie politique, September-Oktober 1970, S. 773ff

- 82) Vgl. hierzu im einzelnen H. Claude, Le mouvement de fusion en France au cours des trois dernières années, in: Economie et Politique No. 185, Dezember 1969, S. 67ff
- 83) Angaben berechnet nach "Fortune" vom August 1964 und August 1969.
- 84) Eine Untersuchung der Zeitschrift "L'Expansion", zit. nach Le Monde vom 20. Oktober 1970
- 85) Ebenda
- 86) Aus dem Entwurf zum VI. Plan zit. nach F. Damette, Le territoire sous le VI^e Plan, in: Economie et Politique No. 191, Juni 1970, S. 44
- 87) DWI-Berichte 12/1970
- 88) P. Castany, Les progrès récents de la salarisation, in: Economie et Politique No. 190, Juni 1970, S. 127
- 89) Vgl. H. Jung, Zur Diskussion um den Inhalt des Begriffs "Arbeiterklasse", in: Das Argument 61, Dezember 1970, S. 678f. In Frankreich wird im allgemeinen der Begriff "Arbeiterklasse" enger gefaßt, er entspricht dort dem, was wir "produktive Arbeiter" nennen. Vgl. S. Laurent, Données sur les classes sociales en France à l'époque du capitalisme monopoliste d'Etat, in: Economie et Politique No. 149/150, Dezember 1966-Januar 1967, S. 47ff. Zur Diskussion um produktive und unproduktive Arbeit im Kapitalismus vgl. Sozialistische Politik 6/7, Juni 1970 und 8, September 1970. Die Position S. Laurents (d.i. Claude Quin) ist nunmehr ausführlich dargelegt in: Autorenkollektiv, Der staatsmonopolistische Kapitalismus, a.a.O., S. 154ff, insbesondere S. 165ff. Die Position von H. Jung ist neuerdings präzisiert und theoretisch weiter fundiert worden in Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950-1970, Theorie, Diskussion, Sozialstatistische Analyse, Teil I, Klassenstruktur und Klassentheorie, Theoretische Grundlagen und Diskussion, Beiträge von H. Jung, C. Kievenheim, M. Steinhauer-Tjaden, K.H. Tjaden, hrg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/M. 1972
- 90) H. Jung, Zur Diskussion ..., a.a.O.
- 90a) Serge Laurent schätzt, daß rund 20% der höheren Kader zum "obersten Management" zählen und rechnet sie der Klasse der Kapitalisten zu, vgl. Tabelle S. 132
- 91) Vgl. "Population", Januar 1964
- 92) S. Laurent, Les transformations en cours dans les classes et couches sociales, in: Economie et Politique No. 185, S. 36

- 93) J. Magniadas, a.a.O., S. 74
- 94) "Fortune", August 1964 und August 1969
- 95) Alle Angaben nach S. Laurent, Les transformations ..., a.a.O., S. 32
- 96) P. Castany, a.a.O., S. 133
- 97) "Die Rate des Profits (Mehrwerts) kann nicht fallen, ohne daß der Arbeitslohn steigt, und kann nicht steigen, ohne daß der Arbeitslohn fällt. Der Wert des Arbeitslohnes ist zu schätzen nicht nach der Quantität Lebensmittel, die der Arbeiter erhält, sondern nach der Quantität Arbeit, die diese Lebensmittel kosten (in fact der Proportion des Arbeitstages, die er sich selbst aneignet), nach dem proportionellen Anteil, den der Arbeiter vom Gesamtprodukt oder rather vom Gesamtwert dieses Produkts erhält. Es ist möglich, daß in Gebrauchswert geschätzt (Quantität von Ware oder Geld) sein Arbeitslohn steigt (bei steigender Produktivität) und doch dem Wert nach fällt und umgekehrt. Es ist eines der großen Verdienste Ricardos, den relativen oder oder proportionate Arbeitslohn betrachtet und als Kategorie fixiert zu haben. Bisher wurde der Arbeitslohn immer nur einfach betrachtet, der Arbeiter als Tier. Hier aber wird er in seinem sozialen Verhältnis betrachtet. Die Stellung der Klassen zueinander bedingt mehr durch die proportionate wages als durch den absolute amount of wages." K. Marx, Theorien über den Mehrwert, Zweiter Teil, in: MEW 26, II, S.420f.
- 98) Die Pro-Kopf-Quote ergibt sich aus der Berücksichtigung der Tatsache, daß sich zu einem späteren Zeitpunkt eine größere Zahl von Lohnarbeitern in den Lohnanteil teilen; sie gibt daher an, welchen Anteil am Volkseinkommen (ges. Neuwert) die zum ersten Zeitpunkt (d.i. 1954) festgestellte Menge an Lohnarbeitern zum späteren Zeitpunkt erhält. (Qualifikationsstruktur usw. als konstant unterstellt.).
- 99) Annuaire Statistique 1969, S. 561
- 100) Ebenda
- 101) P. Castany, a.a.O., S. 137
- 102) L. Gani, Syndicats et travailleurs immigrés, Paris 1972, S. 8 (Alle folgenden Angaben bis Anm. 103)
- 103) J.P. Launay, La France sous-développée: 15 millions de pauvres, Paris 1970, S. 115
- 104) Ministère des Affaires sociales, zit. nach J.C. Dufour et al., Les formes actuelles de l'exploitation des Travailleurs, in: Economie et Politique No. 194, September 1970, S. 79

- 105) Enquête der EWG, zit. nach J.C. Dufour et al., a.a.O., S. 78
- 106) Revue française du Travail, April-Juni 1965, zit. nach J.C. Dufour et al., a.a.O., S. 73
- 107) L'Humanité vom 15. Mai 1973
- 108) Les conditions du travail, Après demain, Journal mensuel de documentation politique (Ligue des Droits de l'Homme), No. 120, Januar 1970, S. 21. Hinzu kamen 1967 noch 170.218 einfache, 31.356 schwere und 1.518 tödliche Verkehrsunfälle, die als Arbeitsunfälle gelten, da sie auf dem Weg zwischen Wohnung und Arbeitsplatz erfolgten, a.a.O., S. 22
- 109) B. Doray, R. Mario, Les accidents du travail et les maladies professionnelles, in: Economie et Politique No. 210, Januar 1972, S. 126
- 110) P. Gavi, Les Ouvriers, Paris 1970, S. 9
- 111) J. Frémontier, La Forteresse Ouvrière: Renault, Une Enquête à Boulogne-Billancourt chez les ouvriers de la Régie, Paris 1971, S. 125
- 112) J.P. Dumont, Les O.S. victimes des cadences, Artikelserie in Le Monde vom 5. - 8. Februar 1972. Die Übersetzung stammt aus METALL, Zeitschrift der IG-Metall, Nr. 9 und 10 aus dem Jahre 1972.
- 113) Allgemeine Statistik des Auslandes. Frankreich, a.a.O., S. 15
- 114) L'Express, vom 18.-24. Januar 1971
- 115) Le Monde vom 6. Oktober 1970
- 116) Ebenda
- 117) A. Rezo, Le chômage, Structure et évolution récentes, in: Economie et Politique No. 210, Januar 1972, S. 107
- 118) J.P. Launay, La France sous-développée ..., a.a.O., S. 9
- 119) Alle Angaben nach J.C. Dufour et al., Les formes actuelles de l'exploitation ..., a.a.O., S. 27
- 120) L'Express vom 18.-24. Januar 1971
- 121) J.C. Dufour et al., a.a.O., S. 33
- 122) J.P. Launay, a.a.O., S. 25
- 123) Bericht über die soziale Lage in der Gemeinschaft im Jahre 1970. Brüssel-Luxemburg 1971, S. 263.

- 124) Jahrbuch der Sozialstatistik EWG 1970, S. 238
- 125) V. Dominique, La Fatigue industrielle, in: Economie et Politique No. 188, März 1970, S. 121
- 126) J.P. Launay, a.a.O., S. 45f
- 127) C. Menzel, Französische Zustände, Das Ende des Gaullismus, Berlin 1967, S. 31
- 128) Grundsätzliche Ausführungen zum französischen Steuersystem, Hrg. Büro für industrielle Entwicklung in Frankreich, Frankfurt/M. 1970, S. 5: Japan 15,5%, Italien 19,3%, Belgien 22,0%, USA 23,1%, BRD 24,4%, Großbritannien 26,5%
- 129) ebenda
- 130) Le Monde vom 14. September 1971
- 131) Zit. nach Cahiers du Communisme No. 9, 1971, S. 28
- 132) DIE WELT vom 4. Februar 1972
- 133) ebenda.

Zu Kapitel 3.

- 1) Vgl. G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 226. Zum Rhodiaceta-Streik, vgl. "Conflit social à Rhodiaceta" in: Pro-jet, No 4, April 1968
- 2) Zur "Participation" vgl. S.62ff und Anmerkung 167 in Kapitel 1.
- 3) G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 226
- 4) Zum Problem der Zahl der Arbeitslosen in Frankreich vgl. weiter oben S.150ff Die zitierte Schätzung in: Le Bilan Social de l'année 1968, Revue pratique de Droit Social, Ouvrage collectif, rédigé sous la di-rection de Maurice Cohen, Préface de H. Krasucki, Paris 1969
- 5) Zur Entwicklung des Bewußtseins der Techniker, Inge-nieure und wissenschaftlichen Kader seit Mitte der 60er Jahre vgl. "Das Bewußtsein deklassiert zu sein. Techniker und Gewerkschaften". Eine Diskussion über Gewerkschaften und das politische Bewußtsein von Tech-nikern, die am 20. Mai 1967 in Paris stattfand, in: "Die neue Arbeiterklasse. Technische Intelligenz und Gewerkschaften im organisierten Kapitalismus. Hg. und eingeleitet von F. Deppe, H. Lange und L. Peter, Frankfurt/M. 1970, S. 188ff. Über Arbeits- und Lebensbedingungen dieser Schicht vgl. "Les cadres dans l'entreprise et dans le mouvement syndical", Sociologie du Travail, No. spécial, 3/1968, 10.Jg., und die dortige Bibliographie. Zur Geschichte der ge-werkschaftlichen Organisation der leitenden Angestell-ten in Frankreich vgl. H. Lange, Wissenschaftlich-technische Intelligenz, ..., a.a.O., S. 92ff
- 6) J. Launay, Le marché du travail en mars-avril 1968, in: Economie et Politique, No. 168-169, Juli-August 1968, S. 168
- 7) Opinion et Motivations des Etudiants français, in: Guerres et Paix, No 14-15, S. 38ff
- 8) Allgemeine Statistik des Auslandes, Frankreich, a.a.O., S. 12
- 9) A.a.O., S. 14. 1968 waren allein an den Universitäten 477.904 Studenten immatrikuliert, davon in den Gei-steswissenschaften 131.164, Rechtswissenschaften (einschl. Wirtschaftswissenschaften) 102.642, Natur-wissenschaften 164.998, Medizin 61.365, Pharmacie 17.735, ebenda. An den Elitehochschulen (Grandes Ecoles) waren im Studienjahr 1965-1966 57.919 Hoch-schüler eingeschrieben. Tableaux de l'Economie fran-çaise, Hg. vom Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques (INSEE), Paris 1968, S. 149.

- An der Pariser Sorbonne studierten im Studienjahr 1966-1967 allein 133.036 Studenten. Ebenda
- 10) F. Jossé L'Adaption de l'Université à l'Industrie, in: Les Temps Modernes, Mai 1965
 - 11) Selbst für die Berufsausbildung wurden nach Angaben von A. Gorz im Zeitraum des IV. Planes (1961-1965) nur etwa 40% der vorgesehenen Aufwendungen tatsächlich ausgegeben. A. Gorz, Der schwierige Sozialismus, Frankfurt/M., 2. Auflage, 1969, S. 47
 - 12) Zitiert nach: A. Münster, Paris brennt, Frankfurt/M., 1968, S. 99
 - 13) Einzelheiten des Fouchet-Planes brauchen hier nicht erörtert zu werden, da er durch die Mai-Juni-Ereignisse außer Kraft gesetzt wurde. Die Schrift der UNEF hieß: Manifeste pour une réforme démocratique de l'enseignement supérieur. Vgl. hierzu: W. Kreipe, Studenten in Frankreich, Hintergrund und Potential einer politischen Bewegung, in: Kursbuch 13, Frankfurt 1968, S. 154ff
 - 14) N. Abboud, S. Bosc, L'évolution du mouvement étudiant français: raisons de structure, raisons de conjoncture, in: Sociologie du Travail, 4/1971, S. 350ff, vgl. auch W. Kreipe, a.a.O., und M.J. Rauch, S.H. Schirmbeck, Die Barrikaden von Paris, Der Aufstand der französischen Arbeiter und Studenten, Frankfurt/M. 1968, S.18ff.
 - 15) Die meisten Publikationen zu den Mai-Juni-Ereignissen befassen sich mit spezifischen Aspekten dieser Bewegung, bestimmten Einzelaktionen oder geben eine mehr oder weniger geistvolle, zumeist essayistische oder feuilletonistische Interpretation der Ereignisse.
 - 16) Zum Verhältnis Arbeiterbewegung-Studentenbewegung vgl. A. Touraine, Le Mouvement de Mai ou le Communisme utopique, Paris 1968, S. 52ff und S. 155ff. Zur Einschätzung der Studentenbewegung im Mai 1968 vom kommunistischen Standpunkt: C. Prévost, Les Etudiants et le Gauchisme, Paris 1969. Enthält auch eine Dokumentation über die Stellungnahme der PCF zu studentischen Aktionen, a.a.O., S. 149ff. Auch die Phaseneinteilung ist in der Literatur sehr umstritten. Chronologien finden sich fast in jeder Publikation zur Mai-Juni-Bewegung. Die zuverlässigsten Angaben hierzu in: "La grève générale de mai 68", Le Peuple, Organe officiel bimensuel de la CGT, No. 799-801 vom 15. Mai bis 30. Juni und "Positions et action de la CFDT au cours des événements de mai-juin 1968", Syndicalisme Hebdomadaire, No. spécial 1266 A - November 1969
 - 17) Vgl. hierzu: La Vie Ouvrière, Hebdomadaire de la CGT, No. 1.235 vom 1. Mai 1968 und No. 1236 vom 8.5.1968 (Premier Mai 1968 und Colère à l'Ouest).

- 18) Le Peuple, a.a.O., S. 6ff und Syndicalisme, a.a.O., S. 39f
- 19) Der 13. Mai 1968 war der 10. Jahrestag des Militärputsches in Algier, in dessen Folge de Gaulle an die Macht kam.
- 20) Le Peuple, a.a.O., S. 20
- 21) Vgl. hierzu vom Standpunkt der CGT: G. Séguy, Le mai de la CGT, Paris 1972, S. 19ff und S. 73ff. Vom Standpunkt einiger Studentenführer: Sauvageot, Geismar, Cohn-Bendit, Aufstand in Paris oder ist in Frankreich eine Revolution möglich?, Hamburg 1968 und Cohn-Bendit, Linksradikalismus - Gewaltkur gegen die Alterskrankheit des Kommunismus, Hamburg 1968
- 22) Le Peuple, a.a.O., S. 20, Le Syndicalisme, a.a.O., S. 44
- 23) Y. Guin, La Commune de Nantes, Paris 1969, S. 58ff
- 24) "Notre arme c'est la grève", La grève chez Renault-Cléon, Paris 1968, S. 16f
- 25) Le Peuple, a.a.O., S. 22
- 26) A.a.O., S. 23
- 27) "Lorsque Renault éternue, La France s'enrhume" (Wenn Renault nießt, kriegst Frankreich den Schnupfen), dieser populäre Slogan versucht die traditionelle "Vorreiter"(Pilot)Funktion des Renault-Werkes in allen sozialen Fragen zu charakterisieren. Dabei handelt es sich sowohl um die berühmte Kampfkraft der Renault-Arbeiter, die seit der Volksfront stets mit an der Spitze der Streikbewegungen gestanden haben (vgl. hierzu: R. Durand, La Lutte des travailleurs de chez Renault, op. cit.) als auch um die Versuche zur Integration der Arbeiter, wie sie seit 1955 mit dem bekannten "Accord Renault" begonnen hatten und bis in die jüngste Zeit mit dem "Actionnariat ouvrier" (der Verteilung von Aktien an die Belegschaft, die von den Arbeitern mit dem ironischen Gruß an den Werkstoren "Guten Morgen, Genosse Aktionär" quittiert wurde) hineinreicht. Vgl. hierzu auch: L. Peter, Klassenkämpfe in Frankreich heute, Frankfurt/M. 1972, insbesondere den Abschnitt "Klassenkampf bei Renault 1945 bis 1971", S. 69ff und J. Frémontier, La forteresse ouvrière: Renault, Paris 1971
- 28) Über die Probleme einer Schätzung der Streikteilnehmer im Mai-Juni 1968, vgl. G. Adam, Etude statistique des grèves de mai-juin 1968, in: Revue française de science politique, Paris Februar 1970
- 29) G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 235

- 30) Das ist auch der Tenor der meisten auf dem bundesdeutschen Markt erschienenen Mai-Publikationen. Ausnahmen hierzu bilden lediglich L. Peter, op. cit. und L. Salini, Frankreichs Arbeiter-Mai 1968, Frankfurt/M. 1970
- 31) Communiqué des Bundesvorstandes der CFDT vom 16. Mai 1968, in: Le Syndicalisme, No. Spécial, a.a.O., S.53f
- 32) Le Peuple, a.a.O., S. 44 und Le Syndicalisme, a.a.O., S. 73
- 33) Vgl. weiter oben S. 75 ff
- 34) Le Syndicalisme, a.a.O., S. 77
- 35) Am 1. Juli 1968 sollten die Zollschränken innerhalb der EWG wegfallen.
- 36) Le Syndicalisme, a.a.O., S. 76
- 37) Archiv der Gegenwart vom 24. Mai 1968, No. 13.930/31
- 38) L. Salini, a.a.O., S. 26f
- 39) Ebenda
- 40) Le Syndicalisme, a.a.O., S. 63
- 41) Communiqué der CFDT nach dem Gespräch mit der FGDS, in: Le Syndicalisme, a.a.O., S. 69f
- 42) Zur Rolle der Programmdiskussion vgl. weiter unten im Kapitel 4.
- 43) Archiv der Gegenwart, ebenda
- 44) G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 234
- 45) Die Verhandlungen hatten einen ähnlichen Rahmen wie die berühmten Verhandlungen am Amtssitz des Premierministers der Volksfront L. Blum im Jahre 1936 (Hotel Matignon), allerdings nahm damals auf Gewerkschaftsseite nur die unmittelbar zuvor vereinigte CGT teil. Diesmal waren es außer der CGT noch die CFDT, FO, CFTC, CGC und FEN, auf Unternehmerseite der Verband der Großindustrie CNPF und der Verband der kleinen und mittleren Unternehmen CNI-ME und von Seiten der Regierung der Premierminister, der Sozialminister und der Staatssekretär für Beschäftigungsfragen im Sozialministerium. Über die Einzelheiten der Verhandlungen vgl. G. Séguy, a.a.O., S. 85ff und E. Descamps, Militer, Paris 1971
- 46) Vgl. die Schlußbemerkungen der Gewerkschaftsvertreter G. Séguy (CGT) und E. Descamps (CFDT) zu den Verhandlungen auf der Pressekonferenz bei Verkündung des Protokolltextes, abgedruckt in: Le Syndicalisme, a.a.O., S. 109 und G. Séguy, a.a.O., S. 112 und 116

- 47) Vgl. Le Bilan Social, a.a.O., S. 386ff, Grenelle, le Procès-verbal du 27 mai 1968
- 47a) Vgl. hierzu: G. Séguy, a.a.O., S. 122f und La Vie Ouvrière, No. 1246 vom 17.7.1968 die Stellungnahme "Les dirigeants de la CGT en direct avec vous: Grenelle, S. 2ff
- 48) Le Syndicalisme, a.a.O., S. 113 und G. Séguy, a.a.O., S. 113ff
- 49) Le Peuple, a.a.O., S. 61
- 50) Zur Position der CFDT im Stadion Charléty vgl. Le Syndicalisme, a.a.O., S. 117ff
- 51) Nach Angaben der CFDT war es der bis dahin der CGT angehörende A. Barjonet, der die Polemik gegen die CGT eröffnete, die dann in dem Ruf "CGT-Trahison" gipfelte. Vgl. Le Syndicalisme, a.a.O., S. 118, vgl. auch G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 239. Barjonet ist der Verfasser des Buches "La CGT", op. cit.
- 52) A. Krumnow, Vorsitzender der CFDT-Bekleidung, Leder, Textil. Le Syndicalisme, ebenda. Daneben sprachen auch M. Labi (FO-Chemie) und J. Sauvageot (UNEF). Auf der Veranstaltung anwesend war auch P. Mendès-France, der sich aber weigerte das Wort zu ergreifen. Vgl. G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 239
- 53) Die UNEF verlangte, daß die CGT sich öffentlich gegen das Aufenthaltsverbot für Daniel Cohn-Bendit aussprechen müsse. Die CGT hatte von allem Anfang an den Aktivitäten linksradikaler Studenten, insbesondere der anarchistischen "Bewegung des 22. Mai" skeptisch bis ablehnend gegenübergestanden. Sie bezeichnete verschiedene Aktionen dieser Gruppe als "Abenteurertum" und als in "objektiven Interesse der Regierung stehend. (Tatsächlich hatte de Gaulle immer wieder auf solche Aktionen verwiesen um die "Partei der Angst" gegen die Linke zu mobilisieren, vgl. weiter unten) Daraufhin hatte Cohn-Bendit die CGT-Führung in einem Fernsehinterview am Abend des 13. Mai als "stalinistisches Gesindel" bezeichnet. Vgl. G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 232. Die CGT lehnte die Vorbedingung der UNEF ab und betonte, daß eine Zusammenarbeit nur aufgrund gemeinsamer konkreter Ziele möglich sei. Die Gespräche wurden daraufhin abgebrochen. Vgl. Le Syndicalisme, a.a.O., S.123f
- 54) Vgl. L. Salini, a.a.O., S. 48ff
- 55) In Marseille und Lyon (70.000), Nancy (40.000), Le Havre (35.000) Bordeaux (15.000), La Rochelle (12.000), Limoges, Besançon, Nice, Tours, Rouen (10.000) usw., vgl. Le Peuple, a.a.O., S. 72
- 56) Le Syndicalisme, a.a.O., S. 132
- 57) Vgl. Archiv der Gegenwart 1968, Nr.13.965f

- 58) Vgl. Le Peuple, a.a.O., S. 80, G. Séguy, a.a.O., S.155f
- 59) Le Syndicalisme, a.a.O., S. 138, L. Salini, a.a.O., S. 57f
- 60) Eine umfassende Übersicht über alle materiellen Ergebnisse der Mai-Juni-Streiks ist enthalten in dem Sonderband der Revue Pratique de Droit Social, Le Bilan Social de l'année 1968, Paris 1969, 574 Seiten.
- 61) Nachdem zuvor eine von der Betriebsleitung inszenierte Abstimmung unter den nicht die Fabrik besetzenden Arbeitern eine knappe Mehrheit für die Wiederaufnahme der Arbeit erbracht hatte. In den folgenden Tagen erwies sich jedoch, daß sich die Mehrheit der Arbeiter geweigert hatte, an dieser Abstimmung überhaupt teilzunehmen.
- 62) L. Salini, a.a.O., S. 57
- 63) Le Bilan Social ..., a.a.O., S. 50ff
- 64) A.a.O., S. 127ff (Examen détaillé des avantages obtenus)
- 65) Über den Verlauf des Streiks bei Renault-Billancourt unterrichtet eingehend die Broschüre "33 jours - 34 nuits" herausgegeben von der CGT-Betriebssektion. Über das Nachwirken dieses Streiks im Bewußtsein der Renault-Arbeiter vgl. J. Frémontier, a.a.O., S. 342ff (Les mythes de mai). Die Ergebnisse der Betriebsvereinbarungen von Renault, Peugeot, Citroen in: Le Bilan Social ..., a.a.O., S. 508ff
- 66) G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 246f
- 67) Über den Streik bei der ORTF vgl. E. Baumfelder, Les conflits et les enjeux à l'ORTF (revendication et contradiction) in: Sociologie du Travail, 3/1970, S. 262ff
- 68) Le Bilan Social, a.a.O., S. 26
- 69) A.a.O.
- 70) Vgl. weiter unten im Abschnitt 3.2.3 Rolle einzelner Schichten und Gruppen der Arbeiterklasse.
- 71) Die Mai-Juni-Streiks übertrafen sowohl nach der Zahl der Streikteilnehmer als auch nach der Dauer der Streikbewegung selbst die Mai-Juni-Streiks aus dem Jahre 1936. Zu den gemeinsamen und unterschiedlichen Bedingungen der Streiks von 1936 und 1968 vgl. G. Lefranc, Grèves d'hier et d'aujourd'hui, Paris 1970, S. 188ff
- 72) Bei diesen Wahlen war die Linke scheinbar so zerstritten wie zu Beginn der V. Republik; dennoch hat gerade die Mai-Bewegung, wenn auch längerfristig, die Überwindung dieser Zerstrittenheit begünstigt. Vgl. Kapitel 4. weiter unten.

- 73) Die Niederlage der Linksparteien wirkte sich infolge des französischen Mehrheits-Wahlsystems und des fehlenden Wahlbündnis verheerend auf ihre Parlamentsvertretung aus:

	Verteilung d.Parlamentssitze	Aufgelöste Nationalvers.	Neue Nationalvers.
--	------------------------------	--------------------------	--------------------

UDR (Gaullisten)		197	294
Unabhängige Republikaner	Regierungskoalition	43	64
Demokrat. Zentrum		42	27
FGDS		118	57
PCF Linksparteien		73	34
PSU		3	0

- 74) Vgl. Kapitel 4. dieser Arbeit, S. 301ff

- 75) "Les Événements de mai-juin 1968 vus à travers Cent Entreprises". Die Untersuchung wurde vom Centre National d'Information pour la Productivité de l'Entreprise (CNIFE), einem offiziellen Planungsinstitut der Regierung, im Juni-Juli 1968 durchgeführt. Die Kategorien der Beschreibung gesellschaftlicher bzw. betrieblicher Verhältnisse sind daher durch die Ideologie der Sozialpartnerschaft bestimmt. Dennoch wird die Untersuchung auch in linkssozialistischen Kreisen als hervorragendes Beispiel einer empirischen Streikanalyse angesehen. Vgl. S. Mallet, La nouvelle classe ouvrière, 4^eed., Paris 1969, S. 15

- 76) Untersucht wurden genau 115 Unternehmen (davon waren 10 nicht bestreikt, s. weiter unten) aus 17 der 21 Regionen, aus 35 Branchen, darunter 14 aus der Elektro- bzw. elektronischen Industrie, 8 aus der chemischen Industrie, 8 aus der eisenverarbeitenden Industrie, 7 aus der allgemeinen Metallurgie, 7 aus dem Maschinenbau, 7 aus der Papierindustrie, 5 aus der Textilindustrie, Automobil, Luftfahrt usw.. Von den 115 Unternehmen beschäftigten 4 weniger als 50 Lohnabhängige, 19 zwischen 50 und 199, 48 zwischen 200 bis 999 und 44 1.000 und mehr.

- 77) Über den antikapitalistischen Charakter der Streikbewegung schweigt sich die Studie charakteristischerweise aus.

- 78) Zum Streikverhalten der "Cadres" vgl. weiterhin: "Les cadres dans l'entreprise et dans le mouvement syndical, No. spécial Sociologie du Travail, 3/1968. J. Leenhardt, Die neue Arbeiterklasse im Streik, in: Deppe, Lange, Peter, Die neue Arbeiterklasse ..., a.a.O., S. 174ff. A. Willener, C. Gadjos, G. Benguigi, Les Cadres en mouvement, Paris 1969, vgl. auch den folgenden Exkurs 3.2.4

- 79) Zum Verhältnis der verschiedenen Berufsgruppen zueinander vgl. C. Durand, Ouvriers et techniciens en mai 1968, in: P. Dubois u.a., Grèves revendicatives ou grèves

politiques, acteurs, pratiques, sens du mouvement de mai, Paris 1971 und R. Dulong, Les cadres et le mouvement ouvrier, in: ebenda. Allgemein: J.D. Reynaud, S. und J. Dassa, P. Maclof, Les événements de mai et juin 1968 et le système français de relations professionnelles, in: Sociologie du Travail, 1/1971 und 2/1971, S. 73ff bzw. S. 191ff

- 80) Vgl. hierzu: La grève à Flins, Documents, témoignages rassemblés par J.Ph. Talbo, Paris 1968 und "Notre arme c'est la grève, op. cit., Cahiers de Mai, No. 3, August 1968, Les étudiants à Flins
- 81) Nach Angaben der CGT sind im Jahre 1968 seit dem Mai rund 400.000 neue Mitglieder der CGT beigetreten. Vgl. Le Bilan Social ..., a.a.O., S. 361ff. G. Lefranc, (2), gibt für CFDT 300.000 neue Mitglieder, für FO 100.000 und für CGT sogar 500.000 an, a.a.O., S. 252 (Fußnote 1)
- 82) Um die Mitte der 60er Jahre hat vor allem A. Gorz diese Unterscheidung in die Strategiediskussion der Gewerkschaften eingebracht. Vgl. ders., Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, Frankfurt/M. 1967
- 83) Vgl. u.a. A. Touraine, op. cit., E. Mandel, Die Lehren vom Mai 1968, in: Glucksmann, Gorz, Mandel, Vincent, Revolution Frankreich 1968, Frankfurt/M. 1969, Y. Guin, La Commune de Nantes, Paris 1969, Cohn-Bendit, Linksradikalismus, op. cit. J. Pesquet, Räte in Sacley?, München 1969 usw.
- 84) Insbesondere E. Mandel und Y. Guin, s.Anm. 83. Vgl. auch Cahiers de Mai, No. 1, 15. Juni 1968, Nantes, toute une ville découvre le pouvoir populaire
- 85) Touraine dient der Begriff des "utopischen Kommunismus" zugleich als Propaganda- und Kampfmittel gegen die existierende kommunistische Partei, die immer noch gegen einen längst nicht mehr existierenden Kapitalismus kämpfe und daher notwendig hinter der realen Bewegung zurückbleibe. "Der utopische Kommunismus von heute, kann vielleicht das werden, was die Arbeiterbewegung einmal war und was sie nicht mehr ist." Vgl. A. Touraine, a.a.O., S. 40ff. Zitat S. 47. Vgl. auch ders., Die Postindustrielle Gesellschaft, Frankfurt 1972, Zur Rolle der Arbeiterklasse heißt es dort: "Die Frage ist nicht, ob die Arbeiter und die Gewerkschaft verschwinden, sondern ob die Bewegung der Arbeiterklasse heute wie gestern im Mittelpunkt der Dynamik und somit der gesellschaftlichen Kämpfe steht. Diese klare Frage verdient eine einfache Antwort, auch wenn man sie später differenzieren und ergänzen muß: In der programmierten Gesellschaft ist die Arbeiterklasse kein privilegierter historischer Akteur mehr. ... einfach deshalb, weil die Ausübung der kapitalistischen Macht innerhalb des Unternehmens nicht mehr die wichtigste Triebfeder des wirtschaftlichen Systems und folglich der gesellschaftlichen Konflikte ist." A.a.O., S. 21

- 86) P. Dubois, R. Dulong, C. Durand, S. Erbàs-Seguin, D. Vidal, Grèves revendicatives ou grèves politiques. Acteurs, Pratiques sens du mouvement de mai, op.cit.
- 86a) C. Durand, Ouvriers et techniciens en mai 1968 in: P. Dubois u.a., a.a.O., S. 11ff. Die Untersuchung stützt sich auf die Auswertung von 30 Intensiv-Interviews des Verfassers mit aktiven Gewerkschaftern, vor allem Sekretäre von betrieblichen Gewerkschaftssektionen, die ausnahmslos eine wichtige Rolle bei der Organisation der Streikbewegung in ihrem Betrieb übernommen hatten, und auf der Inhaltsanalyse von mehreren hundert Flugblättern, Broschüren usw. (Vgl. a.a.O., S. 20f) aus acht großen Unternehmen in denen besonders spektakuläre Streiks stattgefunden hatten. Durand unterscheidet dabei zwischen einem traditionellen "Arbeiter"-Sektor der Industrie (als Beispiel nimmt er die Automobil-Industrie) und einen technologisch fortgeschrittenen "technischen" Sektor (Elektronik, wissenschaftliche Forschungszentren, ORTF), beide Sektoren unterscheiden sich in charakteristischerweise durch den Anteil der Arbeiter bzw. technischen Angestellten (bis zu Ingenieuren und Wissenschaftlern) an der Gesamtheit der Lohnabhängigen. Im "Arbeiter"-Sektor ist die CGT weitgehend dominierend, im "technischen" Sektor überwiegt die CFDT, gleichzeitig spielen in den Forschungsinstituten und in der ORTF Standesorganisationen der Wissenschaftler eine nicht unerhebliche Rolle. (Vgl. hierzu im einzelnen, a.a.O., S. 17ff). Die Schwäche dieses Ansatzes, wie der ihm zugrunde liegenden Konzeptionen von Mallet und Naville liegt vor allem daran, daß die Unterscheidung vom allein technisch begriffenen Produktionsprozeß (also dem Arbeitsprozeß) her sich legitimiert und nicht von einer ökonomischen Analyse der Gesamtheit des kapitalistischen Produktionsprozesses, in diesem Falle sogar auf gesellschaftlicher Stufenleiter, In diesem Falle hätte auch die Automobil-Industrie zu den Schlüsselindustrien gerechnet werden müssen, die für das ökonomische Gesamtsystem entscheidend sind. (Vgl. hierzu auch die a.a.O. zitierte Konzeption von F. Perroux.) Am Vernachlässigen dieses Gesamtzusammenhanges scheitert letztlich auch der Versuch Durands einen Begriff des "Politischen" zur Analyse der Mai-Juni-Bewegung zu definieren.
- 87) Dies entspricht freilich genau der Definition des Klassenkampfes bei einem so orthodoxen Marxisten wie J. Kuczynski: "Klassenkämpfe sind politische Kämpfe um ökonomische Interessen", in: J.K.: Klassen und Klassenkämpfe im imperialistischen Deutschland und in der BRD, Frankfurt/M. 1972, S. 5
- 88) Vgl. hierzu H. Kern, M. Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, I, II, III, Frankfurt/M. 1970/1973 und F. Deppe, Das Bewußtsein der Arbeiter - Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins, Köln 1971. Zur Kritik des Ansatzes von Kern/Schumann, vgl. auch S. Herkommer, Vom Elend der Industriosozologie, in: Sozialistische Politik, Nr. 16, Februar 1972, S. 71ff

- 89) Vgl. weiter unten die Ideologie der "neuen Gesellschaft" des gaullistischen Premierminister Chaban-Delmas, der sich auf die Thesen des Soziologen M. Crozier stützt, der in seinen Arbeiten "Le phénomène bureaucratique", Paris 1963 und "La Société bloquée", Paris 1970 die Entwicklungsprobleme der französischen Gesellschaft vor allem aus der hartnäckigen Existenz veralteter, überzentralisierter und überbürokratisierter Verwaltungsstrukturen zu erklären versucht. Vgl. vor allem das Kapitel "Du malaise de l'administration", in: La Société bloquée, a.a.O., S. 93ff und das Kapitel "Le phénomène bureaucratique comme phénomène culturel français", in: Le phénomène bureaucratique, a.a.O., S. 257ff
- 90) Der Gesetzestext ist abgedruckt in: Le Bilan Social, a.a.O., S. 525ff. Zur Analyse des Gesetzes und den darüberhinausreichenden Betriebsvereinbarungen a.a.O., S. 210ff
- 91) Zur strategischen Bedeutung der betrieblichen Gewerkschaftssektionen im Zusammenhang mit den übrigen Institutionen zur Vertretung der Arbeiterinteressen im Betrieb (Unternehmenskomitee und Belegschaftsdelegierten) vgl. die jüngst erschienene Dokumentation des Instituts für marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Probleme des Kampfes um eine antimonopolistische Demokratie in Frankreich, Frankfurt/M. 1973 vor allem im Abschnitt 2.1 Organisationen der Arbeiterbewegung im Betrieb den Beitrag von F. Fagnot, A. Rivat, Die neuen gewerkschaftlichen Freiheiten, die gewerkschaftliche Demokratie und die gewerkschaftliche Aktivität in den Betrieben, a.a.O., S. 211ff
- 92) A.a.O.
- 93) Nach dem Gesetz ist eine Gewerkschaft repräsentativ, wenn sie bei den Wahlen zu den Unternehmenskomitees oder Belegschaftsdelegierten mindestens 5% der im Betrieb abgegebenen Stimmen erhält. Seit 1968 versuchten Regierung und Unternehmer eine gelbe Gewerkschaft in den Betrieben zu verankern. Bis auf wenige Unternehmen, z.B. Simca-Chrysler, ist es aber dieser CFT (Confédération française des Travailleurs) nicht gelungen, die 5% Hürde zu überspringen. Zum Begriff der "Repräsentativität" vgl. weiterhin Le Bilan Social, a.a.O., S. 228ff und Anm. 60 zu Kapitel 1.
- 94) Elections, le paradoxe des chiffres, Entreprise No. 669 vom 6.7.1968
- 95) Bei Citroen wurden noch im Juli 925 Arbeitskräfte entlassen, die staatliche Rundfunk- und Fernsehanstalt ORTF meldete 57 Entlassungen, 30 Umbesetzungen, 8 vorzeitige Versetzungen in den Ruhestand. Vgl. G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 247. Weitere Entlassungen von "Rädelsführern" sind aber in der Folgezeit keine Seltenheit gewesen und waren häufig Anlaß für erneute Streiks. Vgl. weiter unten S.229ffim Bericht über die Arbeiterkontrollstreiks von Serge Mallet.

- 96) Vgl. Cahiers de Mai, No. 1 vom 15. Juni 1968 (Documents études, débats pour la poursuite du mouvement)
- 97) Pompidou war im Verlauf der Mai-Juni-Ereignisse zu einem ernsthaften Konkurrenten de Gaulles geworden. Er soll sogar versucht haben den General zum Rücktritt zu bewegen. Weil Pompidou innerhalb der französischen Großbourgeoisie über erheblichen Rückhalt verfügte (vgl. Anm.40 im Kapitel 2.) konnte de Gaulle ihn nur mit der sybillinischen Formel verabschieden, er möge sich für "spätere Aufgaben im Dienste der Nation" zunächst einmal aus der unmittelbaren Tagespolitik zurückziehen. Ein Jahr später war de Gaulle persönlich weitgehend entmachtet, Pompidou Staatspräsident. Die Auseinandersetzungen Pompidous mit dem orthodoxen Flügel der Gaullisten um Michel Debré dauern jedoch weiter an.
- 98) Zit. nach Le Monde vom 11. September 1968
- 99) J. Kahn, La Participation, a.a.O., S. 11ff
- 100) Le Bilan Social, a.a.O., S. 36f
- 101) Vgl. hierzu J. Kahn, Pour comprendre les crises monétaires, 2^eéd., Paris 1972, S. 130ff (über die Kapitalflucht) und 148ff (über die Spekulationswelle im November) und P. Boccara, La crise du système monétaire capitaliste, le programme pour une démocratie avancée et le franc, Supplément au No. 179. Economie et Politique, insbesondere S. 11ff (Des luttes de mai-juin à la crise monétaire de novembre 1968)
- 102) Vgl. hierzu ebenda und Le Monde, 20. November 1968. Im April 1968 hatte Frankreich mit 30 Mrd. F die drittstärksten Währungsreserven in der kapitalistischen Welt. Ende November waren sie auf 10 Mrd. F zusammengeschrunft. Entreprise, No. 690 vom 30. November 1968
- 103) Vgl. hierzu OECD-Bericht, France, April 1969, S. 34ff und Le Bilan Social, a.a.O., S. 35ff
- 104) Le Patronat français, Dezember 1968, zit. nach Le Bilan Social, a.a.O., S. 36
- 105) Entreprise No. 691 vom 7. Dezember 1968 und Les Cahiers de Mai, No. 8, Januar 1969 (Les leçons de Billancourt) Beide Berichte allerdings antigewerkschaftlich von rechts bzw. von "links".
- 106) Vgl. weiter oben, S. 183 f
- 107) La Vie Ouvrière, Hebdomadaire de la CGT, No. 1276 vom 12. Februar 1969 (Enjeu du 12 février, Dossier), S.16ff
- 108) Ebenda

- 109) Vgl. den Text des Abkommens in: Le Bilan Social, a.a.O., S. 285ff und die Einschätzung der CGT in: La Vie Ouvrière, No. 1277 vom 19.2.1969 (L'accord sur l'emploi, Ce qu'il apporte - Comment s'en servir)
- 110) La Vie Ouvrière, No. 1277, a.a.O., S. 2ff (Après le 12 février en avant ... mars!)
- 111) Vgl. Le Monde vom 27. Februar 1969
- 112) Die Durchschnittskosten einer industriellen Arbeitsstunde lagen nach einer Untersuchung der EWG Anfang 1969 mit 8,20 F in Frankreich deutlich unter der viel konkurrenzfähigeren Industrie der BRD mit 8,80 F. Angaben nach: Entreprise, No. 719 vom 21. Juni 1969
- 113) La Vie Ouvrière, No. 1280 vom 12. März 1969 und No. 1281 vom 19. März 1969
- 114) Ebenda
- 115) J. Kahn, pour comprendre les crises monétaires, a.a.O., S. 144ff (Qui à spéculé?)
- 116) La Vie Ouvrière, No. 1281 vom 19. März 1969, S. 2ff
- 117) Zit. nach DIE WELT, vom 13. März 1969
- 118) Archiv der Gegenwart 1969, Nr. 14544
- 119) Der Generalsekretär der CGT, Georges Ségué, antwortete: "Wenn ein Staatschef eine Aktion der Arbeiterklasse zwecks Erhöhung der Löhne und der Renten einer Verschwörung gleichsetzt, gesteht er stillschweigend das Scheitern seiner Politik. Wenn man das Ausmaß der Kundgebungen in den Städten und auf dem Lande in Rechnung stellt, so sind die gesamten Volksmassen ein Teil dessen, was der Staatschef als Verschwörer bezeichnet." Le Monde vom 13. März 1969
- 120) Zum Teil erhebliche Unterschiede ergibt jedoch eine Aufschlüsselung nach Industriezweigen:
- | | | | |
|----------------------------------|-------|------------------------|-------|
| Metallerzeugung | 14,8% | Lebensmittelindustrie | 17,5% |
| Mechanische und Elektroindustrie | 14,8 | Textilindustrie | 17,7 |
| | | Bekleidungsindustrie | 20,5 |
| darunter: | | | |
| Metallverarbeitung | 15,5 | Lederindustrie | 19,9 |
| Maschinenbau | 14,5 | Holz-u.Möbelindustrie | 18,6 |
| Elektrobau | 14,7 | Papier- Karton | 19,7 |
| Bau u.öffl.Arbeiten | 13,7 | Glas - Keramik,Baumat. | 19,9 |
| Transport (ohne SNCF) | 12,8 | Chemische Industrie | 17,7 |
- Quelle: Entreprise No. 728/9 vom 30. August 1969

- 121) Hierzu muß bemerkt werden, daß die direkten Steuern, d.h. die Lohn-, Einkommens- bzw. Körperschaftssteuern in Frankreich nur einen relativ geringen Anteil des Steueraufkommens decken. Rund 70% kommen von indirekten Steuern, vor allem von der Mehrwertsteuer, deren Normalsatz bei 27,5% liegt.
- 122) Die Bewegung von La Tour du Pin hatte zweifellos etwas ambivalentes und erinnerte in gewisser Hinsicht an verschiedene Erscheinungen des Poujadismus um die Mitte der 50er Jahre.
- 123) Le Monde vom 18. April 1969
- 124) In seiner Pressekonferenz im September 1968 (vgl.S. hatte de Gaulle erklärt, daß es sich bei der "Participation" um eine Reform handele, welche die menschlichen Beziehungen organisieren solle, insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Sozialen und der Universitäten, und zwar derart, daß alle Interessierten bei allen Themen, die sie direkt betreffen, an den Vorarbeiten, den Projekten und Debatten teilnehmen sollen. Vgl. Le Monde vom 11. September 1968
- 125) Kurz vor dem Referendum sprach sich selbst der Vorsitzende der sonst stets die Gaullisten unterstützenden Unabhängigen Republikaner, Valéry Giscard d'Estaing, der eine nicht unbedeutende Fraktion des französischen Monopolkapitals vertritt (vgl. Kapitel 2., Anm.40) gegen die Reform aus. Die Partei selbst unterstützte aber weiterhin de Gaulle.
- 126) Das Kommuniqué seines Rücktritts lautete lapidar: "Ich höre auf, meine Funktionen als Präsident der Republik auszuüben. Dieser Beschluß tritt heute mittag in Kraft". De Gaulle hatte seinen Rücktritt für den Fall des Ablehnens der Reform in einer Rundfunk- und Fernsehrede am 10. April angekündigt.
- 127) Vgl. weiter unten im Kapitel 4.
- 128) Der sozialistische Generalsekretär Guy Mollet antwortete am 30. April, daß der Präsident der Republik die Rolle eines Schiedsrichters und nicht die eines Regierungschefs habe. Daher erachteten es die Sozialisten nicht für opportun, ein gemeinsames Programm auszuarbeiten. Le Monde vom 2. Mai 1969
- 129) Einige Tage darauf verkündete sogar die trotzkistische "kommunistische Liga", (lique communiste) die Kandidatur ihres Parteiführers Alain Krivine, der unter Studenten und Intellektuellen im Mai 1968 eine nicht unwesentliche Rolle gespielt hatte.
- 130) Rocard (PSU) erhielt 3,6%, Krivine (Trotzkist) 1,0%.
- 131) Diese Zahl ergibt sich unter Berücksichtigung der Stimmenthaltungen. Vgl. Le Monde vom 17. Juni 1969

- 132) Zit. nach: J.J. Servan-Schreiber, Die befreite Gesellschaft, Hamburg 1970, S. 298
- 133) Zit. nach Le Monde, vom 18. September 1969
- 134) Ebenda
- 135) Zu Crozier vgl. Anm. 89
- 136) J. Kahn, Pour comprendre ..., a.a.O., S. 151ff
- 137) Zit. nach Le Monde vom 11. August 1969
- 138) Zit. nach Le Monde vom 10. August 1969
- 139) Vgl. hierzu: "Après la dévaluation, le "Plan de Redressement", La France et la crise du capitalisme monopoliste d'Etat", Autorenkollektiv, in: Economie et Politique, No. 184, November 1969, S. 3ff
- 140) Zum SNCF-Streik vgl. Cahiers de Mai, No. 15, Oktober 1969, S. 8
- 141) Zum Zusammenhang von Partizipations-Ideologie und Intensivierung der Arbeit vgl. B. Dorey, "Participation", Intensification du travail et usure des Hommes, in: Economie et Politique, No. 218, September 1972, S. 59ff
- 142) S. Mallet, L'après-mai 1968: grèves pour le contrôle ouvrier, Sociologie du Travail, 3/1970, S. 309ff. Die Übersetzung ist eine interne Arbeit der IG-Metall.
- 143) Zum VI. Plan vgl. die Hefte 189, 190 und 191 der Zeitschrift Economie et Politique mit Beiträgen von Ph. Herzog, H. Krasucki, J.C. Dufour, A. Cousin, H. Segre, J.P. Meynard (d.i. Delilez), F. Damette u.a..
Vgl. VIe Plan de développement économique et social (1971-1975) Rapport Général, Les objectifs généraux et les actions prioritaires du VI^e Plan et Annexes au Rapport Général, Programmes d'Actions détaillées, Paris 1971 (Taschenbuchausgabe)
- 144) Vgl. hierzu: Y. Durrieu, Les syndicats et la politique de concertation, in: Politique Aujourd'hui, März 1970, S. 19ff
- 145) Vgl. hierzu das ältere Standardwerk von H.W. Ehrmann, La politique du patronat français (1936-1955), Paris 1960. Zur neueren Entwicklung: B. Mottez, Systèmes et politiques patronales. Essai sur l'évolution des pratiques et idéologies patronales, Paris 1966 (Behandelt insbesondere die Frage der Entlohnungsformen). Zum Einfluß des Unternehmerverbandes auf den VI. Plan vgl. J.P. Meynard (Delilez). Le Patronat français et le Plan, in: Economie et Politique, No. 191, Juni 1970, S. 19ff

- 146) Vgl. hierzu das Standardwerk von H. Sinay, La grève, Paris 1966. Eine Übersicht über die Versuche, das Streikrecht einzuschränken findet sich bei G. Lefranc, Grèves d'hier et d'aujourd'hui, a.a.O., S. 207ff (Le syndicalisme et la grève en France du passé au présent und Les pouvoirs publics et la grève en France depuis 1944)
- 147) "Es ist schwierig, die Zahl der Streiks, die die Rechtsformen respektieren, im Verhältnis zu denen abzuschätzen, die das Recht achten. Aber die ersteren stellen ganz gewiß die Minderheit dar. Für die französischen Arbeiter und die Gewerkschaften hat das Recht nur relativen Wert. Es kann dazu dienen, erreichte Positionen zu festigen, aber in der offensiven Strategie des Arbeitskampfes hat es untergeordnete Bedeutung. So hatten die Rechtsberatungsstellen der Gewerkschaften während des Streiks im Mai 1968 ihre Arbeit eingestellt, da niemand ihre Hilfe brauchte. Weder die Nichteinhaltung der Streikankündigung im öffentlichen Dienst noch die Besetzung der Fabriken haben direkte Bestrafung nach sich gezogen. Wäre das der Fall gewesen, so wären die Bestrafungen mit einem anderen Streik beantwortet worden. Der Streik, Phänomen der Stärke, steht dem Recht entgegen." J.M. Luttringer, Soziologische und rechtliche Merkmale des Streiks in Frankreich, in: Zur Theorie und Praxis des Streiks, Hg. von D. Schneider, Frankfurt/M. 1971, S. 357ff. (Zitat S. 377f)
- 148) La Croix vom 9. Oktober 1969
- 149) Vgl. S. Mallet, Contrôle ouvrier, parti et syndicat, in: Critique Socialiste, No. 1 (o.J.), S. 57ff
- 150) Vgl. hierzu die Sondernummer von Le Peuple zum 37. Kongreß, No. 833-834 vom 16 November - 15 Dezember 1969
- 151) Das Wachstum der Lohnsumme sollte sich wie folgt ergeben:
 $R \% = 1\% + 1/2 P + 0,15 (V - 2,5X)$, wobei:
R gleich Wachstumsrate der betrieblichen Lohnsumme,
P gleich der prozentualen Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, V die Wachstumsrate der Verkäufe (gemessen in cbm Gas und in kWh Elektrizität) und X die Wachstumsrate der Gesamtheit der Lohn- bzw. Gehaltskoeffizienten der Beschäftigten. Le Monde vom 12. Dezember 1969.
- 152) Les Echos vom 20. Dezember 1969
- 153) Vgl. hierzu "Un vote qui va compter" in: La Vie Ouvrière, No. 1323 vom 7. Januar 1970, S. 4ff
- 154) Zit. nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Januar 1970
- 155) Le Monde vom 16. Januar 1970
- 156) Vgl. hierzu das folgende Kapitel 4.

- 157) Le Monde vom 6. November 1970
- 158) Zum SNCF-Vertrag vgl. im einzelnen, Le Bilan Social de l'Année 1970, Paris 1972, S. 24f
- 159) Le Monde vom 22. März 1971
- 160) Bei einem Vergleich mit der BRD klagte der Vizepräsident des Unternehmerverbandes Ceyrac: "In Frankreich muß man nicht nur die Streiktage zählen, man muß die Tage der Desorganisation, der verdeckten Streiks und der planvollen Leistungssurückhaltung hinzurechnen." Patronat Français, No. 296, 6/1969
- 161) Zu den verschiedenen Streikformen vgl. Hans Matthöfer, Streiks und streikähnliche Formen des Kampfes der Arbeitnehmer im Kapitalismus, in: Zur Theorie und Praxis des Streiks, a.a.O., S. 155ff
- 162) Vgl. hierzu die Übersicht von Y. Saint-Jours, Le Mouvement syndicale et le bilan social de la "Nouvelle Société", in: Revue d'Economie politique, September-Oktober 1970, S. 936ff
- 163) Le Monde vom 28. Januar 1971
- 164) Charakteristisch hierfür ist die Position von Herbert Marcuse.
- 165) Beispielhaft für das blinde Apologetentum bestimmter Intellektueller nach dem Mai 1968 auf der einen Seite ist die Position von R. Aron, für das "Ganz andere": J. P. Sartre auf der anderen Seite.
- 166) Charakteristisch ist, daß die Mehrzahl der von uns dokumentierten Studien von den zentralen ökonomischen bzw. politikwissenschaftlichen Institutionen Frankreichs finanziert worden sind (Centre National d'Information pour la productivité (!) des Entreprises (!), Centre National de la Recherche Politique, Fondation Nationale des Sciences Politiques).
- 167) Dies ist keine Automatik, die Nutzung des Gebrauchswertes bürgerlicher Untersuchungen für die Arbeiterklasse hängt vielmehr von der Entwicklung der marxistischen Theorie, vor allem dem Grad ihres konkreten Praxisbezuges und ihrer Verbindung mit der Arbeiterbewegung selbst ab.
- 168) Das offene Bekenntnis etwa zur Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei war aber auch in Frankreich bis in die allerjüngste Zeit zumindest mit dem Risiko des Endes einer akademischen Karriere verbunden. Hiervon zeugen die zahlreichen Pseudonyme die beispielsweise die Mitarbeiter der Zeitschrift "Economie et Politique" bis etwa 1970 benutzt hatten.

- 169) Es handelt sich um eine Repräsentativ-Umfrage mit weitgehend standardisierten Fragebogen. Befragt wurden 1.116 französische (keine ausländischen!) Industriearbeiter, deren Repräsentativität nach einem Quotoverfahren hinsichtlich Geschlecht, Alter, beruflicher Qualifikation, Religion, Betriebsgröße und Industriezweig gesichert werden sollte.
- 170) Es wurden weit über 200 Fragen gestellt, deren Beantwortung nach zahlreichen Dimensionen (Gewerkschaftszugehörigkeit, politische Sympathien usw.) differenziert in dem umfangreichen Tabellenanhang der Studie zusammengefaßt ist.
- 171) Im Vorwort zur Veröffentlichung heißt es, daß die bisherigen Ergebnisse lediglich einen Auszug aus der Gesamtheit des erhobenen Material darstellen und daß ein zweiter Teil folgen wird, der sich "bemüht, die Fragen zu beantworten, die bisher offen geblieben sind."
- 171a) Vgl. hierzu: "L'Unité ou en est?", in: La Vie Ouvrière, No. 1366 vom 4. November 1970, S. 4ff
- 172) Alle Angaben nach Le Monde
- 173) Ebenda
- 174) Vgl. hierzu im einzelnen L. Peter, Klassenkämpfe in Frankreich, Frankfurt/M. 1972, S. 65ff
- 175) Le Monde vom 20. Mai 1971
- 176) Zum Ergebnis und Verlauf des Renault-Streiks vgl. den Standpunkt der CGT in: La Vie Ouvrière No. 1.394/1.395/1.396 vom 19. Mai, 26. Mai und 2. Juni 1971. Zur Position einiger linksradikaler Gruppierungen: Cahiers de Mai, No. 31, Juni 1971 (Les Idées à l'origine du mouvement) S. 2ff.
Zur Auseinandersetzung mit der Darstellung des Renault-Streiks durch verschiedene linksradikale Gruppen vgl. W. Goldschmidt, Klassenkämpfe in Frankreich heute, Besprechung des gleichnamigen Buches von L. Peter in: Sozialistische Politik, Nr. 20, Oktober 1972, S. 103ff, insbesondere S. 108ff
- 176a) Vgl. hierzu im Kapitel 2., S. 143ff
- 177) Le Monde vom 25. Mai 1971
- 178) J. Frémontier, a.a.O., S. 48
- 179) Ebenda
- 180) Zu den allgemeinen polit-ökonomischen Voraussetzungen der neuen Lohnformen usw. vgl. Kapitel 2., S. 97ff insbesondere S. 103

181) Le Monde vom 25. Mai 1971

182) Le Monde vom 3. April 1971

183) Vgl. hierzu La Vie Ouvrière No. 1382 vom 24.2.1971 (Retraites, la médaille ne nourrit pas son homme, S. 2ff) und No. 1395 vom 26.5.1971 (Retraite c'est l'affaire de tous, S. 12ff)

184) Le Monde vom 3. April 1971

185) Le Monde vom 26. Mai 1971.

Zu Kapitel 4.

- 1) Dies war nahezu übereinstimmend die Überzeugung von Wissenschaftlern und Politikern der unterschiedlichsten Disziplinen und politischen Richtungen bei einem Seminar des Centre d'Etudes et de Recherches Marxistes, Paris, anlässlich des hundertsten Jahrestages der Pariser Commune. Beiträge abgedruckt in CERM (Hrg.), 100 ans après la Commune, Problèmes de la Révolution Socialiste en France, Paris 1971
- 2) F. Engels, Die europäischen Arbeiter im Jahre 1877, in: MEW 19, S. 129
- 3) Die wirkliche Verfaßtheit des Arbeiterbewußtseins in Frankreich geht weniger hervor aus den akademischen Arbeiten aus der Schule der Arbeitssoziologie, wie etwa der Arbeit von Alain Touraine, La conscience ouvrière, Paris 1966, als aus den zahlreichen empirischen Untersuchungen, wie sie etwa seit 1968 durchgeführt worden sind. Vgl. z.B. Adam u.a., L'ouvrier français en 1970, Paris 1970, oder die zwar weniger repräsentativen aber umso konkreteren Reportagen und Selbstzeugnisse von D. Mothé, Militant chez Renault, Paris 1965, Ph. Gavi, Les Ouvriers, Paris 1970, J. Frémontier, La forteresse ouvrière: Renault, Paris 1971
- 4) K. Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, a.a.O., S. 544f
- 5) a.a.O., S. 635f
- 6) Vgl. hierzu die Einleitung dieser Arbeit, Materielle Lage und Bewußtsein I, II
- 7) Vgl. hierzu das Sonderheft der Zeitschrift Après-demain, No. 125-126 vom Juni-September 1970, L'action syndicale
- 8) J. Roncier, Force Ouvrière, Organisation syndicale libre, in: L'action syndicale, a.a.O., S. 13f
- 9) R. Lapayre, Sur l'unité syndicale, in: L'action, a.a.O., S. 59f
- 10) Diese paradoxe Halbwahrheit erklärt bis zu einem gewissen Grade das bemerkenswerte Schwanken der CFDT zwischen gewissen ultralinken Parolen und offen reformistischen Positionen in diesem Zeitraum.
- 11) Zit. nach R. Bonéty u.a., La CFDT, Paris 1971, Perspectives et stratégie, S. 125ff
- 12) Abgedruckt in: Arbeitsmaterialien des IMSF Frankfurt, Probleme des Kampfes um eine antimonopolistische Demokratie in Frankreich, Frankfurt/M. 1973, S. 211ff

- 13) Zit. nach Le Peuple, Organe officiel bimensuel de la CGT, No. 833-834 v. 16. Nov. - 15. Dezember 1969, Document d'Orientation, S. 37ff
- 14) Confédération Générale du Travail, Thèmes de réflexion sur: "Les Perspectives du Socialisme pour la France et le rôle des Syndicats", Paris Mai 1971. Der Text liegt auch in einer von der CGT herausgegebenen deutschen Fassung vor.
- 15) Résolution du Comité Confédéral National de la CGT vom 5. Mai 1971, abgedruckt a.a.O., Rückseite (nur der Originalfassung).
- 16) a.a.O., S. 8
- 17) a.a.O., S. 11
- 18) a.a.O., S. 12
- 19) a.a.O., S. 13
- 20) a.a.O., S. 15
- 21) a.a.O., S. 19
- 22) E. Maire, Contribution de la CFDT, Pour un socialisme démocratique, Paris 1971
- 23) a.a.O., S. 20
- 24) a.a.O., S. 27
- 25) a.a.O., S. 61
- 26) Vgl. hierzu die Erläuterungen in der Einleitung zu dieser Arbeit unter der Zwischenüberschrift "Zu einigen Erscheinungsformen der strukturellen Überakkumulationskrise".
- 27) a.a.O., S. 52
- 28) "Diese müssen in ihren Fabriken, Büros, Wohnvierteln, sofort damit beginnen, die Grundlagen des Sozialismus zu errichten und deren Verteidigung gegen die Reaktionsversuche des Bürgertums aktiv zu sichern.", a.a.O. S. 52
- 29) a.a.O., S. 91 und 96
- 30) Vgl. hierzu L. Hagen, Die Entwicklung der ordnungspolitischen Vorstellungen der CFDT. Volkswirtschaftliche Diplom-Arbeit (unveröffentlicht), Hamburg 1972.
- 31) P. Delon, Le syndicalisme chrétien en France, Paris 1965 sowie J.C. Poulain, La transformation de la CFTC en CFDT, in: Economie et Politique, No. 128, Sonderdruck Paris 1968

- 32) E. Maire, a.a.O., S. 40
- 33) a.a.O., S. 41
- 34) CGT "Les Perspectives ...", a.a.O., S. 11
- 35) Der Begriff "Projet" verweist auf den Einfluß des Sartre'schen Existenzialismus bzw. dessen christlichen Variationen, in denen er eine Schlüsselfunktion für die Begründung der persönlichen Freiheit des Individuums einnimmt.
- 36) E. Maire, a.a.O., S. 72
- 37) a.a.O., S. 43 und 72f
- 38) a.a.O., S. 72
- 39) ebenda
- 40) Der Begriff "demokratischer Sozialismus" wird von der CFDT ausdrücklich gebraucht, um ihr Modell von der Realität der sozialistischen Länder Mittel- und Osteuropas abzusetzen. Vgl. a.a.O., S. 45
- 41) Vgl. a.a.O., S. 61ff, vor allem die polemischen "Fragen an die CGT" und die Schlußfolgerungen, a.a.O., S. 77f
- 42) H. Krasucki, Syndicats et socialisme, Paris 1972
- 43) Zur Geschichte der sozialistischen Partei vgl. vor allem G. Lefranc, Le Mouvement Socialiste sous la Troisième République (1875-1940), Paris 1963, D. Ligou, Histoire du Socialisme en France (1871-1961), Paris 1962 und A. Philip, op. cit.
- 44) Vgl. hierzu M. Rocard, Le PSU et l'avenir socialiste de la France, Histoire et sociologie d'un parti (Teil 1), par R. Cayrol, Paris 1969, S. 7ff
- 45) Vgl. diese Arbeit S. 55ff
- 46) J. Branciard, Société française et luttes sociales, a.a.O., S. 245
- 47) Zur Konzeption Defferres vgl. G. Defferre, Un nouvel horizon, Paris 1965
- 48) Zur Entstehung der Clubs vgl. J.A. Faucher, Les clubs politiques en France, Paris 1965. Dokumente finden sich in J. Mossuz, Les Clubs et la politique en France, Paris 1970
- 49) Vgl. hierzu C. Hurtig, De la SFIO au nouveau parti socialiste, Paris 1970, S. 54f
- 50) ebenda

- 51) Dieser Verlust der Gaullisten lag freilich u.a. darin begründet, daß ein Teil der Anhänger des bürgerlichen Zentrums in der Stichwahl zwischen einem Gaullisten und einem Kandidaten der FGDS sich für den letzteren entschied. Ein Vorgang, der sich bei den Märzahlen 1973 nicht wiederholte.
- 52) C. Hurtig, a.a.O., S. 61ff
- 53) Zit. nach Le Monde vom 25. Februar 1968
- 54) P. Guidoni, Histoire du nouveau Parti Socialiste, Paris 1973, S. 38f
- 55) a.a.O., S. 51
- 56) C. Hurtig, a.a.O., S. 73ff
- 57) C. Hurtig, a.a.O., S. 35
- 58) M. Rocard, Le PSU..., a.a.O.
- 59) Tribune Socialiste, Supplément No 455, Le contrôle ouvrier
- 60) Vgl. Le Nouvel Observateur, v. 5.-11. Juli 1971
- 61) Vgl. zur weiteren Entwicklung weiter unten S. 341ff
- 62) Vgl. hierzu Le Monde vom 10. Mai, 26. Mai und 13. Juni 1972
- 63) Parti socialiste Unifié, Manifeste. Contrôler aujourd'hui pour décider demain, Adopté par le 8^e Congrès National du PSU, Toulouse 9-11 décembre 1972, Paris 1972
- 64) Zur Geschichte der PCF vgl. vor allem Histoire du Parti Communiste français (Manuel), Elaboré par la Commission d'Histoire auprès du Comité central du Parti Communiste Français, Paris 1964, G. Walter, Histoire du Parti communiste français, Paris 1948, J. Fauvet, Histoire du Parti communiste français (2 Bde), Paris 1964/1965, Zur Entstehungsgeschichte u.a., A. Kriegel, Aux origines du communisme français (1914-1920), 2 Bde, Paris 1964. Bis in die Gegenwart reicht die Arbeit des Amerikaners R. Tiersky, Le mouvement communiste en France (1920-1972), Paris 1973. Von besonderem Interesse sind auch die Memoiren von J. Duclos, die neuerdings in Deutsch veröffentlicht werden. J. Duclos, Memoiren (bisher 2 Bde), Berlin (DDR) 1972/73
- 65) F. Billoux, Quand nous étions ministres, a.a.O.
- 66) L'Humanité vom 26. November 1970
- 67) ebenda und "Dossiers et Documents du Monde", Mars 1973, Les forces politiques et les élections de mars 1973, S. 9ff

- 68) a.a.O., S. 11
- 69) ebenda
- 70) ebenda
- 71) Was freilich in der Praxis fast stets auf erhebliche Schwierigkeiten auf beiden Seiten gestoßen ist.
- 72) Manifeste du Parti Communiste Français, Préface, Paris 1969, S. 5ff
- 73) Vgl. hierzu S. 224ff
- 74) Zur Konzeption Savarys vgl. A. Savary, Four le nouveau parti socialiste, Paris 1970
- 75) Abgedruckt in A. Savary, a.a.O., S. 172ff
- 76) Zit. nach Le Monde vom 23. Dezember 1970
- 77) ebenda
- 78) Vgl. Ronald Tiersky, a.a.O., S. 214. Tatsächlich hatte weder das Volksfront-Bündnis von 1936 noch das Résistance-Programm so weitgehende Zielsetzungen. Dazu bedurfte es erst erheblicher Veränderungen der politischen Situation einerseits und entsprechende Entwicklungen in beiden Parteien andererseits. Maurice Thorez, der damalige Generalsekretär der PCF hatte erstmals unmittelbar nach dem Krieg die Möglichkeit und die Hoffnung auf einen friedlichen Übergang zum Sozialismus betont, (vgl. Kapitel 1. S. 15 dieser Arbeit) dabei aber vorzugsweise an eine vereinigte "französische Arbeiterpartei" (vgl. S. 21, Anm. 70) gedacht. Unter politisch grundlegend veränderten Bedingungen formulierte knapp zwanzig Jahre später der 17. Kongreß der PCF im Mai 1964 ihre Konzeption vom friedlichen Weg zum Sozialismus. Sie verwarf dabei ausdrücklich die von ihr als "stalinistisch" bezeichnete These, wonach der Sozialismus unter allen Bedingungen nur von einer einzigen Partei errichtet werden könne (vgl. Histoire du PCF, Manuel, S. 701f) und erklärte: "Um auf diesem friedlichen Weg zum Sozialismus voranzuschreiten hat die kommunistische Partei vorgeschlagen und schlägt (weiterhin) vor, eine Übereinkunft zwischen kommunistischer Partei und sozialistischer Partei zu treffen, die nicht nur für heute, sondern auch für die Zukunft gelten soll." (Manuel, S. 702, Einzelheiten hierzu in: Cahiers du Communisme, Juin-Juillet 1964, No 6-7).
- Eine solch weitgehende Allianz war aber von den Sozialisten stets abgelehnt worden. Erst die einem faktischen Zusammenbruch der alten französischen Sozialdemokratie gleichkommende Situation am Ende der 60er Jahre erzwang nach und nach eine Abkehr von dieser Position, was hier ausführlich dargestellt wird.

- 79) Zit. nach R. Tiersky, a.a.O., S. 215
- 80) ebenda
- 81) UCRG, Union des Clubs pour le Renouveau de la Gauche
- 82) UGCS, Union des Groups et Clubs Socialistes. Zur Konzeption J. Poperens, vgl. seinen Beitrag auf dem Kongreß von Issy abgedruckt in J. Mossuz, a.a.O., S. 110. Zur Gesamtkonzeption Poperens, der von den Kommunisten über die PSU zur PS gekommen ist und als einer der Hauptbefürworter des Bündnisses mit den Kommunisten gilt vgl. J. Poperen, Une stratégie pour la Gauche, Paris 1969. Seit 1970 heißt die ehemalige UGCS nunmehr ERIS, Etudes, Recherches et Informations Socialistes.
- 83) Vgl. hierzu P. Guidoni, a.a.O., S. 170ff
- 84) a.a.O., S. 189ff
- 85) CERES, Centre d'Études, de Recherches et d'Education Socialistes, Gruppe der "neuen" (intellektuellen) Linken in der PS zu der u.a. auch P. Guidoni gehört, in deren Sicht daher auch das gesamte Buch über die neue Sozialistische Partei geschrieben ist. CERES gibt u.a. die Zeitschrift "Frontière" heraus, die erheblichen Einfluß auf den linken Flügel der PS ausübt, vor allem was die Konzeption der Selbstverwaltung betrifft.
- 86) P. Guidoni, a.a.O., S. 189ff, insbesondere S. 202f
- 87) a.a.O., S. 205. Das oberste Leitungsgremium der Partei, das Direktionskomitee setzt sich, gemäß den neuen Statuten, aus den Vertretern der verschiedenen Richtungen zusammen, deren Stärke sich aus dem proportionalen Stimmenanteil ergibt: 28 für die Gruppe Mollet-Savary, 23 für Mauroy-Defferre, 13 für Mermaz-Pontillon (Mittlerand-Gruppe), 10 für Poperen und 7 für CERES, ebenda.
- 88) Der Versuch, eine neue Haltung gegenüber der CGT zu gewinnen wird vor allem von der Linken in der PS befürwortet. Vgl. hierzu das Interview mit zwei CGT-Funktionären in "Frontière" 6. Mai 1973, S. 5ff
- 89) Vgl. P. Laurent, Après le Congrès socialiste, in: Cahiers du Communisme, No. 7-8, 1971, S. 4ff
- 90) Im Gegensatz zu der unterlegenen Resolution von Mollet-Savary-Poperen
- 91) These 31, des 19. Kongresses vom Januar 1970, abgedruckt in: Cahiers du Communisme No 2-3, 1970, S. 439
- 92) Vgl. hierzu ausführlich Cahiers du Communisme, No 9, 1971 (September)

- 93) Parti Communiste Français, Changer de Cap - Programme pour un gouvernement démocratique d'union populaire, Introduction de G. Marchais, Paris 1971
- 94) Zur Konzeption der PCF zur Demokratisierung des Staatsapparates vgl. L. Perceval, u.a., L'appareil d'Etat en France et sa réforme démocratique, in: Economie et Politique, Notes et Etudes, Sonderdruck Februar 1973
- 95) Zur Konzeption "Diskussion mit den Massen" vgl. die Rede von G. Marchais auf der Sitzung des ZK der PCF in Levallois-Perret am 21. April 1971, wo er u.a. erklärte: "Man muß den Massen vertrauen, auf ihren Initiativegeist. Wenn wir überzeugt sind, daß unsere Vorschläge den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen - und sie entsprechen ihnen - wenn wir uns intensiv dafür einsetzen, um zu zeigen, daß sie tatsächlich realisierbar sind, werden wir auch mit den Massen die notwendigen Aktionsformen finden um sie durchzusetzen." Abgedruckt in Cahiers du Communisme, No 9, 1971, S. 14
- 96) P. Guidoni, a.a.O., S. 229f
- 97) a.a.O., S. 241ff
- 98) Vgl. im einzelnen Bulletin Socialiste, Januar 1972, S.7ff
- 99) ebenda
- 100) Ihr Entwurf zur wirtschaftlichen Demokratie erreichte 53,8%, die Gruppe Poperen 23,7% und das CERES 22,5%. Bei den politischen Institutionen erreichte die Mehrheit 59,5% in der Außenpolitik rund 53%, vgl. P. Guidoni, a.a.O., S. 248f
- 101) Parti Socialiste, Changer la Vie - Programme de Gouvernement du Parti Socialiste, Présentation par F. Mitterrand, Paris 1972
- 102) Differenzen bestanden vor allem in dem Gewicht, das beide Programme den unmittelbaren ökonomischen Forderungen, z. B. den Lohnfragen beimaßen, wofür die Kommunisten sich nachdrücklich eingesetzt hatten.
- 103) Dies betraf vor allem die Fragen NATO, EWG und die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten.
- 104) Die Gruppe, der Pierre Overnay angehörte, hatte kurz darauf einen leitenden Angestellten von Renault entführt und verschiedene Sprengstoffattentate durchgeführt, Aktionen die von der kommunistischen Partei scharf verurteilt worden waren. Wofür die Maoisten ihrerseits anläßlich der Beisetzung Overnays den stellvertretenden Generalsekretär der Kommunisten in Sprechhören und Spruchbändern einen "Mörder" oder "Mordgehilfen" nannten. An dieser Beisetzung, die zu einer Demonstration gegen das Regime wurde, hatten sich auch Vertreter der sozialistischen Partei beteiligt.

- 105) Die Frage nach den Kräften, die am meisten Einfluß auf den Staat haben wurde wie folgt beantwortet:
Die internationale Hochfinanz: 48%
Die großen Monopole: 39%
Die Banken: 38%
Die Gewerkschaften: 36%
usw.,
zit. nach Economie et Politique No. 206, September 1971, S. 131ff
- 106) Zit. nach P. Guidoni, a.a.O., S. 106
- 107) Vgl. P. Guidoni, a.a.O., S. 266ff für die PS und L'Humanité vom 28. März 1972 für die PCF.
- 108) P. Guidoni, a.a.O., S. 286
- 109) a.a.O., S. 288f
- 110) Diese Einschränkung erscheint notwendig, da die Verhandlungen nicht öffentlich waren und es zahlreiche Hinweise dafür gibt, daß Guidonis Darstellung insgesamt sehr kritisch gelesen werden muß.
- 111) In der Tat ist der inflationäre Gebrauch des Wortes "Autogestion" in jüngster Zeit schon dadurch ein politisches Problem geworden, daß sich nahezu die gesamte nicht-kommunistische Linke auf dieses Wort beruft, ohne daß ihm ein wirklich einheitlicher Begriff entsprechen würde. Vgl. hierzu die Diskussion in "Le Monde" vom 21. Juni 1973. Wobei das Urteil von Maurice Duverger über das Schlagwort "Autogestion" als "Theorieersatz" der nichtkommunistischen Linken den Nagel auf den Kopf zu treffen scheint.
- 112) Vgl. Das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich, Hrg. von W. Goldschmidt, Köln 1972, S. 53
- 113) Zit. nach P. Guidoni, a.a.O., S. 295
- 114) Vor allem mit dem Ausschluß der kommunistischen Minister aus der gemeinsamen Regierung durch den sozialistischen Ministerpräsidenten Ramadier im Jahre 1947 (vgl. hierzu S. 23f dieser Arbeit).
- 115) Das gemeinsame Regierungsprogramm..., a.a.O., S. 61
- 116) Zit. nach P. Guidoni, a.a.O., S. 299f
- 117) Text der Resolution abgedruckt in:
Cahiers du Communisme, No 9, September 1972, S. 24f
- 118) P. Guidoni, a.a.O., S. 308
- 119) Das gemeinsame Regierungsprogramm, a.a.O., S. 12
- 120) Zit. nach L'Humanité vom 28. Juni 1972

- 121) Le Monde vom 3. Juli 1972
- 122) ebenda
- 123) Das Programm der Volksfront ist abgedruckt in G. Lefranc, Histoire du Front Populaire, Paris 1965, S. 441ff
- 124) Insbesondere in Kapitel 3., S. 186f
- 125) Diese Konzeption einer vorragenden Entwicklung der Produktivkraft Arbeit ist von den Mitarbeitern der Zeitschrift "Economie et Politique", u.a. P. Boccara, P. Herzog, C. Quin, M. Decaillet entwickelt worden.
- 126) Vgl. hierzu insbesondere P. Boccara, La nouvelle logique économique du Programme commun, Nouvelles conditions de production et développement des hommes, in: Economie et Politique, No 222-223, Jan.-Febr. 1973 und P. Herzog, La logique du Programme commun, in: Economie et Politique, No 224, März 1973
- 127) Hierauf hat insbesondere M. Decaillet hingewiesen. Vgl. M. Decaillet, Programme commun: le contenu novateur de sa base économique, in: Economie et Politique No 219, Oktober 1972 und ders., Programme commun: Comment les travailleurs peuvent changer la gestion, in: Economie et Politique, No 221, Dezember 1972
- 128) Zahlenangaben bei A. Cousin, F. Nerval, Les Nationalisations au coeur de la logique économique du Programme commun de gouvernement, in: Economie et Politique No 222-223, S. 143
- 129) Vgl. die Thesen derselben Autoren: "Pas de maîtrise de l'économie sans franchissement du seuil minimum", in: Economie et Politique, a.a.O., S. 141ff
- 130) Das gemeinsame Regierungsprogramm, a.a.O., S. 38
- 131) Zum Begriff der Schlüsselsektoren vgl. Der staatsmonopolistische Kapitalismus (Autorenkollektiv), a.a.O., S. 602 und 612ff.
- 132) Vgl. hierzu u.a. P. Herzog, La mise en oeuvre de la planification démocratique, in: Economie et Politique, 3 Teile, No. 213, 214, 216-217 vom April, Mai und Juli-August 1972
- 133) Zit. nach L'Humanité vom 29.6.1972
- 134) Zit. nach L'Humanité vom 8.9.1972
- 135) Zit. nach L'Humanité vom 16.9.1972
- 136) Zit. nach Le Syndicalisme, No Spécial, 36^e Congrès Confédéral CFDT, Rapport Général, présenté par le Bureau National, S. 89

- 137) a.a.O., S. 91
- 138) M. Rocard, Le PSU, a.a.O.
- 139) Eine solche Formel ist übrigens von der kommunistischen oder sozialistischen Partei nie gebraucht worden, da sie eine Anspielung auf den Parteinamen der Gaullisten, UDR = Union des Démocrates pour la V^e République ist.
- 140) Programme d'Action du Parti Socialiste Unifié, Januar 1971
- 141) Zur Position Martinet vgl. "Pourquoi le parti socialiste?", in: Le Monde vom 18. Mai 1972
- 142) P. Guidoni, a.a.O., S. 287
- 143) Manifeste du Parti Socialiste Unifié, a.a.O.
- 144) a.a.O., S. 189
- 145) a.a.O., S. 195
- 146) a.a.O., S. 196f
- 147) a.a.O., S. 197
- 148) a.a.O., S. 203
- 149) a.a.O., S. 200
- 150) a.a.O., S. 200
- 151) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Juli 1972
- 152) Der Kandidat der Linken erhielt 53,1% der Stimmen und das, obwohl die Liste des gaullistischen Gegenkandidaten nicht nur von allen Parteien der Rechten und der Mitte, sondern auch von einem Teil der lokalen sozialistischen Parteiorganisation, die sich daraufhin gespalten hatte, unterstützt worden war.
- 153) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. August 1972
- 154) Vgl. hierzu L. Salini, Les Problèmes de la droite française, in: Cahiers de Communisme, No 9, September 1972
- 155) Hierzu bemerkt W. Bökenkamp in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 2. August 1972: Der Figaro brachte "eine kommentierte Karikatur, die, wenngleich in der dem Genre eigenen Übertreibung, ein ziemlich treffendes Bild von den Aufgaben zeichnete, die den neuen Premierminister erwarten: 'Enttäuschte Gaullisten wiedergewinnen/Zufriedene Gaullisten bei der Stange halten - Rechtsgaullisten nach links führen/Linksgaullisten mit der UDR versöhnen/Unabhängige Republikaner "Entpontifizieren (d.h. den Einfluß des Fraktionsführers

Poniatowski, der eine Öffnung zur Mitte hin befürwortet) abschwächen/Verbitterte Chabanisten (...) zurückholen/Befriedigte Antichabanisten bestärken/Vorsichtige Fauristen (...) aufnehmen/Besorgte P.D.M. (Mitglieder der zur Regierungsmehrheit gehörenden Zentristen) beruhigen/Verwaiste Radikalsozialisten 'Faurisieren' (...)/Schließlich unbewußte Messmeristen messmerisieren.' Dabei bemerkt Pompidou zu Messmer: "Das hätten Sie sich wohl nicht träumen lassen, daß Sie einmal Bir Hakeim (die erbitterte Schlacht, an der Messmer teilnahm) nachtrauern würden.

- 156) Hierzu der gleiche Artikel: "Faure ist als soziales Aushängeschild und als Gegengewicht gegen die konservative Haltung der neuen Mannschaft ins Ministerium aufgenommen worden. Man hofft, daß er die sozialen Forderungen der Wählerschaft so gut beschwichtigen (!) kann, wie seinerzeit die aufsässigen Bauern und dann durch sein Rahmengesetz die aufrührerischen Studentenschaft." Ebenda
- 157) ebenda
- 158) Vgl. hierzu E. Faure, Pour un nouveau contrat social, Paris 1973
- 159) a.a.O., S. 37ff, insbesondere S. 50ff
- 160) Zit. nach L'Humanité vom 20. Oktober 1972
- 161) Vgl. die Diskussionen in den Zeitungen La Croix, L'Essor, Témoignage Chrétien usw.. Eine Zusammenfassung findet sich in der Zeitschrift Chronique Social de France, Heft 3/1973: Les Chrétiens et les stratégies de la Gauche.
- 162) Le Nouvel Observateur, No 421 vom 4.-10. Dezember 1972
- 163) Die Protokolle des 20. Parteikongresses der PCF sind abgedruckt in der Sondernummer der Cahiers du Communisme, Januar/Februar 1973, hier S. 81
- 164) a.a.O., S. 82f
- 165) Neben Claude Estier für die Sozialistische Partei war ein Vertreter des linken Flügels der Radikalen, François Loncle anwesend. Sein Grußwort ist abgedruckt, a.a.O., S. 262
- 166) a.a.O., S. 261
- 167) Hinzu kamen 2% "verschiedene Rechte". Vgl. Dossier du Monde, a.a.O., S. 41
- 168) Über die Prognosen des Herman Kahn, die von der Regierung in Auftrag gegeben waren, wurde kurz vor der Wahl auch Ironisches verbreitet.

- 169) Le Projet Réformateur, Vorabdruck in L'Express No 1117 vom 4.-10. Dezember 1972, Vgl. auch Le Monde vom 1. Dezember 1972
- 170) Vgl. Informationsblätter der französischen Botschaft, Jg. 20, Nr. 116 vom 31. Januar 1973: "Vor den Parlamentswahlen 1973, Bündnisse, Parteien, Programme und Dossier du Monde, a.a.O., S. 20ff
- 171) L'Express, a.a.O.
- 172) "Während die Linke tausend Kinderkrippen verspricht, bieten die Regierungsparteien jetzt gleich zweitausend. Die bislang schamlos vernachlässigten Altersrentner staunen: ihre Mindestrente wird in fünf Jahren auf 9.000 Franc (5.800 Mark) verdoppelt. ..." K. Jetter, Verlockung zur Volksrepublik in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. März 1973
- 173) Zitate nach Le Nouvel Observateur
- 174) Es ist ein merkwürdiges Phänomen, daß diese Geschichten in erstaunlicher Weise den hypothetischen Vorstellungen von André Gorz gleichen, der in seinem erst im Januar 1973 erschienenen Artikel "Quelle gauche? Quel programme?" Les Temps Modernes, No 318 den "Verrat" der Linken an ihrem eigenen Programm vorwegnahm, s. insbesondere S. 1167f
- 175) Un texte de politique fiction de 'L'Expansion', 1973: La gauche est au pouvoir!, abgedruckt in L'Express No 1118 vom 11.-17. Dezember 1972
- 176) Dossiers du Monde, a.a.O., S. 37
- 177) ebenda
- 178) K. Jetter, Verlockung..., FAZ vom 2. März 1973
- 179) Das Mehrheitswahlrecht war 1958 von de Gaulle wieder eingeführt worden um vor allem der zersplitterten linken Opposition die Möglichkeit eines parlamentarischen Sieges zu erschweren.
- 180) Dieser Effekt des Mehrheitswahlrechts hatte sich 1967 erstmals gegen die Gaullisten gerichtet, als die Anhänger der "Reformer" im zweiten Wahlgang relativ häufig für den Kandidaten der FGDS gestimmt hatten. Diesesmal ergab sich im Resultat eine für die Wahlanalytiker überraschende Stabilität innerhalb der Linken. Vgl. zur Analyse des Wahlergebnisses J. Charlot, Quand la gauche peut gagner...", Paris 1973
- 181) Dossiers du Monde, a.a.O., S. 47
- 182) P. Guidoni, a.a.O., S. 341

- 183) Dossiers du Monde, a.a.O., S. 59
- 184) ebenda
- 185) Vgl. hierzu die umfangreiche Studie unter Leitung von J. Charlot, Quand la gauche peut gagner..., Paris 1973
- 186) Es gehört zu den wenigen wirklichen Einsichten, die das ansonsten zu Recht berüchtigte Januar-Heft 1973 von "Les Temps Modernes" zu vermitteln vermag, daß es in der Tat eine schlechte Ausgangsposition für die Linke war, wenn ein großer Teil ihrer eigenen Wähler, in einer Situation, in der der Übergang zum Sozialismus auf der Tagesordnung steht, nicht ernsthaft an die Möglichkeit eines Sieges der Linken und damit der Durchführung des Programmes glaubte. Darin liegt die Notwendigkeit weiterer und intensiverer Überzeugungsarbeit begründet.

Tabellarischer Anhang

1. Teil: Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung

Quelle: DWI - Berichte 10/1973

Territorium: 543 998 km²

Bevölkerung

	Bevölkerung insges. 1 000	Geburten- rate je 1 000 Einwohner	Sterbe- rate je 1 000 Einwohner	Geburten- überschuß 1 000	Sauglings- sterblichkeit je 1 000 Lebend- geborene
1950	41 562	20,7	12,8	328	52,0
1955	43 228	18,6	12,2	279	38,6
1960	45 465	17,9	11,4	299	27,4
1965	48 562	17,7	11,2	322	21,9
1970	50 524	16,7	10,6	308	15,2
1971	51 012	17,2	10,8	327	14,4
1972	51 720	16,9	10,6	326	13,3

Bruttosozialprodukt
in Mrd. Franc

	Bruttosozialprodukt insgesamt in laufenden Preisen	in Preisen von 1963	darunter: Indivi- dueller Verbrauch	Staats- verbrauch	Brutto- Anlage- investi- tionen
1950	100,2	215,4	137,3	35,9	35,6
1955	170,5	267,5	174,1	41,3	44,7
1960	301,6	346,1	208,8	48,5	69,0
1965	489,8	459,8	280,6	56,9	111,8
1969	731,7	574,0	349,1	66,5	151,3
1970	819,6	608,7	364,2	69,0	162,5
1971	904,1	640,6	382,3	71,2	170,0

Struktur des Bruttosozialprodukts

Bruttoinlandsprodukt zu laufenden Preisen, in Mrd. Franc

	Brutto- inlands- produkt insges.	darunter: Landw., Forstw., Fischereiwesen	Bergbau	Verarb. Industrie	Bauwesen	Energie- wirtschaft	Verkehrs- u. Nachrichten- wesen	Groß- u. Einzel- handel
1950	100,2	14,8	2,2	38,6	5,6	1,3	5,5	12,3
1955	170,5	19,7	3,7	62,3	11,2	2,5	9,8	21,5
1960	301,6	28,6	5,7	110,4	23,2	5,5	15,7	30,1
1965	489,8	36,3	6,1	173,5	47,4	8,7	23,9	56,0
1969	731,7	43,9	5,9	260,4	72,9	13,5	36,8	77,8
1970	819,6	49,3	6,5	292,5	82,4	14,5	41,8	85,4
1971	904,1	51,5	7,9	319,6	87,4	16,7	44,4	97,9

Industrieproduktion

Indizes 1963 = 100

	Industrie- produktion insgesamt	darunter: Bauwesen	Bergbau	Verarb. Industrie	darunter: Eisen- u. Stahl- industrie	Nahrungs- u. Genuß- mittelind.	Ma- schinen- bau	übrige metallver- arb. Ind.	Textil- indu- strie	Chemie- sche Ind.	Energie- wirt- schaft
1950	48	60	74	47	-	74	-	39	74	37	-
1955	63	69	92	62	75	83	-	59	74	54	56
1960	85	83	104	84	97	88	-	83	88	78	80
1965	110	121	110	109	109	109	111	111	91	119	114
1970	150	141	111	153	134	129	161	170	111	193	166
1971	159	138	107	163	129	134	172	191	121	203	180
1972	170	140	107	175	132	-	-	211	129	220	202

Produktion ausgewählter industrieller Erzeugnisse

	Elektro- energie	darunter: Kern- energie	Stein- kohle	Roh- stahl	Zement	Auto- mobile	Plaste	Stick- stoff- dünger	Handels- schiffe	Syn- these- kau- tschuk	Syn- these- fasern
	Mio kWh		1 000 t	1 000 t	1 000 t	1 000 Stck	1 000 t	1 000 t	1 000 BRT	1 000 t	1 000 t
1950	33 025	-	52 521	8 652	7 415	358	-	205	181	-	-
1955	49 627	-	57 389	12 592	10 770	725	102	385	326	-	11
1960	72 304	130	58 237	17 281	14 349	1 349	347	537	594	18	45
1965	101 442	897	54 057	19 600	22 423	1 525	695	1 114	479	148	87
1970	140 708	5 147	40 129	23 773	29 009	2 504	1 519	1 344	950	316	175
1971	180 636	8 736	33 012	22 860	28 914	3 010	1 765	1 511	1 112	323	213
1972	201 036	13 689	29 760	24 048	30 288	3 329	1 358	1 507	1 129	368	234

Schäftigte nach Wirtschaftszweigen in 1 000

	Insgesamt	Landw., Forstw., Fischerei- wesen	Industrie insgesamt	darunter: Bergbau	Verarb. Industrie	Bauwesen	Energie- wirtschaft	Dienstlei- stungen usw.	darunter: Handel	Verkehrs- u. Nach- richten- wesen	Versiche- rungen, Banken usw.
30	19 600	4 037	7 442	256	5 470	1 599	117	5 043	1 953	923	234
35	20 123	3 344	8 085	218	5 796	1 946	125	6 485	2 147	1 029	290
36	20 246	3 215	8 156	209	5 836	1 983	127	6 631	2 194	1 038	398
37	20 312	3 093	8 139	195	5 817	1 997	130	6 782	2 238	1 050	311
38	20 291	2 979	8 053	180	5 725	2 015	133	6 916	2 262	1 060	329
39	20 615	2 867	8 212	166	5 849	2 062	135	7 145	2 320	1 080	356
40	20 905	2 752	8 345	155	5 975	2 079	136	7 347	2 367	1 090	378
41	21 035	2 639	8 374	147	6 036	2 050	135	7 601	2 392	1 093	401

Arbeitskräfte, Arbeitslosigkeit, Streiks, Arbeitszeit, Einkommen, Preise

	Zivile Arbeits- kräfte	davon: Beschäf- tigte	Registr. Arbeits- lose	Arbeits- losen- quote v. H.	Durch- schnittl. Wochenar- beitszeit Std.	Arbeitspro- duktivität Industrie	Nominel- lohn i. d. Industrie	Verbraucher- preise	An Streiks beteiligte Arbeiter	Streik- tage
	1 000	1 000	1 000			1963=100	1963=100	1963=100	1 000	1 000
50	-	-	152	-	45,0	-	30,7	-	1 527	11 729
55	-	-	158	-	45,8	-	53,0	66,5	1 060	3 079
60	18 951	18 712	239	1,3	46,3	88	78,6	94,7	1 071	1 070
65	19 813	19 544	269	1,4	46,4	111	113,1	108,5	1 237	980
66	19 964	19 684	280	1,4	46,6	120	119,8	112,4	3 341	2 523
67	20 118	19 753	365	1,8	46,1	127	127,0	109,5	2 823	4 204
68	20 177	19 749	428	2,1	46,0	141	142,7	106,9	-	-
69	20 431	20 093	337	1,6	45,9	148	158,8	122,5	1 443	2 224
70	20 773	20 410	363	1,7	45,5	157	175,6	134,3	1 159	1 742
71	21 043	20 585	458	2,2	45,1	167	195,1	130,1	3 234	4 388
72	-	-	380	-	46,6	-	-	133,1	2 911	3 755

ten zur Landwirtschaft

	Landwirt- schaftliche Nutzfläche	Ernten Getreide insgesamt	darunter: Weizen	Gerste	Wein- erzeu- gung	Viehbestand in 1 000 Großvieheinheiten insgesamt	darunter: Rinder	Schweine	Brutto- fleisch- erzeugung	Voll- milch- erzeugung
	1 000 ha	1 000 t			1 000 hl				1 000 t	1 000 t
50	33 311	13 844	7 701	3 845	61 682	17 800	14 875	1 450	2 615	15 727
55	33 448	18 456	10 355	5 609	60 317	19 232	17 572	1 546	2 997	18 636
60	34 407	23 042	11 014	5 716	61 165	20 616	18 302	1 824	3 570	23 291
65	33 820	28 992	14 760	7 378	66 435	22 899	18 332	1 950	4 017	27 733
66	33 664	28 233	11 272	7 452	61 049	23 457	18 821	2 079	4 122	28 980
67	33 459	32 228	14 298	9 874	60 935	23 800	19 321	2 071	4 370	30 335
68	33 115	33 167	14 985	9 139	60 993	23 842	19 528	2 017	4 492	31 447
69	33 123	33 028	14 459	9 452	65 120	23 780	19 335	2 180	4 336	31 062
70	32 985	31 368	12 922	8 009	51 289	24 004	19 399	2 381	4 614	30 771
71	32 586	36 776	15 360	8 950	-	23 823	19 339	2 390	4 754	28 701

Staatliche Ausgaben für Rüstung, Bildung und Gesundheitswesen
in Mio Franc

	Staatliche Ausgaben insgesamt	darunter: Rüstung	Gesundheits- wesen	Bildungswesen
50	60 338	18 517	2 085,8	6 844,4
55	98 209	19 535	4 588,5	16 456,7
60	162 233	28 660	8 200,0	28 942,2
71	175 550	31 389	9 236,4	31 613,8
72	194 061	33 716	10 164,2	35 193,8

Staatliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung
in Mio Franc

	Insgesamt	darunter: Weltraum- forschung	Kernfor- schung	Rüstungs- forschung	Industrie
1968	9 187,0	491,8	1 416,9	3 023,0	1 016,6
1969	9 524,7	495,4	1 400,5	2 752,0	1 198,6
1970	9 695,2	575,3	1 375,4	2 800,0	1 167,4
1971	10 210,0	623,5	1 349,5	2 300,0	1 250,8
1972	10 960,0	660,0	1 311,3	3 050,0	1 388,1

ellen: Annuaire Statistique de la France, Paris, 11d.; Bulletin Mensuel de Statistique, Paris; Statistiques et Etudes Financières, Supplement, Paris;
tional Accounts of OECD Countries (Hrsg. OECD), Paris; Main Economic Indicators (Hrsg. OECD), Paris; Statistics of Foreign Trade (Hrsg. OECD),
rie A, Paris; Statistical Yearbook (Hrsg. United Nations), New York, Yearbook of Labour Statistics (Hrsg. ILO), Genf; Volkswirtschaftliche Gesamt-
chnungen 1961-1971 (Hrsg. EWG), Brüssel; Statistische Studien und Erhebungen (Hrsg. EWG), Brüssel; Agrarstatistik (Hrsg. EWG), Brüssel

aten zur regionalen Wirtschaftsstruktur Frankreichs

Regionen	Fläche km²	Bevölke- rung (1968)	Bevöl- ke- rungs- dichte	Beschäf- tigte Insges. (1968)	Be- schäf- tigte ir. der Landw. (1968)	Land- wirt- schaftl. Nutz- fläche (1969)	Zahl d. Unter- nehmen mit mehr als 100 Besch. (1969)	In den Unter- nehmen Beschäf- tigte (1969)	Nomi- nales Netto- ein- kommer* (1968)	Ein- wohner je Arzt (1970)	Telefon- an- schlüsse je 1 000 Ein- wohner (1970)
		1 000		1 000	1 000	1 000 ha		1 000	Franc		
égion parisienne	12 007,98	9 251	770	4 397	51	681,0	2 236	859,8	17 292	474	166
Champagne-											
ardenne	25 599,97	1 279	50	515	83	1 621,6	529	134,5	11 495	995	63
Picardie	19 410,58	1 579	81	613	92	1 496,4	585	155,9	11 489	1 078	56
Normandie	12 258,08	1 497	122	623	75	892,4	624	168,5	12 434	950	71
Normandie	39 060,82	1 990	51	827	169	2 714,9	296	157,8	11 315	943	77
Normandie	17 583,38	1 260	72	539	172	1 492,9	298	82,2	11 049	1 086	63
Normandie	31 591,89	1 503	48	596	121	1 903,7	429	122,2	11 153	987	71
Normandie	12 377,73	3 815	308	1 373	107	991,4	1 647	513,0	11 697	1 029	45
Normandie	23 539,58	2 274	97	852	74	1 285,4	774	285,5	11 685	937	50
Normandie	8 309,99	1 412	170	567	61	456,0	537	141,6	11 875	753	63
Normandie	16 188,75	992	61	399	60	797,1	426	130,7	11 641	1 093	56
Normandie	32 126,49	2 582	80	1 064	296	2 661,5	697	186,0	10 988	983	38
Normandie	27 183,93	2 468	91	1 008	333	2 092,0	403	102,0	10 916	998	50
Normandie	25 790,45	1 481	57	576	163	1 972,9	339	72,0	10 786	984	63
Normandie	41 407,30	2 460	59	996	243	1 726,8	538	126,8	11 091	670	71
Normandie	45 381,93	2 184	48	843	228	1 281,1	386	113,2	10 956	712	63
Normandie	16 931,80	736	43	313	104	951,2	194	39,9	10 387	904	71
Normandie	43 693,92	4 423	101	1 855	223	2 151,2	1 555	464,0	12 619	810	77
Normandie	25 988,16	1 311	51	535	139	1 660,6	306	95,6	11 265	834	71
Normandie	27 447,77	1 708	62	593	130	1 415,8	299	63,3	11 427	628	67
Normandie	40 117,50	1 569	39	1 250	111	1 640,9	606	155,5	12 847	245	250

In privaten und halbstaatlichen Unternehmen.

ahlungsbilanz¹ Mio Franc

	Zahlungs- bilanz insgesamt²	davon: Außen- handel	Dienst- leistungen u. Über- tragungen	darunter: Profittransfer nach Frankreich	ins Ausland	Langfrist. Kapital- trans- aktionen	darunter: Direktinvestitionen i. Ausland	Ausland. i. Frankreich	Kurzfristige priv. Kapital- transaktionen (Nicht-Banken)
1962	+ 358	+ 2 309	+ 1 693	1 102	802	- 1 581	- 244	+ 1 239	- 563
1963	+ 2 483	+ 763	+ 1 647	1 160	906	+ 428	- 463	+ 1 046	- 355
1964	+ 2 328	- 457	+ 869	1 475	1 197	+ 2 197	- 801	+ 1 617	- 281
1965	+ 2 455	+ 1 800	+ 549	1 793	1 374	+ 550	- 1 148	+ 1 651	- 444
1966	- 298	- 143	+ 351	2 020	1 586	+ 59	- 843	+ 1 448	- 565
1967	- 181	+ 750	- 2	2 865	1 662	+ 611	- 1 124	+ 1 666	- 1 540
1968	- 15 632	- 3 040	- 4 144	3 134	2 309	- 3 516	- 921	+ 938	- 4 932
1969	- 9 160	- 7 777	- 3 072	5 116	3 775	+ 1 672	- 708	+ 1 592	+ 17
1970	+ 5 405	+ 2 684	- 1 387	6 668	5 409	+ 2 919	- 1 384	+ 3 379	+ 1 179
1971	+ 8 326	+ 6 268	- 3 182	6 677	5 987	+ 4 096	- 1 509	+ 2 871	+ 1 144

Außer gegenüber Ländern der Franc-Zone. - ² Bilanz der laufenden Posten (Außenhandel, Dienstleistungen, Übertragungen), langfristige Kapitaltransaktionen, kurzfristige private Kapitaltransaktionen des Nicht-Banken-Bereichs.

ußenhandel in Mio Dollar

	Insges.	darunter: Algerien	Ma- rokko	Tu- nesien	USA	Japan	EWG	(BRD)	(Italien)	Groß- britannien	Sozialist. Länder	(UdSSR)
usfuhr												
1950	3 079				125		625	241		282		
1955	4 845				206		1 171	504	185	353		
1960	6 867	1 093	198	115	396	27	2 043	943	400	347	284	116
1965	10 053	512	166	95	595	48	4 116	1 940	733	464	375	72
1970	17 949	562	214	108	955	154	8 665	3 689	2 000	729	793	273
1971	20 520	499	218	129	1 101	154	10 670	4 381	2 237	934	889	256
1972	25 739	466	242	175	1 372	226	12 741	5 444	2 957	1 406	1 036	336
infuhr												
1950	3 066				376		515	199	106	114		
1955	4 733				463		933	432	103	212		
1960	6 282	513	196	70	745	16	1 848	990	253	230	190	94
1965	10 341	570	238	35	1 088	60	4 017	1 911	726	523	328	146
1970	19 119	757	212	43	1 897	191	9 230	4 220	1 766	974	551	204
1971	21 245	233	219	45	1 799	276	10 545	4 753	2 105	1 087	674	260
1972	26 564	333	246	67	2 157	363	13 285	5 914	2 708	1 381	846	291

2. Teil: Daten zur sozialen Entwicklung

2.1 Einfluß der verschiedenen Gewerkschaftszentralen bei den Lohnabhängigen

Tabelle 2.1.1 Ergebnisse der Wahlen zu den Verwaltungsräten des Sozialversicherung - in Prozent

Gewerkschaft	1947	1950	1955	1962	1965/66 ⁺)	
					priv.	öffentlich
CGT	59,3	43,5	43,2	44,3	55,4	60,0
CFDT	26,4	21,3	20,8	21,0	24,9	15,8
CGT - FO	---	15,2	16,1	14,7	6,8	10,6

+) Teilergebnis "Industrie"

Quelle: G. Lefranc, Le mouvement syndical de la libération aux événements de mai-juin 1968, Paris 1969, S. 132, 170, 206

Tabelle 2.1.2 Verteilung der Stimmen bei den Wahlen zu den Unternehmenskomitees (1966-1970) - in Prozent

Gewerkschaft	1966	1967	1968	1969	1970
--------------	------	------	------	------	------

1. Gruppe: Arbeiter

CGT	57,8	51,5	55,6	47,5	53,9
CFDT	19,0	17,9	19,5	19,1	20,2
CGT - FO	8,0	7,6	7,8	7,4	7,4
CFTC	2,2	2,2	2,9	2,7	2,6
Andere Gew.	3,0	3,4	4,8	5,2	5,9
Nicht-Gew.	10,0	17,4	9,4	18,0	10,0

2. Gruppe: Meister, Kader

CGT	21,3	15,8	16,8	13,1	16,5
CFDT	19,8	16,8	18,2	14,3	17,5
CGT - FO	8,2	7,2	7,0	5,3	7,2
CFTC	3,3	1,9	3,0	2,9	3,3
CGC	21,7	21,5	25,7	25,4	25,8
Andere Gew.	5,5	5,9	8,3	8,6	11,2
Nicht-Gew.	20,2	30,9	21,0	30,4	18,5

Die Jahresdaten sind nicht unmittelbar vergleichbar, da sie sich auf die z.T. erheblich unterschiedlichen Grundgesamtheiten beziehen.

Quelle: G. Adam, J.D. Reynaud, J.M. Verdier, Le négociation collective en France, Paris 1972, S. 121

Tabelle 2.2 Zur Statistik der Streiks in Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg

Jahr	Zahl der Konflikte	Zahl der Streikteilnehmer	Gesamtzahl der Streiktage
1946	528	180.067	386.468
1947	2.285	2.997.559	22.673.285
1948	1.425	6.561.176	13.133.313
1949	1.426	4.329.959	7.129.150
1950	2.586	1.527.293	11.728.791
1951	2.514	1.753.983	3.495.476
1952	1.749	1.155.202	1.732.577
1953	1.761	1.783.693	9.722.211
1954	1.479	1.269.000	1.440.145
1955	2.672	792.000	3.078.706
1956	2.440	666.000	1.422.539
1957	2.623	2.161.000	4.121.317
1958	954	858.000	1.137.741
1959	1.512	939.798	1.938.427
1960	1.494	1.071.513	1.069.958
1961	1.963	2.551.821	2.600.570
1962	1.884	1.472.448	1.901.456
1963	2.382	2.646.095	5.991.495
1964	2.281	2.603.057	2.496.791
1965	1.674	1.237.071	979.861
1966	1.711	3.341.003	2.523.488
1967	1.675	2.823.619	4.203.509
1968	keine Angaben	(Schätzungen)	ca. 150.000.000
1969	1.443		2.200.000
1970	1.159		1.700.000
1971	3.234		4.400.000
1972	2.911		3.755.000

Quelle: G. Lefranc, Grèves d'hier et d'aujourd'hui, Paris 1970, S. 287,
Bulletin du Ministère du Travail

Die Statistik erfaßt nicht die Streiks in der Landwirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung (einschl. Post, Eisenbahn usw.).

Tabelle 2.3 Untersuchung der Streikursachen 1946 - 1962

Jahr	Gesamt	Löhne		Arbeitsbe- dingungen		Sonstige Ursachen	
		N	%	N	%	N	%
1946	528	428	81	41	8	59	11
1947	2.285	1.918	84	124	5	243	11
1948	1.418		74		9		17
1949	1.426	1.064	75	189	13	173	12
1950	2.586	2.121	82	181	7	284	11
1951	2.514	1.960	78	230	9	324	13
1952	1.749	1.223	70	306	17	220	13
1953	1.761	1.296	74	280	16	185	10
1954	1.479	1.044	71	248	17	187	12
1955	2.672	2.161	81	254	9	257	10
1956	2.440	1.931	79	262	11	247	10
1957	2.623	2.221	85	272	10	130	5
1958	954	724	76	161	17	69	7
1959	1.512	1.204	80	220	15	88	5
1960	1.494	1.193	79	208	14	93	7
1961	1.963	1.561	79	230	12	172	9
1962	1.884	1.464	78	224	12	196	10
Durchschnitt:			79,3		11,5		9,2

Unter die Kategorie "Löhne" fallen: (Erhöhung der Stundenlöhne, Prämien, Zahlungsmodus, Lohngruppierung.

Unter die Kategorie "Arbeitsbedingungen" fallen: Arbeitszeit, Einstellungen, Entlassungen.

Unter die Kategorie "Sonstige Ursachen" fallen: Tarif- und Gewerkschaftsrechte, verschiedene Ursachen.

Quelle: G. Caire, Les syndicats ouvriers, Paris 1971, S. 509

Tabelle 2.4 Streikbewegungen in der Metallindustrie im Zeitraum 1969 bis 1971 nach verschiedenen Streikursachen

2.4.1 1969: Zahl der untersuchten Unternehmen: 2.416

Streikursache +)	1.V.j.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	Gesamt
Löhne (einschl. monatlich. Entlohnung)	524	381	234	1.671	2.810
Verkürzung der Arbeitszeit	7	1	6	4	18
Sicherung des Arbeitsplatzes	92	31	22	73	218
Gewerkschaftsrechte	161	18	26	79	284
Arbeitsbedingungen	20	-	-	54	74
Sonstige	59	92	37	20	208
Gesamt:	863	523	325	1.901	3.612

Tabelle 2.4.2 1970: Zahl der untersuchten Unternehmen: 2.079

Streikursache +)	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	Gesamt
Löhne (einschl. monatlich. Entlohnung)	797	728	176	443	2.144
Verkürzung der Arbeitszeit	19	4	5	6	34
Sicherung des Arbeitsplatzes	59	30	10	69	168
Gewerkschaftsrechte	22	41	20	15	98
Arbeitsbedingungen	26	17	10	7	60
Sonstige	157	279	66	330	832
Gesamt:	1.080	1.099	287	870	3.336

Fortsetzung nächste Seite

Tabelle 2.4.3 1971 Zahl der untersuchten Unternehmen: 1.544

Streikursache +)	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	Gesamt
Löhne (einschl.monatlich. Entlohnung)	308	309	69	143	829
Verkürzung der Arbeitszeit	307	7	5	7	326
Sicherung des Arbeitsplatzes	35	79	26	133	273
Gewerkschaftsrechte	52	37	26	19	134
Arbeitsbedingungen	25	25	12	54	116
Sonstige	452	366	150	166	1.134
Gesamt:	1.179	823	288	522	2.812

+) Hauptursache

Quelle: Le Bilan Social de l'année 1969ff, Paris 1970ff,
S. 62/ S. 48/ S. 75

3. Teil: Daten zur politischen Entwicklung

Tabelle 3.1 Entwicklung der Mitgliederzahlen der Arbeiterparteien nach dem Zweiten Weltkrieg

Jahr	SFIO/PS	PCF	PSU
1945	336.000	906.727	
1946	355.000	1.034.000	
1947	296.000	907.785	
1948	223.000	798.459	
1949	158.000	786.855	
1950	140.000		
1951	127.000		
1952	116.000		
1953	113.000		
1954	115.000	506.250	
1955	117.000	389.030	
1956	118.000	429.653	
1957	120.000		
1958	115.000		
1959	102.000	425.250	
1960	100.000		
1961	98.000	407.000	15.734
1962	91.000		15.827
1963	88.000		12.044
1964	88.000	420.000	9.964
1965	85.000		10.394
1966	84.000		11.397
1967	82.000		11.599
1968	81.000		15.511
1969	72.000		
1970 (PS)	88.000	460.000	ca. 11.000

Quelle: Verschiedene (u.a. M. Duverger, Les partis politiques, C. Hurtig, Dela SFIO au nouveau Parti socialiste, J. Fauvet, Histoire du Parti communiste français, M. Rocard, Le PSU)

Tabelle 3.2 Ergebnisse der Parlamentswahlen für die
Arbeiterparteien nach dem Zweiten Weltkrieg

		PCF Stimmen	%	SFIO Stimmen	%
Oktober	1945	5.005.000	26,0	4.600.000	24,0
Juni	1946	5.199.000	26,2	4.188.000	21,1
November	1946	5.489.000	28,6	3.432.000	17,9
Juni	1951	4.910.000	25,6	2.744.000	14,8
Januar	1956	5.514.000	25,6	3.180.000	15,0
November	1958	3.882.000	18,9	3.193.000	15,5
November	1962	4.003.000	21,8	2.300.000	12,7

Seit der Neugruppierung der nicht kommunistischen Linken:

		PCF Stimmen	%	PSU Stimmen	%	FGDS ⁺) Stimmen	%
März	1967	5.039.000	22,5	495.000	2,2	4.224.000	18,9
Juni	1968	4.435.000	20,0	874.000	3,9	3.654.000	16,5
März	1973	5.156.619	21,3	810.645	3,3	4.939.604 ⁺⁺⁾	20,4 ⁺⁺⁾

+) FGDS = Fédération de Gauche démocrate et socialiste aus
Sozialisten und Radikalen

++) UGSD = Union de Gauche socialiste et démocrate
aus Sozialisten und linken Radikalen
(vgl. S. 330 und 354 dieser Arbeit)

Quellen: Verschiedene

Tabelle 3.3 Soziale Zusammensetzung der Wählerschaft der politischen Parteien nach verschiedenen Meinungsumfragen 1965 und 1973

3.3.1 Umfrage des IFOP 1965 - Angaben in Prozent

Befragte	PC	SFIO	Rad.	MRP	CNI ^{+)UNR^{+)Rép.Ind.^{+))}}}		
Männer	61	63	64	47	55	48	49
Frauen	39	37	36	53	45	52	51
Alter:							
20 bis 34 J.	33	27	25	29	26	24	32
35 bis 49	32	28	26	27	28	27	29
50 bis 64	23	27	32	26	28	27	25
65 und mehr	12	18	17	18	18	22	14
Beruf des Haushaltsvorstandes							
Landwirt	8	15	17	25	20	13	17
Industrieller, Kaufmann usw.	5	6	14	9	13	11	9
Freie Berufe, leitend.Ang.	2	4	4	4	8	5	7
Angestellter	17	19	18	14	15	20	17
Arbeiter	51	33	25	25	20	27	31
Ohne Beruf (einsch.Rentner)	17	23	22	23	24	24	17
Monatliches Einkommen							
Unter 500 F	13	17	16	23	15	16	20
500-799 F	22	22	25	20	20	20	20
800-1.249	32	29	28	25	23	26	26
1.250-1.749	18	17	14	15	16	17	16
1.750 und mehr	11	9	11	8	17	14	11
keine Angaben	4	6	6	9	9	7	7

+) Regierungsparteien

Quelle: C. Willard, Socialisme et Communisme français, Paris 1967, S. 156

3.3.2 Umfrage des IFOP/SOFRES 1973 - Angaben in Prozent

Befragte	PC	PSU	PS	Réf.	Reg.Maj.	Sonst.Rechte
Männer	58	52	53	49	47	47,5
Frauen	42	48	47	51	53	52,5
Alter						
21 bis 34 J.	30	45	28	27	25	24
35 bis 49	34	36	30	33	28	28
50 bis 64	13	15	24	22	23	28
65 und mehr	23	4	18	18	24	20
Beruf des Haus- haltungsvorstandes						
Landwirt	4	2	5	10	13	17
Kleinhändler	5	4	6	8	8	8
Höhere Kader	15	40	21	23	16	18
Angestellte	15	22	35	19	22	14
Arbeiter	52	22	35	19	22	14
Ohne Beruf (einschl.Rent- ner)	21	8	26	20	28	22

Quelle: Dossiers et Documents du Monde - Mars 1973
Les Forces politiques et les Elections de
Mars 1973, S. 46

LITERATURVERZEICHNIS

1. Quellen, Einzeldokumente und Broschüren

- Allgemeine Statistik des Auslandes, Länderkurzberichte:
Frankreich 1970, Hrg.v.Statistischen Bundesamt, Wiesbaden 1970
- Analyses et Documents, Les grèves sauvages en Europe occidentale, No 182-183, März 1970
- Annuaire Statistique, Hrg.v.Institut Nationale de la Statistique et des Etudes Economiques (INSEE)
- Après-demain, Journal Mensuel de Documentation politique, Les conditions de travail, Paris 1970
- , L'action syndicale, Paris 1970
- Archiv der Gegenwart, 1968ff
- Bericht über die soziale Lage in der Gemeinschaft im Jahre 1970, Brüssel-Luxemburg 1971
- Bilan Social de l'année. Revue pratique de Droit Social, Ouvrage collectif, rédigé sous la direction de M. Cohen, Paris 1969ff
- Bulletin Socialiste, Organe d'Information du Parti Socialiste, Paris 1970ff
- Cahiers du Centre d'Etudes Socialistes, Paris 1961ff
- , Nos 5-6 L'évolution des classes sociales en France I, 1961
7-8 L'évolution des classes sociales en France II, 1961
12 L'armée et l'Etat en France 1961
13-14 Structures sociales et action de Masse, 1962
15-16 Notions d'histoire du mouvement ouvrier français, 1962
23-24 Les travailleurs, peuvent-ils gérer l'économie?, 1962
32-33 Evolution des structures d'Etat, 1963
45-51 L'intégration européenne et le Mouvement ouvrier, 1964

- Nos 54-55 La participation des syndicats aux organismes officiels menace-t-elle leur indépendance?, 1965
70-71 Réforme de l'entreprise ou Contrôle ouvrier, 1967
80-99 Vers de nouvelles luttes ouvrières, 1969
91-93 Conseils ouvriers et utopie socialiste, 1969

Cahiers du Communisme, Revue théorique du comité central du parti communiste français, Paris 1968ff

Cahiers de la Convention des Institutions Républicaines

- , No. 4 Le Programme de la Fédération, Paris 1966
No. 8 Ce qu'est la Convention, Paris 1967

Cahiers d'histoire de l'Institut Maurice Thorez, Union de la Gauche, Esprit nouveau, tradition vivante 7. Jg., No. 2 (Nouvelle Série), 1973

Cahiers de Mai, Paris 1968ff

Centre National d'Information pour la Productivité de L'Entreprise (CNIPE), Courbevoie

- , Les Evénements de mai-juin 1968 vus à travers cent Entreprises, Paris o.J.

- , La participation dans l'entreprise, Dossier, Paris 1969

Chronique Sociale de France, Lyon
Les Chrétiens et les Stratégies de la Gauche, Heft 3/1973

Confédération Générale du Travail, Centre Confédéral d'Education Ouvrière, Paris

- , Les classes sociales et l'exploitation capitaliste
-, La CGT et le marché commun
-, Conception de direction et méthode du travail dans l'organisation syndicale de masse
-, Le socialisme
-, La CGT et les techniciens, ingénieurs et cadres
-, Les délégués du personnel

- Confédération Générale du Travail, Comité Confédéral National de la CGT, Thèmes de réflexion sur: "Les Perspectives du Socialisme pour la France et le Rôle des Syndicats, Mai 1971
- Confédération Générale du Travail, Section Syndicale de Renault-Billancourt: "33 jours - 34 nuits", Boulogne-Billancourt 1968
- Conférences de l'Institut Maurice Thorez, Institut de sciences politiques et d'histoire de Mouvement ouvrier, Paris
- , No 7 Les étudiants et les intellectuels devant la révolution, Oktober 1968
- 11 Propriété, Pouvoir et Participation, Februar 1969
- 12 Les moyens et les formes de la révolution socialiste, März 1969
- 22 "Nouvelle Société" ou Société Nouvelle?, Oktober 1970
- Critique Socialiste, Revue théorique du PSU, Paris 1970off
- Les délégués du personnel, par J.P. Murcier et le Service Juridique confédéral de la CFDT, September 1970
- Documentation Française, Notes et Etudes Documentaires
- , La planification française, Paris 1961
- , Evolution de la productivité en France, Paris 1967
- , Le V^e Plan, Paris 1967
- , Fusions et concentrations d'entreprises en France, Paris 1969
- , Rapport Delamotte: Recherches en vue d'une organisation plus humaines du travail industriel, Paris 1972
- Dossiers et Documents du Monde, Paris
- Les Forces politiques et les Elections de Mars 1973, Mars 1973

- Droit Ouvrier, Revue juridique de la CGT, Paris
Guide pratique des Membres des
Comités d'Entreprise, 1970
- Duperoux, J.J., Entwicklung und Tendenzen der
Systeme der sozialen Sicherheit
in den Mitgliedstaaten der Europä-
ischen Gemeinschaften und in Groß-
britannien, Luxemburg 1966
- Deutsches Wirtschaftsinstitut/ Institut für Internationale
Politik und Wirtschaft, DWI/IPW.-
Berichte, Berlin (DDR) 1970ff
- Economie et Humanisme, Révue, Lyon 1970ff
- Economie et Politique, Revue marxiste d'économie, Paris
1965ff
- Economie et Statistique, Hrg. vom Institut National de la
Statistique et des Etudes Econo-
miques (INSEE), Paris 1968ff
- Guerres et Paix, Paris, Opinion et Motivation des Etudi-
ants français, No. 14-15, Paris
1969
- Informationsblätter der französischen Botschaft in Bonn-
Bad Godesberg, 20. Jg. 1970ff
- Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF),
Probleme des Kampfes um eine anti-
monopolistische Demokratie in
Frankreich, Arbeitsmaterialien des
IMSF, Frankfurt/M. 1973
- Jahrbuch der Sozialstatistik EWG, Brüssel 1970
- Lyon-Caen, G., Droit social européen, 2^e éd.,
Paris 1969
- OECD/OCDE Economic Surveys/Etudes Economiques,
France, Paris 1965ff
- , National Accounts of OECD Countries
1950-1968, Paris o.J.
- , Main Economic indicators, Histori-
cal Statistics 1959-1969, Paris
1969
- , Economic Outlook, Paris 1970ff
- , Overall trade by countries,
Paris 1971
- , The Growth of Output 1960-1980,
Paris 1970

Parti Communiste Français,

- , Histoire de Parti Communiste Français , Manuel, Ed., Commission d'Histoire auprès du Comité Central du PCF, Paris 1964
- , Parti Communiste Français dans la Résistance, Paris 1967
- , Manifeste du parti communiste français. Pour une démocratie avancée - pour une France socialiste, Paris 1969
- , Changer de Cap - Programme pour un gouvernement démocratique d'union populaire. Introduction de G. Marchais, Paris 1971

Parti Socialiste

Changer la vie - Programme de Gouvernement du Parti Socialiste. Présentation de F. Mitterand, Paris 1972

Parti Socialiste Unifié,

- , Le PSU et l'avenir socialiste de la France, Paris 1969
- , Le contrôle ouvrier, Supplément a "Tribune Socialiste", No. 455, Paris 1970
- , Programme d'Action du Parti Socialiste Unifié, Paris 1971
- , 7^e Congrès du PSU, Lille - Juin 71, Le rôle du PSU, Les Textes du Congrès, Paris 1971
- , Manifeste du Parti Socialiste Unifié, Contrôler aujourd'hui - pour décider demain, Paris 1973

Plan. Le VI^e Plan de développement économique et social (1971-1975). Rapport Général. Les objectifs généraux et les actions prioritaires du VI^e Plan et Annexes au Rapport Général, Programmes d'Actions détaillés., Paris 1971

Le Peuple, Organe officiel bimensuel de la CGT, Paris 1968ff

Problèmes de la révolution socialiste en France - 100 ans après la Commune. Semaine de la pensée marxiste, Paris 1971

Le Programme du CNR au Pouvoir. Exposé présenté par Louis Saillant, Président du CNR à la Conférence Nationale des Comités Département de la Libération le 26 octobre 1945 à Paris

Revue d'Economie politique, Paris 1968

Revue française du Travail, Paris 1965

Sociologie du Travail, Paris 1968ff

Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik, Hrg. vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden, 1968ff

Syndicalisme, Hebdomadaire de la CFDT. Paris 1968ff

Tableaux de l'Economie française, Hrg. vom Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques (INSEE), Paris 1966, 1968, 1970

Les Temps Modernes, Paris 1968ff

Union Nationale des Etudiants Français (UNEF), Hrg. Manifeste pour une réforme démocratique de l'enseignement supérieur, Paris o.J.

Université Nouvelle, Cours d'Histoire (1968/69)
La France à l'heure du capitalisme monopoliste d'Etat
1. La Concentration capitaliste en France
2. Le capitalisme monopoliste d'Etat: son évolution en France et son fonctionnement actuel
3. L'Etat gaulliste
4. Le Société française en 1968 et ses mutations à l'époque du capitalisme monopoliste d'Etat

La Vie Ouvrière, Hebdomadaire de la CGT, Paris 1968 ff

2. Monographien und allgemeine Darstellungen

- Abendroth, W., Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1965
- Adam, G., La CFTC 1940 - 1958, Histoire Politique et Idéologique, Paris 1964
- , Force ouvrière, Paris 1965
- Adam, G., Bon, F., L'Ouvrier français en 1970. Enquête nationale auprès de 1.116 ouvriers
Capdevielle, J., d'industrie, Paris 1970
Mouriaux, R.,
- Adam, Reynaud, Verdier, La negociation collective en France, Paris 1972
- Albers, D., Klassenkämpfe in Westeuropa
Goldschmidt, W., England, Frankreich, Italien,
Oehlke, P., Hamburg 1971
- Altvater, Elmar, Die Weltwährungskrise, Frankfurt/M. 1969
- Andrieu, R., Les communistes et la révolution, Paris 1968
- Andrieux, A., L'ouvrier d'aujourd'hui, Paris 1960
Lignon, J.,
- , -, Le militant syndicaliste d'aujourd'hui, Paris 1973
- Aron, R., Histoire de Vichy, 2 Bde, Paris 1966
- Avril, P., UDR et Gaullistes, Dossiers, Paris 1971
- Barjonet, A., La CGT, Histoire. Structure. Doctrine, Paris 1968
- , Le parti communiste français, Paris 1969
- "Base Ouvrière" Revolutionäre Betriebsarbeit bei Renault-Flins, Berlin (West) 1972
- Bauchard, P., L'économie au service du pouvoir. Bilan de la V^e République, Paris 1967
- Bauchet, P., La planification française, vingt ans d'expérience, Paris 1966

- Belleville, P., Une nouvelle classe ouvrière?, Paris 1963
- Bergeron, A., Confédération Force Ouvrière, Paris 1971
- Bernard, J., La France et le marché mondial, Paris 1967
- Bernoux, P.,
Motte, D.,
Saglio, J., Trois ateliers d'O.S., Paris 1973
- Bettelheim, Charles, L'économie allemande sous le nazisme, 2 éd., 2 Bde, Paris 1971
- , Bilan de L'Economie française (1918-1946), Paris 1947
- Billoux, F., Quand nous étions ministres, Paris 1972
- Bischoff, J., Gesellschaftliche Arbeit als Systembegriff, Über wissenschaftliche Dialektik, Westberlin 1973
- Bleton, P., Le capitalisme français, Paris 1966
- Bloch, C., Die dritte französische Republik, Entwicklung und Kampf einer parlamentarischen Demokratie (1870-1940), Stuttgart 1972
- Bloch - Lainé, F., Pour une réforme de l'entreprise, Paris 1963
- Boissonnat, J., La politique des revenus, Paris 1966
- Bonéty, R. u.a., La CFDT. Les documents fondamentaux pour comprendre l'évolution de la CFDT, Paris 1971
- Bonnevay, L., Les journées sanglantes de Février 1934, Paris 1935
- Borella, F., Les partis politiques dans la France d'aujourd'hui, Paris 1973
- Brachet, P.,
Gallus, J., Les Nationalisations. Quand la Droite se sert de la Gauche, Paris 1973
- Branciard, M., Société française et luttes de classe, Tome II (1914-1967), Lyon o.J.
- Braud, P., Les crises politiques intérieurs de la Ve république. Dossiers, Paris 1970

- Bron, J., Histoire du mouvement ouvrier français,
Tome 1: Le droit à l'existence.
Du début du XIX^e siècle à 1884
Tome 2: La contestation du capitalisme par les travailleurs organisés (1884-1950)
Tome 3: La lutte des classes aujourd'hui (1950-1972),
Paris 1970 - 1973
- Bruhat, J., et
Piolot, M., Esquisse d'une Histoire de la CGT (1895-1965). Préface du R. Duhamel,
Paris 1966
- Caire, G., Les syndicats ouvriers, Paris 1971
- Calame, P., Les travailleurs étrangers en France,
Paris 1972
- Capdevielle, J.,
Mouriaux, R., Les syndicats ouvriers en France,
Paris 1970
- Casanova, A.,
Metzger, J.,
Prévost, C., Les intellectuels et les luttes de
classes, Paris 1969
- Caute, D., Le Communisme et les Intellectuels
Français (1914-1966), Paris 1967
- Cayrol, R., Les tentatives de coopération entre
les clubs politiques en France
(1962-1964), Paris 1965
- Chauvey, D., Autogestion. Préfacé par E. Maire,
Paris 1970
- Chenot, B., Les entreprises nationalisées,
Paris 1967
- Claude, H., Gaullisme et grand capital,
Paris 1960
- , La concentration capitaliste, pou-
voir économique et pouvoir gaulli-
ste, Paris 1965
- , La Banque de Paris et des Pays Bas
et son groupe (1872-1968), Paris
1969
- , Le Pouvoir et l'argent, Paris 1972
- Cohn-Bendit, D.u.G., Linksradikalismus-Gewaltkur gegen
die Alterskrankheit des Kommunis-
mus, Hamburg 1968

- Cogniot, G., M. Thorez, L'homme le militant,
Joannès, V., préface de G. Marchais, Paris 1970
- Confédération Générale du Travail,
Les femmes salariées,
Préface de G. Séguy, Paris 1973
- Copin, A., L'Aurore se lève au pays noir,
Paris 1966
- Courthéoux, J.P., La Politique des Revenues,
Paris 1966
- Crozier, M., Le phénomène bureaucratique,
Paris 1963
- , La société bloquée, Paris 1970
- Defferre, G., Un nouvel horizon, Paris 1965
- Delaunay, J.-C., Essai marxiste sur la comptabilité
nationale, Paris 1971
- Delilez, J.P., La planification dans les pays d'
économie capitaliste, Paris 1968
- , Les Monopoles. Essai sur le capital
financier et l'accumulation mono-
poliste, Paris 1970
- Delon, P., Le syndicalisme chrétien en France,
2^e éd., Paris 1965
- Deppe, F., Verschwörung, Aufstand und Revolu-
tion. Blanqui und das Problem der
sozialen Revolution, Frankfurt/M.
1970
- , Das Bewußtsein der Arbeiter,
Studien zur politischen Soziologie
des Arbeiterbewußtseins, Köln 1971
- Deppe, F., Die neue Arbeiterklasse. Technische
Lange, H., Intelligenz und Gewerkschaften im
Peter, L. (Hrsg.), organisierten Kapitalismus,
Frankfurt/M. 1970
- Derogy, J., Population sur mesure, Paris 1963
Lescaut, P.,
- Descamps, E., Militier, Paris 1971
- Detraz, A., La CFDT et l'autogestion, Paris 1973
Krumnov, F.,
Maire, E.,

- Deutsch, E.,
Lindou, D.,
Weil, P., Les familles politiques aujourd'
hui en France, Paris 1966
- Dobb, M., Entwicklung des Kapitalismus vom
Spätfeudalismus bis zur Gegenwart,
Köln 1970
- , Der Lohn, Frankfurt/M. 1970
- Dolleans, E., Histoire du mouvement ouvrier,
2 Bde., Paris 1953
- Dubief, H., Le syndicalisme révolutionnaire,
Paris 1969
- Dubois, P., u.a., Grèves revendicatives ou grèves
politiques? Acteurs, Pratiques,
Sens du mouvement de mai,
Paris 1968
- Duclos, J., Memoiren I, II, Berlin (DDR) 1972 f.
- Dumont, J.P., La Fin des O.S.?, Paris 1973
- Durand, R., La Lutte des travailleurs de chez
Renault (1912-1944), Paris 1971
- Duverger, M., La V^e République, Paris 1968
- , Les Partis politiques, 7^e éd.,
Paris 1969
- Edelmann, P.W.L., Möglichkeiten und Grenzen der fran-
zösischen Planification, Ein Bei-
spiel staatlicher Rahmenplanung in
der Marktwirtschaft, Bern und Frank-
furt/M. 1971
- Ehrmann, H.W., La politique du patronat français
(1936-1955), Paris 1960
- Engels, F., Die Entwicklung des Sozialismus von
der Utopie zur Wissenschaft, in:
Marx-Engels-Werke, Hrsg.v. Institut
für Marxismus-Leninismus beim ZK
der SED (MEW) 19, Berlin (DDR) 1969
- , Die europäischen Arbeiter im Jahre
1877, in: MEW 19, Berlin (DDR) 1962
- , Herrn Eugen Dührings Umwälzung der
Wissenschaft ("Anti-Dühring"), in:
MEW 20, Berlin (DDR) 1962
- , Ludwig Feuerbach und der Ausgang
der klassischen deutschen Philoso-
phie, in: MEW 21, Berlin (DDR) 1962
- , Kritik des sozialdemokratischen
Programmentwurfs (Erfurter Programm)
in: MEW 22, Berlin (DDR) 1963

- Ensemble (Pseud.), J., Le contre-plan, Paris 1965
- Estier, C., Journal d'un fédéré, Paris 1970
- Faucher, J.A., Les clubs politiques en France, Paris 1965
- , La gauche française sous de Gaulle, Paris 1969
- Faure, E., L'Education Nationale et la participation, Paris 1968
- , Pour un nouveau contrat social, Paris 1973
- Fauvet, J., Von de Gaulle bis de Gaulle, Frankreichs vierte Republik, Tübingen 1960
- , Histoire du Parti Communiste Français, 2 Bde, Paris 1964/1965
- Föhl, C., Obligatorische Gewinnbeteiligung in Frankreich ein nachahmenswertes Vorbild?. Gutachten erstellt im Auftrage des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Berlin 1969
- Frachon, B., Au rythme des jours (Mémoires), Paris 1965
- Freitag, G., Konzentrationspolitik in Frankreich, Tübingen 1972
- Frémontier, J., La Forteresse Ouvrière: Renault, Une Enquête à Boulogne-Billancourt chez les ouvriers de la Régie, Paris 1971
- Friedmann, G.,
Naville, P. (Hrg.), Traité de Sociologie du Travail
2 Bde, 3^e éd., Paris 1970
- Gani, L., Syndicats et travailleurs immigrés, Paris 1972
- Garaudy, R., Marxisme du XX^e siècle, Paris 1966
- , Pour un modèle français du socialisme, Paris 1968
- , Le grand tournant du socialisme, Paris 1969
- , Toute la vérité, Paris 1970

- Gaucheprolétarienne Volkskrieg in Frankreich? Strategie und Taktik der proletarischen Linken, Berlin (West) o.J.
- Gavi, P., Les Ouvriers, Paris 1970
- Gervais, M.,
Servolin, C.,
Weil, J., Une France sans paysans, Paris 1965
- Gillman, J.M., Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, Frankfurt/M. 1969
- Glucksmann, Gorz,
Mandel, Vincent, Revolution - Frankreich 1968, Frankfurt/M. 1969
- Goetz-Giray, R., Le mouvement des grèves en France, Paris 1965
- Goguel, F.,
Zieburg, G., Das französische Regierungssystem, Köln 1956
- Goldschmidt, W., Klassenkämpfe in Frankreich, in: Albers, Goldschmidt, Oehlke Klassenkämpfe in Westeuropa, Hamburg 1971
- , (Hrg.), Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich, Köln 1972
- Gombin, R., Les origines du gauchisme, Paris 1971
- Gorz, A., Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, 3. Aufl., Frankfurt/M. 1968
- , Der schwierige Sozialismus, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1968
- Groß, J., Lohnsysteme im Dienst verschärfter Ausbeutung, Lohnformen unter veränderten Existenzbedingungen und wachsenden Widersprüchen des kapitalistischen Systems, IPW-Forschungshefte 3/1973, Berlin (DDR)
- Gruson, C., Origine et Espoirs de la Planification Française, Paris 1968
- Guérin, J.C., Die französische Lehrgewerkschaft (FEN). Analyse und Kritik, (West) Berlin 1972
- Guidoni, P., Histoire du nouveau parti socialiste Préface de D. Motchane, Paris 1973
- Guin, A., La Commune de Nantes, Paris 1969

- Guyard, J., Le miracle français, De la Libération à l'horizon 1970, Paris 1965
- Hajen, L., Die Entwicklung der ordnungspolitischen Vorstellungen der CFDT. Volkswirtschaftl. Diplomarbeit 1972 (unveröffentl.), Hamburg
- Hamon, A., Les maitres de la France, Paris 1936
- Hermand, P., L'avenir de la sécurité sociale, Paris 1967
- Hernu, C., Priorité à gauche, Paris 1969
- Herzog, P., Politique économique et planification en régime capitaliste, Paris 1971
- , L'union populaire et la maîtrise de l'économie, Paris 1973
- Hirsch, J., Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System, Frankfurt/M. 1970
- Kollektiv Hispano-Suiza, Arbeiter und Apparate. Bericht französischer Arbeiter über ihre Praxis 1945-1970, Berlin (West) 1972
- Hofmann, W., Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, Berlin 1970
- Huffschmid, J., Die Politik des Kapitals, Konzentration und Wirtschaftspolitik in der BRD, Frankfurt/M. 1969
- Hurtig, C., De la SFIO au nouveau parti socialiste, Dossiers, Paris 1970
- Les origines et les traits particuliers de l'impérialisme français. Centre d'études et de recherches marxistes, Paris 1969
- Institut für marxistische Studien und Forschungen (IMSF), (Hrsg.), Probleme des Kampfes um eine antimonopolistische Demokratie in Frankreich, Arbeitsmaterialien, Frankfurt/M. 1973
- Jalée, P., L'impérialisme en 1970, Paris 1969
- Janossy, F., Das Ende der Wirtschaftswunder, Frankfurt/M. 1966
- Jaumont, B., Lenègre, D., Le marché commun contre l'Europe, Rocard, M., Paris 1973

- Juquin, P., Le sens du réel. Un communisme pour notre temps, Paris 1971
- Kahn, J., La participation, ce que de Gaulle cache, Paris 1969
- , Pour comprendre les crises monétaires, 2^e éd., Paris 1972
- Der staatsmonopolistische Kapitalismus (Autorenkollektiv), Frankfurt/M. 1972
- Kapitalismus in den siebziger Jahren, Referate vom Kongreß in Tilburg im September 1970, Frankfurt/M. 1971
- Katzenstein, R., Technischer Fortschritt, Kapitalbewegung-Kapitalfixierung, Einige Probleme der Ökonomie des fixen Kapital unter den gegenwärtigen Bedingungen der Vergesellschaftung der Produktion im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin (DDR) 1971
- Kern, H., Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, 2 Bände, Frankfurt/M. 1970
Schumann, M.,
- Kirsanow, A.W., Die USA und Westeuropa; Ihre ökonomischen Beziehungen nach dem 2. Weltkrieg, Berlin (DDR) 1968
- Projekt Klassenanalyse, Zur Taktik der proletarischen Partei, Marxsche Klassenanalyse Frankreichs von 1848-1871, Westberlin 1972
- , Klassenbewußtsein und Partei, Westberlin 1972
- Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950-1970, Theorie, Diskussion, Sozialstatistische Analyse, Teil I, Klassenstruktur und Klassentheorie, Theoretische Grundlagen und Diskussion, Beiträge von H. Jung, C. Kievenheim, M. Steinhauer-Tjaden, K.H. Tjaden, hrg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/M. 1972
- Klein, D., Staatsmonopolistische Programmierung in der EWG, Berlin (DDR) 1965
- Kondratieff, N.D. u.a., Die langen Wellen der Konjunktur, Beiträge zur marxistischen Konjunktur und Krisentheorie (Nachdrucke), Berlin 1972

- Korsch, Mattick,
Pannekoek, Zusammenbruchstheorie des Kapitalismus oder revolutionäres Subjekt, West-Berlin 1973
- Krasucki, H., Syndicats et lutte de classes, Paris 1969, dt. Ausgabe (gekürzt):
- , Gewerkschaften und Klassenkampf, Fragen von heute, Hrg. von CGT
- , Syndicats et socialisme, Paris 1972
- Kratsch, O., Die Wirkung der Amortisationen auf die Akkumulation des Kapitals im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin (DDR) 1962
- Krause, F., Pariser Commune 1871, Frankfurt/M. 1971
- Kriegel, A., La croissance de la CGT, 1918-1921, Paris-La Haye 1966
- , et Becker, J.J., 1914. La guerre et le mouvement ouvrier français, Paris 1964
- , Aux origines du communisme français (1914-1920), 2 Bde, Paris 1964
- , Perrot, M., Le socialisme français et le pouvoir, Études et Documentation Internationale, Paris 1966
- , Les communistes français. Essai d'ethnographie politique, Paris 1968
- Kuczynski, J., Darstellung der Lage der Arbeiter in Frankreich seit 1848, Berlin (DDR) 1967
- , Klassen und Klassenkämpfe im imperialistischen Deutschland und in der BRD, Frankfurt/M. 1972
- Labi, M., La grande division des travailleurs, Paris 1964
- Lambert, B., Bauern im Klassenkampf, Anregungen für die vergessene Analyse einer Ausbeutung, Berlin (West) 1971
- Lange, H., Wissenschaftlich-technische Intelligenz - Neue Bourgeoisie oder neue Arbeiterklasse?, Köln 1972
- Launay, J.P., La France sous-développée: 15 millions de pauvres, Paris 1970

- Lavrillère, J., L'industrie des banquiers, Paris 1966
- Lebel, J.-J.,
Brau, J.-L.,
Merlhès, P., La Chienlit. Dokumente zur französischen Mai-Revolution, Darmstadt 1969
- Lebrun, P., Questions actuelles du syndicalisme, Paris 1965
- Lefèbre, H., Aufstand in Frankreich,
Zur Theorie der Revolution in den hochindustrialisierten Ländern, Berlin 1969
- Lefranc, G., Les expériences syndicales en France de 1939 à 1950 (4), Paris 1951
- , Histoire du Front Populaire (1934-1938), Paris 1965
- , Juin 1936, "l'explosion sociale" du Front populaire, Paris 1966
- , Le mouvement syndical sous la troisième République (1), Paris 1967
- , Le Mouvement syndical de la libération aux événements de mai-juin 1968, (2), Paris 1969
- , Le syndicalisme en France (3) Paris 1968
- , Grèves d'hier et d'aujourd'hui, Paris 1970
- Lemieux, V., Le MRP dans le système politique français, Paris 1962
- Leminsky, G., Der Arbeitnehmereinfluß in englischen und französischen Unternehmen. Ein Vergleich mit der deutschen Mitbestimmung, Köln 1965
- Lenin, W.I., Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung, in: Lenin-Werke, Bd. 16
- , Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, in: Lenin-Werke, Bd. 24
- , Karl Marx, in: Lenin-Werke, Bd. 21 Berlin (DDR) 1970
- , Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Lenin-Werke, Bd. 22, Berlin (DDR) 1971

- Lenin, W.I., Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, in: Lenin-Werke, Bd. 23, Berlin (DDR) 1972
- Lesire - Ogrel, H., Le syndicat dans l'entreprise, Paris 1967
- L'homme, J., La grande bourgeoisie au pouvoir, Paris 1960
- Ligou, D., Histoire du socialisme en France (1871-1961), Paris 1962
- Lissagaray, P., Geschichte der Kommune von 1871, Berlin (DDR) 1956
- Lukacs, G., Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins (Teilveröffentlichung Ontologie - Marx), Darmstadt und Neuwied 1972
- Lysis, J., Contre l'oligarchie financière en France, Paris 1908
- Maillet, P., La structure économique de la France (3^e éd.), Paris 1964
- Maillet, P.u.M., Le Secteur public en France (2^e éd), Paris 1970
- Maire, E., Pour un socialisme démocratique. Contribution de la CFDT, Paris 1971
- Maitron, J., Histoire du mouvement anarchiste en France (1890-1914), Paris 1951
- Mallet, Serge, La nouvelle classe ouvrière, Paris 1963, dt., Die neue Arbeiterklasse, Neuwied 1972
- , Le Gaullisme et la Gauche, Paris 1965
- Malterre, A., La confédération générale des cadres (CGC). La révolte des mals aimés, Paris 1972
- Mandel, E., Die EWG und die Konkurrenz Europa - Amerika, Frankfurt/M. 1968
- Mandel, E. (Hrg.), Contrôle ouvrier, conseils ouvriers, autogestion (Anthologie), Paris 1970
- , Der Spätkapitalismus, Versuch einer marxistischen Erklärung, Frankfurt/M. 1972
- Mandrin, J., Socialisme ou social-médiocratie?, Paris 1969

- Marchais, G., Qu'est-ce que le parti communiste français?, Paris 1970
- , Le défi démocratique, Paris 1973
- Marchat, P., L'économie mixte, Paris 1971
- Marx, J., Arbeitskraft - Neue Technik - Monopolherrschaft
Die widersprüchliche Entwicklung der Arbeitskraft unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen in der BRD, DWI-Forschungshefte 4/1971, Berlin (DDR)
- Marx, K., Briefe aus den "Deutsch-Französischen Jahrbüchern", in: Karl Marx/Friedrich Engels Werke (MEW), 1, Hrg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (DDR), 1969
- , Engels, F., Die deutsche Ideologie, in: MEW 3, Berlin (DDR) 1969
- , Das Elend der Philosophie, in: MEW 4, Berlin (DDR) 1969
- , Engels, F., Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW 4, Berlin (DDR) 1969
- , Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: MEW 7, Berlin (DDR) 1964
- , Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW 8, Berlin (DDR) 1969
- , Der französische "Crédit mobilier", in: MEW 12, Berlin (DDR) 1969
- , Zur Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW 13, Berlin (DDR) 1969
- , Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation,
- , Entwürfe zum "Bürgerkrieg in Frankreich", in: MEW 17, Berlin (DDR) 1968
- , Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, Erster bis dritter Band, in: MEW 23-25, Berlin (DDR) 1966

- Marx, K., Theorien über den Mehrwert, Erster bis dritter Teil, in: MEW 26, 1-3, Berlin (DDR) 1966
- , Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf) 1857-1858, Anhang 1850-1859, Berlin (DDR) 1953
- , Resultatedes unmittelbaren Produktionsprozesses, Frankfurt/M. 1969
- Mendelsohn, Claude, Ulbricht, Die Weltherrschaftspläne des US-Imperialismus. Analysen zur internationalen Lage in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg, Münster 1972
- Menzel, C., Französische Zustände, Das Ende des Gaullismus, Berlin 1967
- Michel, H., Les Courants de Pensée de la Résistance, Paris 1962
- Millard, G., De Munich à Vichy, La drôle de guerre, Paris 1969
- Mitterand, F., Ma Part de vérité. De la rupture à l'unité, Paris 1969
- , Un socialisme du possible, Un projet de contrat socialiste. La Convention des Institutions républicaines (CIR), Paris 1970
- Mollet, G., Les chances du socialisme, Réponse à la société industrielle, Paris 1968
- Monatte, P., Trois scissions syndicales, Paris 1958
- Moneta, J., Die Kolonialpolitik der französischen KP, Hannover 1968
- Mossé, E., Comment va l'économie, Paris 1965
- Mossuz, J., Les Clubs et la politique en France, Dossiers, Paris 1970
- Mothé, D., Les O.S., Paris 1972
- , Militant chez Renault, Paris 1965
- Mottez, B., Systèmes et politiques patronales. Essai sur l'évolution des pratiques et idéologies patronales, Paris 1966
- Moulin, J., Un parti pour la gauche, Paris 1965

- Münster, A., Paris brennt, Frankfurt/M. 1968
- Naef, E., Zur Geschichte des französischen Syndikalismus. Geistige Kräfte der freien französischen Gewerkschaftsbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Zürich 1953
- Naville, P.,
Bardou, J.P.,
Brachet, P.,
Levy, C., L'Etat entrepreneur - le cas de la Régie Renault, Paris 1971
- Neelsen, K., Das konstante fixe Kapital und die Zyklizität des Krisenzyklus, Berlin (DDR) 1961
- Nehls, K., Kapitalexport und Kapitalverflechtung, Frankfurt/M. 1970
- Néré, J., La Troisième République (1914-1940), Paris 1967
- Neuville, J., La "représentativité" des syndicats, Paris 1960
- Nicolet, C., Le Radicalisme, Paris 1967
- Oelßner, F., Die Wirtschaftskrisen, Erster Band, Die Krisen im vormonopolistischen Kapitalismus, Berlin (DDR) 1953
- Oppenheim, J.P., La CFDT et la planification, Paris 1973
- Parent, J., La concentration industrielle, Paris 1970
- Pelloutier, F., Histoire des Bourses du Travail, Préface par Georges Sorel, Paris 1921
- Perroux, F., Frankreichs Wirtschaftsprojektion, Der vierte französische Plan, Berlin 1964
- Pesquet, J., Räte in Saclay, München o.J.
- Peter, L., Klassenkämpfe in Frankreich heute, Frankfurt/M. 1972
- Pfister, T., Tout savoir sur le gauchisme, Paris 1972
- Philip, A., Les Socialistes, Paris 1967
- Pineau, M.F., Les O.S., Paris 1973

- Plumyère, J.,
Lasierra, R., Les fascismes français 1923-1963,
Paris 1963
- Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus,
Autorenkollektiv des Instituts für
Weltwirtschaft und internationale
Beziehungen der Akademie der Wissen-
schaften der UdSSR, Berlin (DDR) 1972
- Poperen, J., Une stratégie pour la gauche,
Paris 1969
- Prévost, C., Les Étudiants et le Gauchisme,
Paris 1968
- Prost, A., La CGT à l'époque du Front populaire,
Paris 1964
- "Que Faire" Klassenkämpfe in Frankreich seit dem
Mai 1968, Berlin (West). 1972
- Quin, C.,
Herzog, P., Ce que coûte le capitalisme à la
France, Paris 1973
- Ranval, P., Hierarchie des salaires et lutte de
classe, Paris 1972
- Rauch, M.J.,
Schirmbeck, S.H., Die Barrikaden von Paris. Aufstand
der französischen Arbeiter und Stu-
denten, Frankfurt/M. 1968
- Rémond, R., La Droite en France, De la première
Restauration à la Cinquième Répu-
blique, Paris 1963
- Renault-Cléon, Notre arme c'est la grève. La grève
chez Renault-Cléon, Paris 1968
- Reynaud, J.-D., Les syndicats en France, 2^e éd.,
Paris 1967
- Rivero, J.,
Savatier, J., Droit du Travail, 5^e Ed., Paris 1970
- Rivoli (Pseud.), J., Le budget de l'Etat, Paris 1969
- Rocard, M., Le PSU et l'avenir socialiste de la
France, Paris 1969
- Rödel, U., Forschungsprioritäten und technolo-
gische Entwicklung, Frankfurt/M. 1972
- Rolshausen, C., (Hrg.), Kapitalismus und Krise. Eine Kontro-
verse um das Gesetz des tendenziel-
len Falls der Profitrate,
Frankfurt: M. 1970
- Rosmer, Le mouvement ouvrier pendant la
guerre, 2 Bde, Paris 1936 und 1959

- Salini, L., Mai des prolétaires, Paris 1968,
dt.: Frankreichs Arbeiter-Mai 1968,
Frankfurt/M. 1970
- , Le Mythe "réformateur", Essai sur
les réformes et la démocratie,
Paris 1973
- Sartre, J.P. (Hrg.), Der Westen wird rot, Die "Maos" in
Frankreich: Gespräche und Reporta-
gen, München 1973
- Sauvageot, Geismar, Cohn-Bendit, Aufstand in Paris oder Ist in Frank-
reich eine Revolution möglich?,
Hamburg 1968
- Sauvy, A., Histoire économique de la France
entre les deux guerres, 3 Bde,
Paris 1965 ff
- Schifres, M., La CFDT des militants, Paris 1972
- Schneider, D., (Hrg.), Zur Theorie und Praxis des Streiks,
Frankfurt/M. 1971
- Schwarz, H.-P., Vom Reich zur Bundesrepublik,
Neuwied und Berlin 1966
- Sée, H., Französische Wirtschaftsgeschichte,
Jena 1936
- Séguy, G., "Le mai" de la CGT, Paris 1972
- Sellier, F., Stratégie de la lutte sociale,
Paris 1961
- Servan-Schreiber, J.J., Le défi américain, Paris 1967
- , Die befreite Gesellschaft, Eine
Charta für Europa, Hamburg 1970
- , Frankreich steht auf, Hamburg 1968
- Shonfield, A., Geplanter Kapitalismus. Wirtschafts-
politik in Westeuropa und USA,
Köln 1968
- Sinay, H., La grève, Paris 1966
- Singer, D., Prelude to revolution, France in
may 1968, New York 1970
- Société (Pseud.), Projets pour la France, Paris 1968
- Steinmann,
Goldschmidt, Gewerkschaften und Fragen des kollek-
tiven Arbeitsrechts in Großbritanni-
en, Frankreich, Belgien, Niederlande
und Italien, Stuttgart 1957

- Talbo, J. Ph., La grève à Flins. Documents, témoignages rassemblés, Paris 1968
- Thorez, M., Ausgewählte Reden und Schriften (1933-1960), Berlin (DDR) 1960
- Tiersky, R., Le mouvement communiste en France (1920-1972). Préfacé de Annie Kriegel, Paris 1973
- Toromanoff, M., Le drame des houillères, Paris 1969
- Touraine, A., L'évolution du travail ouvrier aux usines Renault, CNRS, Paris 1955
- , La conscience ouvrière, Paris 1966
- , Le Mouvement de Mai ou la Communisme utopique, Paris 1968
- , Die postindustrielle Gesellschaft, Frankfurt/M. 1972
- Vaussard, M., Histoire de la Démocratie Chrétienne, Paris 1956
- Verdier, J.-M., Syndicats, Traité de Droit du Travail, Paris 1966
- Vester, M., Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß - Zur Soziologie der Arbeiterbewegung, Die Entstehung antikapitalistischer Theorie und Praxis in England 1792-1848, Frankfurt/M. 1970
- Volcouve, V., La crise du franc, Paris 1969
- Wagner, W., Europa zwischen Aufbruch und Restauration, München 1968
- Waldeck-Rochet, Qu'est-ce qu'un révolutionnaire dans la France de notre temps, Paris 1968
- , Les enseignements de mai-juin 1968, Paris 1968
- , L'avenir du parti communiste français, Paris 1970
- Walter, G., Histoire du Parti communiste français, Paris 1948
- Werth, A., Der zögernde Nachbar - Frankreich seit dem letzten Weltkrieg, Düsseldorf 1957

- Willard, C., Les Guesdistes, le mouvement socialiste en France (1893-1905), Paris 1965
- , Socialisme et Communisme français, Paris 1967
- , u.a., Le Front Populaire, La France de 1934 à 1939, Paris 1972
- Willener, A.,
Gadjos, C.,
Benguigi, G., Les Cadres en mouvement, Paris 1969
- Willener, A., L'image-Action de la société, Paris 1970
- Wissenschaftlich-technische Revolution, Die gegenwärtige (Autorenkollektiv), Eine historische Untersuchung, Berlin (DDR) 1972
- Wygodski, S.L., Der gegenwärtige Kapitalismus. Versuch einer theoretischen Analyse, Köln 1972
- Zegel, S., Les idées de mai, Paris 1968
- Ziebur, G., Die V. Republik, Frankreichs neues Regierungssystem, Köln 1960
- , Léon Blum, Theorie und Praxis einer sozialistischen Politik, Bd. I (1872-1934), Berlin 1963

3. Zeitschriftenaufsätze

- Aboud, N., Bosc, S., L'évolution du mouvement étudiant français: Raisons de structure, raisons de conjuncture, in: Sociologie du Travail, No 4, 1971
- Adam, G., Étude statistique des grèves de mai-juin 1968, in: Revue française de science politique, Februar 1970
- Andrieux, A.,
Lignon, J., Die französischen Gewerkschaften vor dem Problem der Organisierung von Führungskräften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 21. Jg., 4/1970
- Ansart, G.,
Jourdain, H.,
Salini, L., Stratégie des luttes de classes en France, in: La Nouvelle Critique, No 29, Paris Dezember 1969
- Bauchet, P., Une nouvelle planification, in: Revue économique, März 1966
- Baumfelder, E., Les conflits et les enjeux à l'ORTF (revendication et contradiction), in: Sociologie du Travail, Heft 3, 1970
- Boccaro, P., Sur la Révolution industrielle et ses prolongements jusqu'à l'automatisation, in: La Pensée, Nouv. Série, No 115, 1965
- , Sur la dialectique matérialiste dans le 'Capital' de Marx, in: Economie et Politique No 133/134, 1965
- , Définition de la Question du Capitalisme monopoliste d'Etat, in: Conférence internationale sur le Capitalisme monopoliste d'Etat, Choisy-Le-Roy vom 26 bis 29 Mai 1966, Economie et Politique No 143-144, Juni-Juli 1966
- , Capitalisme monopoliste d'Etat, Accumulation du Capital et Financement public de la Production, ebenda.
- , La crise du système monétaire capitaliste, le programme pour une démocratie avancée et le franc, Supplément au No 179, Economie et Politique

- Boccara, P., Le "Capital" de Marx, No spécial "Marx 1968", Economie et Politique, März-April 1968,
- , A propos du "Capital financier" et de quelques autres publications récentes, in: Economie et Politique No 180, Juli 1969
- , La crise du Capitalisme monopoliste d'Etat et les luttes des travailleurs, I-III, in: Economie et Politique No 185, 186/7, 188
- , Aperçus sur la théorie de la suraccumulation-dévalorisation du capital et les perspectives de la démocratie avancée, I-III, in: Economie et Politique No 202, 204/5, 206
- , Le "Capital" de Marx au coeur des luttes actuelles (2 parties), in: Economie et Politique No 220 und 226, November 1972/Mai 1973
- , Qu'est-ce que la crise du capitalisme monopoliste d'Etat?, in: Economie et Politique, No 221, Dezember 1972
- Bourgin, G., Die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich während des Krieges (1. Weltkrieg), in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, Hrg. von Carl Grünberg, 15. Jg. 1930 (Leipzig), (Nachdruck)
- Brière, J., Les nationalisations et la gestion démocratique comme base de la démocratie réelle sur la voie du socialisme, Sonderdruck aus: Economie et Politique No 182-183, September-Oktober 1969, dt. in: Marxismus-Digest No 14, Heft 2/1973
- , Autogestion, autonomie de gestion et démocratie avancée, in: La Nouvelle Critique, No 37, Paris Oktober 1970
- Les cadres dans l'entreprise et dans le mouvement syndical, Numéro spécial du Sociologie du Travail Heft 3, 10. Jg. 1968
- Claude, H., Der Marshall-Plan, in: Mendelsohn, Claude, Ulbricht, Die Weltherrschaftspläne des US-Imperialismus, Analysen zur internationalen Lage in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg, Münster 1972

- Claude, H., Charakteristische Aspekte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Frankreich, in: "Das Kapital" von Karl Marx und seine internationale Wirkung, Berlin (DDR) 1968
- , Le mouvement de fusion en France au cours des trois dernières années, in: Economie et Politique No 185, Dezember 1969
- , L'avènement de Pompidou et le jeu de la grande bourgeoisie français, in: La Nouvelle Critique, No 31, Paris, Februar 1970
- Conflit social à Rhodiacéta, in: Projet No 4, April 1968
- Cousin, A., Nationaliser les secteurs-clés de l'économie, in: Economie et Politique No 215, Juni 1972
- , Les bases économiques de la nationalisation industrielle, in: Economie et Politique, No 215, Juni 1972
- , u.a., Programme commun et nationalisations dans l'industrie, in: Economie et Politique No 216/217, Juli/August 1972, dt. (teilweise) in: Marxismus-Digest No 14, Heft 2/1973
- Damette, F., Le territoire sous le VI^e Plan, in: Economie et Politique No 191, Juni 1970
- Decaillot, M., Programme commun: Le contenu novateur de sa base économique, in: Economie et Politique No 219, Oktober 1972
- , Programme commun: comment les travailleurs peuvent changer la gestion, in: Economie et Politique No 221, Dezember 1972
- Delamotte, Y., Les tendances récentes de la négociation collective en France, in: Revue internationale du Travail 1971, vol. 103, No 4
- Desseigne, G., CGT - CFDT, vers un syndicalisme unique?, in: Politique d'aujourd'hui, Paris, Oktober 1971
- Domenichino, J., La CGT en 1946 et la scission syndicale, in: La Nouvelle Critique No 56, (Nouvelle Série) September 1972

- Dominique, V., La Fatigue industrielle, in: Economie et Politique No 188, März 1970 .
- Doray, B., Mario, R., Les accidents du travail et les maladies professionnelles, in: Economie et Politique No 210, Januar 1972
- , "Participation", Intensification du travail et Usure des Hommes, in: Economie et Politique No 218, September 1972
- , La Situation des Personnes âgées, in: Economie et Politique, Sonderdruck Paris 1973
- Dubois, P., Stratégie syndicale et négociations syndicales dans le secteur public, in: Economie et Humanisme, No 210, März-April 1973
- , Etude d'une pratique revendicative: l'action directe, in: Revue française des Affaires sociales 1970 - IV
- Dufour, J.C., Le VI^e Plan, in: Economie et Politique, No 190, Mai 1970
- , et al., Les formes actuelles de l'exploitation des Travailleurs, in: Economie et Politique No 194, September 1970
- Dulong, R., Les cadres et le mouvement ouvrier, in: P. Dubois u.a., Grèves revendicatives ou grèves politiques Acteurs, Pratiques et Sens du mouvement de mai, Paris 1971
- Dumont, J.P., Les O.S. victimes des cadences, in: Le Monde vom 5.-8. Februar 1972, (dt. Übersetzung in: Metall, Zeitschrift der IG-Metall, Nr. 9 und 10/1972)
- Durand, A., Logique et politique des besoins Nouveaux regards sur les besoins, in: Economie et Humanisme No 210, März-April 1973
- Durand, C., Ouvriers et techniciens en mai 1968, in: P. Dubois u.a., Grèves revendicatives ou grèves politiques? Acteurs, Pratiques, Sens du mouvement de Mai, Paris 1971
- Durand, P., Sur l'association capital-travail, Revue du Droit social, 1959

- Durand, P., Die Vertretung der Arbeitnehmer auf Betriebsebene nach französischem Recht, in: G. Boldt u.a., Die Vertretung der Arbeitnehmer auf Betriebsebene nach dem Recht des EGKS, Luxemburg 1959
- Durrieu, Y., Les syndicats et la politique de concertation, in: Politique d'aujourd'hui, März 1970
- Frisch, A., Frankreich: Zahlreiche und vielfältige Einflußmöglichkeiten der Interessengruppen auf die Wirtschaftspolitik, in: Wirtschaftsdienst, Jg.45, 1965
- Gindin, L., Le Front populaire, la guerre d'Espagne, la sécurité collective, in: C. Willard u.a., Le Front Populaire, La France de 1934 à 1939, Paris 1972
- Goldschmidt, W., Der Beitrag der Gruppe "Economie et Politique" zur Ausarbeitung einer Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Ökonomische Theorie, politische Strategie und Gewerkschaften, Frankfurt/M. 1971
- , Das gemeinsame Programm der französischen Linken, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 17. Jg., Heft 8/1972
- , Klassenkämpfe in Frankreich heute (Besprechung des gleichnamigen Buches von Lothar Peter), in: Sozialistische Politik, 4. Jg. Nr. 20, Oktober 1972
- , Der staatsmonopolistische Kapitalismus, Inhaltsübersicht der beiden Bände "Traité d'Economie marxiste: Le capitalisme monopoliste d'Etat", in: Der staatsmonopolistische Kapitalismus - Einführungen in marxistische Analysen aus der DDR, Frankreich und der Sowjetunion, Frankfurt/M. 1972
- , Frankreich vor den Wahlen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 18. Jg. Heft 2/1973
- Gorz, A., Quelle gauche? Quel programme?, in: Les Temps Modernes, No 318, Januar 1973

- Grevet, P., La situation des travailleurs et le Programme commun, in: Economie et Politique, November 1972
- Gündel, R., Nehls, K., Zur Wirkungsweise des Gesetzes der ungleichmäßigen sprunghaften ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder, in: Aktuelle Probleme des Imperialismus DWI-Forschungshefte 1/1970
- Hartmann, M., Évolution du Régime général de sécurité sociale et capitalisme monopoliste d'Etat, in: Economie et Politique, hors série, Paris 1973
- Herkommer, S., Vom Elend der Industriesoziologie, in: Sozialistische Politik Nr. 16, Februar 1972
- Herzog, P., La mise en oeuvre de la planification démocratique (3 parties), in: Economie et Politique No 213/214/216-17, April/Mai/Juli-August 1972
- , u.a., Chiffrer le Programme commun, qu'est-ce que cela veut dire?, in: Economie et Politique No 221, Dezember 1972
- , La logique du Programme commun, in: Economie et Politique, No 224, März 1973
- Hess, P., Die allgemeine Krise des Kapitalismus - die Periode des revolutionären Übergangs zum Sozialismus, in: Wirtschaftswissenschaft, Mai 1973 Berlin (DDR)
- Hincker, F., Une société bloquée, in: La Nouvelle Critique, No 31, Paris, Februar 1970
- , Programme commun: La croisée des chemins, in: La Nouvelle Critique, No 56, Paris, September 1972
- Intensifikation der Arbeit, Redaktionskollektiv, in: Probleme des Klassenkampfes, September 1972, Dezember 1972
- Joannès, V., La collaboration et les origines de la résistance, in: G. Willard u.a., De la Guerre à la Libération, La France de 1939 à 1945, Paris 1972
- Jossé, F., L'Adaption de l'université à l'Industrie, in: Les Temps Modernes, Mai 1965

- Jourdin, H., Sur quelques développements actuels de l'impérialisme, in: Economie et Politique, No 162 Januar 1968
- Jung, H., Zur Diskussion um den Inhalt des Begriffs "Arbeiterklasse", in: Das Argument 61, Dezember 1970
- Kravetz, M., Le P.S. ou l'art de ne pas être ce qu'on fait, in: Les Temps Modernes, No 318, Januar 1973
- Kreipe, W., Studenten in Frankreich, Hintergrund und Potential einer politischen Bewegung, in: Kursbuch 13, Frankfurt/M. 1968
- Kuczynski, J., Aufstieg und Niedergang des vormonopolistischen Kapitalismus in Frankreich und das Problem des gesellschaftlichen Gewichts der Zirkulation in diesem Lande, in: ders., Studien zur Geschichte des Kapitalismus, Berlin (DDR) 1957
- Launay, J., Le marché du travail en mars-avril 1968, in: Economie et Politique, No 168-169, Juli-August 1968
- Laurent, S., (Quin), Données sur les classes sociales en France à l'époque du capitalisme monopoliste d'Etat, in: Economie et Politique No 149/150, Dezember 1966/Januar 1967
- , Les transformations en cours dans les classes et couches sociales, in: Economie et Politique No 185, Dezember 1969
- Leenhardt, J., Die neue Arbeiterklasse im Streik, in: Deppe, Lange Peter: Die neue Arbeiterklasse, Frankfurt/M. 1970
- Luttringer, J.M., Soziologische und rechtliche Merkmale des Streiks in Frankreich, in: Zur Theorie und Praxis des Streiks Hrg. D. Schneider, Frankfurt/M. 1971
- Madinier, J., Die Politik regionaler Erschließung, in: Frankreichs Wirtschaft, Köln 1961
- Magniadas, J., La concentration salariale et la grande entreprise d'aujourd'hui, in: Economie et Politique, No 149/150, Dezember 1966/Januar 1967

- Magri, L., Der französische Mai und die Revolution im Westen, in: Gegen den Dogmatismus in der Arbeiterbewegung, Hrg. von W. Dreßen, Berlin (West) 1970
- Mallet, S., Les luttes ouvrières dans les secteurs industriels avancés, Les Cahiers du Centre d'Etudes Socialistes No 7-8, Sept. 1961
- Mallet, S., L'Après-mai 1968: grèves pour le contrôle ouvrier, in: Sociologie du Travail, Heft 3, 1970
- Mandel, E., Geschichte des Kapitalismus und seine Bewegungsgesetze, in: Kapitalismus in den siebziger Jahren, Referate vom Kongreß in Tillburg im September 1970, Frankfurt/M. 1971
- Marczewski, J., Y-a-t-il en un "take off" en France?, Cahiers de l'ISEA, supplément, No 111, März 1961
- Marx, J., Die Entwicklung des Gegensatzes von körperlicher und geistiger Arbeit im Kapitalismus und ihre Widerspiegelung in der Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Arbeiterklasse, in: Wirtschaftswissenschaft, Mai 1973 Berlin (DDR)
- Matthöfer, H., Streiks und streikähnliche Formen des Kampfes der Arbeitnehmer im Kapitalismus, in: Zur Theorie und Praxis des Streiks (Hrg. D. Schneider), Frankfurt/M. 1971
- Mendelsohn, L.A., Widersprüche in der kapitalistischen Weltwirtschaft nach dem Kriege, in: Mendelsohn, Claude, Ulbricht, Die Weltherrschaftspläne des US-Imperialismus, Analysen zur internationalen Lage in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg, Münster 1972
- Meynard (Delilez), J.P., Le patronat français et le Plan, in: Economie et Politique, No 191, Juni 1970
- Moreau, J., Petite histoire du P "C" F, in: Les Temps Modernes, No 318, Januar 1973
- Myon, J., La politique des relations sociales à la Régie Renault, in: Le Fonctionnement des entreprises nationalisées en France, Paris 1956

- Naville, P., L'accord Renault est-il un nouveau "Contrat social"? in: Esprit, Juni 1956
- Nolleau, H., L'évolution du pouvoir d'achat des ouvriers depuis 1938, in: Economie et Politique, No 153-155, April-Juin 1967
- , Réflexions sur la notion de Besoins, in: Economie et Politique, No 153-155, April-Juin 1967
- "La participation des syndicats aux organismes officiels menace - t - elle leur indépendance?", in: Les Cahiers du Centre d'Etudes Socialistes, No 54-55, Mars 1965
- Perceval, L. u.a., L'appareil d'Etat en France et sa réforme démocratique, in: Economie et Politique, Sonderausgabe "Notes et Etudes", Februar 1973
- Perroux, F., Les industries motrices et la planification de la croissance d'une économie nationale, in: On Political Economy and Econometrics, Essays in honour of Oskar Lange, London, New-York, Paris, Frankfurt, Warschau 1965
- Pesenti, A., Der tendenzielle Fall der Profitrate, in: Kapitalismus und Krise. Eine Kontroverse um das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, Frankfurt/M. 1970
- Peter, L., Klassenkämpfe in Westeuropa, Besprechung des gleichnamigen Buches von Albers, Goldschmidt, Oehlke, in: Sozialistische Politik Nr. 18, Juni 1972
- Piehl, E., Jüngere Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung Frankreichs, in: WWI-Mitteilungen, 23. Jg., September 1970
- Poulain, J.C., La transformation de la CFTC en CFDT, in: Economie et Politique, Nr. 128, Sonderdruck, Paris 1968
- Quin, C., Le programme commun: solution à la crise du capitalisme monopoliste d'Etat, in: Economie et Politique, Nr. 222-223, Jan./Febr. 1973

- Ranger, J., L'Evolution du Parti Communiste Français: Organisation et Débats Idéologiques, in: Revue Française de Science Politique, 13. Jg. (1963), No 4
- , L'Evolution du Parti Communiste Français et ses Relations avec la SFIO, in: Revue Française de Science Politique, 14. Jg. (1964), No 1
- "Réforme de l'entreprise ou contrôle ouvrier", Debat public pour la présidence de J.M. Vincent entre F. Bloch-Lainé, E. Mandel, et G. Mathieu, in: Les cahiers du Centre d'Etudes Socialistes No 70-71, Mai-Juin 1967
- Reynaud, J.D.,
Dassa, J.,
Maclouf, P., Les événements de mai et juin 1968 et le système français de relations professionnelles, in: Sociologie du Travail, Hefte 1 und 2, 1971
- Rezo, A., Le chômage, Structure et évolution récentes, in: Economie et Politique, No 210, Januar 1972
- Saint-Jours, Y., Le mouvement syndicale et le bilan social de la "Nouvelle Société", in: Revue d'Economie politique, Sept.-Oktober 1970
- Salini, L., Les problèmes de la droite française, in: Cahiers du Communisme, No 9, September 1972
- Sartre, J.P., Elections, piège à cons, in: Les Temps Modernes, No 318, Januar 1973
- Sellier, F., L'évolution des négociations collectives dans la Sidérurgie et dans la Metallurgie en France (1950-1969), in: Droit Social, Sept.-Okt. 1970
- Stern, G., Neues Gewerkschaftsgesetz in Frankreich, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 2/1969
- Tartakowsky, D., Guerre froide et Troisième Force, in: Claude, H. u.a., La IV^e République, La France de 1945 à 1958, Paris 1972
- Tiano, A., L'action des Syndicats de la Régie Nationale des Usines Renault, in: A. Tiano, M. Rocard, H. Lesire-Ogrel, Expériences française d'action syndicale, Paris 1956

Tjaden-Steinhauer, M., Zur Analyse der Sozialstruktur des
Tjaden, K.H., deutschen Kapitalismus, in: Das
Argument 61, Dezember 1971

Weber, A.P., L'économie industrielle de 1950 à
1970, in: Revue d'Economie politique,
September-Oktober 1970

LEBENSIAUF

von Werner Goldschmidt

Ich wurde am 25. Oktober 1940 in Saarbrücken als Sohn von Karl und Eugenie Goldschmidt geboren. Von 1946 bis 1954 besuchte ich die Volksschule und anschließend von 1954 bis 1956 die Handelsschule in Saarbrücken. Danach war ich von 1956 bis 1961 zunächst zwei Jahre als kaufmännischer Lehrling und anschließend weitere zweieinhalb Jahre als kaufmännischer Angestellter in einer Bauindustrie-firma bei Saarbrücken tätig. Von 1961 bis 1964 besuchte ich dann das Saarland-Kolleg in Saarbrücken, an dem ich im März 1964 die Reifeprüfung ablegte.

Vom Sommersemester 1964 bis zum Wintersemester 1969/70 studierte ich an der Freien Universität Berlin Soziologie mit wirtschafts- und politikwissenschaftlichen Nebenfächern und dem Wahlfach Philosophie. Im Wintersemester 1969 legte ich die Prüfung für Diplom-Soziologen ab.

Von April 1970 bis März 1973 war ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter an dem Projekt "Probleme der Mitbestimmung" an der Forschungsstelle der Vereinigung deutscher Wissenschaftler in Hamburg beschäftigt. Seit April 1973 bin ich im Rahmen des gleichen Projektes Forschungsassistent am Sozialwissenschaftlichen Seminar der Technischen Universität Hannover.

Hamburg, im November 1973

Werner Goldschmidt

